

270000  
57  
1916 9./VII. - 31./VII. Außen Politik 25.

# Um Europas Erbschaft.

Von  
**F. Naphtali.**

Vor etwa Jahresfrist hat im englischen Oberhause Lord Loreburne zuerst das warnende Wort gesprochen, daß die lange Dauer des Krieges zum Bankerott Europas führe, und daß seine Nutznießer die außereuropäischen Großmächte sein würden. Wenn man die Uebertreibung, die, wie in jeder scharfen Formulierung in dem Ausdruck Bankerott liegt, in Abzug bringt, so wird man heute, wo wir uns dem Ende des zweiten Krieges nähern, in wachsendem Maße die von Lord Loreburne angedeutete Entwicklungstendenz als richtig anerkennen müssen. Reichtum und Wohlstand der Völker sind relative Begriffe. Soweit Europa selbst nach dem Kriege in Betracht kommt, können wir bei aller Wertvernichtung des Krieges den Trost haben, daß nach menschlichem Ermessen die deutsche Volkswirtschaft dank der Erfolge unserer Heere, der Geschlossenheit des Wirtschaftsgebietes und der Kriegsorganisation am wenigsten geschwächt sein wird. Um aber aus der Neugestaltung der Verhältnisse rechtzeitig Lehren zu ziehen, ist es notwendig, die veränderte Bedeutung der beiden nicht-europäischen Großmächte, der Vereinigten Staaten von Amerika und Japans, möglichst klar zu erkennen.

Die führenden Völker Amerikas und Asiens werden nach dem Kriege nicht nur vor den europäischen Großmächten den Vorteil ungeschwächter Volkskraft voraus haben; sie werden nicht nur den Vorzug haben, frei von der Milliardenlast der Kriegskosten zu sein, sondern ihre Volkswirtschaften haben in den Jahren des Krieges auch absolut an Kraft gewonnen. Die Kriegsgewinne und der wirtschaftliche Machtzuwachs der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika sind oft erörtert worden. Es sei nur kurz daran erinnert, daß das frühere Schuldnerland einen großen Teil seiner im Ausland untergebrachten Effekten in der Kriegszeit zurtückerworben hat, und daß es bis jetzt etwa anderthalb Milliarden Dollars zu hohen Zinsen an europäische und südamerikanische Staaten ausgeliehen hat. Trotz der großen wirtschaftlichen Umwälzung, die sich in diesen Ziffern spiegelt, wäre es falsch, auf einen entsprechenden Zuwachs an Stoßkraft bei den Vereinigten Staaten als Wettbewerber am Weltmarkt zu schließen. Gewiß haben die Amerikaner die Lähmung Europas insbesondere auf dem südamerikanischen Markte, zu manchem Vorstoß ausgenutzt, aber bei der Bewertung der dauernden Expansionslust und Expansionskraft der Vereinigten Staaten darf man die Tatsache nicht außer acht lassen, daß auch unter den neuen Verhältnissen die Amerikaner noch lange Zeit Kapitalhunger im eigenen Lande zu befriedigen haben werden. Noch immer ist die Union ein dünnbesiedeltes Land, noch immer gibt es Neuland dort zu erschließen. Landwirtschaftliche und industrielle Bodenschätze werden noch lange Zeit zu ihrer Ausbeutung das sich neu bildende amerikanische Kapital an sich ziehen.

Anders liegen die Dinge in Japan. Japan ist ein dichtbevölkertes Land, das schon lange einen Teil seines Bevölkerungsüberschusses ins Ausland sendet, dessen Unternehmungsgeist durch die Begrenztheit der Bodenschätze seiner Inseln nicht voll beschäftigt ist, und dessen Wirtschaft daher schon vor dem Kriege nach Expansion über die eigenen Grenzen hinausstreben mußte. Schon nach den letzten, einige Jahre zurückliegenden Zählungen wohnten in Japan rund 130 Einwohner auf den Quadratkilometer, gegen 12 Einwohner auf den Quadratkilometer in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Der Zuwachs an wirtschaftlicher Kraft, den Japan durch den Krieg erfahren hat, wird daher wahrscheinlich in viel höherem Maße auf den freien Märkten der Welt in Erscheinung treten als der Nordamerikas. Japan hat bisher in der Kriegszeit für etwa 3 Millionen Pfund Sterling eigene Anleihen in London zurückgekauft; es ist zur Finanzierung seiner Kriegslieferungen an Rußland bereits als Kreditgeber aufgetreten und nach den neuesten Nachrichten beschäftigt es sich zurzeit mit dem Plane, die Reorganisation der chinesischen Finanzen durch eine große Anleihe von 600 Millionen Mark allein in die Hand zu nehmen. Dieses neueste Projekt ist besonders interessant, wenn man sich die an politischen Intrigen so reiche Geschichte der chinesischen Anleihen aus den letzten Jahren vor dem Kriege in die Erinnerung zurückruft. Andersonhalb Jahre dauerten die finanzpolitischen Verhandlungen, die im Jahre 1913 zur letzten chinesischen 500-Millionen-Mark-Anleihe des sogenannten Fünf-Mächte-Syndikats führten. Das alte China-Syndikat, bestehend aus den Finanzgruppen Deutschlands, Englands, Frankreichs und Nordamerikas, hatte die Verhandlungen damals begonnen. Bald erhoben Rußland und Japan, beides Länder, die keineswegs in der Lage waren, eigenes Geld an das Ausland zu verleihen, den Anspruch, in das Syndikat der vier Mächte aufgenommen zu werden, und es ist rückschauend für die Verquickung der politischen und finanziellen Diplomatie interessant, daß damals die Bundesgenossen Frankreich und England die rein politischen Ansprüche Rußlands und Japans verwirklichen halfen. Japan brachte den auf ihn entfallenden Teil der Anleihe in London unter, Rußland in Belgien. Die Vereinigten Staaten zogen sich vor dem Abschluß aus dem Syndikat zurück, mit der Begründung, daß sie die innerpolitische Einnischung, die sie in den Bedingungen der Finanzkontrolle erblickten, nicht mitmachen wollten. Wenn jetzt Japan die Gelegenheit des Krieges benutzt, um sich allein zum Finanzkontrollleur Chinas aufzuschwingen, so ist der Grund hierfür keineswegs in der Hauptsache in japanischem Kapitalüberfluß zu erblicken, sondern vielmehr in dem Streben, sich in dem reichen, noch unausgebeuteten China eine erweiterte wirtschaftliche Basis zu schaffen.

Während die europäische Industrie mit ihrer eigenen Kriegsarbeit beschäftigt war, hat in Japan vor allen Dingen die Baumwollindustrie einen außerordentlichen Aufschwung genommen. In der ersten Hälfte des Jahres 1915 allein wuchs die Zahl der Baumwollspindeln in Japan um 500 000 Stück, d. i. um mehr als das Dreifache des Zuwachses im Jahre 1913, das mit 164 544 neuen Baumwollspindeln schon ein Jahr besonders großer Vermehrung war. Aehnlich stieg im Jahre 1915 die Zahl der Webstühle. Abnehmer für die erhöhte Produktion war in erster Linie China, aber darüber hinaus sind die japanischen Fabrikate auch schon auf den Märkten Südamerikas erschienen. Für Japan gilt es nun, sich den in der Hauptsache seinem Bundesgenossen England abgejagten Markt in China über den Krieg hinaus zu sichern. Ferner ist das Fußfassen in China für Japan aber besonders wichtig, um sich die Basis für eine Eisenindustrie zu sichern. In einem japanischen Briefe, der kürzlich im „Economiste français“ veröffentlicht wurde, wird in sehr interessanter Weise dargelegt, daß die größte Kriegslehre für Japan die Erkenntnis der Notwendigkeit sei, sich eine von Europa unabhängige Eisen- und Stahlindustrie zu schaffen. Als erster Punkt der Maßnahmen, die in Japan erwogen werden, um dieses Ziel zu erreichen, wird die Aufdeckung von Eisenminen in der Mandschurei und ihr Ankauf für Japan genannt. In engem Zusammenhange mit diesem wirtschaftlichen Ziele steht die Vertragspolitik, welche die japanische Regierung in der Kriegszeit getrieben hat. In den chinesisch-

japanischen Verträgen vom Mai 1915 lautet neben der Regelung von Eisenbahnfragen eine der wichtigsten Bestimmungen, daß japanische Untertanen in der südlichen Mandschurei Land pachten dürfen, um für Handel, Industrie und landwirtschaftliche Zwecke geeignete Gebäude zu errichten, und daß sie das Recht haben sollen, in der südlichen Mandschurei zu wohnen, zu reisen und Handel und Industrie jeglicher Art zu betreiben. Der ganz kürzlich abgeschlossene neue russisch-japanische Vertrag verfolgt in der Hauptsache den Zweck, Japan für seine Expansion in China den Rücken zu decken, nicht in letzter Hinsicht auch für den Augenblick, in dem diese Expansion unvermeidlich zu Konflikten mit dem jetzigen Bundesgenossen England führen muß. Die Erstarbung Japans wird im künftigen Wettkampfe auf dem Weltmarkt von allen europäischen Mächten in Rechnung gestellt werden müssen. Nur eine Tatsache dürfte dafür bürgen, daß auch die Bäume der Nutznießer des europäischen Krieges, Amerika und Japan, nicht in den Himmel wachsen: die Interessen der beiden Starkgewordenen werden aufeinander prallen. Ein Symptom hierfür ist es, daß der Auftakt zu der großen chinesischen Anleihe Japans eine japanische Intrige gegen das Finanzgeschäft eines New-Yorker Bankhauses mit der chinesischen Regierung war,

9. VII. 1916

2

**Glückwunschtelegramm König Georgs an General Haig.**

London, 8. Juli.

Das Reutersche Bureau meldet:

König Georg richtete an General Haig folgende Botschaft: „Ich bitte Sie, der Ihrem Befehl unterstehenden Armee meine aufrichtigen Glückwünsche zu dem in den jüngsten Gefechten erzielten Ergebnisse zu übermitteln. Ich bin stolz auf meine Truppen. Niemand hätte tapferer kämpfen können.“

Georg.“

General Haig erwiderte: „Die huldvolle Botschaft Eurer Majestät wurde den Truppen übermittelt, in deren Namen ich den ehrerbietigsten und tiefsten Dank abstatte. Alle werden ihr Neuestes tun, um auch weiter das Vertrauen und das Lob Eurer Majestät zu verdienen.“

## Der französische Fliegerangriff auf Karlsruhe.

## Weitere Einzelheiten.

Berlin, 8. Juli.

Das Wolffsche Bureau meldet:  
Ueber den Fliegerangriff auf Karlsruhe sind noch folgende Einzelheiten bekanntgeworden:

Nachmittags gegen 3 Uhr traf die Meldung ein, daß ein feindliches Fliegergeschwader herannah; sofort wurden die Abwehrvorkehrungen in Bereitschaft gesetzt und die Behörden verständigt. Gegen 3 Uhr 10 Minuten erfolgten plötzlich zwei Explosionen im westlichen Stadtteil und es wurden zwei feindliche Flieger in großer Höhe gesichtet, die allerdings nur mit dem Glase sichtbar waren. Aus sämtlichen Batterien wurde sofort die Feuer eröffnet. Außer einer sind die abgeworfenen feindlichen Bomben sämtlich trepiert. Die Bomben zeichnen sich durch eine geringe Größe, aber durch eine große Explosionsfähigkeit aus; sie waren mit starken Rindern versehen und darauf eingerichtet, sofort beim Aufstreifen zu explodieren, ohne erst tief in das Erdreich einzudringen.

Der aufgefundenene Blindgänger wurde später von einem Oberfeuerwerker gesprengt. Dabei stellte sich heraus, daß er mit erstickend wirkenden Gasen gefüllt war.

Auch die Gegend des Schlosses wurde von Bomben getroffen. Königin Viktoria von Schweden, die bettlägerig war, mußte schleunigst sich ankleiden und wurde mit dem kleinen schwedischen Prinzen nach dem Keller gebracht. Die Großherzoginwitwe und das Großherzogspaar von Baden waren gerade in der Kirche bei einer Missionsfeier. Dem entschlossenen Auftreten des Großherzogs gelang es, eine Panik zu verhindern. Der Gottesdienst wurde während der Bombenexplosionen und des Donnens der Abwehrkanonen fortgesetzt. Es war ergreifend, als die Gemeinde das alte Luther-Lied „Eine feste Burg ist unser Gott“ anstimmte. Die Großherzogin verließ noch während der Gefeht die Kirche, um nach den Verwundeten zu sehen.

Die Wirkungen der Bomben waren, wie bereits bekannt, außerordentlich. Leichen und Leichenteile lagen haufenweise zusammen. Es spielten sich herzerreißende Szenen ab, doch entstand keine Panik. Feuerwehr- und Sanitätsmannschaften waren sofort zur Stelle. In einer halben Stunde war jede Spur der Fliegertätigkeit äußerlich vertischt.

Von allen Seiten trafen Beileidskundgebungen ein, darunter auch von der Kaiserin Auguste Viktoria und vom Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

Der Wohltätigkeitsinn der Bevölkerung macht sich bereits lebhaft bemerkbar. An der Spitze der Bestrebungen steht das Großherzogspaar. Die öffentlichen Sammlungen haben bereits einen größeren Betrag ergeben.

Bezeichnend ist, daß die „Times“ vom 29. Juni bereits den französischen Funkpruch über den Fliegerangriff veröffentlichten, die Wiedergabe der Zahl der Opfer aber fortlassen.

## Der Kanzler und der Friede.

„Erst schlagen, dann fragen.“

Berlin, 8. Juli. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt an der Spitze des Blattes:

„Der Vorsitzende der nationalliberalen Landesorganisation Sachsens, Geheimer Hofrat Professor Brandenburg, veröffentlicht im „Leipziger Tageblatt“ eine Erklärung, in der er die Ansicht vertritt, daß es voreilig und vielleicht unheilvoll sei, dem Reichskanzler Vertrauen zu schenken, bevor man wisse, wie er über den künftigen Frieden denkt. Erst müsse der Reichskanzler seine Karten aufdecken und klipp und klar verkünden, was er wolle; dann sei es Zeit, sich zu überlegen, ob man seine Politik unterstützen solle oder nicht.“

Professor Brandenburg faßt die Vertrauensfrage am verkehrten Ende an. Wir befinden uns im Kriege. Noch ist der endgiltige Sieg nicht errungen. Während unsere Söhne und Brüder draußen im Felde und auf dem Meere kämpfen und bluten, und wir daheim, Mann und Frau und Kind, vom ersten bis zum letzten, alle physischen und moralischen Kräfte aufs höchste anspannen, um den Krieg siegreich zu überwinden, dient es da dem Ganzen, gegenüber der politischen Leitung des Reiches Vorsicht und kritische Zurückhaltung zu empfehlen, weil sie nicht tut, was ihr für den Augenblick die elementarste politische Klugheit verbietet? Gilt sonst der Spruch: Erst wägen, dann wagen, so heißt es hier: Erst schlagen, dann fragen!

Auf das Heute kommt es an, nicht auf das Übermorgen. Wer für heute mißtraut, weil er für übermorgen Vorbehalte hat, schwächt die einige innere Stärke. Das ist die Forderung des Tages.“

## Der Bierverband und die Schweiz.

Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Schweiz hat nun auch die „Nordb. Allg. Ztg.“ unter Darlegung des deutschen Standpunktes Stellung genommen. Sie geht von dem Bestreben der Entente aus, Deutschland auszuhungern und schilbert im Einzelnen, wie die Ententeländer dabei gegen Holland, Schweden, Norwegen und die Schweiz verfahren. Hierüber sind unsere Leser unterrichtet. Dann fährt das Blatt fort:

Der Bierverband hat im November 1915 grundsätzlich zugegeben, daß neue Abkommen bezüglich des Kompensationshandels getroffen werden würden. Eine andere Auffassung hat damals weder auf deutscher noch auf schweizerischer Seite bestanden. Hätte man auf deutscher Seite damals annehmen müssen, daß mit der Ausfuhr der 3800 Wagenladungen der Kompensationsverkehr erledigt sein würde, so hätte man selbstverständlich gegen die Errichtung der S. S. S. nachdrücklichsten Widerspruch erhoben.

Die Voraussetzung, daß späterhin keine Schwierigkeiten entstehen würden, hat also bestanden, und deutscherseits hat man daraufhin für den Anlauf von Kompensationswaren gesorgt. Gegen die Verwendung dieses Besitzes zum Zweck des Austausches erhob der Bierverband vor einigen Monaten Einspruch, der aber, wie man deutscherseits annehmen durfte, durch eine Klarlegung der Verhältnisse seitens der Schweiz beseitigt werden würde. Deutscherseits hat man nicht auf sofortige Erledigung gedrungen, sondern die Einfuhr nach der Schweiz fortgesetzt, ohne in der Zwischenzeit Gegenleistungen zu erhalten. Die Schweiz konnte sich also wochenlang von den knappen Beständen Deutschlands mit erhalten, ohne genötigt zu sein, eine Gegenlieferung in Waren zu machen. Selbstverständlich konnte Deutschland diesen einseitigen Verkehr nur aufrechterhalten, weil es mit Sicherheit auf eine Erfüllung des Schlusssatzes im Artikel 11 der S. S. S. Statuten (neues Abkommen bezüglich des Kompensationshandels) rechnete. Diese Erfüllung ist bis heute versagt geblieben, und so sind die Schwierigkeiten entstanden, in die sich die Schweiz versezt sieht.

Was der Kompensationsverkehr für Deutschland eigentlich zu bedeuten hat, ist den Schweizern offenbar noch nicht recht verständlich. Man begegnet noch viel zu häufig der Auffassung als habe Deutschland nur Vorteil von den Kompensationen, ohne selbst irgendein Opfer zu bringen. Diese Ansicht ist vollkommen unrichtig. Das deutsche Volk muß sich große Beschränkungen auferlegen, damit der Kompensationshandel, von dem die Schweiz abhängig ist, durchgeführt werden kann. Die Zudervorräte in Deutschland sind beschlagnahmt, und das deutsche Volk muß seinen Zuderverbrauch auf ein Mindestmaß beschränken.

Deutschland ist von der Kupferzufuhr abgeschnitten. Trotz dieser Einengung wird der Schweiz ein großer Teil des für ihre Landwirtschaft notwendigen Kupfervitriols geliefert, das sie von Frankreich und Italien vergebens zu erlangen sucht. Deutschland liefert der Schweiz die erforderlichen Düngemittel (Kalisalze und Thomasphosphatmehl), die sie beim Bierverband vergebens suchen würde, die aber auch in Deutschland für die eigene Feldbestellung dringend benötigt werden. In Deutschland herrscht eine zu äußerster Sparsamkeit mahnende Knappheit in Fetten und Ölen. Seife kann nur in geringen Mengen zugeteilt werden, und die Soda muß als Ersatzmittel dienen. Trotzdem ist der Schweiz die Sodaeinfuhr für die nächsten Monate in den von ihr benötigten Mengen sichergestellt worden. Deutschland spart sich alle die Waren ab, die es für den Kompensationsverkehr mit der Schweiz braucht; es sind Ersparnisse, die dem deutschen Volk entzogen werden, so daß die Schweizer Industrie sich und die Hunderttausende von Arbeitern mit ihren Familien erhalten kann! Was treibt die Deutschen zu diesem Verhalten? Gewiß zunächst wohlverstandenes eigenes Interesse, darüber hinaus aber — das soll hier klar ausgesprochen werden — das in jedem einzelnen Deutschen lebendige und seine Entschliessungen mitbestimmende starke Gefühl der Stammesgemeinschaft mit den Schweizern.

Der Bierverband kann gegen diese Leistungen an Aufwendungen von seiner Seite nichts setzen. Er gibt die Erlaubnis, daß sich die Schweiz mit ihren eigenen Wagen aus Marseille, Gette, Bordeaux, Le Havre argentinischen Weizen, amerikanische Baumwolle und Petroleum, indischen Reis abholen darf — soweit dies die Inanspruchnahme der Bahnen für andere Zwecke gestattet! Das ist alles!

Der Artikel schließt mit dem Hinweis darauf, daß der Bierverband sich ohne Bedenken über den Umstand hinweggesetzt hat, daß die Schweiz auf die 15 500 Tonnen deutscher Waren, unter denen sich 10- bis 11 000 Tonnen Kohle befinden, nicht verzichten kann und sagt dazu: „Solche Folgen sind der Entente ganz gleichgültig. Sie erklärt mit der größten Liebeshwürdigkeit, daß sie die Schwierigkeiten, in denen sich die Schweiz befindet, vollauf würdige, daß sie aber leider nicht in der Lage sei, etwas zu ihrer Abhilfe zu tun. Von der Entente hat die Schweiz bisher nichts weiter als ein Riesenbukett herauschender Phrasen überreicht bekommen. Selbst die welschen Schweizer, die große Sympathien für ihre Sprachgenossen in Frankreich haben, empfinden die Geringschätzung, die in einem solchen Kontrast von Wort und Tat liegt.“

### Die großen Ziele.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt halbamtlich: „In einer Betrachtung über die Stimmung des Volkes schreibt die „Kreuzzeitung“: Die Regierung habe versäumt, dem Volke die großen Ziele zu zeigen. — Der Vorwurf ist alt, so alt, daß es uns wundert, daß er noch im Volk lebendig sein soll. Ist er wirklich berechtigt?

Der innere Sinn dieses großen Kampfes ist die Verteidigung des deutschen Volkes, seiner Freiheit und seiner Zukunft. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wird die tiefe Bedeutung dieses Sinnes, die in den Kundgebungen seiner Majestät des Kaisers und in den Reden des Reichskanzlers immer wieder hervorgehoben worden ist, gerade jetzt, da an allen Fronten wütende Kämpfe toben, lebendiger als je empfinden. Ist dies kein Ziel, groß genug, alle zu einigen und innerlich zu befeelen? Man hat es vielfach so darstellen wollen, als sei dies Ziel doch ein rein negatives. Wer aber nicht über die Reden des Reichskanzlers hinweggehen will, namentlich über die Reden vom 19. August 1915, 9. Dezember 1915 und 5. April 1916, in denen er früher wiederholt Ange deutetes so ausführlich als möglich dargelegt hat, wird zugeben müssen, daß die Regierung jedenfalls die Verteidigung nicht im negativen Sinne, sondern in dem höchst positiven Sinne der Behauptung, Sicherung und Stärkung der deutschen Zukunftsstellung in der Welt faßt. Wenn die Einfallsstore in das Herz Deutschlands fremdem Einfluß entzogen, wenn Rußland hinter die Flüsse zurückgeworfen wird, die als kürzere Grenze Deutschland einen besseren Schutz geben, wenn die wirtschaftliche Entfaltung Deutschlands in der ganzen Welt gesichert sein soll — ist das kein großes Ziel? Sind die Kanzlerreden, in denen solche Forderungen erhoben wurden, das „lähmende Schweigen“, aus dem die „Deutsche Tageszeitung“ Sorge und Zweifel wachsen sieht?

Es liegt in der Natur der Sache und in der Pflicht der politischen Leitung, in einem solchen Kriege einer Koalition gegen eine andere die Aufstellung konkreter Friedensbedingungen und den Zeitpunkt ihrer Bekanntmachung nicht abhängig zu machen von Stimmungen und Gefühlen, sondern lediglich von klarer realpolitischer Erwägung. Wir haben es immer für einen bedauerlichen Fehler gehalten, daß die Kreise, die im Spätherbste des Jahres 1914 und im Frühjahr 1915 die Zeit für gekommen erachteten, große Eroberungsziele aufzustellen, dies ohne Fühlung mit der Regierung und ohne Rücksicht auf die politische und militärische Lage getan haben.

Da die Politik die Kunst des Möglichen ist, konnte die Regierung diesen Weg nicht betreten und mußte die Angriffe, die deswegen im Laufe des vergangenen Jahres gegen sie gerichtet wurden, auf sich nehmen. Die Behauptung des Deutschen Reiches gegen eine Welt von Feinden, die Sicherung seiner Zukunft und seiner Freiheit nach West und Ost bleibt deshalb doch als Aufgabe so groß und gewaltig, daß wir unsere inneren Kräfte nicht schon inter arma durch voreiligen Streit über die Grenzen des Möglichen und Nützlichen bei den Friedensverhandlungen zersplittern dürfen.“

**Das Ende der Londoner Seerechts-  
erklärung.**

Paris, 8. Juli. (Meldung der Agence Havas.) Das Amtsblatt veröffentlicht einen Erlass, wodurch die früheren Erlässe betreffend die Anwendung der Regeln der Londoner Seerechtsklärung vom 25. Februar 1909 außer Kraft gesetzt werden.

In einem dem Erlasse beigegebenen Bericht wird erklärt, daß die Erfahrung zur Feststellung geführt habe, daß diese Regeln nicht imstande seien, den Kriegführenden die Anwendung der Rechte zu sichern, die sich für sie aus den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechtes ergeben. Es erscheint angemessen, die in London festgesetzten Regeln in ihrer Gesamtheit aufzuheben und sich zukünftig an die Grundsätze des Völkerrechtes zu halten.

In einem darauf folgenden Memorandum erklären die Alliierten feierlich, daß sie sich vor allem an die Bestimmungen der internationalen Abkommen halten werden, daß sie weit von sich den Gedanken abweisen, das Fahren von Nichtkämpfern zu bedrohen, daß sie dem neutralen Eigentum keinen unberechtigten Schaden antun werden und daß, wenn durch die Tätigkeit der Flotte Handelsleuten guten Glaubens Schaden verursacht würde, die Alliierten immer bereit sein werden, die Klagen zu prüfen und die berechtigten Entschädigungen zu gewähren.

**Russische Versprechungen an Polen.**

Neuerliche Zusage der Autonomie.

Moskau, 7. Juli.

Ruskoje Slovo teilt aus zuständiger Quelle mit, daß in der allernächsten Zeit die Veröffentlichung eines Regierungsaftes zu erwarten sei, der die Grundsätze des bekannten Aufrufes des Höchstkommmandierenden Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch an die Polen sowie die seinerzeit von Goremykin in der Reichsduma angekündigte Autonomie Polens neuerdings bekräftigen soll. Die Anregung hierzu geht vom Minister des Innern aus.

Durch diesen Akt soll dokumentiert werden, daß die Polenfrage eine Frage der inneren Politik Rußlands sei, die allein von Rußland gelöst werden könne. Ministerpräsident Stürmer nahm den Vorschlag Sazonows bereitwilligst auf. Als eine Polenabordnung kürzlich bei Stürmer wegen der Wiederaufnahme der Arbeiten der russisch-polnischen Kommission vorsprach, antwortete Stürmer, die Kommission wurde überflüssig. Die Regierung ist fest entschlossen, den Polen eine Autonomie auf breiter Grundlage zu verleihen.

**Italienische Propaganda im Ausland.**

Zur Verteidigung des Krieges.

NB Lugano, 7. Juli.

Wie die italienischen Blätter melden, bereitet die italienische Regierung die Errichtung eines politisch-militärischen Propagandabureaus im Ausland vor. Das Bureau, das direkt dem Ministerpräsidium untersteht, soll die Kriegsgründe, Kriegsergebnisse und Kriegszwecke Italiens wirksamer als bisher der Öffentlichkeit auseinandersetzen.

**Das russisch-japanische Abkommen.**

Befriedigung Englands.

WB London, 8. Juli.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat die englische Regierung ihre Befriedigung über den Bündnisvertrag zwischen Rußland und Japan ausgedrückt. Man ist der Ansicht, daß dieser in jeder Hinsicht das englisch-japanische Bündnis stärkt und die allgemeinen Beziehungen zwischen allen Alliierten im fernen Osten festigt.

**Deutschlands angebliche Hoffnungen vernichtet.**

Aus japanischer Quelle erfährt das Reutersche Bureau, daß durch das soeben in Petersburg unterzeichnete Abkommen die Hoffnung Deutschlands, irgendein Mitglied der großen Allianz zu verführen, sehr wirksam vernichtet wurde. Es ist die denkbar stärkste Erwiderung auf die zahlreichen Angebote, die sowohl Japan wie Rußland gemacht wurden, um einen Sonderfrieden herbeizuführen.

Was die gegenseitigen Unterhandlungen betrifft, die einen so befriedigenden Abschluß erreicht, ist zu bemerken, daß die Zeitungen in Japan und Rußland während der vergangenen Monate engere politische Beziehungen

zwischen beiden Ländern sehr befürworteten. Die Verhandlungen, deren Ergebnis das Abkommen ist, boten keine Schwierigkeiten. Die Alliierten Japans und Rußlands wurden einige Tage zuvor über ihr Fortschreiten unterrichtet. Das neue Abkommen ist das natürliche Ergebnis der früheren Beziehungen zwischen der russischen und der japanischen Regierung, die sichtbar von der ständig wachsenden Annäherung zwischen den ehemaligen Feinden zeugen.

**Französische Kommentare.**

O Genf, 8. Juli. (Priv.-Tel.)

Die Veröffentlichung des Vertrages zwischen Japan und Rußland hat große Sensation in der Pariser Presse erweckt. Die Blätter sind aber verlegen, eine richtige Beurteilung zu finden. Temps will beweisen, der Vertrag verbürge den Frieden in China. Frankreich könne ihn ruhig begrüßen, weil es dort geringere Interessen besitze als die nächsten Nachbarn. Auch Matin, Le Journal und Echo de Paris glauben, der Vertrag verbürge die Aufrechterhaltung des Status quo.

Eclair möchte wissen, was das englische Foreign Office dazu sagt, früher seien Kommentare unnütz.

Radical, Libre Parole und Humanité sagen offen, der Vertrag sei ein Alarmruf für China, wo alle Parteien die kommende Gefahr erkennen. Die Hauptsache für Frankreich sei, ob England stiller Teilnehmer des Vertrages sei. Falls ja, sei der Vierverband gesichert, falls nein, könnte das vom Vertrag ausgeschlossene England übellianig werden, was die Politik in Europa beeinflussen müßte.

**Der Verkauf eines Teiles der chinesischen Ostbahn. — Die Verbindung nach Wladiwostok in japanischer Hand.**

Köln, 8. Juli.

In Besprechung des Verkaufes des wichtigen Bahnstückes Tschangschun-Charbin an die südmandschurische Eisenbahngesellschaft für 25.000.000 Yen im Juni 1916 sagt die „Kölnische Zeitung“ unter anderm:

Hinfort ist Rußland für die Verbindung mit Wladiwostok und dem Küstenlande abhängig vom Wohlwollen Japans. Japan kann die „Herrscherin des Ostens“ jederzeit absperren und wünscht dies lange; es ließ sich im Jahre 1915 von Rußland die Nordhälfte Sachalins, deren Südhälfte ihm schon im Jahre 1905 zugefallen war, bewilligen, jetzt das Kernstück der Mandschurei und den Osten der Mongolei. Den Rest seines ostasiatischen Besitzes hat Rußland nur noch von Japans Gnade; denn, wenn dessen Garnison in Charbin noch so klein gehalten wird, die wichtigen, unerseßlichen Eisenbahnbrücken über den Sungari kann sie jedenfalls im Zurückgehen zerstören, die russischen Verbindungen abschneiden und die eigenen schützen. So mußte Rußland den schweren, schimpflichen Kaufpreis für die japanischen Geschütze bewilligen, wie ihn sonst nur ein völlig Geschlagener beim Zusammenbruch zahlt. Um neue Ausgänge zum Meere zu erobern, ist Rußland in den Kampf gezogen. Jetzt sperren ihm Deutschland und die Türkei Europas Tore, Japan überwacht und beherrscht den letzten brauchbaren Kriegs- und Handelshafen, der Rußland bisher in Ostasien verblieben ist. Das weitgehende Zugeständnis Rußlands an Japan erscheint um so beachtenswerter, als jenseits in Petersburg ein Abkommen zwischen beiden unterzeichnet worden ist, das ihr Verhältnis in Ostasien regelt.

### Sasonow über das russisch-japanische Uebereinkommen.

Petersburg, 8. Juli.

Die „Börsezeitung“ veröffentlichte gestern abend eine Unterredung ihres politischen Redakteurs mit dem Minister des Aeußern Sasonow, welcher erklärte: Das russisch-japanische Uebereinkommen ist eine politische Handlung von großer Wichtigkeit. In den letzten elf Jahren suchte die russische und die japanische Diplomatie alle Ursachen, die den Krieg im Jahre 1904 bewirkt hatten, die aber nicht mehr erheblich genug waren, eine ernstliche Nebenbuhlerschaft zwischen Rußland und Japan entstehen zu lassen, zu beseitigen. Nachdem dies geglückt war, gelang es uns mit Japan Beziehungen herzustellen, welche uns erlaubten, die Kräfte auf die Sicherung friedlicher Arbeit im äußersten Osten zu vereinigen und dort unser Gebiet und unsere besonderen Interesse gegen jeden Eingriff sicherzustellen. Der gegenwärtige Krieg läßt für Rußland eine Reihe von Aufgaben entstehen, deren Lösung für lange Jahre unsere Aufmerksamkeit an den Oszident fesselt. Indem wir uns auf die Solidarität mit Japan in den Fragen des fernem Ostens stützen, können wir alle Kräfte in die Lösung jener Fragen setzen und gewiß sein, daß keine Macht China für ehrgeizige Pläne mißbrauchen wird, wie es mit anderen orientalischen Ländern, die an Rußland grenzen, geschah.

Nach einer weiteren Meldung der Petersburger Telegraphenagentur erklärte ein hervorragender japanischer Diplomat einem Redakteur der „Börsezeitung“ unter anderem, der Artikel 2 des Uebereinkommens ergebe ein sofortiges praktisches Resultat für beide Teile, da danach jeder, der Rußlands territoriale Rechte und spezielle Interessen, beispielsweise in der nördlichen Mandschurei antaste, auch Japan unter seinen Gegnern finden werde. Rußland hat in Ostasien und besonders in der nördlichen Mandschurei nur einen Gegner und der ist Japan. Daraus geht am besten hervor, wie voll-

ständig sich Rußland mit diesem Uebereinkommen an Japan ausliefert. (Ann. d. R.)

## Bülow über den Krieg.

(Von unserem Berichterstatter.)

Berlin, 5. Juli.

Der Vorgänger Bethmanns im Reichskanzleramt Fürst Bülow hat dieser Tage eine zweite Ausgabe seines Buches „Deutsche Politik“ erscheinen lassen. Aus dem Friedensbuch von einst ist nun ein Kriegsbuch geworden mit allen Vorzügen und Fehlern eines solchen. Verleiht der Stoff dem Ganzen und besonders einzelnen Kapiteln den Reiz packender Aktualität, so ist die Erörterung politischer Fragen doch wieder aus demselben Grunde auf einen höchst unsicheren Boden gestellt, der unter den Kanonaden von Ost und West schwankt und zittert. Wir haben in den letzten zwei Jahren mit der Entwicklung der Kriegslage die mannigfachsten Stimmungen durchgemacht, die sich in der Kriegsliteratur widerspiegeln, und damit ist unsere Buchliteratur allmählich in das Gebiet der Presse übergeglitten, die vom Tage und für den Tag lebt. Manche Geste des Augenblicks, die in der Presse erträglich ist, weil sie mit dem Augenblick ver-schwindet, wird da in der Erstarrung der Buchform erschreckend oder lächerlich.

Dem Buche des Fürsten Bülow merkt man an, daß es nicht mehr in den ersten Tagen der Kriegsbegeisterung entstanden ist. Es ist von schwerem Ernst erfüllt, der sonst dem Charakter des früheren Reichskanzlers nicht entspricht, desto besser aber in das Wesen unserer Zeit paßt.

Als monarchistischer Staatsmann zollt Fürst Bülow dem Reichsoberhaupt den herkömmlichen Tribut, er preist das Offizierskorps, aber „das größte dieser Zeit“ findet auch er im „Heldentum des einfachen deutschen Kriegers“. Nicht ohne Sorge blickt er in die Zukunft. Denn er glaubt nicht, daß der nationale Haß, der durch den Krieg entzündet worden ist, so bald wieder vergehen werde, vielmehr rechnet er damit, „daß sich die erbitterte Stimmung in Frankreich, England und Rußland aus dem Krieg in den Frieden forterben wird“. Deutschland würde nach dieser trostlosen Auffassung, auch nach dem Kriege von Gegner eingekreist bleiben, die in ihrem gemeinsamen Haß und ihrer Vorbereitung für künftige Kriege zusammenhalten. Und so kommt Fürst Bülow zu dem Schlusse, „daß des Krieges vornehmstes Ziel das sein muß, für Deutschland nicht nur ausreichende Entschädigung, sondern auch Garantien zu schaffen, die die Vermeidung eines Krieges unter gleichen oder ähnlichen ungünstigen Verhältnissen für die Zukunft verbürgen“. Wir müßten also „Grenzen und Küsten stärker, schwerer angreifbar machen, als sie es zu Beginn dieses Krieges waren“. Die Wiederherstellung des Status quo ante bellum würde für Deutschland nicht Gewinn, sondern Verlust bedeuten.

Nun bedeutet dieser Krieg für alle Völker, die an ihm beteiligt sind, einen Verlust, der durch Entschädigungen und Gebietserwerbungen nicht wettgemacht werden kann. Damit werden sich nach ruhiger Ueberlegung alle Völker abfinden müssen, auch das deutsche Volk. Der Friedenspreis, der der gebrachten Opfer wert ist, steht nur auf dem Papier, er ist in der Wirklichkeit nicht zu finden, weil die gebrachten Opfer für alle viel zu groß sind.

In dem Wunsche, einen ähnlichen Krieg nie wieder führen zu müssen, ist das ganze deutsche Volk einig, und inwiefern die auswärtige Politik des letzten Vierteljahrhunderts zu den mitziehenden Ursachen dieser selten ungünstigen Kriegskonstellation gehört, das zu untersuchen ist jetzt nicht die Zeit. Wohl aber ist es notwendig, Fehler in der Politik unserer Tage zu vermeiden, und einen solchen Fehler erblicken wir darin, daß man wie hypnotisiert auf die Kriegsziele starrt, die sich auf der Landkarte verwirklichen sollen.

Die stärkste Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß diesem Kriege zum mindesten ein langer Friede zwischen den europäischen Völkern folgen wird, daß er sie alle im Zustand der Erschöpfung zurückläßt. Dieser lange Friede wird aber auf dem Gebiet der Wirtschaft wie der Politik Umwälzungen mit sich bringen, von deren Tragweite wir uns zunächst noch kaum eine Vorstellung machen können. Unter diesen Umständen ist der schwarze Pessimismus, der die diplomatische Lage Deutschlands für dauernd hoffnungslos verfahren hält, nicht berechtigt und es wäre nicht

erlaubt, eine Politik nach der Devise zu treiben: „Schlimmer kann's doch nicht werden!“

Diesmal begegnete Deutschland der französisch-englisch-russischen Koalition, und unter verhältnismäßig günstigen Bedingungen, denn England war für den Landkrieg so gut wie gar nicht, Rußland war mangelhaft vorbereitet. Der Fortbestand dieser Koalition wäre für Deutschland eine dauernde schwere Lebensgefahr, die durch besseren Küsten- und Grenzschutz, durch noch so ausgedehnte Landwerbungen nicht wesentlich erleichtert werden könnte. Würden wir durch Verbesserung unserer strategischen Lage auf die Möglichkeit einer Verbesserung unserer diplomatischen Lage dauernd verzichten, so wäre der sichere Verlust größer als der problematische Gewinn.

Aber das alles scheint uns nicht die Hauptsache zu sein. Hauptsache ist, daß dem deutschen Volke nicht der Glaube anezogen wird, es müßte diesen Krieg als verloren betrachten, wenn er keinen Landgewinn bringt. Dadurch wird eine Stimmung hervorgerufen, die ganz allgemein schädlich ist, die sich aber eines Tages mit besonderer Wucht gegen diejenigen wenden könnte, die sie heute planmäßig erzeugen. Sollen wir von der Kriegslage sprechen? Wir haben keinen Grund, an ihr zu verzweifeln, denn durch das Geldentum des einfachen deutschen Kriegers sind die deutschen Grenzen und Küsten geschützt und wir vertrauen darauf, daß auch der rasende Anprall, der sich jetzt im Westen entfesselt, diesen Schutz nicht zerbrechen wird. Wir sehen aber auch, daß das höchste Ziel der Kriegsführung, den Willen des Gegners zu brechen und ihm den eigenen Willen aufzuzwingen, im zwölften Monat des zweiten Kriegsjahres noch nicht erreicht ist, daß Engländer, Franzosen, Russen noch immer die Kraft zur Offensive aufbringen.

Wenn diese Offensive, wie wir alle erwarten, gescheitert ist, was dann? Werden wir dann aus eigenem Willen den Krieg fortsetzen, um jene strategischen Grenzverbesserungen zu erlangen, die Fürst Bülow fordert? Uns scheint, die Belastungsprobe, die wir bisher getragen haben, war stark genug. Bisher hat das Heldentum des einfachen deutschen Kriegers alle Aufgaben gelöst, die ihm von der mangelnden Weisheit der Staatsmänner gestellt worden sind, es hat in einer beispiellos ungünstigen Lage das Land vor dem Einbruch der Feinde geschützt, hat alle Siegeshoffnungen, in denen sich die Gegner wiegten, im Vertrauen auf ihre ungeheure Uebermacht scheitern lassen. Dann aber naht der entscheidende Augenblick, in dem eine weit vorausschauende Staatskunst dem Heldentum des einfachen Kriegers helfend zur Seite treten muß.

## Argentiniens erstes Jahrhundert.

Die blühendste unter den lateinischen Republiken Amerikas, die sich vom Mutterlande Spanien getrennt haben, Argentinien, feierte gestern ihr hundertstes Wiegenfest. Seit sich das Land konsolidierter politischer Verhältnisse erfreut, hat es einen gewaltigen, wahrhaft „amerikanischen“ wirtschaftlichen Aufschwung genommen, der selbst den Reid der nordamerikanischen Union und Kanadas zu erreichen vermochte. Die Mittelmächte, insbesondere Deutschland, unterhielten zu Argentinien bis zum Kriegsausbruche von Jahr zu Jahr wachsende wirtschaftliche Beziehungen. Das Land hat sich während des Krieges, nachdem der erste von der britischen Lügenberichterstattung hervorgerufene Zaumel überwunden war, sich korrekter Neutralität befleißigt, soweit dies, was den Handel betrifft, in seiner Kraft lag.

Berlin, 9. Juli.

Die „Nordd. Allg. Z.“ schreibt: „Das argentinische Volk feiert heute die Wiederkehr des Tages, der ihm vor 100 Jahren die volle politische Selbständigkeit gebracht hat. Nachdem es sich in den schweren inneren Kämpfen, die die erste Hälfte des verflossenen Jahrhunderts ausfüllten, zu nationaler Einheit durchgerungen hatte, nahm Argentinien in den letzten 50 Jahren einen bewundernswerten Aufschwung. Heute genießt es mit Recht seine hervorragende Stellung, nicht nur auf dem amerikanischen Kontinent, sondern unter den Staaten der Welt. Enge wirtschaftliche Bande verknüpfen Deutschland mit der Republik. Der reiche Güteraustausch zwischen den beiden Ländern ist zwar durch den Krieg zeitweise unterbunden, wird aber später um so stärker wieder aufleben. Vortreffliche Beziehungen bestehen zwischen den Heeren beider Länder und auf allen Gebieten des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens verbinden rege Wechselwirkungen die beiden Nationen. Mit herzlichem Gefühle nimmt das deutsche Volk an der Jahrhundertfeier der befreundeten Republik teil, deren weitere ruhmreiche Entwicklung ihm im gegenseitigen Interesse aufrichtig am Herzen liegt.“

Zur Feier des hundertjährigen Bestandes der argentinischen Republik gab der argentinische Gesandte Dr. Luis B. Molina einen Empfang, dem der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow und das diplomatische Korps beizwohnten. Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg hatte ein herzliches Glückwunschtelegramm gesandt.

## Die Aufhebung der Londoner Seerechts- erklärung.

### Die neuen Bestimmungen.

R. London, 8. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Im Einklang mit der jüngst im Parlament erfolgten Mitteilung betreffend die Londoner Deklaration gibt eine Beilage der „London Gazette“ bekannt, daß, da die aufeinanderfolgenden Kabinettsordern betreffend die Seeblockade vielleicht Anlaß zu einigem Zweifel bezüglich der Absicht Englands und seiner Alliierten, genau im Einklang mit dem Völkerrecht zu verfahren, gegeben hätten, hiemit der König verfüge, daß die Kabinettsorder betreffend die Londoner Deklaration und alle diese Order abändernden Ordern hiermit zurückgezogen seien.

Die folgenden Vorschriften seien zu beobachten:

a) Die Bestimmung für den Feind, die zur Einziehung von Banngut erforderlich ist, soll, bis das Gegenteil bewiesen ist, als bestehend angenommen werden, wenn die Waren an eine feindliche Behörde adressiert oder für sie bestimmt sind oder an beziehungsweise für einen Agenten eines feindlichen Staates oder an beziehungsweise für eine Person in einem Gebiete, das dem Feinde gehört oder von ihm besetzt ist, oder an beziehungsweise für eine Person, die während der gegenwärtigen Feindseligkeiten Banngut einer feindlichen Behörde oder einem Agenten eines feindlichen Staates oder an beziehungsweise für eine Person in einem Gebiete, das dem Feinde gehört oder von ihm besetzt ist, übermittelt hat, oder wenn die Waren „auf Bestellung“ adressiert sind oder wenn die Schiffspapiere nicht zeigen, wer der wirkliche Empfänger der Waren ist.

b) Der Grundsatz von der fortgesetzten Reise oder der endgiltigen Bestimmung soll anwendbar sein sowohl auf Banngut wie auf die Blockade.

c) Ein neutrales Schiff, das Banngut führt und dessen Papiere Bestimmung für einen neutralen Hafen anzeigen, das aber trotz der in den Papieren angezeigten Bestimmung nach einem feindlichen Hafen fährt, soll der Beschlagnahme und Präsenzerklärung unterliegen, wenn es vor dem Ende der Reise angetroffen wird.

d) Ein Fahrzeug, das Banngut führt, soll der Beschlagnahme und Präsenzerklärung unterliegen, falls das Banngut dem Werte, dem Gewicht, dem Umfang oder der Fracht nach mehr als die Hälfte der Ladung ausmacht.

Jedes Verfahren, das in irgend einem Präsenzgericht vor Erlass dieser Verordnung begonnen hat, kann, falls das Gericht es für gerechtfertigt hält, unter die Vorschriften der Ordern, die hiedurch zurückgezogen werden, verhandelt und entschieden werden.

# Prinzipien der Besteuerung.

die Steuermoral. Bei den gegenwärtigen Zuständen, wo die Steuerkommissionen den ehrlichsten Steuerzahlern mit dem größten Misstrauen begegnen und ihnen Einnahmen otkrobieren wollen, die sie nie hatten, kann von einer Steuermoral nicht gesprochen werden. Auf diese Weise wird dem Publikum keine Steuermoral beigebracht werden. (Zustimmung links.) Die Disparität zwischen den beiden Steuerchlüsseln, die für natürliche Personen und für die zu öffentlicher Rechnungslegung verpflichteten Unternehmen festgesetzt sind, erweise sich in der Durchführung nur noch krasser. Besonders eingehend beschäftigt er sich mit der Frage der geheimen Reserven und erklärt, er könne in dieser Hinsicht die oppositionellen Ansichten nicht teilen. In unserem wirtschaftlichen Leben können wir der geheimen Reserven nicht entbehren. Die geheimen Reserven können vielleicht aus dem Gesichtspunkte der Besteuerung nicht gebilligt werden, aus wirtschaftlichem Gesichtspunkte sind sie aber unerlässlich, und die meisten unserer Gesellschaften könnten eine wirtschaftliche Krise ohne entsprechende geheime Reserven nicht überleben.

Ausführlich beschäftigt sich Redner mit der Frage der Steuerbemessung und dem Berufungsrecht. Es bildet eine Ungerechtigkeit, daß in der Steuerreklamations-Kommission nach dem G.-N. X:1909 die Delegierten des Finanzministers gegenüber den autonomen Vertretern in Mehrzahl sind. Auch die vom Minister in Aussicht gestellte Abänderung kann den Redner nicht befriedigen. Hinsichtlich der Fälschungen sind diejenigen im großen Nachteil, die Geschäftsbücher führen müssen. Man darf bei der Beurteilung des Einkommens nicht vergessen, daß die dem Kriege vorangegangenen drei Jahre wirtschaftlich unter dem ungünstigen Einflusse der Balkankriege standen. Man müßte demnach in die Vollzugsverordnung eine Verfügung aufnehmen, daß nicht das Einkommen der Jahre 1911, 1912, 1913, sondern das Einkommen der normalen Geschäftsjahre dem Einkommen der Kriegsjahre gegenübergestellt werde. Hinsichtlich der Bücheruntersuchung ist Redner der Ansicht, daß man von den Verfügungen des Einkommensteuer- und des allgemeinen Erwerbsteuergesetzes auch um den Preis nicht abweichen darf, wenn dadurch der eine oder andere Kriegsgewinn der Besteuerung entzogen würde. Vergeblich wird im Gesetz erklärt, daß die Daten der Bücheruntersuchung zu anderen Zwecken, als zur Bemessung der Kriegsgewinnsteuer nicht verwendet werden kann. Diese Verfügung wird ein toter Buchstabe bleiben. Jedenfalls muß der Steuerpflichtige das Recht erhalten, für den Fall der Anordnung der Bücheruntersuchung sich einen kontrollierenden Sachverständigen bestellen zu können. (Lebhafte Zustimmung links.) Schließlich erklärt Redner, er hätte lieber gesehen, wenn die Verhandlung des Gesetzentwurfes und die übrigen Steuervorlagen vertagt würden, damit sie umso gründlicher durchberaten werden könnten. Im übrigen nimmt er den Gesetzentwurf mit dem oppositionellen Beschlusstrag an. (Lebhafte Beifall und Applaus links.)

## Abgeordneter Stefan Haller

betont die Opferwilligkeit Ungarns, bis an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit zu gehen, was ja schließlich Pflicht sei. Aber in das Prinzip des gleichen Lastentragens dürfe keine Bresche gelegt werden. Es dürfe nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Die öffentliche Meinung erwarte, daß zur Deckung der Kriegslasten in Form erhöhter Steuerleistung in erster Reihe jene beitragen, die durch den Krieg reich geworden sind. Dem sei in der Vorlage keine Rechnung getragen, denn von einer „Kriegsgewinnsteuer“ sei nur in dem Titel einer der Steuervorlagen die Rede. Die Kriegsbervermögen seien nichts als Beute und der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zuwider.

Um 2 Uhr unterbricht Präsident die Sitzung.

## Meuchelmord eines montenegrinischen Ex-Ministers.

An einem k. u. k. Offizier.

Wien, 10. Juli.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Der k. u. k. Militärgeneralgouverneur in Cetinje hat kürzlich gegen den früheren montenegrinischen Kriegsminister Radomir Wesoewitsch und fünf seiner Verwandten gleichen Namens einen Steckbrief erlassen, weil sie des Meuchelmordes an einem österreichisch-ungarischen Offizier und des Mordversuches an einem Infanteristen dringend verdächtig sind. Die feindliche Presse bemächtigte sich selbstverständlich dieser Angelegenheit sofort und machte aus ihr eine Staatsaktion ersten Ranges. Steht doch in der Times nichts Beringeres zu lesen, als daß sich Montenegro in hellem Aufruhr gegen uns befände.

Diesen Tatarennachrichten gegenüber ist zu betonen, daß in Montenegro seit der Besetzung durch unsere Truppen vollste Ruhe herrscht und der weitaus größte Teil des hartgeprüften Volkes dieser Ruhe auch aufrichtig und aus ganzem Herzen froh ist. Wenn ab und zu irgendwie schüchterne Zeichen einer gewissen Mißstimmung sichtbar wurden, so beschränkten sie sich nur auf einen ganz kleinen Kreis von Elementen, die zumeist aus unbefriedigtem persönlichen Ehrgeiz mit den neuen Verhältnissen unzufrieden waren, denen es aber nie gelang, auch nur im geringsten in der Öffentlichkeit wirksam zu werden.

Zu diesen — wie bemerkt — durchaus vereinzelt Elementen gehörten der einstige montenegrinische Kriegsminister Radomir Wesoewitsch und sein im Norden des Landes wurzelnder Familienanhang. General Wesoewitsch, aus dem Stamm der Wasoewitschi, ein überaus ehrgeiziger, in der Wahl seiner Mittel rücksichtsloser Mann, hatte sich im Balkankriege und im Kriege Montenegros gegen Oesterreich-Ungarn eine außerordentlich einflußreiche Stellung zu schaffen gewußt, um die er natürlich durch die Einsetzung der österreichisch-ungarischen Verwaltung gekommen ist.

Wenn auch seine Mißstimmung gegen die Monarchie nirgends werktätig in die Erscheinung treten konnte, war es doch geboten, ihm die immerhin bestehende Möglichkeit ungünstigen Einflusses auf seine Stammesgenossen von Haus aus zu entziehen.

Mitte Juni ließ der Militärgeneralgouverneur den einstigen Kriegsminister auffordern, das Land zu verlassen und seinen Wohnsitz in der Monarchie zu nehmen. Einige andere Männer, die aus denselben Gründen die gleiche Aufforderung erhielten, folgten ohne Zaudern und halten sich jetzt in Wien auf. Wesoewitsch hingegen beantwortete den Befehl des Militärgeneralgouverneurs mit einem Meuchelmord an dem Oberleutnant Adolf Pecher des k. u. Landsturminfanterieregiments Nr. 23, dem Ueberbringer der Botenschaft, und mit der Flucht. Bei der Verfolgung wurde noch ein Infanterist verwundet.

Selbstverständlich hob man sofort alle männlichen Mitglieder der Familie Wesoewitsch, soweit sie nicht mit Radomir geflohen waren, als Geiseln aus und führte sie nach Cetinje ab. Gegen die Flüchtlinge erließ der Militärgeneralgouverneur den eingangs erwähnten Steckbrief. Auf den Kopf des geflüchteten Anführers wurden 50.000 Kronen gesetzt.

Die Bevölkerung Montenegros erhielt von der Tat des Generals Wesoewitsch durch öffentlichen Anschlag Kenntnis. Wie aus zahlreichen Kundgebungen hervorgeht, wurde der Meuchelmord an Oberleutnant Pecher von den weitesten Kreisen des Landes aufs schärfste verurteilt. Der Metropolit erschien beim Militärgeneralgouverneur, um im Namen seiner Gläubigen diesem Empfinden Ausdruck zu verleihen und zu bitten, daß die ruchlose Tat eines einzelnen nicht am ganzen Volke gesühnt werde. Zu irgendeiner Ausschreitung, wie sie vielleicht im Kopfe des Wesoewitsch oder seiner Gesinnungsgenossen geplant war, ist es nie und nirgends gekommen. Alles blieb ruhig.

Ebenso erlogen sind die Mitteilungen des kaiserlichen Bureaus über angebliche Unruhen in Serbien. Auch hier ist nicht die geringste Ausschreitung vorgefallen.

## Rußland und Japan.

Obzwar man bei uns, und noch mehr in Deutschland, das Wort „Weltpolitik“ gern in den Mund nimmt, ist doch in keinem der an der Weltpolitik beteiligten Staaten eine so geringe Kenntnis der für die Weltpolitik entscheidenden Tatsachen zu finden wie bei uns und auch in Deutschland. So konnte es kommen, daß im August 1914 die Kriegserklärung Japans an Deutschland hier die größte Überraschung hervorrief. Daß sich Japan in den letzten Jahren vor dem Krieg durch ein ganzes System von Verträgen mit der Entente verständigt und verbündet hatte, hatte man, in der großen Öffentlichkeit zum mindesten, übersehen und Japan als Freund Deutschlands eingeschätzt, von dem man sogar im Weltkrieg einen Rückenangriff gegen Rußland erwartete. Die Enttäuschung war damals groß bei uns, sie scheint aber zur Vertiefung der weltpolitischen Kenntnisse nicht viel beigetragen zu haben. Jetzt, da ein neuer Freundschaftsvertrag zwischen Japan und Rußland bekannt wird, kann man in unserer Presse wieder Betrachtungen lesen, die eine anhaltende Unkenntnis der politischen Verhältnisse im fernen Osten offenbaren. Die einen finden, daß England von diesem Vertrag unangenehm überrascht sein werde, der Japan von seinem Bündnis mit England unabhängig mache; die andern kommen sogar auf die schnurrige Idee, daß Rußland mit diesem Ver-

trag Japans Munitionslieferungen allzu schwer bezahlt habe; alle sind darin einig, daß die Annäherung der einstigen Feinde, Japan und Rußland, ein wichtiges Ereignis der zeitgenössischen Geschichte sei. Gerade als ob seit dem Russisch-Japanischen Krieg in Ostasien alles beim alten geblieben wäre. Und doch hat gerade seit dem Frieden von Portsmouth die Diplomatie nirgends so eifrig und erfolgreich gearbeitet wie in Ostasien.

Was Rußland insbesondere betrifft, so hat man dort sofort nach der diplomatischen Schlappe der Annexionskampagne im Frühjahr 1909 den Plan gefaßt, sich durch eine Verständigung in Ostasien für die europäische Politik den Rücken frei zu machen. Es war erst vier Jahre nach dem Kriege mit Japan, und so dachte man zunächst an ein Abkommen mit China. Russische Agenten wurden nach Peking geschickt, um die Situation des großen Reiches zu prüfen. Doch ihre Berichte waren nicht ermutigend. Sie sprachen sich sehr skeptisch über die damals im Nordosten Chinas versuchte Armee-Reorganisation und noch skeptischer über die inneren Verhältnisse Chinas aus. Der Schluß war, daß die chinesische Armee auf lange Zeit hinaus zu schwach sein werde, um Rußland eine ausreichende Hilfe in Ostasien zu gewähren, und daß die inneren Verhältnisse des Reiches keine genügend solide Stütze für ein Bündnis abgeben. „China,“ sagte man damals in Rußland, „ist ein Körper ohne Muskeln und ohne Kopf.“ So wendete man sich an Japan, dem sich Rußland schon im Jahre 1907 durch einen die Integrität Chinas garantierenden Vertrag genähert hatte. Der russische Finanzminister Sokolow, der im Verein mit dem Minister des Äußern Tswolsky hauptsächlich die ostasiatischen Pläne betrieb, wurde im Oktober 1909 nach der Mandchurei entsendet, wo er mit dem „japanischen Bismarck“, dem Marquis Ito, zusammentraf. Als Ito auf der Gegenbesuchsreise nach Petersburg ermordet wurde, kamen die Verhandlungen, die auf japanischer Seite hauptsächlich er geführt hatte, vorübergehend zum Stillstand. Ein vom amerikanischen Staatssekretär Knox ausgearbeiteter Plan zur

Internationalisierung der mandchurischen Eisenbahnen, der sowohl Japans wie Rußlands Interessen bedrohte, brachte wieder ein rascheres Tempo in die Unterhandlungen. Am 4. Juli 1910 wurde der Vertrag abgeschlossen, der eine vollständige Versöhnung Rußlands und Japans, fünf Jahre nach dem Kriege, und Rußland in Ostasien die gewünschte Entlastung brachte.

Der Vertrag von 1910 hatte lediglich die Aufrechterhaltung des Statusquo in der Mandchurei zum Zwecke. Der neue Vertrag ist ein vollständiger Bündnisvertrag in allen ostasiatischen und ein Freundschaftsvertrag in allen politischen Fragen der beiden Reiche überhaupt. Es ist kein Grund, anzunehmen, daß er England, das mit beiden Vertragsmächten alliiert ist, unwillkommen sein sollte. Anders dürften ihn wohl die Vereinigten Staaten aufnehmen. Doch liegen von dort noch keine konkreten Äußerungen vor.

11./XII. 1916

## Die Kriegsziele des Kanzlers.

Fortgesetzte Polemiken.

» Berlin, 9. Juli.

Die Reichstagsrede des Reichskanzlers gegen die „Piraten der öffentlichen Meinung“, wie er die Autoren der geheimen Pamphlete nannte, hat in der deutschen Öffentlichkeit die Diskussion über die Kriegsziele wieder erweckt. Diesmal kam die Anregung aus Sachsen. Während sich dort in Leipzig eine Anzahl von Intellektuellen zu einer dem Kanzler freundlichen Kundgebung zusammenfand, hielten die Nationalliberalen des Königreiches eine Vertreterversammlung in Chemnitz, die nach einem Vortrag des Leipziger Historikers Geheimen Hofrates Prof. Dr. Ernst Brandenburg eine Resolution beschloß, die in der Presse nicht wiedergegeben werden durfte. Prof. Brandenburg erläuterte dann in der Leipziger Presse seine Haltung, indem er erklärte, daß seine Parteifreunde dem Kanzler kein Vertrauen entgegenbringen können, solange er ihren Kriegszielen, Erweiterung nach Ost und West, und dem rücksichtslosen U-Bootkrieg nicht zugestimmt habe. Diese Äußerung wurde von der konservativen Kreuzzeitung als Scurril für die konservative Fronde verzeichnet. Darauf wendete sich das Organ des Kanzlers, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, gegen den Prof. Brandenburg. Die Kreuzzeitung sah in dieser Äußerung die Forderung, daß man dem Kanzler „blindes Vertrauen“ entgegenbringen solle. Darauf antwortete die Nordd. Allg. Ztg., indem sie schrieb:

„Unsere gestrige Notiz über die Rede des Prof. Brandenburg ist von einigen Blättern dahin ausgelegt worden, als würde darin ein blindes Vertrauen für den Reichskanzler gefordert. Blindes Vertrauen fordert der Reichskanzler nicht, aber er befürchtet, daß ein für die Zukunft unter Bedingungen vorhaltenes Vertrauen in der Gegenwart neues Mißtrauen sät und vorhandenes vertieft, und er glaubt, daß wir das in dieser ersten Zeit nicht brauchen können.“

Nachdem man im ersten Halbjahr des Krieges den Reichskanzler als Flau- und Schläppmacher hat hinstellen wollen, im weiteren Verlauf zu unzähligen Malen offen und versteckt den Verdacht geäußert und geweckt hat, als würde nicht aus realen, sondern aus sentimentalen Gründen auf wirksame und entscheidende Kriegsmittel verzichtet, als fehle der entscheidende Wille zum Sieg, darf man sich jetzt nicht auf einen auf solche Weise hervorgerufenen Mangel an Vertrauen berufen, und es so darstellen, als fordere der Reichskanzler gegenüber einem angeblich überall bestehenden Mißtrauen volles Vertrauen. Diese Tendenz finden wir zu unserem Bedauern in einigen Kommentaren zu unserer gestrigen Notiz wieder.“

Die Kreuzzeitung hatte auch geäußert, die Regierung habe es versäumt, dem Volke die „großen Ziele“ des Krieges zu zeigen. Darauf erwiderte das Reichskanzlerorgan mit einem zweiten Artikel, in dem es heißt:

„Der Vorwurf ist alt, so alt, daß es uns wundernimmt, daß er noch im Volke lebendig sein soll. Ist er wirklich berechtigt?“

Der innere Sinn dieses großen Kampfes ist die Verteidigung des deutschen Volkes, seiner Freiheit und seiner Zukunft. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wird die tiefe Bedeutung dieses Sinnes, die in den Kundgebungen Seiner Majestät des

Kaisers und in den Reden des Reichskanzlers immer wieder hervorgehoben worden ist, gerade jetzt, da an allen Fronten wütende Kämpfe toben, lebendiger als je empfinden. Ist dies kein Ziel, groß genug, alle zu einigen und innerlich zu befeelen? Man hat es vielfach so darstellen wollen, als sei dies Ziel doch ein rein negatives. Wer aber nicht über die Reden des Reichskanzlers hinweggehen will, namentlich über die Reden vom 19. August 1915, 9. Dezember 1915 und 5. April 1916, in denen er früher wiederholt Ange deutetes so ausführlich wie möglich dargelegt hat, wird zugeben müssen, daß die Regierung jedenfalls die Verteidigung nicht im negativen Sinne, sondern in dem höchst positiven Sinne der Behauptung, Sicherung und Stärkung der deutschen Zukunftstellung in der Welt faßt. Wenn die Einfallstore in das Herz Deutschlands fremdem Einfluß entzogen, wenn Rußland hinter die Flüsse zurückgeworfen wird, die als kürzere Grenze Deutschland einen besseren Schutz geben, wenn die wirtschaftliche Entfaltung Deutschlands in der ganzen Welt gesichert sein soll — ist das kein großes Ziel? Sind die Kanzlerreden, in denen solche Forderungen erhoben wurden, das „lähmende Schweigen“, aus dem die Deutsche Tageszeitung Sorge und Zweifel wachsen sieht.

Es liegt in der Natur der Sache und in der Pflicht der politischen Leitung in einem solchen Kriege einer Koalition gegen eine andere, die Aufstellung konkreter Friedensbedingungen und den Zeitpunkt ihrer Bekanntmachung nicht abhängig zu machen von Stimmungen und Gefühlen, sondern lediglich von klarer realpolitischer Erwägung. Wir haben es immer für einen bedauerlichen Fehler gehalten, daß die Kreise, die im Spätherbst des Jahres 1914 und im Frühjahr 1915 die Zeit für gekommen erachteten, große Eroberungsziele aufzustellen, dies ohne Fühlung mit der Regierung und ohne Rücksicht auf die politische und militärische Lage getan haben.“

Da die Politik die Kunst des Möglichen ist, konnte die Regierung diesen Weg nicht betreten, und mußte die Angriffe, die deswegen im Laufe des vergangenen Jahres gegen sie gerichtet wurden, auf sich nehmen. Die Behauptung des Deutschen Reiches gegen eine Welt von Feinden, die Sicherung seiner Zukunft und seiner Freiheit nach West und Ost bleibt deshalb doch als Aufgabe so groß und gewaltig, daß wir unsere inneren Kräfte nicht schon inter arma durch boreiligen Streit über die Grenzen des Möglichen und Nützlichen bei den Friedensverhandlungen zerplittern dürfen.“

Auf diese Auslassungen des Reichskanzlerorgans erwiderte die Deutsche Tageszeitung, „daß die Flau- und Schläppmacher im deutschen Volke immer wieder den Anschein erwecken konnten, als teile die Regierung ihren Standpunkt“, da sie von dieser nie „unzweideutig abgeköttelt worden seien, beklagte sich ferner über die „rein negative Formulierung des Kriegszieles nach Westen“ in der Nordd. Allg. Ztg. und fügte hinzu:

„Erweckt werden Sorgen und Zweifel aber zunächst dadurch, daß diese negative und reichlich schattenhafte Formulierung des Kriegszieles im Westen zusammenfällt mit der wichtigsten — und wiederum negativen — Tatsache unserer politischen Kriegsführung. Daraus ergeben sich dann von selbst Zweifel am entscheidenden Willen zum Siege, da ein voller Sieg jedenfalls von der Frage nicht zu trennen ist, ob wir England, die große Kraftreserve der feindlichen Koalition, wirksam angreifen können, wollen oder müssen.“

## Die Kriegsziele des Kanzlers.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung kommt heute auf die Bemerkung der Deutschen Tageszeitung zurück und schreibt:

„Die Deutsche Tageszeitung meint in Entgegnung auf unsere Bemerkungen vom Samstag, die Behauptung, man habe im ersten Halbjahre des Krieges den Reichskanzler als Flau- und Schlappmacher hinstellen wollen, dürfte unbeweisbar sein. Daß man das gar nicht tun konnte, dafür trug schon die Zensur Sorge. Diese Erwiderung wird allen Leuten, die die Fingigkeit eines gewandten Publizisten zu schätzen wissen, nur ein vergnügtes Lächeln abnötigen. Man kann das sehr gut, auch trotz der Zensur. Wie man es macht, darüber geben unzählige Artikel der Deutschen Tageszeitung lehrreichen Aufschluß. Die Zeitung wird sich auch selbst erinnern, daß sie trotz ihrer Kunst, zwischen den Zeilen lesen zu lassen, gelegentlich die Zensur zum Einschreiten nötigte.“

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung zitiert einige Beispiele dieser Art aus den weiteren Bemerkungen der Deutschen Tageszeitung und jagt, daß dieses Blatt in auswärtigen Fragen Urteilsfähigkeit genug besitzen müßte, um zu sehen, daß die Gründe „für die schattenhafte Formulierung der Ziele nach Westen“ mit den Gründen der Behandlung unseres Verhältnisses zu Amerika gar nichts zu tun haben.

Wenn weiters behauptet werde, daß der Reichskanzler in Gefahr sei, als Flaumacher zu gelten, wenn er nicht den Abgeordneten Scheidemann abschüttle, weil dieser in der Breslauer Versammlung behauptet habe, vom Reichskanzler gehört zu haben, daß er die in der Denkschrift der sechs Verbände aufgestellten Eroberungspläne keineswegs billige, und wenn sich das Blatt in der Besorgnis um das Ansehen des Reichskanzlers in weitesten Volkskreisen darauf berufe, daß die Angabe Scheidemanns in vollem Gegensatz zu der Auffassung stehe, die die Vertreter der sechs Verbände selbst bei Unterredungen mit dem Reichskanzler hatten, so betont die Norddeutsche Allgemeine Zeitung: „Der Reichskanzler hat im Laufe der Kriegszeit viele Personen verschiedener Parteien und Berufe, Fraktionsvorstände, Vertreter wirtschaftlicher Gruppen und Männer der Feder empfangen und in wechselndem Zusammenhang häufiger auch vertrauliche Ansichten über den künftigen Frieden ausgetauscht. Keiner aber, auch die Vertreter der sechs Verbände nicht, kann von ihm mit der Auffassung geschieden sein, daß er sich mit jenen Zukunftsforderungen der Denkschrift identifiziere.“

Ist nun etwa der ein Weichling und schwachmütiger Politiker, der anderer Ansicht ist als die sechs Verbände? Ist die Verkündung von Zielen, die nach ihrer Möglichkeit ungewiß, nach ihrer Richtigkeit bestritten und zweifelhaft sind, das wahre Zeichen von Mut und überlegener Einsicht? Jedenfalls hat unser Großmeister der Staatskunst den Wert seiner Friedensschlüsse niemals allein nach der Größe der Gebietserweiterungen bemessen und deshalb auch niemals fremde, selbständige Völker dem Reiche einzuverleiben getrachtet, sondern der Kern und Stern seines Wirkens war immer: Wie mache ich am zweckmäßigsten und dauerhaftesten mein deutsches Vaterland einig, stark und zur freien Entwicklung seiner Kräfte unangreifbar?

Diese Grund- und Richtlinie der Bismarckschen Praxis darf im heroischen Verteidigungskampf am Werke, das er bald mit Blut und Eisen, bald mit

weiser Mäßigung schaffen half, auch gegenüber der Forderung nicht vergessen werden, daß wir aus diesem Kriege stärker hervorgehen als wir hineingegangen sind. Dem nachzusinnen dünkt uns eine bessere Vorbereitung auf die Friedenserörterungen als das Santieren mit groben Kategorien und eingeübten Klümmernissen.“

## Der Deutsche Nationalausschuß.

Das Programm des Verbandes.

zu Berlin, 10. Juli. (Priv.-Tel.)

Die National-Zeitung hat Gelegenheit genommen, sich bei einer leitenden Persönlichkeit des unter dem Vorsitz des Fürsten **W e d e l** gegründeten Deutschen Nationalausschusses, der, wie gemeldet, das „einheitliche Verständnis des deutschen Volkes für einen ehrenvollen, die gesicherte Zukunft des Reiches verbürgenden Friedensschluß wecken“ will, des genaueren über die Ziele und über das Programm des Vereins zu erkundigen. Sie berichtet darüber:

„Aus diesen Mitteilungen geht hervor, daß es die Absicht des Deutschen Nationalausschusses ist, eine mittlere Linie einzuschlagen, das heißt, sowohl bei den sogenannten „Flaumachern“, wie auch bei jenen Leuten, die allzu weitgehende Forderungen aufstellen, aufklärend zu wirken. Die Aufklärung soll erfolgen sowohl durch Vorträge wie durch die Presse wie auch endlich durch alle statthaften Werbemittel, und sie soll — wenn man so sagen darf — in einer durchaus friedlichen Weise, also ohne scharfe Polemiken, betrieben werden.“

Die vorbereitenden Arbeiten des Deutschen Nationalausschusses sind derzeit noch im Gange. Am Donnerstag wurde die gründende Versammlung im Hotel Adlon abgehalten, eine zweite Versammlung im engeren Kreise fand am Freitag statt. Der Hauptsache nach ist der Deutsche Nationalausschuß als eine Körperschaft mit nur ziemlich begrenzter Teilnehmerzahl gedacht, und es sollen als Mitglieder nur vollkommen unabhängige Persönlichkeiten aufgenommen werden, demnach niemand in beamteter Stellung. Laufende Geschäfte der Körperschaft werden von den Herren **Ulrich Kaufher** und **Robert Breuer** besorgt, beide als Schriftsteller von zweifelsohner Begabung bekannt, der erstere als ständiger Berliner Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung, der letztere als Mitarbeiter zumest ganz linksstehender Blätter.

11. III. 1916

## Probleme und Methoden des Völkerrechtes.

### I. Die Probleme.

In tiefe Verachtung ist das Völkerrecht gesunken, das Vertrauen in seine rechtliche und tatsächliche Geltung ist allgemein erschüttert durch das Verschulden der Kriegführenden wie durch die Schwäche der neutralen Staaten. Dennoch ist nicht gezeigt, daß die Staaten- und Völkergemeinschaft ohne zuverlässige völkerrechtliche Ordnung nicht bestehen kann.

Wer könnte sich einen „allgemeinen Landfrieden“, das ist eine innere Ordnung der Staaten, vorstellen, bei einem Zustand, wo die zwischen Grundstück und Grundstück gezogenen Grenzen völlig ungeschützt sind? Dieser Grenzschutz ist nicht etwa bloß ein Ausfluß von Privateigentumsinteresse. Auch wenn der Boden durchaus in Händen von öffentlichen Korporationen wäre, etwa von Gemeinden, Wirtschaftsgenossenschaften oder Staatsämtern, müßte die Rechtsphäre jeder Körperschaft auch räumlich abgegrenzt, rechtlich und durch öffentliche Gewalt geschützt sein, wenn nicht allgemeine Anarchie die ruhige Betriebsführung stören sollte. Außerdem müßten Grundstücke, die der allgemeinen Benützung offenstehen, also öffentliche Wege, Straßen und Plätze, deutlich und streng abgeschlossen und das Recht jedermanns, sie zu benützen, öffentlich geordnet sein. Das öffentliche Gut kann nicht sein ohne wirksame öffentliche Verwaltung, sonst wird es mißbraucht und herabgedrückt zu herrenlosem Gut, das dem anheimfällt, wer die Gewalt hat und anmaßend genug ist, von ihr Gebrauch zu machen.

Die Erdoberfläche gewährt im großen das gleiche Rechtsbild wie die Gemeindeflur im kleinen. Staaten teilen sich in die Erdoberfläche wie die Gemeindeflur in den Boden der Gemeinde. Der gleiche Zustand der Rechtlosigkeit, wie heute im Verhältnis der Staaten zueinander, hat einst zwischen Grundherrschaft und Grundherrschaft im Innern bestanden und das ungeheuer schwierige Werk, wie einstmal der allgemeine „Landfriede“ geworden, ist heute im größten Maßstab für den „Weltfrieden“ zu vollbringen. Jener Vorgang, der im dreizehnten Jahrhundert die innere Ordnung der Staaten ausgerichtet hat (der älteste Landfriede war der Mainzer Landfriede Heinrichs IV. von 1103, der auf vier Jahre beschworen wurde, der „Ewige Landfriede“ vom 7. August 1495, von Kaiser Maximilian in Worms verkündet), ist wohl geeignet, uns die Einsicht in das Problem zu erschließen, die der europäischen Staatenwelt gestellt ist, und jenes Vorbild lehrt uns, daß es sich dabei zugleich um zwei Dinge gehandelt hat, von denen eines ohne das andere nicht zu denken, eines nur die ideelle Seite des anderen ist, um die Aufrichtung eines Rechts und um die Herstellung einer Macht, die das Recht sichert.

Das Grenzrecht und der Grenzschutz zwischen Nachbarstaaten sind heute völlig präpariert. Es gibt kein allseitig anerkanntes Grenzrecht, weil es keinen unbestrittenen Rechtsgedanken der Grenze gibt. Die einen wollen die Grenzen nach geographischen Gründen gezogen wissen (Bergkämme und Flußläufe), die anderen nach militärischen (nach verteidigungsfähigen Stellungen), die dritten nach wirtschaftlichen (Notwendigkeiten der Erzeugung und des Handelsverkehrs), die vierten nach nationalen (Bereinigung des ganzen nationalen Siedlungsgebietes), die fünften nach dem historischen Besitzstand (einem älteren oder dem letzten). Von all diesen Gesichtspunkten ist der historische der reaktionärste. Die alten Landkarten Europas sind das Ergebnis von Willkür und Gewalt, die letzte Landkarte nicht minder; sie ist der Hauptsache nach das Erzeugnis des Wiener Kongresses, das Erzeugnis

zeitlicher Jarenübermacht und Metternichscher Diplomatie, das einer langen Reihe von Völkern Gewalt angetan hat, und ein unerträgliches Unsinnen an die Völker Europa wäre es, diese 1815 geschaffene Landkarte für alle Zukunft zum rechtlichen Ausgangspunkt ihres staatlichen Daseins stempeln zu wollen. Wäre der letzte Grenzstand erträglich gewesen (zum Beispiel für die Polen!), so stünden wir kaum im Kriege; er hat sich nicht als Mittel des Friedens bewährt, sondern eher als Anreiz zum Kriege, und also ist erst recht irgend welche Rechtsüberzeugung zu Gunsten des bisherigen Grenzstandes allgemein gültig oder auch nur vorherrschend nicht zu gewinnen.

Nicht anders steht es mit den übrigen Bestimmungsgründen. Wieviel für das Nationalitätsprinzip auch sprechen mag, die lebendige Praxis fast aller Staaten hat es verworfen: England überall in der Welt und daheim in Irland, Frankreich an seiner Süd-, Ost- und Nordgrenze (Nizza, Elsaß, seine flämischen Departements, Belgien, das national zum Teil zu Frankreich, zum Teil zu den Niederlanden gehören müßte), Rußland daheim und auswärts allenthalben. Das System wirtschaftlicher Grenzbestimmung geht entweder aus von dem Gedanken der Autarkie: das Volk muß so viel und solches Land haben, daß es sich daheim selbst versorgen kann. Oder der Expansion: das Land muß Entwicklungsraum offen haben; es braucht Ausdehnungslinien (Rußland und Sibirien z.), braucht die Verfügung über die Aus- und Zufuhrstraßen (Dardanellen für Rußland, Suezkanal für die Mittelmächte und so fort). Die Theorie der geographischen Grenzen kennen wir aus der Geschichte (Reunionskammern Ludwigs XIV., die die Niederlande Frankreich zusprachen, weil sie eine Anschwemmung französischer Flüsse sind), die Theorie der militärischen Grenzen aus der Gegenwart zu gut, um lange Erörterungen daran zu knüpfen. Jedes dieser Systeme hat einige Gründe für sich, sehr viele gegen sich; alle Systeme bieten eher Kriegsvorwände als Friedensbürgschaften. Die Rechtsgründe der Grenze sind unstritten und zum Schutze der Grenze gibt es heute nur eine reale Macht: die bewaffnete Selbsthilfe! Das ist der Zustand, in dem die abendländische Kulturwelt lebt!

Nicht besser steht es mit jenen Teilen der Erdoberfläche, die sich schon ihrer Natur nach zum ausschließlichen Besitz einer Einzelmacht gar nicht eignen und die in dem oben gegebenen Vergleich den öffentlichen Plätzen und Wegen entsprechen. Der Verkehr hat zu allen Zeiten an einzelnen Punkten der Erdoberfläche tatsächliche Gemeinschaftsverhältnisse geschaffen: So an Landengen, die alle Umwohnenden passieren müssen, so insbesondere an Meerengen. Rein tatsächlich gesehen, ist die Nordsee der öffentliche Platz der Völkergemeinde, die um ihn siedelt wie die Geschäftshäuser einer Stadt um deren Marktplatz. Die Enge von Gibraltar und der Kanal von Suez sind rein tatsächlich die Straße für Schiffe aller Kulturstaaten der Welt. In solchen Teilen der Erdoberfläche besteht sichtbarlich ein reales Gemeinschaftsverhältnis.

Nicht so sichtbar, aber nicht weniger real sind andere Gemeinschaftsverhältnisse.

Wer die Eisenbahnfahrpläne Europas studiert, findet Verwandtes auch zu Lande und der Augenschein bestätigt es auch am Orte. Im Bahnhof von Calais, Ostende oder Brüssel harren auf jede Schiffslandungen Expreszüge aller Nationen, die strahlenförmig auseinanderlaufen: nach Paris, nach Basel, nach Wien, nach Berlin, nach Hamburg. Nicht anders steht es mit den Frachtrouten. Antwerpen und Amsterdam sind nur in der politischen Geographie belgische oder holländische Häfen, in der Wirtschaftsgeographie aber sind sie ebenso deutsche und französische. Das hochkultivierte Flachland an der Rhein- und Scheldemündung hat schon seit geraumer Zeit den Charakter eines öffentlichen Platzes zwischen allen umwohnenden Völkern angenommen; es ist ein Marktplatz mit drei Toren, einem deutschen, einem französischen und einem Tor zum Meere, das wir das englische Tor nennen wollen. Die Geschichte lehrt uns, daß dieses Völkerdreieck, schon seit es abendländische Kultur kennt, zugleich das Schlachtfeld aller umwohnenden Massen ist.

Und nicht anders steht es um die Alpenpässe und ihr Vorland. Die Straßen über den Großen und den

11. VII. 1946

# Probleme und Methoden des Völkerrechtes

Kleinen St. Bernhard, über den Simplon, Gotthard und Brenner, die Talsperre zwischen Rhein und Rhone, zwischen Basel und Genf, sind für alle Staaten Europas bedeutsam, für Nord und Süd, für Ost und West wichtig und wer sie in Friedenszeiten in Augenchein nimmt, begegnet dort „ganz Europa“ nicht weniger als an der flandrischen Küste, da und dort in Geschäften wie zum Naturgenuss. Es gibt Schnittpunkte des Völkerverkehrs an der Erdoberfläche, nennen wir sie Schlüsselstellungen, die ebensowenig eine Einzelmacht interessieren wie ein städtischer Marktplatz eines Stadtbürgers Privateigentum sein kann.

Das ist nun der große und verhängnisvolle Widerspruch zwischen Tatsachen und Rechtszustand: Die gewaltige Entfaltung des Weltverkehrs schafft solche Stellungen rein tatsächlich an vielen Punkten neu (Panama!) und erhöht die Bedeutung der alten Stellungen. **Reintatsächlich** stehen sie in **gemeinsamer Nutzung aller** — rechtlich aber stehen sie unter der ausschließenden politischen Gewalt eines Staates, ja unser Völkerrecht kennt gleichsam nichts anderes als Privatgrundstücke — auch deren Abgrenzung sichert es nicht —, es kennt noch nicht öffentliche Wege und Plätze, es kennt **keine gemeinsame Sicherung von Gemeinschaftsrechten!** Dadurch setzt es geradezu eine Prämie aus für jeden, der den Mut hat, eine solche Schlüsselstellung an sich zu reißen, und gibt ihm zu diesem Versuch gewissermaßen auch die Rechtfertigung mit. Da es Gemeinschaftsbesitz nicht gibt, da also jedes Grundstück in Privatbesitz stehen muß, bleibt nur das Dilemma „Mein oder Dein!“ Dieser Mangel des Rechtes schafft ja beinahe den Zwang, sich der Schlüsselstellung zu bemächtigen und dem anderen dadurch zuvorzukommen. Wird doch auch der Mangel solcher Wachsamkeit mit dem Verlust von Macht und Reichtum bestraft!

Man versteht die Kriegsnot des Abendlandes nicht ganz, wenn man neben ihren hundertfältigen anderen Ursachen und Anstößen nicht auch diese rechtliche Not im Auge behält. Blättern wir in den letzten Jahrhunderten abendländischer Geschichte, so stoßen wir auf viele ernste und mühevollen Versuche, diesen Rechtszustand zu überwinden, und wir finden eine Reihe von Methoden, seiner Herr zu werden. Die geschichtliche Abfolge dieser Versuche ist auch überaus lehrreich, sie verrät uns heute schon den endlichen Ausweg.

K. R.

## Des Kanzlers Friedensziele.

Gestern abend ist die „Nordd. Allg. Ztg.“ abermals veranlaßt worden, über des Kanzlers Friedensziele Andeutungen zu machen. In Form einer Auseinandersetzung mit der „Deutschen Tageszeitung“ glaubt das offiziöse Blatt den Reichskanzler gegen den Verdacht zu verteidigen zu müssen, ein Flaum- oder Schlappmacher zu sein. Niemand — so sagt die „Nordd. Allg. Ztg.“ — habe an besondere Verbindungen zwischen dem Bund „Neues Vaterland“ und der Regierung glauben, niemand habe auch den Eindruck haben können, der Reichskanzler sei Führer oder Werkzeug einer anglophilen Partei, die nur an baldigen Frieden mit England denke und darum England ja nicht zu nahe treten wolle.

Gegen den Vorwurf, daß der Kanzler in Gefahr sei, als Flaummacher zu gelten, wenn er nicht den Abgeordneten Scheidemann abschüttelt, weil dieser in einer Breslauer Versammlung behauptet hat, vom Reichskanzler gehört zu haben, daß er die in der Denkschrift der sechs Verbände aufgestellten Eroberungspläne keineswegs billige, wird in der „Nordd. Allg. Ztg.“ ausgeführt:

In Besorgnis um das Ansehen des Reichskanzlers in weitesten Volkskreisen beruft sich die „Deutsche Tageszeitung“ darauf, daß die Angabe des Abgeordneten Scheidemann in vollem Gegensatz zu der Auffassung stehe, welche die Vertreter der sechs Verbände selbst bei ihren Unterredungen mit dem Kanzler und dessen Äußerungen hatten. Der Reichskanzler hat im Laufe der Kriegszeit viele Personen verschiedener Parteien und Berufe, Fraktionsvorstände, Vertreter wirtschaftlicher Gruppen, Männer der Feder, empfangen und in wechselndem Zusammenhange häufiger auch vertrauliche Ansichten über den künftigen Frieden ausgetauscht. Keiner aber, auch die Vertreter der sechs Verbände nicht, kann von ihm mit der Auffassung geschieden sein, daß er sich mit jenen Zukunftsforderungen der Denkschrift identifiziere.

Der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ schließt mit folgender Berufung auf das Andenken Bismarcks:

„Jedenfalls hat unser Großmeister der Staatskunst den Wert seiner Friedensschlüsse niemals allein nach der Größe der Gebietserweiterungen bemessen, deshalb auch niemals fremde, selbständige Völker dem Reiche einzunverleiben getrachtet, sondern Kern und Stern seines Wirkens war immer: Wie mache ich am zweckmäßigsten und dauerhaftesten mein deutsches Vaterland einig, stark und zur freien Entwicklung seiner Kräfte unangreifbar? Diese Grund- und Richtlinie der Bismarckschen Praxis darf in dem heroischen Verteidigungskampfe um das Werk, das er bald mit Blut und Eisen, bald mit weiser Mäßigung schaffen half, auch gegenüber der Forderung nicht vergessen werden, daß wir aus diesem Kriege stärker hervorgehen, als wir hineingegangen sind.“

Wie man auch über das Verhältnis des Reichskanzlers zu den Zielen der sechs Verbände oder zu den Wünschen des Abgeordneten Scheidemann denken mag: bedauerlich ist es, daß sich die Auseinandersetzung über die Friedensziele in Form von gereizten Vorwürfen abzuspielen beginnt, anstatt vor allem das eifrige und aufrichtige Streben erkennen zu lassen, alle Kräfte zusammenzufassen für ein Ziel, das doch alle ohne Ausnahme so bald als möglich zu erreichen trachten.

11. Jun. 1916

— Die Vertretung der Mittelstaaten beim Vatikan.  
Es ist berichtet worden, daß der Gesandte Preußens beim Vatikan v. Mühlberg und der vatikanische Gesandte Bayerns Baron Ritter im Herbst von Lugano sich wieder nach Rom begeben werden. Falls diese Nachricht sich bewahrheiten sollte, würde dadurch auch neuerdings die Frage der erfolgten Abreise der österreich-ungarischen Botschaft beim Vatikan von Rom berührt werden, und es müßte auch in dieser Hinsicht eine Klarstellung und ein Austausch der Gesichtspunkte erfolgen. Der Botschafter Oesterreichs-Ungarns beim Apostolischen Stuhl, Prinz Johannes Schönburg-Garthenstein, hat sich vorgestern nach Berlin begeben.

## Die Kriegsziele des Kanzlers.

Der Minierkrieg gegen den Reichskanzler, der wohl notgedrungen still, aber dennoch beharrlich geführt wird, hat zu zwei beachtenswerten Äußerungen der Reichskanzlei geführt. Die Gegnerschaft gegen den Kanzler hat, wenn man es auf den kürzesten Ausdruck bringt, ihren Grund darin, daß man von Herrn v. Bethmann Hollweg, vielleicht nicht mit Unrecht, vermutet, daß seine Ansichten über den künftigen Frieden mit den der Annexionsschwärmer, die die halbe Welt einstecken möchten, nicht ganz übereinstimmen. Wir haben die letzte dieser Kundgebungen schon erwähnt: der sächsischen Nationalliberalen, gegen die unsere sächsischen Genossen so kräftig protestiert haben. Nun bringt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ folgende hochhoffizöse Erklärung:

Der Vorsitzende der Nationalliberalen Landesorganisation Sachsens, Geheimer Hofrat Professor Brandenburg, veröffentlicht im „Leipziger Tageblatt“ eine Erklärung, in der er die Ansicht vertritt, daß es voreilig und vielleicht unheilvoll sei, dem Reichskanzler Vertrauen zu schenken, bevor man wisse, wie er über den künftigen Frieden denkt. Erst müsse der Kanzler seine Karten aufdecken und klipp und klar verkünden, was er wolle; dann sei es Zeit, sich zu überlegen, ob man seine Politik unterstützen solle oder nicht. Professor Brandenburg faßt die Vertrauensfrage am verkehrten Ende an. Wir befinden uns im Kriege. Noch ist der endgültige Sieg nicht errungen. Während unsere Söhne und Brüder draußen im Felde und auf dem Meere kämpfen und bluten, und wir daheim, Mann und Frau und Kind, vom ersten bis zum letzten, alle physischen und moralischen Kräfte aufs höchste anspannen, um den Krieg siegreich zu überwinden: dient es da dem Ganzen, gegenüber der politischen Leitung des Reiches Vorsicht und kritische Zurückhaltung zu empfehlen, weil sie nicht tun, was ihr für den Augenblick die elementarste politische Klugheit verbietet? Gilt sonst der Spruch: Erst wagen, dann wagen, so heißt es hier: Erst schlagen, dann fragen! Auf das Heute kommt es an, nicht auf das Uebermorgen. Wer für heute mißtraut, weil er für übermorgen Vorbehalte hat, schwächt die eigene innere Stärke. Die ist die Forderung des Tages.

Der Reichskanzler kann natürlich nicht offen sagen, daß gerade jetzt, wo die Tatsache, „daß der endgültige Sieg noch nicht errungen ist“, besonders deutlich hervortritt, für Annexionspläne der allerungeeignetesten Zeitpunkt ist; aber er läßt es die Herrschaften schon begreifen. In Wahrheit hat man an jenem Begehren jenes Professors Brandenburg einen Beweis, was für Rindsköpfe in Deutschland Politik „machen“. Derjenige, der glaubt, daß dem Frieden gedient wäre und daß seine Herbeiführung dadurch möglich würde, wenn Deutschland erkennen ließe, daß er nicht annektieren will, der kann natürlich vom Reichskanzler verlangen, er möge das auch öffentlich sagen: damit der gegnerische Kriegswille dadurch gebrochen werde. Aber die sächsischen Nationalliberalen fordern und erwarten vom Reichskanzler doch das Entgegengesetzte: daß er nämlich seinen

Friedenszielen einen sehr stattlichen Annexionswillen einverleihe. Und nun soll der Reichskanzler, während der Kampf in Schwere und Größe wie vielleicht noch nie tobt, „klipp und klar“ das umfassendste Annexionsprogramm entwickeln! Daß die Verkündung eines solchen Programms den Kriegswillen der Gegner aufspeitschen müßte und für sie gleichsam die Aufforderung wäre, alles zu wagen und alles zu opfern, um der Niederlage zu entrinnen, wenn mit dieser Niederlage ihre halbe Staatlichkeit ausgelöscht wird, versteht wohl jeder, und wenn sich die Annexionsnarren dieses Verständnisses weigern, so beweist das nur, daß ihnen das Interesse des Reiches nicht so viel wert ist als wie die Befriedigung ihrer Ranküne gegen den Kanzler. Und was erwirbt der Reichskanzler, wenn er die Karten offen auf den Tisch legt, die dann doch auch die Feinde einsehen können würden? Das Vertrauen des Herrn Professors Brandenburg! Die Kreise, aus denen sich im Reiche die Annexionstheger rekrutieren, sind so lange verwöhnt worden, daß sie sich nun allen Ernstes einbilden, ihr „Vertrauen“ sei das Allerwichtigste und habe auch während des Weltkrieges im Mittelpunkt der Sorgen des verantwortlichen Staatsmannes zu stehen! Sagen wir noch, daß besagter Professor Brandenburg ein Historiker ist, an der Leipziger Universität — er hat auf jener sächsischen Tagung in Chemnitz am 25. Juni den begründenden Vortrag gehalten und verteidigt nun nach echter Professorenart mit dem Annexionsprogramm seine „Entdeckung“ — so haben wir eigentlich alles Nötige gesagt. Wenn sich so ein echter Professor, ein Gemisch von Einsichtslosigkeit und Unmaßlichkeit, in die Politik verirt, kommt ganz bestimmt ein Unsinn heraus.

Zur übrigen bemüht sich der Reichskanzler immer wieder, die grollenden Annexionsreformer zu versöhnen: indem er ihnen versichert, daß ja auch er kein prinzipieller Gegner des Annektierens sei. Das wird in der „N. A. Z.“ im Anschluß an die Polemik mit dem Leipziger Professor folgendermaßen getan:

Der innere Sinn dieses großen Kampfes ist die Verteidigung des deutschen Volkes, seiner Freiheit und seiner Zukunft. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wird die tiefe Bedeutung dieses Sinnes, die in den Kundgebungen des Kaisers und in den Reden des Reichskanzlers immer wieder hervorgehoben worden ist, gerade jetzt, da an allen Fronten wütende Kämpfe toben, lebendiger als je empfinden. Ist dies kein Ziel, groß genug, alle zu einigen und innerlich zu befeelen? Man hat es vielfach so darstellen wollen, als sei dieses Ziel doch ein rein negatives. Wer aber nicht über die Reden des Reichskanzlers hinweggehen will, namentlich über die Reden vom 19. August 1915, 9. Dezember 1915 und 5. April 1916, in denen er früher wiederholt Angeedeutetes so ausführlich als möglich dargelegt hat, wird zugeben müssen, daß die Regierung jedenfalls die Verteidigung nicht im negativen Sinne, sondern in dem höchst positiven Sinne der Behauptung, Sicherung und Stärkung der deutschen Zukunftsstellung in der Welt faßt. Wenn die Einfallsstore in das Herz Deutschlands fremdem Einfluß entzogen, wenn Rußland hinter die Flüsse zurückgeworfen wird, die als kürzere Grenze Deutschland einen besseren Schutz geben, wenn die wirtschaftliche Entfaltung Deutschlands in der ganzen Welt gesichert sein soll — ist das kein großes Ziel? Sind die Kanzlerreden, in denen solche Forderungen erhoben wurden, das „lähmende Schweigen“, aus dem die „Deutsche Tageszeitung“ Sorge und Zweifel wachsen sieht?

Es liegt in der Natur der Sache und in der Pflicht der politischen Leitung, in einem solchen Kriege einer Koalition gegen eine andere die Aufstellung konkreter Friedensbedingungen und den Zeitpunkt ihrer Bekanntmachung nicht abhängig zu machen von Stimmungen und Gefühlen, sondern ledig von klarer realpolitischer Ermägung. Wir haben es immer für einen bedauerlichen Fehler gehalten, daß die Kreise, die im Spätherbst des Jahres 1914 und im Frühjahr 1915 die Zeit für gekommen erachteten, große Eroberungsziele aufzustellen, dies ohne Fühlung mit der Regierung und ohne Rücksicht auf die politische und militärische Lage getan haben.

Da die Politik die Kunst des Möglichen ist, konnte die Regierung diesen Weg nicht betreten und mußte die Angriffe, die deswegen im Laufe des vergangenen Jahres gegen sie gerichtet wurden, auf sich nehmen. Die Behauptung des Deutschen Reiches gegen eine Welt von Feinden, die Sicherung seiner Zukunft und seiner Freiheit nach West und Ost bleibt deshalb doch als Aufgabe so groß und gewaltig, daß wir unsere inneren Kräfte nicht durch voreiligen Streit über die Grenzen des Möglichen und Nützlichen bei den Friedensverhandlungen zersplittern dürfen.

Die Wahrheit ist, daß Herr v. Bethmann Hollweg, annektieren will, so viel es geht, so viel sich aus dem Kriege als möglich ergibt, wozu seine Gegner verlangen, daß das Maß, und zwar ein sehr großes, vorausbestimmt werde und der Krieg unentwegt fortzuführen sei, bis das Programm seine Erfüllung gefunden hat, bis die Gegner es angenommen haben. Es ist das schon Tollheit ohne Methode. . . In ihrer Antwort hatte das Reichskanzlerblatt auch die Bemerkung gemacht, man „habe im ersten Halbjahr des Krieges den Reichskanzler als „Flau- und Schlappmacher hinstellen wollen“. Darauf bezieht sich nun folgende Polemik mit dem Grafen Reventlow von der „Deutschen Tageszeitung“, die das Kriegshetzen und Annexionsschüren am nachdrücklichsten betreibt.

## Frankreich und die Londoner Erklärung.

Von Oberlandesgerichtsrat Dr. Röhlke.

Da die Loszagung Englands von der Londoner Seerechtsklärung offenbar die Folge eines Beschlusses der jüngsten Pariser Wirtschaftskonferenz ist, und unsere Gegner bisher wenigstens in der Seekriegsführung grundsätzlich geschlossen vorgegangen sind, so war von vornherein damit zu rechnen, daß nach England auch Frankreich sich jetzt von den in London 1909 gefaßten Beschlüssen freimachen werde. Der Eintritt dieser Tatsache hat deshalb nicht überrascht, wohl aber die näheren Ausführungen, mit denen in übereinstimmung mit der englischen Erklärung der am 8. Juli im französischen Amtsblatt veröffentlichte Erlaß der französischen Regierung die Außerkräftsetzung der Londoner Deklaration begleitet. Danach sollen die Bestimmungen der Deklaration nicht in stande sein, den Kriegführenden die Anwendung ihrer Rechte zu sichern, die sich für sie aus den „allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts“ ergeben, und es erscheint richtiger, sich in Zukunft an die „Grundsätze des Völkerrechts“ zu halten.

Man sollte seinen Augen nicht trauen, wenn man eine derartige hochoffizielle Erklärung liest. Denn in der Erklärung der Londoner Deklaration erklären die Signatarmächte, zu denen England und Frankreich gehören, feierlich und ausdrücklich, daß sie einig sind in der Feststellung, daß die in der Deklaration enthaltenen Regeln im wesentlichen den allgemein anerkannten Grundsätzen des internationalen Rechts entsprechen. Und in dem von dem Berichterstatter der Londoner Konferenz, dem bekannten französischen Völkerrechtslehrer Renault, erstatteten Generalbericht über die Beschlüsse der Konferenz, der häufig geradezu als eine authentische Auslegung der Sätze der Erklärung angesehen wird, ist gesagt, daß es als Aufgabe der Konferenz erachtet worden sei, das überkommene Völkerrecht auf den in Betracht kommenden Gebieten festzustellen, in genaue Regeln zu fassen und nötigenfalls zu ergänzen. Und jetzt sollen die auf solche Weise zustande gekommenen Beschlüsse plötzlich die Anwendung des allgemeinen Völkerrechts hindern? Löse mir, Graf Derindur, diesen Zwiespalt der Natur. Was sagen Herr Renault und die übrigen Mitglieder der besonderen Kommission der Londoner Konferenz, zu denen auch Herr Wilson gehört, zu der nunmehrigen auffallenden Erklärung des Herrn Briand und seiner Kollegen?

Aber damit sind die Fragen noch nicht zu Ende. Die französische Regierung will sich künftig an die allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts halten. Sie weiß aber wohl, daß diese Grundsätze bis zu der Londoner Konferenz gerade auf dem hier in Betracht kommenden Gebiete vielfach sehr bestritten waren. Und sie wird nicht minder wissen, daß namentlich zwischen der französischen und der englischen Theorie in vielen Fragen ein grundsätzlicher Widerspruch bestand. Dieser hat ja auch schon mehrfach in den letzten Krieg hineingespielt. So möge nur daran erinnert werden, daß, als amerikanische Kreeber die deutsche „Dacia“ ankaufen, um sie mit einer Baumwollladung nach Bremen gehen zu lassen, auf englisches Geheiß ein französisches Schiff den amerikanischen Dampfer aufbringen und in einen französischen Hafen einbringen mußte, damit er nach französischem Recht abgeurteilt wurde, das den Flaggenwechsel während des Krieges absolut untersagt, während das englische Recht ihn unter Umständen zuläßt.

Derartige Unterschiede zwischen französischem und englischem Seekriegsrecht bestehen an sich in einer im gegenwärtigen Kriege besonders wichtigen Frage, in bezug auf die Theorie der fortgesetzten Reise. Bekanntlich vertritt England sowohl bei der Blockade wie im Baumwarenrecht diese Theorie, nach der ein auf der Fahrt nach einem neutralen Hafen begriffenes Schiff deswegen weggenommen werden darf, weil der Endzweck der Reise von Schiff oder Ladung, bei letzterer auch im Falle wiederholter Umladung, eine Unterstützung des Feindes bildet. Hier soll eine einheitliche Reise vorliegen, die das Recht gewährt, Schiff und Ladung schon dann wegzunehmen, wenn sie lediglich auf der Fahrt nach dem neutralen Hafen sich befinden. Nur auf diese Weise ist es England überhaupt möglich gewesen, seinen Aus Hungerskrieg gegen Deutschland in Szene zu setzen.

Diese Lehre von der sog. fortgesetzten Reise beruht im wesentlichen auf der rule of war von 1756 und ist von England in den Seekriegen um die Wende des 19. Jahrhunderts mit aller Schärfe durchgeführt worden, insbesondere in den Preisurteilen des berühmten Lord Stowell. Sie ist aber von Frankreich stets auf das entschiedenste zurückgewiesen worden, insbesondere auch noch in der französischen Denkschrift zur Londoner Konferenz von 1908/09. Damals warnte sich Frankreich neben Deutschland gegen die Lehre von der fortgesetzten Reise und erreichte es, daß die Konferenz sich

mit großer Mehrheit gegen den englischen Standpunkt erklärte.

Diese Frage ist eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste, für die englische Regierung gewesen, um sich von der Londoner Erklärung freizumachen. Frankreich aber folgt ihm hierin blind in Verleugnung einer Jahrhunderte alten Tradition. Niemand wird nach der bisherigen Entwicklung des Weltkrieges glauben, daß dieser grundsätzliche Gegensatz zwischen der französischen und der englischen Rechtsanschauung nunmehr nach der Erledigung der Londoner Deklaration sich praktisch wiederum geltend machen wird. Davon kann nicht die Rede sein. Vielmehr werden die Regeln für die Seekriegsführung unserer Gegner jetzt von England festgesetzt werden, und Frankreich wird sich dem ohne weiteres fügen müssen, wie es sich in so vielen Dingen bereits in das Gefolge seines leitenden Bundesgenossen begeben hat. Frankreich wird jetzt fühlen Mutes das abschwören, was es bis zum Beginn dieses Krieges in bezug auf das Seekriegsrecht für maßgebend erachtet hat, und das anbeten, was es früher als Ausfluß der reinsten Willkür und Vergewaltigung der Neutralen auf das entschiedenste verworfen hat. Wissen möchte man freilich, wie sich die französischen Völkerrechtslehrer zu dieser widerspruchsvollen Haltung ihrer Regierung stellen. Nach dem, was man seit fast zwei Jahren bei unseren Gegnern selbst auf dem Boden der Wissenschaft erlebt hat, wird man sich freilich nicht wundern dürfen, wenn auch sie über den Inhalt der französischen seerechtlichen Tradition plötzlich ganz verwirrt geworden sind.

**Eine Abfertigung der rumänischen Kriegs-  
heker durch König Ferdinand.**

Wien, 11. Juli.

Nach einer Meldung der Schweizerischen Telegraphen-  
information aus Bukarest hat König Ferdinand  
in einer Audienz den Führern der Opposition, Filipescu  
und Take Jonescu, auf deren Verlangen, daß  
Rumänien nunmehr an der Seite der  
Entente militärisch eingreife, unter Hinweis  
auf die Verfassung erklärt, daß keinem Faktor  
außer der Regierung die Stellung einer  
solchen Forderung zustehe. Der König habe  
die beiden Oppositionsführer mit den Worten: „Wenden  
Sie sich also an die Regierung,“ entlassen.

12. VII. 1916

## Nochmals die Kriegsziele.

Von Geh. Hofrat Univers.-Prof. Dr. Brandenburg.

Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ hat in derselben Ausgabe, in der sie den Dank des Reichskanzlers an die Unterzeichneten der Leipziger Vertrauenskundgebung veröffentlichte, eine kurze Auseinandersetzung mit meiner Erklärung im „Leipziger Tageblatt“ vom 5. Juli gebracht. Es wird darin der Vorwurf erhoben, wer der Reichsleitung heute mißtraue, weil er für übermorgen Vorbehalte mache, der schwäche die einige innere Stärke. Diese Auffassung ist alt und läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß jeder Deutsche zu schweigen habe, bis das Friedenswerk vollendet vorliegt, damit das Ausland nicht merkt, daß auch bei uns verschiedene Anschauungen über das Ziel, das erreicht werden soll, vorhanden sind.

Ich muß gestehen, daß ich diese Anschauung für sehr kurzfristig halte. Im Auslande weiß man trotz der Zensur ganz genau, daß über die Kriegsziele verschiedene Meinungen bei uns bestehen. Unterdrückt man die freie Äußerung darüber oder sucht sie, wenn man sie zuläßt, als unpatriotisch und unsere Stellung gegenüber dem Feinde schädigend zu kennzeichnen, so ruft man dadurch mit Notwendigkeit jene Erscheinungen hervor, über die sich der Herr Reichskanzler bei seinem letzten Auftreten im Reichstage so bitter beschwert hat: Private und teilweise anonyme Pamphlete und Zuschriften treten an die Stelle einer offenen und öffentlichen Diskussion. Man sollte sich in Berlin endlich darüber klar werden, daß es eine unwürdige Zumutung an ein großes und selbstbewusstes Volk ist, jahrelang zu schweigen über die Fragen, die alle im Innersten bewegen und die für die Zukunft des Deutschlands auf unabsehbare Zeit hinaus entscheidend sind. Blindes Vertrauen könnte höchstens eine Regierung fordern, die auf ganz große Leistungen in der Vergangenheit hinzuweisen vermöchte. Meines Erachtens haben wir alle das Recht, zu sagen, was wir für die Zukunft unseres Volkes als notwendig erachten, ohne deshalb in dieser Weise zurechtgewiesen zu werden.

Nun noch ein paar Worte über die Frage, ob es im gegenwärtigen Augenblick unmöglich ist, daß die Regierung ihre Ziele etwas genauer umschreibe. Viele in unserm Volke — der Herr Reichskanzler möge sich über den Umfang dieser Stimmung ja nicht täuschen — fragen sich mit Bangen, ob unsere diplomatische Führung ebenso sicher und entschlossen ist wie die militärische. Nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ verbietet es der Regierung die „elementare politische Klugheit“, über ihre Friedensziele etwas zu äußern, bevor der Kampf auf dem Schlachtfelde entschieden sei. Gewiß steht die endgültige Gestaltung der Friedensbedingungen im engsten Zusammenhang mit dem schließlichen Ausgang des Krieges. Aber die Kriegslage wechselt, und die Frage ist gerade, bei welcher Kriegslage man aufhören soll und darf, zu kämpfen. Wenn Friedrich der Große nach der Schlacht bei Kunersdorf hätte Frieden schließen wollen, weil die Kriegslage ungünstig war, so hätte er Schlessien abtreten müssen. Man kann nur siegen, wenn man entschlossen ist, nicht eher Frieden zu machen, als bis die für die Existenz des eigenen Staates notwendigen Forderungen durchgesetzt werden können. Ihre Feststellung muß von der Kriegslage unabhängig sein.

Ich nehme als selbstverständlich an, daß der Herr Reichskanzler sich selbst völlig klar ist über das Maß dessen, was er für notwendig hält. Er kann aus diplomatischen Erwägungen der Ueberzeugung sein, daß er es niemand sagen darf, bis die Zeit zu Friedensverhandlungen da sei. Dann darf er aber auch nicht erwarten, daß eine Politik, die niemand kennt, von einer mächtigen Strömung des eigenen Volkes getragen und unterstützt werde; dann muß er die selbstsichere Ruhe haben, unbestimmt um die Volksstimmung seinen Weg zu gehen, und darf sich nicht beklagen, wenn die Wellen der Ungeduld, des Mißtrauens und sogar der Verleumdung um ihn branden und ihn hier und da besprühen. Es gibt Staatsmänner, die das können und damit Erfolg haben; wie es bei Bismarck der Fall war. Aber ob das heute inmitten eines solchen Volkskrieges mit ungeahnten Opfern und Anstrengungen möglich ist, dürfte doch recht zweifelhaft sein. Wie ganz anders würde die Stellung des Reichskanzlers bei den Friedensverhandlungen sein, wenn er sagen könnte: „Was ich fordere, fordert mit mir der größte Teil meines Volkes! Ich spreche hier nicht nur als Diplomat, als Beauftragter der Verbündeten Regierungen; ich spreche im Namen Deutschlands, im Namen seines tapferen Heeres, das Uebermenschliches geleistet hat, im Namen seines zäh und beharrlich alle

Lasten tragenden Volkes!“ Bismarck pflegte sich zu freuen, wenn die öffentliche Meinung mehr verlangte, als er wirklich für durchsetzbar hielt; weil er sich dann den Feinden gegenüber darauf berufen konnte, daß seine Forderungen noch sehr maßvoll seien.

Darum bleibe ich bei meiner Meinung, daß es klüger und weitschauender wäre, so viel Klarheit zu schaffen, daß alle diejenigen, die mit dem Reichskanzler einverstanden sind, sich freien Herzens um ihn scharen und seinen Forderungen gegenüber dem Auslande und der neutralen Welt den Rückhalt und die moralische Kraft schaffen können, ohne die heute auch die Diplomatie nicht mehr erfolgreich zu arbeiten vermag. Hält er den jetzigen Zeitpunkt der großen feindlichen Offensive nicht für den richtigen, so mag er es tun, wenn diese, wie wir alle hoffen und erwarten, siegreich abgeschlagen ist. Auf eine kurze Zeitpanne kommt es natürlich nicht an. Hält er es wirklich für unmöglich, es öffentlich in der Vertretung des deutschen Volkes zu tun, so hat er sonst Mittel und Wege genug, die nötige Kenntnis über seine wahre Meinung zu verbreiten.

Ich weiß nicht, ob die Regierung der ebenerfolgten Gründung eines „Deutschen Nationalausschusses“ nahesteht. Nach allem, was man bis jetzt über dessen Programm vernimmt, scheint dies eine recht bedenkliche Gründung zu sein, der jeder Verteidiger einer Macht- ausdehnung Deutschlands nur mit starkem Mißtrauen gegenüber treten kann. Wir werden wohl am 1. August, wenn seine 75 Redner auf Deutschland losgelassen werden, Genaueres darüber hören und dann unsere endgültige Stellung zu ihm nehmen können. Jedenfalls wird nach einer derartigen Kundgebung die öffentliche Diskussion über die Friedensziele gar nicht mehr aufzuhalten sein, und der Herr Reichskanzler wird dann wohl selbst die Notwendigkeit empfinden, das deutsche Volk wissen zu lassen, wohin er zu steuern gedenkt.

## Probleme und Methoden des Völkerrechtes.

### II. Die Methoden.

Die Gemeinschaftsverhältnisse, in die Staaten und Völker an ihren Grenzlinien und in ganzen Grenzländern durch die Entwicklung der Verkehrsverhältnisse geraten, regeln sich von alters her durch kriegerische Gewalt, die zwischen den jeweiligen Nachbarn entscheidet. Der Nachbarstreit, der so oft im Innern der Staaten das Leben der Grundstücksnachbarn ausfüllt, der dort wenigstens durch geregelten Prozeßgang ausgetragen werden kann, ist bisher beklagenswerterweise geradezu der Normal-

zustand, in dem Staaten und Völker leben, und der nachbarliche Krieg um ein Stück Grenzgebiet ist der älteste und, wie es scheint, zählebigste Kriegsfall. Der Nachbarkrieg, der eine für viele Völker bedeutsame Schlüsselstellung (Belgien) oder eine ebensolche Handelsstraße (Donaumündung) berührt, erweitert sich leicht zu Vielmächtekrigen oder zu Koalitionskriegen. Dabei wird die internationale Natur solcher geographischer Punkte sichtbar und die Friedensschlüsse schaffen dann nicht selten bloß Recht unter Nachbarn, das dritte nicht berührt, sondern Kongreßrecht, das alle am Friedenskongreß beteiligten Mächte in gleicher Weise binden soll. So war der Friede zu Frankfurt 1871 zwischen Frankreich und Deutschland ein Friede zwischen Nachbarn, der Westfälische Friede (1648), der den Dreißigjährigen Krieg schloß, ein Friede zwischen allen Großstaaten des damaligen Europa. Aus der Natur der Dinge ergibt sich von selbst, daß die großen Friedenskongresse, der westfälische zu Münster und Osnabrück (1648), der Wiener 1815, der Pariser 1856 und der Berliner Kongreß 1878, am ehesten dazu dienen, eine solche Ordnung der Landkarte zu schaffen, daß die erwähnten Gemeinschaftsverhältnisse halbwegs zur Beruhigung aller Mächte geregelt werden.

In der Tat weist die Geschichte dieser Kongresse eine schrittweise Entfaltung des Gedankens auf, mit den Mitteln des Rechtes der gestellten Aufgabe Herr zu werden.

Am wenigsten allerdings hat sich das Völkerrecht um die Regelung der Grenzgebiete gekümmert, die nur für zwei Nachbarn von Interesse und nur zwischen diesen allein streitig sind. Einen Rechtsgrundsatz hat hierin bloß Napoleon III. vertreten — nicht als Mittel des Friedens, sondern als Rechtstitel der Eroberung — und der italienische Minister Cavour hat sich ihn angeeignet, den Grundsatz des Plebiszits: eine Urabstimmung der Bewohner des umstrittenen Gebietes soll entscheiden, zu welchen von beiden Nachbarstaaten sie gehören wollen. Das Plebiszit wurde auch praktisch angewendet, und zwar bei der Abtretung Savoyens und Nizzas an Frankreich 1860 und bei den Eroberungen Italiens zwischen 1860 und 1870, und zwar jedesmal nach vollzogener militärischer Besetzung oder Eroberung. In der völkerrechtlichen Theorie ist das Plebiszit fast durchwegs verworfen und wird eher als ein Weg zum Bürgerkrieg und zur Anarchie denn als ein Mittel der Demokratie angesehen, obschon es auf demokratische Formen zurückgreift. Eine Abstimmung unter militärischer Besetzung des einen oder des anderen Teiles ist an sich wenig beweiskräftig, eine andere praktisch kaum gegeben. In den meisten Fällen würde eine unbeeinflusste Abstimmung knappe Mehrheiten und

große Minderheiten geben — wie sollen diese räumlich auseinandergelassen werden? Aber davon abgesehen. Nimmt man an, daß die Angehörigen einer Nation auch staatlich zusammengehören, daß die Nation höher steht als ihre Glieder und Individuen, so kann man unmöglich zu gleicher Zeit den Individuen und den Gliedern das Abfallsrecht (Jus secedendi) zuerkennen. Nichts wäre undemokratischer als das. Gerade die zwei größten und reinsten Demokratien der Welt, die Schweiz und die Vereinigten Staaten, haben ja einen sehr ersten Krieg gegen Sonderbünde, einen Sezessionskrieg, geführt und das Sezessionsrecht, also höchst praktisch und tatkräftig verworfen. Außerdem aber kann natürlich die Majorität von heute jener von morgen und vom nächsten Jahrzehnt und Jahrhundert nicht vorentscheiden. Also müßte das Plebiszit ja auf Verlangen wiederholt werden. Endlich kennt die Geschichte warnende Beispiele genug, wohin bloß verwandte Einrichtungen führen. Im alten polnischen Königreich war immer ein Teil der herrschenden Gesellschaft westlich, ein Teil östlich interessiert und hat das Sonderbundsrecht (Jus confederationis) auch eifrig betätigt — das Ende war die Teilung Polens.

Aber wie dem auch sein mag: das Plebiszit entscheidet bloß zwischen Nachbarn. Diese Entscheidung ist jedoch keineswegs die wichtigste. Wie ausgeführt worden ist, sind die umstrittensten Punkte der Erdoberfläche jene, die in der Mitbenützung vieler oder aller stehen und doch nicht im Gemeinschafts-, sondern im Einzelbesitz stehen. Hier ist das Plebiszit geradezu sinnlos. Nehmen wir den Suez- oder den Panamakanal: sollen die hellasiatischen Anwohner von Suez oder das kleine zentralamerikanische Staatswesen durch Urabstimmung über Werden, Bestimmung und Benützung dieser Welt Handelsstraßen entscheiden? Dann wären diese Wasserstraßen niemals geworden, beständen sie durch die Natur, so wäre dieses Herrschaftsverhältnis der Ureinwohner ein unerträgliches Mittel der Ausbeutung der ganzen Welt durch den zufälligen Anrainer, ein Mittel der Wegelagererei höchsten Stils.\*) Das Plebiszit ergäbe dabei eine merkwürdige Entscheidung. Hätten die Anrainer des Suezkanals vor zwanzig Jahren abgestimmt, sie hätten natürlich für Ägypten entschieden. Heute sind die Interessen der englischen Handelshäuser in Port Said und Ismailia und Suez so stark, daß die Entscheidung wahrscheinlich zu Gunsten Englands fiel. Was ist in dem einen wie in dem anderen Falle allen anderen Völkern der Erde gebietet, die den Kanal mitbenützen müssen? Nur ein Plebiszit wäre gerecht:

\*) So hat der Staat Kolumbien die Bauunternehmung des Panamakanals mit solcher finanzieller Ausbeutung bedroht, daß die Nordamerikaner die Provinz Panama zum Abfall aufwiegelten (1903) und ein selbständiges Staatswesen Panama aufrichteten.

## Probleme und Methoden des Völkerrechtes

„Wir entscheiden uns, der ganzen Welt angehören zu wollen.“ Aber ein solches Staatswesen, eine organisierte Gewalt „ganze Welt“ gibt es noch nicht!

Diese Unterfuchung belehrt uns, daß der plebiszitäre Gedanke in seiner Wurzel falsch ist! Nicht das ist das Friedensproblem der Welt, zu richten zwischen Mein und Dein, dem einen zu geben und darum dem anderen zu nehmen, jedem einzelnen ein Recht zuzuerkennen in der Gesamtheit und wider sie, sondern das einzelne Land und seine Bewohner einzuordnen in die Friedensordnung der Gesamtheit: das allein ist sozial, das allein sichert den Frieden — das Plebiszit denkt nicht sozial, sondern individuell, erzweckt nicht die gerechte Ordnung der Gesamtheit, sondern einen immer bloß zeitlichen Ausgleich zwischen Konkurrenten unter Aufrechterhaltung des Konkurrenzverhältnisses selbst!

Das Plebiszit gehört der liberal-individualistischen Epoche an, nicht aber unserer Zeit.

Die Mittel, die das Völkerrecht selbst allmählich entwickelt hat, um den gestellten Problemen beizukommen, sind ganz anderer Art.

Wir haben gestern aufgezeigt, daß Belgien und die Schweiz Schlüsselstellungen sind, um die alle großen Nachbarvölker durch Jahrhunderte gerungen haben. Im Westfälischen Frieden erklärten die großen Nationen Europas nach einer ebenso furchtbaren wie ergebnislosen Prüfung: Wir wollen allesamt auf diese Gebiete verzichten; können sie nun dem einen nicht gehören, genug, daß sie auch dem anderen nicht zufallen — im Westfälischen Frieden garantieren also die Mächte einander die dauernde Unabhängigkeit der Niederlande und der Schweiz.

Es ist eine im Grunde negative Entscheidung: Keiner soll sie haben! Die „Unabhängigkeit“ ist für die Betroffenen natürlich das wertvollste positive Rechtsgut; aber diese positive Seite interessiert die Großmächte weniger, des Kleinstaates Unabhängigkeit ist zugleich mittelbar ihr Recht. Auf diesem negativen Wege wird zuerst die Tatsache rechtlich sichtbar, daß dieses Land eigentlich positiver Gemeinschaftsbesitz sein soll!

Aber bald erkennt man, daß diese Unabhängigkeit allein nicht genügt. Der Unabhängige kann sich mit einem der Nachbarn kriegerisch verbünden und dadurch den Gemeinschaftsbesitz bedrohen. Der Wiener Kongress geht einen Schritt weiter und verbietet der Schweiz jedes Bündnis mit einem der Nachbarn, er verwandelt und mindert die dauernde Unabhängigkeit in ewige Neutralität. Und als sich 1830 Belgien von Holland trennt, schließen am 15. November 1831 die Großmächte einen Garantievertrag, durch den auch Belgien die ewige Neutralität auferlegt wird, mit der Verschärfung, daß sich die Mächte verpflichten, diese Neutralität selbst mit bewaffneter Hand zu gewährleisten wider Dritte und wider einander! Die Neutralen werden zugleich selbst mit der Pflicht belastet, ihre Neutralität mit Waffengewalt zu behaupten, und hierin wird nur bezüglich Luxemburgs eine Ausnahme gemacht, das in der Londoner Konferenz vom 11. Mai 1867 für neutral erklärt wird, mit der Verpflichtung, abzurüsten und seine Festungen zu schleifen.

Zu einer positiven Form des Gemeinschaftsbesitzes an Schlüsselstellungen ist das Völkerrecht nicht vorgeschritten.

Anders in Bezug auf Handelsstraßen.

Der Wiener Kongress 1815 verkündet das schon im Westfälischen Frieden angebahnte positive Gemeinschaftsrecht aller Großstaaten, mit ihren Handelsschiffen auch die Ströme der anderen Staaten zu befahren; der Pariser Kongress 1856 stellt endlich die Freiheit der Donauschiffahrt für alle Staaten her, erklärt das Schwarze Meer für neutral (später aufgehoben) und nimmt über die Donau eine internationale Verwaltung in Aussicht. Der Berliner Kongress 1878 vollendet dieses Werk, eine internationale Donaukommission wird als gemeinsame Behörde aller europäischen Großmächte eingesetzt und allen Uferstaaten übergeordnet. Die Donaumündungen, die im ausschließenden Besitz ursprünglich der Türkei, dann Russlands gewesen, die dann zwischen Russland, Rumänien und teilweise Bulgarien geteilt und allezeit für Oesterreich-Ungarn und Deutschland von größtem Interesse waren, erscheinen nun nicht bloß neutralisiert, sondern positiv zum Objekt gemeinsamer Befehgebung und Verwaltung gemacht, sie erscheinen internationalisiert!

Wir haben diese Beispiele der Neutralisierung und Internationalisierung strittigen Gebietes als die hervorstechendsten ausgewählt, es gibt ihrer mehr und juristisch interessantere. Diese Beispiele sollen die Öffentlichkeit darauf hinlenken, daß die großen europäischen Friedensschlüsse selbst schrittweise und in zaghaften Versuchen Methoden herausgearbeitet haben, Handelswege und Schlüsselstellungen, um die seit jeher Krieg war, einer solchen rechtlichen Ordnung zu unterwerfen, daß das furchtbare Dilemma Mein oder Dein tunlichst erspart wird, daß sich die Annexion nicht mehr als einzige Vorkehrung gegen die Annexion durch die Nachbarn zu rechtfertigen versuchen kann. Diese Methoden haben freilich vielfach versagt. Aber es ist des Nachdenkens wert, ob sie nicht ausgebildet und gesteigert werden können, so daß sie doch allmählich zu einer geltenden und wirksamen Rechtsordnung über den Völkern führen. Und es dünkt uns doch, daß das bisherige Völkerrecht die Grundmauern seines künftigen festen Baues schon gelegt hat.

13. / IV. 1916

## Erläuterungen zur Aufhebung der Londoner Deklaration.

Bei der Aufhebung der Londoner Seerechtsdeklaration hat England Erläuterungen hinausgegeben, welche in der „London Gazette“ nunmehr veröffentlicht. Die „Hamburger Nachrichten“ enunzieren diese neuen See„rechts“bestimmungen, über die wir schon berichteten, u. a. folgendermaßen:

„Die neu veröffentlichten Vorschriften über die Einziehung von Banngut sind so dehnbar und derart von der Willkür der Engländer abhängig, daß annähernd alles aus ihnen gemacht werden kann. Relative Bannware, also solche, die für den Feind bestimmt sein muß, der Einziehung zu unterwerfen, wird folgendermaßen festgelegt: Bestimmung für den Feind soll als vorhanden angenommen werden, wenn die relative Bannware an eine feindliche Behörde adressiert und für sie bestimmt ist, oder an den Agenten eines feindlichen Staates, oder an eine Person in feindlichem oder vom Feinde besetzten Gebiete, oder an eine Person, die während des Krieges bereits Banngut in irgendeiner Form an den Feind übermittleit hat, oder wenn die Bannware auf „Bestellung“ adressiert ist, oder wenn die Schiffspapiere keinen klaren Ausschluß über die Bestimmung der Ware geben. Schon aus dieser Aufzählung geht hervor, daß mit der „Bestimmung für den Feind“ alles gemacht werden kann, was man will. Daß es Großbritannien und seinen Alliierten am guten Willen hierzu nicht gefehlt hat, noch fehlt, braucht nicht mehr bewiesen zu werden. Besonders schön ist die Darlegung, daß Bannware der Beschlagnahme unterliege, wenn sie für irgendeine Person bestimmt sei, welche dem Feinde vorher schon Bannware geliefert habe. Natürlich bedarf es hierzu nur der Annahme oder des Verdachtes; der Willkür sind also ganz unbeschränkte Möglichkeiten gesichert. Dasselbe gilt für die Bestimmung: „oder wenn die Schiffspapiere nicht zeigen, wer der wirkliche Empfänger der Ware ist.“ Der Beschlagnahmende kann in jedem Falle „vermuten“, daß der aus den Schiffspapieren hervorgehende Empfänger der Waren nicht der „wirkliche“ Empfänger ist. Wie da nachher das Preisengericht entscheidet, ist eine Sache für sich. In erster Linie besteht die Tatsache, daß Schiff und Ladung zunächst in einen englischen Hafen gebracht werden, aus dem nach langen Monaten das Schiff vielleicht, die Ware nie wieder herauskommt. Das ist in früheren Jahrhunderten so gewesen, und die langen Erfahrungen des jetzigen Krieges haben unterschiedslos das gleiche Bild gezeigt. Die Londoner Erläuterungen erklären ferner, daß der Grundsatz von der fortgesetzten, richtiger einheitlichen Reise nicht nur das Banngut, sondern auch auf die Blockade anwendbar sein solle. Die Londoner Deklaration stand im Gegensatz hierzu. Sie hatte die alte englische Lehre, nämlich die Lehre des englischen Raubinteresses von der einheitlichen Reise beseitigt. Es handelt sich dabei nicht nur um die einheitliche Reise des Schiffes, sondern auch der Ware. Und die sogenannten englischen Erläuterungen sanktionieren nur einen Brauch, den Großbritannien und seine Alliierten während des ganzen Krieges ungeachtet der Londoner Deklaration befolgt haben, nämlich, daß sie in praxi den Unterschied zwischen relativer und absoluter Bannware als aufgehoben ansahen. Bestimmung der Ware und des Schiffes nach einem neutralen Hafen machen unter Annahme der „einheitlichen Reise“ keinen Unterschied für Einziehung und Beschlagnahme mehr. Es wird in jedem Fall „vermutet“, daß die Ware irgendwie für den Feind bestimmt, also die Reise einheitlich sei, und damit ist dann die Beschlagnahme gerechtfertigt. Eben das gleiche gilt für die Blockade, welche ja durch England und seine Verbündeten nicht im Sinne des in der Londoner Deklaration festgelegten korrekten Blockadebegriffes gehandhabt wird, sondern durch Absperrung großer Meeresflächen und durch rigorose Kontrolle aller Ein- und Ausfuhr, ja der ganzen nationalwirtschaftlichen Tätigkeit der neutralen Mächte.“

### **Bulgarien und Rumänien.**

Sofia, 12. Juli. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Die bulgarische Regierung hat die Grenzsperrre gegen Rumänien aufgehoben.

## England.

## Ein englisches Friedensrezept.

Zu den namhaftesten Unterzeichnern der im Economist veröffentlichten Denkschrift gegen die Vorschläge des Pariser Wirtschaftsrats gehört der bekannte Geschichtsschreiber, Oxford Professor der Rechtswissenschaft, mehrmalige Minister und zuletzt Botschafter in Washington, der jetzt als Lord Bryce im Oberhause sitzt. Auch an der Weltfriedensbewegung hat er sich seinerzeit eifrig beteiligt, doch ist diese seine Tätigkeit durch den großen Krieg nicht nur ins Stocken, sondern in eine scharfe Umkehr geraten. An der ruchlosen Hege gegen Deutschlands guten Ruf trägt er einen besondern Teil der Schuld, indem er seinen bekannten Namen zur Deckung der nichtswürdigen Verleumdungen hergab, die der englische Untersuchungsausschuß wegen der angeblichen deutschen Greuel in Belgien über die Welt verbreitet hat. Immerhin ist er nicht jener geistesarmen Masse von Engländern zuzurechnen, die auch in der jetzigen Kriegslage von ihren Staatsmännern und Feldherren nach wie vor die Vernichtung des deutschen Nebenbuhlers in Handel, Gewerbe und Weltstellung fordert. Wie wenig aber selbst ein verhältnismäßig aufgeklärter Albionese, und wenn er auch ein Kenner der deutschen Literatur ist wie Bryce, das deutsche Volk und deutsche Verhältnisse vorurteilsfrei zu betrachten vermag, zeigte er in einer Tischrede zu Ehren eines amerikanischen Gastes und Gefinnungsgenossen. Zunächst sprach er, auf das vermeintliche unwiderstehliche Vorrücken der verbündeten Heere im Westen und Osten verweisend, seine Zuversicht auf den Sieg aus; „an Frieden aber,“ fuhr er fort, „ist noch nicht zu denken, weil die deutsche Regierung noch nicht bereit ist, auf unsere Bedingungen einzugehen. Sie weiß recht wohl, daß sie unterliegen muß; aber das deutsche Volk weiß es noch nicht. Es ist in voller Unkenntnis der Tatsachen, und seine Regierung, die es mit Unwahrheiten genährt und ihm alle möglichen Eroberungen vorgegaukelt hat, fürchtet sich nun, auf Bedingungen einzugehen, die ihren Mißerfolg ans Licht bringen müßten. Ein Friede aber, wie die deutsche Regierung ihn jetzt anbietet, wäre nur ein Waffenstillstand, würde für Europa stete Unruhe, immer neue Kriegsbesürchtung, gesteigerte Rüstungen bedeuten.“ Als weitem Grund führte der Redner die sattjam beschwagten großen Grundsätze der Freiheit und Gerechtigkeit an, die von der deutschen Regierung gebrochen worden seien und unter allen Umständen wieder aufgerichtet werden müßten. Und nun folgt der nicht mehr ungewohnte Gipfel der Verständnislosigkeit und mehr oder weniger bewußten Heuchelei unter der Maske eines Gömners des deutschen Volkes im Gegensatz zur deutschen Regierung: „Wir hassen das deutsche Volk nicht. Wir gehen nicht darauf aus, Deutschland zu zertrümmern oder seine nationale Einheit zu zerstören oder ihm überhaupt dauernden Schaden zuzufügen. Was wir erstreben, das ist die Bannung seines bösen Geistes, der Militärlaste, die nur am Kriege ihre Freude hat und nicht nur Europa bedroht, sondern die ganze Welt, Amerika einbegriffen. Nicht zufrieden damit, daß Deutschland ein großes und gedeihendes Volk unter andern Völkern sein soll, will die deutsche Regierung die Welt beherrschen. Die einzige Sicherheit für die Welt besteht daher in der Niederwerfung dieser Militärlaste, die durch ihren Sieg in drei sich folgenden Kriegen dem deutschen Volke ihr Joch auferlegen konnte. Nur eine Niederlage kann ihr Ansehen vernichten und das deutsche Volk aus dieser Knechtschaft befreien. (Beifall.) Wir dürfen hoffen — und fühlen uns durch gewisse Anzeichen dazu berechtigt —, daß das deutsche Volk, wenn es seine Freiheit wiedererlangt hat, allen Angriffsgelüsten entsagen und in Frieden neben seinen Nachbarn leben wird.“ Den Schluß bildete die ständige Beherrschung der englischen Selbstlosigkeit und Gerechtigkeitsliebe. Der Leser wird sich seine Randbemerkungen schon gemacht haben, namentlich in der Erinnerung an die neuesten Rede- und Federkämpfe, in denen der Reichstanzler sich gegen den Teil des deutschen Volkes zur Wehr setzte, der gerade die Regierung der Schwäche und Nachgiebigkeit gegen das feindliche und das unfreundliche Ausland bezichtigt. Die Anzeichen einer Sinneswandlung des Volkes, die der Redner beobachtet haben will, heißen wohl auf deutsch: „Liebtnecht“. Hätte ein beliebiger englischer Bürgermeister oder Volksredner sich in solchen Salbadereien ergangen, so könnte man vergnügt oder mitleidig dazu lächeln, — aber Lord Bryce gilt als eine Säule der englischen Geschichtswissenschaft, war Minister und Botschafter und — hat in Heidelberg wenigstens einige Monate studiert, so daß man glauben darf, er lese dann und wann eine deutsche Zeitung. Wenn das am grünen Holze geschieht!

## Giolitti an König Viktor Emanuel.

Der Korrespondent des „Leipziger Tagblatt“ in Lugano meldet: Der „Avanti“ hatte die Absicht, einen Brief Giolittis an den König zu veröffentlichen, was aber von der Zensur verhindert wurde. Es ist mir möglich gewesen, mir einen Büstenabzug dieses Briefes zu beschaffen. Zwischen dem König und Giolitti hat trotz aller Ablehnungsversuche tatsächlich eine Zusammenkunft stattgefunden, und zwar am 19. April. An diesem Tag ist Giolitti auf dem Bahnhof in Rom von dem Chef des Zivilkabinetts empfangen worden, und beide begaben sich in einem Privatautomobil zum König. Schon damals war die Krise im italienischen Kabinett sehr akut, und der König hat sich mit Giolitti, auf Anraten des Schatzsekretärs Carcano, der ein guter Freund Giolittis ist, besprochen und ihm die Neubildung des Kabinetts angeboten. Giolitti hat zwar zuerst dem König zugesagt, später aber in einem Briefe, dessen wesentlichen Inhalt wir folgen lassen, die Neubildung abgelehnt.

Giolitti schrieb unter anderem: Die Neubildung eines Ministeriums durch ihn würde die Schwierigkeiten, in denen sich Italien befindet, nur vergrößern. Die von der italienischen Regierung eingeschlagene Politik stelle Italien vor vollkommen neue Aufgaben. Diese Aufgaben könne nur dann ein neues Ministerium bewältigen, wenn es die Grundlagen der neuen Politik als richtig anerkenne. Hierzu aber sei Giolitti nicht in der Lage. Er habe immer eine Politik vertreten, die ohne Leidenschaft, ohne Neigung zu irgend einem Gefühlsmoment, die klar ersichtlichen Interessen Italiens als Mittelmeer-Großmacht zum Ausdruck gebracht habe. Diesem Interesse war niemals durch eine Teilnahme am Weltkriege gedient.

Wenn Italien auch im Rechte gewesen sei, wenn es seine Bundespflichten nicht auf die Waffenhilfe ausdehnen wollte, so wäre es doch von Italien das Vernünftigste gewesen, wenn es sich, ohne hochgespannte Hoffnungen auf Kompensationen, zu wohlwollender Neutralität entschlossen hätte. Italien wäre schnell zur Größe emporgestiegen, wenn es bundestreuen und klug gehandelt hätte. Italien hätte sich nicht in ungeheure Schulden gestürzt und in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit gebracht. Italien hätte einen in seiner Geschichte ohne Beispiel dastehenden Aufschwung erlebt, wenn es in Uebereinstimmung mit Oesterreich sich sein Interessengebiet auf dem Balkan geschaffen hätte. Es sei ein großer Fehler der italienischen Staatsmänner gewesen, das kleine Serbien Oesterreich vorzuziehen. Das Adria-Slawentum werde niemals die Italiener als Herrscher anerkennen. Die Italien von Serbien angebotene Freundschaft trau schon

den Keim zukünftiger Feindschaft in sich. Das Slawentum werde eifersüchtig an der Adria, und Rußland werde, wenn es in diesem Kriege seinen Hauptplan, die Erwerbung Konstantinopels, nicht durchsetze, durch Serbien zur Adria durchstoßen müssen. Dann werde Serbien seinen neuen Freund ohne viel Besinnen seinem alten Gönner opfern. Italien müsse danach trachten, aus diesem Zwiespalt, in den es der Krieg gebracht hat, herauszukommen, sonst würde es nach dem Kriege nur Feinde haben. Italien habe sich sehr hohe Ziele gestellt und dabei vergessen, seine Politik gegen alle Eventualitäten zu schützen.

Giolitti sagte dann zum Schluß, er fühle sich nicht mehr stark genug, die Leitung des Ministeriums zu übernehmen in einer Zeit, in der seine besten Absichten und Warnungen mißverstanden und als Verbrechen gegen die Zukunft Italiens ausgelegt werden. Italien müßte nicht nur den Krieg gewinnen, es müßte auch — und das werde das Schwerste sein — einen Frieden schließen, der das Land nicht nur nach außen, sondern auch im Innern stärke und zugleich Italiens vollständige Unabhängigkeit sicherstelle.

**Englische Anschuldigungen gegen die deutsche Verwaltung in Belgien.**

Brüssel, 10. Juli.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Das Auswärtige Amt in London veröffentlicht durch das Reutersche Bureau Auszüge aus einer Denkschrift, worin behauptet wird, daß durch Verordnungen des Generalgouverneurs Freiherrn v. Bissing belgische Arbeiter gezwungen werden, entgegen den Bestimmungen des Haager Abkommens, für die deutsche Armee zu arbeiten. Demgegenüber erklärt das Generalgouvernement:

„Am 14. und 15. August 1915 erließ der Generalgouverneur in Belgien zwei Verordnungen gegen die Arbeitsverweigerung und Arbeitscheu. Dadurch wurde nur der Zwang zu solchen Arbeiten eingeführt, die der beruflichen Tätigkeit des Betreffenden oder seinem Leistungsvermögen entsprechen, und nur für den Fall, daß ein hinreichender Grund zur Arbeitsverweigerung nicht vorliegt. Hinreichend wurde aber jeder auf dem Völkerrecht beruhende Grund bezeichnet. Die Verordnung, betreffend die Arbeitscheuen, erfuhr am 15. Mai insofern eine Aenderung, als statt der belgischen Gerichte die Militärgerichte für zuständig erklärt wurden und an Stelle der in allen Ländern als besonders harte Maßregel angesehenen Ueberweisung an ein Arbeitshaus die zwangsweise Abschiebung zur Arbeitsstelle trat, wo von dem Betreffenden nur eine seinem Leistungsvermögen entsprechende Arbeit verlangt wird. Man sieht, daß es sich um Verordnungen handelt, die im öffentlichen Interesse und um der auch belgischerseits vielfach lebhaftest beklagten mißbräuchlichen Inanspruchnahme der Armenunterstützung durch gesunde, arbeitsfähige Personen zu steuern, erlassen worden sind. Die englische Denkschrift behauptet, daß die deutschen Militärgerichte die Schutzklauseln der Verordnungen nicht pflichtmäßig angewendet und das Recht gebeugt hätten. Dieser Vorwurf muß auf das schärfste zurückgewiesen werden. Er richtet sich übrigens selbst, denn er ist begründet auf dem 19. Bericht des belgischen Untersuchungsausschusses. Dieser Bericht der belgischen Kommission, die übrigens schon aus früheren Berichten auch dem neutralen Ausland satzsam als un-

schwärdia bekannt geworden ist, erschien aber am 6. August 1915, also zu einer Zeit, da die in Rede stehenden Verordnungen noch gar nicht erlassen worden waren.“

## Sturmzeichen in Spanien.

Die Verfassung außer Kraft gesetzt!

Madrid, 13. Juli. (Gavas).

Der König hat durch eine gestern mittag erlassene Verfügung die verfassungsmäßigen Garantien in ganz Spanien aufgehoben.

Madrid, 13. Juli (Gavas).

Der Zustand der Eisenbahnangelegten dauert fort. Der Betrieb wird teilweise aufrechterhalten. Hunderte von Eisenbahnangestellten wurden eingezogen oder verhaftet.

Der König ist heute von seinem Landsitz zurückgekehrt. Die Zivil- und Militärbehörden hielten vormittags eine Beratung ab.

15. Juli 1916

51

## „Polnische Wandlungen.“

Unter dieser Ueberschrift bringt das „Leipziger Tageblatt“ einen Aufsatz, der einige bisher unbekannte Einzelheiten über die jüngste Entwicklung der Polenfrage enthält. Das Blatt erinnert an die Vorschläge zu einer Regelung, die bisher erhoben wurden, unter denen die Ausführungen des Grafen Apponyi in der „Frankfurter Zeitung“ ein besonderes Interesse beanspruchen durften, und erwähnt dann, daß sich gegen den Standpunkt des galizischen Polenklub, der unverhüllt für einen Anschluß Kongreßpolens an die Habsburger Monarchie eintrat, in Warschau Bedenken erhoben, die in einer von den großen polnischen Parteien und vom jetzigen Warschauer Stadthaupt unterschriebenen Denkschrift ihren Ausdruck fanden. Das Leipziger Blatt fügt bei, dieses Dokument habe dadurch an Bedeutung verloren, daß unter den unterzeichnenden Parteien auch solche waren, die bisher „nicht ohne Grund als russophil gegolten haben“. Dann teilt das Blatt mit:

Gegen diese Gruppe und zugleich für die österreichische Orientierung hatte dann auch sofort in Warschau eine recht starke Gegenbewegung eingesetzt, die um so mehr Gewicht beanspruchen durfte, als an ihrer Spitze der ehemalige Dumaabgeordnete v. Lempiński, ohne Frage einer der repräsentativsten Männer Kongreßpolens, stand. Die Leute, die sich hier zusammensanden, schufen sich denn auch alsbald eine Organisation: die „Liga der polnischen Staatlichkeit“. In der letzten Zeit sind aber nun aus dem Wirrwarr der Meinungen und Gegenmeinungen neue Bildungen aufgetaucht, denen nicht mehr der Verdacht heimlicher Russenfreundschaft anhängt. Es hat sich — so berichtet man uns — neuerdings eine starke Gruppe gebildet, die so entschlossen und so unverdächtig für den Anschluß an Deutschland arbeitet, daß Generalgouverneur v. Beseler (was jedenfalls eine Neuheit ist in einem besetzten Land, um dessen nahe Grenzen der Krieg noch wogt) ihr einen politischen Klub zu gründen erlaubt hat. An der Spitze dieses Klubs stehen die beiden Publizisten Studnicki und Matornicki, die den „Goniec“, das alte antirussische Kampfblatt in Warschau, redigieren. Das verschiebt die Dinge wohl nicht unbeträchtlich und so sagt man uns: die Mehrheit der Warschauer Polen stünde jetzt auf dem Programm der sogenannten Unabhängigkeit, die ihr Heil in dem Anschluß an Deutschland sucht. Ihr Ziel sei ein im Innern unabhängiger polnischer Staat, der aber militärisch und in gewissem Sinne wohl auch wirtschaftlich mit dem Deutschen Reich verbunden sein soll.

Mit diesen Strömungen und Bewegungen hängt, wie das „Leipziger Tageblatt“ wohl mit Recht vermutet, auch die Einsetzung einer vom Volke gewählten Stadtverwaltung in Warschau zusammen, zu der das deutsche Generalgouvernement die Anregung gegeben hat. Ein Vollzugsausschuß hat für die Wahlen ein Kompromiß zustande gebracht, das einen eigentlichen Wahlkampf überflüssig machte. Dieser Ausschuß soll, wie das „Leipz. Tagebl.“ erfährt, „auch weiterhin an der Arbeit bleiben und nach und nach sich zu einem Gegenstück des Katalauer Nationalkomitees ausbilden, mit dem auch in andern Fragen zu beraten und zu sprechen sein wird“. Das Leipziger Blatt bemerkt dazu, daß das Wertvollste daran wohl die Tatsache ist, daß das „Schweigen in Warschau“ gebrochen ist, daß es möglich erscheint, mit Körperschaften und Organisationen zu verhandeln, die man mit einigem Recht als Vertretung des polnischen Volkes bezeichnen darf.

15. / VII. 1916

**Ein Vorschlag des Papstes.**

→ **Von der italienischen Grenze, 14. Juli. (Telegr.)**  
Die Meldung, wonach durch Vermittlung des Papstes neue Erleichterungen für die Lage der Kriegsgefangenen geschaffen werden sollen, wird durch Mitteilungen der hiesigen katholischen *Neuen Zürcher Nachrichten* erneut bestätigt. Danach ist auf Anregung des Papstes ein Abkommen unter den Kriegführenden dem Abschluß nahe, wonach „Kriegsgefangene, die länger als 18 Monate gefangen und Vater von drei und mehr Kindern sind, ohne Rücksicht darauf, ob sie noch kampffähig sind oder nicht, nach der Schweiz verbracht und dort interniert werden sollen“. *Deutschland* habe dem Papst die Annahme seines humanen Vorschlages mit Telegramm vom Freitag den 7. Juli offiziell erklärt; ebenso dürfe es den Tatsachen durchaus entsprechen, daß die Zustimmung *Frankreichs* sicher ist und — dies ist erfreulicherweise hinzuzufügen, vorausichtlich auch diejenige *Englands*. Damit das Abkommen in Kraft tritt, ist nicht notwendig, daß alle Kriegführenden ihm beitreten, so sehr dies auch erwünscht wäre. Wenn bisher die schweizerische Regierung in der Angelegenheit noch nicht befragt wurde, so liege darin keinerlei Versehen, sondern es sei durch die Sachlage ohne weiteres gegeben gewesen. Der Zeitpunkt, an den Schweizerischen Bundesrat heranzutreten, werde erst gekommen sein, wenn das Abkommen wenigstens zwischen einzelnen der Nächstbeteiligten perfekt sei. Dabei könne man ohne weiteres annehmen, daß auch bei diesem humanen Werk die Schweiz ihre Mitwirkung nicht versagen werde, getreu ihrem bisherigen Handeln.

**Einäschung der Sommerresidenz des  
Königs Konstantin.**

Athen, 14. Juli. (Meldung des  
Kreuzerischen Bureaus.) Nachdem im Wald von  
Latoi ein Brand mehrere Stunden gewütet  
hatte, griff das Feuer abends auf  
das königliche Palais über, das  
mit den benachbarten Kasernen  
niederbrannte.

Mehrere Personen, darunter  
Offiziere, kamen ums Leben. Der  
König, die Königin und die könig-  
liche Familie suchten Zuflucht in Kapissia,  
der Residenz des Prinzen Nikolaus.

15. VII. 1916

### Belgien wieder ein Märchenland.

N. Bern, 13. Juli. Das „Journal“ bespricht anlässlich der Einberufung der wehrpflichtigen Belgier, die heikle und folgenschwere Fragen für die Zukunft aufwerfe, die seltsame Erscheinung, daß seit kurzem in den belgischen Kreisen Frankreichs die widersprechendsten Mitteilungen über das Leben in Belgien herumgehen. Man weiß nicht, sagt das Blatt, woher sie kommen; sie verbreiteten sich mit großer Schnelligkeit und stehen im schreiendsten Widerspruch zu allen Nachrichten, die wir aus Brüssel usw. erhalten, wonach das Leben in Belgien mindestens schwierig sei. Demgegenüber versichern die neuen Mitteilungen, die unter den Belgiern von Mund zu Mund gehen, daß Belgien wieder ein Märchenland geworden, wo alles weniger teuer als in Frankreich sei und alles seinen normalen Gang gehe. Die deutschen Beamten seien lebenswürdige und dienstwillige Leute. Man hört sogar sagen, daß Generalgouverneur Freiherr v. Bissing

ein charmanter Mann sei. Die Belgier seien dort in der Heimat unter Freunden, weswegen sich namentlich die Frauen der Krieger weniger vereinsamt fühlen würden. Das Blatt wundert sich, wie diese Nachrichten nach Frankreich kommen konnten und fürchtet die Gefahr, die der belgischen Rekrutierung daraus erwachsen könne.

## Probleme und Methoden des Völkerrechtes.

### V. (Schluß.) Macht und Recht.

Das Abendland ringt sich also, wie unsere Ausführungen wohl auch dem Zweifler erwiesen haben dürften, seit Jahrhunderten mühselig dem Ziele entgegen, eine Rechtsgemeinschaft zu werden und die Staatenwelt in eine höhere Einheit zusammenzufassen. Die Organe dieser Einheit sind gleichfalls in Ansätzen vorgebildet. Es sind der Staatentag (Kongress), der der Gemeinschaft das Gesetz gibt, Staatenkonferenzen, die sie verwalten (über sie wurde besonders nicht gesprochen) und der Schiedshof, der Recht spricht — alle Organe staatlicher Souveränität erscheinen hier in der überstaatlichen oder internationalen Gemeinschaft wieder. Nicht von bloßen Einbildungen schwerloser Phantasterei ist dabei die Rede, sondern von geschichtlich gegebenen Tatsachen, nicht von philanthropischen Projekten, sondern von einem Entwicklungsprozeß, den es gewissenhaft zu erforschen gilt. Dessen Erforschung scheint uns geradezu die Aufgabe eines wissenschaftlichen Internationalismus, der den utopischen ablösen muß, wie der wissenschaftliche den utopischen Sozialismus abgelöst hat.

Zugleich haben wir erkannt, daß die neue internationale Gemeinschaft der Staaten bei ihren tastenden Versuchen ganz bestimmte, sicher fortschreitende Methoden entwickelt, um ihrem Ziele näher zu kommen. Dies haben wir zu belegen gesucht durch die neuen Einrichtungen des Völkerrechtes, durch die es strittiger Gebietsfragen Herr zu werden sucht, durch die Kommunitisierung, Neutralisierung und Internationalisierung der Streitgegenstände. Wir können nicht genug darauf hinweisen, daß das allgemeine öffentliche Bewußtsein leider von ihnen noch wenig weiß und Lösungen ausschließlich für möglich hält, die keine Lösungen sind (wie die Formeln Annexion oder Nichtannexion), weil sie nicht ausgehen von der Völkergemeinschaft, sondern von den zwei Nachbarn, weil sie, um mit dem Juristen zu reden, noch kein Juspublikum, sondern bloß ein Jus inter partes, noch kein Gemeinschaftsrecht, sondern nur Recht zwischen den Parteien sehen. Dabei sind diese Gebietsfragen nur ein Teil der gestellten Aufgaben.

Dieses Ringen nach einem neuen Recht freilich darf uns den Blick dafür nicht trüben, daß noch heute wie im siebzehnten Jahrhundert die Macht entscheidet, die Gewaltübung tatsächlich den Erfolg verbürgt und rechtliche Erwägungen zum bloßen listigen Vorwand für die schlimmsten Gewalttaten herabgewürdigt worden sind. In einer geschichtlichen Verwicklung, die über Leben und Tod von Millionen abspricht, ist die geradezu virtuos gehandhabte völkerrechtliche Heuchelei unserer Tage zunächst ein aufreizendes Vergnügen geworden, ihre Nachwirkungen aber werden sich sehr bald aller Welt sehr deutlich fühlbar machen. Das Bewußtsein, daß Recht doch Recht bleiben müsse, ist auf das tiefste und bis in die Tiefen der Gesellschaft erschüttert und wird so bald und so leicht nicht wieder aufzurichten sein. . . . Der Krieg wird als Lehrkurs ausgegeben für den alten Satz, daß Gewalt vor Recht

gehe, und wer sich ihm nicht vorbehaltslos unterwirft, gilt als nicht ernst zu nehmender Ideologe. Kein Zweifel, im Kriege entscheidet nur die Macht und der Krieg selbst ist ja die Berufung auf dieses letzte Abwehrmittel gebeugten Rechtes.

Die Entwicklung seit dem siebzehnten Jahrhundert verrät uns, warum das Friedenswerk immer noch längerer oder kürzerer Zeit scheitern mußte: die Machtverhältnisse der Staaten üben den umwälzenden Einfluß des Kapitalismus. Diese allergroßte Großmacht Europas machte Schwache stark und Starke schwach und bewirkte, daß die Machtverteilung früherer Jahrzehnte den neuen Tatsachen nicht mehr entsprach und revidiert werden mußte. Der Westfälische Friede verkannte durchaus den Zusammenhang von Macht und Recht nicht, er stellte sogar die Formel auf, die die Möglichkeit

dauernden Rechtes und Friedens verbürgen sollte, das „Prinzip des europäischen Gleichgewichts“: der Friede sei nur zu erhalten, wenn die Mächte gruppenweise einander das Gleichgewicht hielten, während die Uebermacht einer Gruppe sofort die kriegerische Bedrohung aller übrigen bedeute. Der Utrechter Friede von 1713 hat diesen Grundsatz geradezu ausgesprochen und jedem Staat ausdrücklich das Recht der Bündnisse zur Abwehr der Uebermacht zuerkannt. Welch verhängnisvolle Täuschung! Das Prinzip vom europäischen Gleichgewicht war von da an durch zwei Jahrhunderte der bequemste Vorwand, Koalitionen zu bilden und andere kriegerisch zu überfallen, angeblich um Uebermacht und Vorherrschaft einzelner abzuwehren, in Wahrheit, um Aufstrebende niederzuhalten oder sich auf Kosten von Nachbarn auszudehnen. England zumal hat diese Theorie umgeformt zum Prinzip des Gleichgewichts auf dem europäischen Festland, seine Diplomatie hat jederzeit zwei sich gegenseitig in Schach haltende Festlandsgruppen zu schaffen gesucht, damit es selbst in der weiten Welt freie Hand habe. Das Gleichgewichtssystem ist statt eines Friedens ein Kriegssystem geworden.

Die Macht der Staaten ruht nicht allein oder vorwiegend auf ihrer räumlichen Ausdehnung, sondern vielmehr auf ihrem Innenwachstum. Es ist kein System auszudenken, das diese Macht ein für allemal festlegt: so ist der Friede nicht zu gewinnen, außer in der Form, daß die innere Kulturentwicklung allüberall niedergehalten wird. Darum mußte auch die „Heilige Allianz“ und die „Pentarchie der Großmächte“ an dem Freiheits- und Kulturstreben der Völker scheitern. Das System der Heiligen Allianz kann nach dem Prinzip des Gleichgewichts als das zweite System der Befriedigung der Welt aufgefaßt werden. Dieses System ging schon von einem Gedanken rechtlicher Natur aus: Der Zustand, den der Wiener Kongress schuf, sollte von nun ab als rechtlicher, als legitimer gelten und nichts mehr an ihm geändert werden, weder nach außen noch nach innen. (Legitimitätsprinzip.) Der Friede sollte also durch den allgemeinen Stillstand erkauft werden und wurde es durch drei Jahrzehnte. Inzwischen aber waren die europäischen Nationen mächtig herangewachsen, forderten Geltung im Innern durch Konstitutionen und nach außen durch eine Neuvermessung der Landkarte — die Kriege zwischen 1848 und 1870 waren die Folge. Auch dieser Versuch, Macht und Recht in Einklang zu erhalten, scheiterte.

Und das Haager Friedenswerk war der dritte Versuch: mit ganz anderen, weit besseren und höheren Mitteln in Angriff genommen und bis zu dankenswerter Höhe fortgeführt, scheiterte dennoch auch er! Die umwälzenden Wirkungen des kapitalistischen Imperialismus vermochte auch er nicht zu meistern — die Gründe dafür sind oft entwickelt und brauchen hier nicht wiederholt werden.

Gewiß ist das eine: auch dieser dritte Versuch wird der letzte nicht sein! Alles aber kommt darauf an, daß der Sprengstoff, der immer wieder die einmal gewonnene Rechtsgrundlage zerstört hat, die revoltierende Kraft des Kapitalismus in dem Sinne ausgewirkt haben wird, daß er für alle europäischen Völker, Rußland eingeschlossen, die innere Gleichheit der ökonomischen und kulturellen Bedingungen hergestellt hat. Ist das einmal der Fall, dann wird der relative Gleich-

gewichtszustand der Kräfte und damit ein gewisser Beharrungszustand gegeben sein, dessen Ausdruck ein neues öffentliches Recht Europas sein kann: das wird wohl die Stunde sein, wo die Versöhnung von Macht und Recht gelingt. Der Reifegrad des Kapitalismus wird seinen Ausdruck wie sein Maß finden in der gleichmäßigen Reife des Proletariats und des Sozialismus in allen Staaten und mit ihr wird die neue Internationale auch zum Siege schreiten. Dieser Sieg aber wird sich vor allem darstellen als Aufrichtung einer positiven überstaatlichen Rechts- und Friedensordnung über Europa, als Verwirklichung des großen Gedankens der Organisation der Welt!

**Richtigstellung.** Im vorletzten und letzten Absatz des Artikels „Probleme und Methoden des Völkerrechtes, IV“ haben sich sinnstörende Druckfehler eingeschlichen. Es muß am Schluß des vorletzten Absatzes heißen: „Daß der Landfriede habe eingeführt werden müssen oder können, wie ein anderes Gesetz auch!“ — Ferner soll es im letzten Absatz statt „Recht laßen“ heißen „Recht setzen“.

## Die Aufhebung der Londoner Deklaration.

## Seuchlerische Begründung Greys.

London, 14. Juli.

Das Reutersche Bureau meldet:

Bei der Ueberfendung der neuen Order in Council über die Seekriegsführung an die Vertreter der neutralen Staaten in London fügte Staatssekretär Grey eine Denkschrift bei, in der die Gründe für die neue Order dargelegt werden. Es heißt darin:

Bei Kriegsbeginn glaubten die alliierten Regierungen in ihrem Bemühen, ihr Verhalten nach den Grundsätzen des Völkerrechtes einzurichten, daß sie in der Londoner Deklaration eine geeignete Zusammenfassung der Grundsätze und Bestimmungen finden würden. Sie einigten sich auf den Beschluß, die Vorschriften der Deklaration anzunehmen, nicht weil sie an und für sich für sie gesetzliche Kraft besäßen, sondern weil sie in ihren Hauptlinien die Festsetzung der Rechte und Pflichten der Kriegführenden darzustellen schienen, die auf die Erfahrungen der Seekriege gegründet war.

Da der gegenwärtige Kampf einen Umfang und Charakter über alle früheren Begriffe hinaus annahm, wurde es klar, daß der zur Friedenszeit in London gemachte Versuch, nicht nur die Grundsätze des Völkerrechtes, sondern selbst die Formen festzusetzen, unter denen sie angewendet werden sollten, ein nicht völlig befriedigendes Ergebnis hatte. Es ist eine Tatsache, daß diese Bestimmungen, während sie nicht in jeder Hinsicht eine Besserung der den Neutralen gewährten Sicherheit bedeuten, den Kriegführenden bei Ausübung der ihnen zugestandenen Rechte nicht die wirksamsten Mittel zubilligen.

Im Fortgang der Ereignisse brachten die Mittelmächte alle ihre geistigen Fähigkeiten in Anwendung, um den Druck, der sie einschränkte, zu lockern und einen Kanal für die Zuführung des Benötigten wieder zu öffnen. Ihre Umschlüsse kompromittierten den unschuldigen neutralen Handel und brachten ihn in den Verdacht, eine feindliche Agentur zu sein. Ueberdies schufen die mannigfaltigen Entwicklungen der Wissenschaft und des See- und Militärwesens, die Erfindung neuer Kriegsmaschinen, die von den Mittelmächten zu militärischen Zwecken erfolgte Zusammenfassung ihrer Hilfsmittel in ihrer ganzen Ausdehnung Verhältnisse, die ganz und gar verschieden waren von jenen, die in früheren Seekriegen obwalteten haben. Die in der Londoner Deklaration niedergelegten Bestimmungen konnten die Belastungsprobe nicht aushalten, die die äußerst schnell sich ändernden Verhältnisse und Richtungen mit sich brachten, die nicht vorhergesehen werden konnten.

Die alliierten Regierungen waren gezwungen, der so geschaffenen Lage Rechnung zu tragen und die Bestimmungen der Deklaration von Zeit zu Zeit diesen sich ändernden Verhältnissen anzupassen und mit ihnen in Einklang zu bringen. Diese nach und nach eingetretenen Veränderungen mögen vielleicht die Absicht der Alliierten einer Mißdeutung ausgesetzt haben. Aus diesem Grunde kommen sie zu dem Entschluß, daß sie sich darauf beschränken müssen, einfach die historischen, zugelassenen Regeln des Völkerrechtes in Anwendung zu bringen.

Die Alliierten erklärten feierlich und vorbehaltlos, daß die Tätigkeit ihrer Kriegsschiffe sowie die Rechtsprechung ihrer Brißengerichte auch zukünftig mit diesen Grundsätzen im Einklang stehen werden, daß sie treu die Verpflichtungen erfüllen und im besonderen die Bestimmungen aller internationalen Vereinbarungen bezüglich der Kriegsgesetze beobachten werden, daß sie, eingedenk der Gesetze der Humanität, jeden Gedanken, das Leben von Nichtkämpfern zu bedrohen, aufs Außerste von sich weisen, ferner daß sie nicht ohne Grund neutrales Eigentum belästigen werden, und daß sie, falls sie durch eine Handlung ihrer Flotten den Interessen eines in gutem Glauben handelnden Kaufmannes Schaden zufügen sollten, immer bereit sein werden, seine Ansprüche in Erwägung zu ziehen und ihm eine der Billigkeit entsprechende Entschädigung zu gewähren.

**Poincarés Friedensbedingungen.**

Bern, 15. Juli. Wie aus Paris gemeldet wird, hielt vor einer Festversammlung anlässlich des Nationalfeiertages Präsident Poincaré eine Rede, in der er den Gefallenen und den kämpfenden Franzosen den Dank des Vaterlandes und den Hinterbliebenen die innige Teilnahme des ganzen Landes mit Worten bewundernder Huldigung ausdrückte. Er streifte mit einigen Worten auch die Friedensfrage, indem er ausführte:

Die Zentralmächte können in der Tat sich keiner Illusion mehr hingeben über die Möglichkeit, die Verbündeten auf die Knie zu zwingen und ihrer Würdigkeit den Frieden zu entreißen, der für den preussischen Militarismus nur eine Kriegslist sein würde, um die Vorbereitungen eines neuen Angriffes zu maskieren. Vergeblich beugen sich unsere Feinde über diese Kriegskarte, auf die sie sich mit hochmütiger Genugtuung jüngst beriefen. Man muß auch auf die Meereskarte schauen. Die Stärke der kriegführenden Nationen berechnet man weniger nach der geographischen Lage der Schützengräben als nach dem Zustand der kämpfenden und der Reserve-truppen, nach ihrer Fähigkeit zu Widerstand und Offensive und nach der moralischen Stimmung der Völker und Armeen. Für die großen europäischen Nationen geht's um Sein oder Nichtsein. Für eine freie Demokratie wie die unserige würde das bedeuten, nur noch in dem erstkündenden Schatten des germanischen Kaiserreiches mit Mühe und Not zu vegetieren, das stark genug ist, um über ganz Europa seine drückende Hegemonie auszubreiten. Je mehr wir die Schrecken des Krieges erleben, desto mehr müssen wir mit Leidenschaft daran arbeiten, seine Wiederkehr zu verhindern, desto mehr müssen wir wünschen und wollen, daß der Friede uns mit völliger Wiederherstellung der gestohlenen oder vor 46 Jahren geraubten Provinzen die Wiederherstellung der auf Kosten Frankreichs oder seiner Verbündeten verletzten Rechte bringt, sowie die notwendigen Garantien für eine endgültige Bewahrung unserer nationalen Unabhängigkeit.

## Italien in der Gewalt seiner Verbündeten.

(Drahtbericht unseres Vertreters.)

W. Berlin. 17. Juli.

Zwei Tage vor der italienischen Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn hat Italien mit der deutschen Regierung einen Vertrag abgeschlossen, der einen weitgehenden gegenseitigen Schutz des Eigentums zum Zwecke hatte. Nicht nur für den Fall, daß es zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn zum Kriege käme, sondern auch für den Fall, daß der Krieg sich auf die beiden vertragschließenden Länder ausdehnen würde. Das hauptsächlichste Interesse an diesem Vertrage hatte nach Lage der Dinge Italien, das sich dadurch eine Art Rückversicherung verschaffte. So entsprang es auch einem italienischen Wunsche, wenn der Vertrag nicht veröffentlicht wurde. Trotzdem ist es Italien gewesen, das schon sehr bald anfang, sich in verschiedener Beziehung über diese Abmachung hinwegzusetzen. Anscheinend glaubte es, dauernd die Vorteile dieser Abmachung genießen zu können, ohne sich an seine Verpflichtungen zu halten. Den krassensten Fall bildete die Wegnahme der deutschen Schiffe, die dem deutsch-italienischen Handelsvertrage widersprach, und für die Italien nichtsdestoweniger sich weigerte, Ersatz zu leisten. In einer manchem vielleicht nicht recht begreiflichen Langmut hat die deutsche Regierung diesem Spiele zugeesehen und auch das Verhalten der italienischen Vertreter auf der Pariser Wirtschaftskonferenz nicht zum Anlaß genommen, das Abkommen mit Italien zu kündigen. Es hat selbstverständlich auch all dies seine Grenzen, und die Grenze wurde erreicht, als Italien am 30. April d. J. ein Zahlungsverbot erließ und auf die deswegen erhobene deutsche Beschwerde erwiderte, es halte sich an die Verständigung nicht mehr gebunden. Von diesem Augenblick an war klar, daß auch von deutscher Seite die Einstellung der Bankzahlungen wie der Rentenzahlungen erfolgen mußte.

Wir halten es für außerordentlich bedauerlich, daß dieser italienische Vertragsbruch von der deutschen Regierung nicht sofort öffentlich festgenagelt worden ist. Es war vorzuziehen, daß auf diese Weise die italienische Regierung die Wahrheit auf den Kopf stellt und nun angesichts der deutschen Gegenmaßnahme behauptet, der Vertragsbruch sei eben durch diese Maßnahme erfolgt. Ob das Schweigen der deutschen Regierung lediglich darauf zurückzuführen war, daß auch der Vertrag selbst vor einem Jahre der deutschen Öffentlichkeit vorenthalten worden ist, lassen wir dahingestellt. Es mag auch mitgesprochen haben, daß man die italienische Regierung mit den Kriegsbehörden in ihrem eigenen Lande allein sich auseinandersetzen lassen wollte, ohne diesen Kriegsbehörden Material zu liefern, auf Grund dessen sie verstärkt nach der Kriegserklärung gegen Deutschland hätten schreien können, wie sie es heute tun. Wenn irgendein Ausschub erzielt werden sollte, so war der Zweck ja erreicht worden; trotzdem glauben wir, daß es vorsichtiger gewesen wäre, den Italienern auch den Schein des Rechtes von vornherein zu entziehen und es ihnen unmöglich zu machen, der Wahrheit entgegen die Schuld an dem Vertragsbruch auf uns zu werfen.

Italien geht Schritt für Schritt dem Abgrund entgegen, getrieben von seinen Verbündeten, in deren Gewalt es sich nunmehr fast vollständig befindet. Der erste Schritt war der Beitritt zum Londoner Vertrage. Es folgte die Kündigung des literarischen Abkommens mit Deutschland. Jetzt hat Italien ein weiteres

Abkommensstück, das ihm zum Schutze diente, von sich geworfen. Es bleibt nur noch die Kriegserklärung, dann kann es sich willenlos in den Strudel hinabwerfen, in dem es auch des letzten Restes von Selbstbestimmung verlustig geht.

Wird es dahin kommen? Wir wollen nicht prophezeien. Die italienische Kriegspresse vollführt ein lautes Geschrei. Trotzdem mischen sich warnende Stimmen hinein, und sogar das sonst auf der Seite der deutschen Feinde marschierende „Giornale d'Italia“, das Blatt Sonninos, meint warnend, es sei doch noch nicht festgestellt, ob die deutschen Maßnahmen die ernststen Folgen haben würden, wie es auf den ersten Blick geschehen habe. Auch sonst macht sich in einem seltsamen Widerspruch zu dem Verlangen nach der Kriegserklärung in der italienischen Presse das in der Tat auch sehr begründete Gefühl geltend, daß Italien bei der Aufhebung des Vertrages in Grunde der Leidtragende ist. Da die italienische Öffentlichkeit von dem Herangehen des Vertragsbruchs auch durch ihre eigene Regierung wohlweislich nicht unterrichtet worden war, erklärt es sich bis zu einem gewissen Grade, wenn in der Tat dort der Glaube bestanden mag, wir seien der Angreifer. Eben deshalb hätten wir eine sofortige Veröffentlichung des italienischen Vertragsbruchs deutscherseits für wünschenswert gehalten. Das man in Frankreich, wo man sehr sichtlich nach Unterstützung durch italienische Soldaten ausschaut, jetzt apodiktisch erklärt, die Kriegserklärung an Deutschland sei unvermeidlich, versteht sich von selbst. Trotzdem halten wir es nicht für sicher, daß die italienische Regierung sich so leicht des letzten Vorbehalts herauben wird, der ihr noch geblieben ist, und nach dessen Fortfall jetzt vollständig offenbar werden würde, in was für eine hoffnungslose Katastrophe Italien durch eigene Schuld geraten ist. Denn wie es bei dem jetzt bestehenden Wirtschaftskriege der Fall ist, so würde es erstes Interesse in politischen und militärischen Kriege sein, daß ebenso der Leidtragende, der die Opfer zu bringen hat, und noch dazu lediglich zugunsten der anderen, nicht wir sind, sondern Italien. Inbessen, das müssen die Herren mit sich selbst ausmachen; in Deutschland wird sich kein Mensch über diese Dinge irgendwie aufregen.

### Holland und die deutsche Durchfuhr nach Belgien.

Die historische Tatsache, daß die einander benachbarten und durch Kanäle verbundene Mündungen einer der größten Wasserstraßen Deutschlands und der wichtigsten belgischen Wasseradern durch Holland gewissermaßen zugetrennt sind, hat in diesem Krieg eine spezielle Bedeutung dadurch gewonnen, daß die Verwaltung des von den Deutschen besetzten belgischen Staatsgebiets, ein besonderes Interesse daran haben muß, einen Teil des bedeutenden deutsch-belgischen Güterverkehrs von Deutschland über die holländische Rheinstrede und die sich anschließenden Kanäle zu Wasser nach Belgien zu leiten. Die rechtlichen Beziehungen dieser Schifffahrt sind durch die Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868 geregelt: „Die zur Rheinschiffahrt gehörigen Schiffe und die vom Rhein herkommenden Holzflöße können auf jedem, ihnen beliebigen Wege durch das niederländische Gebiet vom Rhein in das offene Meer oder nach Belgien und umgekehrt fahren,“ und „insoweit nicht sanitätspolizeiliche Rücksichten entgegenstehen, ist die Durchfuhr aller Waren . . . gestattet.“ Wie großen Wert die holländische Regierung auf den Bestand dieses Vertrags legt, hat sich in neuerer Zeit mit aller Deutlichkeit bei den Verhandlungen über die Schifffahrtsabgaben gezeigt: Holland hat sich zum Vorkämpfer der Freiheit des Rheinstromes gemacht. Mit dieser Theorie steht die heutige Praxis der niederländischen Regierung nicht im Einklang: am 8. Juli hat Holland Anordnungen getroffen, durch die der deutschen Rheinschiffahrt die Durchfuhr von Materialien nach Belgien verboten wurde. Es handelt sich dabei natürlich keineswegs um Munitionstransporte oder sonstige Kriegskonterbande, sondern um Baumaterialien, wie Sand, Kies und Steine. Aber angenommen, unsere Rheinschiffe würden anstatt harmlose Steine, die zur Wiederherstellung und Instandhaltung der Straßen und Kanäle in dem von uns verwalteten Land bestimmt sind, Granaten und Minen stromabwärts befördern: selbst in diesem rein hypothetischen Fall müßte uns doch die freie Durchfuhr auf dem freien Strom und die Weiterfuhr nach Belgien als unser gutes Recht erlaubt sein. Denn nach der Praxis der Entente stände es den Holländern ja sogar frei, uns nach Belieben mit allem erdenklichen Kriegsmaterial holländischen Ursprungs zu versorgen. Frgend welche Rücksichten auf Gesetz und Neutralität kommen aber für das Durchfuhrverbot der niederländischen Regierung keineswegs in Frage: Die Entente steckt dahinter! So wenig es sich hier um eine Lebensfrage für Deutschland handelt, so fest sind wir doch der Ueberzeugung, daß die niederländische Regierung den ernstlichen Willen hat, sich auch in dieser Angelegenheit nicht vor den Kriegswagen der Entente spannen zu lassen. Wir dürfen darum wohl mit einigem Grund annehmen, daß das Durchfuhrverbot, das unser Reich letzten Endes weniger schädigt als die privaten Transportgesellschaften, nur als eine vorläufige Maßregel zu betrachten ist und wieder beseitigt wird, sobald die holländische Regierung unseren Feinden gegenüber den Standpunkt des Rechts und der Neutralität vertreten und durchgesetzt haben wird.

## Die große Friedenskundgebung der Neutralen am 1. August.

Kopenhagen, 16. Juli.

Ein Kreis hervorragender dänischer Männer und Frauen, darunter das Oberhaupt der dänischen Landeskirche Bischof Ostenfeld und der Kopenhagener Bürgermeister Jensen, fordert in einem Aufruf das gesamte dänische Volk auf, sich den großen Friedenskundgebungen anzuschließen, die am 1. August, diesem traurigsten Gedenktage des jetzigen Menschengeschlechtes, in allen neutralen Ländern durch öffentliche Versammlungen, Volksumzüge, Gottesdienste und Glockenläuten veranstaltet werden sollen.

Der Aufruf stellt es allen Vereinen und Gemeinden, der Geistlichkeit, den Schulen und Lehrern, sowie dem gesamten Volke anheim, sich am 1. August dem gemeinsamen Proteste gegen den Weltkrieg und alle zukünftigen Kriege anzuschließen, den ernststen Willen Dänemarks zur Aufrechterhaltung der Neutralität und seinen Glauben an eine internationale Rechtsordnung, wie einen internationalen Gerichtshof, sowie den innigsten Wunsch nach einem baldigen, auf Recht anstatt auf Macht begründeten Frieden kundzugeben.

17. VII. 1916

Washington, 15. Juli.

Das Reutersche Bureau meldet:

Das Staatsdepartement hat formell entschieden, daß die „Deutschland“ ein Handelsschiff sei.

Der Rat im Staatsdepartement Holt erklärte, die Entscheidung schaffe keinen Präzedenzfall.

Zukünftige Fälle würden nach ihrer eigenen Beschaffenheit entschieden werden.

#### Die Mitschuld der serbischen Regierung am Mord von Serajewo.

Unter den bei der Einnahme von Nisch von den Bulgaren noch vorgefundenen Beständen des serbischen Staatsarchivs ist auch ein umfangreiches Bündel über den Mordplan gegen den österreichischen Thronfolger mit den Namen der daran beteiligten serbischen Offiziere gewesen. Diese Namen wurden den Gefangenenlagern mitgeteilt, die serbische Offiziere haben. So ist es jetzt, wie die „Kriegsztg.“ aus München meldet, gelungen, in einem Gefangenenlager den serbischen Obersten Radowitsch als Mitschuldigen an der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand und dessen Gemahlin auszuforschen. Das Verhör hat die Gewissheit ergeben. Oberst Radowitsch ist sofort verhaftet und zunächst in das Garnisongefängnis in Salzburg gebracht worden. Er kommt zur Aburteilung vor das Kriegsgericht in Serajewo. Oberst Radowitsch gehörte zu den serbischen Offizieren, die auch an der Ermordung des Königs Alexander und der Königin Draga beteiligt waren.

### Das Gerede von einem österreichisch-ungarischen Separatfrieden.

† Haag, 16. Juli. (Priv.-Tel., zf.) Die von Reuter merkwürdigerweise in bedeutend bestimmterer Form verbreitete Petersburger Meldung der „Morning Post“ lautet:

„Petersburg, 12. Juli. Die Abreise des gesamten Ministerrates nach dem kaiserlichen Hauptquartier, von wo er am Donnerstag zurückkehren wird, hat in allen Gesellschaftsklassen zu den lebhaftesten Erörterungen Anlaß gegeben. Nur einmal seit Kriegsbeginn ist ein derartiger außerordentlicher Ministerrat abgehalten worden. Er war damals hauptsächlich der wichtigen Frage des inneren Dienstes gewidmet und hatte einen Präzedenzfall in der russischen Geschichte geschaffen. Bei der jetzigen Gelegenheit mögen wohl, wie verlautet, Änderungen beabsichtigt sein, so wegen Schaffung eines Ministeriums für Kriegsmaterial. Aber es scheint wahrscheinlicher, daß die letzten militärischen Ereignisse besondere Beachtung nötig machen. Zum zweiten Male in diesem Kriege ist Oesterreich-Ungarn geworfen worden. Zum ersten Male in diesem Kriege wird Deutschland gleichzeitig hart im Osten und im Westen bedrängt, und ein gewisser Wirtschaftslongreß hat vor kurzem in Paris stattgefunden. Die öffentliche Aufmerksamkeit richtete sich nun auf diese drei Tatsachen und da jede Information fehlt, so neigt man dazu, diesen außerordentlichen Ministerrat mit jeder dieser drei Tatsachen in Beziehung zu bringen. In zahlreichen einflußreichen Kreisen herrscht hinsichtlich des ersten Punktes die lebhafteste Ueberzeugung, daß, wenn Oesterreich-Ungarn wieder Führer für einen Separatfrieden austrede, dieses sympathisch von den Verbündeten aufgenommen würde, da keiner von ihnen gegenüber Oesterreich so empfinde, wie alle zusammen gegen Deutschland. Der zweite Punkt gibt zu der Ueberzeugung Anlaß, daß die verbündeten Regierungen nun sofort die Linien klarlegen müssen, auf Grund deren jede von ihnen bereit ist, die Basis für die Bedingungen des Friedens zu schaffen, der früher oder später kommen muß. Die Zeit für jedes der Mitglieder der Koalition, eine gemeinschaftliche Basis für ihr zukünftiges Vorgehen zu schaffen, ist nun gekommen, denn sonst wird Deutschland, wie verlautet, die Koalition ebenso unvorbereitet finden für den Frieden, wie seinerzeit für den Krieg.“

## Friedensbetrachtungen unserer Feinde.

## Die Umgrenzung der englischen Ansprüche.

t Haag, 16. Juli. (Priv.-Tel., zf.) Die „Nation“ veröffentlicht einen bemerkenswerten Artikel über die Absichten der Politik Englands. Es wird darin gesagt, daß England zwei Wege gehabt habe: Es hätte Deutschland ein Arrangement für Westeuropa anbieten können, das Frankreich und Belgien sichergestellt hätte und an die Stelle der Entente ein dreifaches Einverständnis zwischen England, Frankreich und Deutschland gesetzt hätte. Der Vorteil einer derartigen Kombination wäre die Herrschaft eines langen europäischen Friedens gewesen, während die Gefahr darin gelegen hätte, daß dieses Uebereinkommen durch Deutschland in die Form eines antirussischen Bundes gedrängt worden wäre. Die andere Alternative war ein Defensiv- und Offensivbündnis mit der Entente mit gleichzeitiger Warnung an Deutschland vor dem Versuch einer Herrschaft in Ost- und Westeuropa oder dem Versuch, England die Vorherrschaft auf dem Meere streitig zu machen. England habe keinen dieser beiden Wege eingeschlagen. Bei dem Charakter, den der Krieg angenommen habe, näherte man sich jedoch jetzt wieder der Zone der Diplomatie, und man müsse sich endlich einmal über die nähere Umgrenzung der britischen Ansprüche klar werden. Die „Nation“ fährt dann fort:

Wenn einmal unsere Ansprüche auf Frankreichs Nationalität, seine internationale Sicherheit und seine Entwicklung befriedigt sind, so glauben wir nicht, daß Lord Grey diesen Zielen die Forderung auf territoriale Gewinne hinzufügen wird. Unsere Friedenspolitik wird andere Formen annehmen als territorialen Ehrgeiz, und wir müssen manchen Gedanken darauf verwenden, um das Gesamtwerk der europäischen Gesellschaft in dem jetzt so absolut jede Beziehung unterbrochen ist, wieder zu ersetzen“.

Die „Nation“ sieht als bestes Mittel hierzu eine Konferenz. Aber selbst eine solche Konferenz erfordere, daß man sich vorher Klarheit verschaffe. Dieser Prozeß aber sei in nicht gerade sehr glücklicher Weise begonnen worden, wobei die „Nation“ auf die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz hinzielt, die sie in äußerst energischer Form bekämpft. Ein Statistiker von ganz besonderer Ahnungsgabe müsse erscheinen, der nun ausrechnen müsse, was wahrscheinlicher sei, ob das Pariser Programm einen schwereren wirtschaftlichen Verlust der Entente oder den Zentralmächten auferlege. Ein solcher Statistiker müsse dabei noch bedenken, daß Deutschland möglicherweise imstande sei, günstigere Handelsverträge mit Nord- und Südamerika und den anderen Neutralen abzuschließen, als England dies tun könne, das zunächst einmal seinen Kolonien und dann seinen Verbündeten Vorzugsrechte geben müsse.

Im weiteren Verlauf des Artikels kommt die „Nation“ zu folgendem merkwürdigen Geständnis:

Wir waren nicht direkt zum Kriege herausgefordert, und obgleich unsere allgemeine Lage und unsere Zukunft gefährdet waren, so kann man doch argumentieren, daß, wenn das eigene Interesse unser Führer gewesen wäre, wir besser neutral geblieben wären. Aber, so sieht die „Nation“ weiter auseinander, das Ziel sei gewesen, Deutschland ein für allemal von der Herrschaft der geschloßenen Kraft zu befreien. Nach dem Kriege aber werde eine derartige allgemeine Verarmung eintreten, daß auch Deutschland, das bis jetzt sich der Abrüstung widersetzt habe, einem Abkommen in dieser Hinsicht wohl genügt sein werde. Herr Ballin, der Freund des Kaisers und oft genug dessen Sprachrohr, habe gesagt, das Hauptziel einer Lösung müsse es sein, das Rüstungsfieber auszulöschen. Flotten aber behielten wohl eine große Macht, da es ihnen möglich sei, Kräfte festzuliegen. Aber die Oberherrschaft Englands zur See habe es doch England niemals möglich gemacht, erfolgreich an bestimmten Teilen der deutschen Küste zu operieren.

Am Schluß des Artikels heißt es: Während wir die Bürde unseres Krieges trugen, waren unsere gewinnreichen Märkte und die reichen natürlichen Quellen unserer Besitzungen dem Unternehmungsgeiste der ganzen Welt geöffnet. Die neue Politik (des Pariser Programms) würde versuchen, unsere Flottenmacht zu benutzen, um uns ein industrielles Monopol für zahlreiche notwendige Rohmaterialien zu unserem exklusiven Nutzen zu verschaffen. Wenn Neutrale, wie der Text der Pariser Beschlüsse dies in sich schließt, dann nicht weniger unter diesen Umständen zu leiden haben wie der Feind, so würde sich die öffentliche Meinung der Welt gegen das britische Reich wenden, und unsere Seemacht selbst würde eine Verringerung erleiden, die wir selbst nicht in offenen Worten auseinanderzusetzen vermöchten. Ein Kaufmann, der sein Vermögen aufzubauen versucht, indem er sich auf eine derartige Macht stützt, fordert die Toleranz der Welt heraus und ruiniert seine eigene moralische Verfassung. Eine derartige Politik würde die Ablehnung eines jeden internationalen Ideals bedeuten, die Entfremdung Amerikas und das Zurückstoßen einer Liga für den Frieden.

## Fremdenkontrolle in Frankreich.

Nach vielen andern Parlamentariern und Körperschaften hat nunmehr auch die Pariser Handelskammer einen „Wunsch“ auf strengere Handhabung der Fremdenkontrolle in Frankreich genehmigt, der nach dem „Temps“ (vom 13. d.) folgendermaßen lautet:

A. Hinsichtlich der Stellung der Personen, bezüglich ihrer Residenz: 1. Eine Erklärung vorübergehenden Aufenthaltes für jeden Aufenthalt von weniger als dreißig Tagen. 2. Ein Aufenthaltsavis für Aufenthalte von drei, sechs oder zwölf Monaten nach Bestehen des Namensbendes; diese Aufenthalts- oder Wohnungsbewilligungen können durch die Verwaltung verweigert oder rückgängig gemacht werden. Keinerlei Erklärung wird den Grenzarbeitern auferlegt, die täglich nach Frankreich zur Arbeit kommen. 3. Jedem Fremden nach vorgenommener Ermittlung und mittels Dekrets eine Domizilzulassung (Admission à domicile) zu gewähren, die stets rückgängig gemacht werden kann, die diesen beschränkte bürgerliche Rechte zu den weiter unten ausgeführten Bedingungen hinsichtlich ihrer Befugnisse einräumt. 4. Alle seit zehn Jahren den Fremden im allgemeinen und den Deutschen insbesondere seit der Ley Delbrück gewährten Naturalisierungen einer Revision zu unterziehen. 5. Zu verfügen, daß keine Naturalisierung den Deutschen gewährt wird, so lange die Ley Delbrück oder irgendein ähnliches Gesetz in Deutschland besteht. 6. Besonders zu verfügen, daß die französische Naturalisierung von nun ab den Fremden erst nach mindestens zehn Jahren der Zulassung zum Domizil und nach Erwerbung von Immobilien oder Ausübung eines Unternehmens oder Berufes während der gleichen Dauer als Anfänger zu gewähren und unter der Bedingung für die einen wie für die andern, ihre bereits gebornen Kinder oder später zur Welt kommenden Kinder in Frankreich erziehen zu lassen.

Hinsichtlich der Befugnisse der Fremden:

1. Ihnen die Erwerbung von Immobilien in bestimmten, die Landesverteidigung interessierenden Zonen ohne Erlaubnis der Verwaltung zu verbieten. 2. Die gleichen Verpflichtungen bei den Fremden gewährten Pachtverträgen in denselben Zonen aufzuerlegen. 3. Durch die beteiligten Verwaltungen soll nach eingeholtem Gutachten des beratenden Komitees der Künste und Fabriken oder des Oberhandelsrates eine Liste derjenigen industriellen oder kommerziellen Unternehmungen aufgestellt werden, deren Betrieb den Fremden nur mit der Ermächtigung des Präfekten im Einlang mit der Handelskammer der beteiligten Gegend gestattet wäre. 4. Die in Frankreich als Angestellte verpflichteten Ausländer sollen für unfähig erklärt werden, Mandatare zu werden und juristische Handlungen zu vollziehen, die auf Schaffung, Abänderung oder Erlöschen eines Rechtes abzielen. 5. Keine Lage soll die fremden Arbeiter, deren Löhne oder deren Arbeitgeber aus Anlaß ihres Aufenthaltes in Frankreich treffen.

B. Hinsichtlich der Stellung von Gesellschaften, die in Frankreich gebildet werden, bei sonstiger Nullität bezüglich der Kapitalien: 1. Mindestens ein Viertel des Gesellschaftskapitals soll bei der Gründung, bei der Erhöhung oder bei Ausgabe von Schuldverschreibungen französisch sein; 2. die so den Franzosen vorbehaltenen Titel sollen bei der Emission einen besonderen Vermerk erhalten, dahinlautend, daß ihre Coupons nur an französische Inhaber ausgezahlt werden; 3. für diese Gesellschaften sollen die Gerichte besondere Register zur Verfügung des Publikums halten;

bezüglich des Gesellschaftspersonals: 1. in den Aktien- oder Kommanditgesellschaften sollen

drei Viertel der Verwaltungsräte Franzosen sein, der Geschäftsführer, der leitende Verwaltungsrat (Administrateur délégué) oder der Direktor sollen Franzosen sein, drei Viertel des Personals sollen Franzosen sein;

bezüglich der Firmierung: 1. die Bezeichnung „französisch“ oder „national“ soll den zwischen Franzosen und Fremden gebildeten Gesellschaften verboten sein; 2. eine Korrekturmaßregel soll jede Verwechslung mit Gesellschaften vermeiden, die von Franzosen gebildet wurden.

C. Hinsichtlich der fremden Gesellschaften: Die fremden Aktiengesellschaften, die gemäß den Gesetzen ihres Landes gebildet wurden, sollen nur dann ermächtigt werden, in Frankreich zu funktionieren, wenn sie sich den gleichen Verpflichtungen der Publizität unterziehen, die den französischen Gesellschaften vorgeschrieben sind.

Bei allen Vorkehrungen, die gegen die Fremden in Frankreich geplant werden, geht doch aus den vorstehenden Forderungen sehr deutlich hervor, daß die Pariser Handelskammer nach wie vor die Einwanderung von Fremden als unermesslich, die fremder Arbeiter sogar als unentbehrlich ansieht, weshalb die Verwendung der letzteren nicht etwa durch fiskalische Maßregeln erschwert werden soll. Hinsichtlich der Naturalisierungen brauchen sich die französischen Parlamentarier und Körperschaften wohl nicht erst ihre Köpfe zu zerbrechen, da sich in Zukunft sicherlich noch Deutsche oder Oesterreicher-Ungarn dazu entschließen werden, um ihre Naturalisierung in Frankreich nachzusuchen, seitdem die Erfahrung gezeigt hat, wie wenig Wert ein vom Staatsoberhaupt der französischen Republik unterzeichnetes Naturalisierungsdekret besitzt. In der Praxis dürfte sich auch der Unterschied zwischen den zu ihrem Vergnügen nach Frankreich reisenden Fremden und denjenigen, die sich dort zu ihrem Erwerb niederlassen wollen, als unruhig erweisen.

Auf alle Fälle haben derartige Rundgebungen maßgebender Körperschaften, wie der Handelskammer von Paris, den Vorteil, daß sie rechtzeitig die Aufmerksamkeit der fremden Regierungen auf diesen so heißen und wichtigen Punkt lenken, der sicherlich bei den zukünftigen Friedensverhandlungen nicht unberücksichtigt bleiben wird.

## Das wirtschaftspolitische Verhältnis zwischen Italien und Deutschland.

In den wirtschaftspolitischen Beziehungen war zwischen Italien und Deutschland bis vor kurzem keine Aenderung eingetreten, obwohl beide Staaten seinerzeit die diplomatischen Beziehungen abgebrochen hatten. Der am 3. Dezember 1904 abgeschlossene Handelsvertrag behielt seine Geltung weiter, und erst an den Verlauf der in Paris abgehaltenen Wirtschaftskonferenz der Vierverbandsmächte knüpfte sich die Mutmaßung, der deutsch-italienische Handelsvertrag werde nun wohl von Italien aus einseitig aufgehoben werden. Nach dem Wortlaute des Vertrages hätte er in jedem Falle bis zum 31. Dezember 1917 wirksam zu bleiben. Die Möglichkeit der einjährigen Kündigung tritt erst am 31. Dezember 1916 ein. Nach dem 31. Dezember 1917 kann diese Kündigung mit einjähriger Frist dagegen jederzeit ausgesprochen werden.

In den letzten Tagen hat nun zwischen Rom und Berlin, zwischen der Agenzia Stefani und dem Wolffschen Bureau, dem Mitteilungen von zuständiger Stelle zugegangen sind, eine Erörterung einer Reihe von Fragen des wirtschaftspolitischen Verhältnisses beider Länder eingeleitet. Die Agenzia Stefani erklärt: Infolge der Aufhebung der Arbeiterpensionszahlungen seitens der deutschen Banken hat die italienische Regierung angeordnet, daß für die Zahlung der Pensionen und Renten, die von den deutschen Versicherungsanstalten den italienischen Arbeitern und ihren Familien geschuldet werden, ohne Unterbrechung gesorgt werde. Hierüber wird nun in Berlin von zuständiger Stelle aus erklärt: Wenn deutsche Berufsgenossenschaften Rentenzahlungen an Italiener zurückhalten, handeln sie gleichfalls lediglich nach dem Vorbild der italienischen Amtsstellen, die seit langem die Zahlungen an Deutsche abzulehnen pflegen und sich insbesondere weigerten, für die unter Bruch des deutsch-italienischen Handelsvertrages requirierten deutschen Schiffe irgendwelche Zahlungen zu leisten.

Danach ist also der Anfang der Zahlungsverweigerung in Italien gemacht worden. Zum näheren Verständnisse der über die Zahlung der Arbeiterpensionen erhobenen Beschwerde sei nun mitgeteilt, daß Deutschland und Italien im letzten Handelsvertrage (Artikel 2a) u. a. auch Vereinbarungen über die Frage der Arbeiterversicherung getroffen hatten. Hierbei sind beide Länder übereingekommen, in freundschaftlichem Einvernehmen die Behandlung der italienischen Arbeiter in Deutschland und der deutschen Arbeiter in Italien hinsichtlich der Arbeiterversicherung zu dem Zwecke zu prüfen, um durch geeignete Vereinbarungen den Arbeitern des einen Landes im anderen Lande eine Behandlung zu sichern, die ihnen möglichst gleichwertige Vorteile bietet. Diese Gegenseitigkeitsvereinbarung ist dann im einzelnen noch durch ein besonderes Abkommen weiter ausgebaut worden. Auf Grund dieses Sonderabkommens sind seither den italienischen, in Deutschland tätig gewesenen Arbeitern von den dortigen Berufsgenossenschaften die Versicherungsrenten ausbezahlt worden, wie andererseits den Deutschen, in Italien verwendeten Arbeitern, die Renten von der italienischen Arbeiterversicherung ausgefolgt wurden. Aus der Meldung des Wolffschen Bureaus geht nun hervor, daß die deutschen Berufsgenossenschaften die Rentenzahlungen an die Italiener neuestens allerdings zurückhalten, ein Vorgehen, für das aber lediglich das Beispiel der italienischen Amtsstellen bestimmend war, wo die Zahlungen an Deutsche seit langem abgelehnt werden.

In der oben mitgeteilten Erörterung wird von Berlin aus auch darauf verwiesen, daß Italien sich weigert, „für die unter Bruch des deutsch-italienischen Handelsvertrages requirierten deutschen Schiffe irgendwelche Zahlungen zu leisten.“ Zum Verständnisse dieser letzteren Frage möchten wir nun auch wieder auf den jetzt noch geltenden deutsch-italienischen Handelsvertrag vom 6. Dezember 1891 und den Zusatzvertrag vom 3. Dezember 1904 hinweisen. Dort heißt es (im Artikel 4, alinea 2):

Die Angehörigen eines jeden der vertragsschließenden Teile werden im Gebiete des anderen von jedem zwangsweisen Amtsdienste gerichtlicher, administrativer oder municipaler Art, von allen militärischen Requisitionen und Leistungen sowie von Zwangsanleihen und sonstigen Lasten, die zu Kriegszwecken oder infolge anderer außergewöhnlicher Umstände aufgelegt werden, befreit sein; ausgenommen jedoch diejenigen Lasten, die mit dem Besitz eines Grundstückes oder einer Pachtung verknüpft sind, und die militärischen Leistungen oder Requisitionen, zu denen die Inländer und die Angehörigen der meistbegünstigten Nation als Besitzer oder Mieter unbeweglicher Güter herangezogen werden können.

Die im vorigen angeführten Bestimmungen des deutsch-italienischen Handels- und Zusatzvertrages gewähren in die von Deutschland gegen Italien erhobenen Beschwerden Einblick.

## Eine eindrucksvolle Rundgebung in München.

für die rücksichtslose Anwendung aller Kriegsmittel.

Wie die Münchner Blätter berichten, fand am 17ten Freitag im Löwenbräu in München eine von allen Parteien und Berufsständen massenhaft besuchte Versammlung unter dem Voritze des Oberlandesgerichtsrates Schlotter statt, in welcher der Abg. Dr. Schlittenbauer (Zentrum) als Referent über Kriegsfragen sprach. Der Redner führte unter dem einmütigen stürmischen Beifall u. a. aus:

Die gesamte Nation hat ein Interesse daran, daß der Friede auch so ausfalle, daß die Lebensbedingungen unserer Landwirtschaft nicht unterbunden, ja daß ihre Lebens- und Leistungsfähigkeit noch vermehrt und gestärkt werde. Ein unheilvoller, katastrophaler Ausgang würde den Verlust unseres überseeischen Marktes, den Niederbruch des deutschen Handels und der deutschen Industrie und damit den Ruin unseres bisher landwirtschaftliche Produkte so aufnahmefähigen Innenmarktes bedeuten. Er würde eine Entvölkerung der Großstädte durch Auswanderung, die absolute Unrentabilität einer intensiven Landwirtschaft und die offene Tür für jede fremde Konkurrenz zur Folge haben. Damit wäre auch das Ende der sozialen Versicherungen gekommen, die gerade im Kriege sich so glänzend bewährt haben. Es würden Milliarden von Kriegsschadigung uns auferlegt. Ein verheerender Steuerdruck wäre die Folge der Fremdherrschaft. Deutschlands tüchtigste Söhne würden wieder wie nach dem hundertjährigen Kriege in fremde Länder wandern und in fremden Kriegsdiensten verbluten. Das Geistesleben würde wieder verdorren, die Bevölkerung abnehmen und das Reich politisch ohnmächtig werden. Irland und Indien bilden hier für uns arnende Beispiele. Das sind die Schicksale, die uns drohen, wenn wir den starken Willen verlieren, in diesem Kampfe um Sein oder Nichtsein durchzuhalten bis zum siegreichen Ende. Ein starker Friede nach Ost und West ein fauler Friede nach West, eine Möglichkeit, die leider nicht ganz außer dem Bereich des zu Erwartenden liegt. Würde den Verlust des Weltmarktes die Schwächung des Innenmarktes, die Abnahme der Aufnahmefähigkeit für landwirtschaftliche Erzeugnisse, dazu eine gleichzeitige Konkurrenz

durch Anschluß landwirtschaftlicher Gebiete im Osten mit extensivem, billigem Betrieb und die Unmöglichkeit einer wirtschaftlichen Autarkie bedeuten. Die Lasten der Kriegsfürsorge und die anderen Kriegsschäden würden unter diesen Umständen die Aufrechterhaltung und den Ausbau der sozialen Fürsorgegeetze gefährden und bei der daraus entspringenden inneren Unzufriedenheit den Sieg der radikalen Elemente und damit ständig innere Reibungen zur Folge haben. Die dritte Möglichkeit — ein starker Friede nach West und Ost — wird von allen einsichtigen Vaterlandsfreunden gewünscht. Er allein bildet die Grundlage für den Ausbau, für die Intensivierung und Unabhängigkeit unserer Landwirtschaft, und er würde auch den Anschluß agrarischer Gebiete im Osten unbedenklich erscheinen lassen. Von diesem Standpunkt erscheint unter diesen Verhältnissen England als unser größter Feind.

Wenn England nicht niedrigergerungen wird, dann steht das deutsche Volk vor der Möglichkeit, daß diese Kämpfe angesichts des unendlichen Menschenmaterials Rußlands sich immer wiederholen. England ist die Seele der Einkreisungspolitik, England finanziert mit dem verbündeten amerikanischen Angelsächsentum den Krieg und liefert Kriegsmaterial. Von ihm kommt der Aushungerungsplan, von ihm die Unterbindung alles neutralen Handels mit uns, von ihm die Pariser Wirtschaftskonferenz. England hat die neutrale Presse schon im Frieden gekauft, England hat den Sägenfeldzug gegen uns eingeleitet, in England haben sich Frauen in den Dienst der Kriegsbekämpfung gestellt, ebenso die Kirche und die Religion. Wer Einblick hat in die englische Geschichte, der weiß, daß der englische Wahnsinn Methode hat. Alle Regierungen, die jemals die eiserne Konsequenz dieses methodischen Wahnsinns mit skeptischem Lächeln aufgenommen haben, sind in ihrem Optimismus bitter enttäuscht worden. Es ist ein Fehler unserer Presse, die Absicht unserer Feinde zu unterschätzen. Unsere bäuerliche Bevölkerung fühlt instinktiv die englische Gefahr, der Süddeutsche hat auch hierüber ein besseres Urteil, weil er mit dem Angelsächsentum weder finanziell noch innerlich so verbunden ist wie manche Kreise in Norddeutschland. Ein Beweis dieser Gesinnung ist auch die Aufnahme, die der bekannte Armeebefehl des Kronprinzen Rupprecht gerade bei der süddeutschen bäuerlichen Bevölkerung gefunden hat. In diesem Kampfe müssen wir klar erkennen, daß die Frage auf Sein oder Nichtsein gestellt ist. Diese klare Erkenntnis muß die Führer des deutschen Volkes frei machen von der kränkelnden Blässe entschlußloser Gedanken.

Die Versammlung beschloß dann einstimmig die Absendung folgender Telegramme:

„Seiner Majestät dem Könige: Tausende Münchener Bürger, die auf Einladung von führenden Männern aus allen bürgerlichen Parteien dem Vortrag des Abgeordneten Dr. Schlittenbauer beiwohnten, geloben Eurer Majestät in Treue huldigend weiteres Durchhalten bis zum endgültigen Siege, der nur durch rücksichtslose Anwendung aller Machtmittel gegen unseren gefährlichsten Gegner, die Seele dieses Krieges, England, in nicht zu fernem Zeit ersochten werden kann.“

Ferner an den deutschen Kaiser:

„Eure Kaiserliche Majestät! Tausende Münchener Bürger, zusammengerufen durch führende Männer aus allen bürgerlichen Parteien, bekennen sich nach Anhörung eines Vortrages des Landtagsabgeordneten Dr. Schlittenbauer, des Vertreters von 160.000 bayerischen Bauern, trotz der Opfer an Gut und Blut, zu dem unerschütterlichen Willen zum Durchhalten bis zum endgültigen Siege. Dieser wird ersochten sein, wenn England, die Seele des Widerstandes und Kampfes gegen uns, durch rücksichtslose Anwendung aller uns gegen seine militärische und wirtschaftliche Kraft zu Gebote stehenden Kriegsmittel niedrigerungen ist.“

Daß übrigens auch in Norddeutschland die gleiche Gesinnung überaus stark verbreitet ist, beweist die Haltung der überwiegenden Mehrheit der Presse. Abgesehen von der offiziellen, der Sensations- und der Mosse-Presse vertritt so ziemlich die ganze öffentliche Meinung übereinstimmend die Auffassung der Münchener Versammlung und der letzte offiziöse Appell der national-liberalen „Köln. Ztg.“ findet scharfe Erwiderungen.

### Ein russischer Aufruf an die wolhynischen Flüchtlinge.

(Telegramm unseres Kriegsberichterstatters.)  
(Vom Kriegspressequartier genehmigt.)

Der Gouverneur von Wolhynien richtet unter dem 25. Juni a. St. einen Aufruf an die Flüchtlinge aus den besetzten Gebieten Wolhyniens, der folgendermaßen lautet:

Mit Gottes Hilfe vertreiben unsere siegreichen Armeen aus den wolhynischen Gouvernements den stolzen Feind, der eure Felder und Häuser besetzt hielt. Wir verstehen euer Verlangen, nach Hause zu kommen. Seid klug und habet Vernunft. Der zurückgehende Feind hat eure Felder unbesetzt belassen. Dort, wo ihr euch jetzt befindet, sollt ihr die Felder bestellen helfen. Korn und Futter ist für die Armeen nötig. Deswegen ist es eure Pflicht, alle Kräfte anzustrengen und soviel als möglich zu ernten.

Jede Bewegung in der Steppe unserer Armeen erschwert eine regelmäßige Kommunikation und Zufuhr der Reserven, der Munition und des Proviantes. Bald wird die Zeit kommen, wo die Regierung euch helfen wird, in die Heimat zurückzukehren, eure Häuser wieder aufzubauen und friedliche Arbeit zu beginnen.

## Italien vor neuen Entschlüssen?

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

\* Lugano, 17. Juli.

Sonntag, den 16., hat in Italien eine dreistündige Sitzung des Ministerrats stattgefunden, in der neben minder wichtigen Angelegenheiten verschiedene internationale Fragen behandelt wurden. Boselli und Sonnino teilten mit, daß sie aus London sehr günstige Nachrichten hätten. Es sei ein wichtiges finanzielles Abkommen zwischen England und Italien getroffen worden, ebenso ein Abkommen über die Munitionsfragen. Endlich habe England sich verpflichtet, Italien mit Kohle zu versorgen. Boselli hat daraufhin ein Glückwunschtelegramm an Carcano nach London gerichtet. Da über den Inhalt der finanziellen Abmachungen gar nichts, über die Kohlenversorgung nichts Näheres bekannt ist, so mischen sich in alle zur Schau getragene Befriedigung in den Äußerungen der Presse merkbare Zweifel an den Ergebnissen. Sonnino erstattete sodann ausführlichen Bericht über die deutschen Panzermächte gegen italienische Untertanen. Es soll zunächst beschlossen worden sein, die Pensionen italienischer Arbeiter aus Staatsmitteln weiter zu bezahlen. Ueber die italienischen Gegenmaßnahmen wurde kein Beschluß gefaßt, erstens weil vier Minister, vor allem der Schatzminister Carcano, in der Sitzung fehlten, zweitens weil die Regierung darüber erst mit den verbündeten Regierungen Rat pflegen will. Doch erklärt der stets wohlunterrichtete römische Berichterstatter der „Stampa“, er sei bereits in der Lage, zu versichern, daß sich in den Hauptlinien der italienischen Kriegspolitik nichts ändern werde. Große überraschende Ereignisse würden, soweit es vom Willen des Ministeriums Boselli abhängt, nicht eintreten. Außerdem wurde die strengere Abschließung gewisser Grenzstriche gegen die Schweiz beschlossen, in denen der Grenzverkehr den Anwohnern in letzter Zeit noch ohne Paß gestattet war. Dagegen scheint die Frage der Kündigung des deutsch-italienischen Handelsvertrages, der Ende 1917 abläuft und Ende 1916 gekündigt werden mußte, im Gegensatz zu dem, was die „Idea Nazionale“ und andere Blätter melden, vorläufig nicht in Erwägung gezogen worden zu sein.

Zur Verschärfung der deutsch-italienischen Beziehungen, von der alle italienischen Blätter voll sind, ist zu bemerken: Am 30. April 1916 wurde ein italienisches Dekret erlassen, das am 2. Mai in Rechtskraft erwuchs, und in welchem die Einfuhr von ausländischen Wechseln, Rechnungen, Handelsbriefen jeder Art sowie die von Zinscheinen italienischer Papiere verboten wurde, sobald diese sich im Besitz Angehöriger feindlicher oder mit diesen verbündeter Staaten befänden. Diese Anordnung richtete sich insbesondere insolge der im gleichen Dekret enthaltenen Bestimmung, daß der Schatzminister für beliebige Länder Ausnahmen gestatten konnte, wesentlich gegen deutsche Reichsangehörige, deren Interessen derart geschädigt wurden, daß die deutschen Banken nach längerem Zögern und Beratungen schließlich die bekannten Gegenmaßnahmen trafen. Auffälligerweise wurde jenes Dekret von der italienischen Presse damals mit Stillschweigen übergangen — ob aus Schamgefühl oder schon in der bewußten Absicht deutsche Repressalien, wie es jetzt geschieht, als Angriffshandlung hinstellen zu können, läßt sich nicht sagen. Jedenfalls ist es Lüge, wenn die italienischen Blätter, wie der „Corriere della Sera“ vom 16., behaupten, Italien hätte die mit Deutschland getroffenen Abmachungen bis heute streng beobachtet und die Privatrechte deutscher Untertanen gewahrt; Lüge, wenn sie von deutschen Provokationen sprechen, da es sich nur um Repressalien handelt. Nur der „Secolo“ spricht heute, den 17., mit einer Ehrlichkeit, die vielleicht auf ein Bersehen zurückzuführen ist, selbst von den deutschen Repressalien. Lüge ist es endlich, wenn das „Giornale d'Italia“ und andere Blätter gleich ihm behaupten, die italienische Regierung habe die bestehenden Abmachungen im April gekündigt. Zwischen Verletzung und Kündigung ist ein großer Unterschied. Allerdings hat die italienische Regierung auf deutsche Vorstellungen hin unter Ausflüchten erklärt, sie könne ihre Verpflichtungen nicht mehr erfüllen. Man sieht aus dem ganzen Vorgang wie auch aus den Beschlüssen, die bei der Ministerrats-Sitzung vom 16. gefaßt wurden, wonach Italien sich erst mit seinen Bundesgenossen beraten müsse, daß die italienische Regierung vermutlich ihre Verpflichtungen gerne erfüllt hätte, sie aber auf Befehl ihrer vorgelegten Behörde, der englischen Regierung, brechen mußte und ihr nun, da durch die deutschen Gegenmaßnahmen auch italienische Interessen getroffen werden, den Schaden klagen will. Daß das Kabinett Boselli politisch Folgen, die lediglich zu Italiens eigenem Unheil wären, daraus zu ziehen nicht gewillt ist, scheint bereits festzustehen.

Karl Federn.

\* Lugano, 17. Juli.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Im italienischen Hauptquartier ist mit seinem Privatsekretär Ministerpräsident Bissolati eingetroffen. Bissolati hatte kurz vorher an der Trentino-Front eine Besprechung mit Cadorna. Im Hauptquartier hatte Bissolati eine lange Unterredung mit dem König und später mit General Torro und dem Leiter des Pressebüros.

Bern, 17. Juli.

Zu den deutsch-italienischen Beziehungen schreibt „Messagero“, die italienische Regierung wünsche, daß das Land auch für den Fall einer Kriegserklärung Deutschlands an Italien seinen Gleichmut und sein Vertrauen bewahre. In der Kriegslage würde damit für Italien keine Änderung eintreten, da nunmehr die energischste nationale Verteidigung sowie der wirksamste Schutz der politischen und der Handelsinteressen Italiens dank seiner eigenen Kriegs- und Wirtschaftskraft sicher seien. Außerdem dürfe man die eingehenden Abmachungen nicht vergessen, die die engste Solidarität zwischen Italien und seinen Verbündeten gewährleisten. Zu der Frage, ob eine eigentliche Kriegserklärung erfolgen werde, sagt „Messagero“, viele hielten sie für überflüssig. Durch eine Kriegserklärung könne der tatsächlich bestehende Zustand von Feindseligkeiten zwischen Berlin und Rom nicht verschärft werden.

## Rumäniens Haltung.

Unser L. St.-Mitarbeiter sprach gestern einen rumänischen Staatsmann, der über die gegenwärtigen Vorgänge in Bukarest gut unterrichtet ist. Seine Ausführungen besagten:

Gegenüber den Nachrichten von einem „allerhöchsten“ russischen Druck auf Bratianu und einem englischen Verbot des Verkaufs der neuen Getreideernte an die Centralmächte werden wir gut tun, die politische Lage in Bukarest mit kühler Zurückhaltung zu beobachten. Weder Drohungen von der einen, noch Lockungen von der anderen Seite werden Bratianu von der Linie abdrängen, die er sich nun einmal von Anbeginn des Krieges ab gesetzt hat: lazierend abwarten, bis eine endgültige Entscheidung auf der einen oder auf der anderen Seite gefallen ist.

Im Grunde genommen geht es jetzt in der inneren Politik Rumäniens um einen Zwei-Fronten-Kampf: Die Sozialisten lehnen sich grundsätzlich gegen jede Anteilnahme Rumäniens auf, während die Nationalisten zu einem Einrücken in Siebenbürgen mit dem ganzen Aufgebot ihrer Lungentechnik drängen. Bratianu aber ist sein Leben lang ein Anhänger der mittleren Linie gewesen. Da es ihm schon einmal geglückt ist, ohne Risiko für Rumänien glücklich abzuschneiden, so wird er den Versuch diesesmal nach bewährtem Rezept wiederholen. Daran ändert nichts, daß der Minister Costinescu, der bisher an einer akuten diplomatischen Krankheit litt, plötzlich wieder aus der Versenkung aufgetaucht ist, um das Bindeglied zwischen der Regierung und den Interventionisten abzugeben. Man merkt die Rückkehr Costinescus an neuen schikanösen Verordnungen. Wer keineswegs erleidet unter den Pressionsmitteln Rußlands und Englands der mit unserer Gruppe abgeschlossene Handelsvertrag irgendwelche Verzögerung oder hinausschiebung. Noch in der jüngsten Nummer der amtlichen „Indépendance Roumaine“ wird angekündigt, daß wieder zwei Züge, nämlich Zug 36 und 37 mit erheblichen Warenmengen aus Deutschland in Ploeschtt eingetroffen sind. Welchen Umfang der Im- und Exportverkehr der Zentral-Einkaufsgesellschaft genommen hat, mögen einige Zahlen dartun: Vom September 1915 bis Mitte Juli 1916 sind nicht weniger als 2½ Millionen Tonnen aus Rumänien eingeführt, die sich auf Deutschland und Oesterreich verteilen. Rechnet man auf 10 Tonnen einen Waggon, so sind seit dem neuen Handelsvertrag rund 250 000 Waggons mit Waren aus Rumänien zu uns gekommen und umgekehrt Industrieartikel von uns nach Rumänien gewandert. Nach alledem hat die augenblickliche Lage auf den Handelsverkehr vorerst noch nicht abgefärbt. Es wird vielmehr die Parallelorganisation in Berlin, Wien, Bukarest und Budapest immer methodischer ausgebaut und immer vollkommener durchgeführt. Die wechselseitigen Organisationen arbeiten einander vortrefflich in die Hand.

Was endlich den englischen Versuch betrifft, die gesamte Getreideproduktion Rumäniens aufzukaufen und jede Ausfuhr nach den Centralmächten zu unterbinden, so werden die Engländer damit ebensowenig Glück haben, wie mit den 80 000 Waggons Getreide, die sie bereits aufgekauft hatten. Sie konnten sie kaum zur Hälfte ausführen, weil die Lagerungsverhältnisse in Rumänien selbst und insbesondere die Ausfuhrbedingungen nach England Erschwerungen auferlegen, die gar nicht zu bewältigen sind. Die Transportschwierigkeiten paralyisieren jeden englischen Erpressungsversuch. Wenn der Hauptausschuß der Verpflegung unter Vorsitz des Ackerbauministers Konstantinescu die Ausfuhr von Mais und Hülsenfrüchten verboten hat, so liegt das an der infolge der Hitze entstandenen Fehlernte, wie denn überhaupt die diesjährige Ernte Rumäniens hinter der vorjährigen weit zurückbleiben wird. Konstantinescu steht im Gegensatz zum interventionistischen Costinescu. Am die englischen Zumutungen zurückzuweisen, hat die rumänische Regierung beschlossen, vor Ende August keine Ausfuhr der neuen Ernte zu gestatten. Das richtet sich gegen uns ebenso gut wie gegen die anderen Gruppen. Man sieht darin wieder das Bestreben Bratianus, um aus der augenblicklichen Verlegenheit ohne endgültige Entscheidung herauszukommen. Freilich darf man sich darüber keiner Täuschung hingeben, daß die endgültige Haltung Rumäniens wesentlich und vorzüglich von der Entscheidung der Kämpfe im Osten und Westen abhängen wird.

**Deutschfeindliches aus Holland.**

Man schreibt uns aus Holland:

Man scheint auf hiesiger deutschfeindlicher Seite mit allem erdenklichen Eifer auf verschiedenen Gebieten mobil machen zu wollen. Die Kölnische Zeitung veröffentlichte in Nr. 704 unter dem Titel „Deutsche und holländische Wissenschaft“ die „vertraulichen“ Anfragen verschiedener zum sogenannten Vaterländischen Klub gehöriger, in der vordersten Reihe der Heizer gegen Deutschland stehenden Professoren bei ihren Kollegen über die Verwendung deutscher Hilfsmittel beim holländischen Universitätsunterricht. Schon vor einigen Tagen meldeten die hiesigen Blätter, daß im Haag sich ein Ausschuß für den niederländisch-französischen Handel, die Industrie und den Landbau der beiden Länder gebildet habe, der in „enger gemeinschaftlicher Tätigkeit mit dem »Comité Franco-Néerlandais du Commerce, de l'Industrie et de l'Agriculture«, welches in Paris in Vorbereitung sei, auftreten solle.“ Es heißt zwar in der Ankündigung: „Der Ausschuß wird sich strenge außerhalb jeder politischen Tätigkeit halten und verfolgt durchaus nicht den Zweck, die Niederlande auf wirtschaftlichem Gebiet andern Nationen zu entfremden; sein Zweck ist ausschließlich, die zwar schon lange bestehenden, aber nach dem Urteil des Ausschusses noch einer Verstärkung und Erweiterung fähigen Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und den Niederlanden zu fördern.“ — aber trotz des aus politischem Anstand eingeschalteten beschränkenden Satzes wird niemand über den letzten und wahren Zweck dieses Ausschusses den geringsten Zweifel hegen. Der Vorsitz ist dem früheren Finanzminister Treub übertragen. Ob dieser mit seinen Sympathien auf Seiten der Bierverbandsmächte steht oder nicht, mag dahingestellt bleiben, als Mitglied des Kabinetts Cort van der Linden, das die Beobachtung der strengsten Neutralität gewissenhaft durchgeführt hat, hat er nichts getan, was im Gegensatz dazu stand, wenn auch erzählt wurde, daß er bei der Entscheidung von Fragen, wo es sich um Einfuhr nach Deutschland handelte, letztern gegenüber sich nicht gerade wohlwollend oder entgegenkommend gezeigt habe. Aber im Ausschuß findet man verschiedene Namen, deren Begeisterung für Frankreich, die im vorliegenden Falle mit einem gründlichen Haß gegen Deutschland gleichbedeutend ist, feststeht. Überdies ist der Sekretär zugleich Vorstandsmitglied des für die Sache des Bierverbands äußerst tätigen französischen Propagandaklubs in Haarlem. Wenn die französische Handelskammer in Amsterdam, die früher hauptsächlich aus Haarträulern bestand, jetzt noch am Leben sein sollte, wird sie dem Ausschuß im Haag wohl hervorragende Dienste leisten können. Auch der deutschen Musik hat man den Krieg erklärt. Wie das Vaterland berichtet, ist ein Gesangsverein im Haag, der von wohlhabenden Herren finanziell unterstützt wurde, wegen des für eine öffentliche Aufführung festgesetzten Programms mit einer Anzahl dieser „Stifter“ in scharfen Zwiespalt geraten. Einer dieser Herren teilte dem Vorstand des Vereins mit, er wüßte, daß bei der Aufführung keine deutschen Lieder gesungen werden, worauf ihm geantwortet wurde, daß die nötigen Musikstücke bereits gekauft seien und einstudiert würden, und daß man dem Dirigenten als dem künstlerisch verantwortlichen Leiter volle Freiheit in der Auswahl der vorzutragenden Nummern lassen müsse. Der Stifter machte dann das Anerbieten, dem Verein französische Musik zu liefern; es wurde aber vom Vorstand abgelehnt, da dieser auch auf deutschfreundliche Stifter Rücksicht zu nehmen hatte. Die Folge war, daß etwa 40 Stifter, die keine deutsche Musik hören wollten, ihren Austritt erklärten und ihren Beitrag zurückzogen! — In Amsterdam verbot ein gesinnungstüchtiger Vater dem Klavierlehrer seiner Kinder den Gebrauch deutscher Musikstücke, und als dieser erklärte, daß dann der Unterricht überhaupt unmöglich wäre, mußte der Klavierunterricht vollständig eingestellt werden.

**Zur Deutschenheze an den niederländischen Universitäten.**

Man schreibt uns: In Nr. 704 hat die Kölnische Zeitung darauf aufmerksam gemacht, daß der kürzlich in Holland gegründete vierverbandsfreundliche „Vaterländische Klub“ einen Ausschuß ernannt hat, der die Gefahren untersuchen und bekämpfen soll, die dem Lande von dem Einfluß der deutschen Wissenschaft drohen könnten. Der Vorsitzende dieses Ausschusses, der Sireber J. A. van Hamel, Professor in der juristischen Fakultät der Universität Amsterdam, hat schon öfters während des Krieges heftige, aber unglückliche Versuche gemacht, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Sogar Lügen waren ihm dazu gut genug. So wagte er es, obwohl durch die amtlichen Veröffentlichungen der niederländischen Regierung immer und immer wieder dargetan ist, daß der weitaus größte Teil der in Holland angespülten Minen englischen Ursprungs ist, den Lesern seines Amsterdamschen Wochenblattes in einem Heftartikel wegen der Tubantia vorzureden: „Es gibt unter den Leuten, die mit der Schifffahrt in der Nordsee bekannt sind, nur eine Ansicht: Alle die Minen sind deutsche Minen.“ Der Zweck heiligt die Mittel; was einem Raemaekers mit seinen aufreizenden Zeichnungen gelungen ist, das wird doch auch einem van Hamel auf seine unlautere Weise möglich sein.

Das bereits gemeldete verstoßene Rundschreiben hat inzwischen eine wohlverdiente Abfertigung gefunden. Der Groninger Professor C. A. Berijn Stuart hat in der Nieuwe Courant folgende Berwahrung dagegen eingelegt:

Ich hoffe und vertraue, daß sehr viele mit peinlichem Erstaunen von dem Geist Kenntnis genommen, in dem das Rundschreiben verfaßt ist.

Bei der Wertbestimmung wissenschaftlicher Arbeit galt doch bisher kein anderer Maßstab als ihre Tüchtigkeit. Konnten die Früchte dieser Arbeit die Prüfung der Kritik bestehen, so wurden sie dankbar angenommen; und es kam niemand in den Sinn, auch in Frage zu ziehen, in welchem Lande sie gezüchtet waren. Auf dem Gebiete der Wissenschaft galt die vollkommenste Freiheit des Austauschverkehrs; und die guten Folgen davon sind wahrlich nicht auszubleiben. Besonders in unserm Lande, wo die wissenschaftliche Welt von den Schriften Kenntnis zu nehmen pflegt, die in vier oder fünf Sprachen erscheinen, hat die bis jetzt erreichte Erweiterung des geistigen Horizonts ausgezeichnete Folgen gehabt; gerade wie umgekehrt an den Veröffentlichungen französischen, deutschen und englischen Ursprungs oft störend bemerkbar war, daß ihre Verfasser nur mit der Fachliteratur des eigenen Landes wirklich vertraut waren. Soll dies alles nun anders werden? Soll eine Agitation eingeleitet werden, um bei unserm höhern Unterricht den Einfluß der deutschen Wissenschaft zu erschweren, nur weil sie aus Deutschland kommt, welches Land zufällig nicht das Vorrrecht hat, die Sympathie der Herren vom „Vaterländischen Klub“ zu besitzen?

Als in England 1887 der Brotneid Deutschland gegenüber zu einer Abänderung des Handelsmarkengesetzes geführt hatte, welche bestimmte, daß Waren aus Deutschland die Aufschrift „Made in Germany“ tragen müßten, ergab sich bald, daß dies als Schandmal beabsichtigte Warenzeichen zu einer gewaltigen Reskame für die deutsche Industrie wurde. So wird auch diese von dem „Vaterländischen Klub“ begonnene Aktion wahrscheinlich einen ganz andern als den beabsichtigten Erfolg haben. Wenn in irgendeinem Fach die deutsche Wissenschaft hierzulande einen größeren Einfluß errungen hat, als die französische oder englische, so kann dies schwerlich irgend etwas andern zugeschrieben werden als der höhern Stufe, die die Deutschen erreicht haben. Desjenigen unter uns, die das, was Niederland von Seiten der Entente im letzten Kriege zu ertragen hatte und noch hat, für viel ärger und für unser Ansehen als unabhängiger Staat unvergleichlich viel bedenklicher ansehen, als die Beschwerten, die wir gegen die Mittelmächte erheben können, würden doch wahrhaftig nicht daran denken, sich gegen einen Einfluß der englischen oder französischen Wissenschaft bei unserm höhern Unterricht zu wehren. Gern lassen sie das Autorrecht für diesen Stratismus auf dem Gebiete der Wissenschaft den Fremden der Entente, obgleich sie sich für ihr Land schämen, daß er gerade hier sich äußerte.

WTB Haag, 17. Juli. (Telegr.) Die Ausfuhr von Rinderhörnern und Aprikosenmus ist verboten.

## Von der vlämischen Bewegung.

F. S. Brüssel, 13. Juli. Der vor kurzem gegründete „Vlaamische Landsbond“ hat am Sonntag in Brüssel eine öffentliche Versammlung abgehalten, in welcher das Ziel und die Forderungen des Bundes erörtert wurden. In dieser Vereinigung lebt die „Vlaamische Volkspartij“ wieder auf, welche seit 1892 in den Wahlfeldzügen die alten vlämischen Forderungen vertreten hatte. Die Partei hat sich den veränderten Umständen angepaßt und beginnt nun im ganzen Lande eine rege Werbetätigkeit. Sie glaubt sich um so mehr dazu berechtigt, die Verwaltungstrennung in Belgien anzustreben, als vor kurzem auch Wallonen in Paris vom wallonischen Standpunkte aus den gleichen Ruf erhoben haben. Die Bestrebungen des Landesbundes gehen aus seinen Satzungen hervor:

### I.

Der Vlämische Landesbund stellt sich zum Ziel, das vlämische Volk von der wallonischen Herrschaft durch das Erlangen der Selbstregierung und Selbstverwaltung zu befreien. Flandern und Wallonien sollen einen Staatenbund unter dem Namen: „Vereinigte Staaten von Belgien“ bilden.

Die Verfassung dieses Staatenbundes soll folgende Hauptbestimmungen enthalten:

1. Flandern und Wallonien bilden einen Staatenbund, vereinigt durch enge Bande der Bundesgenossenschaft.

2. Die vlämische Sprache ist die alleinige Amtssprache des vlämischen Staates, nämlich: in Gesetzgebung, Regierung, Rechtswesen, Land- und Seemacht, Reichswacht und Politik; beim höheren, mittleren, niederen und Fachunterricht (offiziell und frei); in Verwaltung (Staats-, Provinzial-, Gemeindeverwaltung und allen anderen öffentlichen Ämtern).

Das Französische bleibt die Landessprache von Wallonien. Das Deutsche soll die alleinige offizielle Sprache der deutschen Gemeinden sein.

3. Jeder Bundesstaat hat seine eigene Regierung, Vertretung und Gesetzgebung.

Der Sitz der gesetzgebenden Kammern und der Regierung von Flandern ist Brüssel.

Der Sitz der gesetzgebenden Kammern und der Regierung von Wallonien ist Lüttich.

4. Beide Staaten haben jedoch folgende gemeinschaftliche Angelegenheiten:

- a) Die auswärtigen Angelegenheiten,
- b) die Einfuhrzölle,
- c) das Währungswesen,
- d) das Eisenbahnwesen,
- e) das Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen,
- f) das Seerwesen,
- g) die Einkünfte und Ausgaben des Staatenbundes.

Die gesetzgebende Macht in Bezug auf die gemeinschaftlichen Interessen des Staatenbundes beruht bei dem Bundesrate, der aus zwei durch die gesetzgebende Macht von Flandern und Wallonien aus ihrer eigenen Mitte zu wählenden Abordnungen von je zehn Mitgliedern besteht.

5. Beide Staaten verpflichten sich zum Unterhalt einer geregelten Heeresmacht.

6. Die Seemacht kommt zu Lasten des Staatenbundes.

7. Da die Beziehungen beider Staaten nach außen ein sind, soll es nur einen Minister für auswärtige Angelegenheiten geben.

8. Das Staatsoberhaupt hat die Obergewalt über die Land- und Seemacht.

### II.

Dieses Ziel sucht der Bund hauptsächlich zu erreichen:

- a. Durch das Abhalten von Volksversammlungen,
- b. durch das Verbreiten von vlämischen und volkstümlichen Schriften und
- c. durch die in der Zeit der Wahlen für die beiden gesetzgebenden Kammern, die Provinz- und Gemeinderäte des vlämischen Landes vorzunehmende Aufstellung von Kandidaten, die das Programm des vlämischen Landesbundes ohne Vorbehalt angenommen haben.

\*

In der Brüsseler Versammlung haben die Redner das Programm erläutert: Wir heben aus der Rede des Vorsitzenden das Folgende hervor: „Wir wollen keine Deutschen werden, aber auch keine Franzosen. Wir fordern ein freies Flandern in einem freien Belgien. Zentralisation ist nur möglich, wenn die Doppelsprachigkeit im ganzen Lande eingeführt ist. Das wollen die Wallonen nicht. „La Wallonie est intangible“ sagen sie. So bleibt nur eine einzige Lösung übrig: Ersetzung des zentralisierten Systems durch einen Bundesstaat nach dem Vorbild der Schweiz oder Oesterreich-Ungarns. Dieses Föderativ-System entspricht unserm Volkscharakter und unserer Geschichte. Belgien soll aus dem Krieg nicht so hervorgehen, wie es war. Darum müssen wir jetzt den Kampf beginnen und führen, bis wir unser Recht erlangt haben.“

## Italiens Wirtschaftskrieg gegen Deutschland.

N. Berlin, 17. Juli. (Priv.-Tel.) Bei dem Ausbruch des Krieges hat die Presse unserer Feinde und haben die von diesen seit langem beherrschten Blätter des neutralen Auslandes planmäßig, raffiniert und erfolgreich Deutschland als den Friedensstörer, als den Angreifer, als den Bergemächtigsten von Verträgen und des internationalen Rechts hingestellt. Man wird an diese erste Zeit des Krieges erinnert, wenn man liest, mit welchem Aufwand heuchlerischer Bereblichkeit italienische Blätter bemüht sind, die Schuld an dem Wirtschaftskriege, der jetzt zwischen Deutschland und Italien ausbricht, Deutschland zuzuschreiben. Im Mai 1915, wenige Tage vor der Kriegserklärung Italiens an Oesterreich, ist zwischen dem italienischen Botschafter in Berlin und dem Staatssekretär v. Jagow ein Vertrag vereinbart worden, der für die Dauer des Krieges gelten sollte und der bestimmt war, die Rechte und das Eigentum der Italiener in Deutschland und der Deutschen in Italien zu schützen, Sequestrationen und Beschlagnahmen zu verhindern, auch für den Fall, daß schließlich zwischen Deutschland und Italien ein Krieg ausbräche. Dieses Abkommen entsprach den beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen und sicher auch politischen Bedenken und letzten anständigen Regungen Salandras und Sonninos, die sich scheuten, das Bündnis ganz zu brechen, dem Italien im Laufe vieler Jahre so mannigfache Vorteile, nicht nur wirtschaftlicher Natur, verdankte. Je mehr nun Italien seit Beginn seines Krieges gegen Oesterreich in die Hände der Entente geraten ist, desto mehr hat es unter dem Druck dieser Bundesgenossen den im Mai 1915 abgeschlossenen wirtschaftlichen Vertrag mit Deutschland verletzt. Seine Banken haben schon seit dem Frühjahr vorigen Jahres Guthaben deutscher Banken nicht ausgezahlt. Es sind auch sonst Zahlungen verweigert worden, die nach dem Vertrag geleistet werden mußten. Das alles ist in Deutschland wenig bekannt geworden, und man hat vor allen Dingen auch nicht gehört, daß energisch dagegen remonstriert worden sei. Erst als im April dieses Jahres Italien ein ausdrückliches Zahlungsverbot erließ, ist man in Berlin energischer geworden, hat Gegenmaßnahmen ergriffen und das natürlich erst recht, als Italien erklärte, daß es sich an das Abkommen vom Mai des vorigen Jahres über die Sicherstellung der Privatrechte als nicht mehr gebunden erachte.

In hiesigen Blättern wird mehrfach bedauert, daß unsere Regierung von der Tatsache, daß Italien das Abkommen vom Mai vorigen Jahres tatsächlich außer Kraft gesetzt hat, der Öffentlichkeit bisher keine Mitteilung gemacht hat. Es wäre nun gewiß besser gewesen, wenn man nicht eine an sich doch gerade nicht erschütternde Nachricht zurückgehalten hätte, denn es würde dann den italienischen Blättern nicht so leicht geworden sein wie jetzt, in hochtrabenden Phrasen von Deutschlands Vertragsbruch und von der Notwendigkeit des vollen Wirtschaftskrieges zu sprechen, hinter dem wohl noch mehr stehen soll. Für Verständige genügt einfach die Frage: Welches Interesse hat Deutschland gehabt, sich mit Italien wirtschaftlich endgültig zu entzweien, und welches Interesse konnte es haben, den bisher von Italien vermiedenen vollständigen Bruch herbeizuführen? Für jeden objektiv Urteilenden liegt ja die Entwicklung, die sich von dem Augenblick an vollzogen hat, wo sich Italien zum Kriege gegen Oesterreich entschlossen hat, klar zu Tage. Es ist immer weiter in die Abhängigkeit von den Ententemächten geraten; es kann die Zustimmung zu den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz nicht verweigern; es hat ein Finanzabkommen mit England schließen müssen, und dazu ist notwendig, daß Deutschland als Bergemächtigter und als vertragsbrüchig erscheine. Wir werden auch das ertragen können. Die Richtung, die im neuen italienischen Kabinett DiSfolati vorherrscht, setzt sich durch, und wenn sich schließlich die Hoffnung der interventionistischen Presse durch eine Kriegserklärung erfüllen sollte, so werden sich auch italienische Feinde finden, die behaupten werden, das sei nötig, um Italiens Freiheit vor Deutschland zu schützen.

Bern, 17. Juli. (W. B.) Dem „Corriere della Sera“ zufolge beriet das neue italienische Kabinett gestern zum ersten Male die im Juni in Paris getroffenen wirtschaftspolitischen Abmachungen. Eine Prüfung sei unerlässlich geworden, sowohl weil man nicht unvorbereitet in die Friedenszeit gelangen dürfe, als weil sich das neue Wirtschaftsprogramm schon in der jetzigen Kriegsbilanz fühlbar machen werde. Trotz der großen Verschwiegenheit der amtlichen Kreise dürfe man annehmen, daß die Minister einstimmig für das Wirtschafts- und Finanzbündnis, das das militärische Bündnis mit der Entente ergänze, eingetreten seien. Dieses Bedürfnis, das, solange man an eine Beendigung des Weltkrieges durch Verhandlungen habe glauben können, zu bezweifeln gewesen sei, sei heute umso deutlicher als Deutschland sein Eroberungs- und Vorherrschaftsprogramm während zweier Kriegsjahre im Grunde habe aufrecht erhalten können und dadurch für den Vierverband die Fortführung des Krieges unumgänglich mache. Damit werde auch ein enger Zusammenschluß in der Wirtschafts- und Finanzfrage für die Alliierten notwendig.

Bern, 17. Juli. (W. B.) Die „Idea Nazionale“ meint, die deutsch-italienischen Beziehungen seien an einem kritischen Abschnitt angelangt, der in mehr als einem Punkte den italienisch-österreichischen Beziehungen während der beiden letzten Monate der italienischen Neutralitätsperiode gleiche.

## Keine Kriegserklärung Italiens an Deutschland.

(Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.)

Rugano, 17. Juli. Der gutunterrichtete römische Mitarbeiter der „Stampa“ in Turin versichert, daß keine aufsehenerregenden Entscheidungen gegenüber Deutschland zu erwarten seien, also keine Kriegserklärung. Auch der „Messaggero“ erwartet eine Kriegserklärung nur von Berlin. Das Kabinett Boselli bereite nur den Schutz Italiens unter jedem Gesichtspunkte vor. Der „Corriere della Sera“ teilt mit, daß ihm die Zensur erst heute die Veröffentlichung gestatte, daß der Abgeordnete Battisti nicht gefallen, sondern gefangen genommen und als Hochverräter in Trient hingerichtet worden sei. Offenbar war der italienischen Regierung die Annahme seines Heldentodes bequemer.

Bern, 17. Juli. Zu den deutsch-italienischen Beziehungen schreibt „Messaggero“, die italienische Regierung wünsche, daß das Land auch für den Fall einer Kriegserklärung Deutschlands an Italien seinen Gleichmut und sein Vertrauen bewahre. In der Kriegslage würde damit für Italien keine Änderung eintreten, da nunmehr die energischste nationale Verteidigung sowie der wirksamste Schutz der politischen und der Handelsinteressen Italiens dank seiner eigenen Kriegs- und Wirtschaftskraft sicher seien. Außerdem dürfe man die eingehenden Abmachungen nicht vergessen, die die engste Solidarität zwischen Italien und seinen Verbündeten gewährleisten. Zu der Frage, ob eine eigentliche Kriegserklärung erfolgen werde, sagt „Messaggero“, viele hielten sie für überflüssig. Durch eine Kriegserklärung könne der tatsächlich bestehende Zustand von Feindseligkeiten zwischen Berlin und Rom nicht verschärft werden.

Bern, 16. Juli. Zur Einstellung der Rentenauszahlung durch Deutschland schreibt „Avanti“:

Wir verhehlen uns nicht die Schwere dieser Nachricht, welche das Vorspiel zu einem neuen und größeren Kriege sein kann. Wir machen heute schon die Parteilichkeit hierauf aufmerksam, nicht weil wir glauben, den verhängnisvollen Lauf der Dinge ändern zu können, sondern um auf das nahende Unglück aufmerksam zu machen und jede Verantwortlichkeit abzulehnen. Wir wissen nicht, ob unsere Regierung Gegenmaßnahmen ergreifen wird, und welche Folgen diese gegenseitigen Herausforderungen haben werden. Jedenfalls halten wir es für nötig, nochmals klipp und klar zu erklären, daß die italienische sozialdemokratische Partei weder dem kleinen, noch jemals dem großen Kriege beistimme oder bestimmen wird.

„Popolo d'Italia“ bringt eine lange Betrachtung über die Einstellung der Rentenauszahlungen und verlangt als Gegenmaßregel die Einziehung aller deutschen Güter in Italien. Da jedoch die Deutschen sich durch juristische Kniffe ihrer Güter entledigt hätten, müsse der ganze deutsche Besitz, wie er bei Anfang des Krieges bestand, beschlagnahmt werden. Auch müsse der Krieg an Deutschland erklärt werden. In einer Korrespondenz aus Rom wird behauptet, daß die deutschen Maßnahmen einer Verletzung des Abkommens vom 21. Mai 1915 gleichkämen. Diese deutschen Maßnahmen seien eine Gegenmaßregel gegenüber der Zustimmung Italiens zu den Blockademahnen gegen Deutschland. Eine weitere Korrespondenz aus Rom deutet an, daß Neuerungen in der auswärtigen Politik Italiens bevorstünden; dies sei die Antwort auf die Glückwunschtelegramme des Kaisers und

der deutschen Regierung gelegentlich der österreichischen Offensive.

### Die Beziehungen zu Deutschland im italienischen Ministerrat.

Bern, 17. Juli. Der italienischen Presse zufolge erörterte der gestrige Ministerrat die Beziehungen Deutschlands zu Italien. Der „Corriere della Sera“ schreibt, Sonnino habe seinen Kollegen eine klare und erschöpfende Darstellung über die jüngsten feindseligen Handlungen der Berliner Regierung gegeben und dabei deutlich gezeigt, daß der Anstoß dazu ausschließlich von Deutschland ausgehe. Boselli habe die Ausführungen Sonninos bestätigt und dem Ministerrat den Vorschlag unterbreitet, die von Deutschland eingestellten fälligen Zahlungen durch eine Maßnahme der italienischen Regierung zu regeln. Orlando und Scialoja sollen die juristische Seite der Frage beleuchtet haben. Ferner soll der Ministerrat die gegenüber Deutschland anzuwendenden Vergeltungsmaßnahmen beraten haben. Der „Corriere della Sera“ erwartet bei diesem Anlaß die ersten amtlichen Mitteilungen über die Absichten der italienischen Regierung.

### Warum sich Italien noch fester bindet.

Bern, 17. Juli. „Idea Nazionale“ meint, die deutsch-italienischen Beziehungen seien an einem kritischen Abschnitt angelangt, der in mehr als einem Punkte den italienisch-österreichischen Beziehungen während der beiden letzten Monate der italienischen Neutralitätsperiode gleiche. „Corriere della Sera“ zufolge hätte das Kabinett gestern zum ersten Male die im Juni in Paris getroffenen wirtschaftspolitischen Abmachungen beraten. Die Prüfung sei unerlässlich geworden, obwohl wohl man nicht unvorbereitet in die Friedenszeit gelangen dürfe, als auch weil das neue Wirtschaftsprogramm sich schon in der jetzigen Kriegsbilanz fühlbar machen werde. Trotz der großen Verschwiegenheit der amtlichen Kreise dürfe man annehmen, daß die Minister einstimmig für ein Wirtschafts- und Finanzbündnis, das das militärische Bündnis mit der Entente ergänzen werde, eingetreten seien. Dieses Bedürfnis, das, solange man an eine Beendigung des Weltkrieges durch Verhandlungen glauben könnte, zu bezweifeln war, sei heute um so deutlicher geworden, da Deutschland sein Eroberungs- und Vorherrschaftsprogramm während zweier Kriegsjahre im Grunde habe aufrechterhalten können und dadurch die Fortführung des Krieges für den Vierverband unumgänglich mache. Damit werde auch ein enger Zusammenschluß in der Wirtschafts- und Finanzfrage für die Verbündeten notwendig.

### Cadorna hat Besuch.

Bern, 17. Juli. Laut Mailänder Blättern ist der Fürst von Monaco im Kriegsgebiet eingetroffen und hat sich mit dem König sofort nach dem Hauptquartier begeben. Gestern besichtigte der Fürst in Begleitung des Königs einen Teil der Front. Auch Bissolati ist eingetroffen, der an der Trentinofront eine Besprechung mit Cadorna hatte. Bissolati hatte eine lange Unterredung mit dem König und hierauf mit Porro und dem Leiter des Pressebüros.

## Ein weltgeschichtlicher Tag am deutschen Nationaldenkmal.

— Von unserem Berichterstatter. —

Rüdesheim, 13. Juli.

Des deutschen Stromes Wogen trugen am Nachmittag des 13. Juli gegen 4 Uhr ein stolzes Schiff von Biebrich bergab. An Bord des Dampfers befanden sich hundert Offiziere der uns verbündeten Armeen, die im „Deutschen Genesungsheim“ in Wiesbaden und Bad Nauheim Aufnahme gefunden, um an den Quellen dieser Kurorte Heilung von ihren Wunden zu suchen. Vorüber ging's an Schierstein, dem Dorfe der vorzüglichen Obstkultur, an Walluf, wo der eigentliche Rheingau beginnt, und dem Städtchen Elfeld, der Hauptstadt des Rheingaus, an Hattenheim, wo der Marco-brunnen wächst, an Oestrich, an Winkel vor dem Johannisberg, der den König der Rheinweine trägt und dem Fürsten Metternich gehört, Weisenheim folgte, weinberühmt, dann Rüdesheim unter Weinbergen, die den feurigen Rüdesheimer zeugen, und Burg Ehrenfels, der schönste Schlüssel zu der sich nun auftuenden romantischen Ritterburgentwelt des Rheins. Im nun engen Tale gleich unterhalb der Binger Krümme legte das Schiff gegen 6 Uhr in dem durch seinen Rotwein berühmten Ahmannshausen an. Die Zahnradbahn brachte die Offiziere nach dem Niederwald. Von da ging es zu Fuß unter Führung des geschäftsführenden Vorsitzenden des „Deutschen Genesungsheimes“ Beigeordneten Bergmann-Wiesbaden nach dem Nationaldenkmal, das in hellem Sonnenglanz strahlte.

Es war ein erhebendes Schauspiel, dort oben auf laub-kränzter Höhe am Fuße des überwältigend wirkenden Kunstwerkes zahlreiche Angehörige unserer verbündeten Armeen aus Oesterreich und Ungarn, aus der Türkei und Bulgarien, Helden, die auf galizischen Feldern, in Serbien, dem Karst, am Sponzo, an der Brenta und Etsch, auf Gallipoli, im Kaukasus und Irak gekämpft und geblutet, sowie Vertreter unseres tapferen deutschen Heeres vereint zu sehen an denkwürdiger geweihter Stätte.

Es war ein historischer Moment. Denn zum ersten Male seitdem die Germania nach Westen schaut, über den Rhein und die Gefilde der fröhlichen Pfalz weit nach Frankreich hinein, hatten sich Vertreter der bewaffneten Macht von fünf Nationen am Denkmal versammelt, die Hand gereicht zum Gelöbniß, die Feinde ringsum aufs Haupt zu schlagen, und zu dauernder Bundestreue. Und auch zum ersten Male erbrauste zum Schlusse einer von glühendem Patriotismus durchdrungenen Rede, die Landrat v. Heimbürg-Wiesbaden hielt, nicht allein ein donnerndes und dreifaches Hurra auf unseren geliebten Kaiser und König, sondern auch auf die Monarchen der uns verbündeten Mächte. Ein nicht endenwollender Jubel folgte, der sich bald in den Klängen der „Wacht am Rhein“ vereinigte, und eine Begeisterung unter den Vertretern des neuen Vierbundes entfachte, wie sie mancher kaum früher empfunden hat... Wirklich eine unergeßliche Stunde! In dieser feierlichen Stunde ging folgendes Telegramm an Se. Majestät den Deutschen Kaiser ab:

„Am deutschen Rhein, am Fuße des Niederwald-Denkmal's huldigen österreichische, ungarische, ottomanische und bulgarische Offiziere, die an den deutschen Heilquellen in deutschen Bädern durch deutsche ärztliche Kunst, dank der getreuen, großzügigen, herzlichen Fürsorge des „Deutschen Genesungsheimes“ Wiesbaden, Genesung suchen und finden, Ew. Majestät ehrfurchtsvollst und unerschütterlich und geloben Deutschland, Deutschlands Heer und seinem geneigten Kaiser und Herrn Herrn im Kampf und friedlichen Frieden.“

v. Csereb, Ahmed Chevket, Dr. Semerdjiew,  
k. u. k. Major. kais. ottoman. Major. kön. bulg. Oberstabsarzt.

Und dann, nachdem man das Denkmal eingehend besichtigt, das Auge über die reizvolle Gegend, den idyllischen Rheingau hatte schweifen lassen und hinabgezielen war nach Rüdesheim, die Heimfahrt auf dem mächtigen Ströme nach Biebrich. In gehobener patriotischer Stimmung, die durch eine Ansprache des preussischen Generalleutnants *Thum* in Wiesbaden noch gesteigert wurde, langte das Schiff gegen zehn Uhr mit den verbündeten Offizieren wieder in Biebrich an.

Ein historischer, unvergeßlicher Tag ging zur Neige. Vom Deutschen Kaiser war indes in Wiesbaden die telegraphische Antwort auf die Begrüßungsdepesche der Offiziere eingetroffen.

Kaiserlich und königlich österreichisch-ungarischer Major v. Csereb  
Wiesbaden.

Großes Hauptquartier, 14. Juli, 9 Uhr 52 Min.

Se. Majestät der Kaiser und König lassen Ihnen, sowie dem kaiserlich ottomanischen Major Ahmed Chevket Bey und dem königlich bulgarischen Oberstabsarzt Semerdjiew für das freundliche Telegramm aus Rüdesheim (Rhein) bestens danken und hoffen, daß die Herzen auch in Zukunft dem Aufenthalt im Deutschen Reich ein freundliches Andenken bewahren werden.

Auf allerhöchsten Befehl:

v. Plessen, Generaladjutant.

Aus der am Denkmal gesprochenen schwungvollen Rede des Landrates v. Heimbürg seien die folgenden Stellen wiedergegeben:

Geschichtlich bedeutsam ist der heutige 13. Juli, an dem zum ersten Male, seit dieses Denkmal steht, in weisevoller Stunde Vertreter von fünf Nationen sich zusammengefunden haben, die alle voll Vaterlandsliebe in gleicher Weise von der Gewißheit erfüllt sind, daß die Feinde ringsum aufs Haupt geschlagen werden, alle dankerfüllten Herzens über das, was erkämpft und errungen ist zu Lande, zu Wasser und in der Luft, und von tiefem ehrenden Dankgefühl befeelt für diejenigen Helden, die für ihr Vaterland haben bluten und sterben müssen.

Wie auf dem Schlachtfelde die verbündeten Nationen sich die Hand gedrückt haben, so reichen wir uns heute hier aufs neue die Hand zum Gelöbniß dauernder Bundestreue weit über den erfochtenen Sieg hinaus zum Segen unserer Völker.

Bei diesem Treuschwur schweifen unsere Blicke auf Deutschlands stolzesten Strom, den sagenumwobenen deutschen Rhein. Dieser deutsche Rhein wird Gemeingut werden aller unserer verbündeten Völker, wenn demnächst die Technik den schiffbaren Rhein mit der schiffbaren Donau verbindet. Es wird dann ein neuer Aralstrom entstehen, der den Ozean mit dem Orient verbindet und auf freier ungestörter Wasserstraße Deutschland, den Donaumächten und den Wächtern der Dardanellen einen wirtschaftlichen Verkehr ermöglicht zum Wohle nicht bloß der jetzt verbündeten Völker, sondern auch aller derer, die gewillt sind, mit uns in friedlichen Wettbewerben zu treten und die erkämpfte Freiheit der verbündeten Heere mitgenießen wollen.

Dann wird der Rhein auch Ihr Rhein, die Donau auch unsere Donau sein und werden auch Sie stets mit uns kämpfen für die Unantastbarkeit des Stromes zu unseren Füßen, der seine Wellen hinabschickt zu der bald von Seeräubern befreiten nordischen See.

Aber auch heute schon sind wir eng verbunden durch gemeinsam geflossenes Blut gegen die gemeinamen Feinde, und wenn Sie gleich mit uns unser hier gewohntes Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ singen, denken Sie dabei mit an Ihr Vaterland, wie wir des Ihrigen dabei gedenken werden.

Und so soll auch das hier bislang einzig übliche Hurra auf den erhabenen Träger deutscher Macht und Größe zum ersten Male ausgedehnt werden auf die Monarchen der uns verbündeten Mächte.

Jubeln Sie mit uns in Versicherung ewiger Bündnistreue unseren Herrschern zu, indem Sie einstimmen in den uns allen so lieb gewordenen Ruf: der Deutsche Kaiser und die mit ihm verbündeten Herrscher, Hurra! Hurra! Hurra!

19. Juli 1916

## Frankfurt, 19. Juli.

Die Haltung Rumäniens im Weltkriege hat in der letzten Zeit wieder in erhöhtem Maße die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Vor allem ist das der Fall in den Ländern der Entente, wo man jetzt einerseits, angeregt durch einige militärische Teilerfolge, eine prahlerische Siegesgewißheit zur Schau trägt, andererseits aber ein heißes Bemühen zeigt, neue Unterstützung zu werben. Das Gegensätzliche, das aus solchem Tun spricht, ist freilich mehr scheinbar als wirklich. Denn einmal sind unsere Feinde gewiß nicht so unfähig zu einer richtigen Einschätzung der Tatsachen, daß ihnen das bescheidene Maß der von ihnen seit dem Beginn der Offensive im Osten und Westen erreichten Ergebnisse im Vergleich mit dem angestrebten Ziel entgehen könnte, sodas die Ausschau nach neuer Waffenhilfe in der Tat nur mit dem Anschein der Zübersichtlichkeit im Widerspruch steht, den man sich vor der europäischen Galerie zu geben sucht, nicht aber mit den wirklichen Gefühlen, die heute in den leitenden Kreisen des Vierverbandes gehegt werden. Diese sind, zweifellos mehr dem bis heute nicht Erreichten zugewandt als den im Zusammenhang des Ganzen unerheblichen Quatratkilometern gewonnener Gebietsstreifen, auf die man vor der Welt den Nachdruck legt. Dann aber ist es offenkundig, daß jener vorweggenommene Siegesjubel ja gerade darauf zugeschnitten erscheint, neue Freunde zu erwerben auf Grund des Erfahrungsfalles, der dem Glücklichen einen zahlreichen Freundeskreis zuspricht. Es ist freilich eine etwas elementare Psychologie, die davon ausgeht, daß die Welt den ruhmredigen Versicherungen der Entente aufs Wort glaube und sich zu einer Partei schlage, deren Glück auf nichts anderem beruht, als daß sie es zu besitzen behauptet. Das aber ist denn doch etwas viel verlangt nach einem zweijährigen Krieg, der die Menschheit in der Beurteilung militärischer Dinge und insbesondere der Reden und Gebärden, von denen sie begleitet sind, doch schon erheblich erzogen und fortgebildet hat. Und in der Tat hat sich in den Kreisen der Neutralen keineswegs die Neigung gezeigt, die kriegerischen Erfolge der Entente zu überschätzen. Das Urteil ist dort im ganzen recht nüchtern geblieben und man ist, abgesehen von den obligaten Aeußerungen unverdrossener Entente-freunde, nirgends der Meinung begegnet, daß einige Teilgewinne auf der einen Seite genügen sollten, einen endgültigen Sieg zu bedeuten, der durch viel größere, nach wie vor in sicherer Hand liegende Gewinne auf der andern noch nicht als erreicht betrachtet wird.

Was für die Neutralen im allgemeinen gilt, das gilt von Rumänien im besonderen. Nur daß für die Einsichtigen in diesem Land noch ein weiteres hinzukommt, um sie vor den Werbungen der Alliierten zu warnen. Denn welchem Rumänen, der nicht etwa an unheilbarer Naivetät leiden würde, sollte es nicht verdächtig scheinen, wenn ihm von der Seite der Entente und ihrer einheimischen Agenten immer wieder zu Gemüte geführt wird, daß man seiner eigentlich für den ja bereits gesicherten Sieg nicht bedürfe, daß man aber aus reiner Liebe zu ihm die Befürchtung hege, er möchte bei der Verteilung der Beute abwesend sein, bei der man seine Gegenwart um keinen Preis missen möchte! Diese plumpe Lockung ist es in der Tat, mit der die Entente heute an das rumänische Volk heranzutreten wagt, von dessen Urteilskraft sie offenbar eine ebenso geringe Meinung hat wie von seinem historischen Gedächtnis, das den Rumänen eine genaue und schmerzliche Vorstellung von der Art des Wohlwollens zu vermitteln vermag, dessen sie sich von demjenigen Ententegegnern zu gewärtigen haben, der für sie vor allem in Betracht kommt. In Rußland selber scheint das Verständnis für das Gewicht, den solche Erwägung im Gemüt des Rumänen haben muß, nicht ganz zu fehlen. Wenigstens fand man noch vor einigen Wochen in der Petersburger „Börsezeitung“ eine angeblich aus dem Mund einer in die rumänischen Verhältnisse besonders eingeweihten Persönlichkeit stammende Rundgebung eines recht beschränkten Vertrauens in das Tun der rumänischen Russenfreunde und Kriegsbeher. Es wurde da zwar die Ueberzeugung ausgesprochen, daß Take Jonesku und Filipescu, falls sie zur Macht gelangen sollten, zwar die Neutralität ihres Landes um einige Grade wohlwollender für die Entente gestalten würden in der Hauptsache aber wurde diesen Herren nachgesagt, daß sie vor allem die Ziele ihrer inneren Politik, das heißt den Sturz des Min-

steriums Bratianu und ihren eigenen Aufstieg zu den Ehren und Vorteilen der Regierungsgewalt im Auge hätten. Von da bis zu der Vermutung, daß, wenn die Haltung der Regierung eine andere wäre, auch diese Herrn etwa das gerade Gegenteil ihres gegenwärtigen Standpunkts einnehmen würden, ist nur ein Schritt, der sich durchaus in der Richtung der Betrachtungen des Gewährsmanns des Petersburger Blattes bewegt, wenn er von ihm auch nicht in aller Form gemacht wurde. Jedenfalls sieht man, daß die Einschätzung, deren sich die Zuverlässigkeit und patriotische Selbstlosigkeit jener Herrn selbst in den Kreisen ihrer Freunde und Auftraggeber erfreut, nicht übertrieben hoch ist.

Ueber die Strömungen, denen die Bemühungen der Entente im rumänischen Volk begegnen, fehlt es an genauer Unterrichtung. Nach tendenziösen Meldungen hätte die Dringlichkeit, mit der die Alliierten allem Anscheine nach in der letzten Zeit in Bukarest aufgetreten sind und die sich, wie bei allen derartigen Unternehmungen der Entente, zwischen goldenen Verheißungen und expresserischen Drohungen bewegt, ihren Eindruck auf die Stimmung des rumänischen Volkes nicht verfehlt. Eine andere Frage, die sich von hier aus nicht ohne weiteres entscheiden läßt, ist die, ob solcher Eindruck nicht, wie man es in Griechenland sah, mehr mit Unwillen als mit Zustimmung verwandt ist. Soviel scheint sicher, daß der englische Versuch der Monopolisierung des rumänischen Getreideüberschusses auf Hindernisse von Seiten der Produzenten gestoßen ist, die der Durchführung des rumänisch-deutschen Handelsabkommens erspart geblieben sind. Auch darf man daran erinnern, daß es gerade ein Jahr her ist, seitdem Herr Take Jonesku und seine Leute das Volk gegen die Regierung aufzuwiegeln und für die Entente — oder, würde der Gewährsmann der „Börsezeitung“ sagen, in erster Linie für sich selber — zu begeistern suchten. Es hat damals genügt, daß die Regierung sich abgeneigt zeigte, die Leitung der Geschäfte auf italienische Art betreiben zu lassen, das heißt, der Herrschaft der Straße zu überantworten. Der Sturm ging vorüber und dank der festen Haltung der Regierung, die dem Lande den inneren Frieden zu erhalten wußte, blieb ihm auch das heute doppelt kostbare Gut des äußeren Friedens gewahrt. Die Dinge auf allen Kriegsschauplätzen haben inzwischen keine solche Veränderung erfahren, daß man von der rumänischen Regierung nicht annehmen könnte, daß sie das Wohl des Landes heute unter den gleichen Gesichtspunkten wie damals zu erwägen gesonnen ist.

### Die „Unabhängigkeit von jedem fremden Einfluß“

In der gegenwärtigen Phase des Krieges nimmt man allseitig, wie zu Beginn in den ersten Kriegsmonaten des Jahres 1914, seine Zuflucht wieder mehr zu Rechtsprinzipien, obgleich die Meinungen über die eigentliche Wirksamkeit der Geltendmachung von verbrieftem Recht gemacht sind. Was die Kriegführenden durch Berufung auf das Völkerrecht sich leisten, das muß auch den Neutralen zugebilligt werden.

Von diesem Standpunkt aus ist es nicht unwichtig, im jetzigen Moment der wirtschaftlichen Unterhandlungen auf den Wortlaut der am 20. März 1815 in Paris unterzeichneten Urkunde hinzuweisen, durch welche die immerwährende Neutralität der Schweiz von den sechs Mächten Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Portugal, Preußen und Rußland gewährleistet wurde. „Die Mächte, welche die (Wiener-) Erklärung unterzeichnet haben — heißt es da — anerkennen durch die gegenwärtige rechtskräftige Urkunde, daß die Neutralität und Unverletzlichkeit der Schweiz, sowie ihre Unabhängigkeit von jedem fremden Einfluß dem wahren Interesse aller europäischen Staaten entspricht.“

Besonders wichtig sind gegenwärtig die Worte, welche die Unabhängigkeit von jedem fremden Einfluß betonen. Diese Worte wurden auch schon am 15. Februar 1848 ganz besonders in der Antwort hervorgehoben, welche die Tagung auf die Beschwerden Oesterreichs, Preußens und Frankreichs wegen der Niederwerfung des Sonderbundes gab, um sich jede unberufene Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes zu verbitten. Sie bilden also für uns eine Waffe.

Mit voller Berechtigung wird man den Mächtegruppen, die unsere wirtschaftliche Selbständigkeit durch ihre Maßnahmen unterbinden wollen, entgegenhalten dürfen, daß eine „Unabhängigkeit von jedem fremden Einfluß“ nur dann möglich ist, wenn unserem kleinen Lande die Fortsetzung seiner Handelsbeziehungen zu allen, vornehmlich allen umliegenden Staaten, die sämtlich die Pariser Urkunde unterzeichnet haben oder ihr ausdrücklich beigetreten sind, nicht verunmöglicht wird. Jede gewaltsame Unterbindung dieser Beziehungen von der einen oder andern Seite stärkt den fremden Einfluß im Lande, statt ihn zu beseitigen, wie die Pariser Vertragsmächte ihn „im wahren Interesse aller europäischen Staaten“ beseitigt wissen wollten.

Die ehrliche Anerkennung und Anwendung der in der Pariser Urkunde niedergelegten Grundsätze zwingt die kriegführenden Mächte beider Lager moralisch, der Schweiz die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu sichern.

### Die Pariser Wirtschaftskonferenz.

Der russische Reichskontrollor gegen eine wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands.

Kopenhagen, 18. Juli.

„Berlingske Tidende“ meldet aus Petersburg: Reichskontrollor Pokrowsky, der von der Pariser Wirtschaftskonferenz nach Petersburg zurückgekehrt ist, erklärte, daß Ziel der Konferenz sei gewesen, Maßnahmen zum Schutze der nationalen Arbeit zu beschließen, nicht, wie behauptet werde, Deutschland wirtschaftlich zu vernichten. Pokrowsky wandte sich weiter nachdrücklich gegen die Behauptung, daß die Konferenz den Zweck gehabt hätte, einen Krieg nach dem Kriege vorzubereiten, und erklärte schließlich, die Wirtschaftsentente sei auf vollkommener wirtschaftlicher Freiheit jedes einzelnen beteiligten Landes gegründet.

## Die Abschaffung der Feiertage für Munitionsindustrie in England.

### Neuerlicher Appell der englischen Regierung an die Munitionsarbeiter.

London, 18. Juli.

Reuter meldet: Der Gewerkschaftskongress, der die Abschaffung der Feiertage bis zum Ende des Krieges beschloß, war von 300 Abgeordneten besucht, die mehr als zwei Millionen Arbeiter vertraten. Die Versammlung war vom Nationalen Ausschuss für Munitions Herstellung veranstaltet. Den Vorsitz führte Arthur Henderson. Unter den Teilnehmern befanden sich der neue Munitionsminister Montagu und der Finanzsekretär der Admiralität Mac Namara mit ihren Abteilungsvorständen.

Die Verhandlungen waren vertraulich. Bekanntgegeben wurde aber, daß Henderson eine Ansprache hielt, worin er die Tatsache hervorhob, daß die jetzt an der Westfront von den Engländern erreichten glänzenden Erfolge im großem Umfang der Ueberlegenheit Englands in bezug auf große Geschosse zu verdanken seien. Die Ueberlegenheit an Leuten und Ausrüstung, führt er aus, sei, obwohl an und für sich nicht zu entbehren, nutzlos, wofür man nicht in bezug auf Hochexplosivmittel den Vorrang hätte. Ein Mangel in der Munitions Herstellung könne den Angriff in irgendeiner Gegend verzögern oder schwächen.

Montagu versicherte der Versammlung, wenn die Arbeiter die Vorschläge der Regierung annähmen, würde die Regierung dafür sorgen, daß die Arbeiter keinen Schaden von den ihnen zugemuteten Opfern hätten.

#### Ein Brief des Generals Haig.

Bevor es zur Entscheidung kam, wurde unter allgemeinem Beifall ein Brief des Generals Haig verlesen, der die allgemeine Kriegslage in großen Zügen darstellte. Im dem Brief heißt es:

Der Druck, den wir jetzt auf den Feind ausüben, darf keinen Augenblick nachlassen. Die Truppen sind dazu gerüstet und brennen darauf, ihn aufrechtzuerhalten. Aber die ununterbrochene Ergänzung der Munition ist dazu unentbehrlich. Die Armee in Frankreich erwartet von den Munitionsarbeitern, daß sie sie in den Stand setzt, ihre Aufgabe zu erfüllen. Ich bin gewiß, daß dieser Appell nicht vergebens sein wird. Die ganze britische Nation sollte auf den Gedanken des allgemeinen Feiertages verzichten, bis unser Ziel eines schnellen und entscheidenden Sieges erreicht ist.

Den Abgeordneten wurde auch die Abschrift eines Aufrufes eines verwundeten Soldaten überreicht. Beigelegt war ein Aufruf des Munitionsministers, in dem gesagt wird:

Die knappen Worte auf diesem Zettel, der von einem vom Schauplatz des großen Kampfes, der jetzt in Frankreich vor sich geht, in England eingetroffenen verwundeten Soldaten stammt, zeigt klarer als ein umfassender Bericht die große Notwendigkeit der Stunde und die ungeheure Pflicht, die auf denen ruht, die ihr in voller Sicherheit in der Heimat nachzukommen haben. Die englischen Munitionsarbeiter nehmen jetzt und im weiteren Verlauf an den Schlachten ebensogut teil, als wenn ihre Werkstätten sich unmittelbar hinter der Feuerlinie befänden und sie persönlich damit befaßt wären, die Geschosse den Leuten zu reichen, die sie verfeuern. Wenn dies einmal begriffen wird, scheint jedes Nachlassen der Anstrengungen in dieser kritischen Stunde unmöglich zu sein.

Es gibt keinen Feiertag für die Soldaten an der Front. Kann es da einen Feiertag für uns geben, deren Pflicht es ist, sie mit Waffen in der kritischen Stunde des großen Kampfes zu versorgen? Die Feiertage, die in England gemacht werden, müssen mit Menschenleben bezahlt werden, die in Frankreich verloren gehen. Hierauf gründet sich die Rechtfertigung für den Aufruf, den der Munitionsminister an die Munitionsarbeiter richtet, um sie zur zeitweiligen Verzichtleistung auf die Ruhezeit zu veranlassen, worauf ihre schwere Arbeit unter anderen Umständen ihnen Anspruch gäbe.

Bei Annahme der Resolution, in der die Zustimmung zur Abschaffung der Feiertage gegeben wird, beschloß die Versammlung, den Wortlaut der Resolution an den General Haig unter Zufügung der Versicherung zu telegraphieren, daß die Versorgung mit Munition nicht nur aufrechterhalten, sondern auch noch vermehrt werden soll.

Die Bergleute waren auf dem Kongress nicht vertreten, sie hielten aber in verschiedenen Kohlen-districten Versammlungen ab und beschloßen in gleicher Weise, die Arbeit an den Feiertagen fortzusetzen.

## Ministerkrisis in Bulgarien?

Von St. Dimitroff, Bern

In den letzten Tagen hat die französische Presse von einer angeblichen Ministerkrisis in Bulgarien berichtet, und daran anknüpfend prophezeit sie den Sturz des Kabinetts Radoslawow, was eine Aenderung der bulgarischen Politik, ihren Umschwung auf die andere Seite und damit das Ende des Weltkrieges zugunsten des Bierverbandes bedeuten sollte.

Der Schreiber ist in der Lage, einige Aufklärung zu geben. Vorgestern hatte er Gelegenheit, mit einem Abgeordneten der bulgarischen Sobranje, Herrn S. Petcoff, eine lange Unterredung zu haben und sich über den Stand der Dinge in Bulgarien genau zu informieren. Herr Petcoff, der sich auf einer Erholungsreise in der Schweiz befindet, bekam gerade vom Kammerpräsidenten Dr. Wat'schew und vom Ministerpräsidenten Dr. Radoslawow telegraphisch die Aufforderung, zu einer wichtigen Sobranje-Sitzung, die nächsten Montag stattfindet, unverzüglich zurückzukehren. Auf die Frage, wie es sich mit der angeblichen Ministerkrisis in Bulgarien verhalte, sagte Herr Petcoff folgendes: „Verfassungsgemäß hat die Regierung vor einigen Tagen die Sobranje zu einer außerordentlichen Session einberufen, um ihr das Budget für die nächsten sechs Monate und die Vorlage für die Militärf Kredite vorzulegen. Gegen die Vorlage stimmte nur die Gruppe der Genadiewisten und einige Abgeordnete der Bauernbündler. Sie wollten, daß über das Budget von nur einem Monat abgestimmt werde, mit dem durchsichtigen Hintergedanken, daß dann das Parlament beständig tage, wodurch den zirka 13 Genadiewisten und 5-6 Bauernbündlern, die in eine schmutzige Affäre verwickelt sind, ihre Immunität gewährleistet wäre und sie der gerichtlichen Verfolgung, welche ihnen am Hals hängt, entgehen könnten.“

Auf die Frage, was für eine Affäre gemeint sei, sagte Herr Petcoff: „Nach dem Sturz des Ministeriums Danew-Geschow kam die liberale Partei ans Ruder, welche aus drei Fraktionen bestand: den Radoslawowisten, Tontschewisten und Stambulowisten resp. Genadiewisten. Alle drei Gruppen, welche proportionell im Ministerium vertreten waren, schlugen eine energische Politik vor, welche auf die vollständige Vereinigung und Unabhängigkeit des bulgarischen Volkes zielte. Von der Genadiewisten-Gruppe war Genadiew als Minister des Aeußeren vertreten.“

Als im Frühling 1914 die Verhandlungen des großen Staatsprozesses, in welchen Genadiew verwickelt war, stattfanden, mußte er den Ministerstuhl mit der Anklagebank vertauschen. Nach der Verfassung konnte Genadiew nicht mehr Minister bleiben, aber immerhin unterstützte er in gewissem Maße die Regierungspolitik. Infolge des europäischen Krieges wurde der Prozeß von der Sobranje sozusagen annulliert, um alle Kräfte, die für das Wohl des Vaterlandes arbeiten könnten, zusammenzufassen. Anfangs des Jahres 1915 geschah dann das Bombenattentat im Kasino zu Sofia. Die gerichtliche Untersuchung hat festgestellt, daß Genadiew einer der intellektuellen Urheber desselben war. In Anbetracht des europäischen Krieges hat es der Ministerpräsident, Dr. Radoslawow, unterlassen, scharfe Maßregeln gegen diesen Mann zu ergreifen, ja während dieser Zeit ungefähr schickte ihn die Regierung sogar nach Rom, um sich in der italienischen Politik zu orientieren. Von Rom kehrte Genadiew zurück als Anhänger des Bierverbandes, und in dieser Richtung hat er weitergearbeitet, um die bulgarische Politik ins Fahrwasser des Bierverbandes zu leiten. Es war kein Zweifel, daß

Genadiew vom Bierverband bestochen worden ist und in der Tat hat sich herausgestellt, daß er fünf Millionen Franken, Torlakoff, einer von den Führern der Bauernbündler, 2 Millionen Franken, 13 Abgeordnete, Anhänger Genadiews, und fünf bis sechs Bauernbündler je einige Millionen oder Hunderttausende von Franken vom Bierverband erhalten hatten. Im ganzen wurden, wie festgestellt ist, zirka vierzig Millionen Franken zur Bestechung der Abgeordneten verausgabt. Dieses Geld wurde von einem Franzosen, angeblich Getreidehändler, namens De Clozère, übermittelt.

Nach der bulgarischen Verfassung ist das Verrat am Vaterlande und wird schwer bestraft. Vor einigen Monaten wurde Genadiew mit einer Anzahl kompromittierter Abgeordneter verhaftet, kurz darauf aber unter Kaution

(Genadiew hat 100,000 Franken hinterlegt) wieder in Freiheit gesetzt. Wenn die Regierung scharf vorgehen wollte, so kämen die Verhafteten um ihren Kopf. In Anbetracht der politischen Lage aber wollte die Regierung diese Angelegenheit nicht der Militärgerichtsbarkeit überweisen, sondern dem Zivilgericht und auch dieses selbst sollte erst nach dem Krieg sprechen. So ließ der Ministerpräsident diese Leute vorläufig in Freiheit, wohl auch in der Annahme, daß nun alle zum Wohle des Vaterlandes arbeiten würden. Bei der Abstimmung der Regierungsvorlage aber machten nun gerade diese alle möglichen Schwierigkeiten, um die Regierung zu stürzen und dies nicht im Interesse des Landes, sondern im eigenen Interesse, um nur ja einer gerichtlichen Beurteilung zu entgehen.

Ich hoffe, schloß Petcoff, daß der Ministerpräsident genug Stimmen erhalten werde, um die Vorlage durchzubringen und die Minister aus der Partei Genadiews zu ersetzen, damit er seine Politik weiter erfolgreich durchführen könne. Falls aber die Regierung fallen sollte, so wird die gegenwärtige Politik trotzdem nicht geändert werden, da jede Aenderung unabsehbar schwere Folgen nach sich ziehen könnte.“

Ueber die Verhältnisse an der Süd- und Nordfront Bulgariens äußerte sich Petcoff wie folgt: „Die Bulgaren,“ sagte er, „beabsichtigen nicht, griechisches Territorium anzutasten. Wir haben in fremdem Lande nichts zu suchen. Ebenso verhält es sich an der Nordfront. Sofern sich die Rumänen ruhig verhalten, wird man nichts gegen sie unternehmen. Sollten sie uns aber angreifen, so werden wir uns zu verteidigen wissen. Auch die Türkei, sagte Petcoff, ist gut gerüstet und steht Bulgarien, Deutschland, Oesterreich-Ungarn fest zur Seite.“

Was das Leben in Bulgarien betrifft, ist es nicht so teuer, wie hier in der Schweiz. Es fehlen freilich einige Kolonialwaren, welche die Bevölkerung indessen vorläufig entbehren kann. Wenn man trotzdem hier und da von einer Teuerung liest, so ist nicht der Mangel an Lebensmitteln schuld daran, sondern gewissenlose Spekulanten, gegen welche die Regierung die schärfsten Maßregeln trifft. Die Frage der weiteren Fürsorge für das Volk wird in dieser Session durch ein Gesetz geregelt.“

## Keine amerikanischen Medizinalartikel für die Centralmächte.

Eine Note Greys an die amerikanische Regierung.

Wien, 19. Juli.

Lord Grey hat einen neuen vollgültigen Beweis erbracht, daß England vor der grausamsten Art der Kriegführung nicht zurückschreckt. Der Stern einer neuen Hoffnung ist an dem englischen Regierungshimmel aufgegangen. Wenn der Staatssekretär daran verzweifeln muß, daß Hungerkrieg gegen Frauen, Greise und Unmündige zu einem siegreichen Ausgang zu führen, wenn ihn gelegentlich die Angst befällt, daß deutscher Erfindergeist die papierene Blockade, welche die Centralmächte von der übrigen Welt absperren soll, in Stücke reißen könnte, damit darf er sich an dem Gedanken erfreuen, daß England den Kranken und den Verwundeten ein ruhmvolles Treffen liefert. Vielleicht erquickt sich die Phantasia dieses Mannes mit der Vorstellung, daß Schwerverletzten, die in ihrem Blute stöhnen, daß Kranken, die sich siebernd auf ihre Schmerzenslager hinlegen, der Weg zu ihrer Wiederherstellung und Genesung abgeschnitten ist, daß diese Unglücklichen von seiner starken Hand rettungslos in den Abgrund des Verderbens gestoßen werden. Carl Grey hat die amerikanische Regierung davon verständigt, daß er die Zustimmung zur Lieferung der Hilfsmittel des amerikanischen Roten Kreuzes und medizinischer Artikel an Deutschland und Oesterreich-Ungarn verweigere. Die feierliche Verwahrung des amerikanischen Roten Kreuzes gegen die englische Blockade ist erfolglos geblieben. Mit Hohnlächeln geht Grey über den Protest amerikanischer Menschenfreunde zur Tagesordnung über, die noch immer nicht an die Verwilderung englischer Kriegs- und Diplomaten sitten glauben, wollten.

Man erinnert sich daran, daß der frühere Präsident Taft, der Vorsitzende des Zentralkomitees des Roten Kreuzes, in einem Schreiben an den Staatssekretär Lansing die Tatsache zur Kenntnis der Welt gebracht hat, daß England es formell abgelehnt habe, die Erlaubnis für die Verschiffung von Hilfsmitteln an die Mittelmächte zu geben. England hat eine einzige Ausnahme gemacht. Es hat nämlich die Verschiffung medizinischer Artikel für den Fall gestatten wollen, daß der Nachweis erbracht würde, diese Artikel seien für amerikanische Hospitäler oder sonstige amerikanische Anstalten bestimmt. Dieses englische Zugeständnis war reiner „cant“. Es war für Grey sicherlich kein Geheimnis, daß infolge des Mangels an Mitteln das amerikanische Rote Kreuz schon seit Oktober 1915 in den kriegführenden Ländern keinerlei Anstalten unterhalte. Taft stellte sich einfach auf den Boden der Genfer Konvention. Diese Vereinbarung, welche die Unterschriften der Vereinigten Staaten und sämtlicher kriegführender Mächte trägt, gibt Amerika ein vertragsmäßiges Recht auf die Verwendung von Roten-Kreuz-Artikeln für die Gesellschaften des Roten Kreuzes der Mittelmächte.

Das am 6. Juli 1906 in Genf abgeschlossene Abkommen „zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken bei den im Felde stehenden Heeren“ gibt im Artikel 11 der anerkannten Gesellschaft eines neutralen Staates das Recht, ihr Personal und ihre Sanitätsformationen bei einer Kriegspartei mit vorgängiger Einwilligung ihrer eigenen Regierung und mit Ermächtigung der Kriegspartei selbst mitwirken zu lassen. Diese Bestimmung gilt sicherlich für den gegenwärtigen Fall. Der Artikel 16 der Genfer Konvention aber bestimmt: „Die Ausrüstung der Hilfsvereine, denen die Vergünstigungen dieses Abkommens gemäß den darin festgesetzten Bestimmungen zukommen, ist als Privateigentum anzusehen und muß als solches jederzeit geachtet werden, unbeschadet des den Kriegsparteien nach den Gesetzen und Gebräuchen des Krieges anerkanntermaßen zustehenden Rechtes der Inanspruchnahme von Leistungen.“ Abgesehen von der im letzten Satze ausgesprochenen Einschränkung werden sonach die zur Ausrüstung der Gesellschaften vom Roten Kreuze gehörenden Gegenstände, sonach alles, was zur Pflege der Kranken und Verwundeten gehört, als Privateigentum dieser Gesellschaften erklärt. Die Bestimmung ist eine allgemeine, sie gilt also nicht bloß für das Material, das die neutralen Roten-Kreuz-Gesellschaften auf dem Kriegsschauplatz verwenden, sondern auch für solche Gegenstände, die diese Gesellschaften ihren Schwestergefell-

schaften in den kriegführenden Ländern zuführen. Das heißt, sie stehen als Privateigentum der neutralen Roten-Kreuz-Gesellschaft unter dem Schutze der Pariser Seerechtsdeklaration, welche die Wegnahme von neutralem Gute, das keine Konterbande ist, verbietet.

Gleichmütig geht Lord Grey in seiner Antwort an die amerikanische Regierung über Menschlichkeit und über übernommene Pflichten hinweg. Er versteigt sich bis zu der kühnen Behauptung, daß England stets die Bestimmungen der Genfer Konvention geachtet habe und ergeht sich in der haltlosen Verdächtigung, daß die Centralmächte ein falsches Spiel treiben, daß sie mit Medizinalartikeln in Fülle und Fülle versorgt seien und sich nur durch Lug und Trug Material für Kriegszwecke verschaffen wollen. Sicherlich, unsere Ärzte und Krankenpfleger verstehen es, sich nach der Decke zu strecken und mit den einmal durch englische Herzensverhärtung und Gewissenlosigkeit gegebenen Verhältnissen zu rechnen. Ebenjowenig wie wir Lord Grey und seinen Regierungskollegen den Gefallen getan haben, zu verhungern, ebenjowenig werden unsere Kranken und Verwundeten hilflos verschmachten, weil England der Genfer Konvention ins Gesicht schlägt, den Einspruch der Vereinigten Staaten mit souveränem Hochmut mißachtet und uns die Einfuhr von Medizinalartikeln sperrt. Deswegen wird freilich die Gefühllosigkeit keine geringere, die sich in der englischen Antwort an die amerikanische Regierung ausdrückt, und die Lächerlichkeit, die in der Behauptung gelegen ist, daß die medizinischen Kleinartikel, die aus

Amerika importiert werden könnten, für den Summibedarf der Monarchie oder des verbündeten Deutschland in Betracht kommen könnten.

## Die Verhinderung der Sendung amerikanischer medizinischer Artikel an die Centralmächte.

Washington, 18. Juli.

Reuter meldet: Staatssekretär Grey hat an die Vereinigten Staaten von Amerika eine Note gerichtet, in der er die Zustimmung zur Lieferung amerikanischer Rote-Kreuz-Artikel und medizinischer Artikel an Deutschland und Oesterreich-Ungarn verweigert.

Grey stellt in Abrede, daß die Blockade der Verbündeten gegen die Genfer Konvention verstoße, an deren Bestimmungen England sich immer genau gehalten habe. Es bestehe kein Grund, anzunehmen, daß in Deutschland und Oesterreich-Ungarn eine Not an Rote-Kreuz-Artikeln herrsche. Man habe eher Ursache zur Annahme, daß das Gegenteil der Fall sei. Wenn doch einiger Mangel an solchen Artikeln herrsche, müsse dies dem Umstände zugeschrieben werden, daß die Mittelmächte das in Frage stehende Material zu anderen Zwecken benötigen und wenn man neue Vorräte an sie gelangen ließe, würde dies nicht den Kranken und Verwundeten zugute kommen, sondern man würde dadurch den Mittelmächten nur Material für Kriegszwecke in die Hände spielen.

Die englische Regierung sei deshalb nicht in der Lage, einen solchen Präzedenzfall zu schaffen, wie ihn die Aufstellung eines Aufsichtskomitees, die das amerikanische Rote Kreuz vorschlug, darstellen würde.

**Der Vertragsbruch Italiens gegenüber Deutschland.**

**Eine amtliche deutsche Darstellung.**

Berlin, 19. Juli.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Ueberschrift „Deutsch-italienische Rechtsbeziehungen“:

In der italienischen Presse wird seit einigen Tagen in durchsichtiger Absicht der Versuch betrieben, die öffentliche Meinung Italiens durch unrichtige oder entstellte Behauptungen über deutsche Maßnahmen auf dem Gebiete des Privatrechtes irrezuführen. Es erscheint angezeigt, diesen Treibereien den einfachen Tatbestand gegenüberzustellen.

Am 21. Mai 1915 wurde zwischen Staatssekretär Sazonow und dem italienischen Botschafter Bollati eine Verständigung wegen Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen und ihres Eigentums für den Fall eines Krieges getroffen. Die Verständigung sicherte den beiderseitigen Staatsangehörigen den Schutz ihrer Person und ihres Eigentums zu, dergestalt, daß alle Maßnahmen, die England, Frankreich und Rußland in völkerrechtswidriger Weise getroffen haben, wie Internierung von Zivilpersonen, Sequestration oder Liquidation des Privateigentums, Beeinträchtigung von Patentrechten sowie Verbot der Erfüllung privatrechtlicher Forderungen zwischen Deutschland und Italien nicht stattfinden sollten. Darüber hinaus wurde jenen Personen, die Unfallversicherungsrenten beziehen, deren Fortbezug gewährleistet. Auf die in den Häfen der beiden Länder liegenden Rauffahrtsschiffe des anderen Teiles sollten die Regeln des sechsten Haager Abkommens über die Behandlung eines feindlichen Rauffahrtsschiffes beim Ausbruch von Feindseligkeiten Anwendung finden.

Da ein Kriegszustand zwischen Deutschland und Italien bisher nicht eingetreten ist, war die Verständigung ihrem Wortlaute nach nicht anzuwenden. Indes konnte nach ihrem Sinn und Zweck kein Zweifel darüber bestehen, daß die beiderseitigen Privatrechte vor Eintritt des Kriegszustandes nicht ungünstiger behandelt werden dürfen als für den Kriegsfall vorgesehen war. Neben der Verständigung waren selbstverständlich, solange der Kriegszustand nicht bestand, auch die Bestimmungen des deutsch-italienischen Handelsvertrages zu beobachten.

Die italienische Regierung entzog sich jedoch sowohl den Verpflichtungen des Handelsvertrages wie denen der Naiverständigung in willkürlicher Weise. Der ersten gröblichen Verletzung des Handelsvertrages machte sich die italienische Regierung unter dem Druck Englands schuldig, als sie am 3. November 1915 die in italienischen Häfen liegenden deutschen Rauffahrtsschiffe requirierte. Den nächsten Schritt bildete die am 10. Februar 1916, dem Tage der Ankunft des französischen Ministerpräsidenten Briand in Rom, veröffentlichte Verordnung vom 4. Februar, wodurch — in offenbarem Widerspruch mit dem Handelsvertrag — jeder mittelbare oder unmittelbare Warenverkehr mit Deutschland bei Strafe der Konfiskation verboten wurde.

Ähnlich wie mit dem Handelsvertrag verfuhr die italienische Regierung mit der vorerwähnten Verständigung. Zunächst gingen die italienischen Behörden planmäßig darauf aus, die Einziehung deutscher Forderungen, namentlich die Abhebung von Bankguthaben, durch Maßnahmen der Postzensur und durch entsprechende Winke an die Großbanken zu verhindern.

Im März 1916 wurde sodann den schweizerischen Banken von ihren italienischen Geschäftsfreunden mitgeteilt, daß zufolge amtlicher Anordnung Zins- und Dividendenscheine nach Italien nicht befördert werden dürfen, wenn sie nicht von einer

eidesstattlichen Versicherung begleitet sind, wonach der Eigentümer weder einem Italien feindlichen Staate noch einem Verbündeten des feindlichen Staates angehöre. Damit war also die Einlösung von Zins- und Dividendenscheinen aus deutschem Besitze förmlich verboten.

Ein weiterer Vorstoß gegen die Verständigung bestand darin, daß die italienische Regierung sich grundsätzlich weigerte, für requiriertes deutsches Eigentum, insbesondere für die requirierten Schiffe und deren Ladungen, während des Krieges Entschädigungen zu zahlen, obwohl sie hiezu nach dem sechsten Haager Abkommen verpflichtet war. Ferner stellte die Generaldirektion der Handelsmarine für die zwangsweise gelöschten deutschen Waren Bestimmungen auf, die den Eigentümern nur die Wahl zwischen Zwangsversteigerung oder Verkauf zu Schleuderpreisen ließen. Bei allen diesen Maßnahmen suchte die italienische Regierung den deutschen Reklamationen gegenüber mit haltlosen Gründen ihren Standpunkt zu vertreten, daß eine Vertragsverletzung nicht vorliege.

Am 30. April 1916 aber — der Besuch des französischen Ministers Clémentel stand vor der Tür — änderte sie diese Haltung. Sie erließ eine Verordnung, welche die Einziehung deutscher Forderungen aus Wechseln und anderen Wertpapieren durch förmliches Verbot der Einfuhr solcher Papiere nach Italien unterband und den Deutschen durch eine Sonderbestimmung über das Verbot des kaufmännischen Briefwechsels überhaupt jede private Wahrung ihrer geschäftlichen Interessen in Italien unmöglich machte.

Die deutsche Regierung erhob gegen diese fortwährenden Vertragsverletzungen nachdrücklich Einspruch. So lange aber noch Aussicht vorhanden schien, die Verständigung aufrechtzuerhalten, sorgte sie in jeder Weise für deren Einhaltung. Insbesondere rief sie den Banken von der Sperrung italienischer Bankguthaben ab und bewog eine Reihe von Berufsgenossenschaften, die angesichts des italienischen Verhaltens die Rentenzahlungen einstellen wollten, zur Weiterzahlung. Darüber hinaus wurden sogar in den in deutsche Zivilverwaltung genommenen feindlichen Gebieten, wo vor dem Kriege zahlreiche Italiener als Arbeiter beschäftigt waren, die Lohnforderungen dieser Leute durch die deutschen Behörden im Verwaltungsweg eingezogen und an die Beteiligten abgeführt.

Trotz dieser loyalen Haltung der deutschen Regierung erklärte die italienische Regierung im Mai 1916, daß sie sich gegenüber der Verständigung die volle Freiheit ihrer Entscheidung vorbehalte. Begründet war die Erklärung mit Beschwerden darüber, daß die deutschen Militärbehörden der Ausreise von Italienern, entgegen der Verständigung, Schwierigkeiten bereitet hätten. Nun sieht zwar die Verständigung vor, daß die beiderseitigen Staatsangehörigen die Erlaubnis erhalten, das Land des anderen Teiles zu verlassen, fügt aber ausdrücklich hinzu, daß die Ausreise innerhalb der Fristen und auf jenen Wegen, die von den zuständigen Behörden nach ihrem Ermessen bestimmt werden, erfolgen solle. Danach war es den deutschen Behörden nicht verwehrt, die Erlaubnis zur Ausreise aus triftigen Gründen zeitweise hintanzuhalten. Uebrigens hat die deutsche Regierung stets dahin gewirkt, daß Verzögerungen, die nicht aus zwingenden Gründen geboten waren, vermieden wurden und veranlaßte noch im Mai 1916 die Oberste Heeresleitung zu einem Eingreifen zwecks schleuniger Erledigung aller schwebenden Ausreisearträge. Sie entzog dadurch den italienischen Beschwerden jeden Boden, erhielt aber die Antwort, daß die italienische Regierung jede weitere Erörterung für überflüssig erachte.

Bei diesem Verhalten der italienischen Regierung konnte die deutsche Regierung den Banken, die seit einem Jahr an der Verfügung über ihr Guthaben in Italien gehindert waren, eine entsprechende Behandlung italienischer Guthaben nicht länger verwehren, ebensowenig daß die in der Verständigung enthaltene besondere Verpflichtung zur Fortzahlung der Versicherungsrenten an die außerhalb Deutschlands lebenden Italiener weggefallen sei. Die Entschließungen, die daraufhin die Banken und die Berufsgenossenschaften faßten, beruhten auf ihrem freien Ermessen. Sie wären unter gleichen Umständen zweifellos jedem Lande gegenüber getroffen worden. Ein Zahlungsverbot, wie es in der italienischen Presse erwähnt wurde, ist hienach nicht erlassen worden.

Zusammenfassend sei festgestellt: Nicht Deutschland, sondern Italien brach den deutsch-italienischen Handelsvertrag und die deutsch-italienische Naiverständigung. Nicht Deutschland, sondern Italien sagte sich von den durch diese Verträge auferlegten völkerrechtlichen Verpflichtungen ausdrücklich los. Wenn die italienische Presse die Sache anders darstellt, so ist dies eine gröbliche, böswillige Irreführung der öffentlichen Meinung Italiens.

### Ein Manifest englischer Freihändler.

Im engen Zusammenhang mit Wirtschaftskrieg und Wirtschaftskonferenz steht ein Manifest der Anhänger des Freihandels, aus dem die Morning Post folgende Leitfäden veröffentlicht: Angesichts der Gefahr, die unserem Freihandelsystem durch den Beitritt der Vertreter unserer Regierung zu den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz droht, möchten wir nachdrücklich unserer Ansicht Ausdruck geben, daß ein Grund zur Aenderung unserer Zollpolitik nicht vorliegt. Wir verwerfen als gänzlich falsch und unaufrichtig die Behauptung, daß die Wirtschaftsgesetze oder die arithmetischen Regeln und der gesunde Menschenverstand durch Umstände irgendwelcher Art eine Aenderung erfahren, daß der Handel nach dem Kriege etwas ganz anderes sein werde als vorher, und daß künftig die Bürokratie und der Beamtenzopf einen guten Ersatz für die industrielle Energie und Geschäftstüchtigkeit bilden werden, durch die unser Reichthum und Handel in der Vergangenheit aufgebaut wurden. Dieser Krieg hat die Stärke des Freihandels und die Schwäche des Schutzollsystems daheim und draußen erwiesen. Nach dem Krieg wird der Freihandel mehr als je für England und das britische Reich notwendig sein, denn nur durch Rückkehr zur billigen Fabrikation und durch freies Verkehren mit allen Nationen werden wir imstande sein, unsere kommerzielle und industrielle Ueberlegenheit wieder aufzunehmen und aus unseren Einkünften die Riesenbeträge zu decken, die nötig sind, um die Pensionen an die Opfer des Krieges sowie die Zinsen einer drückenden Schuldenlast von beispiellosem Umfang zu bezahlen.

Im Economist vom 8. Juli findet sich ein vollständiger Abdruck des, wie die Zeitschrift hervorhebt, von allen Londoner Zeitungen unterdrückten und nur in einigen Provinzialblättern verstümmelt wiedergegebenen Memorandum, das zum Freihandelsmanifest gehört. Es lautet im wesentlichen:

Sechszehn Jahre hindurch wurde vor Ausbruch des Krieges ein ständiger Angriff auf das Freihandelsystem unternommen, das England um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts nach langem Streit und einer sehr unbefriedigenden Erprobung eines mit Vorzugsstellung für die Kolonien verbundenen Schutzollsystems angenommen hat. Dieser Angriff wurde vollkommen abgeschlagen und die Agitation für eine Verbesserung des Zolltarifs war im Abflauen.

Die Vorteile, die für das Freihandelsystem in Anspruch genommen werden, lassen sich in vier Kategorien einteilen.

1. **Rein wirtschaftliche:** Das erzielte materielle Gesamtergebnis ist am größten, wenn man jedermann Handel und Gewerbe so treiben läßt, wie sich ihm entsprechend seinem Geschmac und seinen Fähigkeiten und den natürlichen Bedingungen seines Landes die besten Aussichten auf Erfolg bieten. Deshalb gibt es Arbeitsteilung wie zwischen Einzelpersonen.

Daraus folgt, daß die Lebenshaltung der einzelnen sich möglichst günstig gestaltet, und tatsächlich waren im Vereinigten Königreich die Löhne im Vergleich zu den Unterhaltungskosten höher als irgendwo sonst in Europa. Ebenso ergibt sich, daß das Land so die größte mögliche Bevölkerung erhalten kann, die die Grundlage der Staatskunst bildet.

Es ist ganz sicher, daß die gegenwärtige Bevölkerung des Vereinigten Königreiches durch Nahrungsmittel, die in ihm erzeugt werden, nicht erhalten werden kann. Ihr Dasein ist nur möglich durch Erzeugung anderer Güter und deren Austausch gegen Nahrungsmittel von anderswo. Die Notwendigkeit einer großen Einfuhr von Nahrungsmitteln und industriellen Rohstoffen hat zu der dafür erforderlichen Organisation geführt, das heißt zum Bankwesen, zur Versicherung, zur Handelschiffahrt, also Handelszweigen, in denen unser Land unbestrittenermaßen an hervorragender Stelle steht.

Ferner hat die Tatsache, daß wir gewillt waren, von jedermann, der uns für unser Geld den besten Wert gab, zu kaufen, die ganze Welt bereit gemacht, an uns zu verkaufen; der größte Beschaffungsbereich stand uns zu Diensten, und wir hatten die Organisation, die nötig war, um daraus zu schöpfen.

Die Tatsache, daß unser Weizen unterschiedslos aus so mannigfaltigen Quellen wie Rußland, Indien, Australien, Argentinien und Nordamerika kam, gewährte uns großen Schutz gegen natürliche oder künstlich herbeigeführte Knappheit. Das gleiche gilt in weniger schlaender Weise von anderen Dingen.

Unsere, dem freien Wettbewerb ausgesetzte Industrie mußte leistungsfähig sein, um sich behaupten zu können. Es ließen sich viele Fälle anführen, wo eine durch Wohlstand fett und schläfrig gewordene Industrie Gegenstand fremden Wettbewerbes wurde, der solange Erfolg hatte, bis die heimische Industrie, in Ermangelung einer Hilfe von außen, sich aufraffte und ihr Gedeihen durch die verloren gewesene Leistungsfähigkeit wieder gewann. Der Schuhhandel hat vor einigen Jahren ein Beispiel dafür gegeben.

2. **Staats-einnahmen:** Ein Schutzolltarif — wie jede Verbrauchssteuer — belastet den Steuerzahler nach Maßgabe seines notwendigen Aufwandes statt nach seiner Steuerfähigkeit. Wenn alle Waren, die verbraucht werden, der Steuer unterworfen sind, erhält der Staat alles, was der Verbraucher zahlt. Wird aber nur ein Teil so besteuert, so erhält der Staat nur einen Teil des vom Verbraucher gezahlten, während der Rest in private Taschen fließt, um den Gewinn des Erzeugers zu steigern oder ihn zur Fortführung eines Geschäftes zu veranlassen, für das er nicht so leistungsfähig ist wie jemand im Ausland. Die Folge ist eine Verminderung der Zahlungsfähigkeit des Staates, und zwar genau in dem Verhältnis, in dem der Tarif seinen Schutzwed erfüllt.

3. **Politische Ehrlichkeit:** Die mit einem Zolltarif gegebene Möglichkeit, Einzelpersonen oder Vertriebsstellen einen künstlichen Wohlstand zu gewähren, ist eine klar zutage liegende Quelle politischer Korruption, die in der Praxis eine fast nie fehlende Begleiterscheinung des Schutzollsystems ist. Dies große Uebel wird durch Freihandel beseitigt.

4. **Internationale Harmonie:** Die Bewahrung der Handelsfreiheit an Ausländer beseitigt eine Ursache internationalen Uebelwollens.

Viele sind der Ansicht, daß der aggressive Militarismus Deutschlands gefördert worden ist durch die auf die Spitze getriebene (beinahe bis zur Ausschließung gehende) Schutzollpolitik der französischen Kolonialverwaltung und durch die Gefahr des Verlustes wert-

voller Handelsbeziehungen, die mit den Vorschlägen einer Vorzugsbehandlung der verschiedenen Teile des britischen Reiches untereinander verbunden war. In diesem Zusammenhang muß bemerkt werden, daß die Annahme eines Schutzollsystems durch das Vereinigte Königreich und der Berechtigung berauben würde, von Indien die Verbeibaltung des Freihandels zu verlangen, und daß die Annahme des Schutzollsystems durch Indien und die Kronkolonien der übrigen Welt die Tatsache weniger annehmbar erscheinen lassen würde, daß die englische Herrschaft sich über einen so großen Teil der Welt erstreckt. Ferner würde sie dazu führen, daß die Verteidigung des Reiches nur durch einen sehr vermehrten Aufwand gesichert werden könnte.

Jetzt wird behauptet, daß infolge von Lehren dieses Krieges das Freihandelsystem aufgegeben oder abgeändert werden müßte.

Welcher von den vier Hauptgründen, die für Freihandel sprechen, ist durch unsere Erfahrungen entkräftet?

Nr. 4. **Internationale Harmonie:** Die Schreden dieses Krieges haben sicherlich die Gründe für die Vermeidung einer Politik verstärkt, die in der Zukunft internationales Uebelwollen hervorzurufen könnte. Kein nicht tollhausreifer Mensch kann wünschen, daß Menschenwesen irgendeines ehrenhaften Grundes beraubt werden sollen, Frieden auf Erden zu wünschen. Der Wert freundlicher Gesinnung der Neutralen muß ebenso jedermann einleuchten.

Nr. 3. **Politische Ehrlichkeit:** Nichts, was in dem Kriege geschehen ist, kann irgend jemand weniger besorgt darum machen, Staatsmänner und Gesetzgeber vor solchen Versuchungen zu schützen.

Nr. 2. **Staats-einnahmen:** Das Vereinigte Königreich — der einzige Freihändler — ist das zahlungsfähigste Glied des Verbandes und trägt nun die ganze finanzielle Last des Gebäudes. Eine staunenerregende Höhe der Staatseinnahmen ist mit verhältnismäßig wenig Unzufriedenheit erzielt worden. Andererseits haben die Schutzolländer ihren Schutzoll in erheblichem Maße aufgeben müssen, um dringenden Bedarf zu decken, während Unzufriedenheit, soweit sie im Vereinigten Königreich vorhanden ist, hauptsächlich auf Preiserhöhungen infolge natürlicher Ursachen beruht, die durch einen Schutzolltarif nur weiter hätten gesteigert werden können.

20. VII. 1916

Ein Manifest anlässlich des Jahresendes

ver. 1. Wirtschaftlich. Der Freihandel ist durch den Krieg glänzend gerechtfertigt. Man vergleiche die Lage Frankreichs mit der des Vereinigten Königreiches. Infolge der feindlichen Besetzung der hauptsächlichsten Industriebezirke und der Einziehung der Masse der arbeitenden männlichen Bevölkerung ist Frankreich zu überseeischer Einfuhr auf Kredit gezwungen. Da seine Schutzpolitik die Entwicklung seiner Handelsflotte und seiner Häfen verhindert hatte, wäre diese Einfuhr ohne Hilfe des Vereinigten Königreiches materiell unmöglich gewesen; auch so ist sie schwierig gewesen und hat an die Handelsflotte, die den Schiffsraum der halben Welt ausmacht, große Anforderungen gestellt. Wäre England ein unfreundlicher Neutraler gewesen, so wären Frankreich und Italien aus wirtschaftlichen Gründen zusammengebrochen.

Die Tatsache, daß England durch seine Freihandelspolitik für alle Erzeugnisse der Welt die Tür offen gehalten hat, hat uns instand gesetzt, in der Zeit unserer und unserer Bundesgenossen Not aus allen Hilfsquellen der Welt zu schöpfen. Dem danken wir unsere Widerstandskraft und die Mittel, ein riesenhaftes Heer zu organisieren und auszurüsten.

Welche Gründe sind für das Aufgeben des Freihandels angeführt worden?

Im wesentlichen Haß des Preukentums und der Wunsch, das deutsche Volk zu bestrafen für die Haltung seiner Regierung, die die Feindseligkeiten hervorrief, und für seine Kriegsführungsmethoden. Das sind selbstverständlich natürliche Gefühle, die fast 1900 Jahre Christentum nicht ausgerottet haben, aber wird es uns oder unseren Verbandsgenossen nach dem Krieg irgendeinen wirklichen Vorteil bringen, wenn wir uns ihnen hingeben?

Zunächst wird die Welt und werden besonders die Kriegsführenden viel ärmer sein, und daher wird alles dafür sprechen, daß wir die größtmögliche Produktion aufrechterhalten, wozu Freihandel und freie Einfuhr notwendig sind.

Wenn wir ferner Deutschland auf solche Weise strafen, machen wir es ärmer und daher unfähiger, denen, denen es Unrecht getan hat, Ersatz zu leisten. Und durch Verschließung der Welthandelsstraßen würde Deutschland darauf verwiesen, über sich selbst und seine Leiden zu brüten und seinen Militarismus noch mehr zu organisieren, um auf diese einzige Weise sich aus einer für seine bürgerliche Bevölkerung unerträglichen Lage zu befreien.

Das würde die schwärzeste Zukunft für die ganze Welt bedeuten.

Ferner wird behauptet, daß ein System von Zöllen und Vorzugsbehandlung den Verband enger zusammenschweißen würde. Ist das bei der verwinkelten Natur der in Betracht kommenden Interessen an sich wahrscheinlich? Das stärkste Argument der Freihändler war bisher, daß bei einem kolonialen Vorzugssystem nicht jeder Kolonie annähernd gleiche Vorteile gewährt werden könnten, und daß jedenfalls die Vorteile nur einer bestimmten Produzentklasse zufallen, die Nachteile aber alle Verbraucher und die nicht begünstigten Erzeuger treffen würden.

Werden die Verbandsgenossen mit einbezogen, so wird das Problem noch viel schwieriger. Als Erzeuger von Nahrungsmitteln ist Rußland der größte Nebenbuhler Australiens und Kanadas außer den beiden Neutralen — Argentinien und den Vereinigten Staaten —, deren Freundschaft in diesem Kriege für uns unschätzbar war.

Rußland erklärt außerdem, daß es den deutschen Markt nicht aufgeben kann, außer zu Bedingungen, deren Gewährung durch die Verbandsgenossen es selbst für undenkbar hält. Frankreich wird sich schon klar darüber, daß ein Schutzsystem in England seiner eigenen Ausfuhr von Luxusartikeln verderblich werden muß.

Dann wird uns gesagt, daß Deutschland gewisse unentbehrliche Industriezweige monopolisiert hat; als Beispiele werden gewöhnlich Farbstoffe und Glas angegeben.

Die — in England erfundene — Farbstoffindustrie ging durch Mangel an Energie und, wie behauptet wird, durch Schwierigkeiten verloren, die die Steuerbehörden der Verwendung von Alkohol zu Fabrikationszwecken bereiteten. Beiden Ursachen kann ohne Abänderung des Zollsystems abgeholfen werden. Gewiß hat der in der ganzen Welt außer dem blockierten Deutschland fühlbare Mangel an Farbstoffen gewissen Industriezweigen, für die er ein Gegenstand berechtigter Sorge ist, viel Verdruß und Verlust eingetragen; aber er vermindert nicht erheblich unsere Fähigkeit, den Krieg zu führen, bei dessen Ende Farbstoffe wieder erhältlich sein werden. In optischen Instrumenten herrscht zunächst Knappheit, die aber, wenn auch zweifellos unter Aufwendung sehr erhöhter Preise, überwunden wurde. Indessen besteht kein Grund für die Annahme, daß irgendeines der kriegsführenden Länder dank seinem Schutzsystem weniger für den Bezug bedeutender Mengen von Rohstoffen und Fabrikaten vom Ausland abhängig war als England. Niemand kann unter irgendeinem Zollsystem erwarten, für eine solche Niesenkatastrophe wie diesen Krieg ganz vorbereitet

zu sein. Aber sicherlich hat unser Land den Stoß am besten ausgehalten.

Freihandel ist im Frieden erprobt worden; er war das beste System. Er ist nur im Kriege erprobt worden und hat sich wieder als das Beste erwiesen.

Geben wir ihn nicht auf! Laßt uns nicht, wie der verstorbene Lord Goschen in denkwürdigen Worten sagte, leichtfertig mit der Ernährung des Volkes spielen!

## Das Handels-U-Boot „Deutschland“

### Die Haltung Amerikas.

N. New-York, 19. Juli. (Funkpruch des Vertreters des Wolffschen Bureaus.) Die Associated Press meldet aus Washington: Wenn die

Nachricht über die Abfahrt des Handelskauchbootes „Deutschland“ als wertvolle militärische Nachricht für die Feinde Deutschlands angesehen werden kann, werden die Vereinigten Staaten im Interesse der Neutralität Schritte tun, um zu verhindern, daß eine solche Nachricht sie erreicht. Die Beamten des Staatsdepartements gaben zu verstehen, daß sie die Frage in Erwägung ziehen, wie die Neutralität der Regierung in dieser Angelegenheit zu schützen sei.

Im Leitartikel der „Evening Post“ heißt es: Die Entscheidung der Marinesachverständigen, daß die „Deutschland“ ein Handelsschiff ist und nicht ohne weiteres in ein Kriegsschiff verwandelt werden kann, erledigt die von den Botschaftern der Verbündeten aufgeworfenen Fragen. Daher hat von jetzt an die „Deutschland“ als Blockadebrecher zu gelten, der der Beschlagnahme unterliegt und

auf einen Warnungsschuß Anspruch hat, wenn er durch ein feindliches Fahrzeug eingeholt wird. Mit dieser Entscheidung stimmt die öffentliche Meinung überein. Wir glauben auch, daß die

Einführung eines wöchentlichen Verkehrs durch Unterseeboote im Hinblick auf die Störung des amerikanischen Postverkehrs durch England äußerst willkommen ist. Welches Recht z. B. hat England, zu sagen, daß keine deutschen Zeitungen unser Land erreichen sollen? Welches Recht hat es, alle amerikanischen Zeitungen an der Verbreitung in Deutschland zu hindern? Was hofft die englische Admiralität wirklich zu erreichen, wenn sie die Amerikaner am Lesen deutscher Blätter hindert oder umgekehrt? Jedesmal, wenn sie so töricht handelt, verschärzt sie sich einfach in gleichem Maße die Sympathien der Amerikaner.

### Die Zusammenkunft der Parlamentspräsidenten des Vierbundes.

Wien, 20. Juli.

Der Präsident des deutschen Reichstages Doktor Kaempff hat eine Zusammenkunft der Präsidenten der parlamentarischen Körperschaften des Vierbundes angeregt, die den Zweck hat, eine Aussprache der Repräsentanten der Volksvertretungen von Deutschland, Oesterreich und Ungarn, von Bulgarien und der Türkei herbeizuführen und so die durch das Kriegsbündnis geschaffenen Beziehungen zwischen den verbündeten Reichen im Hinblick auf die zukünftige Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen den Verbündeten zu fördern und zu veredeln. Als Ort für die Zusammenkunft der Parlamentspräsidenten ist Berlin in Aussicht genommen und seitens des reichsdeutschen Präsidenten Dr. Kaempff wurde in Wien, Budapest, Konstantinopel und Sofia angefragt, ob am 11. Juli diese Besprechung in Berlin stattfinden könne. Präsident Dr. Sylvester erklärte, daß er der Einladung Folge leisten würde — bekanntlich hat auch der Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses Paul v. Beöthy zugesagt — doch wurde die Zusammenkunft der Parlamentspräsidenten auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, da zum Termin des 11. Juli der Präsident der bulgarischen Sobranje mit Rücksicht auf die Tagung der bulgarischen Volksvertretung nicht nach Berlin kommen konnte.

Die Zusammenkunft der Parlamentspräsidenten, die von den Mitgliedern der Volksvertretungen der verbündeten Reiche, als im hohen Interesse der gemeinsamen Sache gelegen, auf das freudigste begrüßt wird, wird nunmehr Anfang September stattfinden, und werden sich Präsident Dr. Sylvester und Präsident Paul v. Beöthy sowie die Präsidenten der Sobranje und der türkischen Kammer, der Einladung des Dr. Kaempff Folge leistend, Anfang September nach Berlin begeben.

## Die Londoner Deklaration.

Von Universitätsprofessor Philipp Born.

Mitglied des preussischen Herrenhauses und Kronsjudikus.

Ausbach, 15. Juli.

I.

Im englischen Unterhause hat Lord Robert Cecil die amtliche Erklärung abgegeben, daß England und Frankreich sich dahin geeinigt hätten, die bisherige „teilweise Anerkennung und Ausführung der Londoner Deklaration nicht mehr fortzusetzen“, und daß er hoffe, auch die übrigen Alliierten würden diesem Beschlusse beitreten. Diese Erklärung wird allgemein dahin verstanden, daß der Vierverband die ganze Londoner Deklaration zerreißen und in den Papierkorb werfen wird.

Wir bemerken von vornherein: An der Seekriegsführung, wie sie sich im Laufe des Weltkrieges gestaltet hat, wird durch diesen letzten Schritt der Vierverbandsmächte kaum etwas Erhebliches geändert, denn die wichtigsten Vorschriften der Deklaration waren samt der Grundlage, auf der sie beruhen, der Pariser Seerechtsdeklaration von 1856, bereits seit langer Zeit von England und seinen Vasallen völlig aufgegeben, ja einfach mit Füßen getreten worden. (Die ersten Maßregeln Englands nach dieser Richtung trefflich dargestellt von Pohl: „Die Londoner Deklaration.“ Berlin 1914.) Insofern würde es sich kaum lohnen, auch nur ein Wort zu verlieren über jene Erklärung Lord Robert Cecils; den Kriegführenden gegenüber kann die Brutalität der völkerrechtswidrigen englischen Seezerrerei kaum noch gesteigert werden; es wird sich höchstens fragen, wie weit England den Neutralen gegenüber diese brutale Tyrannei noch steigern kann und will. Das Schicksal Griechenlands hat in den Neutralen zweifellos die starke Empfindung hervorgerufen: Vestigia terrant; der weitere Verlauf der Dinge wird zeigen, wie weit England etwa die griechische Methode auch auf die übrigen europäischen Neutralen auszudehnen sich anmaßen und wie weit diese ein derartiges Vorgehen Englands sich bieten lassen würden. Amerika allein war zweifellos imstande, dieser völkerrechtswidrigen Seezerrerei Englands unbedingt ein Ende zu machen. Die Regierung des Herrn Wilson hat in der denkwürdigen großen Staatschrisse vom 4. November 1915 das gewaltige Schuld- und Sündenregister Englands zum ewigen Gedächtnis der Weltgeschichte aufgemacht; aber es blieb bei großen leeren Worten, denen keine Tat folgte, und die Weltgeschichte wird es einst sehr verewigen müssen: daß die Regierung des Herrn Wilson ihr hohes

Recht und ihre hohe Pflicht, Schützerin und Führerin der Neutralen in Wahrung ihrer völkerrechtlich feststehenden Rechte gegen englische Seezerrerei zu sein, schamlos veräußert hat. Denn etwas Entwürdigenderes kann es für eine Regierung nicht geben, als zuerst in hohen Worten ein Sündenregister aufzustellen und dessen Abstellung mit Schärfe zu fordern, dann aber der Fortsetzung und fortwährenden Steigerung dieser Sünden in tatloser Ohnmacht zuzusehen. Diesem Urteile des Weltgerichtes der Weltgeschichte ist die Regierung des Herrn Wilson heute schon rettungslos verfallen.

Für die Kriegführenden dagegen ist, wie gesagt, die endgültige und vollständige Zertrümmerung der Londoner Deklaration praktisch ziemlich gleichgültig nach der völkerrechtswidrigen Gestaltung, die England dem Seekriege von Anfang an gegeben hatte und die es im Verlaufe des Weltkrieges zu immer steigender Barbarei entwidelt hat. Aber in den Annalen der Geschichte des Völkerrechtes, ja vielmehr der Geschichte der Zivilisation der Menschheit wird das Schicksal der Londoner Deklaration ein düsteres, fast schauriges Blatt sein. Was mag der treffliche französische Völkerrechtswissenschaftler Louis Renault, der seinen hohen juristischen Scharfsinn und seine hohe menschliche Gesinnung ganz in den Dienst dieser Arbeiten zur Förderung des Wohles der Menschheit gestellt und die glänzenden wissenschaftlichen Berichte — ein Denkmal seiner Jurisprudenz und edler Menschenliebe aere perennius — über diese Arbeiten verfaßt hat, in stillen Stunden über das grausame Geschehniß, das England diesen Arbeiten bereitetete, denken?

Im folgenden soll versucht werden, das Blatt aus der Geschichte der Zivilisation der Menschheit, das die Aufschrift: „Londoner Deklaration“ trägt, in Kürze niederzuschreiben und es in die größeren Zusammenhänge, denen es angehört, einzustellen.

In der großen Evolution des Völkerrechtes, die in den beiden Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 ihren Ausdruck gefunden hat, spielte das Seekriegsrecht von Anfang an eine Hauptrolle. Alle Völkerrechtswissenschaftler waren darüber einer Meinung, daß das Seekriegsrecht nicht nur einen der wichtigsten, sondern auch einen der reformbedürftigsten Teile des Völkerrechtes bilde. Was bis Ende des neunzehnten Jahrhunderts erreicht war, um das Seekriegsrecht aus den Fesseln der Barbarei zu lösen und in die Sphäre der Zivilisation zu erheben, war verhältnismäßig gering und bestand im wesentlichen nur aus den kurzen lapidaren Sätzen der Pariser Seerechtsdeklaration von 1856, die zahllosen und schwierigen Streitfragen Raumen ließen. So richteten sich die Hoffnungen jener großen Bewegung von Anfang an mit in erster Linie auf dieses Gebiet. Über jeder Kundige wußte auch, daß die Reformbestrebungen auf diesem Gebiete allezeit bei England, der Beherrscherin der Meere, den schärfsten Widerstand gefunden hatten und daß selbst die Sätze der Pariser Seerechtsdeklaration, obwohl England sie angenommen hatte, der Beachtung durch England keineswegs sicher seien. So wurden aus dem Programm der ersten Friedenskonferenz, zweifellos der Forderung Englands gemäß, die seerechtlichen Fragen völlig ausgeschlossen, ausgenommen nur die Uebertragung der Genfer Konvention auf den Seekrieg; ein Versuch des amerikanischen Vorkämpfers Andrew D. White, die Unverletzlichkeit des Privateigentums im Seekrieg zur Beratung zu bringen, wurde unter dem Vorbehalt der Behandlung auf einer späteren Konferenz beiseite geschoben. Der Beratung der Frage des Schutzes der unterseeischen Kabel, die im Rahmen des Landkriegsrechtes von dänischer Seite angeregt wurde, widersprach der englische Vorkämpfer Pauncefote in ziemlich brüsker Weise, da Seerechtsfragen vom Programm der Konferenz ausgeschlossen seien.

Anders auf der zweiten Friedenskonferenz. Auf ihr Tag von vornherein der Schwerpunkt — neben der Schieds-

gerichtsfrage — in den Dingen des Seekriegsrechtes. Das ganze weite und schwierige Gebiet der Streitfragen des Seekriegsrechtes wurde ausgerollt; von den fünf großen Arbeitsausschüssen waren drei nur dem Seekriegsrecht gewidmet und in der fast fünf Monate angestrengten Arbeit wurden alle Fragen des Seekriegsrechtes aufs eindringendste durchberaten. Deutscherseits hatte man diese Beratungen durch ausgezeichnete, der höchsten Anerkennung werthe Vorarbeiten vorbereitet und legte auf diese Fragen das ausschließliche Gewicht, während man die Wichtigkeit der Schiedsgerichtsfrage leider — ich habe dies bei jedem gegebenen Anlaß immer wieder betont — völlig verkannte und damit einen schweren Fehler beging, der sich bitter gerächt hat. England widersprach jedenfalls der Beratung der Probleme des Seerechtes nicht mehr; welche Gründe innerer oder äußerer Politik für diese völlige Wandlung der Haltung Englands in dieser großen Frage maßgebend waren, muß dahingestellt bleiben; die Tatsache dieser bisherigen schroff ablehnenden Haltung Englands war jedenfalls für den historischen und juristischen Kenner der Entwicklung eine der merkwürdigsten Ueberwachungen. Und heute nach den furchtbaren Erfahrungen des Weltkrieges fragt man sich vergeblich, was jene Wandlung in der Haltung Englands bedeutet habe. War es wirklich ein ernsthaft gemeinter Versuch Englands, in den Fragen des Seekrieges in die Bahnen der Zivilisation einzulenken? Oder war es bewußte leere Spiegelfechtereie, um die Wachsamkeit der Welt gegenüber der englischen Allgewalt zur See einzuschläfern und zu täuschen?

Den Hauptpunkt der Seekriegsfragen auf der zweiten Friedenskonferenz bildete das Problem des internationalen Prisenhofes. Der Gedanke einer internationalen Gerichtsbarkeit zur unparteiischen und gerechten Erledigung aller Streitfachen des Seekrieges, insonderheit der als „Prisen“ weggenommenen privaten Handelsschiffe, hatte die Wissenschaft und die große internationale Vereinigung der Völkerrechtsgelehrten (Institut de droit international) bereits seit langer Zeit beschäftigt; man hatte darüber wissenschaftlich lebhaft verhandelt, und das Institut hatte dieser ganzen Bewegung bei Pohl: „Deutsche Prisengerichtsbarkeit.“ Tübingen, 1911.) Aber vor dem Jahre 1907 glaubte niemand auf der ganzen Welt im Ernste, daß diese Arbeiten und Beschlüsse in absehbarer Zeit irgendwelche praktische Bedeutung gewinnen könnten, denn England werde seine auf rein nationaler Grundlage beruhende Oberherrschaft zur See und die aus ihr folgende nationale Gerichtsbarkeit in Sachen des Seekrieges niemals durch internationale Abmachungen einschränken lassen. So war denn auch nicht gewagt worden, in dem Programm der zweiten Friedenskonferenz, das im übrigen die Fragen des Seekrieges in ausgiebigster Weise als Beratungsgegenstand vorjah, die Frage der Prisengerichtsbarkeit aufzunehmen. Man war offenbar der Meinung, daß dies bei England auf unüberwindlichen Widerstand stoßen werde.

Trotzdem ließ man sich in Deutschland nicht abhalten, einen großen amtlichen Entwurf für Einführung einer festgesetzten, scharf juristisch gefaßten internationalen Gerichtsbarkeit in Sachen des Seekrieges, eines internationalen Prisengerichtshofes als höchster Instanz über aller nationalen Prisengerichtsbarkeit, auszuarbeiten. Der Entwurf wurde vor der Konferenz streng geheim gehalten; ob auf diplomatischem Wege anderen Staaten, insbesondere England, darüber eine Mitteilung gemacht wurde, ist mir nicht bekannt. Der deutsche Entwurf war ein epochemachendes Werk; als ich ihn zum erstenmal durchgesehen hatte, konnte ich nur meiner Bewunderung mit den Worten Ausdruck geben: Das ist der größte Fortschritt des Völkerrechts seit Hugo Grotius; aber die anderen Staaten, insbesondere England, werden nicht darauf eingehen.

Da geschah das Unerwartete, ja für unmöglich Gehaltene. Nachdem in der zweiten Sitzung der zweiten Friedenskonferenz der deutsche Botschafter Freiherr Marschall v. Bieberstein in feierlicher Weise den deutschen Entwurf auf Einrichtung eines internationalen obersten Prisengerichtes angekündigt hatte, erhob sich alsbald der englische Botschafter Sir Edward Grey, um der Versammlung von Vertretern der gesamten zivilisierten Welt die feierliche Mitteilung zu machen, daß auch England einen Entwurf gleicher Gedanken und gleichen Inhalts ausgearbeitet habe und der Konferenz zur Beratung vorlegen werde. Es schien wohl in diesem feierlichen Moment, als sei man in eine neue Ära nicht nur des internationalen Rechtes, sondern des ganzen internationalen Lebens eingetreten; nur die wenigen genauen Kenner des internationalen Rechtes in und außerhalb der Versammlung konnten sich Rechenschaft davon geben, was es heiße, daß England mit jener Erklärung seines Botschafters einen seit Jahrhunderten mit eiserner Kraft und Folgerichtigkeit festgehaltenen Standpunkt aufgegeben und sich bereit erklärt hatte, seine absolute und oft genug gewaltsame und willkürliche Seeherrschaft den Gesetzen nicht nur der Gerechtigkeit, sondern sogar des strengen formellen Rechtes internationaler Staats- und Völkergemeinschaft zu unterwerfen. Das konnte, schon dem äußeren Umfang der Arbeit nach, insbesondere aber wegen der ungeheuren, geradezu weltgeschichtlichen Bedeutung des Entschlusses, keine Entscheidung einer augenblicklichen Stimmung oder vorübergehenden Wallung sein, sondern mußte vorher scharf und genau überlegt sein; welche Beweggründe England zu diesem Entschlusse geführt und welche Vorarbeiten hierfür gemacht worden waren, ist das Geheimnis der englischen Archive und wird wohl, soweit heute Menschengedanken reichen, Geheimnis bleiben.

Es würde zu weit führen und hätte für diese Darlegung auch keinen Zweck, in die Einzelheiten der beiden Entwürfe näher einzutreten. Es genügt, folgendes festzustellen: Durch eine Kommission, bestehend aus dem englischen Botschafter Sir Edward Grey, dem deutschen Delegierten Kriege — dem geistigen Urheber des deutschen Entwurfes — und dem großen französischen Völkerrechtsjuristen Louis Renault, wurden zunächst die beiden Entwürfe auf eine einheitliche Grundlage gebracht; in einem besonderen Ausschuss der Konferenz fand sodann die eingehende Beratung und Feststellung des Entwurfes statt; als englisch-deutsch-französisch-amerikanischer Antrag ging der Entwurf an die Vollversammlung der Konferenz; die Konferenz nahm auf Grund eines von Renault erstatteten ausgezeichneten Berichtes den Antrag fast einstimmig — nur Brasilien stimmte dagegen, zahlreiche andere Staaten machten allerdings Vorbehalte, besonders zur Befezung des Prisengerichtshofes — an.

Das große Werk, an dessen Gelingen auch die hoffnungsfreudigsten Arbeiter auf dem Gebiete des Völkerrechtes zu glauben bisher nicht den Mut gehabt hatten, und das die früher vom Institut gemachten Vorschläge weit überbot, schien vollendet. Jedenfalls war, mochte die weitere Entwicklung sein, welche sie wollte, eine ungeheure Arbeit geleistet. Und schon aus dieser Arbeit geht hervor, welche ungeheuerliche und geradezu unbegreifliche Unwahrheit es ist, was d'Estournelles vor einiger Zeit in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (Jahrgang 1916, Nummer vom 7. Mai) auszusprechen sich nicht scheute: daß er, mit eigenen Augen gesehen habe, wie die Vertreter der deutschen Regierung alle ihre Anstrengungen darauf richteten, die erste Konferenz wie die nachfolgende zum Scheitern zu bringen“.

Die vollständig fertiggestellte Prisenhofskonvention wurde von England nicht ratifiziert; selbstverständlich konnte sie unter diesen Umständen auch von keinem andern Staate ratifiziert werden. Das an geistig-juristischer Arbeit wie an weltgeschichtlicher Bedeutung seines Grundgedankens

außerordentlich große Werk ist somit ein leeres Stück Papier geblieben. Ob ein klarblickender, historisch geschulter staatsmännischer Kopf dies sich hätte von vornherein sagen können, mag dahingestellt bleiben. Wir sind jedenfalls verpflichtet, anzunehmen, daß man die große Arbeit ehelich meinte. Daß diese große Arbeit vergeblich blieb, ja heute geradezu zur lächerlichen Hölle geworden ist, war aber nicht die Schuld von Deutschland, sondern einzig und allein von England: Spätere Geschlechter werden sich zweifellos in der ganzen Welt mit dieser merkwürdigen Geschichte der Prisenhofskonvention noch eingehend beschäftigen, und wenn wieder Ehelichkeit und Gerechtigkeit in der Welt zu ihrem Rechte kommen werden, feststellen, wer die Schuld daran trägt, daß ein großer Gedanke internationaler Völkergemeinschaft und internationalen Rechtsbewußtseins zur traurigen weltgeschichtlichen Komödie erniedrigt wurde.

Auf diesem ersten Akte der Prisenhofskonvention beruht der zweite Akt der Londoner Deklaration, der für den über internationale Dinge nachdenkenden Menschen geradezu schauderhaft ist.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

### Die Kriegsziele.

Im „Tag“ wendet sich der bekannte Zentrumspolitiker Dr. Hul. Baume gegen die Forderung, daß die Regierung die Kriegsziele konkreter als bisher formuliere, und er sagt:

Zunächst gilt es, mit Vertrauen, Mut und Hingabe ohne Grenzen an der Front und hinter der Front dem großen, allgemeinen Kriegsziel zuzustreben, wie ja namentlich unser unergleichliches Volk in Waffen Tag für Tag es tut. Alles Weitere wird sich finden, wenn die endgültige Entscheidung auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen gefallen sein wird. Gerade der gegenwärtige Augenblick, wo die blutigsten Kämpfe im Westen, Osten und Süden sich abspielen, scheint am wenigsten geeignet zu sein zu Erörterungen, welche den Keim unheilvollen Zwistes in sich tragen. Ist die endgültige Entscheidung auf den Kriegsschauplätzen gefallen, dann werden die entsprechenden Kriegsziele sich von selbst ergeben. Ein Reichskanzler, der sich dann nicht auf der Höhe seiner Aufgabe zeigte, würde von einem Sturm der öffentlichen Meinung hinweggefegt werden. Aber haben wir denn einen solchen Reichskanzler? Wo hat er sich denn als der jaghafte, schwächliche, von allerhand unberechtigten Rücksichten beengte Staatsmann gezeigt, als welchen einzelne Kreise ihn gerne hinstellen möchten.

Am allerwenigsten hat m. E. die Zentrumspartei Veranlassung, in den jetzt wieder laut geworden Ruf nach Verlautbarung konkreter Kriegsziele einzustimmen. In ihrem Namen, oder vielmehr im Namen der „sämtlichen Mitglieder und Vereinigungen dieses hohen Hauses, außer den Herren Interpellanten“ (der sozialdemokratischen Fraktion) hat der Abgeordnete Dr. Spahn in der Reichstags Sitzung vom 9. Dezember 1915 die Erklärung abgegeben: „Wir warten in voller Einigkeit, mit ruhiger Entschlossenheit, und lassen Sie mich hinzufügen: mit Gottvertrauen, die Stunde ab, welche Friedensverhandlungen ermöglicht, bei denen für die Dauer die militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Interessen Deutschlands im ganzen Umfange und mit allen Mitteln einschließlich der dazu erforderlichen Gebietsvererbungen gewahrt werden müssen.“ Auf diesem Boden steht die Gesamtpartei. Wenn einzelne Stimmen auch im Zentrumslager in das Verlangen nach konkreteren amtlichen Auslassungen über die Kriegsziele einstimmen, so tun sie das auf eigene Rechnung und Gefahr; die Partei haben sie nicht hinter sich.

**Der Verräter Battisti.**

**Vigano**, 21. Juli. (Privattelegramm.) „Corriere della Sera“ meldet aus **Rom**: Gestern um 5 Uhr nachmittags wurde von den verschiedenen interventionistischen Parteien zu Ehren Battistis eine Feier veranstaltet. Ein großer Zug mit Fahnen begab sich zum Kapitol. Unterwegs riß die Menschenmenge eine Fahne von dem Redaktionsgebäude der deutschfreundlichen Zeitung „La Concordia“ herunter. Von den Fenstern flogen Ansichtskarten mit dem Bildnis des jüngsten italienischen Märtyrers. Das Volk schrie: „Viva Battisti!“ „Viva Italia!“ „Viva la guerra“ und „Abasso Austria e Germania!“ Am Kapitol hielt Bürgermeister Fürst **Colonna** eine Rede, in welcher er sagte, die Märtyrerschaft der Erlösung und Befreiung Italiens verzeichne nun ein neues glorreiches Opfer in Cesare Battisti. Er erinnerte daran, was Battisti für Italien getan und geleistet habe. Vom Kapitol erhebe sich ein feierlicher Gruß des Vaterlandes

zum Gedächtnis des Märtyrers, und durch ganz Italien klinge die mächtige Stimme des Volkes wie eine Lorienhymne.“

Dann sprach Professor **Campi**, welcher das Volk mit aller Energie zur Rache an Oesterreich aufforderte. Auch **Domenico Di Liba** sprach in diesem Sinne. Zum Schluß beantragte der Advokat **Pagliari** eine Tagesordnung, in welcher es unter anderm heißt: „Während die Söhne Italiens zu Land und zu Wasser heldenhaft gegen Oesterreich kämpfen, beleidigt der größere Feind und Bundesgenosse Oesterreichs die Würde und das Recht Italiens. Deshalb werde verlangt, daß auf die deutsche Provokation mit der Kriegserklärung geantwortet werde. Das Volk fordert ferner, daß alle Feinde interniert und ihre Vermögen sequestriert werden. Gleichzeitig bekräftigt das Volk den unerschütterlichen Willen, den Krieg bis zum Siege fortzusetzen.“

22. / III. 1916

## Der Nationalitätenkongress in Lausanne.

Lausanne ist bekannterweise die Sammelstelle der Stimmungsmacher der Entente in der Schweiz. Die französische Schweiz steht mit Frankreich durch die Gemeinsamkeit der Sprache an und für sich in regem geistigem Verkehr, und die französische Presse beeinflusst die öffentliche Meinung in Folge ihrer starken Verbreitung im französischen Sprachgebiet der Schweiz mit unmittelbarer Einwirkung. Dieser Umstand läßt es als erklärlich erscheinen, daß die Ententestaaten ihre Agenten zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung in der Schweiz mit Vorliebe nach Lausanne dirigieren. Dort erfreuen sie sich der Freiheit, welche die Schweizer Verfassung auch Gästen mit bedenklichem politischem Gepäd nicht versagt. Die Verfechter der irredentistischen Strömungen entwickeln hier ihre destruktiven Auffassungen und beschimpfen ihr zur zwölften Stunde verlassenes Vaterland unter dem Schutze der Schweizer Freiheit, und so lange sie sich innerhalb gewisser Anstandsgrenzen verhalten, dürfen sie ihre Propaganda ungestört fortführen. Aus der Reihe dieser Helden der „Freiheit“ wählen sich die Ententestaaten ihre „Stimmungsdetektive“ aus, die aus Paris, London, Petersburg oder Rom fixen Gehalt beziehen. Die Arbeit, welche sie als Gegenwert liefern müssen, entspricht ihren Neigungen im übrigen vollständig: jeder muß nur weiter gegen Oesterreich und Ungarn oder gegen Deutschland Stimmung machen und die Feinde seines Vaterlandes verherrlichen. Die Gilde stirbt nie aus, es gibt ja immer Leute, die aus Wehrpflichtgründen oder sonstigen Ursachen ihrem Vaterlande „großen“. Damit natürlich nicht gesagt sein soll, daß es nicht auch fanatische Männer der Ueberzeugung gibt, die unter dem Einfluß ihrer Umgebung sich der einen oder andern Richtung anschließen, ohne Gelegenheit zu haben, die Rehrseite der Münze kennen zu lernen.

Das sichtbare Haupt der Gilde ist der durch seine gegen die österreichisch-ungarische und die deutsche Armee gerichteten Verleumdungen, Flugschriften und Bücher zu einem „Fachmann erster Güte“ gestempelte Professor Reiz, der einst in Lemberg einen Katheder innehatte, es dann aber vorzog, das Ausland aufzusuchen, und seitdem der Hauptregisseur der durch die Geheimagenten der Entente im neutralen Ausland gegen die Mittelmächte in Szene gesetzten Demonstrationen und Verleumdungskampagnen ist.

Als es im vorigen Monat bekannt wurde, daß die Anhänger der Ententestaaten in Lausanne einen Nationalitätenkongress veranstalten, waren alle Kenner der Verhältnisse — wie man aus Lausanne aus eingeweihter und verlässlicher Quelle mitteilt — darüber im reinen, daß die „Freiheitshelden“ von der Sorte des Professors Reiz die Firma eines Nationalitätenkongresses zu einer gegen die Mittelmächte gerichteten Hebe mißbrauchen wollen. Die Veranstalter des Kongresses mußten — um den äußeren Schein einer internationalen Zusammenkunft zu wahren — das Geheimnis, daß sie in Lausanne einen Nationalitätenkongress abhalten werden, wohl oder übel der Öffentlichkeit preisgeben, und da fängt eben ihr Malheur an. Es meldeten sich nämlich zur Teilnahme auch eine Reihe wirklicher Freiheitshelden, die für die Befreiung ihrer Brüder mit flammender Begeisterung und Ueberzeugung kämpfen und sich von keiner Regierung bezüglich der Richtung ihrer Begeisterung und ihres Hasses eine gebundene Marschrouten und Reisegeld geben lassen. Als daher der Kongress unter dem Vorsitz eines als Gelehrter geltenden Belgiers eröffnet wurde, sahen sich die Veranstalter — die unter französischem Einfluß stehende Vereinigung Union des Nationalités — der Ueberraschung gegenüber, daß ihre Zusammenkunft tatsächlich ein Kongress der Nationalitäten wurde. Es kamen Leute aus verschiedenen Ländern und ergriffen das Wort, ohne sich um die den Arrangements des Kongresses aus den Ententehauptstädten erteilten Weisungen zu kümmern. Sie sprachen, wie es ihr Herz diktierte, und da stellte es sich wieder heraus, daß jeder Redner, der nachweisbar den Standpunkt der „kleinen, unterdrückten Völker“ vertrat, sich mit unerbittlichem Haß gegen Rußland und England wendete, während Oesterreich-Ungarn und Deutschland durch einige notorische Fahnenflüchtige und sonstige Vaterlandsverräter oder internationale Geheimagenten der Entente beschimpft wurden.

Ueber die Einzelheiten geht uns folgender Bericht eines Teilnehmers des Kongresses zu: Polen, Ukrainer, Finnländer, Litauer, Georgier, Tataren, Kirgisen und andre Volksstämme Rußlands brachten gegen Rußland und die Aegypter gegen England heftige Anklagen vor.

Die in der Schweiz lebenden Polen konnten sich nicht entschließen, den Kongress zu beschicken, da sie sich mit den Wünschen vieler anderer unter russischer Herrschaft lebenden Volksstämme mit Rücksicht auf die Eigenart

22. VII. 1916

Der Nationalitätenkongress in  
Lausanne.

der Lage der Polen und ihrer Wünsche nicht solidarisch erklären wollten. Die Polen in der Schweiz einigten sich in einer Erklärung, in welcher sie ihren Standpunkt fixieren. Am Kongress nahmen aber auch Delegierte der Polen aus Warschau teil, und der eine Delegierte, Lempicki, verglich in einer mit großem Beifall aufgenommenen Rede Rußland mit dem Höllentor Dantes, dem nun Polen dennoch entronnen ist und wohin es nicht mehr zurückkehren wird.

Die Tschechen waren auf dem Kongress nicht vertreten, aber ein Herr v. Meuron, der einer der bekannteren Agitatoren der Entente in der Westschweiz ist, wünschte die Befreiung der Tschechen vom österreichischen „Joch“. Auch die im Auslande lebenden südslawischen Agitatoren zogen es vor, am Kongress — nachdem es vorauszusehen war, daß die Stimmung sich gegen Rußland und England wenden wird — nicht teilzunehmen. Sie gaben nur im Namen der jugoslawischen Delegation eine Erklärung ab, nach welcher sie in Anbetracht des offensichtlich entente-feindlichen Charakters des Kongresses von einer Beteiligung an der Diskussion absehen und erklären, daß sie die Verwirklichung ihrer Aspirationen von der Entente erwarten.

Ueber die Aspirationen des ukrainischen Volkes sprach auf dem Kongress Stepankowskii, der Herausgeber einer ukrainischen Zeitschrift. Er erklärte, daß es den 5,000,000 Ukrainern in Oesterreich gut gehe, den 30,000,000 aber in Rußland schlecht. Er drückte die Hoffnung aus, der Krieg werde die Ukrainer von der russischen Herrschaft befreien. Seine Rede machte tiefen Eindruck.

Im Namen einer albanischen Delegation verteidigte der frühere Minister Turtulis die Rechte des albanischen Volkes.

Dann sprachen die Vertreter der von Russen unterdrückten, vorher erwähnten Völker. Einer dieser Vertreter sprach über eine Stunde in seiner Muttersprache und erklärte unter großem Beifall der russenfeindlichen Teilnehmer, sein Volk habe 120 Jahre schweigen müssen, so daß er sich diese Gelegenheit nicht nehmen lasse. Ein Zionist besprach die Rechte der Juden.

Tiefen Eindruck machte auch die Rede des sich mit der Polenfrage beschäftigenden Schweizer Journalisten Edmond Privat, der Rußland heftig angriff. Auch der Vertreter der „Jung-Aegypter“ Mohammed Fahmy erntete mit seinem Vortrag über die Eroberung Aegyptens durch England großen Beifall. Er griff England sachtlich, aber scharf an und endete mit dem Schlachtruf „Aegypten den Aegyptern!“

Auch die übrigen Vorträge richteten sich hauptsächlich gegen Rußland und England, so daß sich Professor Reiz bewogen fühlte, den Kongress nachträglich in der „Gazette de Lausanne“ anzugreifen und über die entente-feindliche Stellungnahme bittere Klage zu führen. Dieser Kongress liefert überzeugende Belege zur Tatsache, daß die kleinen Völker, wenn sie zu Wort kommen können, energisch dagegen Stellung nehmen, daß sich England und Rußland, die Unterdrücker von vielen Millionen verschiedener Nationen, als Verfechter der nationalen Freiheit hinstellen und dabei ihre eigenen Untertanen und sogar neutrale Staaten ihrer Rechte berauben.

## Die Londoner Deklaration.

Von Universitätsprofessor Philipp Born.

Mitglied des preussischen Herrenhauses und Kronjurist.

(Siehe Nr. 18647 der „Neuen Freien Presse“ vom 20. Juli.)

Munich, 15. Juli.

Sollte der große Gedanke einer unparteiischen, nur auf strengem Rechte beruhenden Gerichtsbarkeit, die an Stelle der gegenwärtigen Barbarei des Seekriegsrechtes zu treten hätte, zur Wirklichkeit werden, so müßte selbstverständlich zuerst die Hauptfrage beantwortet werden: Nach welchem Rechte hat der neu geschaffene Weltgerichtshof, der internationale Prisenhof, als letztinstanzliche Instanz für die ganze Welt seine, alle Streitfragen des Seekriegsrechtes endgültig entscheidenden Urteile zu sprechen?

Darauf gibt Artikel 7 der Prisenhofkonvention folgende Antwort: „1. Ist die zu entscheidende Rechtsfrage vorgelesen in einem in Geltung befindlichen Abkommen zwischen der nehmenden Kriegsmacht und der Macht, die selbst oder von der ein Angehöriger Prozesspartei ist, so richtet sich der Prisenhof nach den Bestimmungen dieses Abkommens. 2. In Ermangelung solcher Bestimmungen wendet der Prisenhof die Regeln des internationalen Rechtes an. Wenn allgemein anerkannte Regeln nicht bestehen, so entscheidet das Gericht nach den allgemeinen Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit. . . . 5. Der Prisenhof kann prozessuale Rechtsnachteile, die in der Gesetzgebung der nehmenden Kriegsmacht vorgelesen sind, unbeachtet lassen, falls er der Ansicht ist, daß ihre Folgen der Gerechtigkeit und der Billigkeit widersprechen.“ (Vergleiche dazu die eingehende Darstellung bei Pohl: „Prisengerichtsbarkeit“, Seite 167 bis 178.)

In der Maienblüte der ersten großen Hoffnungen auf die zweite Friedenskonferenz hatte man mit großer Sicherheit erwartet, daß die Konferenz selbst zu einer Einigung über die wichtigsten materiellen Streitfragen werde gelangen und vielleicht einen ziemlich vollständigen Kodex des Seekriegsrechtes herstellen können. Von den vier großen Arbeitsausschüssen der Konferenz waren zwei, der dritte unter Vorsitz des trefflichen italienischen Botschafters Grafen Tornielli, der vierte unter Vorsitz des bekannten russischen Staatsrates v. Martens (beide inzwischen verstorben) ausschließlich mit Fragen des Seekriegsrechtes betraut. Der dritte Ausschuss konnte, dank dem hervorragenden Geschick seines Vorsitzenden, wenigstens äußerlich zu einem immerhin bedeutamen Ergebnis seiner Arbeiten — Mienen und Rechtsstellung der Neutralen im Seekriege (Abkommen 8. September 1913) — gelangen. Im vierten Ausschusse aber, der die Hauptmasse der großen Streitfragen des Seekriegsrechtes, besonders Blockade und Konterbande, zu behandeln hatte, ging alles in die Brüche und nur wenige kümmerliche Reste konnten aus dem großen Schiffbruch geborgen werden (Abkommen 6. Juli 1911). Da man somit die Hoffnung auf Herstellung eines umfassenden Kodex des Seekriegsrechtes fahren lassen mußte, wie sich schon bald im Verlaufe der Beratungen zeigte, mußte man sich in der Prisenhofkonvention mit dem oben angegebenen, unbestimmten Artikel begnügen; alle Sachverständigen waren sich natürlich klar über das Unzulängliche und Bedenkliche dieser Bestimmung, speziell über die Worte: „nach den allgemeinen Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit“, die im letzten Ende die Entscheidung in das subjektive Ermessen der Mitglieder des Gerichtshofes stellten. Auch Renault hob in seinem Berichte diese Bedenken und Gefahren scharf hervor.

Dieser Umstand hatte zur Folge, daß der Gedanke einer Nachkonferenz erwogen wurde, von der man bessere Arbeit erhoffte und annahm, daß sie zu einer Einigung über die großen und schweren Probleme des Seekriegsrechtes werde gelangen können. Daß Deutschland hierbei die treibende Kraft war, darf mit zweifelloser Sicherheit behauptet werden; die diplomatischen Verhandlungen hierüber sind nicht bekannt geworden. Jedenfalls wurde erreicht, daß England gegen Ende des Jahres 1908 eine Konferenz nach London einberief, auf welcher außer den acht Großmächten nur Holland und Spanien vertreten waren. Die Konferenz tagte vom Dezember 1908 bis Februar 1909 und es gelang ihr, in angestrengtester Arbeit einer verhältnismäßig nur kurzen Zeit einen fast vollständigen Kodex des Seekriegsrechtes, die sogenannte Londoner Deklaration, herzustellen. (Treffliche Bearbeitung von Hold v. Ferned in Ester-Somlos „Handbuch des Völkerrechtes“, IV, 3.) Ratifiziert wurde auch diese Deklaration nicht; die Ratifikation wurde im englischen Oberhause abgelehnt und erfolgte demgemäß auch in den übrigen Staaten nicht. Das Urteil, das über Englands Verhalten gegenüber dem Prisenhofabkommen oben gefällt wurde, gilt demnach genau ebenso für die Londoner Deklaration.

Gleichwohl muß anerkannt werden, daß mit der Londoner Deklaration ein Werk nicht nur von großer juristischer, sondern von weltgeschichtlicher Bedeutung geschaffen worden war. Die Deklaration beruht auf den Pariser Festsetzungen von 1856 und schneidet durch eingehende, scharf und klar gefaßte Einzelvorschriften so gut wie alle die gefährlichen Streitfragen ab, die bisher das

Seekriegsrecht zum verwickeltesten und in der Praxis unstrittigsten Teile des Völkerrechtes gemacht haben; dieser Stand der Dinge hatte zur Folge eine sehr willkürliche und gewaltsame englische Praxis, über die alle Welt klagte, die aber vergeblich eine humane, hauptsächlich von Frankreich, aber auch von Amerika und Rußland vertretene Anschauung zu bekämpfen versuchte. Die englische Seeherrschaft war zugleich die Herrschaft der inhumanen, gewalttätigen und willkürlichen Praxis in Sachen des Seekriegsrechtes. In allen diesen Streitfragen stellte sich die Londoner Deklaration auf den entgegengesetzten Standpunkt, den Standpunkt der Humanität, den England bisher in einer jahrhundertelangen Praxis scharf abgelehnt hatte.

Die Deklaration erklärt sich (Artikel 65) als ein „unteilbares Ganzes“; in der Einleitung sprechen die Mächte aus, daß es ihre Absicht auf der Londoner Konferenz gewesen sei, „gemeinschaftlich festzustellen, welchen Inhalt die allgemein anerkannten Regeln des internationalen Rechtes haben“, die das Seekriegsrecht betreffen; sie heben die Vorteile hervor, welche die Feststellung der bezeichneten Regeln im Falle eines Seekrieges sowohl für den friedlichen Handel wie für die Kriegführenden und deren politische Beziehungen zu den neutralen Regierungen bietet; sie stellen fest, „daß die allgemeinen Grundzüge des internationalen Rechtes bei ihrer praktischen Anwendung häufig auf verschiedene Weise gehandhabt werden“ und äußern daran den Wunsch, „hinfort eine größere Einheitlichkeit in dieser Hinsicht sicherzustellen“, und sie fassen alle diese Erwägungen zusammen in der feierlichen Erklärung, die an die Spitze der Deklaration als beherrschender Fundamentalsatz gestellt ist: „Die Signatarmächte sind einig in der Feststellung, daß die in den folgenden Kapiteln enthaltenen Regeln im wesentlichen den allgemein anerkannten Grundsätzen des internationalen Rechtes entsprechen.“ Demgemäß wird auch der Hoffnung Ausdruck gegeben, „daß ein Werk von so erheblichem gemeinschaftlichen Interesse die allgemeine Zustimmung finden wird“, und in Artikel 70 nochmals besonders betont: „Die Mächte, die auf der Londoner Seekriegsrechtskonferenz vertreten sind, legen besonderen Wert auf die allgemeine Anerkennung der von ihnen angenommenen Regeln und sprechen daher die Hoffnung aus, daß die dort nicht vertretenen Mächte dieser Erklärung beitreten werden.“

22. VII. 1916

Die Londoner Deklaration

Für England bedeutete, wie bemerkt, die Deklaration ein ziemlich vollständiges Aufgeben seiner bisherigen, so scharf festgehaltenen Praxis. Aber die historischen Tatsachen stehen fest, daß England die Konferenz einberufen und auf ihr den Vorsitz geführt hat; daß England die Deklaration angenommen und unterschrieben hat; daß England auch den in Artikel 70 niedergelegten Auftrag angenommen hat, der in den Worten ausgesprochen wurde: „sie (das sind die zehn Konferenzmächte) bitten die britische Regierung, diese Mächte (das sind die übrigen Staaten) hierzu (das heißt zum Beitritt) einladen zu wollen“; daß England also insbesondere sich dem feierlichen, vor der Welt abgelegten Bekenntnis angeschlossen hat, daß die Regeln der Deklaration „im wesentlichen den allgemein anerkannten Grundsätzen des internationalen Rechtes entsprechen“.

Vielleicht wird es einer späteren Zeit vergönnt sein, die diplomatische Geheimgeschichte der englischen Politik in dieser großen Menschheitsfrage zu enthüllen. Heute stehen wir lediglich vor einem ungeheuren Rätsel und können nur feststellen: das Verhalten Englands zur Londoner Deklaration seit Ausbruch des Weltkrieges stand von Anfang im schärfsten Gegensatz zu dem Verhalten Englands auf der Londoner Konferenz und kann nur zur dem Urteil führen, daß das feierlich gegebene Wort und Bekenntnis, daß Treu und Glauben im internationalen Leben für England nicht mehr vorhanden sind. Und das Verhalten Englands war zugleich der Befehl, dem seine Bundesgenossen, Frankreich, Rußland und Italien, folgen mußten.

Es ist nicht erforderlich, im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung noch auf Einzelpunkte einzugehen; ihre Erörterung hat, seitdem der Weltkrieg dauert, die Spalten der Presse in der ganzen Welt gefüllt. Im Widerspruch mit dem feierlich und vorbehaltlos ausgesprochenen Grundsatz, daß die Deklaration ein „unteilbares Ganzes“ bildet, hat England bald nach Ausbruch des Krieges einzelne Bestimmungen, so vor allem die Vorschriften über Kontorbande, abgeändert und in der weiteren Entwicklung diese Vorschriften geradezu in ihr Gegenteil verkehrt; der Unterschied zwischen absoluter und relativer Kontorbande mit seinen weittragenden juristischen Folgen (besonders Artikel 35) wurde aufgehoben, und an die Stelle der scharfen Regeln der Deklaration, daß bestimmte Waren überhaupt nicht als Kontorbande erklärt werden dürfen (Artikel 27, 28), wurde im Verlauf des Krieges allmählich der entgegengesetzte Grundsatz zum Prinzip erhoben, daß überhaupt alle Waren im Verkehr mit dem Feinde Kontorbande seien. Das unerhörte Verhalten Englands in der Frage der Behandlung der Lebensmittel als absoluter Kontorbande ist aller Welt bekannt. Bis heute hat England keine „effektive“ Blockade der deutschen Küsten und Häfen (Artikel Deklaration, Artikel 4, Londoner Deklaration, Artikel 2) durchzuführen vermocht, sondern führt unter der Bezeichnung „Blockade“ einen reinen Seeräuberkrieg. Und dieser Seeräuberkrieg richtet sich heute, dem Gange der tatsächlichen Entwicklung zufolge, viel weniger gegen die Kriegführenden als gegen die Neutralen, deren Rechte, wie sie nicht nur durch die Londoner Deklaration, sondern durch das von England ratifizierte Haager Abkommen XIII über die Rechte und Pflichten der Neutralen im Seekrieg verbürgt sind, werden nicht nur nicht geachtet, sondern mit Füßen getreten, ohne daß Amerika den Willen hätte, seiner fürchterlichen Anklageschrift gegen England über diese massenhaften und grauenhaften Völkerrechtsbrüche irgendwelche praktische Folge zu geben.

England hat sich nun mit Frankreich geeinigt, ganze Arbeit zu tun und die Londoner Deklaration, deren Inhalt die beiden Mächte vor der Welt als „die allgemein anerkannten Grundsätze des internationalen Rechtes“ be-

zeugt haben, völlig beiseite zu schieben. Eine nennenswerte praktische Bedeutung wird dies, wie bemerkt, nach der Entwicklung, die die Dinge genommen haben, für die Kriegführenden nicht mehr haben. Welche Folgen die Losfagung von feierlich gegebenem Wort und von den „allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechtes“ von Seiten England-Frankreichs und damit überhaupt des „Bierverbandes“ für die Neutralen noch haben wird, muß die Zukunft lehren; da Amerika für den Schutz der Rechte der Neutralen völlig zu versagen scheint, wird es in erster Linie von dem Verhalten der europäischen Neutralen selbst abhängen, wie weit die Mächte des Bierverbandes in ihrem allem Völkerrecht hohnsprechenden Vorgehen gegen die Neutralen noch weiter vorzuschreiten imstande sind.

Nach den tastenden Versuchen früherer Zeiten, den Grundsätzen der Humanität und Zivilisation auch im Seekrieg Geltung zu erringen, Versuchen, die nur zu einem geringfügigen Ergebnis kleinen Stückchens führten, bildeten die zweite Friedenskonferenz und deren Ergänzung, die Londoner Konferenz, die erste große und großartige Unternehmung, die Regeln des Seekrieges nach den Erfordernissen der heutigen Zivilisation zu gestalten. Die Erfordernisse der heutigen Menschheitsarbeit war Deutschland. Die Grundgedanken der Arbeit standen in scharfem Gegensatz zu der bisherigen Praxis Englands. Aber die von Deutschland gegebenen Anregungen fanden alsbald die lebhafteste Unterstützung aller übrigen Mächte, insbesondere stellte sich Frankreich, seinen alten großen Ueberlieferungen entsprechend, in diesen Fragen ganz auf die Seite Deutschlands, nicht minder die Großmacht der Neuen Welt, die Vereinigten Staaten von Amerika. Unter diesen Umständen hielt es auch England für politisch richtig — es muß dahingestellt bleiben, mit welchem Hintergedanken — sich dieser Strömung anzuschließen, ja deren Führung zu übernehmen.

Im gegenwärtigen Weltkriege ist dies ganze große Werk der Humanität und Zivilisation, dessen Hauptträger in älteren Zeiten Frankreich, in der neuesten Entwicklung Deutschland war, zusammengebrochen. England ist wieder zurückgelehrt zu den alten Maximen der Barbarei im Seekrieg, ja hat sie noch weit überboten. Und die Mächte, die England in der gegenwärtigen Weltkatastrophe Sklavendienste tun, sind auch, zum Teil in trauriger Preisgebung geheiligter Traditionen, Englands Sklaven in den Dingen des Seekrieges. Es ist nicht abzusehen, ob oder wann aus den Ruinen dieses Zusammenbruches wieder neues Leben wird erblühen können. Die Tragödie der Londoner Deklaration wird für die spätere Geschichtsschreibung eines der traurigsten Kapitel nicht etwa nur in der Geschichte des Völkerrechtes, sondern in der Geschichte der Zivilisation der Menschheit sein.

## Das russisch-japanische Abkommen.

### Ein Antrag im amerikanischen Senat.

R. Berlin, 21. Juli. Aus Washington wird berichtet: Senator Lewis brachte einen Antrag ein, das Staatsdepartement möge dem Senat Mitteilungen über das russisch-japanische Abkommen machen. Lewis führte aus, er glaube bei diesen Völkern die Neigung zu sehen, Vereinbarungen zu treffen, durch welche die Vereinigten Staaten vom Orient ausgeschlossen würden.

### Rundgebungen für Battisti.

R. Lugano, 21. Juli. In Rom bewegte sich ein Demonstrationszug irredentistischer, nationalistischer, demokratischer und ähnlicher Vereine mit Fahnen und Musik am Palazzo Venezia, wo gepfiffen und Rufe ausgestoßen wurden, vorbei zum Kapitol, um eine ehrende Rundgebung für Battisti zu veranstalten und Oesterreich-Ungarn und Deutschland zu beschimpfen.

Auf dem Kapitol hielt Bürgermeister Fürst Colonna eine Rede, worin er die Tätigkeit Battistis zur Entfesselung der nationalen Bewegung und des Krieges rühmend hervorhob und versicherte, daß der Triumph umso näher sei, je grausamer das Martyrium sei. Vier weitere Redner reizten die Demonstranten und die Zuschauer zu Haß und Rache gegen Oesterreich-Ungarn und das Deutschtum auf. Ihre Ausführungen wurden von der Menge mit Beifall begleitet.

In Mailand fand unter dem Voritze des Senators Mangiagalli eine Versammlung zahlreicher Vereine zur Vorbereitung einer großen öffentlichen Ehrung Battistis statt. Es wurde u. a. beschlossen, für ein Battistidenkmal in Trient Gelder zu sammeln und zu beantragen, daß zwei Straßen Mailands die Namen Battistis und Oberbanks erhalten. Im Gemeinderat von Mailand hielten der sozialistische Bürgermeister und mehrere Gemeinderatsmitglieder mehr oder weniger leidenschaftliche Ansprachen, worin sie Battistis gedachten und sich in Ausfällen gegen die österreich-ungarische Rechtsübung und Tyrannei ergin-

gen. Der Bürgermeister fügte jedoch eine Verwahrung gegen die tendenziöse Ausbeutung und Uebertreibung des Falles Battisti hinzu.

**Eine Union für die „zu erlösenden Gebiete“.**

Zürich, 21. Juli. In Rom bildete sich ein Komitee, um die Unione Economica Nazionale di Trieste wieder aufleben zu lassen. Die neue Unione soll sich den

nationalen und wirtschaftlichen Interessen in Trient, Görz, Triest, Fiume, Pola, Zara und den andern zu erlösenden Orten widmen und der italienischen Regierung bei der Lösung aller dortigen Probleme wirksam an die Hand gehen. Inzwischen nimmt die Unione ihren Sitz in Rom, wo die Gründungsversammlung am 20. August in den Räumen des Pressevereines stattfinden soll.

## England gegen Holland.

Haag, den 20. Juli.

In der Sitzung der zweiten Kammer am 12. Juli erklärte Ministerpräsident Cort van der Linden mit Bezug auf die Frage der teilweisen Demobilisierung: „Uebrigens nimmt der ökonomische Druck, welcher gegen unser Land ausgeübt wird, immer mehr zu. Ich würde es daher für unverantwortlich erachten, gerade jetzt zur Reduzierung unseres bereitstehenden Heeres übergehen zu wollen.“

Diese Worte des allseits verehrten Ministers wurden in gewissen Kreisen als Angstmacherei gedeutet. Daß diese Enunziation des Herrn Cort van der Linden nicht einer sehr realen Basis entbehrt, kann ich aus zuverlässigster Quelle versichern. Ich darf folgende Tatsachen mitteilen:

In der letzten Woche traf bei der holländischen Regierung ein Schreiben des englischen Ministers Sir Allan Johnstone ein, des Inhaltes, daß die englische Regierung die holländische zur Einziehung der Fischereiflotte und gänzlichen Einstellung des Betriebes auffordert.

Als „Vergütung“ bietet England der holländischen Regierung die Summe von 250.000 Pfund, d. i. drei Millionen Gulden an. Dieser Schritt des Sir Allan Johnstone ist, als eine der verschärften Blockademaregeln, gegen die immer noch fortbauende Ausfuhr großer Quantitäten Fische nach Deutschland gerichtet. Er ist aber gleichzeitig ein brutaler Eingriff in das wirtschaftliche Leben Hollands. Bekanntlich gibt es eine ganze Reihe holländischer Städte, die ausschließlich vom Fischereibetrieb leben, wie: Vlaarbingen, Maasluis, Omuiden, Brestkens, teilweise Scheveningen u. a.

Die ganze Bevölkerung dieser Städte bliebe erwerb- und brotlos, und dem Staate würde ein neues Armenversorgungsproblem erwachsen, wolle die Regierung dem Ansinnen Sir Allan Johnstones entsprechen. Aber auch dem ganzen holländischen Volke drohte in diesem Falle Unterernährung, weil bei den immer wachsenden Lebensmittelpreisen, die Bevölkerung auf immer reichlichere Fischnahme angewiesen ist.

Und die lächerliche Summe von 250.000 Pfund, für die England sich einen Eingriff in die wirtschaftliche Selbständigkeit und Neutralität Hollands erkaufen will! Auch Sir Allan Johnstone dürfte es nicht unbekannt sein, daß der Fischereibetrieb Holland tatsächlich 50 Millionen Gulden jährlich einbringt. Rechnet er denn, daß der Krieg nur noch zwei Wochen dauern wird, daß er drei Millionen für eine genügende Entschädigung hält?

Aber auch abgesehen davon, wird Holland aus sich nicht ein zweites Griechenland machen und sich vergewaltigen lassen. Musterhaft hat es seine Neutralität zu wahren gewußt, und niemals ließe es sich in einen Krieg mit bloßen Wirtschaftsinteressen hineinzerrren. Wenn es aber um die Verteidigung des Rechtes geht, dann weiß auch der Holländer, der großen Traditionen des Hauses Oranje, de Ruymers eingedenk, die Waffe zu führen.

Klapp und klar wird die Antwort lauten, die Sir Allan Johnstone demnächst von der holländischen Regierung erhalten wird: ein glattes Nein!

Sollte Neuter diese Mitteilung irgendwie bemängeln wollen, bin ich bereit, detaillierter auf das Schreiben des englischen Ministers einzugehen; vielleicht wird da ein Licht auf die Mittel fallen, zu denen England in seinem Blockadekriege greift! Offenbar glaubt es nicht zu sehr an einen Erfolg seiner Offensive in Frankreich.

Dr. Mark Kriger.

### Die Ausbringung niederländischer Fischerfahrzeuge.

R. Haag, 21. Juli. Der „Nieuwe Courant“ schreibt: Die Ausbringung und teilweise Beschlagnahme von niederländischen Fischerfahrzeugen scheint eine sehr ernste Sache zu sein, denn es handelt sich nicht um Maßnahmen gegen Schiffe, die in verbotenen Gewässern gefischt haben, sondern um eine Folge der Aus Hungerspolitik der Alliierten. Die von den Schiffen gefangenen Serringe werden von den Engländern als Konterbande betrachtet, weil sie zum größten Teil nach Deutschland verkauft werden. Wenn England die von niederländischen Fischern gefangenen Fische als Konterbande in dem Sinne, den der Begriff während des Krieges erhalten hat, behandelte, wäre der niederländischen Fischerei das Todesurteil gesprochen, umso mehr, als dann deutsche Unterseeboote nach England bestimmte Serringladungen als Konterbande betrachten und die Schiffe vernichten würden.

Das Blatt teilt mit, daß die holländische Regierung die Schiffe freizubekommen versucht, daß aber ihre Be-

mühungen bisher erfolglos waren. Es werde über die Möglichkeit eines Modus vivendi beraten, wonach Deutschland auch zukünftig einen gewissen Prozentsatz der von den niederländischen Fischern gefangenen Serringe erhalten und ein noch festzustellender Prozentsatz nach England verkauft werden soll.

### Die entschlossene Haltung Hollands.

S. R. Zürich, 20. Juli. Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet aus dem Haag: Den jüngsten Erklärungen des Ministerpräsidenten in der Kammer über den verstärkten wirtschaftlichen Druck, den England auf die Niederlande ausübt, wird im Zusammenhang mit den neuerdings befürworteten militärischen Rüstungen und neugeforderten Heereskredit von 7 Millionen Gulden große Bedeutung beigelegt. Man schließt daraus, daß Holland mehr denn je entschlossen ist, sich gegen jede Beeinträchtigung seiner Staatshoheit zu wehren.

**Besehtes und erobertes Gebiet**

Man schreibt uns: Die „Neue Zürcher Zeitung“ brachte in ihren Nummern 1138 und 1141 eine kurze Uebersicht folgenden Wortlaufs: „Ausdehnung der von den Alliierten und Zentralmächten okkupierten und eroberten Gebiete. (Mitgeteilt vom britischen Generalkonsulat, Zürich.) Von den Zentralmächten sind okkupiert: 1. in Belgien 11,200 englische Quadratmeilen; 2. in Frankreich 8100; 3. in Rußland 50,200; 4. in Serbien 35,000; 5. in Montenegro 5000; Summa 109,500 englische Quadratmeilen.

Von den Alliierten sind okkupiert: 1. im Elsaß 400 englische Quadratmeilen; 2. in der Türkei 25,000; 3. im Togoiland 33,700; 4. Kamerun-Kolonie 191,000; 5. in Südwestafrika 322,450; 6. Kiautschau 200; 7. im Stillen Ozean 96,160; 8. in Ostafrika 4080; 9. in Galizien 3100; Summa 676,010 englische Quadratmeilen.“

Das Schweizervolk — und das möchte ich hier besonders betonen — ist nicht so ungebildet, daß es den Fehler der vergleichenden Zusammenstellung nicht sofort herausfühlen würde, nämlich die Tatsache, daß nicht gleiches mit gleichem, sondern ungleiches mit ungleichem verglichen wird.

Bei flüchtigem Lesen der Zahlen sieht es so aus, als ob der Länderwerb der Entente mehr als sechsmal so groß sei als derjenige der Zentralstaaten. Die Richtigkeit der gegebenen Zahlen können wir nicht nachprüfen, wollen sie aber voraussetzen. Berücksichtigen wir nur die Tatsache, daß die englische Vergleichung Stammländer und Kolonien in einen Tiegel wirft, so geben die gleichen Zahlen ein völlig anderes Bild. An europäischen Stammländern haben die Zentralmächte beseht 109,500 Quadratmeilen, die Ententestaaten 3500 Quadratmeilen, die ersteren also rund 31mal mehr als die letzteren. Der Gerechtigkeit halber sei beigelegt, daß inzwischen die Verhältnisse sich leicht verschoben haben zugunsten der Entente und zu Ungunsten der Zentralmächte. Die genauen Zahlen fehlen mir zurzeit. Ich glaube aber nicht falsch zu schätzen, wenn ich annehme, daß die Zentralmächte immer noch annähernd dreißigmal mehr feindsliches Stammland besehten als die Ententemächte.

Wie schief aber das Urteil wird, wenn wir mit dem britischen Generalkonsulat die Ländergewinne der beiden Mächtegruppen einfach mit der Elle messen, anstatt mit einer Kulturwaage

zu wägen, sei hier an einigen anderen Zahlen dargestellt. Einen gewissen Wertmesser für Länder, wenn auch nicht den allein ausschlaggebenden, gibt die Bevölkerungsdichtigkeit. Damit der Leser der englischen Vergleichung sich ein weniger schiefes Urteil bilden kann, sei dieser aus Hübners geographisch-statistischen Tabellen zur Ergänzung die Einwohnerzahl der erwähnten Staaten und Kolonien, auf den Quadratkilometer berechnet, beigelegt: Belgien 257, Frankreich 73,8 (wobei aber zu beachten ist, daß gerade die durch das Deutsche Reich gegenwärtig besehten Gebiete zu den volkreichsten gehören — so Nord 340, Aisne 530, Ardennes 319, Meuse 278, Neuirche et Moselle 565 usw.), Rußland 25,3 (wobei aber wiederum zu beachten ist, daß gerade das besehte Gebiet volkreicher ist als der Durchschnitt, so Polen 104,8), Serbien 52,9, Montenegro 30,1.

Das einzige deutsche Stammland, das teilweise durch Frankreich mit Truppen beseht ist, das Elsaß, hat 129 Einwohner auf den Quadratkilometer, das durch Rußland teilweise besehte Armenien 13, das durch England teilweise besehte Mesopotamien 8, Galizien 102,3, Bukowina 76,8.

Es folgen die in der Zusammenstellung als beseht erwähnten deutschen Kolonien: Togoiland 12, Kamerun 3,2, Südwestafrika 0,1, Kiautschau 350, im Stillen Ozean Neuguinea 2,5, und Somoa-Inseln 14,0, Ostafrika 7,0.

Berücksichtigen wir, daß die Bevölkerung der Kolonien — ausgenommen das kleine Kiautschau, das die Japaner genommen haben — aus kulturarmen Farbigen besteht, so verschiebt sich die Wertmessung noch mehr zu Ungunsten der Kolonien und zugunsten der Stammländer.

Das Ergebnis der richtig geleiteten Vergleichung der Zahlen des britischen Generalkonsulates ist also für die Zentralmächte ganz außerordentlich günstig, ganz abgesehen von der zum Gemeingut gewordenen Einsicht, daß auch über den endgültigen Besitz der Kolonien der Entscheid auf den europäischen Schlachtfeldern — nicht in den Kolonien selbst — fallen wird.

## Vom Geist der Demokratie.

Von Dr. Friedrich Curtius (Berlin).

Vor achtzig Jahren hat es Tocqueville ausgesprochen, daß der Fortschritt der Demokratie den Charakter des Zeitalters bestimme und daß es weder klug noch patriotisch sei, sich diesem Zug zu widersehen. Jetzt, im Kriege, hört man wieder davon reden, daß die neue Zeit, der wir entgegengehen, ausgesprochen demokratische Züge tragen werde. Gewiß wird nach dem Kriege der Druck der Massen, die so Ungeheures geleistet und gelitten haben, in allen Staaten sehr fühlbar sein. Die Beschaffung der Mittel für die Tilgung der Kriegsschulden ist ein Problem, das jedermann in seinen nächsten Interessen persönlich angeht. Und ferner werden die Erfahrungen, die man mit den Leistungen der europäischen Diplomatie gemacht hat, eine Ausdehnung populärer Wachsamkeit und Kontrolle auf das Gebiet der internationalen Politik herbeiführen. Vor hundert Jahren folgte auf den siegreichen Ausgang des Befreiungskrieges die Reaktion und die Demagogenvorfolgung. Eine Wiederholung dieses Vorganges ist heute nicht zu erwarten, weil — wenigstens in Westeuropa — das geltende Verfassungsrecht die Regierungen von den Volksvertretungen finanziell abhängig macht. Die Völker haben dadurch so viel Einfluß erlangt, daß sie einer ihnen nachteiligen Politik mit Erfolg widerstehen können. Gelingt ihnen dies nicht, so tragen sie selbst die Schuld. Aber zu einer erhöhten Begeisterung für demokratische Staatsformen haben die Erfahrungen des Kriegsausbruches durchaus keinen Anlaß gegeben. Die parlamentarisch regierten Staaten sind ebenso wie die mit ausgesprochen monarchischem Charakter durch die Regierungen gegen den Willen der Mehrheit des Volkes in den Krieg getrieben worden. Das Volk ist eine handlungsfähige Einheit nur, indem es der Staatsgewalt gehorcht. Demokratische Institutionen ändern daran nichts. Sie bewirken durch die Hilfsmittel der Repräsentation und der Mehrheitsentscheidung die Bildung einer künstlichen Staatsgewalt, die den Repräsentierten und der Minderheit ebenso befehlend und Gehorsam heischend gegenübersteht wie irgendeine monarchische oder aristokratische Gewalt. Vor sechzig Jahren erschien den durch das englische Vorbild geblendeten Liberalen das parlamentarische Regierungssystem als die Verwirklichung des Idealstaates. Heute steht jeder praktische Politiker in Deutschland und Oesterreich, daß die Lenkung des Staatsschiffes durch die jeweilige Parlamentsmehrheit ein äußerst gewagtes Experiment wäre, das nicht einmal die Garantie böte, die Herrschaft der wirklichen Mehrheit der Nation zu sichern.

Wenn also von einem Fortschritt des demokratischen Gedankens infolge der großen Katastrophe geredet wird, so kann dies nicht

en Formenlehre gelten, die die gebildet hat, sondern nur von Demokratie, ihrer Weltanschauung, ihrer Staatsauffassung. Die demokratische Anschauung von dem Staates zum Volke. Sie ist vor spruch gegen die Ueberschätzung die von Philosophen und philo- ) de lierten Historikern gepredigt und Burea. raten und Militärlisten in Praxis jetzt wird.

hels Lehre, daß der Staat die Verwirklichung des Sittlichen sei, führt zur Gleichsetzung Staates mit dem Reiche Gottes, woraus Dinge Unterwerfung als die einzige dem gebührende Haltung gegenüber der Staatsgewalt sich ergibt. Es ist philosophisch mittel dieselbe Staatsauffassung, wie sie theokratisch fundierte Absolutismus ver- Die Menschen haben ein natürliches Ver- nach Sichtbarkeit des Göttlichen: laßt Gott sehen, so wollen wir ihm gehorchen! die in der Kirche verkörperte Civitas Dei einen großen Teil der europäischen Mensch-

heit ihre Autorität verloren hat, kann sich die andächtige, ehrfürchtige, deren die menschliche Seele nicht entbehren kann, dem weltlichen Staat zuwenden. Der Staat ist das höchste Gut, rüchhaltiges Aufgehen in ihm das Ziel der Vollkommenheit. Damit man nicht durch Reminiszenzen einer kirchlich-frommen Vergangenheit in diesem Kultus gestört werde, wird ein gewisser Bestand religiöser Anschauungen, Gebräuche und Gefühle in das System des Staatsbetriebes aufgenommen. In anschaulicher Weise tritt dies bei der sogenannten Militärseelsorge hervor, wo ein befohlener Besuch des Gottesdienstes in gewissen feststehenden Fristen, das „Gebet“ beim Passenstreich und ähnliches das religiöse Prinzip markieren. Eine Art Reuerenz vor dem Absoluten, die der unbedingten Verehrung einer ganz menschlichen, keineswegs übersinnlichen Macht etwas von ihrem Anstoß nimmt. In den Gebieten des lutherischen Christentums ist auch das bürgerliche Kirchentum ganz in das Staatswesen eingebettet. Jetzt in der Kriegszeit wird eine ausgebildete Staatstheologie gepredigt: man verlangt „deutsches Christentum“, das heißt eine Verarbeitung des religiösen Gedankensmaterials in der Art, daß es sich in die Räden und Nisse des Staatsgebäudes einschmiegt und eine gewisse Wärme erzeugt, die das bloße Befehlen und Gehorchen nicht aufbringen kann. Der so theokratisch aufgemachte Staat ist dann die sichtbare Gottheit auf Erden. Diejenigen, die in ihm zu befehlen haben, genießen das Hochgefühl priesterlicher Würde, und die Gehorchenden haben die Gewißheit, daß sie in ihrem Gehorsam Gott dienen, also auch ihrerseits dem Ideal der Menschenwürde entsprechen. Diese Gleichsetzung des Staates mit dem Gottesreich hat dann natürlich die Folge, daß die Vermehrung der Macht des Staates als das höchste Ziel menschlichen Wirkens erscheint. Wie jeder lebendige Glaube den Missionstrieb erzeugt, so wird die Lehre vortragen, daß „am deutschen Weien die ganze Welt genesen“ solle. Der englische Historiker Craun hält es in einem vollständig analogen, wenn auch naturgemäß anders endigenden Gedankengang, für die Aufgabe der englischen Politik „to give all men an English mind“. Die Machterweiterung des eigenen Staates bis an die Grenzen des Möglichen ist das Ziel dieser Staatsreligion.

Nach den ungeheuren Erfolgen von 1870, angesichts eines Mannes und einer Machtstellung, wie sie die Nation seit Jahrhunderten nicht gekannt hatte, wurde dieser Kultus des Staates die herrschende Religion nicht nur des Militärs und des Beamtentums, sondern auch eines großen Teiles der Intellektuellen, der Historiker und Politiker. Vorbereitet war diese Evolution durch den religiösen Szeptizismus und den Niedergang des religiösen Lebens. Unmittelbar nach der Reichsgründung erschien David Friedrich Strauß' „Alter und neuer Glaube“. Ohne eine entschiedene Baisse des religiösen Gedankens wäre eine solche Haufe des Staatsgedankens nicht möglich gewesen. Dieses Zusammentreffen führte dann auch zu dem sogenannten Kulturkampf, in dem der ver-gottete Staat die Kirche, die die Civitas Dei sein will, seiner Macht unterwerfen wollte.

Dieser Anbetung des Staates widerspricht die Demokratie. Sie sieht den Staat, wie er ist, und findet an ihm nichts Gottgleiches. Die Großstaaten sind geschichtlich gewordene Organisationen der Macht, der Herrschaft über Menschen ohne und auch gegen den Willen der Beherrschten. Das Wesen des Gottesreiches aber besteht darin, daß der menschliche Wille mit dem göttlichen eins geworden ist, daß daher die Vollendung der Herrschaft identisch ist mit vollkommenster Freiheit. Eine solche Identität können die weltlichen Herrschaften gar nicht erstreben, sie müssen vielmehr so beschaffen sein, daß die Geltung des Herrschervillens eine unbedingte ist. Die Macht kommt also im regelmäßigen Verkauf der Dinge immer als eine von außen wirkende, dem individuellen Willen entgegengefetzte Kraft zur Erscheinung. Nur in seltenen, gehobenen Mo-

menten ist der Volkswille im Herrschertwillen verkörpert. Die physische Ueberlegenheit und mechanisch wirkende Kraft der Herrschaft ist notwendig für die Staaten, aber sie ist nicht anbetungswürdig. Deshalb fragt die Demokratie nach den in der Natur der Sache liegenden Schranken der Herrschaft und vertritt die Anschauung, daß die Übung der Staatsgewalt nur so weit gehen dürfe, als sie sachlich begründet und unentbehrlich ist. Sie erlaubt sich, nach dem Zweck oder den Zwecken des Staates zu fragen, was ganz unzulässig wäre, wenn der Staat als ein Absolutes, als eine Manifestation der Gottheit betrachtet werden müßte.

Indem die Demokratie den Staat nicht als Selbstzweck anerkennt, macht sie den Weg frei für eine politische Würdigung des Individuums, in dem sie das letzte Ziel alles staatlichen Wirkens erkennt. Die Historiker und

Politiker sprachen von „Frankreich“ und „England“, als wenn beides Persönlichkeiten wären und ein von dem Dasein der Franzosen und Engländer getrenntes Dasein hätten. Letztere kommen nur in Betracht, insofern sie für die Operationen jener vorgestellten Gesamtwesen das Material liefern. Aber jedermann sieht, daß diese Fiktionen sind. „Frankreich“ kann weder denken noch empfinden, weder handeln noch leiden. Immer sind es einer oder wenige Franzosen, die für Frankreich reden und handeln, viele oder alle, die Sieg oder Niederlage fühlen und dadurch freudig oder schmerzlich erregt werden. Daß wir an diese Fiktion selbst nicht glauben, ergibt der Umstand, daß wir die ideale Empfindung des Bürgers Vaterlandsliebe nennen, also als Objekt der Neigung und Hingabe nicht die personifizierte Gemeinschaft darstellen, sondern etwas ganz Konkretes, ein Stück des Erdbodens, das seinen ethischen Wert erst durch die Individuen erhält, die auf ihm wohnen. Die Demokratie sieht dieser Realität ins Gesicht und läßt sich von den Historikern und Philosophen, die das Individuum nur als Teil des Ganzen werten wollen, nicht imponieren. Wie man von einem Berg Städte und Wälder sieht, aber die Häuser und Bäume, aus denen diese bestehen, nicht unterscheiden kann, so wird der in seinem Studierzimmer sitzende Gelehrte nur der Gesamtheit gewahr, nicht der Individuen. Und doch ist es unzweifelhaft, daß die Häuser und Bäume die eigentlichen Realitäten sind, Städte und Wälder nur insofern etwas bedeuten, als das Nebeneinander mehrerer oder vieler Individuen die Daseinsbedingungen und die Entwicklung der einzelnen bestimmt. Der vielgerühmte Wirklichkeitsinn unserer Zeit wird sich dieser Erkenntnis nicht verschließen können. Es mag erhebender und ästhetisch befriedigender sein, sich von der Wirklichkeit so weit zu entfernen, daß die Einzelercheinungen sich zu Gruppen zusammensziehen. Aber tatsächlich sind sie Abstraktionen, nicht Wirklichkeit. Darum fordert die Demokratie, daß der Wert der Gesamtbildungen sich in den Leistungen für die Individuen bewähre. Es wäre gar nichts damit gewonnen, wenn das Deutsche Reich die halbe Welt eroberte, sofern nicht dadurch jeder Deutsche um so viel glücklicher und besser würde. Alle letzten Ziele menschlichen Wirkens liegen in den wirklichen Menschen, nicht in Abstraktionen. Auch die uns geläufigsten, wie die Germania, die den Rheinreisenden vom Niederwald grüßt, sind doch nur Symbole, nicht Wirklichkeiten. Darum kann eine nüchterne Realpolitik die Handlungen und Vorgänge auf dem politischen Gebiet nur danach beurteilen, ob das Leben der einzelnen Menschen durch sie gefördert und veredelt wird.

Der Staat ist nicht die Gottheit. Er ist auch nicht ein Tempel, in dem die Gottheit verehrt wird, sondern er ist ein Wohnhaus, in dem Millionen leben müssen und, soweit es die Mängel des Erdenlebens gestatten, ihres Lebens froh werden sollen. Aus dieser nüchternen Zweckmäßigkeitsbetrachtung folgert die Demokratie das Recht des Bürgers, mit dem Staat zu rechnen, Leistung und Gegen-

leistung gegeneinander abzuwägen. Hierin wurzelt die für die Demokratie charakteristische Forderung der Gleichheit. Wenn die Staatsgesinnung ein Kultus des Absoluten wäre, so könnte der einzelne, der Gut und Blut für den Staat opfert, keine Gegenleistung beanspruchen. Weil es sich aber bei dem Staat um irdische Ziele und Aufgaben handelt, so müssen den gleichen Anforderungen an alle auch gleiche Ansprüche aller gegenüberstehen. Nicht gleiche Beteiligung aller an der Leitung des Staates, aber eine Zwecksetzung für alles staatliche Handeln, die sich aus dem Gesichtspunkt aller Bürger rechtfertigen läßt. Darum ist es keine Lebensart, sondern eine Erfahrungstatsache, daß die Gerechtigkeit die Grundlage der Reiche ist. Der Staat ist um so fester gegründet, je mehr er jedem das Seine gibt, je mehr die einzelnen und die natürlichen Gruppen der Gesellschaft in ihrem eigensten Bedürfnis von ihm gefördert werden und bei Gegensätzen ihrer Bestrebungen die Staatsgewalt als ausgleichende, den Frieden der Gesellschaft sichernde Macht eintritt.

Der Widerspruch der Demokratie gegen den Kultus des Staates, ihr Eintreten für das Recht des Individuums, ihr Streben nach Gerechtigkeit führen aber notwendig über die Grenzen der Einzelstaaten hinaus und zu dem Verlangen nach einer Ordnung unter den auf gleicher Kulturstufe stehenden Staaten, durch die, wie im Einzelstaat die Klassengegensätze, so im weiteren Kreise die Gegensätze der Volksgemeinschaften ausgeglichen werden. Wenn einmal das imperialistische Streben nach einer Suprematie des eigenen Staates zurückgewiesen wird, so ist die Anerkennung des gleichen Rechtes aller Staaten, der Kleinen wie der Großen, selbstverständlich. Da es eine über den Staaten stehende Mächtergewalt, wie sie das Mittelalter wenigstens in der Theorie besaß, in der modernen Welt nicht geben kann, so ist der Weg internationaler Verständigung der einzig gangbare, auf dem der unerläßliche Fortschritt der politischen Kultur vollzogen werden kann. Daß dieser Schritt geschehen muß, wird nach der Katastrophe, in der wir stehen, keinem vernünftigen Menschen zweifelhaft sein. Sollte nach Beendigung des Krieges die Verteilung der europäischen Großstaaten in zwei kampfbereite Gruppen mit dem daraus folgenden Wettrüsten wieder aufgenommen werden, so wären die ungeheuren Opfer vergeblich gebracht. Der Staatskultus würde sich als Relegation der Kultur und der Humanität herausstellen. Die Welt müßte dann geradezu am Staat untergehen, und alle vernünftigen Menschen würden Anarchisten werden. Darum darf man sagen: die Demokratie ist der Friede. Sie ist es deshalb, weil sie die Vergottung des Staates bekämpft, weil sie über das Wesen des Staates und seine Zwecke in nüchternen Wirklichkeitsfaktoren urteilt und von dem Menschen zu hoch denkt, um ihn nur als Material für die Zwecke politischer Kombinationen zu werten.

Das ist, wie mir scheint, der Geist der Demokratie, dessen Anerkennung von jeder besonderen Ansicht über die beste Staatsverfassung unabhängig ist, und den man auch den Regierenden gegenüber als wahrhaft staaterhaltend vertreten kann, weil die Selbstbeschränkung der Staaten die Voraussetzung ihrer Dauer und ihres gesunden Fortschrittes ist.

23. / 10. 1916 120

## Der Deutsche Nationalausschuß für einen ehrenvollen Frieden.

Wien, 22. Juli.

Nach der „München-Mugsburger Abendzeitung“ wird der neugegründete Deutsche Nationalausschuß für einen ehrenvollen, die gesicherte Zukunft des Reiches verbürgenden Friedensschluß, an dessen Spitze Fürst Wedel, Geheimer Rat Harnack und eine Reihe von Männern der Politik, der Verwaltung und der Industrie stehen, am 1. August folgenden Aufruf veröffentlichen:

Der Deutsche Nationalausschuß soll eine Anzahl unabhängiger, den verschiedenen Parteirichtungen angehörender, vaterländisch gesinnter Männer vereinigen, die auf dem Standpunkt stehen, daß keine Nengstlichkeit die künftige Sicherheit des Reiches hemmen, aber auch keine eitle Begehrlichkeit diese Sicherung schon jetzt für die Zukunft gefährden darf.

Dies kann nur erreicht werden durch einen Frieden, der sich gleich entschieden entfernt hält von den Kopflosigkeiten der Friedensmacher um jeden Preis, wie von der Unerfättlichkeit, die in den Kundgebungen des Alldeutschen Verbandes zutage getreten ist. Für diesen Frieden hat der Kanzler im März 1916 in der Rede, zu der ihn Feldmarschall v. Hindenburg beglückwünschte, die Parole ausgegeben: Vortragung der Grenzen im Osten, reale Garantien im Westen! Ohne beides kein Frieden und kein Aufgeben der besetzten Landesteile.

Aufgabe des Deutschen Nationalausschusses müßte es nun sein, mit Gleichgesinnten eine einheitliche Stimmung als Grundlage zu einem deutschen Frieden anzubahnen und mit ihnen den näheren Inhalt „realer Garantien“, besonders die nähere Festlegung der Grenzen, bestimmen zu helfen. Das kann dadurch geschehen, daß der Deutsche Nationalausschuß seinen Mitgliedern und Gesinnungsgenossen alles einschlägige Material unparteiisch unterbreitet, mit ihnen lernt und forscht, um so, unbeirrt von billigen Schlagworten, der deutschen Zukunft den Boden zu bereiten. Dabei würde seine Absicht sein müssen, auf die Freigabe der Friedensdiskussion, zu der sich die Regierung immer noch nicht verstehen wollte, zu dringen, und zwar in einem Umfange, welcher die Sicherheit der belagerten Festung Deutschland nicht gefährdet.

Inzwischen gilt es, den Extremen auf beiden Flügeln entgegenzutreten, die jetzt schon den leitenden Staatsmännern Luft zu faulem Frieden oder Annerionswahnsinn vorwerfen, wo doch das, was werden soll, noch in keiner Form feststeht. Gerade angesichts der offenen und geheimen Hezereien muß jeder Urteilsfähige den Zusammenschluß der Uneigennütigen und Unvoreingenommenen mit allen Kräften betreiben, weil die letzten Wochen einen Vorgeschmack von dem gegeben haben, welche verheerende Folgen die Agitation der Extremen auf beiden Flügeln während und nach dem Frieden anrichten würde.

## Bewegung in Amerika gegen die schwarzen Listen Englands.

### Ein Schritt der amerikanischen Regierung in London.

Wien, 22. Juli.

Die schwarzen Listen, welche die englische Regierung gegen jedes Recht und gegen jede Verkehrsliste veröffentlicht hat, erregen in den Vereinigten Staaten starken Widerstand, und es hat den Anschein, als ob eine Gegenaktion der amerikanischen Regierung erfolgen werde. Die schwarzen Listen sind auf Grund des englischen Gesetzes über das Verbot des Handels mit dem Feinde aufgestellt und durch eine im heurigen Frühjahr erfolgte Kundmachung sehr weit ausgedehnt worden. Das Verbot des Handels mit dem Feinde wird nämlich auch auf solche Personen oder Vereinigungen von Personen erstreckt, die gar nicht in den feindlichen Ländern, sondern in einem auswärtigen Staate ansässig sind und dort Geschäfte betreiben, die England aber wegen feindlicher Staatsangehörigkeit oder wegen feindlicher Verbindungen in diese Liste einträgt. Diese Interpretation des ganz veralteten, auf einem Gewohnheitsrechte Englands beruhenden Gesetzes ist so weit gezogen, daß in jedem neutralen Lande der Handelsverkehr mit Firmen eines der Feindesländer Englands ganz unmöglich wird. Dabei gelten als Feinde nicht nur die Untertanen Deutschlands oder Oesterreich-Ungarns, sondern alle Personen, die im Feindeslande ihr Domizil haben. Als verbotener Akt erscheint jede Geschäftsverbindung mit feindlichen Firmen, auch die Verwahrung feindlichen Eigentums und die geschäftliche Verbindung im Effektenverkehre.

Die englische Regierung hat nun eine solche schwarze Liste auch für Amerika aufgestellt und auf diese Liste eine große Anzahl amerikanischer Firmen gesetzt, welche Handelsbeziehungen zu deutschen oder österreichisch-ungarischen Firmen unterhalten. Ein amerikanisches Bankhaus, das Wertpapiere noch aus der Zeit vor dem Kriege für eine deutsche oder österreichisch-ungarische Bank verwahrt, Börsengeschäfte für ihre Rechnung ausführt oder Verbindungen aus dem Warenverkehr mit ihr unterhält, ist auf die schwarze Liste gestellt, und englischen Firmen ist der geschäftliche Verkehr mit diesem Hause verboten. Durch diese Eintragung in die schwarze Liste wird englischen Untertanen der Handelsverkehr mit solchen amerikanischen Firmen unmöglich und diesen amerikanischen Bankhäusern oder sonstigen Geschäftsunternehmungen ihr englisches Geschäft ganz entzogen. Durch eine solche Gewalttätigkeit will die englische Regierung auf diese Firmen einen Druck ausüben, damit sie einerseits ihr Geschäft mit deutschen oder österreichisch-ungarischen Häusern, andererseits aber auch jeglichen Verkehr mit Firmen, die auf der schwarzen Liste stehen, aufgeben, damit so der ganze Handel Deutschlands und Oesterreich-Ungarns in Amerika unterbunden werde. Diese Forderungen Englands sind so kühn und eine derartige Verletzung der amerikanischen Interessen, daß sie auch in den Vereinigten Staaten, wo man gewohnt war, Gewaltakte Englands gleichmütig hinzunehmen, den größten Widerstand erregen. Die öffentliche Meinung in Amerika will, daß die Regierung von Washington gegen die englischen schwarzen Listen und die Aufnahme amerikanischer Firmen in dieselben Protest erhebe und England zu einer Milderung zu bewegen suche. Die Erregung ist in Amerika tiefgreifend, was begreiflich ist, da durch die schwarzen Listen vielen Firmen in den Vereinigten Staaten ihr Geschäft ganz unmöglich gemacht würde. Es wird sich zeigen, ob die amerikanische Regierung diesmal die Energie aufbringt, um England zur Zurücknahme seiner gewaltsamen Maßnahmen zu bestimmen.

### Eine offizielle Anfrage Amerikas in London.

Washington, 21. Juli.

Das Staatsdepartement hat den amerikanischen Botschafter in London, Page, beauftragt, sich darüber zu informieren, welche amerikanischen Firmen auf Grund des Gesetzes über den Handel mit dem Feinde auf die britische schwarze Liste gesetzt wurden und welche Gründe dafür maßgebend waren. Der Schritt wurde im Anschluß an das nicht formelle Ersuchen um Aufklärungen, das gestern an die britische Botschaft in Washington gerichtet worden ist, unternommen.

## Ersuchen der Neutralen um ein Einschreiten Amerikas.

Amsterdam, 22. Juli.

Einem hiesigen Blatt zufolge melden die „Times“ aus Washington, daß die neutralen Regierungen die Vereinigten Staaten ersuchten, die Führung bei dem Widerstand gegen die britische schwarze Liste in die Hand zu nehmen. Das Ersuchen und die erregte Stimmung in einem Teile der Bevölkerung veranlaßte die Regierung in Washington, gegen England aufzutreten. Der amerikanische Protest nimmt wahrscheinlich die Form einer scharfen Erklärung über das den Amerikanern angetane Unrecht an. Der niederländische Gesandte in Washington trat als Dolmetsch der Neutralen Beschwerden auf und erklärte, daß ein niederländisches Schiff sich weigerte, Konnossemente von

amerikanischen Firmen anzunehmen, die auf der schwarzen Liste stehen.

### Wahrscheinlichkeit eines amerikanischen Protestes.

London, 21. Juli.

„Daily Telegraph“ meldet aus Newyork unter dem 19. d.: Die Blätter beschäftigen sich lebhaft mit der heute veröffentlichten schwarzen Liste von amerikanischen Firmen. Das hiesige Publikum ist an ein solches Verfahren nicht gewöhnt und der amerikanische Handel fürchtet, daß die amerikanischen Interessen leiden würden. Man erwartet, daß Präsident Wilson eine kräftige Protestnote nach London senden wird, wie es die öffentliche Meinung Newyorks verlangt.

Der Washingtoner Korrespondent der „Newyork Tribune“ sagt, man besorge schwere Folgen von einem Eingriff in den amerikanischen Handelsverkehr. Die Firmen, die bedeutende Handelsbeziehungen zu England und den Verbündeten haben, würden den Verkehr mit den Firmen auf der schwarzen Liste aufgeben aus Furcht, selbst darauf gesetzt zu werden. Die britischen Maßregeln würden nur darauf hinauslaufen, den gesamten auswärtigen Handel der deutschen, österreichischen und ungarischen Firmen in den Vereinigten Staaten zu vernichten, vielleicht auch ihr ganzes inländisches Geschäft.

Die „Times“ melden aus Washington unter dem 19. d.:

Die Regierung wird die Bewegung, die infolgeder Veröffentlichung der schwarzen Liste entstand, in Anbetracht der heiklen innerpolitischen Lage vielleicht nicht außer acht lassen können.

Rotterdam 22. Juli.

Dem „Nieuwe Rotterdamischen Courant“ zufolge melden die „Londoner Times“ aus Washington vom 21. Juli:

Die Erbitterung der Kaufleute über die schwarze Liste der britischen Regierung nimmt zu. Neutrale Mächte erhoben Vorstellungen, daß die Vereinigten Staaten die Führung von Verhandlungen übernehmen möchten, die in der einen oder anderen Form gemeinschaftliche Repressalien bezwecken. Die Haltung der amerikanischen Regierung wird durch diese Vorschläge anderer neutraler Mächte, gemeinsam vorzugehen, bestärkt. Die Forderung der öffentlichen Meinung und die offenkundigen politischen Vorteile, die erreicht werden könnten, führten zu der bestimmten Absicht, zu protestieren.

Der Protest wird wahrscheinlich die Form einer scharfen Erklärung über die Nachteile annehmen, die den Amerikanern zugefügt wurden, und mit der Aufforderung enden, derartige Forderungen einzustellen, andernfalls würde das Auftreten Englands als unfreundliche Haltung aufgefaßt werden. Ferner verlangt man Repressalien auf legislativem Gebiete.

Der niederländische Gesandte in Washington entfaltet eine lebhafteste Tätigkeit, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Beschwerden der Neutralen zu lenken.

### Zum Rücktritt Sasonows

Der Rücktritt des russischen Ministers des Aeußern, Sasonow, ist zunächst deshalb von größtem Interesse, weil durch ihn eine Persönlichkeit vom politischen Schauplatz verschwindet, in der sich die russische Auslandspolitik der letzten sechs Jahre verkörpert — in ihren Wandlungen und in ihrem schließlichen Wiedereinschwenken in den früheren Kurs.

Sasonow trat am 3. Oktober 1910 als Nachfolger Iswolkis sein Amt an. Damals stand die russische Auslandspolitik durchaus unter dem für sie so peinlichen Einflusse der Machtvergrößerung, die Oesterreich-Ungarn durch die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina gewonnen hatte. Man mag sich daran erinnern, daß im Laufe des Jahres 1909 die Spannung zwischen den beiden Reichen immer schärfer wurde, ja sogar zu einer Unterbrechung der geschäftlichen Beziehungen zwischen den beiden Regierungen geführt hatte. Man gab zum Teil auch einem starken persönlichen Gegensatz zwischen Iswolski und Lehrenthal die Schuld daran. Jedenfalls wurden im Laufe des Jahres 1910 in der russischen Duma mehr und mehr Stimmen laut, die zu einer Wiederaufnahme der offiziellen Beziehungen zur Habsburg-Monarchie rieten. In diesem Zusammenhange erfolgte im Oktober 1910 die Entlassung Iswolkis und die Ernennung Sasonows zu seinem Nachfolger. Die Ereignisse der folgenden Zeit haben erwiesen, daß in diesem neuen Manne sich ein neuer Kurs verwirklichen sollte: und dieser Kurs führte nach Potsdam und Baltisch-Port. Es kam zu einer durchaus klar ausgesprochenen Annäherung Rußlands an Deutschland. Am 4. November 1910, also schon einen Monat nach dem Amtsantritt Sasonows, fand die viel besprochene Begegnung des Zaren mit dem deutschen Kaiser in Potsdam statt. Der deutsche Reichskanzler hat in der Reichstagsitzung vom 10. Dezember jenes Jahres ausdrücklich als Ergebnis dieser Zusammenkunft die Bestätigung des alten vertrauensvollen Verhältnisses der beiden Staaten bezeichnet. Es sei dadurch volle Sicherheit gehoten worden, daß keiner von beiden Staaten sich in irgend eine Unternehmung einlassen werde, deren Spitze gegen den andern gerichtet sei. Auch außerhalb Deutschlands faßte man diese Demonstration so auf, ja, der „Daily Graphic“ sprach sogar von einer Art Erneuerung des Bismarckschen Rückversicherungsvertrages.

Für die nächste Zeit wurde diese Annäherung Rußlands an Deutschland weiter ausgebaut. So ganz besonders in der Kaiserbegegnung zu Baltisch-Port, die am 4./5. Juli 1912 stattfand. Damals schrieb die „Nowoje Wremja“ die viel besprochenen Worte: „England und Rußland können niemals Freunde werden, solange England in Indien steht. Die rechte Politik für Rußland ist, sich Deutschland zuzuwenden.“ In Frankreich aber war man sehr unzufrieden, und man konnte damals in der französischen Presse lesen, das ganze Bündnis mit Rußland sei nur ein wertloser „Bluff“. In den halbamtlichen Erklärungen, die der Zusammenkunft vom Juli 1912 folgten, sprach man ausdrücklich vom festen Entschluß, die zwischen den beiden Ländern bestehenden altährwürdigen Ueberlieferungen hochzuhalten — man zitierte also gewissermaßen Friedrich Wilhelm III. und Alexander I. Die „feste und dauernde Freundschaft“ — so äußerte sich das russische Communiqué — schien für alle Zeiten besiegelt.

Doch der Umschwung erfolgte schon im Laufe des nächsten Jahres, und die Gegensätze verschärften sich immer mehr, bis sie im August 1914 so hart waren, daß der Ausbruch des Krieges nicht mehr zu vermeiden war. Die Gründe für diese Schwentung in der Politik Sasonows sind heute noch nicht völlig bloßzulegen. Die Wandlung der Dinge auf dem Balkan, die neuen Brandstoff zwischen Oesterreich und Rußland häufte, und die unermüdlige Arbeit Iswolkis in Paris haben wohl das auswärtige Amt schließlich dazu gebracht, das Steuer zu wenden und das Bündnis mit der Gruppe Frankreich-England immer enger zu schließen. Diese Tendenz erhielt ihren sichtbaren Ausdruck in der großen Reise Poincarés nach Petersburg am Vorabend des Kriegsausbruches. Und heute ist das Band durch gemeinsamen Kampf fester geschlungen als je. Die gleichen Staatsmänner aber, die sich im Juli 1912 mit festem Freundschaftsdrucke die Hand reichten — Bethmann-Hollweg und Sasonow

—, waren zwei Jahre später schon genötigt, das Tisch Tuch zwischen einander zu zerschneiden. Es wäre Torheit, ihnen deswegen Charakterlosigkeit vorzuwerfen. Die Verhältnisse zwangen sie eben, und diesem Zwange kann sich kein Staatsmann entziehen.

Sasonow hat übrigens in den sechs Jahren seiner Tätigkeit manchen Wechsel im Ministerium miterlebt. Als er sein Amt antrat, stand noch Stolypin an der Spitze der Geschäfte, nach dessen Ermordung folgte Kowzew, dann Goremjkin und zuletzt Stürmer, der nun dem zurücktretenden Minister des Aeußern die Zügel aus der Hand nimmt. Daß damit ein Wechsel im Kurs der Außenpolitik Rußlands verbunden wäre, ist nicht anzunehmen — der Strom, in dem die Schicksale Rußlands heute schwimmen, hat zu starken Fluß, als daß man ihm durch Verfügungen solcher Art eine andere Richtung geben könnte. Ueber die Gründe zu Sasonows Rücktritt ist heute noch nichts bekannt geworden. Die Vermutung liegt nahe, daß die Wandlung der Haltung Rußlands im fernem Osten, die im Abkommen mit Japan sichtbaren Ausdruck gefunden hat, zum Wechsel im Ministerium des Aeußern beigetragen hat — aber Sicheres weiß man darüber nicht. Man scheint auch in den weiteren Kreisen der Verbündeten über die Tragweite noch nicht klar zu sein, wenigstens hat die Agentur Havas bis heute vormittag keinerlei Äußerungen der französischen Presse übermittelt. Die nächsten Stunden werden vielleicht schon Sicherheit bringen. In diesem Augenblick sei noch daran erinnert, daß nach russischen Pressemeldungen Mitte Juli im Hauptquartier eine Sitzung des Ministerrates stattgefunden hat, in der die Diskussion über die Möglichkeit eines Friedensschlusses breiten Raum eingenommen habe. Die russische Zensur hat diese Meldung durchgelassen. Wir unterlassen es für heute, daraus irgendwelche Schlüsse zu ziehen.

## Polen und die kriegsführenden Mächte

Von polnischer Seite wird uns geschrieben:

Nach den öffentlichen Äußerungen Herrn Greys zu urteilen, kommen für ihn nur die unabhängige Staatswesen organisierten Nationen in Betracht. Die Belgier und Serben nehmen seine ganze Aufmerksamkeit in Anspruch, aber den 25 Millionen Polen und den andern 25 Millionen Ruthenen, Litauern und Juden, die die Territorien der ehemaligen Republik Polen bewohnen, gelingt es nicht, seine politische Aufmerksamkeit zu fesseln. Soll man das so verstehen, daß nach Ansicht des englischen Ministers alle Polen, alle Glieder des ehemaligen polnischen Staates sich nur einzig und allein unter russischer Gewalt und in russischem Verfügen befinden? Gleiches durch keinen gerechten Grund gestütztes Eigentumsrecht hat jeder starke Aneigner fremden Eigentums. Rußland hat sogar sein «jus occupantis» verloren, indem es einem andern, den deutschen Okkupanten, den Platz räumen mußte.

Die Kengstlichkeit, mit welcher die Alliierten Rußlands und Deutschlands eine polenfreundliche Stellung einzunehmen vermeiden, stammt nicht aus feindlichen Ueberlegungen dem wieder zu bildenden polnischen Staate gegenüber. Der Grund liegt in der Angst, die Feinde Polens, seine unrechtmäßigen Besitzer, verletzen zu können.

In der englischen und französischen Gesellschaft besitzen die Polen aufrichtige Freunde. Die Kenntnis der Geschichte Polens, das Verständnis für die große politische, ökonomische und moralische Tragweite des wieder gebildeten polnischen Staates ist dort im Wachsen begriffen. Die bedeutendsten Namen Frankreichs und Englands stellen sich entschieden an Seite des polnischen Unabhängigkeitsgedankens. Aber offiziell und öffentlich wird es nicht ausgesprochen, denn die Söhne beider freier Staaten sind gezwungen, ihren Wunsch, die Auserstehung Polens, vor Rußland zu verheimlichen.

Das große, in zwei Weltteilen gelegene russische Reich kann sich nicht entschließen, das Unrecht, welches es zusammen mit Deutschland und Oesterreich an Polen begangen hat, gutzumachen. Keiner von den Staaten, die vor einem Jahrhundert Polen aufzusaugen versuchten, will sich des fremden Eigentums entäußern. Jeder behauptet, er wolle Polen von der Tyrannei des andern befreien.

Rußland wirft Deutschland die Enteignungsgehe und die Schulunterdrückung vor. Deutschland schützt russische Religionsverfolgungen, russische Begünstigung der Unwissenheit und russische Konfiskationen vor, um Polen von den Russen zu befreien. Die offiziellen Verbände

ten Rußlands, England und Frankreich, üben sich im Schweigen der polnischen Frage gegenüber, aus Rücksicht und Kengstlichkeit vor Rußland. Die offiziellen Verbündeten Deutschlands, Bulgarien, die Türkei und Oesterreich, schweigen aus Rücksicht und Kengstlichkeit vor Deutschland. Auf diese Weise liegt die Frage Polens nicht in den Händen der Alliierten oder der Zentralmächte, aber sie ist und bleibt einzig und allein in der Gewalt Rußlands und Deutschlands. Und hier liegt die größte Gefahr für Polen. Rußland und Deutschland besitzen die alte Tradition harmonischer Eintracht, wenn es sich handelt, Polen zu verzehren. Polen ist ein guter Bissen, fruchtbar und weit seine Erde, arbeitsam und zahlreich die Bevölkerung. Die Polen können und dürfen das Gespenst russisch-deutscher Eintracht zu Polens Schaden nicht aus den Augen verlieren. Sogar dieser langandauernde Krieg vermochte nicht das Element russisch-deutscher Freundschaft aus dem Regierungsgestirne beider Staaten zu bannen. Dies dürfen die Freunde des Friedens, die Freunde Polens nicht vergessen. Die Bildung eines unabhängigen polnischen Staates, der zwischen Deutschland und Rußland gelegen, wird die beiden verhindern, sich mit fremdem Schaden zu versöhnen, wird die Möglichkeit einer freien Konkurrenz und friedlichen Entwicklung beider Völker schaffen.

Sollte die Kengstlichkeit, mit welcher die Verbündeten Rußlands und Deutschlands vermeiden, sich auf Seite eines unabhängigen Polens zu stellen, ihren Grund in ihrer Abhängigkeit von Rußland und Deutschland haben? Sollen also auch weiterhin nur Deutschland und Rußland in dieser internationalen Frage entscheiden? Soll die polnische Frage auch weiterhin nur eine innere Frage der Teilungsmächte bleiben?

Trotz der so oft wiederholten Versicherungen, dieser Krieg solle die Befreiung unterdrückter Völker bewirken, befinden sich auf beiden kriegsführenden Seiten Regierungen, die diese Völker, die befreit werden sollen, unterdrücken. Hat Rußland von sich das Odium der Unterdrückung Polens genommen, indem es den Polen gestattet, patriotische Lieder zu singen? Es ist dies bis jetzt die einzige Erleichterung, die den Polen von seiten der russischen Regierung während dieses fürchterlichen Krieges gewährt wurde. Haben die Deutschen ein ruhiges Gewissen den Polen gegenüber, wenn keine einzige der Beschränkungen der polnischen Rechte in Posen und Westpreußen aufgehoben wurde und trotzdem die Polen Russisch-Polens mit Konzessionen auf kulturellem Gebiete angelockt werden sollen? Steht Oesterreich, das von seiten seiner polnischen Untertanen sogar durch Bildung einer eigenen Armee, der polnischen Legion, unterstützt wird, in einem solchen Abhängigkeitsverhältnis zu Deutschland, das dies ihm

verbietet, in der polnischen Sache das Wort zu ergreifen?

Dies sind alles Fragen, die sich den Polen und dem ehrlich denkenden Teil der Menschheit aufwerfen. Immer öfter und mutiger verlauten die Stimmen, die zum Frieden mahnen. Wenn die Verbündeten Deutschlands sowie Rußlands diesen Frieden anstreben, so müssen sie offen die Wiederherstellung eines freien, unabhängigen Polens verlangen. Belgien und Serbien erhielten offizielle Versprechungen, die ihre Freiheit garantieren. Polen und andere unterdrückte Nationen sollten dieser offiziellen Versicherungen ebenfalls teilhaftig werden. Dies ist der Weg des Friedens, der von neutralen und kriegsführenden Staaten, sowie von der ganzen durch diesen Krieg moralisch und ökonomisch gequälten Menschheit mit gleicher Sehnsucht erwartet wird.

## Die Stockholmer Konferenz

Von einem Teilnehmer

Nach einer fünfmonatigen Tätigkeit der Stockholmer Neutralen Konferenz mag es angezeigt erscheinen, einen kurzen Rückblick auf ihre Arbeit zu werfen, dies um so mehr, als allerlei Gerüchte über sie verbreitet worden sind, die eine richtige Einschätzung ihres Charakters und ihrer Arbeit erschweren.

Die Plenarkonferenz, die aus je fünf Abgeordneten aus den wichtigsten neutralen Ländern bestand, hat im März und April die allgemeinen Richtlinien für die Arbeit der Konferenz entworfen, ein Prinzipienprogramm geschaffen und in einem Appell an die kriegsführenden Regierungen, Parlamente und Völker eine Reihe konkreter Vorschläge für die Regelung der durch den Krieg akut gewordenen Fragen aufgestellt, die als Diskussionsbasis für die kommende Besprechung der Friedensbedingungen dienen sollten. Diese Vorschläge haben begreiflicherweise in keinem der beiden Kriegslager vorbehaltlose Zustimmung gefunden — was ihrem neutralen Charakter kein schlechtes Zeugnis ausstellt —, sind aber auch in der Schweiz einigem Kopfschütteln begegnet, weil sie der „Kriegslage“ zu wenig Rechnung trugen. Die Konferenz hatte es aber absichtlich vermieden, ihre Vorschläge auf den Sand einer trügerischen und veränderlichen Kriegslage aufzubauen; sie hatte sie vielmehr in dem Felsen jener Grundsätze und Rechte zu verankern gesucht, zu denen die Geschichte der Menschheit trotz allen Seitensprüngen immer wieder zurückkehrt, jener ewigen Rechte und Freiheiten, von denen Schiller sagt, daß sie am Himmel hängen, „unveräußerlich und unzerbrechlich wie die Sterne selbst“. Selbstbestimmungsrecht der Nationen, Freiheit der Meere und Freiheit der ökonomischen Entwicklung für jedes Volk, offene Tür in den Kolonien und offene, durch keine Macht „kontrollierte“ Meeresstraßen, das waren die Hauptgrundsätze, auf denen sich jene Vorschläge aufbauten. Man hätte der Konferenz mit Recht den Vorwurf der Schwäche und Voreingenommenheit machen können, wenn sie das Friedensprogramm irgend eines siegreichen Generalstabes — wenn es überhaupt einen solchen gegeben hätte — zu antizipieren versucht hätte.

Ende April reorganisierte sich die Konferenz in dem Sinne, daß ein Arbeitskomitee von zwölf Mitgliedern die Durchführung des Tätigkeitsprogrammes übernahm. Dieses Komitee besteht nun aus folgenden Persönlichkeiten: Schweden: Bürgermeister C. Lindhagen, Stockholm; Prof. Dr. Larsson, Lund; Dänemark: Prof. Dr. Weis, Kopenhagen; Frä. Helene Berg, erster weiblicher Kandidat für den dänischen Reichstag; Norwegen: Prof. Dr. Gjelsvik und Dr. H. Lie vom Nobelinstitut; Holland: Ministerialrat Dr. De Jong van Beek en Donk, Haag, und Prof. Wolterbeek-Müller, Rotterdam; Amerika: Prof. Dr. David Starr Jordan, Hochschulrektor, und Prof. Emily C. Balch; Schweiz: Nationalräte Scherrer-Füllmann und Dr. Göttisheim.

Dieses Komitee, das aus Ideal- und Realpolitikern, aus Parlamentariern, Völkerrechtlern, höhern Beamten, Propagandisten usw. zusammengesetzt ist, arbeitet hauptsächlich in den verschiedenen Sektionen, die für eine zweckmäßige Arbeits- und Kompetenzteilung gebildet worden sind. Das Mediationskomitee behält alle Möglichkeiten direkter oder indirekter Vermittlungsversuche im Auge. Es suchte insbesondere frühere Minister, bekannte Parlamentarier und Politiker für diskrete Missionen an die kriegsführenden Regierungen oder diesen nahestehende Persönlichkeiten zu gewinnen und setzt diese Tätigkeit auch weiterhin fort. Das Departement für Publizität und Propaganda sucht den Gedanken der Verständigung und Annäherung durch ein Zeitungs-Korrespondenzbureau sowie durch weitverbreitete Veröffentlichungen in den kriegsführenden Ländern zu wecken und zu verbreiten. Es führte die Feier des 18. Mai, des Tages des Zusammentritts der ersten Haager Konferenz, in Europa ein, gab Broschüren in verschiedenen Sprachen anlässlich der Friedensreden Greys, Bethmann-Hollwegs und Wilsons heraus, übersetzte Stimmen der Bernunft aus England ins Deutsche und deutsche ins Englische und veranstaltete in allen Ländern eine Enquete über die von der Konferenz aufgestellten konkreten Vorschläge. Das „Outlook-Komitee“ ist bestrebt, eine stets engere Kooperation mit großen internationalen Verbänden, die in ähnlichem Sinne arbeiten, mit der Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden, der Interparlamentarischen Union, der League to enforce Peace, dem Internationalen Sozialistischen Bureau usw., zu bewerkstelligen, und eine Studienkommission beschäftigte sich mit dem Studium derjenigen Probleme, die nicht bereits ins Programm der Studienkommissionen des Berner Studienkongresses aufgenommen worden sind. Das Präsidium des Zentralkomitees wechselt von Monat zu Monat, die Seele des Ganzen aber bleibt Herr Generalsekretär Lochner, der in vorzüglicher Weise die umfangreichen Geschäfte des Generalsekretariates leitet und organisiert.

Daß die Konferenz aller Mängel bar sei, wird bei der Unvollkommenheit alles Menschlichen niemand behaupten wollen. Tiefgehende Meinungsverschiedenheiten waren bei der Art ihrer Zusammensetzung unvermeidlich. Sie

konnten aber stets in loyaler Weise überbrückt werden, und die Verschiedenartigkeit der Ansichten, Interessen und Temperamente war gerade die Stärke der Konferenz, indem sie eine richtige Repräsentation der öffentlichen Meinung von sechs neutralen Ländern wahrscheinlich machte. Ein ersprießliches und erfreuliches Zusammenarbeiten war im Zentralkomitee gleichwohl zu konstatieren, was schon durch die von ihm geleistete Arbeit bestätigt wird. Vor allem aber müssen alle diejenigen Gerüchte als vollständig unrichtig bezeichnet werden, die von einem Teil der Presse gestiftet und verbreitet, behaupteten, daß die Konferenz von der einen oder andern Kriegsgruppe einseitig beeinflusst sei.

E. T.

## Ein politischer Sturmtag in Griechenland

(Von unserem Korrespondenten)

Αθήναι, 22. Juni 1916.

(Am 23. Juli in Bern eingetroffen)

Ueber die bedeutungsschweren Ereignisse der vier letzten Wochen werden die Leser des „Bund“ durch den Depeschenteil auf dem Laufenden gehalten worden sein und ich kann mich deshalb begnügen, eine kurze Darstellung des kritischen Tages vom 21. Juni zu geben, welcher in Griechenland wohl nicht so schnell vergessen werden wird. Bei einer täglich zunehmenden tropischen Hitze war die politische Spannung in den letzten Tagen auf einen Höhepunkt gestiegen, daß die Entladung stündlich zu erwarten war. Am 20. Juni erfolgte die Demission des Ministeriums Skuludis, da die Absicht der Ententemächte, mit demselben keine Beziehungen mehr anzuknüpfen, klar geworden und die Fortsetzung der Blockade zu befürchten war. Noch gleichen Abends berief der König den ehemaligen Ministerpräsidenten und jetzigen Gouverneur der Nationalbank, Zaimis, aus seinem Ferienaufenthalt auf Aegina zurück, um ihm die Bildung eines Arbeitsministeriums zu übertragen. Am 21. Juni, um die Stunde, da die Vertreter der Ententemächte die für die Geschichte Griechenlands so denkwürdige Note überreichten, notierte auch das Thermometer einen Rekord, der seit den regelmäßigen Messungen von 1853 an noch nie erreicht wurde. Das Observatorium verzeichnete eine Temperatur von 43 Grad Celsius am Schatten und 70 Grad an der Sonne. In der Stadt selber wurden Temperaturen von 45 bis 47 Grad am Schatten registriert! Daß unter diesen Umständen die Entladung der politischen Spannung auch die Erregung der Gemüter auf Siedehitze brachte, ist kaum verwunderlich.

Die Ereignisse des Tages selber spielten sich wie folgt ab: Um 10 Uhr morgens begab sich Zaimis nach Tatoi, dem Sommeritz des Königs, und wurde von diesem sofort empfangen. Zu der fast zwei Stunden dauernden Unterredung wurde später auch Skuludis beigezogen. Zaimis erklärte sich hierauf bereit, das Mandat für die Bildung eines Arbeitsministeriums zu übernehmen. Gegen 1 Uhr begaben sich die Gesandten Frankreichs und Englands auf das Ministerium des Auswärtigen und übergaben dem Generaldirektor Politis die bekannte Note, deren Schlußbedingungen hier kurz resümiert seien:

1. Die reelle und totale Generaldemobilisation der griechischen Armee in kürzester Frist.

2. Sofortige Ersetzung des gegenwärtigen Ministeriums durch ein Arbeitsministerium ohne politische Färbung, welches alle Garantien für die loyale Anwendung der versprochenen wohlwollenden Neutralität gegenüber den Alliierten und für eine neue unbeeinflusste Volksbefragung bietet.

3. Sofortige Auflösung der Kammer und Anordnung von Neuwahlen innert der verfassungsmäßigen Frist und nachdem durch die Generaldemobilisation der Wahlkörper wieder vervollständigt sein wird.

4. Ersetzung von gewissen Beamten der Polizei, deren Haltung von fremden Einflüssen beherrscht, Angriffe auf friedliche Bürger und Beschimpfungen der alliierten Gesandtschaften und deren Schutzbefohlenen ermöglicht hat.

Die Note war auch vom russischen Gesandten unterzeichnet und leitete ferner aus den Verträgen das Recht der Schutzmächte für diese Einmischung ab. Zu gleicher Zeit war der Text der Note auch der Presse mitgeteilt worden und erschien als Proklamation an das griechische Volk.

Im Laufe des Nachmittags hielt das alte Ministerium noch eine Sitzung, während welcher der Generaldirektor des Auswärtigen dem Expremier Skuludis die Note überreichte; er nahm sie aber nicht an, sondern stellte sie den Gesandten wieder zu.

Bei der Ueberreichung der Note erklärten die Vertreter Frankreichs und Englands mündlich, daß die verbündete Flotte, bestehend aus siebzehn Einheiten und Transportschiffen, mit einer Division vor Piräus kreuze, um im Falle der Ablehnung der Bedingungen die nötigen Maßnahmen zu ergreifen.

Dem König wurde der Inhalt der Note aus der Presse bekannt, und er ordnete hierauf für sechs Uhr abends einen Ministerrat an; die Prüfung der Lage ergab, daß nichts übrig bleibe, als sich den Bedingungen der Mächte zu unterwerfen. Zaimis, der unmittelbar nachher vom König empfangen wurde, begab sich nach kurzer Besprechung zu den Gesandten der Alliierten, um ihnen offiziell die Annahme ihrer Forderungen anzuzeigen.

Inzwischen hatte sich das abgedankte Ministerium in die Kammer begeben, wo Skuludis unter lautloser Stille die Demission ankündigte. Unter langanhaltenden Hochrufen auf den König, die Nation und die Verfassung wurde sodann die Sitzung aufgehoben. Gegen 11 Uhr abends, als sich die von den Tagesereignissen erregte Athener Bevölkerung aus der Gluthitze der Häuser auf die Straßen und Plätze ergoß, erschütterte eine gewaltige Explosion die Luft und verursachte in der ganzen Stadt eine helle Panik. Auf den Plätzen, wo eben kinematographische Kriegsbilder vorgeführt wurden, rannte und stieß alles angstvoll durcheinander, und vor den Häusern bildeten sich erregt gestikulierende Gruppen. Was geschehen war, wußte niemand; die Worte „Bombardement“ und „Bombenattentat“ schwirrten durch die Luft und verursachten Entsetzen. Am Mitternacht wurde bekannt, daß ein Pulverdepot in der Nähe der Stadt infolge der außerordentlichen Hitze in die Luft geflogen war, und so konnte man sich wenigstens beruhigt zu Bett legen, nicht etwa zu erquickendem Schlaf, sondern um in der von keinem Lufthauch bewegten Gluthitze wachend und schwitzend die Bescherungen des folgenden Tages zu erwarten.

Es liegt nicht in der Aufgabe eines neutralen Berichterstatters, die letzten Ereignisse in Griechenland einer kritischen Besprechung zu unterziehen, denn das wird von den Nächstbeteiligten in ausgiebiger Weise besorgt werden. Es sei bloß beigelegt, daß die Popularität des Königs, der mit seinem für ihn schwer gewordenen Entschluß dem Lande momentan das Schlimmste erspart, sich nicht vermindert hat.

**Der Rücktritt Sasonows.**

**Stürmer Minister des Aeußern, Chwoftow  
Minister des Innern, Makarow Justizminister.**

Petersburg, 23. Juli.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet:  
Ministerpräsident und Minister des Innern  
Stürmer wurde zum Minister des Aeußern  
ernannt. Er behält den Vorsitz im Ministerrate.  
Justizminister Chwoftow wurde zum Minister des  
Innern und der ehemalige Minister des Innern  
Makarow zum Justizminister ernannt.  
Der Rücktritt des Ministers des  
Aeußern Sasonow wurde in Genehmigung  
seines Gesuches bewilligt.

## Wilson's Friedensbekenntnis.

Nach seiner Nominierung in St. Louis hielt Präsident Wilson am 30. Juni beim Jahresessen des New Yorker Pressklubs eine bedeutungsvolle Rede, die wir bereits in telegraphischen Auszügen wiedergegeben haben. Um ihres programmatischen Charakters willen lassen wir die Rede hier im Wortlaut nach der „New York Times“ folgen:

„Es liegt etwas eigentümlich Widerspruchsvolles in den Gefühlen, die ich Ihnen gegenüber hege. Sie springen mitunter, — vor allem in Ihren photographischen Anschlägen, — höchst unsanft mit mir um; Sie drängen sich mitunter so stark in mein persönlichstes Bereich ein, daß Sie Meinungen von mir aussprechen, noch ehe ich Ihnen selber Ausdruck verliehen habe, und dennoch sehe ich mich jetzt, wo ich Ihnen Auge in Auge gegenüber stehe, versucht, alle Vorsicht fallen zu lassen und mich als das unvollkommene menschliche Wesen zu zeigen, das ich bin. Mr. Colby (einer der Vorredner) hat etwas gesagt, das zu den wenigen Dingen gehört, die ich selber zu sagen beabsichtigt hatte. Er meinte, daß es gewisse Dinge gibt, die zwecklos zu debattieren sind, weil sie selbstverständlich sind. Es ist ganz selbstverständlich unsere Pflicht, die Nation zu rüsten, damit sie ihre Ehre und ihre Sagenungen wahren kann. Warum also eine Debatte darüber, wenn nicht über Einzelheiten, über den Plan, über den sich ja immer streiten läßt. Selbstverständlich ist es Pflicht der Regierung, — und sie wird sie nie und nimmer übersehen, — Staatsgebiet und seine Bewohner zu verteidigen. Es versteht sich von selbst, daß es die Pflicht einer Verwaltung ist, sich jeden Punkt der nationalen Ehre mit äußerster Feinsichtigkeit ständig vor Augen zu halten. Aber, meine Herren, wenn auch diese offenkundigen Dinge von Ihnen ausgesprochen und anerkannt sind, das Programm des Handelns harret noch der Gestaltung.“

Wann wollen Sie handeln, und wie wollen Sie handeln? — Zuschlagen ist das Leichteste. Impulsivität ist Brutalität. Es bedarf keiner Ueberlegung, wenn ein Mensch aggressiv vorgehen will, aber wenn jemand wahrhaft die Ehre der Nation erhalten und dabei ihre Ideale zur Erscheinung bringen will, dann gilt es aufs genaueste zu überdenken, was er will und wie er es will.

Glauben Sie, daß ein Eroberungskrieg in Mexiko den Ruhm Amerikas heben würde? Glauben Sie, daß irgendein Akt der Gewalt von einer mächtigen Nation wie der unseren gegen einen schwachen und verwirrten Nachbar ein rühmliches Licht auf die Geschichte der Vereinigten Staaten werfen würde? Glauben Sie, daß es unsere Pflicht ist, in der Selbstverteidigung so weit zu gehen, daß wir einem anderen Volk in seinen Angelegenheiten unseren Willen diktieren? (Diese Fragen wurden aus der Versammlung heraus mit vielfachem Rein beantwortet.)

Die Ideale Amerikas stehen deutlich auf jedem Blatt seiner Geschichte geschrieben. Ich will, daß Sie wissen, wie voll und ganz ich mir bewußt bin, wem ich zu dienen habe. Nicht mir gehört die Regierung der Vereinigten Staaten, selbst nicht für diese kurze Spanne Zeit. Es kommt mir nicht zu, mich ihrer zu bedienen, um meine eigenen Gefühle zum Ausdruck zu bringen. Ich habe kein Recht, eigene Hoffnungen für die Zukunftsentwicklung Amerikas auszudrücken, solange solche Hoffnungen sich nicht mit denen der Nation decken, und ich muß mich ständig daran erinnern, daß ich nicht Diener derer bin, die ihre mexikanischen Kapitalien zu mehren wünschen, sondern Diener der großen Reichen des amerikanischen Volkes.

Liebe Mitbürger, ich bekomme viele Briefe von bedeutenden und einflussreichen Männern dieses Landes, aber ich bekomme auch eine große Menge anderer. Ich bekomme Briefe von unbekanntem Männern, von einfachen Frauen, von Leuten, deren Namen niemand gehört hat, und die auch niemand je wieder hören dürfte. Und all diese Briefe enthalten immer nur die eine Bitte: Herr Präsident, lassen Sie sich unter keinen Umständen einreden, daß unser Volk mit irgend jemandem Krieg haben will.“

Als ich gestern aus dem Zug stieg und mich von dem Lokomotivführer verabschiedete, sagte er halblaut zu mir: „Herr Präsident, halten Sie uns frei von Mexiko.“ Und so wie es mir der eine gesagt hat, haben es mir Tausende während meiner Reisen durch das Land gesagt. Wenn ich Gelegenheit habe, sehe ich solche Unterhaltungen fort und höre: „Wir wissen natürlich, daß Sie nicht Herr aller Umstände sind, und es könnte ja nötig werden, aber um Gottes willen tun Sie es nicht, wenn es nicht nötig ist.“ (Der Präsident mußte innehalten, bis sich der Beifall gelegt hatte).

Ich bin im Augenblick, fuhr er dann fort, der Wortführer dieser Leute, meine Herren. Ich habe nie Geschichte forschen können ohne die Erkenntnis, daß die größten Mächte in der Welt und zugleich die einzigen von Dauer die moralischen Kräfte sind. Dafür haben wir die Aussage eines gewiß höchst kompetenten Zeugen, nämlich des ersten Napoleon, der während der letzten Tage seines Lebens rückblickend auf das, was er von der Menschheitsgeschichte kannte, das Urteil fällen mußte, daß Gewalt niemals etwas Bleibendes geschaffen habe.

Gewalt — ich wage es auszusprechen — wird auch in dem großen Ringen, das sich jetzt jenseits des Ozeans abspielt, nichts Bleibendes schaffen. Das Dauernde wird nachdem geschaffen werden, wenn die Ausgänge erst einmal dem Urteil der Menschheit offen stehen, denn das einzige, was der Welt Beständigkeit gibt, ist ja gerade dieses stumme, beharrliche, allgewaltige Urteil der Menschheit. Hin und wieder vermag Gewalt die Dinge im Gleichgewicht zu halten, bis die Zeit dieses Urteil geformt hat. Aber niemals ist Macht, die nicht im Einklang mit diesem Urteil ausgeübt worden ist, sieghafte Macht und Vormacht gewesen.

Dasjenige Wort der amerikanischen Geschichte, auf das ich wohl am stolzesten bin, ist das in den einleitenden Sätzen der Unabhängigkeitserklärung, in denen ihr Verfasser sagt, daß die gebührende Achtung vor dem Urteil der Menschheit von ihm die Darlegung der Gründe seines Tuns fordere.

Ich darf getrost sagen, daß einige Achtung vor dem Menschheitsurteil auch von denen, die den jetzigen europäischen Krieg begonnen haben, Klarlegung ihrer Gründe verlangt hätte. Mein sie gaben ihm kein Gewicht, und die Abrechnung wird kommen, wenn der Abschluß kommt.

So bin ich denn, meine Herren, willens, was auch mein persönliches Schicksal sein mag, mich einzusetzen für diesen Spruch der Menschheit. Persönlich kann es mir gleichgültig sein, wie der Spruch am siebenten November (Tag der Präsidentenwahl) lauten wird, wenn ich nur bis zu einem gewissen Grade darauf vertrauen kann, daß das Gericht einer Zukunft zu meinen Gunsten urteilen wird. Nicht günstig für mich als Individuum, denn was gilt das, aber günstig für mich als den ehrlichen und gewissenhaften Wortführer eines großen Volkes.

Es gibt einige Leute, die in dem Bahn befangen sind, daß die Macht einer Nation von oben her kommt. Das tut sie nicht. Sie kommt von unten. Die Macht und die Kraft eines Baumes geht nicht von Wurzeln oder Frucht her, sondern von unten.

Wurzeln durch die dunklen Gänge der Erde, wo all die Kraft ihre Quelle hat, die sich in Blüte und Frucht erweist. Ich weiß, daß aus den stillen, stummen Massen des amerikanischen Volkes allmählich der starke Saft moralischen Zweckes, der Gerechtigkeitsliebe und der Ehrfurcht vor Menschlichkeit aufwärts quillt, der allein das Wertvolle und Auszeichnende des amerikanischen Volkes ausmacht.

Gehen Sie auf die Suche nach den Kommenden, die hier Herren sein sollen! Können Sie die Familien nennen, aus denen sie hervorgehen werden? Können Sie die Orte nennen, aus denen sie hervorgehen werden? Hätten Sie vorauszusagen gewußt, wenn Sie schon Abraham Lincolns Geburt und Jugend gekannt hätten, daß so die große, weltbeherrschende Persönlichkeit entstehen würde? Ich habe eine Universität geleitet, aber ich habe mich nie dem Bahn ergeben, daß die herrschenden Mächte durch Universitäten gemacht werden. Ich wußte, daß das Höchste, was eine Universität leisten kann, wenn sie ihren Beruf erfüllt, nicht mehr ist als Auslegung der moralischen Kräfte. Möge die Jugend, die ihrem Einfluß untersteht, die Wahrheit der Wahrheiten erkennen, woher er letzten Endes stammt, erkennen, daß diesen Einfluß niemand erwirken kann, wenn sich nicht jede Faser seines Seins begeistert spannt im Gedanken an die Ideale der Menschheit, die sie langsam, ach, wie langsam, haben die steilen Hänge erklimmen lassen, die sich von Weltanbeginn dem Fortschritt entgegengestellt haben.

So bin ich denn auch, meine Herren, heute Abend hierher gekommen, lediglich um Sie daran zu erinnern, daß nicht Sie die Vereinigten Staaten ausmachen, daß ich sie nicht ausmache; daß es etwas Größeres, Gewaltigeres und Herrlicheres ist als irgendeiner von uns, daß dieses Eine geboren ist aus einem Ideal und nur seines teureren Namens wert fortbestehen kann, wenn wir dem Ideal allen Widerwärtigkeiten zum Trotz nachfolgen, des Namens wert, den wir alle lieben, für den wir allesamt zu sterben bereit sind, des Namens Amerika.“

### Die Zustände in Montenegro.

#### Ein Dementi auswärtiger Lügenmeldungen.

Wien, 24. Juli. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: „Journal de Genève“ veröffentlicht in seiner Nummer vom 5. Juni 1916 den Bericht einer Persönlichkeit, die angeblich vor kurzem Montenegro bereist hatte. In diesem Bericht, welcher von unrichtigen Angaben wimmelt, heißt es unter anderem, daß in Montenegro nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die österreichisch-ungarischen Truppen hungern. „Es ist nicht selten, daß österreichisch-ungarische Soldaten trotz des strengen Verbotes scharenteise bettelnd zu montenegrinischen Familien kommen, deren sprichwörtliche Gastfreundschaft ja auch dem Feinde bekannt ist.“

Ohne all die in diesem Artikel enthaltenen Lügen hier einzeln anführen zu wollen, verweisen wir einfach auf folgende Tatsachen: Infolge der Terrainschwierigkeiten stieß die Verpflegung der Truppen während der Kämpfe im Vorjahre oft auf große Schwierigkeiten. Die Versorgung des montenegrinischen Gebietes wurde aber nach der Beendigung der Kämpfe in einer in jeder Hinsicht entsprechenden Weise gesichert, und die Approvisionierung wird seitdem ohne Stockung durchgeführt. Aber die Approvisionierung der Zivilbevölkerung ist auch durch unsere Militärbehörden gesichert worden. In Montenegro wurden an die Zivilbevölkerung bereits im Jänner und Februar Lebensmittel in reichlicher Menge abgegeben, und zwar Brot, Mais, Mehl, Kaffee, Zucker, Salz, Käse, überdies auch in einigen Fällen sogar Sardinen, Tee, Schokolade, Rum und Kognak.

Seit dem 1. März gehen allmonatliche separate, für die Zivilbevölkerung bestimmte Verpflegstransporte nach Montenegro, die den Monatsbedarf an Mais, beziehungsweise Mehl, Gemüse, Salz, Zucker für 150,000 Personen bringen. Der Approvisionierungsausschuß in Cetinje leitet die Approvisionierung der Zivilbevölkerung im Lande und verteilt die Verpflegungszuschüsse auf die Kreise nach dem Bedarf. Notleidende erhalten die Lebensmittel unentgeltlich. Saatgut (Mais, Gerste, Hafer, Kartoffeln und auch Weizen und Buchweizen) wurden in solcher Menge zur Verfügung gestellt, daß die gesamte anbaufähige Fläche bebaut werden konnte, was in Friedenszeiten nie der Fall war. Auch Gemüse wurde in großen Mengen angebaut. Ackergeräte wurden aus der Monarchie eingeführt. Die bisherigen Ernteberichte lauten günstig. Die Viehzählung hat ein sehr günstiges Resultat gezeitigt. Der Nährzustand der Rinder, Schafe und Ziegen ist ein sehr guter. Landesübliche Handelsprodukte, wie Wolle, Felle, Häute, wurden gegen Barzahlung übernommen.

Die Regelung der Währungsfrage in Montenegro hat die Belebung des Handels sowohl im Lande wie auch mit der Monarchie sehr günstig beeinflusst. Beweis, daß montenegrinische Kaufleute Waren im Werte von über eine Million Kronen in der Monarchie beschafften und nach Montenegro einfuhrten. Die montenegrinischen Offiziere und Staatsangestellten, Pensionisten, Witwen und Waisen, denen die montenegrinische Regierung vor dem Verlassen des Landes die Bezüge auf sechs Monate im voraus auszahlte, erhalten ab 1. August d. J. die Hälfte ihrer gesetzlichen Bezüge von der k. u. k. Militärverwaltung ausbezahlt. Auch erwerbsunfähigen Invaliden werden monatliche Geldunterstützungen gewährt.

## Falsche russische Meldungen über die wirtschaftliche Lage Deutschlands.

### Eine amtliche deutsche Kundgebung.

Berlin, 25. Juli.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Es ist ein Schatzzug der russischen Presse, besonders derjenigen Blätter, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die unleugbare, große Kriegsmüdigkeit des russischen Volkes zu bekämpfen, daß sie von Zeit zu Zeit Telegramme aus Kopenhagen oder Bukarest von wirklichen oder angeblichen Korrespondenten veröffentlicht, in welchen die wirtschaftliche Lage Deutschlands in den schwärzesten Farben mit maßlosen Übertreibungen geschildert wird. Nur Ende Mai wurde von dieser Art abgewichen, und zwar aus folgendem Grunde: Im Mai war der große Streit im russischen Lager: Offensive im Westen oder ruhiges Abwarten, bis das „an die Wand gedrückte“ Deutschland wirtschaftlich zusammenbricht, zugunsten des Offensivbeschlusses entschieden worden. Der Hilferuf Italiens auf der einen und das deutsch-rumänische Handelsabkommen auf der anderen Seite gaben den Ausschlag. Während vorher alle Hoffnungen auf die Verschärfung der Blockade Deutschlands gesetzt worden waren, hieß es nun mit einem Male „Deutschland ist weder wirtschaftlich am Vorabend des Zusammenbruches noch Kriegsmüde“. Offenbar hatte die Hauptpressverwaltung in Petersburg der russischen Presse die nötigen Direktiven gegeben. Die Schauermärchen über die „Not in Deutschland“ hörten plötzlich auf. Bei dem großen Widerstand, den der Gedanke an eine überaus blutige und opfervolle Offensive ganz offenbar in einflußreichen Kreisen fand, war es notwendig, dem russischen Publikum zeitweise wenigstens den Glauben zu nehmen, als ob die Vorbedingung für einen Friedensschluß auch ohne Blutopfer erreicht werden könnte. Die Offensive kam und mit ihr die ungeheuren Blutopfer. Ihr Erfolg entsprach der gewaltigen Kräfteanstrengung nicht.

Da geschah etwas Merkwürdiges: Das Trommelfeuer der Nachrichten über Deutschlands nahe bevorstehenden wirtschaftlichen Zusammenbruch setzte wieder ein, diesmal an einer ganz außergewöhnlichen Stelle: Ein russisches Militärwochenblatt, „Der Anzeiger des russischen Gardekorps“, veröffentlichte eine groteske Schilderung, angeblich von Herren, die aus Kopenhagen zurückgekehrt waren, über deutsche Zustände. Nur wenige Tage nach dem Gardekorpsanzeiger bringt die offiziöse Petersburger Telegraphenagentur am 2. Juli als ellenlanges Telegramm aus Kopenhagen vom 1. Juli eine ähnliche Schilderung über die Teuerung und Not in den deutschen Städten aus Quellen, die „nicht dem geringsten Zweifel unterliegen“; eine Schilderung, in der Wahrheit und Dichtung aufs kühnste mitunter recht erheiternd gemischt sind.

Welchen Zweck hatte dieser plötzliche Wechsel in der Stimmungsmache, da sich doch seit der letzten Presseinstruktion vom Ende Mai: „Deutschland ist wirtschaftlich nicht erschöpft“, die Lage in Deutschland zum Besseren wendete? Die Antwort ist leicht zu finden. Das russische Heer braucht, um vorwärts zu gehen, den Glauben daran, daß diese große Offensive unwiderruflich die letzte sein wird und daß der deutsche Widerstand zusammenbricht, wenn es dieses Mal gelingt, die deutschen Linien nur an einer Stelle zu durchbrechen. „Panik in Berlin“, „Barrikaden auf den Straßen“ — das erwartet das russische Publikum und offenbar auch die russische Heeresleitung von ihrer Offensive. Den Trost braucht das russische Volk, das fest hoffte, es werde auch ohne die hingeopferten Hunderttausende sein Ziel erreichen. Denn wie trostbedürftig das russische Volk ist, wie traurig es in diesem armen, reichen Lande zugeht, um das zu wissen, brauchen wir hier in Deutschland keine Berichtskatter aus Kopenhagen oder Bukarest. Wir kennen die mehr als sieben ägyptischen Plagen Rußlands: keine Fluchlingsnot, Fleischnot, Zuckernot, Gemüsenot, Leutenot, Eisenbahnnot, Brennstoffnot, Wohnungsnot, Ärztenot, Heilmittelnot, Stiefelnnot und Kleidernot. Wir wollen ein wahrheitsgetreues Bildchen darüber zusammenstellen.

**Parteitag oder Reichskonferenz.**

Das Gutachten des Parteiausschusses.

Berlin, 23. Juli.

Ueber die Tagung des Parteiausschusses wurde folgender Bericht ausgegeben:

Der Parteiausschuß tagte am 20. und 21. d. in Berlin. Den ganzen ersten Sitzungstag füllten die Verhandlungen über die Ernährungsfrage aus, wobei unter Anerkennung der bisherigen Tätigkeit des Parteivorstandes und der Fraktion völlige Einmütigkeit darüber herrschte, daß die Partei alles tun müsse, um gegenüber den Preistreibern der Produzenten und Händler und der Unzulänglichkeit in der Verteilung der Lebensmittel die Interessen der minderbemittelten Verbraucher mit Nachdruck zur Geltung zu bringen. Am zweiten Sitzungstag wurde die Friedensfrage eingehend erörtert und zuletzt über das parteizerrüttende, sonderorganisatorische Treiben einzelner Oppositionsgruppen und die Anregung, einen Parteitag einzuberufen, verhandelt. Da auch alle die Genossen, die im Hinblick auf die Verhältnisse in der Partei die Einberufung eines Parteitages als notwendig befürworten oder zum mindesten der ernstlichen Erwägung wert erachten, ebenso wie der Parteivorstand davon ausgehen, daß unerläßliche Vorbedingung für die Abhaltung eines Parteitages die Gewähr einer völlig unbeschränkten Aussprache ist, diese Gewähr aber zurzeit nicht gegeben werden kann, wurde die Frage einer Reichskonferenz erörtert, auf der eine gründliche Aussprache über die Differenzen in der Partei vor den Organisationsvertretungen aus allen Teilen des Reiches herbeigeführt werden soll.

Der Parteiausschuß gab seiner Auffassung in folgenden Resolutionen Ausdruck:

Gegenüber den in bürgerlichen Kreisen und Parteien herrschenden Anschauungen, wie sie in der Presse und durch Beschlüsse bürgerlicher Parteien zum Ausdruck kommen, erklärt der Parteiausschuß:

Unter Aufrechterhaltung der von der Reichstagsfraktion und dem Parteiausschuß aufgestellten Richtlinien für den Friedensschluß ist gegen die Forderung der Eroberungspolitik, die den Widerstand der gegen Deutschland Krieg führenden Staaten noch mehr herausfordern und die Gefahr eines Krieges bis zur völligen Erschöpfung steigern, schärfster Protest einzulegen.

Die Sozialdemokratie hält fest an der prinzipiellen Verwerfung aller Annexionen sowie jeder politischen und wirtschaftlichen Vergewaltigung eines Volkes von irgend einer Seite; denn diese würden nur weitere Kriege in der Zukunft zur Folge haben. Die Sozialdemokratie erklärt, daß die Verteidigung unseres Landes, die Sicherung seiner politischen Unversehrtheit und wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit das einzige Kriegsziel sein müssen.

Wir fordern die sozialistischen Parteien aller Länder auf, für schnelle Herbeiführung des Friedens zu wirken,

damit dem fürchterlichen Menschenmorden endlich Einhalt getan wird. (Gegen acht Stimmen angenommen.)

Der Parteiausschuß hält die baldige Einberufung eines Parteitages zur Wiederherstellung eines geordneten Parteilebens dringend erforderlich. Da indessen die Gewähr für eine ungehinderte Vorbereitung und für eine uneingeschränkte Aussprache auf einem Parteitag zurzeit nicht gegeben ist, empfiehlt der Parteiausschuß dem Parteivorstand die Einberufung einer Konferenz der Parteiorganisationen, um der fortschreitenden Zerrüttung der Partei vorzubeugen. (Gegen zwölf Stimmen angenommen.)

## Der springende Punkt.

Von Professor Kurt Brensig.

Die beiden Parteien, die sich heute in der öffentlichen Meinung Deutschlands gegenüberstehen, sind in einem Punkte im Grunde völlig einig: beide wünschen die schnelle Beendigung des Krieges. Uebersicht sind sie nur in Hinsicht auf die Mittel: die eine von ihnen glaubt den Zweck am ehesten durch äußerste Anspannung des Kriegswillens, die andere durch eine Ermäßigung der Kriegswünsche zu erreichen.

Bei allem Wohlmeinen muß diesen Friedensfreunden doch immer von neuem ein Bedenken in Erinnerung gebracht werden, das alle ihre Beweisführungen trifft und erschüttert, weil es den entscheidenden Punkt berührt. Ihr eigenes Tun, die fortgesetzte Sichtbarmachung einer ängstlichen Sorge um den Haß und den Unwillen der Feinde und daher die Herabminderung der Friedensforderungen, stellt ihren Endwunsch nach schnellem Frieden in Frage, ihr Mittel selbst hindert den erstrebten Zweck.

Gewiß, auch dieser Irrtum, in dem viele und achtungswerte Männer unseres Volkes befangen sind, spricht für den Grundkern deutschen Wesens. Sie sind der Sache Deutschlands so sicher, daß sie im Frieden auf die uns anderen notwendig dünkenden Machtbollwerke verzichten, im Kriege auch die Gefahr einer allzu friedliebenden Geste auf sich nehmen zu können meinen. Aber eben hier liegt die Wurzel ihres sachlichen Irrtums: zum Ueberdruß oft ist auf dies Wesen des Krieges als einer fortgesetzten Staatskunst hingewiesen worden, mit dem gleichen Recht aber muß der umgekehrte Satz behauptet werden, daß während des Krieges alle Staatskunst eines Volkes nur erweiterte Kriegführung ist, und zwar bis auf den letzten Leitartikel und den geheimsten Komiteebeschluß.

Kein noch so häufiges Wiederholen der Begründung: Mäßigung sei Stärke, nicht Schwäche, wird im Kriege vom Gegner geglaubt. Der Krieg und seine Seelentunde ist, begreife man dies doch endlich, bis zur Einfalt elementar, bis zur Brutalität eindeutig. Es kommt zwischen zwei Kämpfern, und seien es Staaten oder Staatengruppen, allein auf jenes tastend-spürende Gesamtgefühl an, daß zwei Kämpfende oder auch zwei Tiere, die ineinander verbissen sind, jede, auch die kleinste Entspannung einer Muskel, jedes, auch das leiseste Nachlassen des Kämpfers, und dies heißt den Siegerwillen bei dem anderen empfinden und sofort als ein Schwächerwerden seiner Kraft vermerken läßt.

So war denn seit langem das tiefste Erstaunen für den ruhigen Beobachter aller dieser Wirbel und Strudel unserer öffentlichen Meinung, daß große Strömungen der Linken, insbesondere die des gemäßigten Sozialismus und des radikalen Liberalismus fort und fort darauf hinarbeiten, die Regierung des Reichs in dem Sinne möglichst geringer Friedensforderungen zu beeinflussen. Gerade sie, die den Frieden so ehrlich wünschen, so heftig ersehnen, haben dadurch unzweifelhaft am meisten dazu beigetragen, den Krieg zu verlängern. Jede staatsmännische Handlung, jede öffentliche Bezeugung dieser Gesinnung ist von unseren Gegnern, des können ihre Urheber sicher sein, auf die Debetseite unserer Kräfteberechnung im Hauptbuch unserer Feinde eingetragen. Jede Abstinenz gegen den Staatshaushalt, jeder augenfällige Zeitungsartikel, die dieser Anschauung Ausdruck geben, gelten dort als ein Minus unserer Staatskraft, weil sie ein Minus unseres Siegerwillens sind. Und sicherlich ist

die Wirkung aller dieser Kundgebungen um so verhängnisvoller, je gemäßigter ihre Träger sind. Was der radikale Sozialismus in diesem Betracht tut, fällt mit viel leichteren Gewichten in die Waagschale: er hält auf den Frieden nicht allzu viel.

Und so vollzieht sich hier das wunderliche Quiproquo, daß die entschiedensten Befürworter der schroffsten Kriegsführung, die man so oft als Liebhaber des Krieges um seiner selbst willen hinstellt, am meisten für, die Friedensfreunde am verhängnisvollsten gegen die Beschleunigung des Friedensschlusses arbeiten. So untrennbar ist die Einheit des Verhaltens eines Volkes im Krieg an und hinter der Front, daß unsere Friedensfreunde jetzt etwa eben so klug handeln, als wenn sie unserem Generalstab vorschlagen würden, er solle, um einmal endgültig den Franzosen unsere im tiefsten friedfertige Gesinnung darzutun, ihnen als Pfand solchen Edelmuten Lulle ausliefern. Das Gleichnis erscheint plump und ist es in Wahrheit nicht. Vertauscht man es mit dem anderen eines Ratschläges an den Admiralstab, nunmehr, nachdem leider dem englischen Selbstbewußtsein die harte Wunde vom Stagerat geschlagen sei, anderthalb Jahr zu warten, bis man wieder die englische Flotte angreift, so mag es befehlenden Gesinnungsmöglichkeiten noch näher kommen.

Oder wer für ein staatsmännisches Tun auch einen staatsmännischen Vergleich wünscht: diese Friedensfreunde zur Unzeit handeln ebenso wohlmeinend und ebenso irrig, wie jene Weisen, die heute erklären, auch der Krieg habe sie nicht von der Falschheit des Gedankens eines deutsch-englischen Einverständnisses überzeugt. Auch deren Ansicht nämlich kann man im Ziel durchaus billigen — nichts käme uns besser auf Erden zu statten, als ein ehrliches und ebenbürtiges Bündnis mit dem nächst den deutschen stärksten Germanenstaat. Nur waren auch sie im Irrtum über den besten und nächsten Weg, der zu diesem Ziel führt. Er ist heute, wie ehemals, wie in Zukunft der Rat, der jedem dienlich sein mag, der mit Angelsachsen zu schaffen hat: sie werden deine Hand am ehesten in Freundschaft schütteln, je öfter sie sie, zur Faust geballt, vor, und wann es not tut, in ihrem Antlitz spüren. Herr Wilson, ein so feiner Kenner der angelsächsischen Seele, hat diese Lehre unserem Volk in einer Unterrichtsstunde, die ihm teuer genug zu stehen kam, unvergeßbar eingepreßt.

26. III. 1916

**Staatsangehörigkeit der russisch-polnischen Bevölkerung.**

Angesehene Bürger des von unseren Truppen besetzten Gebietes des Königreichs Polen haben beim Militärgeneralgouverneur F. M. Kuk in Lublin die Angelegenheit der Staatsangehörigkeit der Bürger Kongreßpolens angeregt. Die Wahlbehörden der Kreiscommandos gebrauchten nämlich in ihren Ausweislegitimationen den Ausdruck „russischer Staatsangehöriger“. Dieser Brauch ist auf eine irrige

Auslegung des Haager Vertrages vom 18. Oktober 1907 zurückzuführen. Im Sinne dieses internationalen Vertrages ist nämlich das Wahlamt des Kreiscommandos angewiesen, jene Gesetze anzuwenden, die im besetzten Gebiete in Rechtskraft stehen. Und auf dieser Grundlage waren die Wahlbehörden der Ansicht, daß die russische Staatsbürgerchaft sich auf die Bewohner Kongreßpolens erstreckt. Diese Auffassung ist aber keineswegs richtig, da auf Grund einer ganzen Reihe von Rechtsakten das Königreich Polen ein Staat ist, dessen Bürger auch nach den russischen Gesetzen „Untertanen des Königreichs Polen“ sind. Diese Auffassung kommt auch in den seit der Aufhebung der Verfassung Polens entstandenen und bis jetzt im Königreich Polen in Kraft stehenden russischen Zivilgesetzen zum Ausdruck. Dieser Rechtslage entsprechend wird künftighin — wie wir vernehmen — statt der vorhererwähnten irrtümlichen Bezeichnung im Kreise der Militärverwaltung in den besetzten Gebieten Russisch-Polens in Pässen und sonstigen Dokumenten die Staatsangehörigkeit zum Königreich Polen zum Ausdruck gebracht werden.

### Verschärfung der deutschen Preisordnung.

Als Vergeltungsmaßnahmen gegen die von England und seinen Verbündeten verfügten vielfachen Abweichungen von der Londoner Deklaration wird vom Reichsanzeiger unter dem Titel: Verordnung betreffend Abänderung der Preisordnung vom 30. Juni 1909 unterm 22. Juli 1916 eine Reihe bedeutender Verschärfungen der bisher bei uns gültigen Preisordnungsbestimmungen veröffentlicht. Die Deutsche Regierung hatte die unmittelbar nach dem Kriegsbeginn, am 3. August 1914, veröffentlichte Preisordnung im Laufe der Zeit schon wiederholt durch Zusätze ergänzen müssen, damit wir durch die willkürlichen schweren Verschärfungen der in der Londoner Deklaration festgelegten Bestimmungen über das Seekriegsrecht durch unsere Gegner nicht allzu sehr in Nachteil gerieten. Diese Zusätze, fünf an der Zahl, betrafen aus Rücksicht auf die Neutralen immer nur Einzelheiten nicht sehr einschneidender Natur. Nachdem aber unsere Gegner sich von der Londoner Deklaration gänzlich losgesagt haben, sieht sich unsere Regierung zu sehr viel schärferen Maßnahmen gezwungen und zwar 1) durch eine wesentliche Erweiterung der Kontorbande-Liste, 2) durch die Ausdehnung des Begriffes der Vermutung der feindlichen Bestimmung von Schiffsladungen.

Die Bedeutung der erstgenannten Verschärfung ergibt sich ohne weiteres daraus, daß die Liste der absoluten Kontorbande-Gegenstände, die Anfangs nur 11 Ziffern zählte, heute deren 39 aufweist. Die neu hinzukommenden Gegenstände waren zum Teil früher überhaupt noch nicht aufgeführt, zum Teil standen sie auf der Liste der relativen Kontorbande;

der Rest war bisher ausdrücklich als beschlagnahmefrei genannt. Zu der ersten Art gehören unter anderen Rauch- und Leuchtkörper, Brandmacher, Gastampfmittel, Feldflüchen, Badofenwagen, Scheinwerfer, Entfernungsmesser, Sattel-, Zug- und Packtiere, die künftig im Krieg gebraucht werden können, Grubenholz, eine lange Reihe von Metallen und Erzeugnissen der chemischen Industrie, Stahl- und Eisendraht, Drehbänke, Maschinen und Werkzeuge, Kohlen und Koks, Mineralöle, Gerbstoffe, Fässer, alle begebaren Handelspapiere, und verkäufliche Effekten. Aus der Liste der relativen in die der absoluten sind aufgenommen: Gold, Silber, Luftfahrzeuge aller Art, deren Bestandteile und Zubehör, Schwimmtstoffe, Stacheldraht, sowie die für Befestigung und Verschneidung dienenden Werkzeuge, Doppelgläser, Fernrohre, Chronometer, nautische und artilleristische Instrumente. Von früher bannfreien Waren sind jetzt absolute Kontorbande geworden: Rohbaumwolle, Rohjute, Flach, Hanf und andere Rohstoffe der Textilindustrie, Garne, Raufschur, Gummi, rohe Felle, verschiedene Erze, Ammoniak und Ammoniakverbindungen.

Wenn schon die umfassende Erweiterung der absoluten Kontorbandeliste eine sehr empfindliche Verschärfung der Preisbestimmungen darstellt, so sind die weiteren neuen Festsetzungen nicht minder bedenklich, die sich auf die Vermutung der feindlichen Bestimmung der Bannware beziehen. Fortan soll nämlich bei Gegenständen der absoluten Kontorbande ohne Rücksicht auf den Bestimmungshafen des Schiffes angenommen werden, daß sie für das feindliche oder vom Feinde besetzte Gebiet oder die feindlichen Streitmächte bestimmt sind, wenn die Sendung gerichtet ist: a) unmittelbar oder mittelbar an eine feindliche Behörde oder den Agenten einer solchen oder b) an Order oder an einen aus den Schiffspapieren nicht ersichtlichen Empfänger oder an eine Person, die sich im

feindlichen Gebiet aufhält oder während des Krieges Kontorbande mittelbar oder unmittelbar an den Feind oder den Agenten einer feindlichen Behörde geliefert hat. Diese amtliche Anordnung schließt sich völlig den von England getroffenen Bestimmungen an.

(Einzelheiten über die veränderten Bestimmungen siehe Schifffahrtsteil.)

## Ein Wirtschaftsbund der Neutralen?

Anfang Juli ist in Kopenhagen eine Konferenz der skandinavischen Staaten zusammengetreten, welche gemeinsame Wirtschaftsfragen behandelte, und in ihrer Presse ist der Vorschlag eines skandinavischen Handelsbundes der auf weitgehender Vereinheitlichung der Handelsgesetzgebung und der Tarifpolitik aufzubauen wäre, bereits lebhaft erörtert worden. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ knüpfte an die Besprechung dieser skandinavischen Bestrebungen Forderungen für Holland, indem er schrieb: „Die skandinavischen Staaten gehen mit dem guten Beispiel voran, indem sie sich zu einem wirtschaftlichen Handelsbund zusammenschließen werden. Aber dies genügt nicht. Wir könnten ein Handelsbündnis, welches alle neutralen Staaten in sich schließt, gebrauchen. Das wäre der einzig richtige Weg, um die Interessen der neutralen Staaten wirklich zu wahren.“ Und nun geht auch ein Schweizer Blatt, die „Neue Zürcher Zeitung“, auf diesen Gedanken ein, indem es, diese Tatsachen zusammenstellend, einen Wirtschaftsbund der Neutralen propagiert.

Seit Monaten, so schreibt das Blatt, werden in beiden Kriegslagern hinter den Fronten mehr oder weniger geräuschvoll die handels- und wirtschaftspolitischen Waffen für den Wirtschaftskampf geschmiedet, der, gemäß der Forderung der Heißsporne auf beiden Seiten, sofort nach Friedensschluß einsetzen soll. Die Neutralen dagegen stehen in ihrer Mehrzahl noch immer stillschweigend Gelwehr bei Fuß. Und doch muß man sich fragen, ob nicht auch für die Neutralen nunmehr der Augenblick zu „aktiver Defensivität“ auf wirtschaftlichem Gebiet gekommen ist. Wir denken dabei an eine gemeinsame Vorbereitung solidarischer handelspolitischer Aktion auf den Zeitpunkt der Neuordnung der Handelsverträge oder derjenigen Abkommen, die sie zu ersetzen berufen sind. Sagt man den Neutralen von rechts und links: „Wir verfügen über Vorzugs-, Mittel- und Maximaltarif und überhaupt über wirtschaftspolitische Vorzugs-, Mittel- und Abwehrbehandlung und sind bereit, euch die mittlere Linie gegen eure Meistbegünstigung anzubieten“ — so sollten die Neutralen ihrerseits in der Lage sein, nach beiden Seiten solidarisch zu antworten: „Unsere Meistbegünstigung ist nur gegen den Vorzugstarif und die volle wirtschaftliche Vorzugsbehandlung zu haben.“ Das einzelne neutrale Land für sich allein wird nicht imstande sein, eine solche Forderung wirksam durchzusetzen; wenn aber z. B. die Niederlande, die drei skandinavischen Staaten, Spanien und die Schweiz sich auf ein gemeinsames Vorgehen einigen würden und als Kampfmittel eventuell eine Vorzugsbehandlung unter Neutralen in Aussicht nähmen, so bliebe diese handelspolitische Waffe bei kommenden Verhandlungen wohl kaum wirkungslos. Schon die Möglichkeit von Gegenmaßregeln von Seiten der neutralen Staaten wird auf die Vorbereitungsarbeiten für „Mitteleuropa“ oder einen Wirtschaftsbund der Alliierten ernüchternd wirken. Daß sich die Vereinigten Staaten einer ungünstigen Differenzierung von der einen oder anderen Seite nicht ohne schärfsten Widerstand fügen werden, geht schon jetzt aus Presseäußerungen und auch aus den offiziellen Erklärungen der Parteien zur kommenden Präsidentenwahl hervor. Wenn aber die Union für sich allein stark genug ist, um ihre handelspolitischen Interessen auch gegenüber gewaltigen wirtschaftlichen Koalitionen zu wahren, so sind es die kleinen Neutralen Europas nur, wenn sie gemeinsam auftreten können.

Soweit das Zürcher Blatt, das sich im übrigen darüber lustig macht, daß man, sowohl bei der Entente wie bei den Zentralmächten immer wieder den Defensivcharakter aller in Aussicht genommenen Maßnahmen betone, sodas schließlich wie auf militärischem so auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet mit einem Defensivkrieg aller gegen alle zu rechnen wäre. Dies entspricht allerdings nicht den Tatsachen. Auch das Zürcher Blatt wird wissen, daß der Gedanke des „Wirtschaftskriegs nach dem Kriege“ in Frankreich entstanden und großgezüchtet worden ist, daß er auch in einem Teile der englischen Öffentlichkeit lebt (so sehr dort schon bei näherem Prüfen der Widerstand der Vernunft anwächst), daß er aber in Deutschland niemals ernsthafte Gefolgschaft gefunden hat, ja, daß man sich in Deutschland — wir verweisen auf die kürzlich an dieser Stelle veröffentlichten eingehenden Erörterungen über „Handelspolitik und Krieg“ — gerade umgekehrt über die Notwendigkeit der Wiederaufnahme des Weltwirtschaftsverkehrs vollkommen klar ist und diese als eines der Ergebnisse des Friedens fordert. Deutschland lehnt den Wirtschaftskrieg ab. „Wir wollen keine Nachbarn, die sich aufs neue gegen uns zusammenschließen, um uns zu erdrosseln, wir wollen keine Nachbarn, die mit uns und mit denen wir zusammenarbeiten zu unserem gegenseitigen Nutzen.“ So hat es am 5. April d. J. der Reichskanzler gesagt. Und Deutschland fordert die Wirtschaftsfreiheit nicht nur für sich, sondern es ist auch darin in Wahrheit der Anwalt der Neutralen: „Das Europa, das aus dieser ungeheuersten

aller Krisen entstehen wird, muß für alle Völker, die es bewohnen, ein Europa der friedlichen Arbeit werden.“ Uns kann es deshalb nur sehr recht sein, wenn jetzt auch die Neutralen sich rühren, um den Schwärmern für den Wirtschaftskrieg in Erinnerung zu bringen, daß sie auch noch da sind und Berücksichtigung verlangen. Und wir können nur bedauern, daß ein Wirtschaftsbund der Neutralen nicht schon sogleich bei Beginn des Krieges ins Leben gerufen wurde. Er hätte für die Verteidigung der Wirtschaftsfreiheit der Neutralen schon während des Krieges sehr viel Arbeitsgelegenheit gefunden — und hätte wohl aus der Erfahrung gelernt, durch wen diese Wirtschaftsfreiheit der Neutralen in Wahrheit bedroht ist.

## Rumänien und die Politik Bratianus.

\* Bukarest, Mitte Juli.

Die Offensiven an beiden Fronten dauern nun hinlänglich lange, um ihre Wirkung auf die rumänische Politik mit einiger Zuverlässigkeit abschätzen zu können. Eine Ergänzung des Bildes gibt das Unterbleiben der Offensive der Westmächte auf dem Balkan, während für die Vorgänge auf dem italienischen Schauplatz seit der Einstellung des österreichisch-ungarischen Vorrückens hier nur ein sehr geringes Interesse wahrzunehmen ist. Die russische Offensive hat der auf einen Krieg Rumäniens gegen die Mittelmächte abzielenden Bewegung unstreitig neuen Schwung gegeben. Vorher war leicht festzustellen, daß sie sich nicht mehr recht an die Oberfläche traute, daß sie kümmerlich ihr Dasein fristete. Seither hat sie ihr Haupt wieder erhoben. Vorerst blieb sie bei den alten Mitteln. Mit der reichlichen Unterstützung, die ihr vom Verband zur Verfügung steht, wurden wieder öffentliche Versammlungen abgehalten, denen Umzüge auf den Straßen folgten, die zeigen sollten, daß das rumänische Volk heute mehr als je den Krieg für die Erwerbung der von Rumänen bewohnten Striche der Nachbarmonarchie will. Gleichzeitig sollte die Regierung zur Tat gedrängt werden, überdies wurde sie von den Vertretern der Verbandsländer in Arbeit genommen. Daß man hierbei nicht davor zurückschreckte, auch mit dem Zaunpfeil zu winkeln, beweist der russische Einbruch in die Moldau. Die erhofften Wirkungen blieben indes bis heute aus. Bei den Massen zeigte sich eine deutliche Ermüdung gegen die Bearbeitung mit Versammlungen und Straßenkundgebungen und auch die Einbeziehung der Angriffe gegen die Regierung, die beschuldigt wird, daß ihrer Haltung die Knappheit der Lebensmittel zuzuschreiben sei, führte zu keinem Ausbruch der Leidenschaften, der stark genug gewesen wäre, um daran den Sturz der Regierung zu knüpfen. Dieses Manöver gelang vor allem deshalb nicht, weil die Sozialdemokraten, obgleich Gegner der Regierung, mit aller Kraft für eine neutrale Politik Rumäniens eintraten. Die Angriffe der Nationalisten gegen das Kabinett Bratianu verpufften um so mehr, als die beiden Führer der Bewegung, Filipescu und Take Jonescu, immer mehr zu den gewöhnlichsten Mitteln der Wahlfeldzüge herunterstiegen. Es regnete mit jeder Gelegenheit mehr Verleumdungen, Beschimpfungen, und schließlich sandte Filipescu einem aktiven Minister, aus dem Versammlungs-saal allerdings nur, ein paar Ohrfeigen.

Die Gründe, die die Regierung bei all dem bei ihrer alten Auffassung von der vorläufig nicht aufzugehenden Neutralität beharren ließen, liegen nicht auf der Gefühlsseite. Die Grundlage der Politik des rumänischen Ministerpräsidenten ist nach wie vor die Kriegslage, und die mit Erfolg begonnene russische Offensive gibt ihm heute ebensowenig die Gewähr, daß aus ihr ein endgültiger Sieg der russischen Waffen entstehen wird, wie er auch den in der hiesigen öffentlichen Meinung mit sichtlicher Anstrengung ausgeschroteten örtlichen Erfolgen der Engländer und Franzosen noch nicht die sichere Aussicht auf den schließlichen Sieg der Waffen des Verbandes abgewinnen kann. Hierzu kommt, daß der wichtigste Schauplatz für Rumänien neben dem russischen jener auf dem Balkan ist, und über die große Offensive der Westmächte von Salonik aus wird zwar andauernd viel geschrieben, aber man sieht von ihr noch immer nichts. Daher wartet Herr Bratianu noch immer mit seinem Entschluß, und die maßlose Wut seiner nationalistischen Gegner zeigt mehr als alles andere, daß er noch immer der Stärkere ist. Dies ist auch der Grund, warum diese mit der letzten Versammlung eine neue Taktik eingeschlagen haben. Sie wollen sich um die Regierung nicht mehr kümmern und wenden sich unmittelbar an den König, den sie mit schwach verhüllten Drohungen für ihre Politik gewinnen wollen. Wie sie es im Grunde meinen, geht besser als aus ihren Reden aus jenen Zeitungen hervor, von denen man weiß, daß sie unter unmittelbarer Leitung der Herren Filipescu, Take Jonescu und der russischen Gesandtschaft stehen. Während in einem dieser Blätter dem König die Gründung einer antidynastischen Partei in Aussicht gestellt wird, die an Stärke alles übertreffen werde, was bisher in Rumänien da war, eröffnet ein anderes Blatt die Frage eines Pronunziamentos und löst sie dahin, daß ein solches durchaus unter den heutigen Verhältnissen auf einen sichern Erfolg rechnen könne. Damit die königliche Familie im öffentlichen Ansehen möglichst geschädigt werde, wurde ein drittes Blatt angestellt, um den Kronprinzen in der gemeinsten Weise zu beschimpfen. Die einzig sichere Wirkung dieser Haltung ist bisher, daß der Beleidiger des Kronprinzen gerichtlich zur Verantwortung gezogen wurde. Um das Bild vollständig zu machen, das die rumänische Politik heute bietet, bleibt nur noch zu erwähnen, daß die Konservativen carpischer und marghilomanistischer Färbung alle Strömungen bekämpfen, die Rumänien in ein kriegerisches Abenteuer an der Seite des Verbandes stürzen wollen, indem sie immer wieder besonders darauf hinweisen, daß die Entscheidung, die Rumänien im Weltkrieg trifft, zugleich die Entscheidung über seinen staatlichen Bestand ist.

26. / VII. 1916

**Verkauf von Dänisch-Westindien an Amerika.**

Washington, 25. Juli.

Reuter meldet:

Amlich wird bekanntgegeben, daß die Vereinigten Staaten Dänisch-Westindien um fünf Millionen Pfund gekauft haben.

\* \* \*

Die dänische Kolonie in Westindien besteht aus den Antilleninseln St. Croix, St. Thomas und St. John, die zusammen eine Bevölkerung von ungefähr 27.000 Seelen zählen.

### Ein Kronrat in Bukarest.

Berlin, 25. Juli. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)  
Wie „Berlingske Tidende“ (Kopenhagen) aus Bukarest  
erfährt, wird dort in den nächsten Tagen ein bedeutungs-  
voller Kronrat stattfinden, in dem wichtige Beschlüsse über  
die zukünftige Haltung Rumäniens getroffen  
werden sollen. Der König wird diesem Ministerrate vor-  
sitzen.

Bern, 25. Juli. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) „Daily  
Chronicle“ sagt über Rumänien, seine ungewisse Haltung  
müsse sich nach irgendwelcher Seite entschei-  
den, da die Kriegereignisse auf dem Balkan  
sich zu entwickeln beginnen.

## Der russisch-japanische Vertrag.

Es liegt nunmehr der Wortlaut des russisch-japanischen Abkommens über den fernem Osten vor, das nach allgemeiner Ansicht Mitveranlassung zum Rücktritte Sasonows war. Das Uebereinkommen wurde am 3. Juli in Petersburg geschlossen und ist von Sasonow einerseits und Baron Motono andererseits unterzeichnet. Das Dokument enthält nur zwei Artikel, die wörtlich folgendermaßen lauten:

Die kaiserlich russische Regierung und die kaiserlich japanische Regierung beschließen, ihre Anstrengungen, gerichtet auf die Erhaltung des dauernden Friedens im fernem Osten, zu vereinigen und schließen die folgende Uebereinkunft:

Artikel I. Rußland wird keinen Anteil nehmen an irgendeinem gegen Japan gerichteten Bündnis oder einer politischen Koalition. Japan wird keinen Anteil nehmen an irgendeinem gegen Rußland gerichteten Bündnis oder einer politischen Koalition.

Artikel II. Falls irgend etwas die territorialen Rechte oder die besonderen Interessen einer der beiden vertrags-schließenden Parteien, die durch die andere Vertragspartei anerkannt worden sind, bedrohen sollte, werden Rußland und Japan die Maßnahmen vereinbaren, die sie treffen werden, um einander zum Schutze der oben genannten Rechte und Interessen Unterstützung und Mithilfe zu gewähren.

Das Urteil der politischen Kreise Rußlands über den neuen Vertrag mit Japan lautet, wie aus Stockholm berichtet wird, fast ausnahmslos abfällig. Daß es während der Dauer des Krieges bei neuen Abmachungen in Ostasien Rußland kaum gelingen könnte, erhebliche Vorteile zu erringen, findet man ohneweiters einleuchtend. Gerade in Anbetracht dieser außerordentlichen Lage hätte aber, wie betont wird, das Petersburger Kabinett neue politische Uebereinkünfte entweder gänzlich vermeiden oder mindestens verhüten müssen, daß ihm allzu weittragende Zugeständnisse abgerungen werden. Dieser Aufgabe habe sich die russische Staatskunst nicht gewachsen erwiesen. Der Preis, den Rußland an Japan für dessen jetzige Unterstützung im Weltkriege zahlt, sei von drückender Höhe. Es sei eine peinliche Wahrnehmung, daß man es nicht verstanden hat, nennenswerte Einräumungen Japans als Gegenleistungen an Rußland durchzusetzen. Das ganze Uebereinkommen trage vielmehr den Charakter eines bedeutenden politischen Verzichtes Rußlands zugunsten Japans. Niemand könne sich einer Täuschung darüber hingeben, daß die an das Kabinett von Tokio gemachten Zugeständnisse bei der weiteren Entwicklung in Ostasien sich für Rußlands dortige Stellung in nachteiliger Weise fühlbar machen werden. In der scharfen Kritik, die von der japanischen Opposition an dem neuen Uebereinkommen geübt wird, erblicken die politischen Kreise in Petersburg nicht hloß einen Zug parlamentarischer Taktik, wie sie in derartigen Fällen von Regierungsgegnern überall befolgt wird, sondern den mittelbaren Ausdruck von Bestrebungen, zu denen sich innerlich alle japanischen Politiker bekennen. In den Einwendungen der Opposition verrate sich der allen Japanern gemeinsame Drang, für ihr Vaterland die Vorherrschaft auf dem ganzen ostasiatischen Gebiet zu erlangen. Das neue Uebereinkommen sei ein Fortschritt zur Verwirklichung dieses japanischen Ideals, das die möglichst weite Zurückziehung der russischen Machtsphäre in Asien in sich schließe.

**Änderung der deutschen Prisenordnung.**

Eine neue Konterbandelliste.

B. Berlin, 26. Juli. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine am 22. d. M. in Kraft getretene Verordnung betreffend die Abänderung der Prisenordnung vom 30. August 1909. Die Einleitung der Verordnung besagt, daß die Abänderungen in Vergeltung der von England und seinen Verbündeten abweichend von der Londoner Erklärung über das Seekriegsrecht vom 26. Februar 1909 getroffenen Bestimmungen vom Kaiser für den gegenwärtigen Krieg genehmigt werden.

Die Bestimmungen umfassen eine neu aufgestellte Liste der absoluten und relativen Konterbande, ferner eine neue Freiliste sowie Feststellungen über die Fälle, in welchen feindliche Bestimmung als vorliegend anzusehen ist.

27. Juli. 1916

141

**Der Verkauf Dänisch-West-Indiens.**

W. Washington, 25. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Amtlich wird bekanntgegeben, daß die Vereinigten Staaten Dänisch-West-Indien um 5 Millionen Pfund gekauft haben.

### Ein Protest Hollands.

Gegen die englischen Eingriffe in die Fischerei.  
AV Haag, 27. Juli.

In einer stark besuchten Versammlung der niederländischen Fischerei-Interessenten teilte der Vorsitzende mit, daß die niederländische Regierung gegen die Eingriffe Englands in die niederländische Fischerei kräftig protestiert habe.

Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, worin gegen das Vorgehen der britischen Regierung, das gegen das Völkerrecht und die Rechte eines neutralen Landes verstoße, energisch Einspruch erhoben und die Erwartung ausgesprochen wird, daß England, das verschiedentlich erklärt habe, den Krieg hauptsächlich für das gute Recht der kleinen Staaten zu führen, sein Vorgehen ändern und die niederländischen Fischer wieder ihren Beruf ausüben lassen werde. Diese Resolution wird zur Kenntnis der niederländischen und der britischen Regierung gebracht werden.

Die sozialdemokratische Kammerfraktion beabsichtigt, noch in dieser Woche eine Interpellation wegen Anhaltung der niederländischen Fischerfahrzeuge durch die britische Regierung einzubringen.

#### Erregte Protestversammlungen.

Nachmittags fanden erregte Protestversammlungen im Haag und Rotterdam statt.

#### Blätterstimmen Hollands.

AV Amsterdam, 26. Juli.

Allgemeines Handelsblatt spricht die Erwartung aus, daß die englische Regierung bald einsehen werde, daß sie eine vollkommen ungerechtfertigte Kriegshandlung gegen die niederländischen Fischerfahrzeuge begangen habe, und daß sie nach Bezahlung einer entsprechenden Schadensvergütung die Fischer wieder freilassen werde. Wenn die Maßnahmen der englischen Regierung gegen die holländische Fischerflotte bis zur äußersten Konsequenz durchgeführt würden, wäre das nichts anderes als brutaler Seeräub. Das Blatt erinnert daran, daß die englische Regierung schon einmal zu einer derartig trassen Maßnahme gegriffen und sie nachher nicht durchgeführt habe, nämlich als sie die deutsche Buntrotzle als Konterbande erklärte. Die mit Beschlagnahme belegten Fischerfahrzeuge, sagt das Blatt, müßten vor das englische Preisengericht kommen. Wir glauben keinen Augenblick an die Möglichkeit, daß ein solches Preisengericht die Beschlagnahme für gerechtfertigt erklären würde, denn das wäre eine Auslegung des Prinzips der fortgesetzten Reise, die wahrhaftig über alle Grenzen hinausginge. Es wäre zu arg, Fischladungen als Konterbande zu betrachten, weil ein Teil der Fische nach Deutschland ausgeführt wird.

Der Nieuwe Rotterdamse Courant schreibt: Daß unsere Fischer ihre Ware auf den Markt bringen und daß ein Teil davon von deutschen Händlern aufgekauft wird, ist nichts, was auch nur im entferntesten gegen unsere Neutralität verstoßen würde. Unsere Märkte stehen allen offen, die sie besuchen wollen, auch englischen Käufern, wenn England einen Teil unserer Fischvorräte aufkaufen will. Was man von uns verlangt, ist ein offenes Unrecht, und man hat das sogar zugegeben. Daß dies hierzulande Erbitterung erzeugt und nicht nur in den an der Fischerei interessierten Kreisen, ist selbstverständlich. Was uns am meisten kränkt, sind weniger die materiellen Nachteile, als daß die seit jeher internationale See nunmehr unserem Volle verschlossen sein soll. England hat sich im Verlaufe dieses Krieges immer weniger darum gekümmert, was früher als Recht der Neutralen galt, und hat seine Herrschaft zur See immer mehr mißbraucht. Wir haben schon viel erliden müssen, was wir als Unrecht empfanden. Wir duldeten es und fügten uns darein; wir mußten es tragen und uns fügen, weil wir ein kleines, militärisch schwaches Volk sind. Wenn man nun auch noch unsere Fischer von der See vertreiben will wie Gassenjungen von der Straße, so würde das ein see-fahrendes Volk wie das unsrige in seinen heiligsten Gefühlen kränken.

## Die Reichskonferenz.

Mit der vom sozialdemokratischen Parteiauschuß vorgeschlagenen Reichskonferenz zur Klärung der Parteiwirren ist in der sozialdemokratischen Presse so recht eigentlich nicht ein einziges Organ einverstanden. Die am rechten Flügel der Partei kämpfende „Schwäbische Tagwacht“ sagt:

„Sache des Parteivorstandes bleibt es auf jeden Fall, nichts unversucht zu lassen, um sobald als möglich einen Parteitag zustande zu bringen. Die große Mehrheit des Parteiaususses hat die Notwendigkeit des Parteitags bejaht. Es muß gelingen, die einzige Voraussetzung der Abhaltung eines solchen, das Recht der freien Aussprache auf dem Parteitag durchzusetzen. Sind doch auch Provinzialparteitage der Opposition möglich gewesen. Wir hoffen, daß der Parteivorstand die Versuche, in Kürze einen Parteitag zustande zu bringen, nicht aufgibt.“

Die radikale „Leipziger Volksztg.“ möchte wissen, wie die Reichskonferenz zusammengesetzt sein soll. Sie schreibt:

„Wie wir hören, wird der Parteivorstand erst nähere Vorschläge über die Bescheidung und Zusammensetzung der Konferenz ausarbeiten und sie dem Parteiauschuß zur Begutachtung vorlegen, ehe er seine Entscheidung trifft. Das Recht der Partei, das Organisationsstatut kennt eine solche Veranstaltung nicht. Sie hat infolgedessen nicht das Recht, die Genossen durch Beschlüsse zu verpflichten, und versucht sie es doch, so wird das ein verfehlter Versuch bleiben.“

Das Bremer Wochenblatt „Arbeiterpolitik“, dem auch die Leute um Haase bei weitem noch nicht radikal genug sind, und an dem Redakteure der „Bremer Bürgerzeitung“ die Hauptmitarbeiter sind, erklärt in seiner Nummer 4 ganz offen:

„Wir halten die Spaltung nicht nur für unvernünftig, sondern für eine Vorbedingung des wirklichen Wiederaufbaues der Internationale, des Wiederaufwachens der proletarischen Arbeiterbewegung.“

Wie mit den Vertretern solcher Grundsätze — so bemerkt dazu die „Chemnitzer Volksstimme“ — eine Verständigung herbeigeführt werden kann, ganz gleich, ob ein Parteitag tagt oder nur eine Reichskonferenz zusammengerufen wird, vermögen wir nicht einzusehen.

27. Juli 1916

### Die innere Politik Rußlands. Warnung vor der Revolution.

Kopenhagen, 26. Juli.

Die Nachrichten der letzten hier eingetroffenen Moskauer Zeitungen lassen vermuten, daß die inzwischen mit einer ausgesprochenen Schwengung nach der äußersten Rechten vorgenommenen Verschiebungen und Neuernennungen im Minister-rate auf eine Denkschrift über die innere Politik zurückzuführen sind, die Vertreter der Parteien der äußersten Rechten dem Zaren überreichten.

In der Denkschrift wird ausgeführt:

Dank der erreichten Einheitlichkeit in den Handlungen der Alliierten hat der Krieg für Rußland eine günstige Wendung genommen und wird wohl bald beendet werden. Daher muß die Regierung schon jetzt auf die Zeit nach dem nahe bevorstehenden Abschluß des Krieges vorbereiten. Die Regierung widmete ihre ganze Aufmerksamkeit den Bedürfnissen der Kriegszeit und schenkte dem innerpolitischen Leben Rußlands wenig Beachtung. Dagegen lassen revolutionäre Organisationen die Zeit nicht ungenützt verstreichen und arbeiten an der Vorbereitung einer nach dem Kriege beginnenden Revolution.

Die Denkschrift bezeichnet als revolutionäre Organisationen die altrussischen Städte- und Semstwoverbände, die Kriegsindustriellen, die Ausschüsse und die periodischen Kongresse der liberalen Organisation und behauptet, alle diese Organisationen handelten nach Anweisungen revolutionärer Beschlüsse im Auslande.

Die Tätigkeit dieser revolutionären Organisationen, heißt es weiter in der Denkschrift, stieß bisher auf keinen entsprechenden Widerstand der Regierung, um die drohende Revolution schon jetzt im Keime zu ersticken. Die Antwort darauf ist, daß die Regierung eine unverzeihliche Schwäche zeigt.

Nachdem im Frühjahr und im Sommer 1914 unter dem Druck der revolutionären Reichsduma die festesten Träger des konservativen und monarchistischen Gedankens Malakow, Schteglovitow, Sabler und Ruchlow, zurücktreten mußten, wurde die Regierungsgewalt Stürmer übertragen. Di auf Stürmer gesetzten großen Hoffnungen wurden jedoch getäuscht. Stürmer verlieh der inneren Politik eine feldgraue Schutzfarbe. Zwar liebäugelte Stürmer nicht mit den linksstehenden Parteien, er unternahm aber nichts, um mit der revolutionären Tätigkeit dieser Schichten rasch aufzuräumen. Das ganze Streben Stürmers war darauf gerichtet, sich in Geheimnis und Stille einzuhüllen.

Die Denkschrift zählt die von Stürmer begangenen Sünden auf, so die zu Anfang seiner Tätigkeit gegebene Erlaubnis zum liberalen Kongreß, seine ausweichende, allzu milde Haltung der Reichsduma gegenüber, seine ausgleichende

Taktik gegenüber den liberalen Gesellschaftsorganisationen, die Nichtbeachtung des Kampfes der Presse der Rechten gegen den liberalen Aufklärungsminister, endlich die milde Behandlung der Juden und das Bestreben, die Judenfrage nicht in den Vordergrund treten zu lassen. Dies alles geschah zu einer Zeit, wo eine starke Regierungsgewalt ohne Ausflüchte und Ausweichungen nötig war. Stürmer war dieser Rolle nicht gewachsen und seine Kabinettskollegen waren ebenfalls unbedeutende Personen, ohne ausgeprägte Ansichten und ohne Energie. Die Denkschrift schließt:

Die Regierung darf ihre Aufmerksamkeit nicht nur den Kriegsbedürfnissen widmen und die Fragen der inneren Politik vernachlässigen. Die linksstehenden Parteien haben das Bestreben, den Krieg zu verlängern, um sich inzwischen zu organisieren und die künftige Revolution vorzubereiten. Man soll zwar bis zum endgültigen Sieg kämpfen, man muß aber verstehen, rechtzeitig den Krieg zu beenden, sonst würden alle Früchte des Sieges durch eine Revolution zunichte gemacht. Die Regierung muß aber schon jetzt die Revolution ersticken.

Nach Andeutungen von Moskauer Zeitungen zu schließen, wurde die Denkschrift dem Zaren in den Tagen zwischen dem letzten Kronrat und der zweiten Reise Stürmers nach dem Hauptquartier von einflussreichen Personen überreicht.

Stürmer erhielt anscheinend Kenntnis von den in der Schrift gegen ihn erhobenen Vorwürfen, denn bald darauf lud er den Mitarbeiter der „Birschewija Wjedomosti“ ein, dem gegenüber er den festen Entschluß der Regierung darlegte, gegen die revolutionäre Tätigkeit der altrussischen Städte und Semstwoverbände einzuschreiten. Auch scheint die Denkschrift Stürmer dahin beeinflusst zu haben, bei der Neubesezung von Ministerposten seine Gegner auf der äußersten Rechten durch Berufung Makarows zu versöhnen. Die „Birschewija Wjedomosti“, die diese Auslassungen und Anschuldigungen Stürmers gegen die altrussischen Städte und Semstwoverbände veröffentlichten, galten noch vor kurzem als führendes freisinniges Organ. Nachdem dieses Blatt in die Angelegenheit Suchomlinow verwickelt und als dessen Leiborgan entlarvt wurde, Lehrte sich die breite Öffentlichkeit ostentativ von ihm ab. Die besten Mitarbeiter, darunter die Professoren Struwe, Adiriamow und Kaufmann traten aus der Redaktion aus. Um das schnelle Fallen der Auflage aufzuhalten, verlieh der Verleger der „Birschewija Wjedomosti“, Propper, seinem Blatte den Charakter eines Sensationsorgans. Als dies nichts half, stellte er sein Blatt der Regierung zur Verfügung.

Der Umstand, daß die Unterredung Stürmers in den „Birschewija Wjedomosti“ erschien, deutet darauf hin, daß ein Abkommen zwischen Propper und Stürmer abgeschlossen wurde. Die Entrüstung der gesamten freisinnigen Presse gegen die „Birschewija Wjedomosti“, die nun allgemein „neuer Offiziosus“ genannt wird, ist sehr heftig. Nach Uebnahme des Ministeriums des Neußern durch Stürmer darf man erwarten, daß die „Birschewija Wjedomosti“ auch auf dem Gebiet der äußeren Politik die Ansichten der Regierung wieder spiegeln werden.

## Repressalien.

### Zu einem Aufruf des Internationalen Roten Kreuzes.

In verschiedenen Schweizer Blättern erschien in den letzten Tagen ein Aufruf des Genfer Komitees des Internationalen Roten Kreuzes, der in Deutschland weitgehende Zustimmung finden wird. In warm empfundenen Worten wird da nach einer Schilderung der unvermeidlichen Leiden jeder Kriegsgefangenschaft auf einen Grundsatz hingewiesen, der die Gefangenschaft mit jedem Tage zu verschlimmern drohe, auf den neuerdings so viel angewandten Grundsatz der Repressalie. Rache sei die Triebfeder, ungenaue Erkundigung oft die Ursache, Wieder Vergeltung über Wieder Vergeltung die Folge der unglückseligen Maßnahme. „Wir beschwören die Kriegsführenden, auf diese Repressalien gegenüber den Kriegsgefangenen zu verzichten“, mahnt das Genfer Komitee. „Es haben sich in Frankreich in letzter Zeit die Stimmen gemehrt, die der französischen Regierung von Repressalien abrieten. Sie sind ein Wegweiser zu einem beiderseits erfreulichen Ziele“, schrieb die „Frankfurter Zeitung“ im Abendblatt vom 17. Juli. Wir streben also nach dem gleichen Ziel und mit uns die deutsche Regierung. Wie wir damals ausführten, hat diese sich während der ganzen Kriegszeit der denkbar größten Langmut besleibt und endlose Verhandlungen mit Frankreich geführt, bevor sie sich zu den geringsten Gegenmaßnahmen entschloß; wogegen Frankreich ein ausgeklügeltes System von Repressalien aufbaute und sich heute weniger als je scheut, für alle vermeintlichen Beschwerden die Gefangenen als Sündenböcke zu behandeln. Dazu tritt England, das sich erst in jüngster Zeit, wegen angeblich mangelhafter Ernährung der gefangenen Engländer in Deutschland, für das „Prinzip der Vergeltung“ mit viel Pathos in Presse und Parlament eingesetzt hat. Auf wen die Vorwürfe der Nachgiebigkeit, Ungenauigkeit, Verleugnung des Roten Kreuzes in dem Aufruf des Genfer Komitees zutreffen, steht somit außer Zweifel. Außer Zweifel steht auch, daß Deutschland, wenn rechtzeitige Abkehr erfolgt, trotz schlimmster Erfahrungen weiter bereit ist, zu verhandeln, Geschehenes als ungeschehen zu betrachten und sich weiter dafür einzusetzen, daß endlich ein gütiger und gerechter Ausgleich auf dem Gebiete des Gefangenenwesens gefunden werde. „Vergünstigung gegen Vergünstigung“, diesen vom Genfer Komitee vorgeschlagenen Grundsatz hat, wie man weiß, Deutschland stets in seinen Verhandlungen als Vergleichsgrundlage angeboten. Leider waren seine Bemühungen umsonst.

Vielleicht hofft das Internationale Rote Kreuz, Deutschland werde nach seinem vorbildlichen Verhalten nun auch über das Bisherige hinausgehen und eine Hoffnung verwirklichen, die das Genfer Komitee folgendermaßen ausdrückt: „An die Stelle der Repressalien von heute sollte ein Wettstreit in Bezug auf Gerechtigkeit und Humanität treten. Warum appellieren Sie nicht an die Gefühle der Gerechtigkeit bei Ihren Gegnern?“ Bei aller Achtung vor diesem unermüdeten Optimismus müssen wir nun aber sagen: Humanität und Gerechtigkeit von Seiten der Gegner haben wir in diesem Krieg bisher nirgends wahrgenommen. Auf ihre Existenz dort zu rechnen, dazu fehlt uns der Mut. Vielleicht ist es dem Genfer Komitee hellstichtiger und vermag Gemütsregungen großzügiger, mit denen sich allmählich wieder wird rechnen lassen. Vorderhand aber sind wir auf die Wirklichkeit beschränkt und deren Aufgaben sind bitter und dringlich genug: Für Tausende von Landsleuten gilt es Schritt für Schritt von einem unwilligen Gegner die primitivsten Berechtigungen zu erzwingen. Wer kann die Tausende von Kriegsgefangenen, die von ihrer Scholle vertriebenen Kolonisten in Rußland vergessen, die ohne das Dazwischentreten des Reiches dem Verkommen und dem Hungertode verfallen müßten, wer die Aermsten der Armen, die in Afrikas Glutsonne Sklavenarbeit verrichten! Ihnen muß Hilfe werden, weiter wie bisher, koste es was es wolle. Und dies ist, wie die bisherige Erfahrung gezeigt hat, nur auf dem Wege der Macht, der Gegenmaßnahme möglich. Wir fürchten sogar, daß, wenn nicht bald aus Frankreich die Nachricht eintrifft, daß sämtliche Gefangene aus Afrika abtransportiert sind, die immer wieder in der Hoffnung auf Frankreichs Einlenken hinausgeschobene Gegenmaßnahme notwendig wird. Wenn es dem Roten Kreuz, dessen Existenzberechtigung, wie es selbst sagt, durch die Nichtachtung der Menschlichkeit bedroht ist, künftig gelingt, durch ein mannhaftes Eintreten ungeachtet aller Widerstände auch diese praktische Aufgabe zu lösen und den Sinn für gütliche Vereinbarung, das Verstehenwollen, die Vernunft bei unseren Gegnern wieder wach zu rufen, dann werden wir Deutschen die ersten sein, die diese Abkehr vom Zwang begrüßen und dem Genfer Internationalen Roten Kreuz tatkräftigen Dank zollen.

### Was tut Rumänien?

In den letzten Tagen ist die rumänische Frage wieder einmal ins Stadium einer gewissen Aktualität getreten. Daran sind — äußerlich gesprochen — 26 Eisenbahnwagen schuld. Natürlich nicht die Wagen selbst, sondern das, was darinnen ist. Sie enthielten nämlich Artilleriematerial und fuhrten angeblich unter Führung des russischen Majors Korikow und des französischen Hauptmanns Begneau. Absender dieser Eisenbahnwagen ist Rußland, Empfänger die rumänische Regierung. Der ganze Vorfall wird in der deutschen Presse dahin gedeutet, daß die Entente durch diese Sendung eine der von Rumänien gestellten Bedingungen erfüllt habe. Die Rumänen hätten nämlich verlangt, daß die Entente ihnen den Beweis liefere, sie könne im Kriegsfall Munition und anderes Artilleriematerial ins Land schaffen. Dieser Beweis sei nun durch die oben erwähnten 26 Eisenbahnwagen geleistet worden.

Es ist uns nicht bekannt, ob solche Abmachungen getroffen worden sind und wir haben auch nicht die Möglichkeit, darüber sichere Nachrichten zu erheben. Die Tatsache aber, daß der russische Artilleriezug in Rumänien eingefahren ist, läßt sich kaum bezweifeln, denn darin stimmen alle Meldungen überein. Aus dieser Sendung darf man sicherlich schließen, daß in den letzten Wochen eine Annäherung zwischen Rumänien und der Entente stattgefunden hat.

Seit Kriegsbeginn ist viel darüber geschrieben und gesprochen worden, nach welcher Seite sich schließlich Rumänien schlagen werde und gerade in diesem Falle war die Spannung auf die Lösung der Verhältnisse auch begreiflich genug. Wie Italien und Bulgarien, so schwebt auch über Rumänien der Gedanke der „Befreiung unterdrückter Brüder“, der Gedanke der *«Romania irredenta»*. Und hier liegt der Fall so, daß Brüder des gleichen Stammes in zwei Staaten leben, die heute gegeneinander Krieg führen: in Oesterreich-Ungarn und in Rußland. In Ungarn und in der Bukowina findet man etwa 3/4 Millionen Rumänen, im russischen Bessarabien über eine Million. Seit Jahren arbeiten nun in Rumänien zwei große Vereinigungen für Befreiung dieser entfremdeten Brüder: die „Nationalliga“ nimmt sich der in Oesterreich-Ungarn wohnenden an, die „bessarabische Liga“ der anderen. Da es aber unmöglich ist, zugleich gegen Oesterreich-Ungarn und Rußland Krieg zu führen, so wird man sich für das eine oder das andere entscheiden müssen.

Die rumänische Regierung hat bis heute diese Entscheidung vermieden und es ist trotz der offensichtlichen Erregung in der Presse wohl anzunehmen, daß dieser Zustand noch weiter dauert.

Спиритизмъ и магия — это не наука, а суеверие. В то время как наука стремится к истине, суеверие основано на предрассудках и страхах. Люди, верящие в спиритизм, часто становятся жертвами шарлатанов, которые используют их веру для своих корыстных целей. Вместо того чтобы бороться с реальными проблемами, они предпочитают искать помощи в потустороннем мире. Это не только вредно для их здоровья, но и мешает им развиваться как личности и гражданами. Нам необходимо развивать критическое мышление и опираться на научные знания, чтобы преодолеть все трудности жизни.

ten, dann können die Deutschen sicher sein, daß König Ferdinand von Hohenzollern entschlossen gegen Wilhelm II. von Hohenzollern kämpfen wird. Der erste Rumäne wird an der Spitze seiner Truppen gegen die Deutschen ziehen.“

Das sind Kriegsfantasien, die natürlich ihre Wirkung auf ein heißblütiges Volk nicht verfehlen werden. Viel sachlicher sind dagegen die Ausführungen eines hohen rumänischen Offiziers, des Generals Gardescu, der die Verhältnisse kühl erwägend prüft und in dem ebenfalls ententefreundlichen „Adevatul“ zu folgenden Schlüssen kommt:

„Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben, weder in bezug auf die Terrainschwierigkeiten des Gebietes, das wir durchziehen müssen, noch in bezug auf den Widerstand, den uns Oesterreich-Ungarn auf unserem Eroberungsmarsch entgegenzusetzen wird. Zwei Drittel der Strecke von 500 Kilometer, die Kronstadt von der Theiß trennen, sind gebirgig, und ein Manöver in diesem Gelände ist mit großen Schwierigkeiten verbunden. Von den Karpathen bis zur galizischen Grenze sind nicht mehr als 250 km. Trotzdem haben die Oesterreicher, Ungarn und Deutschen sieben Monate benötigt, um die Russen aus Galizien zu vertreiben. Wir müssen besonders damit rechnen, daß wir unter den günstigsten Bedingungen zumindest ein Jahr schwerer Kämpfe brauchen werden, um die Ungarn aus Siebenbürgen herauszubringen.“

General Gardescu läßt dann erkennen, daß Rumänien keinen Krieg gegen Bulgarien führen, sondern nur die rumänischen Gebiete in Oesterreich-Ungarn selbst besetzen will. „Die Verwirklichung unseres nationalen Ideals“, schreibt er, „kann natürlich nicht durch unsere eigenen Mittel erreicht werden, und darum ist jeder Erfolg der Vierverbandsmächte ein Schritt vorwärts zur Bildung eines Großrumäniens, zur Verwirklichung unseres Traumes. Um aber die Sicherheit unser Ziel zu erreichen, müssen wir beim Friedensschluß alle diese Gebiete militärisch besetzt haben. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die russischen Heere auf der Ostfront so in Anspruch genommen sein, daß sie nicht in der Lage sein werden, eine Masse von einer Million Mann zu entbehren, um über die Bestiden auf Budapest zu marschieren, sondern sie werden es uns überlassen, zugleich mit den Kräften von Saloniki und den Truppen Italiens die österreichisch-ungarische Frage zu lösen. Unter solchen Umständen werden wir alle unsere Kräfte benötigen, um im Norden zu operieren. Bevor wir also einen Angriff auf die Karpathen machen, muß die Aktion von Saloniki begonnen haben und auch das Eingreifen einer russischen Truppenmacht von 150,000 bis 200,000 Mann, die durch die Dorerudsch gehen soll, erfolgt sein.“

Man mag aus den Ausführungen Gardescus ersehen, daß so manches „wenn und aber“ aus dem Wege zu räumen ist, bevor der rumänische Eroberungszug angetreten wird.

## Die Klagen der Holländer

## Ein Orange-Buch

Seit Beginn des Krieges wurden immer und immer wieder Klagen laut, die die am Meere gelegenen neutralen Staaten gegen die Kriegsführenden erhoben wegen Verletzung von Rechten, die vor dem Kriege gewährleistet waren. Die Klagen haben sich nun, wie in der deutschen Presse zu lesen ist, zu einem holländischen Orange-Buch verdichtet, in dem eine Reihe von Anständen mit England und Deutschland behandelt werden. Wir geben sie im folgenden so wieder, wie sie der „Frankfurter Zeitung“ von einem Korrespondenten im Haag mitgeteilt werden. Danach werden in diesem Orangebuch zunächst die zahlreichen Proteste und Korrespondenzen erörtert, die die Regierung der Niederlande mit England über die völkerrechtswidrige Behandlung zur See geführt hat. So hatte die englische Regierung am 20. Oktober 1915 verfügt, daß der neutrale oder feindliche Charakter eines Schiffes nicht mehr durch die Flagge bestimmt werden solle, die es berechtigt sei, zu führen, sondern daß in Zukunft die britischen Prisen-gerichte ihre Entscheidungen nach den Regeln und Prinzipien treffen würden, die vor der Londoner Seerechtsdeklaration gegolten hätten. Die niederländische Regierung führte in einer Note an England aus, daß ein derartiger Eingriff eine Anarchie auf dem Meere hervorrufen werde. Die Flagge bedeute das Fahrzeug in absoluter Weise, sie symbolisiere die juristische Persönlichkeit in den Schiffsbeziehungen zwischen den verschiedenen Reichen.

Es folgt der Gedankenaustausch über das deutsche Minenfeld an der Doggerbank. Die deutsche Regierung bezeugte ihr Bedauern, daß die niederländische Fischflotte durch diese notwendig gewordene Minensperre belästigt werde, legte jedoch klar, daß die Minen innerhalb des Gebietes lägen, das Deutschland am 4. Februar 1915 als Kriegszone bezeichnet habe. Auch sei, wie der „Telegraph“ am 5. Mai 1915 gemeldet habe, durch den Hauptinspektor der Fischerei in Holland vor der Minengefahr an der Doggerbank gewarnt worden.

Die längeren Korrespondenzen über die „Berkelstroom“, die „Bandoeng“ und die „Tubantia“ bringen nichts Neues. Am Schlusse der „Tubantia“-Korrespondenz heißt es in dem Orange-Buch, die niederländische Regierung halte es für ihre Pflicht, nichts zu unterlassen, was in dieser Angelegenheit Licht bringen könne. Sie bleibe auf ihrem bereits dargelegten Standpunkt und habe über verschiedene Punkte noch nähere Informationen von der deutschen Regierung erbeten und da dieser Gedankenaustausch vertraulicher Natur noch nicht beendet sei, könne über diese Sachen weitere Mitteilung nicht gemacht werden.

Einen interessanten Abschnitt des Orange-Buches bildet die drahtlose Telegraphen-Station in Bar le Duc. Diese belgische Enklave ist vollständig von niederländischem Gebiet umgeben, und die belgische drahtlose Station wurde sozusagen eine Art Operationsbasis für die Belgier, da von hier aus Nachrichten weitergegeben wurden. Die niederländische Regierung zögerte nicht, ihre Neutralität auf das Energischste zu wahren, indem sie die ganze Enklave auf holländischem Gebiet mit Drahtversperrungen umgab und die Einfuhr von Artikeln verbot, die für die drahtlose Telegraphenstation gebraucht werden konnten. Außerdem galten für diese Enklave die allgemeinen Einfuhrverbote. Es wurden nun für die Versorgung der Enklave die nötigen Regelungen getroffen, aber als die englische Regierung zwölf Kisten mit Petroleum, die für die drahtlose Telegraphenstation benutzt werden sollten, nach Bar le Duc bringen wollte, hielt die niederländische Regierung diese Sendung an der Grenze fest. Der belgische Gesandte im Haag protestierte vergeblich gegen die Beschlagnahme des Petroleums.

Am Schlusse enthält das Orange-Buch eine Veröffentlichung über den Austausch invalider Kriegsgefangener über Holland. Wegen der stets größer werdenden Gefahr für die Schifffahrt in der Nordsee hielt sich die niederländische Regierung zu ihrem Bestehen im März für verpflichtet, den Regierungen von Deutschland und England vorzuschlagen, diese Transporte vorläufig aufzugeben, bis die Ueberfahrt sicherer durchgeführt werden könne. Seit dieser Zeit hat die englische der deutschen Regierung vorgeschlagen, den Transport für die auszutauschenden Kriegsgefangenen an Bord eines britischen Hospitalsschiffes stattfinden zu lassen. Die niederländische Regierung stimmte sofort diesem englischen Vorschlag zu und ließ auch ihrerseits den Transport auf einem niederländischen Schiff wieder zu, so daß am 23. und 24. Mai 1916 ein neuer Austausch von Kriegsgefangenen über Holland stattfinden konnte. Der Transport über Holland geschah wie bisher unter Mitwirkung des niederländischen Roten Kreuzes.

27. VII. 1916

**Ein Aufruf von Berliner Universitätsprofessoren.**

Mit dem Rektor v. Wilamowitz-Böllendorff veröffentlichen die Universitätsprofessoren Otto v. Guericke, Wilhelm Kahl, Eduard Meyer, Dietrich Schaefler, Reinhold Seeberg, Adolf Wagner einen Aufruf zum Durchhalten, worin es heißt:

Die Erwartung eines nahen Friedens bewegt weite Kreise. Wir waren von jeher seit Jahrhunderten ein Friedensvolk . . . Auch seitdem wir kämpfen, haben wir keinen anderen Gedanken gehabt als daß wir ringen um einen ehrlichen Frieden. Wir haben das Schwert nicht in die Hand genommen, um zu erobern; nun wir es haben ziehen müssen, wollen, können und dürfen wir es nicht in die Scheide stecken, ohne einen Frieden gesichert zu haben, den auch die Feinde zu halten gezwungen sind. Der ist aber nicht zu erlangen ohne Mehrung unserer Macht, Ausdehnung des Reiches, in dem unser Wille über Krieg und Frieden entscheidet. Dazu bedarf es starker Bürgschaften, „realer Garantien“. Darüber ist bei allen Deutschen nur eine Meinung. Unsere Gegner sind noch nicht bereit, uns solche Bürgschaften zuzugestehen . . . Sie sind nicht friedebereit, so können auch wir nicht von Frieden reden . . . Unsere Feinde rechnen mit der Not, in die sie uns durch Absperrung versetzen können. Sollten wir der kleinen Entbehrungen wegen, die uns der Tag auferlegt, unsere Zukunft in Frage stellen können, sollten das tun, obgleich wir Sieger sind? Wir verdienen nicht, ein Volk zu heißen und ein Reich zu haben, wenn es so wäre. So wollen wir denn „durchhalten“, unverzagt und unerschüttert, durchhalten und siegen, weil — wollen wir uns selber aufgeben — wir gar nicht anders können . . . Der Krieg hat bewiesen, daß wir ein einiges Volk sind; daß es daheim und draußen vielfach bezweifelt wurde, erinnert sich jeder. So sollen auch die Zweifel an der Notwendigkeit weiteren Kampfes und Siegens, die unser Volk beschleichen und seine Seele schwach zu machen, die Gegner aber zu stärken drohen, wie störende Nebel dahinschwinden vor dem Sonnenglanze unseres Willens zum entscheidenden Siege und des Glaubens an ihn.

28. VII. 1916

## Noch ein Ausschuß.

Der „Fränkische Kurier“ teilt mit, daß ihm durch Zufall folgendes Schreiben aus München zu Gesicht gekommen sei:

Euer Hochwohlgeboren!

Am Sonntag, den 30. Juli, Beginn vormittags 10 Uhr, findet in München eine vertrauliche Besprechung führender Männer Süddeutschlands über „die politische Lage“ statt.

Die Teilnahme kann nur auf Grund einer auf die Person ausgestellten Ausweisarte erfolgen. Da nur eine begrenzte Zahl von Karten ausgegeben werden kann, ist sofortige Anmeldung, soweit noch nicht geschehen, unter Angabe der für die Lage vom 26. bis 28. Juli geltenden postficheren Adresse bei dem Unterzeichneten notwendig. — Die Ausweisarten werden unter Bekanntgabe des Besprechungsortes 2—3 Tage vor der Zusammenkunft an die angemeldete, für den 26. bis 28. Juli gültige postfichere Adresse gesandt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

J. A.: Der Ausschuß der „Kichtlinien für Wege zum dauernden Frieden“.  
Hofrat Professor Dr. Kraepelin,  
München, Goethestraße 55.“

Dem Schreiben ist folgende Mitteilung angefügt:

„Die Teilnehmer werden Gelegenheit haben, am 20. Juli einer öffentlichen Versammlung beizuwohnen, in der u. a. Graf Reventlow, Berlin sprechen wird. — Weiter ist geplant ein Vortragsabend für den 3. August mit Herrn D. theol. Traub, Dortmund, als Redner. Näheres wird noch bekannt gegeben. Es wird gebeten, die Zeitungen zu beachten.

Die Versammlungen werden ebenso wie der kürzlich veranstaltete Vortrag des Herrn Abgeordneten Dr. Schlittenbauer einberufen von Männern aus allen bürgerlichen Parteien: Landtagsabgeordneter Dech, Dr. Oskar Blank, Syndikus Dr. Einhäuser, Landtagsabgeordneter Dr. Einhäuser, Landtagsabg. Erbelding, Geschäftsstellenleiter Ludwig Frühauf, Landtagsabg. Gebhardt, Assessor Dr. Gerlich, Geheimrat Dr. v. Gruber, Hofrat Dr. Kraepelin, Verlagsbuchhändler Lehmann Landtagsabg. Löwened, Durchlaucht Prinz Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, Dr. Plöck, Justizrat Puh, Hofrat Dr. Rehm, Oberlandesgerichtsrat Rohrer, Landtagsabgeordneter Scharnagel, Landtagsabgeordneter Dr. Schlittenbauer, Oberinspektor Stindl, Kommerzienrat Karl Stöhr.“

Der Name Reventlow läßt keinen Zweifel darüber, welche Ziele dieser Ausschuß verfolgt. Es fällt daher auf, auch Namen von Fortschrittlern wie Traub und Dr. Rehm dabei zu finden. Ob mehr darüber zu sagen ist, wird sich ja wohl bald zeigen.

### Die Haltung Rumäniens.

(Telegramm des „Pester Lloyd“.)

Berlin, 28. Juli.

Reventlow schließt seinen Leitartikel über Rumänien in der „Deutschen Tageszeitung“ mit folgenden Worten:

„Wenn mit oder ohne Willen des Königs Rumänien sich in das Lager des Vierverbandes begäbe, dann würde der rumänische König aus dem Hohenzollernhause unter allen Umständen des Thrones verlustig gehen. Wir und unsere Bundesgenossen verfolgen auch fernerhin, so wie bisher, kühl und aufmerksam die Ereignisse und Entwicklungen in Rumänien. Bisher haben sie unsere alte These, ebenso wie in Bulgarien und den anderen früher oder jetzt neutralen Staaten, bestätigt, daß die militärischen Ereignisse, beziehungsweise deren Beurteilung die Entscheidungen dieser Staaten machen, niemals oder doch nur zu ganz kleinen Bruchteilen die Diplomaten, wenn nicht schon aus den Zeiten vor dem Kriege sichere und starke diplomatische Positionen erarbeitet worden sind.“

(Telegramm des „Pester Lloyd“.)

Berlin, 28. Juli.

Nach einer Erklärung der föderalistischen „Epoca“ in Bukarest ist von der Ernennung des Stellvertreters Bratianu im Kriegsministerium, des Generals Iliescu, zum Generalstabschef nicht mehr die Rede. General Iliescu hat nunmehr selbst erklärt, daß seine Ernennung auf diesen Posten nicht in Frage komme.

Dagegen meldet die „Bosnische Zeitung“, die Ernennung des Generals Iliescu zum Chef des rumänischen Generalstabes sei für die nächsten Tage zu erwarten. General Scottu, der provisorisch dieses Amt versieht, wird wegen seines hohen Alters pensioniert. Kriegsfekretär an Stelle Iliescus wird General Lupescu. Iliescu ist ein alter Intimus des Ministerpräsidenten Bratianu.

## Kriegskosten und Friedensausichten.

g. Das englische Unterhaus gerät nicht so leicht außer Fassung; aber alle parlamentarischen Berichterstaten bestätigen, daß ihm Mac Kennas gelegentliche Mitteilung, daß die englischen Tagesausgaben seit einiger Zeit 120 Millionen Mark übersteigen, buchstäblich den Atem nahm. Und kein Wunder! Niemand war auf solche Steigerung der Kriegskosten im geringsten gefaßt! Noch am 21. Februar hatte Asquith dem Land versichert, es sei ganz unwahrscheinlich, daß die täglichen Ausgaben je 100 Millionen Mark übersteigen werden, daß sei keine „wahrscheinliche, sondern eine Maximumzahl“, und als er am 23. Mai einen 6-Milliarden-Kredit verlangte, schätzte er, dieser Kredit werde bis zur Mitte der ersten Augustwoche reichen bei einer Durchschnittsausgabe von 95 Millionen Mark für den Tag. Mit keinem Wort bereite er das Haus auf ein so enormes Anschwellen der Ausgabe vor, wie es nun eingetreten ist; und damals mußte er natürlich die Erweiterung der Munitionserzeugung, die Verstärkung der Armee infolge der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die bevorstehende Offensive schon voraussehen. Was er wohl nicht vorausah, war der inzwischen eingetretene tatsächliche Bankrott der lieben Bundesgenossen, der England immer mehr zwingt, auch ihre Kriegskosten auf seine Schultern zu nehmen. Und dieser Prozeß des Anschwellens der englischen Kriegsausgaben ist keineswegs abgeschlossen. Der Schatzkanzler sagte ausdrücklich: „Niemand könne vorausagen, wie hoch sie in einem Monat sein mögen,“ und ernste Blätter rechnen bereits mit der Möglichkeit einer 140-, ja 160-Millionen-Mark-Ausgabe; denn ganz sicher ist, daß die Ansprüche der Bundesgenossen nicht kleiner, sondern immer größer werden. Für die Zeit vom August 1914 bis Ende März 1915 war die tägliche Durchschnittsausgabe 300 Millionen Mark; vom 1. April bis 30. Juni 1915 betrug sie 540 Millionen, vom 1. bis 17. Juli 600 Millionen, vom 18. Juli bis 11. September 700 Millionen, im November hatte sie 880 Millionen beinahe erreicht, im Mai 920 Millionen und nun ist sie mehr als das Doppelte denn vor einem Jahr und ungefähr 30 Prozent höher als vor zwei Monaten! Mit den heute bewilligten weiteren neun Milliarden Mark ist der für das laufende Finanzjahr bewilligte Betrag auf 21 Milliarden Mark gestiegen und der für den ganzen Krieg bewilligte beinahe auf 57 Milliarden. Die Blätter sind wieder voll der üblichen Mahnungen zu größerer Sparsamkeit, da selbst das reiche England sonst eine Belastung nicht aushalten könne, die einer täglichen Ausgabe von 12 Mark für jeden Haushalt im vereinigten Königreich gleichkomme; wir bezweifeln, daß sie mehr helfen werden als bisher, bezweifeln aber nicht, daß das Defizit, das der Schatzkanzler dieses Jahr durch Vorgen bedecken muß, nicht unter 34 Milliarden bleiben wird.

Wenn etwas den Starrsinn brechen kann, der die englische Regierung auch heute noch zum Haupthindernis für den Frieden macht, ist es dieses unerwartete Anschwellen der englischen Kriegskosten. Es wird noch ganz anders wirken, als die enormen Verluste in der Sommeschlacht. Andererseits muß gesagt werden, daß die Regierung bisher mit keinem Zeichen verrät, daß sie die Ansicht des Volkes teilt, das auf einen baldigen Frieden rechnet und sich jedenfalls ganz sicher wähnt, „daß die Soldaten diesmal Weihnachten zu Hause feiern werden“. Asquith hat allerdings am Freitag gesagt, „wenn für Belgien die Stunde der Befreiung schlägt — und sie wird bald schlagen...“ Das war aber ersichtlich nur eine rhetorische Phrase in einer auch sonst von Lügen und Verdrehungen strotzenden Rede. Alle Handlungen der Re-

gierung aber deuten auf ganz andere Erwartungen. Man dehnt die Munitionsfabrikation aus, ruft trotz aller Proteste der Industrie immer mehr Leute zur Fahne, fängt in Mesopotamien und anderswo mit dem Bau von Bahnen an, alles Dinge, die auf der Voraussetzung beruhen, daß der Krieg noch geraume Zeit dauern wird. Jedenfalls steht nur so viel fest, daß die englische Demokratie über den Zeitpunkt wie Inhalt des Friedens ebenso wenig wird mitzusprechen haben, als sie es bei der Kriegserklärung hatte.

Sir Edward Carson scheint allerdings anderer Ansicht zu sein. Die Regierung hat die Wählerregister während des Krieges absichtlich nicht weiterführen lassen, um während seiner Dauer das Abhalten von Wahlen zu einer praktischen Unmöglichkeit zu machen. In der Unterhausdebatte, die sich mit dieser Frage beschäftigte, stellte nun Carson die Theorie auf, es müßten entgegen der Ansicht der Regierung während des Krieges Wahlen stattfinden, da ein neues Unterhaus nötig sei, um über die Friedensbedingungen zu entscheiden; worauf ihm dann Chamberlains Leiborgan, die „Birmingham Daily Post“, mit folgenden lehrreichen Ausführungen antwortete, die jedenfalls das

Verdienst haben, den wahren Sachverhalt auszubringen:

„Die Idee allgemeiner Wahlen, in denen die Wähler für oder gegen zur Wahl gestellte Friedensbedingungen stimmen sollten, ist einfach Unsinn. Jeder vernünftige Wähler wird eine solche Sache ganz der Regierung überlassen. Sie muß sich über die Friedensbedingungen mit Frankreich, Rußland, Italien, Belgien, Serbien, Montenegro, Portugal und Japan verständigen. Acht Röhre für eine Suppe — das ist wirklich genug! Es wird eine Konferenz absetzen: unsere Vertreter auf ihr werden nicht zahlreich sein und müssen mit Vollmacht ausgestattet werden. In Übereinstimmung mit Präzedenzfällen und der Natur der Sache werden sie sich wahrscheinlich mit den anderen Regierungen verständigen, ohne auch nur das Kabinett zu Rate zu ziehen. Wer um diese Zeit im Unterhaus sitzt, wird ganz egal sein, denn die offensibare Pflicht des Unterhauses wird es sein, den Mund zu halten.“

Die Engländer sind bekanntlich eine Nation, die sich selbst regiert, im Gegensatz zu dem geknechteten Deutschland!

## Eine Erklärung Stürmers.

„Krieg bis zum Endsieg“.

S. Petersburg, 27. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach der Rückkehr aus dem Hauptquartier erließ der Minister des Aeußern und Vorsitzende des Ministerrates Stürmer anlässlich seiner Ernennung folgende Erklärung:

Berufen durch den Willen des Kaisers, übernehme ich die Leitung des Ministeriums des Aeußern während des furchtbaren Krieges, da alle Anstrengungen und Gedanken des russischen Volkes auf die Besiegung des zähen Feindes gerichtet sind. Ich glaube fest, daß der Sieg Rußland und seinen Verbündeten gehören wird, deren Heere in so glänzender Weise hohe Tapferkeit beweisen, während die russische Armee Erfolge erringt und die russischen Soldaten Heldentaten verrichten.

Deutschland hat den Krieg hervorgerufen, bei dessen Führung es sich mit dem Ruhm der völligen Mißachtung der Zivilisation bedeckte. Mögen daher die harten Folgen, die daraus entspringen, über dieses Land hereinbrechen. Alle unsere Gefühle dürfen nur von dem einzigen machtvollen Ruf geleitet werden: „Krieg bis zum Endsieg!“ Ich zweifle nicht, daß das mir anvertraute Amt alles, was von ihm abhängt, tun wird, um diesen Weg mit Festigkeit und Klarheit entsprechend der Würde des großen Rußland zu verfolgen.

Ich werde für den Augenblick keine Einzelfragen betreiben, selbst nicht die slawische Frage trotz aller ihrer Bedeutung, obwohl ich mir klar darüber Rechenschaft gebe, wie gerechtfertigt das Interesse ist, das diese Frage in der Gesellschaft hervorgerufen hat. Es ist nicht der Zeitpunkt, zu sprechen, sondern zu handeln.

In der diplomatischen Welt bin ich ja ein Neuling, aber die Fragen der auswärtigen Politik waren mir immer nahe. Schon als Student widmete ich meine Aufmerksamkeit alledem, was das Herz jedes Russen lebhafter schlagen läßt. Unter den Dokumenten des 17. Jahrhunderts ist ein Brief von Athanasius Ordinat Tscholul aufbewahrt worden, der in dieser alten Zeit die Kanzlerschaft der diplomatischen Angelegenheiten, den Possolsty Prikaz, innehatte. Die

Kanzlerschaft, sagt er, ist das wachende Auge des ganzen großen Rußland, das überall, ohne nachzulassen, mit Hilfe des Allmächtigen das große Heil des Staates behütet. Dieser Grundsatz bewahre in unseren Tagen alle seine Kraft!

Zum Schlusse will ich den unverfehrt erhaltenen Beschluß des Zaren Alexi's anführen, und zwar auf den Bericht eines seiner Botschafter hin, der die Interessen des Vaterlandes nicht zu wahren gewußt hatte: „Er hat weder uns, noch Rußland einen Dienst erwiesen, folglich werden Ruhm und Ehre, die von Gott kommen, ihm fehlen. Er wird an Stelle von Ruhm Vorwürfe ernten.“ Diese weisen Worte deden sich seit langem mit meinen Auffassungen von den auswärtigen Problemen.

## Die Parlaments- kommissäre in Frankreich.

Paris, 27. Juli.

Die Kammer hat die Erörterung der parlamentarischen Kontrolle bei der Armee beendet und mit 269 gegen 200 Stimmen den Gesetzentwurf angenommen, der den großen Ausschüssen die Vollmacht zur „wirksamen Kontrolle an Ort und Stelle“ im Rahmen ihrer Befugnisse unter den durch die am 22. Juni angenommene Tagesordnung vorgesehenen Bedingungen überträgt.

## Ein Aufruf der deutschen Partei.

In einem gemeinsamen Aufruf des Parteivorstandes und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands werden die Arbeiter vor unüberlegten Schritten gewarnt; es heißt in dem Aufruf:

Der langandauernde Krieg lastet schwer auf allen Völkern; die Opfer sind gewaltig und an die Spannkraft des einzelnen im Felde und daheim werden hohe Anforderungen gestellt. Da ist es nur zu begreifen, daß Mißmut und Unzufriedenheit ausgelöst werden. Diese Stimmung wird leider in unverantwortlicher Weise von einzelnen Leuten mißbraucht, die die Arbeiterschaft verlocken wollen, zu Mitteln zu greifen, die nicht im geringsten geeignet sind, die Last zu erleichtern, wohl aber den Druck zu steigern. Diese Verdächtigungen und wüsten Schimpfereien könnte man unbeachtet lassen, wenn nicht zugleich die Arbeiterschaft zu unbesonnenen Handlungen aufgefordert und gewissenlos die Propaganda für Streiks und Massenaktionen betrieben würde, für die die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei jede Verantwortung ablehnen müssen. Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, die Arbeiterschaft vor dem Treiben der im Dunkel der Anonymität wirkenden Protest- und Generalstreikapostel nachdrücklich zu warnen.

Gerade jetzt, wo an allen Fronten unsere Brüder im Waffenrock unter unsäglichen Opfern dem gewaltigen Ansturm der gegnerischen Massenheere standhalten müssen, wo kurz vor der Ernte die Lebensmittelversorgung die größten Schwierigkeiten bereitet, müßte jede unbesonnene Aktion verhängnisvoll wirken und vor allem die Arbeiterklasse selbst am schwersten treffen. Wie bisher, so muß auch im Kriege die einheitliche Aktion der Arbeiterklasse aufrecht erhalten werden. Das war die Stärke der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, und diese wollen wir uns auch für die Arbeit nach dem Kriege erhalten. Wem es Ernst ist mit der deutschen Arbeiterbewegung, der weise diejenigen, die die Arbeiter zu törichten Handlungen verleiten wollen, mit aller Entschiedenheit zurück. Wer das putschistische Treiben einzelner, jeden Verantwortlichkeitsgefühls barer Personen mitmacht oder andere dafür zu gewinnen sucht, der dient weder der Arbeiterbewegung noch der Sache des Friedens, sondern trägt eher zur Verlängerung des Krieges bei. Unsere wichtigste Aufgabe ist aber die baldige Herbeiführung des Friedens. Dieser großen Pflicht sind sich die berufenen Körperschaften der Arbeiterbewegung bewußt und sind unermüdet bestrebt, sie zu erfüllen. Arbeiter, steht treu zu euren Organisationen und weist alle Zersplitterungsversuche zurück!

28. VII. 1916

## Der Wirtschaftskrieg Englands.

Von einem hervorragenden Fachmann.

Wien, 27. Juli.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiete sind die Ententemächte die Angreifenden. Die seitens Deutschlands und Oesterreich-Ungarns ergriffenen Maßregeln sind stets reine Vergeltungsmaßregeln. Speziell England betreibt den Wirtschaftskrieg mit dem größten Ernst und mit allen Mitteln. Auch die Gründung einer „Ententebank“ mit 10 Millionen Pfund Kapital unter dem Präsidium des Sir Holden soll da mithelfen. Sir Ed. Holden ist der Präsident der London City and Midland Bank, Direktor der Bank von England, Gebieter über 150 Millionen Pfund Depositengelder, der Aurerger und unermüdete Prediger der Schaffung von Goldreserven bei den Banken. Seinen Bemühungen hat es die Bank von England zu danken, wenn ihr die anderen Banken angeblich 50 Millionen Pfund in effektivem Gold zur Verfügung stellen konnten. Ob es aber gerade diesem konservativen Mann gelingen wird, eine Bank zu gründen, die die heimische Industrie fördert und unterstützt und zugleich im Ausland tätig ist, ist sehr zu bezweifeln. Zu fern liegen alle diese Bestrebungen den englischen Großbanken, die eigentlich nur bestrebt sind, die ihnen anvertrauten Depositengelder auf möglichst sichere Weise anzulegen. Die neue Bank würde wohl kaum die deutschen Banken an ihrer Expansion hindern.

Wichtiger sind für uns die vielbesprochenen Maßregeln gegen die Niederlassungen deutscher und österreichischer Banken sowie gegen ausländische Effektenbesitzer. Einige Bemerkungen über die Tragweite mögen nicht ohne Nutzen sein. Wer Wertpapiere bei einer englischen Bank (auch bei Filialen deutscher oder österreichischer Banken) liegen hat, ohne in England irgendeinen Betrag schuldig zu sein, hat damit zu rechnen, daß die Coupons seiner Effekten dem Public trustee (öffentlichen Verwalter) übermittelt wurden und dort einstragend (wahrscheinlich in Kriegsanleihe) angelegt worden sind. Sofort bei Kriegsausbruch hat sich die englische Regierung in intensiver Art mit den Niederlassungen österreichischer und deutscher Banken befaßt. In gleicher Weise wie für die Akzepthäuser hat die Regierung auch für diese Banken gegenüber der Bank von England die Garantie für ihre Wechselverbindlichkeiten übernommen.

Die Bank von England, respektive die Regierung, trachtete, wieder zu ihrem Geld zu kommen. Sie ließ sich aber auch zu Beginn des Krieges genaue Depotsaufstellungen geben, während die Depots selbst „vorläufig“ bei den betreffenden Filialen verblieben. Aus dieser Aufstellung ersah die Regierung, daß für einige Millionen Pfund Amerikaner deponiert waren, deren Verkauf aus bekannten Gründen in ihrem Interesse lag. Vom Kriegsausbruch an wurde den Filialen jedes Geschäft untersagt, welches nicht zur Liquidation bestehender Engagements dient. Coupons wurden regulär gutgeschrieben und dienten zur Herabminderung des Debetfallos. Engagements bei Brokern, welche von Monat zu Monat reportiert werden und welche durch die Tiefkurse im Sommer 1914 nockleidend wurden, dürften teilweise exekutiert sein. Es hängt dies davon ab, ob der betreffende Broker nicht selbst gezwungen war, seine Engagements zu lösen, ferner welches Vertrauen er seinem kontinentalen Schuldner entgegenbrachte usw. Engagements bei englischen Banken dürften zumindest in der ersten Zeit des Krieges nicht exekutiert worden sein. Die „Trading with the enemy Proklamation“ bestimmt in Punkt 5: Not to enter into any new transaction, or complete any transaction already entered into with an enemy in any stocks, shares or other securities. Es ist demnach gesetzlich verboten, bereits schwebende Geschäfte zu beenden, das heißt zu exekutieren. Hingegen wurde am 27. November 1914 ein Trading with the enemy Amendment Act erlassen. Nach demselben kann das oberste Reichsgericht oder ein Richter desselben (High court or a judge thereof) auf das Gesuch einer Person, die dem Gericht ein Gläubiger eines Feindes zu sein scheint, das diesem Feinde gehörige Eigentum dem Public Trustee überweisen lassen und auch diesem Vollmachten hinsichtlich des Verkaufes, der Verwaltung usw. erteilen.

Das Gesetz enthält nähere Bestimmungen über die Art des Gerichtsverfahrens. Der feindliche Schuldner und der öffentliche Verwalter werden zu Gericht geladen, ebenso erscheint der Kläger (Gläubiger). Es ist für das Gerichtsverfahren nicht nötig, daß der Beklagte erscheint, was ja selbstverständlich auch unmöglich ist. Bis 10. April 1915 wurden, nach englischen Mitteilungen, dem Public Trustee 85.306.813 Pfund Sterling übergeben. Hieron sollen 675.000 Pfund Sterling in barem Gelde (offenbar aus Couponlösen) erlegt worden sein. Alle Gesellschaften haben fällige Coupons, welche feindlichen Ausländern gebühren, ebenfalls dem Public Trustee zu übermitteln.

In Frankreich hat das Justizministerium in seinen Erlässen darauf hingewiesen, daß, von absoluten Notwendigkeiten (wie bei leicht verderblicher Ware) abgesehen, der „Administrateur sequestre“ nicht Liquidator, sondern Verwalter des feindlichen Vermögens sei. In einem dieser ministeriellen Zirkulare heißt es: „Es versteht sich, daß die Sequestrierung des deutschen, österreichischen oder ungarischen Untertanen gehörigen Eigentums in keinem Fall den Charakter der Konfiskation tragen darf. Die Sequestrierung ist ausschließlich dazu bestimmt, daß die feindlichen Nationen nicht während des Krieges von der wirtschaftlichen Tätigkeit unseres Landes Nutzen ziehen. Allerdings sind Erlässe Theorie; es kommt darauf an, ob und wie sie gehandhabt werden.“

Aus diesen Vorgängen im Wirtschaftskrieg sollte jedenfalls eine Konsequenz gezogen werden: Die Aufstellung einer neuen genauen Statistik unserer Verpflichtungen und Guthaben im Ausland. Damit allein wäre jedoch die notwendige Arbeit nicht getan. Gerade auf diesem Gebiete sind die Fälle so kompliziert, daß das Material eine fachmännische Bearbeitung erfordern würde. Auf einem anderen Gebiete, dem Kampfrechte der verschiedenen Staaten, ist eine nützliche Zusammenstellung bereits in der

von der niederösterreichischen Handelskammer herausgegebenen Sammlung „Der Wirtschaftskrieg“ erfolgt. Aber über Verpflichtungen und Guthaben fehlt derzeit eine verlässliche und gründliche Statistik. Vielleicht bieten die Erfahrungen des Krieges den Anlaß, um eine solche wichtige und wertvolle Statistik zu schaffen.

28. VII. 1916

**Die Aufhebung der Londoner Deklaration durch England.**

Kopenhagen, 26. Juli.

Das Ministerium des Aeußern teilt mit:

Im Hinblick auf die englische Order in Council vom 7. Jul 1916, in der die Londoner Erklärung für endgültig aufgehoben erklärt und gewisse Seerechtsregeln festgesetzt werden, haben die dänische, die norwegische und die schwedische Regierung, welche diese Regeln in mehreren wesentlichen Beziehungen als mit den völkerrechtlichen Grundsätzen nicht übereinstimmend betrachten, durch ihre Vertreter in London bei der englischen Regierung sich vorbehalten, Vorstellungen und Vorbehalte geltend zu machen, zu denen die Anwendung der erwähnten Regeln Anlaß geben könnte. Ein entsprechender Schritt bei der französischen Regierung wegen des Erlasses vom 7. Juli 1916, betreffend die Aufhebung der Londoner Erklärung ist getan worden.

Haag, 26. Juli.

Eine Deputation sozialdemokratischer Mitglieder der Zweiten Kammer, begleitet vom Sekretär der niederländischen Seemannsvereinigung „Volhardina“ und einem

Vertreter des Zentralverbandes der Hafenarbeiter, beriet heute mit dem Minister des Aeußern über die Anhaltung niederländischer Fischerfahrzeuge durch England. Sodann fand eine Versammlung der sozialdemokratischen Kammerfraktion statt.

Dem „Verband christlicher Seeleute“ wurde vom englischen Gesandten mitgeteilt, er sei bereit, die Adresse des Verbandes dem Staatssekretär des Aeußern Lord Grey zu übermitteln, wenn daraus der Satz weggelassen würde, „die englische Regierung habe sich in dieser Sache einer groben Rechtsverletzung schuldig gemacht“. Der Verband leistete dem Wunsche des Gesandten Folge.

28. Juli 1916

## Ein Aufruf deutscher Professoren.

„Unverzagt und unerschüttert durchhalten.“

Berlin, 27. Juli. (Priv.-Tel.)

Mit dem Berliner Rektor v. Wilamowitz-Möllendorff veröffentlichten die Universitätsprofessoren v. Gierke, Kahl, Ed. Meyer, Dietrich, Schaefer, Seeberg und Wagner einen Aufruf zum Durchhalten, worin es heißt:

Die Erwartung des nahen Friedens bewegt weite Kreise. Wir waren von jeher, seit Jahrhunderten, ein Friedensvolk; auch seitdem wir kämpfen, haben wir keinen anderen Gedanken gehabt, als daß wir um einen ehrlichen Frieden ringen.

Wir haben das Schwert nicht in die Hand genommen, um zu erobern. Nun, da wir es ziehen mußten, wollen, können und dürfen wir es nicht in die Scheide stecken, ohne einen Frieden gesichert zu haben, den auch unsere Feinde zu halten gezwungen sind. Der ist aber nicht zu erlangen ohne die Mehrung unserer Macht und ohne Ausdehnung des Reiches, in dem unser Wille über Krieg und Frieden entscheidet. Dazu bedarf es sicherer Bürgschaften, „realer Garantien“.

Hierüber herrscht bei allen Deutschen nur eine Meinung: unsere Gegner sind noch nicht bereit, uns solche Bürgschaften zuzugestehen. Sie sind nicht friedebereit. Und so können auch wir nicht vom Frieden reden. Unsere Feinde rechnen mit der Not, in die sie uns durch Absperrung versetzen können. Sollten wir der kleinen Entbehrungen wegen, die uns der Tag auferlegt, unsere Zukunft in Frage stellen? Können, sollen wir das tun, obgleich wir Sieger sind?

Wir verdienen nicht, ein Volk zu heißen und ein Reich zu haben, wenn es so wäre. So wollen wir denn „durchhalten“, unverzagt und unerschüttert durchhalten und siegen, weil, wollen wir uns nicht selber aufgeben, wir gar nicht anders können.

## Die Haltung Rumäniens.

Energischer Widerspruch gegen die Meldungen über baldigen Eintritt Rumäniens in den Krieg.

Bukarest, 26. Juli.

Das Regierungsblatt, die „Indépendance Roumaine“, schreibt: Trotz des zusammenfassenden Dementis, das wir gestern allen Erfindungen, betreffend gefasste Beschlüsse, Besprechungen und ausgetauschte Unterzeichnungen, entgegengesetzt haben, wird das Gerücht fortgesetzt. Die angeführten, angeblich stattgefundenen Ereignisse sind Phantasien einer Einbildungskraft, vor der wir gestern die Öffentlichkeit gewarnt haben. Es ist vorauszusehen, daß nichts das Umlaufen falscher Gerüchte hindern wird; wir können somit nichts anderes tun, als nochmals festzustellen, daß die angeblichen Informationen jeder Grundlage entbehren.

Das Regierungsblatt wendet sich mit dieser Richtigstellung gegen in vierverbandsfreundlichen Blättern erschienene Mitteilungen über den baldigen Eintritt Rumäniens in den Krieg und über den knapp bevorstehenden Abschluß eines Abkommens Rumäniens mit den Verbandsmächten.

## Die deutschen Volksvertreter in Bulgarien.

### Der gewaltige und ergreifende Eindruck.

Telegramm unseres eigenen Sostoter Berichterstatters.

☉ **Sofia, 28. Juni. (Telegr.)** Die deutschen Abgeordneten sind heute vormittag im Sonderzug nach Rüstendil abgereist, um von dort im Kraftwagen nach Kloster Rilo und dann weiter über die sehenswertesten Punkte Bulgariens zur Donau zu gelangen, von wo sie am 3. Juli auf einem Sonderdampfer nach Belgrad fahren sollen. Die ganze Reise geht unter der liebenswürdigen und sachverständigen Führung des frühern Gesandten in Belgrad, Tschapraschikow, vor sich. Der Aufenthalt in Sofia, der heute sein Ende erreichte, hat hier Kundgebungen veranlaßt, die bei dem sonst kühlen Verhalten der Bulgaren ganz ungewöhnlich sind. Wenn auch die Vorbereitungen solcher Kundgebungen unter den Schutz der Behörden gestellt waren, so hätten sie doch ohne innere herzliche Anteilnahme des Volkes nicht den Umfang annehmen können, der überraschend gewaltig und manchmal ergreifend war. Man hatte den Eindruck, daß zwei aufrichtige Freunde in ernstester Stunde ihre Hände fester ineinander schließen, bereit zu jeder Tat, zu jedem Opfer, um durch Vollendung der bisher erfochtenen Siege das Errungene festzuhalten und für den Aufbau einer glücklichen Zukunft einen festen Untergrund zu schaffen. Viele kleine Züge beweisen, daß auch die Parteien, die aus Überlieferung im Gegensatz zur Regierung stehen und daher gewohnheitsmäßig Schritte der Regierung mißbilligen, sich dieser Strömung immer weniger entziehen konnten. So waren Männer aller Parteien bei dem sehr interessanten Gabelsbrühstück, das den deutschen Abgeordneten durch die wirklichen geistigen Führer Bulgariens, Schriftsteller, Künstler und Gelehrte im Badeort Banti bei Sofia gegeben wurde. Die Macht der Tatsachen und die warmen, gehaltvollen, formvollendeten Worte unserer deutschen Abgeordneten hatten veraltete Überlieferungen bezwungen. Bei dem Besuch der Junkerschule durch die deutschen Gäste zog eine Abteilung Junker vorbei unter dem Gesang der *Wacht am Rhein* und des Liedes *Ich hatt' einen Kameraden* in deutscher Sprache. Es lag nahe, wie abends beim Festessen in der Stadthalle der Abgeordnete Strefemann in viel bewunderter, packender Rede andeutete, das Kameradenlied auf die Deutschen und die Bulgaren zu beziehen.

Die Reden der deutschen Herren, die immer frei und ohne Blattsprachen, waren überhaupt mustergültig in Form und Inhalt, wobei die Rücksicht auf die wirtschaftlichen Bestrebungen Bulgariens wohlüberlegt zur Geltung kam. Die Herren Heydebrand, Baffermann, Naumann, Müller-Meinigen, dessen Rede auf dem Bahnhof durch ihren Inhalt wie Vortrag tiefen Eindruck machte, die Herren Mayer, Erzberger und Strefemann zeigten sich als kluge und gewandte Männer des Wortes, die die Eigenheiten der Bulgaren und die politische Lage gut überschauten. Die bulgarischen Reden, die meist in deutscher Sprache gehalten waren, betonten immer wieder die Genugthuung der Bulgaren, den Traum der Einigung aller Bulgaren durch einen gemeinsamen Kampf erfüllt zu haben, und den Stolz, der Verbündete des mächtigen Deutschen Reiches zu sein, wovon auch für die Zeit nach dem Kriege viel erwartet werde. Die Festvorstellung im Theater brachte ein phantastisches Bild des Dorflebens mit Tänzen in Volkstracht und Vortrag eines warm empfundenen Gedichtes über die Bundesstreue, das gedichtet, und zwar in deutscher Sprache, von dem bulgarischen Oberstleutnant Janakijew war. Den deutschen Gästen wurden Künstlermappen, mazedonische Filigranarbeiten, Rosenöl und bester Tabak aus Kanti zur Erinnerung überreicht. Der Eindruck des Empfangs, des lehrreichen und angenehmen Aufenthalts in der Hauptstadt auf unsere deutschen Gäste war sehr tief und wird nachhaltig bleiben. Manche persönlichen Beziehungen, die angeknüpft wurden, werden nutzbringend verwertet werden können.

Es war sehr zeitgemäß, die Bulgaren und die Deutschen daran zu erinnern, daß, wenn auch kluge, weitschauende Fürsten die Bündnisse unterzeichnen, wenn auch weise, berufene Ratgeber solchen Abmachungen und Verträgen durch ihre Unterschrift gesetzlich bindende Kraft geben, doch die wesentlichste Bedingung für die Freundschaft der Völker ein Bündnis zwischen den Völkern selbst bleibt, woran ohne Ausdringlichkeit jeder arbeiten soll, der die Wichtigkeit dieser Wahrheit verstehen kann. Der Eindruck, den die deutschen Gäste hinterlassen haben, ist der, daß das deutsche Volk Verstandnis für Bulgarien hat, es ehrlich und gut mit Bulgarien meint, daß es Bulgariens Kraft und Zukunftssicherheit richtig bewertet und daß Deutschlands schwere Faust bereit ist, als guter Freund seiner Freunde auch Bulgariens Feinde zu zerschmettern.

WTB Sofia, 28. Juni. (Telegr.) Im Saale der Handelskammer vereinigte gestern ein Festmahl zu Ehren der Abordnung des Reichstags die Spitzen der bulgarischen Geschäftswelt. Den Trinkspruch des Vorsitzenden der Festversammlung beantwortete der deutsche Abgeordnete Mayer mit einem Rückblick auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Bulgariens. Seine Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

29. VII. 1916

**Das Hilfswort für Polen.****Die deutsche Antwort auf Greys Vorschlag.**

P. Berlin, 28. Juli. Das Wolffsche Bureau meldet:

Auf den vom Präsidenten der Vereinigten Staaten an alle kriegsführenden Regierungen gerichteten Aufruf, über das Hilfswort für Polen zu einer Verständigung zu gelangen, hat Viscount Grey soeben geantwortet.

Seine Erklärung ist nichts mehr und nichts weniger, als ein Versuch, die von Deutschland und Oesterreich-Ungarn besetzten Gebiete in das von der britischen Regierung gegen jedes Völkerrecht proklamierte System der Aushungerung Deutschlands einzugliedern.

Wenn Viscount Grey die Verantwortung für die Folgen, die ein so ungeheuerlicher Plan für die Bewohner der besetzten Gebiete hat, der deutschen Regierung zuschieben will, so ist das eine britische Heuchelei, die sich durch besondere Durchsichtigkeit auszeichnet.

## Wilson und die Friedens- vermittlung.

S. A. Bern, 28. Juli. Aus London wird gemeldet: Der Korrespondent der „Morning Post“ in Washington berichtet auf Grund offiziöser Andeutungen, daß Präsident Wilson die erste Gelegenheit ergreifen werde, um mit Vorschlägen für eine Friedensvermittlung hervorzutreten. Alle amerikanischen diplomatischen Vertretern sei eine Weisung des Präsidenten zugegangen, ihre besondere Aufmerksamkeit auf die Wahrnehmung des Momentes zu richten, in dem sich die Möglichkeit für eine Einleitung von Friedensverhandlungen zeigte. Präsident Wilson habe sich mit dieser Haltung in Amerika viel Sympathien gemacht und auch die eigenen Aussichten einer Wiederwahl damit gefördert. Amerika wolle die Rolle dessen spielen, der der Welt wieder zum Frieden verhelfe.

## Der Kampf um die holländische Hochseefischerei.

### Völkerrechtliche Bemerkung.

Wien, 29. Juli.

Die politischen und diplomatischen Urkunden dieses Krieges werden künftig sehr schätzbares Material für die Theoretiker des Völkerrechts darstellen. Was an juristischem Scharfsinn gegen die englische Gewaltpolitik vorgebracht werden kann, ist in den Notizen der neutralen Regierungen niedergelegt worden. Bisher allerdings, ohne daß sich in der englischen Seekriegspraxis auch nur das mindeste geändert hätte. Im Gegenteil, mit der Dauer des Krieges verschärfte sich die Tyrannei der britischen Admiralität. Die allmähliche Ausdehnung des Konterbandbegriffes, die schrittweise Lossagung von den Londoner Seerechts-erklärungen, der im Winter 1915 begonnene Postraub sind ebenso viele höhnische Antworten auf die völkerrechtlichen Vorstellungen der Neutralen. Eines der bezeichnendsten Beispiele für die Rücksichtslosigkeit, mit der sich England immer mehr vom Völkerrecht entfernt, ist der von der Admiralität ausgenommene Kampf gegen die holländische Hochseefischerei. Plötzlich haben die Engländer entdeckt, daß die holländische Fischerei auf hoher See, die ein uralter Nahrungszweig der niederländischen Küstenbevölkerung ist, unter den Begriff des Konterbandes fällt. Auf dem Umweg über die englische Preisgerichtsbarkeit soll Holland gezwungen werden, den Verkauf der von seinen Fischern in freien Meeren gefangenen Fische an den deutschen Fischhandel zu verbieten. Der holländische Minister des Aeußern hat in seiner gestrigen Rede alles übersichtlich zusammengestellt, was vom Standpunkt des Rechtes gegen die neue englische Willkür gesagt werden kann. Die Rede erinnert in der Vollständigkeit der völkerrechtlichen Beweisführung an die Note, welche Amerika am 5. November 1915 gegen die englische Seekriegführung gerichtet hat. Beide Urkunden dürften allerdings, wenn man das bisherige Verhalten Englands in Betracht zieht, das gleiche Schicksal haben.

Der Kernpunkt der englischen Gewalttätigkeit liegt diesmal darin, daß sie den Fischfang, also einen Erwerbszweig der Urproduktion, durch eine künstliche Gewalttätigkeit den Grundsätzen über den Zwischenhandel über See gleichstellt. Was gegen die rechtswidrigen Praktiken wider den neutralen Zwischenhandel einzuwenden werden kann, streift die Rede des holländischen Ministers mit denselben unwiderleglichen Argumenten, die in breiter Darstellung in der amerikanischen Novembernote enthalten waren. Wie damals Staatssekretär Lansing, so weist jetzt der holländische Minister darauf hin, daß die Ausdehnung des Konterbandbegriffes, die Behandlung von Lebensmitteln als absoluter Konterbande, ebenso rechtswidrig ist wie die Auslegung, welche die britische Admiralität der „Theorie der fortgesetzten Reise“ gibt, indem sie nicht bloß die individuelle Ware auf der Fahrt zwischen zwei neutralen Häfen mit dem Verdacht, Bannware zu sein, belegt,

sondern Ware einer bestimmten Gattung überhaupt konfisziert, weil sie willkürlich behauptet, daß Ware der gleichen Art nach Deutschland verkauft wird. Die Rede des holländischen Ministers wendet sich auch, wie es die amerikanische Note getan hat, gegen die vor diesem Kriege unerhörte und auch in der englischen Praxis früher nicht zugelassene Methode, die neutralen Schiffe, anstatt sie sofort auf der hohen See zu untersuchen, einfach in die englischen Häfen zu schleppen, wodurch namentlich leicht verderbliche Ware geradezu mutwillig zugrunde gerichtet wird.

Diese formalen Willkürakte gegen die Bedrängung des neutralen Zwischenhandels werden jedoch dadurch überboten, daß der Fischfang und der Transport der gefangenen Fische in die niederländischen Heimat Häfen, also ein Erwerb, der kein einziges Merkmal des Zwischenhandels trägt, als solcher von den Engländern behandelt und geknebelt wird. Die niederländische Hochseefischerei dient in erster Linie dem Unterhalt und der Ernährung der holländischen Bevölkerung, und die englische Regierung, die ihn unterbindet, wendet gegen einen Neutralen dasselbe Mittel der Aushungerung an wie gegen die Mittelmächte. Holland hat bekanntlich eine hochentwickelte Viehzucht. Die Züchtung Englands an die holländische Fischerei ist nun genau so rechtswidrig, als wenn England den Holländern verbieten wollte, Vieh zu züchten und Milchprodukte zu gewinnen, weil das Land den Uberschuß, den seine Bevölkerung nicht verbraucht, uralter Handelsgewohnheit folgend, an das benachbarte Deutschland absetzt. Der holländische Minister hat sehr richtig gesagt, daß der einzige legitime Weg, der den Engländern offen steht, wenn sie den Verkauf holländischer Fische an Deutschland verhindern wollen, der ist, die Ware in Holland selbst für höhere Preise den Deutschen wegzukaufen. Man weiß aus der Vorgeschichte des Fischereistreites allerdings, daß die Engländer den Streit deshalb vom Zaun gebrochen haben, weil sie die holländischen Fische um einen billigen Preis an sich bringen wollen. Ein Händlertrieb also, der mit dem Kriege gegen Deutschland nur in sehr mittelbarer Beziehung steht, gewiß ganz und gar nicht zu vereinbaren ist mit dem Schutze der kleinen Staaten und Völker, für die nach den heuchlerischen Reden seiner Staatsmänner England angeblich das Schwert gezogen hat, wohl aber in der Linie der englischen Auffassung liegt, für die noch immer Seeschifffahrt und Seeraub zusammengehören.

## Der Krieg Englands gegen die holländischen Fischer.

Haag, 28. Juli.

Das Korrespondenzbureau teilt mit, daß die von der Abordnung der Vereinigung niederländischer Heringsfischer in London geführten Verhandlungen zu keinem befriedigenden Endergebnis geführt haben. Die Vereinigung beabsichtigt aber, die Beratungen wieder aufzunehmen. Man hofft, in wenigen Tagen den englischen Behörden bestimmte Vorschläge vorlegen zu können.

## Neutrale Stimmen gegen die neuen Seekriegsregeln der Entente.

Kopenhagen, 28. Juli.

„National Tidende“ meldet aus Stockholm: „Aftonbladet“ erklärt im Leitartikel über die neuen Seekriegsregeln der Ententemächte, daß die übrigen Staaten sich nicht stillschweigend in diese einseitigen Regeln zu finden brauchen. England und Frankreich könnten nicht ohne weiters die anerkannten Grundsätze des Völkerrechts über Bord werfen. Dagegen müßten die Neutralen mit aller Kraft protestieren. Schließlich begrüßt das Blatt mit großer Befriedigung den gemeinsamen skandinavischen Protest.

### Deutschlands militärische Stärke.

Berlin, 28. Juli. Gegenüber den Behauptungen unserer Feinde, daß Deutschlands Menschenzahl und Mannschaftserfab nicht ausreichend sein werde, um dauernd die Lücken auszufüllen, die der unausgesetzte Kampf an drei

oder vier Fronten mit sich bringt, kann die „Bosfische Zeitung“ auf Grund amtlicher Angaben mitteilen, daß der Mannschaftserfab Deutschlands keinerlei Schwierigkeiten bereitet. Die deutsche Seeresleitung braucht noch nicht auf die Jahrgänge 1898 und 1899 zurückzugreifen. Die Ersatzbataillone und Rekrutendepots werden dauernd auf dem vollen Stand gehalten. Außerdem sind im Interesse der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens Hunderttausende vom Seeresdienst zurückgestellt worden, die im Notfall herangezogen werden könnten. Unsern Feinden mag auch die Tatsache zu denken geben, daß in den schweren Kämpfen der letzten Woche auch nicht ein einziges Mal die Verbringung von Truppen von der Ostfront an die Westfront oder umgekehrt nötig war.

29. VII. 1916

**Der mißlungene Aufstand in Arabien.**

Konstantinopel, 27. Juli. In Besprechung der halbamtlichen Verlautbarung betreffend die Vorgänge in Mekka brandmarken die Blätter übereinstimmend die Haltung des früheren Emirs von Mekka, der im Augenblick des heiligen Krieges des Islams sich niedrig genug zeigte, um sich vom Golde Englands, des größten Feindes des Islams, gewinnen zu lassen, das auf diese Weise die an den Dardanellen erlittene Niederlage wettzumachen und der den Suezkanal bedrohenden Gefahr vorzubeugen hofft. Die Blätter geben der Ueberzeugung Ausdruck, daß dank den von der Regierung getroffenen klugen Maßnahmen der Zwischenfall bedeutungs- und aussichtslos geblieben ist. Es handle sich um eine ungeschickt inszenierte Komödie, die lediglich die Einfältigkeit des Vierverbandes kennzeichne, falls dieser wirklich an den Ernst des Aufstandes in Mekka glaubte. Der gewesene Emir sei schon jetzt ein von der ganzen islamitischen Welt verabscheuter Mann; diese werde aus dieser Prüfung einiger denn je hervorgehen. Die Ordnung sei in Medina und Umge-

bung bereits vollständig wiederhergestellt; der Aufstand beschränke sich auf Mekka und Dschebda. Der neue Emir Scherif Ali Saidar-Pascha werde sich demnächst mit Begleittruppen nach der heiligen Stadt begeben.

Ein Blatt veröffentlicht Erklärungen des Ministers des Innern Talaat-Bei, der die von dem früheren Emir begangene Tat verurteilte und der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß der Vorfall keine Folgen nach sich ziehen werde. Die Verwegenheit, welche Hussein-Pascha bei dem Bestreben, seine Pläne zu verwirklichen, an den Tag legte, habe nicht einmal die Wirkung gehabt, die bereits im Hedschas befindlichen Truppen außer Aktion zu setzen. Dieselben vertrieben die Anhänger Hussein aus Taif, erbeuteten die dort für die Aufständischen angehäuften großen Mengen von Lebensmitteln und beherrschten fortgesetzt die ganze Gegend, während Hussein sich in die Umgebung von Dschebda zurückzog, um sich im Notfalle durch Flucht zu retten. Der Aufstand, der über die Bedeutung eines lokalen Zwischenfalles nicht hinauszugehen werde, beschränkte sich auf zwei oder drei durch englisches Gold bestochene Stämme, von denen einige bereits Neue zeigen. Die andern Stämme, welche die überwiegende Mehrheit bilden, insbesondere die stärksten Verbände, wie die von Nedigh, Ibn Reschid und Ibn Sud, bleiben der türkischen Regierung treu und sind dem gewesenen Emir noch feindseliger gesinnt als zuvor.

## Das amerikanische Hilfswerk für die von Deutschland und Oesterreich-Ungarn besetzten Gebiete.

### Englands Bedingungen.

London, 27. Juli.

Das Reutersche Bureau meldet:

Staatssekretär Viscount Grey sagt in Erwiderung auf den Ausruf des amerikanischen Botschafters an alle kriegsführenden Regierungen, über das Hilfswerk für Polen zu einer Verständigung zu gelangen:

Großbritannien wünscht, ein für allemal die ganze Frage der Lebensmitteleinfuhr nach dem vom Feinde besetzten Gebiet zu regeln und macht deshalb folgenden endgültigen Vorschlag: Wenn die deutsche und die österreichisch-ungarische Regierung der Zivilbevölkerung in dem von ihren Armeen besetzten Gebiete die gesamten Bodenerzeugnisse, das lebende Inventar, sämtliche Lebensmittel und alle Vorräte an Futter oder Düngemitteln in diesen Gebieten sämtlich vorbehalten wollen, wenn sie in diese Gebiete Neutrale zulassen wollen, die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten ausgewählt sind, und diese eine umfassende Vollmacht erhalten, die Verteilung der Lebensmittel an die ganze Bevölkerung zu überwachen, und, wenn es notwendig und möglich ist, den in einem Gebiet vorhandenen Ueberschuß an Vorräten in ein anderes Gebiet überzuführen, wo es daran mangelt, und wenn der Präsident der Vereinigten Staaten die Auswahl dieser neutralen Beamten übernehmen will, so wird die britische Regierung ihrerseits ihnen jeden in ihrer Macht stehenden Beistand gewähren und zulassen, daß in jene Gebiete alle Lebensmittel und Hilfsmittel, die notwendig sind, eingeführt werden, um die im Lande befindlichen Vorräte zu ergänzen und der Bevölkerung eine angemessene Ernährung zu gewähren, solange ihr dadurch Genüge geleistet wird, daß ihre Feinde ihrerseits das Abkommen gewissenhaft beobachten.

Wenn dieses Angebot abge schlagen wird oder wenn die deutsche oder die österreichisch-ungarische Regierung nicht vor Beginn der Ernte in dem besetzten Gebiete antworten, sondern es andauernd unterlassen, ihre genaue Haltung hinsichtlich dieser das Hilfswerk betreffenden Fragen amtlich festzulegen, so wird die britische Regierung sie für verantwortlich halten und von ihnen für jedes infolge ungenügender Ernährung in jedem von den Armeen der Mittelmächte besetzten Gebiete verlorengegangene Leben von Zivilisten eine solche Vergeltung fordern, wie sie durch die Waffen der Alliierten gesichert oder durch die öffentliche Meinung der neutralen Welt erzwungen werden kann.

Es ist einleuchtend, daß, wenn dieser Vorschlag erfolgreich ausgeführt werden soll, keine Zeit zu verlieren ist. Die neue Ernte wird in kurzem eingebracht werden. Wenn der Plan für die Bevölkerung der besetzten Gebiete von irgendwelchem Vorteil sein soll, muß der Ertrag der Ernte unter neutrale Ueberwachung gestellt werden, bevor er für den Gebrauch der Untertanen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns verwendet wird.

29. VII. 1916

**Der Kapitän eines englischen Handelsschiffes  
hingerichtet.****Wegen des Versuches des Rammens eines  
deutschen U-Bootes.**

Berlin, 28. Juli.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Am 27. Juli fand in Brügge die Verhandlung des Feldgerichtes des Marinekorps gegen den Kapitän Charles Fryatt, von dem als Prise eingebrachten englischen Dampfer „Brussels“ statt. Der Angeklagte wurde zum Tode verurteilt, weil er, obwohl nicht Angehöriger einer bewaffneten Macht, den Versuch machte, am 28. März 1915 um 2 Uhr 30 Minuten nachmittags bei dem Maas-Feuerschiff das deutsche Unterseeboot „U 33“ zu rammen. Der Angeklagte erhielt ebenso wie der erste Offizier und der leitende Maschinist des Dampfers seinerzeit für sein tapferes Verhalten bei dieser Gelegenheit von der britischen Admiralität eine goldene Uhr als Belohnung. Er war im Unterhause lobend erwähnt worden. Bei der damaligen Begegnung drehte er, ohne sich um die Signale des U-Bootes zu kümmern, das ihn zum Stoppen aufgefordert hatte, um seine Nationalflagge zu zeigen, im entscheidenden Augenblick mit hoher Fahrt auf das Unterseeboot zu, das nur durch sofortiges Tauchen um wenige Meter von dem Dampfer freikam. Er gab zu, hiemit nach den Weisungen der Admiralität gehandelt zu haben. Das Urteil ist bestätigt und am 27. Juli nachmittags durch Erschießen vollstreckt worden.

Eine von den vielen ruchlosen Franktireurhandlungen der englischen Handelsschiffahrt gegen unsere Kriegsfahrzeuge hat so eine zwar späte, aber gerechte Sühne gefunden.

## Die Haltung Rumäniens.

### Eine russische Expeditionsarmee gegen Bulgarien?

Budapest, 28. Juli. (Tel. des „Fremden-Blatt“.) „Eti Ujsag“ meldet aus Bukarest: Eine rumänisch-ungarische Zeitung meldet auf Grund von Informationen aus eingeweihten Kreisen, es sei bereits Tatsache geworden, daß die Russen gegen Bulgarien in Südbessarabien eine Expeditionsarmee aufgestellt haben, die über sehr große Artillerie verfügt. Die Russen werden es mit Hilfe ihrer Diplomatie versuchen, Bulgarien über Rumänien oder auf dem Donauwege anzugreifen.

### Die Minister beim König.

Budapest, 28. Juli. (Tel. des „Fremden-Blatt“.) „Uj Hires“ meldet aus Bukarest: Ministerpräsident Bratianu und der Minister des Aeußern wurden in einer gemeinsamen Audienz beim König empfangen.

### Ministerrat.

Bratianu berief darauf einen Ministerrat ein, der mehrere Stunden dauerte und sich mit außerpolitischen Fragen beschäftigte.

Budapest, 28. Juli. (Tel. des „Fremden-Blatt“.) Aus Bukarest wird gemeldet: Der Ministerrat beschäftigte sich ausschließlich mit der Frage, welche Haltung Rumänien für den Fall einnehmen wird, daß die in Südbessarabien versammelte große russische Expeditionsarmee die Verwirklichung solcher militärischer Ziele versuchen sollte, die die Erfüllung der Neutralität Rumäniens schwer berühren könnten.

### Die Auffassung in Bulgarien.

Budapest, 28. Juli. (Tel. des „Fremden-Blatt“.) „Uj Hires“ meldet aus Sofia: Sämtliche bulgarischen Zeitungen mit Ausnahme der halboffiziellen „Narodni Prava“ beschäftigen sich an leitender Stelle in eingehender Weise mit der rumänischen politischen Lage. Das Hauptthema ist, ob Rumänien sich in Bälde in den Krieg einmengen wird.

29. VII. 1916

**Mitverantwortung für auswärtige Politik.**

In der „Magdeburgischen Zeitung“ hat kürzlich, wie wir mitteilten, Abg. Freiherr von Richthofen vorgeschlagen, zur Mitverantwortlichkeit des Volkes auf dem Gebiete der auswärtigen Politik Mitglieder der verschiedenen Parteien des Reichstags durch die Regierung zu einer ständigen Kommission zu vereinigen, mit welcher die Reichsregierung über die auswärtige Politik in steter Fühlung bliebe, vornehmlich auch dann, wenn der Reichstag nicht versammelt ist. Dazu ergreift nun auch Abg. und Herrenhausmitglied Heinrich Prinz zu Schoenaich-Carolath in demselben Blatte das Wort und sagt:

Ich bin der Ansicht, daß diese Anregung nicht unter den Tisch und nicht in den Papierkorb fallen sollte, wenn schon ich nicht genügend Optimist bin, bei uns zu Lande auf ihre Verwirklichung zu rechnen. Nicht wie man in manchen amtlichen Kreisen, die dem heiligen Bürokratismus huldigen, denken und annehmen mag, um die Eitelkeit parlamentarischer Viel- resp. Nichtwisser zu erfreuen oder um Abgeordneten den ersehnten Nimbus der Eingeweihtheit zu verleihen — solchen kleinlichen Erwägungen sollte man in dieser ernsten und schweren Zeit nicht Raum geben —, sondern um die Einsicht in den Betrieb der großen Politik, in die täglich sich fortgesetzt verändernden und erneuernden Aufgaben der Behandlung auswärtiger Fragen innerhalb der Abgeordneten-Kreise zu vermehren, um aufzuklären, zu informieren und sich dadurch eine wertvolle Unterstützung, eine einsichtsvolle Mitarbeit zu sichern. Die betreffenden Abgeordneten würden dann weiter unter ihren politischen Freunden aufklärend wirken, sie würden manche irrige Auffassung berichtigen, manches Mißtrauen beseitigen, manche abfällige Kritik abhalten und verhindern können. Und an dem patriotischen Empfinden, an dem guten Willen innerhalb der parlamentarischen Kreise, die Reichsregierung in ihrer mühevollen Arbeit bei der Behandlung auswärtiger Fragen zu unterstützen, dürfte wohl heute auch der eingefleischteste Bürokrat nicht mehr zweifeln können. Es gilt nur die Abneigung zu überwinden, Männern, die nicht zum Fach, zum Betriebe gehören, Leuten, die „auswärts“ und „abseits“ stehen, überhaupt Eintritt und Einblick zu gewähren; mit solchen Menschen gemeinsam zu beraten und sie gleichsam als Gleichgestellte an die heilige Stätte des Grünen Tisches heranzulassen. Dieser Gedanke, „schaudervoll, höchst schaudervoll“, mag sich — ich zweifle nicht einen Augenblick daran — zu einer unüberwindlichen Höhe und Macht gesteigert haben. Und doch ist auch hier schon teilweise Bresche, durch die Konferenzen, welche der Herr Reichszangler mit den Führern der parlamentarischen Parteien, mit angesehenen Mitgliedern derselben, sowohl der Reichs- wie der Landesvertretung, abhält, gelegt worden. Diese Konferenzen haben sich bewährt, warum nun nicht den weiteren Schritt wagen, auf den zum Eingang hingewiesen worden ist. Ce n'est que le premier pas qui coûte. Die Zeiten sind vorüber, in denen die Zukunft der Länder und der Reiche hinter verschlossenen Türen verhandelt werden konnte. Es ist eine eigentümliche Fügung, daß, während in Deutschland eine größere Mitarbeit des deutschen Reichstags in der auswärtigen Politik angeregt wird, gleichzeitig in Ungarn und England dieselben Anschauungen zum Ausdruck kommen. In dem uns so eng befreundeten Ungarn, dessen erleuchtete und sympathische Staatsmänner wir aus verschiedenen Anlässen wiederholt in Berlin begrüßen durften, scheint der Vorschlag von der Regierung voll akzeptiert und in der Bildung begriffen zu sein. Nach dortigen Auslassungen sieht man darin eine wertvolle Unterstützung und Kräftigung der Regierung. In England hat jedoch die „Daily Mail“ einen Artikel des Sir H. S. Johnston über das „Foreign Office“ gebracht, in dem dessen gründliche Reform gefordert wird und zwar mit der in England nicht ungewöhnlichen Schärfe und Rücksichtslosigkeit der Sprache. Auch dort wünscht man die Bildung eines parlamentarischen Ausschusses zur Beratung der auswärtigen Politik der Regierung. Es wird von Interesse sein, abzuwarten, was geschehen wird.

## Die Haltung Rumäniens.

(Telegramm des „Pester Lloyd“.)

Berlin, 28. Juli.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Bukarest: Der österreichisch-ungarische Gesandte Graf Czernin hat die angekündigte Besprechung mit Bratianu gehabt und gedenkt nach der Audienz beim König nach Sinaia zurückzukehren. Auch der deutsche Gesandte wird sich nach Sinaia begeben, ebenso Bratianu für einige Tage auf sein Gut Florica.

Die in der Stadt verbreiteten Gerüchte über bevorstehende Truppenkonzentrationen für das Königsmanöver sind dank den offiziellen Erklärungen wieder verstummt.

(Telegramm des „Pester Lloyd“.)

Berlin, 28. Juli.

Die „Vossische Zeitung“ meldet an der Spitze des Blattes:

Von sehr gut unterrichteter Seite wird erklärt: Da es nach der rumänischen Verfassung einen Kronrat als Institution überhaupt nicht gibt, so könnte es sich nur um die Erweiterung einer Ministerratsitzung unter Hinzuziehung von Jonescu und Philipescu als Beratern handeln. In Wirklichkeit aber ist nur der Wunsch der Vater des Willens. Der König hat seinen Sommerstich in Sinaia während dieser politisch bewegten Tage von Zeit zu Zeit mit Bukarest vertauscht, um in ständiger Fühlung mit den maßgebenden Kreisen zu bleiben. Deshalb hat der König in diesem Jahre Sinaia überhaupt nicht zu seinem

ständigen Sommerstich erwählt, sondern es wechselt regelmäßig Sinaia mit Bukarest ab, so daß sein Eintreffen in der Hauptstadt keinerlei beunruhigendes Symptom bedeutet.

Die neugegründete „Patria“ greift den Kronprinzen, der sich bisher jeder politischen Kundgebung sorgfältig ferngehalten hat, mit unerhörter Heftigkeit an. Der Kronprinz hat die Verleumder gerichtlich belangt.

Die konservativen Parteiführer sind allesamt aus den Bädern heimgereist und haben unter der Führung Majorescus eine Gegenbewegung eingeleitet. Während die Sozialisten gegen jeden Interventionismus sind, scharen sich die Konservativen um die Regierung, damit sie jeden unbesonnenen Schritt unterbinden können.

30./III. 1916

## Rand- und Binnenvölker.

Mit allen Mitteln, die die technischen Wissenschaften den Menschen an die Hand geben, stürmen von Westen, von Süden und von Osten die Ententeheere gegen Mitteleuropa an und ein ungeheuerliches Massenringen, wie es die Geschichte niemals gesehen oder auch nur für möglich gehalten hat, umbrandet das Binnenland Europas. Britische Staatskunst hat einen ideellen Ring geschmiedet, der gleichsam das Herz Europas einschneiden sollte. Nun ist dieser ideelle Ring ein höchst wirklicher und lebendiger Gürtel von Heeresmassen und Kriegsfahrzeugen geworden, der aus bloß diplomatischer Einkreisung die militärische Lebensbedrohung gemacht hat. Es ist eine ernste, die unabsehbare Zukunft bestimmende Entscheidungstunde für Europa gekommen.

Dieser Krieg der Rand- gegen die Binnenvölker Europas ist durch Ereignisse losgebunden worden, die noch viel umstritten sind, deren Erklärung und Verantwortung wohl die nächsten Jahrzehnte beschäftigen werden. Die tiefen, gleichsam untermenschlichen Ursachen der Spannung zwischen den Staaten liegen heute schon offen zu Tage und fast allgemein wird zugegeben, daß sie vorwiegend wirtschaftlicher und sonach nationaler Natur sind. Indessen spielt auch ein Bestimmungsgrund mit, der durch die geschichtliche Entwicklung des Erdteiles gegeben ist.

Es ist kein Zufall, daß heute die vereinigten Randvölker Europas gegen dessen zwei Binnenstaaten anstürmen. Ein ungleiches Geschick hat beide Staatengruppen in den vergangenen Jahrhunderten geleitet. Solange die Volksmassen Europas, wie im Mittelalter, sich auf den Heimatboden beschränkten, lag das Schwergewicht Europas in seiner Mitte, in den deutschen und österreichischen Landen. Nicht mit Unrecht spricht man vom germanischen und später vom deutschen Mittelalter. Seit der Entdeckung Amerikas, seit der Entwicklung der Ueberseeschifffahrt, seitdem der Kapitalismus wie ein Gärmittel in die Völkerschaften Europas eindrang und sie mit einem unbezähmbaren Wander- und Ausdehnungstrieb befiel, haben Europas Randvölker vor dem Binnenland eines voraus, die freie Ausdehnungsmöglichkeit über das offene Meer in die Kolonien jenseits des Ozeans oder über die Steppen des Ostens hin in die Barbarei und Wildnis. Meist stehen sie mit dem Festland nur durch einen schmalen Grenzrain in Verbindung, der leicht zu verteidigen ist, Großbritannien gar hat gar keine Landesgrenze. Auf solche Weise im Rücken gedeckt, wachsen sie und wachsen, dehnen sie sich gleichsam ins Unendliche. Eng umschlossen aber in den Grenzen der Heimat bleibt Mitteleuropa, über das noch dazu die furchtbare Verheerung des Dreißigjährigen Krieges hereinbricht, die selbst schon durch die ungleich gewordenen Daseinsbedingungen der Völker verursacht ist. Die Geographie war gegen Mitteleuropa.

Im allgemeinen hat man keine zulängliche Vorstellung von dieser Ungleichheit der Entwicklung. Man weiß im allgemeinen bloß, daß sich durch die Entdeckungen zuerst Spanien und Portugal in die Welt teilten und ungeheure Edelmetallvorräte zusammenraubten, mit deren Hilfe sie wirtschaftlich und militärisch erstarkten. Man weiß, daß zuerst die Niederlande sie

ablösten, daß in einer Zwischenzeit von anderthalb Jahrhunderten Frankreich die Vormacht des Festlands wurde, bis sich endlich das am glücklichsten gelegene England nacheinander an die Stelle der Spanier, Niederländer und Franzosen vordrängte. Aber ein anschauliches Bild dieses Wachstums besitzen wenige.

Wir wollen den Versuch unternehmen, es an dem Beispiel Englands kurz darzustellen. Im Jahre 1603 war England noch ein fast nebensächlicher europäischer Kleinstaat. Schottland gehörte nicht zu ihm, selbst Wales und Irland waren ihm nur lose angegliedert, die Engländer zählten nicht mehr als drei Millionen Köpfe, also nicht viel mehr als heute das Kronland Niederösterreich auf einem Boden von 236.000 Quadratkilometer, Wales und Irland schon inbegriffen. Der von Engländern besiedelte Boden war kleiner als jener Oesterreichs ohne Ungarn. An Boden und Volkszahl stand England sehr weit hinter dem damaligen deutschen Reich oder auch hinter Frankreich zurück. In den letzten dreihundert Jahren ist aus diesem Kleinvolk eine weltbeherrschende Nation geworden und regiert ein Reich, das in Europa auf 318.000 Quadratkilometer 47 Millionen, in Asien auf 5.3 Millionen Quadratkilometer 325 Millionen, in Afrika auf rund 10 Millionen Quadratkilometer 52 Millionen, in Amerika auf 9 Millionen Quadratkilometer 10 Millionen und in Australien auf 8.3 Millionen Quadratkilometer nahezu 7 Millionen Einwohner zählt. Der Landbesitz hat sich von 236.000 auf 33.857.000 Quadratkilometer ausgedehnt, ist also hundertdreißigmal so groß geworden.

Eine Liste der Besitzergreifungen Englands würde Spalten füllen. Im siebzehnten Jahrhundert dehnt es sich mächtig aus durch Siedelungskolonien in Amerika und durch die ersten Handelsniederlassungen in Indien. Durch Krieg werden 1634 die Portugiesen aus Bengalen vertrieben, 1655 Jamaika erobert und 1667 alle niederländischen Besitzungen in Nordamerika erworben. Im achtzehnten Jahrhundert hat England beinahe ununterbrochen Krieg geführt und so 1704 Gibraltar von Spanien, 1763 Kanada und 1795 Ceylon von Frankreich erobert, neben vielen Inseln und Flottenstützpunkten in allen Meeren. Die größten Erwerbungen macht England im neunzehnten Jahrhundert: Malta 1814, Kapstadt 1806, Delgoland 1807, die ganze Kapkolonie 1815, Singapur 1824, Alden 1839, Natal 1841, Hongkong 1843, das Pandschab 1849, womit ganz Vorderindien englisch geworden ist, Unterbirma 1862, Zypern 1878, Aegypten 1882, die Inseln des Stillen Ozeans 1887, Britisch-Ostafrika 1888, Südafrika 1889, Zentralafrika 1891, Uganda 1894, den Sudan 1908, die Burenrepubliken 1902, Südpersien 1907. Mitten in diesem Kriege wird Aegypten 1914 förmlich unter englisches Protektorat gestellt.

In den allermeisten Fällen vollzieht sich die Erwerbung, indem mehr oder minder herrenloses Land, primitive Staaten oder Kolonien in Besitz genommen, den älteren Kolonialmächten (Spanien, Portugal, Holland und Frankreich) in glücklichen Streifzügen abgenommen oder nach europäischen Kriegen in Friedensschlüssen aberkannt werden. Im großen ganzen ist es ein müheloser Erwerb, der der seefahrenden Nation, die auf ihrer Heimatinsel unbedroht ist, beinahe von selbst in den Schoß fällt.

Diese Gunst der Lage teilt England, die Vormacht des Westens, mit der Vormacht des Ostens, mit Rußland. Unendlich wie das Meer breitet sich das Steppenland vom Fuße der Karpathen bis nach Asien hinüber, bis zum Fuße des Kaukasus, des Hochplateaus von Iran, des Altaigebirges und bis zum Stillen Ozean, durch den Rücken des Ural in zwei Teile geteilt. Dieses unendliche Steppenland geriet am Ausgang des Mittelalters unter die Ge-

## Rand- und Binnenvölker

waltherrschaft der Mongolenhane, die im Fluge ein Weltreich von nie gesehener Ausdehnung ausgerichtet hatten. Auch die großrussischen Fürstentümer wurden ihnen tributpflichtig. So rasch wie es gegründet wurde, brach das Reich wieder zusammen und auf seinen Trümmern gründeten die Fürsten von Moskau das neue russische Staatswesen. Das ursprüngliche großrussische Wohngebiet war ausgedehnt und nährte ein zahlreiches Volk. Aber es ist nur ein Bruchteil des heutigen europäischen Rußland und reichte weder an die Ostsee, noch an das Schwarze Meer, noch an den Ural. Die weit nach Osten vorgebrungenen Heere der Mittelmächte haben noch lange nicht großrussischen Boden betreten, sie stehen auf erobertem Land. Im nordischen Krieg, zu Beginn des achtzehnten Jahrhunderts, schlug sich Rußland den Weg zur Ostsee, zum Schwarzen Meere und zum Kaukasus, indem es Teile des schwedischen, polnischen, ukrainischen und türkisch-tatarischen Reiches eroberte. Es erwarb die Ukraina durch Vertrag und List, Polen im Wege der Teilung, Kongreßpolen erst 1815. Diese Eroberungen dankt Rußland militärischer und diplomatischer Kraftaufwendung in der Zeit von 1700 bis 1814. Im neunzehnten Jahrhundert aber wächst Rußland beinahe automatisch, in unaufhörlichen Kleinkriegen und Streifzügen wider unterlegene Stämme und Staaten, nach Osten fort, erobert Kaukasien, Mittelasien, Sibirien, das ganze Nordasien bis zum Stillen Ozean und siedelt den Ueberschuß seines Volkes und seiner Intelligenz als Vorposten in einem Ländergebiet an, das, so bewirtschaftet wie Mitteleuropa, 1200 Millionen Menschen nähren kann. So erreicht das Staatswesen des Zaren ohne besonderen Kraftaufwand 22,386.000 Quadratkilometer Flächeninhalt — dreiein- unddreißigmal so viel als Oesterreich-Ungarn! — und eine Volkszahl von 170 Millionen Köpfen.

Frankreich, das von England in den letzten zwei Jahrhunderten so rasch überholt worden ist, gewann trotzdem durch die gleiche Gunst der Lage. Es erwarb zu den alten Kolonien seit 1871 ganz Nordwestafrika, Madagaskar und reiche hinterindische und chinesische Besitzungen; der von der Republik beherrschte Boden mißt mehr als 11 Millionen Quadratkilometer mit 95 Millionen Menschen.

Das Ausdehnungsstreben des kapitalistischen Zeitalters fand also bei den Randnationen Europas freie Bahn und machte sie zu den Herren der Erdoberfläche. Sie haben in diesem Zeitalter beinahe unablässig Krieg geführt, aber Krieg mit halbfertigen oder halbwildem Staaten und Völkern. Die zwei Binnenstaaten Mitteleuropas hingegen blieben durch Jahrhunderte auf ihr altes Gebiet beschränkt und arbeiteten sich mühevoll aus der Verelendung empor, in die sie der Dreißigjährige Krieg gestürzt hatte. Erst spät überwundene innere Gegensätze hemmten dabei ihre Entwicklung lange Zeit. Mit der Begründung des Deutschen Reiches 1871 und der Neuordnung der Verfassung der Donaumonarchie 1867 entfaltete sich die kapitalistische Wirtschaft, bewirkte eine rasche Volksvermehrung und eine rasche industrielle Blüte. Das mit dem Kapitalismus notwendig verbundene Wachstum der Produktivkräfte äußerte sich in Deutschland zunächst nicht als Ausdehnung im Raume, sondern als Konzentration im Innern, als erstaunliche Vermehrung der großen Städte, als höchste Organisation der Industrie und der ganzen Volkswirtschaft. Erst spät drängte sie wirtschaftlich über die Grenzen in Gestalt gesteigerter Teilnahme am Welthandel und an der Seeschifffahrt und bald verlangte der Kapitalismus der Binnenländer auch Anteil an der politischen Verfügung über die Welt.

Gewaltige Machtmittel haben die Staaten im Westen und im Osten gerade durch ihre vielhundert-

jährigen Eroberungen angehäuft. Das Kapital aus fünf Erdteilen kämpft auf Seite Englands, viele hundert nichtrussische Volksstämme kämpfen neben den Großrussen. Nie, seitdem die Erde steht, ist solche Gewalt aufgeboten worden. Auf der anderen Seite aber steht die Geschlossenheit des Gebietes, die entschlossene Vereinigung zweier in Bestand und Zukunft bedrohter Reiche, steht die intellektuelle und technische Kraft aufstrebender Industriestaaten.

Das kapitalistische Ausdehnungsstreben hat die geographische und geschichtliche Stellung der Rand- und Binnenvölker Europas zum politischen und kriegerischen Gegensatz ausgeprägt. Viele tiefe und ernste geschichtliche Gegensätze sind durch kluge, maßvolle und zielsichere Staatskunst unblutig ausgetragen worden. Wir erinnern nur, um ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit zu geben, an den Marokkonflikt. An diesem großen, umfassenden, ganz Europa spaltenden Gegensatz ist das Mittelmeer gescheitert und selbst zwei volle Kriegsjahre haben eine endgiltige Entscheidung noch nicht gebracht. Und so hämmern noch immer im Westen, Osten und Süden die Heeresmassen der Randvölker an die Tore Mitteleuropas, die die Binnenvölker verteidigen. In atemberaubender Spannung harret die Welt der reisenden Geschicke, der leidende Zeuge furchtbarer Geschehnisse, unter denen ein neues Europa werden soll. Wir aber hegen nur einen Wunsch: Möge sich alles uns zum Guten wenden!

## Unsere Ernteaussichten.

N. Berlin, 29. Juli. (Priv.-Tel.) Aus allen Teilen des Deutschen Reichs mehren sich die Meldungen, daß wir mit einem günstigen Ergebnis unserer Ernte rechnen können und daß die bereits überall eingebrachte Heuernte und das in einzelnen Provinzen schon geerntete Wintergetreide das vorjährige Ergebnis bei weitem übertrifft. Es besteht begründeter Hoffnung, daß wir im Durchschnitt auf eine gute, vielleicht sehr gute Mittelernte werden rechnen können. Der Domäneninspektor Dabritz macht nun heute auf Grund der vorliegenden Schätzungen im „Berliner Tageblatt“ einige Angaben über unsere Ernteaussichten, die dadurch an Wert gewinnen, daß sie von maßgebenden landwirtschaftlichen Stellen als ihren Anschauungen und Erwartungen entsprechend bezeichnet werden. Wir wollen aus den sachverständigen Ausführungen das folgende herausgreifen:

Das Getreide steht durchgängig prächtig und verspricht sehr gute Erträge zu liefern. Die Heuernte, die bereits zum größten Teil beendet ist, ergibt in diesem Jahre das Doppelte und stellenweise fast das Dreifache von dem, was im Jahre 1915 gewonnen worden ist. Das Einbringen des Heues war ja bei dem unbeständigen Wetter in diesem Jahre oft mit großen Schwierigkeiten verbunden und verursachte mehr Arbeit als in anderen Jahren. Doch verdorben ist noch nichts. Höchstens hat das Heu, das länger als sonst auf Feld und Pflügen liegen mußte, bevor es hereingefahren werden konnte, eine unansehnliche Farbe bekommen. Das schadet aber nicht viel. Im Gegenteil wird solches Heu im Anfang vom Vieh lieber gefressen, während Heu, das keinen oder nur wenig Regen bekommen hat, erst einige Zeit lagern und ausschweihen muß, ehe man es ohne Bedenken verfüttern kann, und gerade in diesem Jahre wird wohl selten noch jemand alte Heuborräte übrig haben, sobald bald frisches Heu verfüttert werden muß. Die mit Wintergetreide bestellten Felder stehen in der Umgegend Berlins überall ausgezeichnet, und man kann bei Roggen wohl den Durchschnittsertrag auf 8 bis 10 Zentner pro Morgen und bei Weizen auf 10 bis 12 Zentner veranschlagen. Doch sind die Fälle nicht etwa vereinzelt, wo man bei Roggen auf 15 Zentner und bei Weizen bis 18 Zentner pro Morgen schätzen kann. Im übrigen Deutschland liegen die Verhältnisse gleich gut. Auch die Sommerung verspricht gut zu lohnen. Einen Ertrag von 10 bis 12 Zentner Gerste pro Morgen und 8 bis 10 Zentner Hafer pro Morgen darf man mit Sicherheit erwarten. Überall wird man sowohl bei Wintergetreide, als auch bei Sommergetreide ganz beträchtlich größere Mengen an Stroh ernten als im vorigen Jahre. Infolge der großen Dürre im Frühjahr 1915 waren die Halme sehr kurz geblieben. In diesem Jahre hat sich alles ganz prächtig entwickelt. Stellenweise ist infolgedessen und durch den übermäßigen Regen viel Lagergetreide vorhanden, was beim Mähen Schwierigkeiten bereiten wird. Denn dort sind Maschinen nicht zu gebrauchen und bei dem Mangel an Arbeitsleuten, besonders solchen, die gut mähen können, wird sich schon mancher Landwirt Sorgen machen, wie er alles zur richtigen Zeit abgemäht bekommen wird. Denn da wir jetzt doch voraussichtlich beständiges warmes Wetter bekommen werden, wird alles Getreide, sowohl das Winterkorn wie auch das Sommerkorn, fast zu gleicher Zeit hererreifen, und um dann nicht durch Kornausfall bei überreifem Getreide Verluste zu erleiden, wird es nötig sein, alle vorhandenen Arbeitskräfte aufs äußerste anzustrengen um alle Felder zur richtigen Zeit abernten zu können.

Im vergangenen Jahre war der Ertrag von Roggen und Weizen im Durchschnitt nicht gerade schlecht, aber das Sommergetreide, Gerste und Hafer, ergab voriges Jahr geradezu eine Mißernte. Die Trockenheit im Frühjahr 1915 hatte schon an und für sich bewirkt, daß die Ernteaussichten schlecht waren und dann kam noch in der zweiten Hälfte der Erntezeit im letzten Jahre das regnerische Wetter, was die Qualität von Hafer und Gerste noch durch Auswuchs verminderte. Bei dem langen Lagern auf den Feldern entstanden außerdem auch noch größere Verluste an Körnern durch Ausfall. Das Sommergetreide verspricht dieses Jahr gerade so wie das Wintergetreide eine Vollernte zu liefern, und hoffentlich wird auch die Witterung günstig sein, so daß bei der Ernte nicht noch wie im vergangenen Jahre Verluste entstehen. Raps und andere Ölfrüchte sind bekanntlich in diesem Jahre in größeren Mengen angebaut worden; die damit bestellten Felder waren sehr gut durch den Winter gekommen und haben sich überall gut entwickelt. Zum Teil ist die Rapsenernte schon eingebracht, der Körnerertrag ist überall befriedigend, stellenweise sogar recht gut zu nennen. Nur hat das regnerische Wetter bewirkt, daß der geschnittene Raps längere Zeit auf den Feldern stehen mußte, ehe er trocken war, um in die Scheunen gebracht zu werden; dabei sind mehrfach durch Kornausfall einige, eher nur unbedeutende Verluste entstanden. Kartoffeln und auch alle anderen Gadarfrüchte, wie Zuckerrüben, Futterrüben usw., stehen ausgezeichnet und entwickeln sich gut, so daß hier ebenfalls mehr als eine gute Mittelernte zu erwarten ist. Für Kartoffeln ist allerdings jetzt genug Regen gefallen, wir haben in der Zeit vom April bis Juli 180 mm Regen, und das ist allermeist genug. Denn mehr Nässe ist den Kartoffeln nicht vorteilhaft. Die jetzt in der Entwicklung begriffenen Knollen werden sonst krank und faulen dann später um so leichter. Bekommen wir aber jetzt trockenes Wetter, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß wir in diesem Jahre eine noch bessere Kartoffelernte zu erwarten haben als 1915, obwohl auch der Ertrag der letzten Ernte kein schlechter war.

### Zum Besuch des Fürsten von Monaco im Vatikan.

Frankfurt. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: Fürst Albert von Monaco ist der erste katholische Fürst, der seit dem Untergang des Kirchenstaates im Jahre 1870 die Schwelle des Vatikans überschritten hat. Als Rom italienisch geworden war und der König im ehemals päpstlichen Quirinalpalaste sich häuslich niedergelassen hatte, sprach Pius IX. über alle Bewohner und Besucher des Quirinals den Bann aus, und darin lag für alle katholischen Fürsten das Verbot, den Quirinal und damit Rom überhaupt zu besuchen. Dieses Verbot wurde vom Vatikan streng aufrecht erhalten; es galt auch für die nächste Verwandtschaft des italienischen Königs. Der Besuch des Königs von Portugal Dom Luiz und seiner Gemahlin Maria Pia, Schwester des Königs Humbert, wurde zweimal verhindert und König Carlos, der auf seiner Romfahrt von Lissabon schon nach Frankreich gekommen war, mußte unterwegs umkehren. Fürst Albert von Monaco hat mehrmals versucht, den Bann zu brechen. Der Fürst, der als Ozeanograph bekannt ist, wurde im Jahre 1908 von der Geographischen Gesellschaft in Rom

eingeladen, dort einen Vortrag über die Ergebnisse seiner Forschungen zu halten, aber erst im April 1910 ging er nach Rom, um den angekündigten Vortrag zu halten. Die Tore des Vatikans blieben ihm natürlich verschlossen und der Papst brach die diplomatischen Beziehungen zu Monaco ab. Benedikt XV. hat dadurch, daß er den Fürsten empfing, den Bann gebrochen, der bisher auf dem Fürsten lag; ob damit auch für die anderen katholischen Fürsten der Weg zum Vatikan wieder geöffnet ist, muß die Zukunft lehren. Immerhin ist es bemerkenswert, daß Benedikt XV. durch den Empfang des Fürsten Albert in das bisherige strenge Zeremoniell eine Bresche gelegt hat.

30. VII. 1916

### Beendigung des Konfliktes zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko.

Wien, 29. Juli.

Die Differenzen zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten sind nach einer Mitteilung des mexikanischen Botschafters in Washington beigelegt. Der Konflikt entstand dadurch, daß räuberische Ueberfälle auf amerikanisches Gebiet stattfanden. Die Urheber sollten angeblich unter den Truppen des Generals Villa, des Führers des Aufstandes gegen den Präsidenten Carranza, zu suchen sein. Um Villa zu bestrafen, entsandte die amerikanische Regierung eine größere Expedition nach Mexiko, die indes bald aus dem Grunde einen schweren Stand bekam, weil sich die Anhänger Carranzas gegen die amerikanische Einmischung wandten. Es kam zu Zusammenstößen, und schließlich verlangte auch Carranza die Zurücknahme der amerikanischen Truppen. Es hatte den Anschein, als ob die Vereinigten Staaten gezwungen sein würden, die Entscheidung der Waffen anzurufen. Die amerikanische Militär wurde an der mexikanischen Grenze bereitgestellt. Die lateinischen Staaten Amerikas boten ihre Vermittlung an und schließlich erklärte sich Carranza zu direkten Verhandlungen mit der Regierung der Vereinigten Staaten bereit. Diese Verhandlungen haben nun dem Reuterschen Bureau zufolge zu einer Einigung geführt. Die getroffenen Abmachungen sind noch nicht bekannt. Die Vereinigten Staaten, denen ein kriegerisches Abenteuer mit Mexiko gewiß nicht erwünscht gekommen wäre, sind durch die Einigung auf gutlichem Wege eine unangenehme Situation losgeworden.

#### Die Mitteilung des mexikanischen Botschafters.

Washington, 28. Juli.

Das Reutersche Bureau meldet:  
Der mexikanische Botschafter gibt bekannt, daß eine befriedigende Lösung der Differenzen zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten erzielt worden sei.

## Der Friedensauschuß.

Am 1. August, da für Deutschland der Krieg in das dritte Jahr tritt, wird in diesem Reiche sich ein Schauspiel von eigentümlichem Reiz entfalten. Der deutsche Nationalauschuß zur Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens wird in etwa fünfzig Städten große Versammlungen abhalten, in denen Männer von hervorragenden Namen und von allgemein bekannter und geachteter Intelligenz, Männer, die auf den Gebieten ihrer Arbeit, sei es nun Wissenschaft, Industrie oder Politik, Unbezweifelbares geleistet und Vertrauen erworben haben, zu Zuhörern sprechen wollen, die wissen, wer vor ihnen steht.

Mit der großen Redeaktion, die die Männer dieses Ausschusses, an dessen Spitze der ehemalige Botschafter, frühere Statthalter von Elsaß-Lothringen und Generaladjutant des deutschen Kaisers, Fürst Wedel, steht, gelangt in der Frage der Friedensdiskussion in Deutschland eine Phase zum Abschluß und eine neue scheint zu beginnen. In den ersten Zeiten des Krieges war es verboten, über Kriegsziele und Friedensbedingungen zu sprechen, und so geschah auch nichts. Aber die allgemeine Bereit-

willigkeit, den Burgfrieden zu wahren, war doch auf die stillschweigende Voraussetzung einer weit kürzeren Kriegsdauer gegründet. Je länger der Kriegszustand dauerte, desto schwerer bedrückte die Hemmung öffentlicher Aussprache die führenden Intelligenzen des Reiches, so daß immer drängender und nervöser nach Auswegen gesucht wurde, um davon sprechen zu dürfen, was allen am Herzen lag. Während nun die Regierung es fortdauernd für notwendig hielt, eine öffentliche Besprechung der deutschen Friedensbedingungen abzulehnen und zu behindern, hatte der Kampf um die Freigabe der Diskussion einen sonderbaren Zwischenzustand herbeigeführt, in dem zwar nichts Rechtes gesagt, aber andauernd um den heißen Brei herumgeredet wurde. Die einzelnen Parteiblätter fanden es fast täglich für notwendig, heftig gegen irgend jemanden loszuziehen, der in irgendeinem gegnerischen Parteiblatt irgend etwas über Kriegsziele geschwafelt haben sollte, was man unmöglich ohne eine ebenso geharnischte wie unklare Erwiderung lassen konnte. Dabei stellte es sich nun heraus, daß die Wortführer der scharfmacherischen alldeutschen Richtung mit ihren utopistischen, feiner sachlichen Grundlage bedürftigen Forderungen sich innerhalb des Verbotes der Besprechung konkreter Kriegsziele weit leichter verständlich machen konnten als die gemäßigten Realpolitiker, die ihre Sache nicht mit tönenden Afforden und hemmungslosem Nationalismus zu vertreten vermochten. Es war die Gefahr vorhanden, daß alle, die dem Volke wirklich etwas zu sagen hatten, zum Stillschweigen verurteilt blieben, während diejenigen, die ihren Zweck schon durch Schreien und Trompeten erreichen konnten, ihre Fanfaren auch bei verbotener sachlicher Diskussion ins Ohr der Menge zu bringen vermochten. Am schlechtesten schnitten dabei begreiflicherweise der Reichskanzler und seine Anhänger ab, weil sie ihre Argumente nicht vorbringen durften, während die Argumente gegen sie gleichsam in der Luft und auf der Straße lagen und von dort auch zusammengefangen, beziehungsweise aufgelesen wurden, um dann recht heftig gegen sie geschleudert zu werden.

Der Nationalauschuß der realpolitisch denkenden deutschen Intelligenz will nun offenbar versuchen, eine „mittlere Linie“, die sich „vom

Kultus eines larmoyanten Pazifismus ebenso weit entfernt halten will wie von der Erfüllung extrem radikaler Forderungen auf territorialem Gebiet“, durch Männer, denen das Vertrauen der Gebildeten überall entgegenkommt, wo sie sich zeigen, dem deutschen Volk als die Linie zu empfehlen, auf der es bleiben muß, wenn der künftige Friede die nationalen Interessen wirklich wahren soll. Darum haben auch diese Männer in ihrem ersten Aufruf die Freigabe der Besprechung der Friedensziele gefordert. Es ist freilich zu befürchten, daß diesem Verlangen nur in sehr beschränktem Maße Rechnung getragen werden wird, so daß sie bei der versuchten Abwehr des Radikalismus von links und rechts im wesentlichen doch auf das Gewicht ihrer Persönlichkeit angewiesen sein werden. Gerade das aber bildet das Problematische an der großen Redepropaganda des Wedelschen Friedensauschusses, deren Beginn nun unmittelbar bevorsteht.

30. VII. 1916

**Der neue Wiener Nunzius.**

Mitteilungen eines gewesenen Studienkollegen.

Ueber die Persönlichkeit des künftigen Wiener Nunzius Balsre erhalten wir von einem Studienkollegen des jetzigen Erzbischofs von Vercelli folgende ergänzende Daten: Teodoro Balsre Graf von Bonzo entstammt aus demselben altpiemontesischen, bis in das 15. Jahrhundert zurück verfolgbaren Adelsgeschlecht, dem auch der beatifizierte Sebastiano Balsre, der Apostel von Turin, angehörte. Die Familie führt die gräflichen Titel von Montaldo, Sabeca, Molera und Bonzo. Von 1877 bis 1884 gehörte der junge Prälat der Accademia Ecclesiastica an und war zugleich im Staatssekretariat tätig. Leo XIII. sandte ihn 1884 als Apostolischen Delegaten nach Costarica, wo jedoch die Revolution ausbrach, welche den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Republik und dem Vatikan zur Folge hatte. Nach Italien zurückgekehrt, wurde Nigro, Balsre Bischof von Cuneo in Piemont, dann in Cuno in der Lombardei und endlich Erzbischof von Vercelli, welches als die alte Metropole des heiligen Eusebius in Oberitalien an kirchlicher Bedeutung nur hinter Mailand zurücksteht. Die Ernennung zum Diözesanbischof hatte Balsre als eine Fügung Gottes angenommen und sich mit Eifer der Sorge für das geistliche Wohl der Diözesanen und die Disziplin des Klerus gewidmet. Seiner ganzen Vergangenheit und Erziehung nach fühlte er sich jedoch stets als Anhänger der römischen Kurie, als kirchlicher Diplomat und besuchte jedes Jahr zwei- bis dreimal Rom. Da er zweifellos seit der Thronbesteigung Benedikts XV. damit rechnen konnte, auf den glänzendsten diplomatischen Posten des Vatikans, nach Wien, entsandt zu werden, so wird es auch der forschenden Bosheit kaum gelingen, eine Handlung des stets als vatikanischer Diplomat fühlenden Erzbischofs von Vercelli hervorzuführen, die im Krieg zwischen Oesterreich und Italien als eine Stellungnahme zugunsten des letzteren gedeutet werden könnte.

Im Neuzern erscheint der künftige Nunzius als ernste, vornehme Persönlichkeit von überaus verbindlichen Verkehrsformen.

30. VII. 1916

## Die angeblichen russischen Munitionsfundungen nach Rumänien.

Falschmeldungen der Bukarester russophilen Presse.

(Eigenbericht der „Reichspost“.)

Bukarest, 27. Juli.

Die russophile Bukarester Presse verbreitete kürzlich die Tendenznachricht, daß 30 Waggon Munition aus Rußland in Rumänien angekommen seien und weitere Sendungen folgen werden.

Diese — wie es sich erst später herausstellte — bewußte Falschmeldung der berühmten russophilen Bukarester Boulevardpresse ist von der reichsdeutschen Presse übernommen worden und hat nachher über Berlin auch in die Wiener Blätter Eingang gefunden.

Eine Reihe von ernstern Bukarester Blättern nimmt nunmehr gegen die Aufbauschung der Frage der Munitionsfundungen aus Rußland nach Rumänien in energischer Weise Stellung. So schreibt der „Steagul“, das Organ Marghilomans:

„Wir erfahren von autoritativer Seite, daß diese Meldung absolut falsch ist.“

Nicht ein einziger Waggon Munition ist aus Rußland in Rumänien angekommen und wird auch nicht kommen. Die gesamte Munition, die unsere Regierung in Rußland angekauft hat, wird uns nur dann ausgefolgt werden, wenn wir uns vorher dem Bierverbände angeschlossen haben werden. Früher will die russische Regierung die Bewilligung nicht erteilen, daß unsere Munition aus Rußland ausgeführt werde. Eine Persönlichkeit aus der unmittelbaren Umgebung Filipeskus hat uns auf unsere bezügliche Anfrage diese Information bestätigt.“

Ein anderes Blatt wiederum, der „Jaschul“, schreibt zu derselben Frage folgendes:

„Die russophilen Bukarester Journale: „Adeverul“, „Epoca“, „Dimineaza“ und andere schlagen großen Lärm über die sogenannten Munitionszüge, die uns Rußland geschickt hat. Wir sind aus sicherer Quelle darüber informiert, daß diese „Munitionszüge“ sich auf einige Waggon amorpher Salpeters und anderes Rohmaterial für die Fabrikation von Munition reduzieren, die vollkommen veraltet und daher gänzlich unbrauchbar sind. Das Rohmaterial in gutem Zustande, sowie die von der rumänischen Regierung in Rußland und in den übrigen Staaten der Entente-gruppe bestellte und bezahlte Munition, die uns von Nutzen sein könnte, wird auch weiterhin nach wie vor von der russischen Regierung zurückgehalten.“

Die Munitionszüge, von denen unsere russophilen Blätter mit so großem Enthusiasmus sprechen, sind nichts anderes als — eine große Farce.

Wir dementieren diese Falschmeldungen der russophilen Blätter noch einmal kategorisch.“

## Falscher Alarm.

Bukarest, 29. Juli

Der von vielen Blättern gemeldete Ministerrat hat nicht stattgefunden. Der König hat sich auf seinen Sommeritz begeben. Auch Ministerpräsident Bratianu hat sich wieder auf sein Gut Florica begeben.

## Feste Zuversicht des bulgarischen Gesandten in Bukarest.

Budapest, 29. Juli. (Privat.)

„A Nap“ meldet aus Bukarest: Der bulgarische Gesandte Radew, der gestern wiederholt Besprechungen mit dem Minister des Äußeren Borumbaru hatte, erklärte einem Journalisten: Mit dem Minister des Äußeren habe ich die Fragen besprochen, die infolge der veränderten Lage aktuell geworden sind. Ich beurteile die Lage mit der allergrößten Zuversicht und sehe überhaupt nicht, was zu Besürchtungen wegen einer Aenderung der politischen Lage Anlaß gäbe.

## Blondels vergebliche Liebesmüh.

Bukarest, 29. Juli.

Die „Dimineaca“ meldet: Gestern fand ein Bankett, veranstaltet von der „Vereinigung der französisch-russischen Freundschaft“, statt, das anlässlich der Abberufung des französischen Gesandten Caville Blondel gegeben wurde. Es waren alle Spitzen der rumänischen Gesellschaft erschienen. Der Präsident der Vereinigung Georg Diamandi sprach sein Bedauern über das Scheiden Blondels aus, der der erste französische Gesandte war, der sich in erhöhtem Maße für die rumänischen Angelegenheiten interessierte. Blondel antwortete: „Ich hatte den Wunsch gehabt, in offizieller Weise am Zustandekommen der Allianz zwischen Rumänien und Frankreich und der ganzen Entente teilzunehmen. Das blieb mir verweigert.“

## Verhindert.

Saag, 28. Juli.

Das Sekretariat des Internationalen sozialistischen Bureaus erhielt heute ein Telegramm, daß die zwei Vertreter der rumänischen Sozialistenpartei infolge der ernstern internationalen politischen Lage in Rumänien verhindert sind, an der sozialistischen Konferenz teilzunehmen.

30. VII. 1916

## Die „Grundlagen“ des National-Ausschusses.

Die Kundgebung des „National-Ausschusses“, in der er von der „Unerfälllichkeit“ der Kriegszielforderungen des Alldeutschen Verbandes spricht, hat zu einem Briefwechsel zwischen Frhrn. v. Gebfattel, dem zweiten Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, und dem zweiten Mitunterzeichner der Bedelschen Kundgebung, Professor v. Harnack, geführt, den die „Alldeutschen Blätter“ jetzt veröffentlichen und aus dem sich ergibt, daß dieser mit an erster Stelle einen Angriff gegen den Alldeutschen Verband führen half, ohne bis heute überhaupt die Kriegszieleingabe, die einzige verbandsamtliche Kundgebung des Alldeutschen Verbandes in der strittigen Frage, zu kennen. In dem ersten Briefe Frhrn. v. Gebfattels an Professor v. Harnack heißt es:

Sieben erhalte ich den Aufruf des „Deutschen National-Ausschusses“ zugeandt, unter welchem ich an zweiter Stelle den Namen von Euer Eggellenz finde, für den Sie also die Verantwortung mit übernehmen.

In meiner Eigenschaft als zweiter Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes gestatte ich mir eine Frage: der Aufruf spricht von der „Unerfälllichkeit“, die in den Kundgebungen des Alldeutschen Verbandes zutage getreten sei. Meines Wissens — ich muß doch wohl in dieser Sache völlig im Bilde sein — hat der Alldeutsche Verband während des Krieges nur eine einzige Kundgebung erlassen: die Forderungen zum Kriegsziel, die ich die Ehre hatte, in den ersten Tagen des Mai 1915 dem Herrn Reichskanzler zu unterbreiten, und die gleichzeitig streng vertraulich an die Fürsten und Regierungen der Bundesstaaten und an die Vorsitzenden unserer Ortsgruppen gingen. Soweit mir bekannt, ist die Vertraulichkeit von allen Seiten vollkommen gewahrt worden und ist der Inhalt meines Schreibens nirgends in die Öffentlichkeit gekommen. Weitere Kundgebungen des Alldeutschen Verbandes sind nicht erfolgt.

Nachdem ich unmöglich annehmen kann, daß so hervorragende Männer wie Fürst Bedel oder Euer Eggellenz sich in Ihren Kundgebungen auf unbewiesene Behauptungen einer uns feindlich gesinnten demokratischen Presse stützen, erlaube ich mir die Frage, wo sind die unerfälllichen Forderungen des Alldeutschen Verbandes herorgetreten?, bzw. wo liegt in den oben erwähnten Forderungen des Alldeutschen Verbandes zum Kriegsziel die Unerfälllichkeit? .....

Die Antwort Harnacks darauf lautete:

Die von Ew. Eggellenz angezogene Eingabe des Alldeutschen Verbandes an den Herrn Reichskanzler (Mai 1915) ist mir nicht bekannt. Den von Ew. Eggellenz beanstandeten Satz, betreffend die Kundgebungen des Alldeutschen Verbandes habe ich anerkennen müssen und vertrete ihn auf Grund der Kundgebungen des Verbandes in den „Alldeutschen Blättern“ (seit Jahren) und in Hinsicht auf die schriftlichen und mündlichen Forderungen alldeutscher Männer, die z. T. dem Vorstand m. W. angehören oder doch als geistige Führer des Verbandes gelten und von ihm nicht desavouiert worden sind.

Frhr. v. Gebfattel beschloß diesen Briefwechsel hierauf mit einem Schreiben, in dem es hieß:

Ew. Eggellenz bestätigte ich den Empfang des gest. Schreibens vom 18. d. Mts. und kann es nicht unterlassen, mein schmerzliches Bedauern darüber auszudrücken, daß auf so unsicherer Grundlage die Begründer des „Deutschen National-Ausschusses“ es für zulässig gehalten haben, in ihrer ersten Kundgebung den Alldeutschen Verband in solcher Weise anzugreifen.

Wir sind es gewohnt, seit Jahren allgemein gehaltenen Angriffen ausgesetzt zu sein, in denen die „Alldeutschen“, „alldeutschen Publizisten“, „alldeutsche Kreise“ usw. für alles mögliche Unheil verantwortlich gemacht worden sind, das sie über unser Vaterland heraufbeschworen haben sollten; setzte sich der Alldeutsche Verband dagegen zur Wehr, so hieß es: ja, den Alldeutschen Verband meinen wir nicht — wir bekämpfen die Alldeutschen außerhalb des Alldeutschen Verbandes.

Der „Deutsche National-Ausschuß“ hat im Gegensatz zu solchen allgemeinen Angriffen den seinigen ausdrücklich gegen den Alldeutschen Verband gerichtet, und er hat dies in der besonderen Frage des Kriegsziels getan, indem er von der „Unerfälllichkeit der Kundgebungen des Alldeutschen Verbandes“ gesprochen hat.

Nun erfahre ich durch Ew. Eggellenz Schreiben, daß ein so hervorragender Mitunterzeichner jener Kundgebung, wie Ew. Eggellenz, in dem ich wohl den geistigen Führer des National-Ausschusses erblicken darf, jenen Vorwurf erhoben hat, ohne die einzige verbandsamtliche Kundgebung des Alldeutschen Verbandes in der Frage des Kriegsziels zu kennen — und Ew. Eggellenz werden es begreiflich finden, daß es mir schwer fällt, ein solches Vorgehen so zu charakterisieren, wie es verdient ist.

Was jene Kundgebung des National-Ausschusses selbst betrifft, so will ich nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß im vierten Absatz gesagt wird, der Ausschuß wolle „seinen Mitgliedern und Gesinnungsgenossen alles Material unparteiisch unterbreiten, mit ihnen lernen und forschen, um so, unbeirrt von billigen Schlagworten, der deutschen Zukunft den Boden zu bereiten“ — und diese Absicht unparteiischer Unterrichtung seiner Mitglieder beginnt der Ausschuß mit der ebenso parteiischen, wie unverantwortlichen Beurteilung des Alldeutschen Verbandes durch das billige Schlagwort von der alldeutschen Unerfälllichkeit; derselbe Tätigkeit mit dem Angriff auf den Alldeutschen Verband, der es sich zur ernstesten Aufgabe gemacht hat, zu lernen und zu forschen, was wirklich deutsche Zukunft sichert — dessen Unrecht vielleicht in den Augen Ew. Eggellenz darin besteht, daß er mit diesem Lernen und Forschen schon zu einer Zeit begonnen hat, wo es von der Regierung noch nicht gewünscht wurde, und daß das Ergebnis seiner Arbeit sich nicht mit den Absichten der Regierung deckt.

Damit Ew. Eggellenz die Eingabe des Gesamtvorstandes des Alldeutschen Verbandes an den Herrn Reichskanzler kennen lernt, füge ich einen Abdruck hier bei.

**Das Niederboren des inneren Gegners.** Fast die gesamte bayerische Presse aller Parteirichtungen bringt die Zurückweisungen, die die „Tägliche Rundschau“ der „Bayerischen Staatszeitung“ für ihre offiziöse Entgleisung hat zuteil werden lassen. Bemerkenswert ist, daß das führende bayerische Zentrumsblatt, der „Bayerische Kurier“, dem Zentrumsmann, dem bayerischen Ministerpräsidenten Graf Hertling folgende ebenso deutliche wie treffende Lehre erteilt:

„Die „Bayerische Staatszeitung“ benutzte den Telegrammwechsel zwischen dem König und dem Kaiser zu einem Ausfall gegen den

neuen „inneren Feind“, der in seiner Heftigkeit kaum in der bekannten Reichskanzlerrede gegen Kapp erreicht wurde. Der mehr als gereizte Ton, mit dem hier den Berliner politischen Männern aufgeholfen werden soll, dürfte wohl das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erreichen; nämlich eine Verschärfung der Gegensätze, statt eine Beruhigung. Wenn man glaubt, mit sehr merklicher Ueberlegenheit Männer, deren Einsicht und guter Wille wohl nicht bezweifelt werden kann, als dumme Jungen abzutun, so ist das ein Weg, der immer neue Erbitterung schafft und schließlich auch Kreise stutzig machen muß, die sich durchaus nicht zu den unbedingten Anhängern der von der „Staatszeitung“ bekämpften Richtung rechnen. Das ist die Methode des Niederborens, denn die Angegriffenen sind gar nicht in der Lage, in entsprechender Weise zu antworten, eben infolge der geltenden Gebräuche gegenüber der Presse und der Versammlungs-tätigkeit. Die „Staatszeitung“ schuldigt ja selbst die Regierung an, wenn sie von Intrigen spricht. Man gewähre diesen Kreisen, wie auch die „Staatszeitung“ als gutwillige Patrioten anerkennt, die Möglichkeit, ihre Meinungen offen zu entwickeln, dann hört das Treiben im Dunkeln sofort auf. Bei der jetzigen Methode macht man aber die Öffentlichkeit mißtrauisch, denn diese hat ein sehr untes Gefühl für Fair play. Mit dem einseitigen Niederborenen Reichstag und in der „Staatszeitung“, während der Gegenseite der Mund verschlossen ist, ist es aber auf keinen Fall getan.“

So schreibt, das muß ausdrücklich hervorgehoben werden, der „Bayerische Kurier“, zu dessen Parteirichtung der bayerische Ministerpräsident vor seiner Berufung nach München gehörte. Im übrigen hat, wie unser Münchener Vertreter erfährt, die Auslassung der „Bayerischen Staatszeitung“ in der Tat bis in die höchsten Kreise hinein, milde gesagt, Befremden erregt, vor allem über den Ton, in diesem Regierungsblatt angeschlagen hat.

## Die Erschießung des Kapitäns Fryatt.

„Eine äußerst ernste Lage.“

Aus London, 30. Juli.

Lord Grey lenkte in einem Schreiben an den amerikanischen Botschafter in London die Aufmerksamkeit des Botschafters auf Reuters Telegramm über die deutsche Meldung von der Erschießung des Kapitäns Fryatt.

Die englische Regierung, heißt es in dem Schreiben, könne nur schwer glauben, daß, nachdem die deutsche Unterseebootflotte die Praxis angenommen habe, Rauffahrtschiffe ohne Warnung und ohne Rücksicht auf das Leben von Passagieren und Besatzung zu versenken, der Kapitän eines Handelsschiffes, der Maßregeln ergriffen hatte, die die einzige Aussicht zu bieten schienen, nicht nur sein Schiff, sondern auch das Leben aller Mann an Bord zu retten, wegen dieser Tat mit Ueberlegung und kaltblütig erschossen worden sein könnte. Wenn die deutsche Regierung in der Tat in dem Falle eines britischen Untertanen, der sich in ihrer Gefangenschaft befand, ein derartiges Verbrechen begangen haben sollte, so sei es augenscheinlich, daß dadurch eine äußerst ernste Lage entstanden sei. Er (Grey) sei daher im Namen der britischen Regierung zu der Bitte geneigt, es möge durch die Berliner Botschaft der Vereinigten Staaten eine dringende Untersuchung darüber veranstaltet werden, ob der Bericht in der Presse über die Erschießung des Kapitäns Fryatt wahr sei.

Als Antwort darauf übersendete der amerikanische Botschafter in London die Abschrift eines Telegramms des amerikanischen Botschafters in Berlin über Einzelheiten bezüglich seiner Intervention in dieser Angelegenheit.

Sonntag, 9. Juli 1916.

**Preis der Anzeigen:**

Kolonelzeile 60 s. Abendbl. 75 s.  
 Reklamen 42 - , Abendbl. 42 50,  
 Familienanzeigen 41 - , Platz- u.  
 Daten-Vorschriften ohne Verbind-  
 lichkeit. - Anzeigen nahmen an:  
 Unsere Expeditionen in Frankfurt  
 a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37,  
 Schillerstr. 20, Mainz: Schillerpl. 3,  
 Berlin: Mauerstraße 16/18, Dresden: A.  
 Waisenhausstr. 23, München: Porn-  
 astr. 5, Offenbach: Bieberstr. 34,  
 Stuttgart: Poststr. 7, Zürich: Nord-  
 straße 62. Uns übrig. Agentur.  
 u. d. Annonc.-Exped. Ferner in  
 New York: 20 Broad Street.  
 Verlag u. Druck der Frankfurter  
 Societäts-Druckerei G. m. b. H.  
 Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

# ung

ter Zeitung.)

ummer 40, 41, 42, 43.

## Nach einem halben Jahrhundert

In diesen Tagen ist ein halbes Jahrhundert verflossen, seit auf den böhmischen Schlachtfeldern der Lauf der Geschichte Deutschlands und des Habsburgerreiches auf Menschenalter hinaus bestimmt wurde. Und ein halbes Jahrhundert hatte mit Mühe und Not das Werk des Wiener Kongresses, der Deutsche Bund, gehalten, den England, Frankreich und Rußland, dieselben Mächte, mit denen heute Deutschland um sein Leben zu fechten hat, damals im Bunde mit Oesterreichs Kanzler Metternich und dem widerwilligen Größenwahn deutscher Mittel- und Kleinstaaten zurechtgezimmert hatten, als ein Gebilde der Ohnmacht und Unfähigkeit. Dem deutschen Volke sollte eine staatliche Form vorenthalten werden, die ihm gestattet hätte, seine Kräfte zusammenzufassen und demgemäß wieder einen seiner Vergangenheit und inneren Tüchtigkeit entsprechenden Platz unter Europas Völkern einzunehmen. Der Dualismus zwischen den beiden deutschen Großmächten Oesterreich und Preußen, der durch seine Einwirkung auf das in zahlreiche Souveränitäten zersplitterte übrige Deutschland die nationalen Kräfte fast ganz in Anspruch nahm und ihre Entfaltung nach außen hin, wenn nicht völlig aufhob, so doch in weitgehendem Maße hemmte, war eine für die übrigen drei Großmächte viel zu bequeme Einrichtung, als daß diese nicht hätten bemüht sein sollen, einen solchen Zustand zu erhalten und zu pflegen. Deutschland hat ein halbes Jahrhundert in dieser kläglichen Verfassung gelebt und als es sie von sich abschüttelte, geschah es durch einen blutigen Gewaltakt, einen Krieg Deutscher gegen Deutsche, in den die Fremden sich nur deswegen nicht einmischten, weil sie zuerst von ihm nicht eine Erstarrung, sondern eine Schwächung Deutschlands erwarteten und weil ihnen später der rasche Friedensschluß keine Zeit mehr ließ.

Von Anfang an hatte die Schöpfung des Wiener Kongresses beim deutschen Volke kaum ein anderes Gefühl erweckt als ingrimmige Resignation, in die sich je länger desto mehr heißender Spott und schamboller Schmerz über die Erbärmlichkeit und den Jammer des deutschen Bundesstages mischten. Als dann einmal die Nation aus ihrer Erstarrung erwacht war und begonnen hatte, ihr Geschick selbst zu gestalten, war die deutsche Geschichte achtzehn Jahre lang eigentlich nichts anderes als eine Aufeinanderfolge von Versuchen, den kranken Bund gesund zu machen und ihm eine Gestalt zu geben, in der er dem Verlangen des deutschen Volkes nach nationaler Einheit und Macht wie nach einem seiner Mündigkeit entsprechenden Maß staatsbürgerlicher Freiheit genügen konnte. Als alle Arzneimittel versagten, wandte der große Staatsmann, der vor fünfzig Jahren die preußische Politik leitete, nach dem Rezept des Hippokrates das Eisen an, das zwar den Bund nicht heilte, sondern zerstörte, aber an seine Stelle etwas Neues setzte, aus dem ein neuer Bund, das Deutsche Reich, erwachsen ist. Sicherlich ist die Lösung der deutschen Frage, die uns das Jahr 1866 gebracht hat, nicht von allen denkbaren Lösungen die beste. Sie ist es weder nach den Mitteln, durch die sie erfolgte, noch nach dem Plane, der ihr zu Grunde lag. Das, was die Männer der Paulskirche wollten, war in sich folgerichtiger, gleichmäßiger abgewogen, harmonischer durchgebildet, reicher an idealen Gedanken und vor allem auch vollständiger in dem, was es zu umfassen suchte. Ob es in sich auch die nötige Kraft gehabt hätte, um sich gegen Anfeindungen neidischer Nachbarn zu behaupten, das hätte sich erst noch erweisen müssen, wenn es zustande gekommen wäre. Es läßt sich heute nicht beweisen, doch liegt auch kein Grund vor, daran zu zweifeln, daß es diesen Beweis erbracht hätte. Nun ist aber der ideale Bau, an dem die Baumeister von 1848 zimmerten, wohl fertig geworden, aber die Widerstände, die noch in den alten Ordnungen und ihren Vertretern lagen, erwiesen sich stärker, als man gedacht hatte, und so konnte das deutsche Volk in dem neugebauten Hause nicht Wohnung nehmen. Die Säle blieben leer und verfielen. Welches die Ursachen dieser schmerzreichen Fügung waren, braucht an dieser Stelle nicht erörtert zu werden. Was geschehen ist, beweist, daß ein guter Gedanke allein noch nicht stark genug ist, sich durchzusetzen.

Gegenüber diesem aufs Ganze gerichteten Plan erschien die Lösung des deutschen Problems, die vor fünfzig Jahren Tatsache wurde, zunächst wie ein halb vom Zufall bestimmtes, zu Gunsten eines einzelnen Staates unternommenes Stückwerk. Was Bismarck unternahm, war einseitig von Preußen begonnen, sah mehr wie eine Peridörung als ein Aufbau aus, ließ so manchen bringenden Wunsch der Deutschen nach Möglichkeiten freier Betätigung unerfüllt und stieß ein Fünfstel der deutschen Stammesgenossen aus Deutschland hinaus. Kein Wunder, daß große Teile des deutschen Volkes, und keineswegs die schlechtesten, in diesem Werke keine Antwort auf die deutsche Frage, sondern nur etwas Vorläufiges sahen, mit dem man sich abfinden mußte.

Montags-Ausgabe

10. Juli 1916

# Zeitung

und gelehrten Sachen.

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800.  
11 801, 11 802, 11 803 bis 11 850. Zentrum 8689 und 8690.

## Die Vertrauensfrage.

Die Vertrauensfrage.

### Die Vertrauensfrage.

Von

Georg Bernhard.

Der Leipziger Historiker Professor Brandenburg, der gleichzeitig Vorsitzender der nationalliberalen Organisation für das Königreich Sachsen ist, hat im Anschluß an die neuliche Kundgebung der Hauptleitung seiner Partei erklärt, daß die Voraussetzung dafür, daß er dem Kanzler Vertrauen schenken könne, die Kenntnis von dessen Kriegszielen sein müsse. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat darauf mehrfach geantwortet. Die erste Antwort gipfelte in der Forderung: „Erst schlagen, dann fragen.“ Wir haben alle Wertschätzung sowohl für diese hübsche Prägung als überhaupt für das Talent des Verfassers, den wir zu kennen glauben, journalistisch geschickt zu schreiben und ursprünglich zu denken. Aber man wird in die Richtigkeit seines Bonmots erhebliche Zweifel gerade dann setzen müssen, wenn man der Versicherung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ recht geben will, daß der Kanzler in seinen letzten Reden die Sicherung der Stellung Deutschlands in der Welt nicht bloß als negatives, sondern als positives Kriegsziel verkündet habe. Es gibt unendlich viel Möglichkeiten, diese Sicherung zu erreichen. Alle diese Möglichkeiten hängen selbstverständlich in ihrer Erfüllung von der Art des Kriegsausganges ab. Aber es ist nach unserer Auffassung die Aufgabe des Staatsmannes, nicht erst dann zu fragen, wenn geschlagen worden ist, sondern nach Möglichkeit sich für jede Eventualität des Ausganges vorher die Ziele zu überlegen. Wir sind — darin geben wir dem Kanzler völlig recht — in den Krieg, der uns aufgezwungen wurde, nur mit dem Gedanken hineingegangen, Deutschland aus der Umklammerung durch seine Feinde zu befreien. Wir hatten also keine ausgearbeiteten politischen Pläne. Aber wir hätten sie schon nach den ersten Monaten des Krieges haben müssen, und in ihren Dienst auch die militärischen Aktionen stellen müssen. Nun haben wir solche Pläne und Ziele nicht gehabt. Aber daraus können wir nun nicht ein endgültiges Gesetz machen, das dahin lautet, wir dürften nunmehr bestimmte Pläne erst fassen, wenn wir den Ausgang des Kampfes sehen, wenn der Gegner geschlagen ist. Da entsteht doch die Frage: Wann ist der Gegner geschlagen? Ist er geschlagen, wenn wir es glauben, oder wenn er es zugibt? Wir haben in Ost und West große Gebiete besetzt. Wir hoffen, im Laufe der nächsten Monate noch weiter siegreich in Feindesland einzudringen. Aber niemand vermag heute zu sagen, bei wieviel Kilometer Besetzung feindlicher Gebiete durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen der Feind und die Welt zugeben werden, daß Deutschland gesiegt hat.

Es gibt in Deutschland viele, die unterrichtet sein könnten und die daran glauben, daß der Friede uns näher ist, als man gemeinhin annimmt. Wann ist denn nun aber der Augenblick gekommen, in dem man fragen darf: Es muß doch schon jetzt in den Köpfen unserer leitenden Staatsmänner ein Plan, ein führender Gedanke für alle Möglichkeiten bestehen. Und ist es nun unberechtigt, wenn weite Kreise den Wunsch hegen, über diese Pläne sich mit dem Kanzler und seinen Beratern auszusprechen? Denn darauf und nicht so sehr auf die unbeschränkte öffentliche Diskussion über die Kriegsziele läuft doch im Grunde genommen der Wunsch hinaus, der sich tausendfältig im Reiche regt. Es mag einige wenige geben, die einen Debattierklub über die Einzelfragen der Zukunftsgestaltung auf offenem Markte errichten möchten. Aber es sind wirklich nur einige wenige. Die Mehrheit der Fragenden wünscht etwas ganz anderes.

Man weiß nur zu gut, daß eine ganze Reihe der Kriegsziele heute noch nicht diskutiert werden kann. Nicht nur, weil dadurch die Stellung unserer Unterhändler gegenüber dem Feind geschwächt werden würde, sondern auch, weil man auf diese Weise leider auch unseren Freundschaften nicht nützen würde. Wir sagen leider, weil wir die Auffassung haben, daß mindestens die Lösung dieser Fragen, die unsere Feinde erst in zweiter Linie angehen, schon weiter gefördert sein müßte, als es tatsächlich der Fall ist. Und ein großer Teil der Besorgnis und des bangen Fragens vieler Volksgenossen richtet sich gerade auf solche Punkte. Aber auch sonst weiß

**Kriegstagung des Reichstages.  
Sitzung des Abgeordnetenhauses.**

Budapest, 11. Juni.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Generaldebatte über die Vorlage betreffend die Kriegsgewinnsteuer fort. Es sprach als erster Redner Abgeordneter Elemér Sántos. Er widmete den einzelnen Stücken der Vorlage, namentlich den Fragen der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Gesellschaften, der Reservierung, der steuerrechtlichen Probleme, den Mängeln und den Vorzügen der Vorlage Ausführungen, die von einer gründlichen Kenntnis der Materie zeugten und auf eingehendes Studium des Entwurfes schließen lassen.

Es folgte eine Rede des Abgeordneten Franz Springer. In der durchaus sachlichen Weise, die diesem scharf analysierenden Redner eigen ist, erörterte er die allgemeinen Fragen der Kriegsfinanzzpolitik und beleuchtete dann die Einzelheiten der Vorlage. Er ging dabei von den Problemen der kriegerischen Steuermoral aus, deren Erscheinungen er einer psychologisch interessanten Betrachtung unterzog. Die Steuern der Aktiengesellschaften, die steuerrechtlichen Schwierigkeiten, die die Vorlage eröffnet, waren Hauptstücke seiner ausführlichen, objektiven Darlegungen.

Während Abgeordneter Springer im Saale sprach, waren in den Wandelgängen die Mitglieder der Karolyi-gruppe erschienen, worauf auf der Linken des Hauses freundliche, doch ernste Auseinandersetzungen stattfanden. Um 12<sup>1/2</sup> Uhr zog sich Finanzminister Johann v. Teleky zurück, um mit den Mitgliedern der oppositionellen Steuerkommission Beratungen zu pflegen.

Nach dem Abgeordneten Karl Springer sprach Abgeordneter Stefan Haller. Um 2 Uhr unterbrach der Präsident die Sitzung bis 4 Uhr.

**Der Verlauf der Sitzung.**

Präsident Paul v. Bóthy eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr vormittags.

Schriftführer: Ladislaus Almásy, Géza Koványi, Alfred Pál.

Auf den Ministerfauteuils: Graf Tiba, Teleky, Sándor, Balogh.

Folgt die Tagesordnung: Fortsetzung der Verhandlung des Gesetzentwurfes über die Kriegsgewinnsteuer.

Abgeordneter Elemér Sántos

weist darauf hin, es stehe in der Geschichte der Steuern vereinzelt da, daß eine Steuervorlage, die weite Schichten der Bürgerschaft nicht unwesentlich besteuert, von allen politischen Parteien mit Freude begrüßt, ja selbst von denjenigen, die von der Steuer unmittelbar berührt werden, mit Begeisterung aufgenommen wird. Es bildet dieser Tatsache gegenüber die Aufgabe der Gesetzgebung, die Ausnahmslage zu benützen und solche Verfügungen zu treffen, die dem Volksempfinden entsprechen und die das Ergebnis der Steuer je besser sicherstellen. Die Opposition erhebt den Einwand, daß der Entwurf keinen Unterschied zwischen den eigentlichen Kriegsgewinnen und jenen Einnahmen macht, die mit dem Krieg in keinem Zusammenhang stehen. Dieser Wunsch ist zwar berechtigt und volkstümlich, doch wäre dessen Durchführung von steuerrechtlichem Gesichtspunkte sehr schwierig. Bei den Kriegseinkünften in engerem Sinne können drei Kategorien festgestellt werden. Die erste ist der Kriegsgewinn, den das Deutsche Reich als Vermögenszuwachs mit einer besonderen Steuer, mit der sogenannten Kriegsabgabe, belastet. Diesen Kriegsgewinn besteuert unser Gesetz nicht. Allein auch bei den aus der Konjunktur des Krieges stammenden Einkünften muß scharf unterschieden werden zwischen jenen Einkünften, die ohne jedes Risiko und ohne Kapitalinvestition, häufig durch die Tätigkeit unbedenklicher Elemente entstanden sind, und denjenigen, die die Früchte einer berufsmäßig fortgesetzten Arbeit oder Unternehmung bilden. Bei den letzteren bildet der Kriegsgewinn oft nur eine Kompensation der opferwilligen Investitionen, der ausdauernden Energie und des riskanten Unternehmungsgeistes vieler Jahrzehnte. Die Beunruhigung unseres Gerechtigkeitsgefühls stammt hauptsächlich daraus, daß der Gesetzentwurf die neue Steuergattung Kriegsgewinnsteuer nennt, obwohl dieser Name den Inhalt in Wirklichkeit nicht deckt. Es wäre angemessener, diese Steuer als außerordentliche Kriegseinkommensteuer oder als Kriegsmehreinkommensteuer zu bezeichnen. Der ethische Wert würde nur dann zur Geltung gelangen, wenn diejenigen, die während des Krieges zu einem größeren Einkommen gelangt sind, zur Milderung des Schicksals derjenigen in höherem Maße beitragen würden, die in erster Reihe an den Folgen des Krieges leiden, wie die Invaliden und die Familienangehörigen der Gefallenen. Wie schwierig es auch von steuerrechtlichem Gesichtspunkte wäre, einen Unterschied zwischen den Mehreinkünften zu machen, so leicht wäre es, den Steuerlüsselunterschied zwischen den Aktiengesellschaften und Privatpersonen dem Wunsche der Opposition entsprechend zu equalisieren. Allein dieser Wunsch ist nicht gerecht. Das Einkommen der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen kann bis zum letzten Heller genau festgestellt werden, was bei den Einkünften der Privatpersonen nicht der Fall ist.

Der Entwurf weicht von den entsprechenden ausländischen und österreichischen Gesetzen am wesentlichsten darin ab, daß er selbst aus der Basis der Kriegsgewinnsteuer der Privatpersonen ziemlich große Abschreibungen und Reservierungen zuläßt. Dieser allgemeinen Verfügung gegenüber muß unbedingt dafür gesorgt werden, daß zu einem späteren Zeitpunkt nachgewiesen werden müsse, daß die steuerfrei abgeschrieben und reservierten Beträge dem im Gesetz festgestellten Zweck zugeführt worden sind. Kann dies nicht kontrolliert

werden, so wird diese Steuer nur zu einem fiskalischen Spielzeug werden, von dem ein ernstes Ergebnis nicht erwartet werden kann. Es kann nicht als ernstes Ergebnis angesehen werden, wenn diese Steuer bloß 110 Millionen Kronen ergibt, wie es der Finanzminister präliminiert. Man muß davon ausgehen, daß die Steuerleitung in den ersten zwei Jahren des Krieges mehr als 30 Milliarden verausgabt hat, wovon mindestens 10 Milliarden auf Ungarn entfallen. Nehmen wir nur 30 Prozent als Steuergrundlage an, so müßte diese Steuer mindestens bei einem zehnprozentigen Steuerschlüssel 300 Millionen Kronen ergeben.

Im Zusammenhang hiemit müsse auf die geheimen Reserven und auf die Reserve der dubiosen Forderungen aufmerksam gemacht werden. Die geheimen Reserven habe der Abgeordnete Vázsonyi bereits aus Korn genommen und diese Frage aufklären wollen, er habe sie aber nur noch verwickelter gemacht. Vázsonyi könne sich nicht darein fügen, daß Privatpersonen durch Anlegung geheimer Reserven eine Gefallsübertretung begehen, während dies bei den zu öffentlicher Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen als erlaubt, ja als volkswirtschaftlich nützlich gilt. Er werfe dem Finanzminister die Kodifizierung dieses neuen Begriffes vor, wo doch laut des Handelsgesetzes, also von Rechts wegen, die Bildung geheimer Reserven verboten sei, da dies gegen das Prinzip der Echtheit der Bilanz verstoße. In Wahrheit gebühre dem Finanzminister Dank und Anerkennung dafür, daß er diese bewährte Einrichtung des praktischen Lebens zugunsten des Staatshaushaltes verwende. In der Regel werde die geheime Reserve derart angelegt, daß das Unternehmen einzelne seiner Vermögensteile zu geringerem Werte aufnimmt als sie in Wirklichkeit haben. Dies sei unverboden und stehe im Einklange mit dem Geiste des Handelsgesetzes, dessen § 199 zum Beispiel auf die Kurswert besitzenden Papiere bezüglich vorschreibt, diese können höchstens zu jenem Kurs eingestellt werden, zu dem sie am letzten Tage des Geschäftsjahres notieren. Stellt also ein Institut seine Effekten niedriger ein, was eine typische Weise der Anlegung geheimer Reserven sei, handelt es nur im Sinne des Gesetzes. Zweck solcher geheimen Reserven sei, außerordentliche Verluste ohne Erschütterung des Vertrauens zum Institut aus ihnen zu decken. Daß dies keine ungarische Spezialität sei, beweist Redner durch Anführung einer bezüglichen Stelle aus einem hervorragenden englischen Finanzwerke. Was nun die Beurteilung der geheimen Reserven vom Gesichtspunkte der Besteuerung angehe, so sei die Geheimreserve bei Privatpersonen unbedingt eine Steuerhinterziehung in dem Sinne, daß der Staat nach dieser vermeintlichen Summe die Steuer weder erhält noch je erhalten wird. Bei Unternehmungen dagegen sei die Anlegung der geheimen Reserven bloß provisorische Steuerhinterziehung, also aufgeschobene Steuerzahlung, durch die der Staat bloß um die Verzugszinsen geschädigt wird. Dies sei aber ein verschwindend geringer Schaden im Vergleiche mit jenem volkswirtschaftlichen Nutzen, den das Anlegen solcher geheimen Reserven für die Volkswirtschaft bedeutet. Die geheimen Reserven mögen ein für allemal nach dem Status vom 31. Dezember 1916 bei jedem Unternehmen, ob es nun Kriegsgewinn aufzuweisen hat oder nicht, auf Grund eines sanft progressiven Schlüssels besteuert werden. Dagegen sei die nachträgliche Feststellung der geheimen Reserven, wie das neue Gesetz sie vorsieht, technisch undurchführbar, da sie der Natur der Bildung von geheimen Reserven zuwiderlaufe.

Was die Anlegung der Reserven für dubiose Forderungen angehe, sei eine solche bei den meisten Finanzinstituten infolge der Einrückung und des Moratoriums notwendig geworden. Derart zweifelhaft gewordenen Forderungen müsse nicht nur Kriegsgewinnsteuerfreiheit gesichert werden, sondern auch von der Unternehmungssteuer müssen sie befreit werden. Die Verfügung, daß der Finanzminister ausnahmsweise die Steuer ganz oder teilweise erlassen kann, hält Redner für überflüssig, da es sich hier nur um eine einmalige Steuerleitung handelt. Die Regierung wünscht die Einnahmen aus dieser Steuer zur Zahlung der Zinsen jener Staatsschulden zu verwenden, aus deren Kontrahierung die dieser Steuer unterliegenden Personen den größten Nutzen zogen. Dieser Umstand läßt die strengere Handhabung der Steuergattung berechtigt erscheinen und erleichtert die Annahme des Gesetzentwurfes. (Lebhafte Beifall und Applaus.)

Abgeordneter Franz Springer

würdigt die Rolle der ungarischen Nation in diesem Weltkriege, ihre Opferwilligkeit, ihre Leistungsfähigkeit, ihre Einigkeit, ihre Entschlossenheit, ihren Willen zur Ausdauer, ihr unerschütterliches Vertrauen auf den endgültigen Sieg unserer Waffen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir werden vor keinen Opfern zurückschrecken, und deshalb gibt es niemand im Hause, der gegen die Erhöhung der Einnahmen des Staates Stellung nähme. Wenn demnach die Opposition diese Vorlage bekämpft, so geschieht es nicht, als ob sie im Prinzip gegen die Besteuerung der Kriegsgewinne wäre, sondern weil der Gesetzentwurf in seiner ursprünglichen Form den Anforderungen einer gerechten Steuerpolitik nicht entspricht. Wir haben nach dem Kriege ungeheure soziale, kulturelle, wirtschaftliche Fragen zu lösen, wozu wir riesiger Summen bedürfen werden. Wir benötigen daher ein einheitliches, den Verhältnissen des Landes Rechnung tragendes Steuersystem. Die Opposition tappt bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage vollständig im Dunkeln. Der Finanzminister hat es bisher nicht der Mühe wert gehalten, die Opposition darüber zu informieren, wie groß die Kriegskosten bisher sind, wober sie bisher gedeckt wurden und wie sich die finanzielle Lage des Landes nach dem Kriege gestalten wird. Vor allem hält Redner es nicht für zeitgemäß, unser Steuersystem endgültig unter den gegenwärtigen Umständen regeln zu wollen. Außer wirtschaftlichen Gründen führt er auch verfassungsmäßige Bedenken gegen die gegenwärtige Durchführung der Steuer-gesetze an. Auch kann die Vollstreckung dieser Gesetze, selbst des Kriegsgewinnsteuergesetzes nicht erfolgen, ehe das veraltete Gefallsübertretungsverfahren nicht geregelt wird. Er beanstandet es, daß die Hauptstadt Budapest hinsichtlich der Haussteuerfreiheit vernachlässigt wird, und er bittet den Finanzminister, bei nächstem Anlasse der Hauptstadt eine außerordentliche Haussteuerfreiheit zu gewähren.

Redner wendet sich dann der Kriegsgewinnsteuervorlage zu und findet die Argumente des Finanzministers für die Besteuerung aller Kriegsgewinne, ohne Rücksicht darauf, ob sie mit der Konjunktur des Krieges in Verbindung stehen, nicht für stichhaltig. Der Minister beruft sich auf das Ausland. In Dänemark, Schweden und Norwegen ist eine strenge Distinktion zwischen den Mehreinkommen des Krieges durchgeführt, das deutsche Gesetz weicht wesentlich, namentlich hinsichtlich der Steuer der natürlichen Personen, von dem vorliegenden Entwurf ab, und auch das französische und das englische Gesetz unterscheiden zwischen den verschiedenen Abstufungen der Kriegsgewinne. Vergebens beruft sich der Minister auf

## Das türkische Heer und seine Reorganisation

Von Major du Bois

Konstantinopel, 26. Juni 1916.

Wie der Leser begreifen wird, ist es nicht möglich, zur Zeit, da der Krieg noch in vollem Gange ist, in allen Einzelheiten über die Organisation der türkischen Armee Bericht zu erstatten. Die folgenden Angaben müssen sich daher auf eine Schilderung dessen beschränken, was öffentlich bekannt und jedermanns Beobachtung zugänglich ist.

Schon auf den ersten Blick fällt die große Zahl Truppen auf, die man noch immer in Konstantinopel vorfindet; trotz den bereits erlittenen Verlusten und den mächtigen Armeen, die an den zahlreichen Fronten stehen, sind die Kasernen vollbesetzt, und allenthalben begegnet man Soldaten aller Waffen und Grade. Und immer aufs neue strömen Rekruten herbei. Vorläufig tragen sie noch ihre malerische Landestracht; aber nicht lange geht's, so sind auch sie zu ganzen Soldaten umgewandelt, um die unaufhörlich an die verschiedenen Fronten abgehenden Truppen zu ersetzen. Man steht unter dem Eindruck, daß die Türkei, gleich den andern Nationen, alle Anstrengungen macht, um den Triumph ihrer Sache herbeizuführen und in der Stunde der Entscheidung ihre Zukunft sicherzustellen. Die gewaltige Menge der aufgebotenen Truppen beweist zudem, daß die Bevölkerung der Türkei, deren genaue Zahl übrigens keine Statistik angibt, die man aber auf fünfzehn Millionen schätzte, doch weit größer sein muß. Sie mag sich auf etwa zwanzig Millionen belaufen, woraus sich für das Land eine äußerst ergiebige Reserve an Soldaten ergibt — nicht nur Soldaten schlechthin, sondern ganz ausgezeichnete Soldaten, denn das sind die Türken nun einmal. Ein einfaches raues Leben verleiht dem Türken Ausdauer und läßt ihn mit wenig Nahrung vorlieb nehmen. An Ehrerbietung gegenüber Vorgesetzten ist er gewöhnt, so daß sich eine stramme Mannszucht von selbst ergibt. Der türkische Soldat weiß nichts von „Nerven“ und ist von Natur mutig, weil er fromm und fatalistisch gesinnt ist. Typisch für den türkischen Krieger ist ferner der Stolz auf sein Waffenhandwerk, wie auf das zu erreichende Ziel; Waffen- und Herrscherstolz gehört zu den Ueberlieferungen dieser Kriegertrasse, wie er sich in der Geschichte, ja sogar im bürgerlichen Leben kundtut. Es berührt einen eigen, wenn man sieht, mit welchem Ernst selbst die alten Redits Diensttun, wie sie im Sonnenbrand an den Bahnstrecken Wache stehen. Zudem schlägt sich der türkische Soldat durchaus nicht, wie man gemeinhin annimmt, ohne zu wissen, was für ein Ziel erstrebt wird; er ist keine Maschine, sondern er sieht für ein geschichtliches Ideal, für die Tradition der großen Zeiten des Islams, deren Wiederkehr er erhofft.

Wenn von den türkischen Soldaten die Rede ist, darf nicht außer Acht gelassen werden, daß nicht bloß Türken in der Armee dieses stark gemischtrassigen Volkes dienen. So werden z. B. die Griechen, die sich früher von der Wehrpflicht loskaufen konnten, seit Kriegsbeginn ebenfalls eingestellt; wenn diese schon nicht dieselbe Eignung aufweisen und anderen Idealen nachstreben, so müssen sie doch der allgemeinen türkischen Richtschnur folgen, da die Türken eben die überwältigende Mehrzahl in der Armee ausmachen.

Die Ausrüstung der Armee ist vollkommen modernisiert worden. Man sieht nicht mehr die schönen Janitscharenuniformen von früher, jene famosen Reiter auf arabischen Vollblutpferden und in glühenden Rüstungen.

Die Bekleidung des heutigen türkischen Heeres gleicht der seit dem gegenwärtigen Krieg bei allen andern Armeen eingeführten; ist auch alles Malerische dahin, so hat doch der Wert der Truppe gewonnen. Jede nach der Front abgehende aktive Truppe erhält eine vollständig neue Ausrüstung. Es war ein schweres Stück Arbeit, eine solche Menschenmasse zu einer Zeit neu einzukleiden, wo, wie überall, die hierfür benötigten Stoffe knapp waren; allein es erwies sich die vorhandene eigenen Bestände an Wolle und Baumwolle glücklicherweise als ausreichend. Die Uniform ist von grauer, leicht ins Bräunliche spielender Farbe; die alte Kopfbedeckung, eine hübsche, jedoch unpraktische Velzmütze, wurde lediglich für die Offiziere beibehalten; bei der Mannschaft mußte sie einer Art weichem (dem deutschen ähnlichen) Helm ohne Metallbeschlag weichen, zu welchem zwecks vollkommenen Schutzes für Kopf und Nacken noch ein aufrollbarer Schleier gehört. Sämtliche aktive Mannschaft ist mit dem verbesserten Mauerergewehr bewaffnet.

In einem Lande, wo so wenige Eisenbahnen vorhanden und die Landstraßen häufig schlecht sind, stößt die Truppenverpflegung begreiflicherweise auf große Schwierigkeiten, die

indessen mittelst Einstellung von ganz leichten, sehr praktischen Trainfuhrwerken, die nach Art der im Lande üblichen Wagen gebaut sind, überwunden wurden. Ferner konnten ohne Mühe zahlreiche, vorzüglich ausgerüstete Paktierkolonnen in Dienst gestellt werden, da es im Lande selbst Pferde und Maultiere in Menge gibt.

Die Heereskader sind jetzt vollständig, obgleich es schwer hielt, für eine so große, nach modernen Prinzipien geschaffene Armee die erforderliche Zahl Offiziere auszubilden. Die Ergänzung des Offizierkorps geschieht jetzt nach deutschem Muster. Man greift nicht mehr auf Unteroffiziere zurück, vielmehr werden durchweg junge Leute herangezogen, die sich der Offizierslaufbahn widmen, aus Offiziersschulen hervorgehen und aus diesem Grunde auch eine genügende allgemeine Bildung besitzen. Die wichtigste Neuerung besteht jedoch in der Ausbildung von Reserveoffizieren; hierzu werden patriotisch gesinnte, wohlunterrichtete junge Leute ausgesucht, welche die militärischen Fachschulen besuchen. Das Ergebnis ist überaus zufriedenstellend. Diese neuen Offiziere unterscheiden sich nach kurzer Zeit in nichts mehr von aktiven Offizieren. Auf diese Weise wird der Truppe ein sehr wertvolles Element zugeführt.

Es ist viel von der großen Zahl deutscher Offiziere die Rede gewesen, die mit Kommandostellen in der türkischen Armee betraut sein sollen. Man hat arg übertrieben. Weit aus der Großzahl der Kadres bilden türkische Offiziere, und an früher eingestellten deutschen Offizieren weist das Heer nur sehr wenige auf, nämlich rund zweihundert. Dagegen sind sowohl dem Heer wie der Flotte mehrere deutsche und österreichische technische Missionen zugeteilt worden mit der Aufgabe, gewisse, in diesem Krieg unentbehrliche technische Dienstzweige neu zu schaffen oder zu verbessern. Allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz ist das Einvernehmen zwischen türkischen und fremden Offizieren ein vortreffliches; man braucht sie nur zusammen auf der Straße zu sehen, um sich von der unter ihnen bestehenden ausgezeichneten Kameradschaft zu überzeugen. Es ist das ein Verdienst von der Goltz Paschas, der es dank seiner vollkommenen Kenntnis des türkischen Charakters verstanden hat, solche gute Beziehungen herbeizuführen. Sie haben sich der gemeinsamen türkisch-deutschen Sache ungemein nützlich erwiesen. Man hat deshalb hier seinen Tod sehr bedauert; denn die Türken schätzten in von der Goltz einen aufrichtigen Freund ihres Landes, welcher demselben eine hervorragende Rolle im Weltkrieg zugewiesen hat.

Die türkischen Truppen machen auf dem Marsch wie im Manöver einen trefflichen Eindruck: das Aussehen ist echt soldatisch, die Haltung sehr gut, der Schritt ausgiebig und im Angriff verrät sich Ausdauer und Zusammenwirken. Was die türkische Armee bisher ausgerichtet hat, beweist übrigens nicht nur theoretisches, sondern praktisches Können. Anfänglich war sie lange nicht so tüchtig organisiert, wie jetzt; um den Gang der Ereignisse richtig zu würdigen, muß man erwägen, daß ungeheure eisenbahn- und beinahe wegeleere Strecken zwischen Konstantinopel, dem Mittelpunkt des Reiches wie der Verpflegung, und den verschiedenen Fronten liegen.

Die erste türkische Offensive zu Beginn des Jahres 1915 im Kaukasus endigte mit Mißerfolg und Rückzug, weil die dort kämpfende Armee noch nicht reorganisiert war und die neu ausgerüsteten Verstärkungen nicht rechtzeitig an der Front eintreffen konnten. Dann kam das gewaltige Unterfangen der Alliierten, die Dardanellen zu forcieren und Konstantinopel zu erobern. Die Mittel der Alliierten entsprachen der Bedeutung des Ziels, denn die Bezwingung der Dardanellen hätte einen ganz andern Verlauf des Krieges zur Folge gehabt. Nur wenige sahen den Ausgang dieses Unternehmens voraus, wußte man doch, daß die den Türken zur Verfügung stehenden Verteidigungsmittel den Vergleich mit den Angriffskräften nicht aushielten. Tatsächlich stand den von aller Welt abgegrenzten Türken moderne schwere Artillerie nur in ganz geringem Maße zu Gebot, auch war der Munitionsvorrat äußerst beschränkt, während die Alliierten alles zu dem Unternehmen Erforderliche überreichlich besaßen. Im Seeangriff, an welchem 40 Schiffe teilnahmen, wovon 17 mit einer Artillerie, deren Kaliber dem der Verteidigung überlegen war, fügten die alten Dardanellenforts der gegnerischen Flotte so gewaltige Verluste zu, daß die Alliierten von dem Unternehmen abstanden und nun den Versuch machten, sich der Dardanellen von der Landseite her zu bemächtigen. Die hierfür verwendeten Truppen gehörten zu den allerbesten und waren zudem sehr zahlreich; es gelang ihnen auch, auf dem Lande festen Fuß zu fassen, allein die heldenmütig sich verteidigende türkische Armee gebot ihnen Halt,

trotz des Mangels an modernen Geschützen und des notgedrungen nur sparsamen Gebrauchs von Munition. Sie hat dabei glänzenden Mut an den Tag gelegt; Beweis dafür sind sowohl die beträchtlichen eigenen Verluste als auch die weit größeren, die dem Gegner verurteilt wurden.

Nach der Herstellung einer direkten Verbindung der Türkei mit den Zentralmächten via Serbien zogen die Alliierten angesichts des Umstandes, daß ihnen nun die Türken infolge von Munitionszufuhr gewachsen wären, ihre Truppen zurück; seit dem Januar sah sich Konstantinopel wieder außer aller Gefahr, und anderseits wurden die türkischen Heere für andere Aufgaben frei. Später nahmen die Russen Erzerum und Trapezunt ein, weil ihnen nur schwache türkische Truppen gegenüberstanden und die von den Dardanellen kommenden Verstärkungen unmöglich an jener Front rechtzeitig eintreffen konnten; was sonst an Truppen verfügbar war, war zunächst zur Verteidigung von Konstantinopel bestimmt. Die erwähnten Verstärkungen besind sich jetzt an der Front; seit ihrem Anlangen ist das Vorrücken der Russen bekanntlich völlig zum Stehen gekommen. Der Hauptteil der zur Verfügung stehenden Truppen aber wurde nach Mesopotamien geschickt, das von weit größerer Bedeutung ist als der Kaukasus. Vom politischen Standpunkt aus ist Mesopotamien in bezug auf den politischen und wirtschaftlichen Einfluß auf Persien und Afghanistan in der Tat ausschlaggebend. Es liegt nicht weit von Indien; und durch Mesopotamien strebt Rußland einen Weg nach dem Persischen Meerbusen und England die Durchdringung des reichen Hinterlandes von Indien an. Mesopotamien stellt den einzig möglichen Verbindungsweg zwischen Europa und Indien dar. Wirtschaftlich betrachtet, ist es ein Gebiet von unvergleichlichem Reichtum; vom militärischen Standpunkt gewährt sein Besitz unschätzbare Vorteile, wie aus der vorstehenden Darlegung der politischen und wirtschaftlichen Faktoren zu sehen ist.

England hatte klar erkannt, welche große Bedeutung diesem Lande zukommt; aus diesem Grunde hatte es eine ansehnliche Truppenmacht dorthin entsandt, trotzdem dieselbe anderswo vielleicht ebenso nötig gewesen wäre. Im Dezember 1915 war man bis in die Nähe von Bagdad vorgerückt. Allein die Rechnung der Engländer erwies sich als falsch, wenn sie glaubten, die angrenzenden Araberstämme würden ihnen zu Hilfe kommen. Anfangs schien es zwar, als wollten diese Stämme mit ihnen gemeinsame Sache machen, schließlich aber wandten sie sich von ihnen ab, wodurch sich die Lage völlig änderte. Dessen ungeachtet ließ sich die Situation für die Türken schlimm an; kaum war die Bedrohung der Dardanellen abgewendet, so mußten sie die Hauptmacht aller verfügbaren Truppen nach Mesopotamien werfen, indem sie an der armenischen Front (bei Erzerum und Trapezunt) nur gerade so viele Streitkräfte beliehen, als unumgänglich nötig waren, um das Vordringen der Russen aufzuhalten; letzteres Ziel wurde erreicht, und der große Erfolg des türkischen Gros bei Kut-el-Amara ist bekannt.

Gegenwärtig ist demnach die militärische Lage für die Türken vorteilhaft; die Armee ist vollständig reorganisiert, und die Besorgnis, daß es an Waffen und Munition fehlen möchte, ist geschwunden; abgesehen von der Zufuhr seitens der Verbündeten, ist man jetzt in der Türkei vollkommen auf die eigene, reichliche Erzeugung von Munition eingerichtet. Bereits stehen eine ganze Anzahl Fabriken im Betrieb und überdies sind fast sämtliche erforderlichen Rohstoffe im Lande selbst zu haben, so daß die Türkei eine Munitionskrisis wie sie im Vorjahr bestand, nicht mehr zu befürchten braucht.

### Eine Unterredung mit Enver Pascha

Es wäre ungerade, von der türkischen Armee zu sprechen, ohne ihres Reorganisators zu gedenken, jenes Mannes, der sein Leben und seine ganze Kraft daran gesetzt hat, das Heer auf die derzeitige Höhe zu bringen. Als Enver Pascha aus Bengasi heimkehrte, wo er gegen die Italiener gefochten hatte, fand er die türkische Armee in verwahrlostem Zustande vor, just als sie im ersten Balkankriege den Rückzug nach Tschataldscha angetreten hatte. Bekanntlich hat dann eben diese Armee, welche einer neuen Niederlage entgegenzugehen schien, Bedeutsames geleistet; ihre Taten sprechen für das Wirken Enver Paschas bededter, als Worte es vermögen. Enver Pascha griff in dieser bösen Lage energisch ein. Da er sich davon überzeugen mußte, daß eine große Zahl Offiziere den Anforderungen der modernen Kriegsführung nicht gewachsen waren, verabschiedete er unverzüglich gegen 300 höchste und höhere Offiziere. Diese Abfügung trug ihm im Anfang heftige Anschuldigungen und bittere Feindschaft

die Menge ein, allein Enver hat die Genugtuung erlebt, daß man ihm schließlich recht gab; mehrere der entlassenen Offiziere haben ihm später selber ihre Einsicht loyal bezeugt, daß jene Maßregel vollauf begründet war. Man hat da und dort in Zeitungen zu lesen bekommen, daß Enver Pascha unter dem Eindruck der Drohungen seiner Gegner für sein Leben besorgt wäre und deshalb fast niemandem vorliehe, ja sich häufig sogar verborgen halten müsse. An alledem ist kein wahres Wort. Er geht im Gegenteil viel aus, folgt den Mandatvern, hält Truppenschau und nimmt gern und oft zu bestimmten Stunden Besuche entgegen. In dem mächtigen, mit reichen alten Waffen geschmückten Borsaal, wo ich darauf warten mußte, zur Audienz vorgelassen zu werden, konnte ich eine große Zahl von Leuten aller möglichen Stände feststellen, die Enver Pascha empfängt.

In ununterbrochener Folge kommen Militärabordnungen oder geschäftige Zivilpersonen; neben dem schwarzen Gesellschaftszug sieht man da arabische Scheichs in ihrer Heimatstracht, in weiten Mänteln und mit von Edelsteinen funkelnden Säbeln. Enver Pascha der außer den Hauptsprachen der Türkei geläufig französisch und deutsch spricht, macht auf jeden einen starken Eindruck. Er ist noch jung — er zählt erst 37 Jahre, sieht jedoch noch jünger aus —; er benimmt sich gemessen und sicher und geht mit seinen Besuchern sehr liebenswürdig um. Beim Anblick des energischen Kopfes begreift man den gewaltigen Einfluß, der von diesem frommen, ohne Wank an die Zukunft seines Vaterlandes glaubenden Manne auf seine Umgebung ausgeht.

Enver Pascha war in der Unterredung, die er mir gewährte, so entgegenkommend, mich rasch mit den Aufgaben der türkischen Armee im Weltkrieg bekannt zu machen. Alsdann spielte er auf die wichtige Rolle an, die der neutralen Presse zufällt, im besondern der Schweiz. Er preßte, die ihm wohlbekannt ist; effizienter Militärkritiker führte er sogar mit Namen an. Mit der Versicherung seiner Sympathie für die Schweiz entließ er mich und bewahrte nur, daß mein kurzer Aufenthalt in der Türkei mir nicht gestattet habe, die militärische Organisation seines Landes in ihrer Einzelheiten kennen zu lernen. „Sie können das ein andermal nachholen,“ mit diesen Worten schloß er die Audienz.

Noch geht der Krieg weiter, in welchem die Türkei eine hervorragende Rolle spielt; mit größter Sorgfalt ist die Armee organisiert worden und wo die Entscheidung harret; wann und wo diese fallen wird, muß die Zukunft lehren!

### Das Tabakmonopol in Serbien.

— Von unserem Korrespondenten. —

Belgrad, 9. Juli.

Als letzte von den die Monopolgegenstände betreffenden Verordnungen ist dieser Tage die Verordnung über das Tabakmonopol erschienen. Sie umfaßt Bestimmungen über die Erzeugung des Tabaks, über seine Uebernahme und Einlagerung, über die verbotene Produktion, über die Erzeugung für die Ausfuhr und die Durchfuhr des Tabaks, schließlich über den Verschleiß der Tabakfabrikate und über Strafen.

Wir werden noch Gelegenheit haben, im Laufe unserer weiteren Ausführungen die wesentlichen Bestimmungen dieser umfangreichen Verordnung hervorzuheben; vor allem wollen wir aber auf die Wichtigkeit der Tabakfrage in Serbien überhaupt hinweisen. Wichtig erscheint diese Frage aus mehreren Gründen: Erstens, weil das Tabakmonopol eine der ausgiebigsten Quellen des serbischen Staatshaushaltes bildet. Die daraus erfließenden Einnahmen haben im Jahre 1912 rund 19 Millionen Kronen betragen, dieselbe den Schlussrechnungen für das erwähnte Jahr entnommene Summe wurde auch ins Budget für das Jahr 1913 aufgenommen. Für das Jahr 1914 wurden aber im Budget insgesamt 28,000.500 Dinar präliminiert, wovon 20,000.500 auf das alte und 8,000.000 Kronen auf das im Balkankrieg eroberte neue serbische Gebiet entfallen. Inwiefern die faktischen Einnahmen auf dem neuen serbischen Gebiet dem Präliminare entsprechen hätten, ist schwer zu beurteilen, denn in diesen Gebieten hing viel von einer strammen Finanzkontrolle ab, da die dortige Bevölkerung noch aus Zeiten der türkischen Verwaltung gewohnt war, sich um die Monopolvorschriften nicht viel zu kümmern und den Tabakbau mehr als ihr Privileg, denn als Staatsmonopol zu betrachten.

Die Tabakbauverhältnisse sind in diesen Gegenden grundverschieden von jenen im alten Serbien, und da auch nur die Kreise Prijepolje, Novipazar und Mitrovica von diesen Gegenden dem österreichisch-ungarischen Verwaltungsgebiet angegliedert worden sind, so spielt das neuserbische Gebiet vom fiskalischen Standpunkt, den wir hier zuerst in Betracht ziehen, keine bedeutende Rolle. Von diesem Standpunkte ist es viel wichtiger festzustellen, in welchem Verhältnis der Tabakkonsum in dem heutigen österreichisch-ungarischen Okkupationsgebiet sich gegenüber dem Gesamtkonsum Altserbiens befunden hat. Interessante Aufschlüsse, die dadurch eine besondere Aktualität gewinnen, als noch eine große Anzahl von Tabakverschleißern in Serbien zu vergeben ist, bietet uns in dieser Hinsicht ein Konkursauschreiben der serbischen Monopolverwaltung betreffend die Vergebung der Großverschleißer für die Zeit vom 1. Mai 1914 bis Ende April 1917, in welchem der Wert der in einzelnen Kreisen verkauften Tabakfabrikate folgendermaßen angegeben erscheint:

Kreis	Im Jahre			Zusammen 1910-1912
	1910	1911	1912	
Belgrad	1,042.000	1,098.000	1,215.000	3,355.000
Baljevo	1,103.000	1,206.000	1,313.000	3,622.000
Kragujevac	1,180.000	1,212.000	1,284.000	3,656.000
Krusevac	582.000	624.000	720.000	1,926.000
Sabac	1,512.000	1,643.000	1,737.000	4,892.000
Gornji Milanovac	371.000	396.000	447.000	1,214.000
Smederevo	1,006.000	1,064.000	1,111.000	3,181.000
Uzice	522.000	503.000	568.000	1,593.000
Cacat	630.000	671.000	730.000	2,031.000
Belgrad Stadt	2,240.000	2,251.000	2,279.000	6,770.000
Zusammen	10,168.000	10,668.000	11,404.000	32,240.000

Es sind hier nur jene Kreise aufgezählt worden, welche gegenwärtig unter österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehen, wobei der Ertrag für den Kreis Belgrad-Stadt, für den kein Konkurs ausgeschrieben worden ist, auf die Weise ermittelt worden ist, daß der Ertrag aller serbischen Kreise, die Stadt Belgrad ausgenommen, von dem Gesamtertrag Serbiens, wie er aus den staatlichen Schlussrechnungen für ganz Serbien ersichtlich ist, abgezogen wurde. Da nun die Gesamteinnahmen Serbiens von Tabakmonopol betragen haben im Jahre

	1910	1911	1912	Zusammen 1910/12
und auf das z. u. z. Okkupationsgebiet entfallen	16,530.000	17,440.000	18,923.000	52,893.000
	10,168.000	10,668.000	11,404.000	32,240.000

so ist das Verhältnis des Tabakkonsums auf dem Okkupationsgebiete gegenüber dem Gesamtkonsum mit 32,240.000 gegen 52,893.000 ausgedrückt. Es entfielen also auf das österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet rund 61 Prozent des Wertes des ganzen serbischen Tabakkonsums. Im gleichen Verhältnis blieb auch der Konsum nach der Quantität, da von dem Gesamtkonsum (1912) im Betrage von 950.615 Kilogramm auf das Okkupationsgebiet rund 580.000 Kilogramm kamen. Nach dem gleichen Schlüssel dürfte demgemäß auch die auf das Okkupationsgebiet entfallende Quote des Reinertrages berechnet werden, welcher für ganz Serbien im Jahre 1910 12,375.272 Dinars, im Jahre 1911 13,197.297 Dinars und im Jahre 1912 13,170.970 Dinars, also im dreijährigen Durchschnitt 12,881.180 Dinars betragen hat. Diese Zahlen geben nun ein beiläufiges Bild von der Wichtigkeit des Tabakmonopols für die Finanzen der okkupierten Gebiete, wobei freilich einerseits in Betracht zu nehmen sein wird, daß die Konsumkraft der heimischen Bevölkerung infolge der verminderten männlichen Bevölkerung stark gesunken ist, andererseits aber wird man den Konsum der Besatzungstruppen, sowie auch die verhältnismäßig höheren Tabakpreise in Rechnung ziehen müssen. Schließlich entfallen auch die unmittelbaren Regiekosten, da laut der oben erwähnten Verordnung über das Tabakmonopol der Großverschleiß der Tabakfabrikate kontraktlich provi-

siert an die Ungarische Bank und Handelsaktiengesellschaft in Budapest überlassen worden ist, welche verpflichtet wurde, dafür zu sorgen, daß jederzeit genügende Mengen von Tabakfabrikaten im Okkupationsbereiche vorhanden seien. Dieselben können sowohl von der k. k. österreichischen, wie auch von der kön. ungarischen und bosnisch-herzegovinischen Tabakregie bezogen werden. Da sowohl in Oesterreich, wie auch in Bosnien ein großer Tabakmangel herrscht, gelangen vorläufig jedoch nur ungarische Fabrikate zum Verkauf.

Die Ungarische Bank und Handelsaktiengesellschaft ist ferner verpflichtet, im Sitze eines jeden Kreiskommandos Großverleiher zu errichten, während die Bewilligung zum Kleinverschleiß von den zuständigen Kreiskommandos und in der Stadt Belgrad vom Bezirkskommando erteilt wird. Dem Kleinverschleißer gebührt für den Verkauf der Tabakfabrikate eine Provision in der Höhe von 10 Prozent des für die Konsumenten bestimmten Verkaufspreises, welche beim Bezuge der Ware aus dem Großverschleiß abgezogen ist, während der dem Großverschleißer gebührende Prozentsatz der freien Vereinbarung zwischen der Zentralleitung und dem letzteren überlassen ist. Bei der serbischen Monopolleitung variierte dieser je nach der Konsumkraft des betreffenden Kreises zwischen 1-22 Prozent und 2-65 Prozent, während die Provision der Kleinverschleißer in den meisten Kreisen sechs und in einigen acht Prozent betrug.

In volkswirtschaftlicher Hinsicht wären besonders folgende Bestimmungen der Tabakmonopolverordnung hervorzuheben: Der Tabak wird im Lande für das staatliche Monopol erzeugt, und zwar ausschließlich nur auf jenen Gebieten, von denen man aus Erfahrung weiß, daß der auf ihnen produzierte Tabak von guter Qualität ist. Diese Gebiete werden mit besonderer Rundmachung bekanntgegeben. Auch in diesen wird der Tabakbau nur dann gestattet, wenn so viel Pflanzler angemeldet sind, daß wenigstens 50.000 Kilogramm Tabak geerntet werden. Ueberdies muß in den Kreisen, in denen der Tabakbau zulässig ist, jede einzelne Gemeinde so viel Pflanzler anmelden, daß auf dem Gemeindegebiete zumindest fünf Hektar mit Tabak bebaut werden. Ein Pflanzler muß wenigstens 20 Ar dem Tabakbau widmen. Ein einzelner Pflanzler darf eine Fläche bis zu einem Hektar, eine Hauskommunion bis zu drei Hektar mit Tabak bebauen. Jeder Tabakpflanzler hat die Verpflichtung, innerhalb eines Zeitraumes von ein bis drei Jahren einen Tabaktrockenschuppen zu errichten und muß die Ernte bis zum letzten Blatt abliefern. Den Tabakfamen liefert das Militärgeneralgouvernement auf Wunsch des Pflanzlers unentgeltlich.

Von besonderer Wichtigkeit erscheinen aber die Bestimmungen der Verordnung, welche sich auf den Tabakhandel beziehen. Laut § 84 der Verordnung wird das Militärgeneralgouvernement „dafür sorgen, für den Export serbischen Tabaks günstige Absatzgebiete zu schaffen und diese Tabake derzeit in unverarbeiteterem, späterhin in verarbeiteterem Zustande zu veräußern“. „Das k. u. k. Militärgeneralgouvernement behält sich vor, die in seinem Gebiete produzierten Tabake entweder unverarbeitet zur Gänze in das Ausland zu verkaufen, oder ganz, eventuell zum Teile für die später zu errichtende Inlandfabrikation zu reservieren.“ (§ 85.) Für die Ausfuhr serbischen Tabaks wird kein Zoll eingehoben.

Wie bereits aus diesen Bestimmungen ersichtlich, besteht die Absicht, in späteren Zeiten eine eigene Tabakfabrik zu errichten, und das Gouvernement behält sich im § 90 der Verordnung vor, diesbezügliche Anordnungen später zu erlassen. Vorläufig kann freilich von einer Verarbeitung der heurigen Ernte im Lande selbst keine Rede sein, so daß der Tabak hier höchstens den Fermentationsprozeß durchmachen könnte, da die serbischen Tabakmagazine in Uzice ziemlich unbeschädigt sind, während man in Krusevac eine Trockenanlage errichten könnte. Der schöne Erfolg jedoch, den die Tabakbauaktion des Gouvernements bereits in der ersten Saison aufweist und über den im „Pester Lloyd“ bereits berichtet worden ist, läßt hoffen, daß die Tabakproduktion auch fernerhin ein wichtiger Erwerbszweig der Bevölkerung sein wird, so daß dieselbe nicht nur den eigenen Bedarf des Landes, dessen, sondern auch ansehnliche Mengen für den Export liefern dürfte. Dies umso mehr, als mit der Angliederung der neu serbischen Kreise Prijepolje, Novipazar und Mitrovica sich zu den bisherigen tabakbauenden Kreisen Uzice und Krusevac neue tabakerzeugende Gebiete gesellen.

Nach serbischen Quellen soll die Tabakproduktion in den neu serbischen Gebieten insgesamt fünf bis acht Millionen Oka (1 Oka = 128 Kilogramm) betragen, und wenn auch der größte Teil dieser Produktion auf das bulgarische Okkupationsgebiet entfällt, so muß andererseits wieder festgestellt werden, daß in der einstigen europäischen Türkei überhaupt von allen Kulturen die Tabakkultur als die rentabelste noch am meisten entwickelt war. Der Tabakbau datiert in diesen Gegenden auf vier Jahrzehnte zurück und ist aus seinen unansehnlichen Anfängen durch die Tabakexporteure aus Saloniki zur Blüte gebracht worden, welche an die Bevölkerung Tabakfamen aus Kavala, Drama, Kanthi usw. verteilten und sich viel daran gelegen sein ließen, die Pflanzler in der richtigen Behandlung der Tabakpflanze zu unterrichten. Die türkische Regierung hatte gegen diese Aktion der Exporteure nichts einzuwenden, aber die laxen Handhabung der Tabakbaubestimmungen brachte es mit sich, daß sich der besten Tabakqualitäten die Schmuggler bemächtigten, wie auch das Gros der Bevölkerung selbst an den Schmuggel gewöhnt ist. Unter entsprechenden Kontrollmaßnahmen dürften aber auch die unter österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehenden Teile des neu serbischen Gebietes eine größere Menge sehr guten Tabaks liefern. Da vorauszusetzen ist, daß sich

## Kriegstagung des Reichstages. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 11. Juli.

Das Abgeordnetenhaus nahm heute aus einer Erklärung des Ministerpräsidenten, die einem Ansuchen des Abgeordneten Stefan Rakovszky entsprach, die fröhliche Kunde entgegen, daß das Haus doch seine Sommerferien haben wird. Das Abgeordnetenhaus wird nur mehr die kleinen Vorlagen, die eine Debatte größeren Stils nicht erwarten lassen, verhandeln und dann bis 9. August in die Ferien gehen.

In der heutigen Nachmittagsitzung wurde weiter über die Kriegsgewinnsteuervorlage beraten. Nach einer stark sozialistischen Rede des Abgeordneten Gießwein sprachen noch Abgeordneter Graf Moriz Esterházy, der, wie gewöhnlich, geschmackvoll die Schranken der sachlichen Debatte beobachtete, und Abgeordneter Ernst Bródy, der in seinen Ausfällen gegen die Hochfinanz sich vielfach von der Leidenschaft des Volksredners über die Grenzen der parlamentarischen Rhetorik hinaus hinreißen ließ.

### Der Verlauf der Sitzung.

In der Nachmittagsitzung erklärt

Abgeordneter Stefan Haller,

daß man die Aktiengesellschaften zumindest mit einer so hohen Steuer belasten müsse, wie sie für die natürlichen Personen vorgesehen ist. Den Entwurf lehnt Redner ab.

Abgeordneter Alexander Gießwein

bemängelt, daß sich auch der vorliegende Gesetzentwurf an das österreichische Beispiel anlehnt, anstatt ein wirklich demokratisches Kriegsteuergesetz zu schaffen. Dieser Entwurf begünstigt die Aktiengesellschaften, die einzigen Organisationen, die durch den Krieg nicht leiden, die Familien-Aktiengesellschaften, die außer dem Kriegsgewinn auch ihren Mitgliedern Befreiung vom Kriegsdienste schaffen. Für die kapitalistischen Interessen bluten Hunderttausende, jetzt will man dem Kapital noch mehr Vorrechte einräumen. Durch die Kriegsteuer müßte man die unverhältnismäßig großen Einkommen der Kriegskonjunktur dem Staate zurückführen. Wenn man dem Kapital nicht den Krieg erklärt, wird der Krieg auf Erden nimmer aufhören. Auch in den Parlamenten der feindlichen Länder hört man ernste Proteste gegen den Krieg. Der Kapitalismus sei eine internationale Verbindung, der wir zum guten Teil den Krieg verdanken. Aber in England, ja selbst in dem besangenen Frankreich scheint bereits die Erkenntnis zu dämmern, der psychologische Moment sei endlich gekommen, in dem die Völker Europas einander zu verstehen beginnen. Die Erhöhung der Steuerlasten auf Kosten der minder Vermögenden sei schreiendes soziales Unrecht. Er fordert ein wirklich demokratisches einheitliches Wahlrecht, das sei die einzige Panazee auch gegen die Steuerübel. Die Regelung der Invalidenfrage sei ungenügend, es müsse da weit höherer vorgegangen werden. Auch hinsichtlich der Fragen der Volkshygiene und des Unterrichts geschehe zu wenig, selbst in Ansehung des Krieges zu wenig. Die Deckung der ungeheuren Kosten, die uns harren, müsse ja freilich im Besteuerungswege bewerkstelligt werden, aber diese Steuern müssen billig bemessen und von der ganzen Nation gleicherweise getragen werden. Diese Billigkeit vermisse Redner in der Vorlage, daher lehne er sie ab und schließe sich in allem dem Antrage Földes an.

Abgeordneter Graf Moriz Esterházy

bemängelt es, daß die Vorlage Einkommen von ganz verschiedener Natur hinsichtlich der Steuerbemessung parifiziere, dagegen dort, wo gleichmäßiges Vorgehen geboten scheine, Unterschiede mache. Wieviel Steuer man eigentlich werde zahlen müssen, stelle nicht diese Vorlage fest, sondern dies sei auf Grund ihres § 28 der Willkür des jederzeitigen Finanzministers anheimgestellt. Redner verweist auf gewisse sinnstörende Stellen in der Vorlage und führt Beispiele dafür an, zu welchen Anomalien es führen könne, daß die Steuervorlage in der Natur der Einkommen nicht distinguere. So würde sich zum Beispiel der Fall begeben, daß die Diäten der im Felde stehenden Abgeordneten im Sinne der Vorlage als — Kriegsgewinn besteuert werden müßten, da die Abgeordneten doch auch als Offiziere Bezüge haben. Redner bemängelt das Anlegen der geheimen Reserven und wundert sich, wie dies gebildet werden könne. Auf die bezüglichen Ausführungen des Abgeordneten Hantos reflektierend, fragt er, warum eine Reserve für die Volkswirtschaft nützlich sein solle, solange sie geheim sei, und schädlich, sobald sie nicht geheim ist. (Heiterkeit.) Es gebe ganz bestimmt verheimlichte Kriegsgewinne, die aber wirklich geheimer sind als die geheimen Reserven und überhaupt nie würden besteuert werden können. Er führt einzelne Beispiele namentlich an und fragt, warum die betreffenden nicht aus ihren geheimen Reserven ein Zurückgehen der Preise ermöglichen wollen. Redner habe seit acht Monaten dreimal in Sachen der Einheitspreise interpelliert, ohne eine Antwort

erhalten zu haben. Die Vorlage sei aus zwei Ursachen ungerecht: erstens weil sie parifiziere, zweitens weil die Steuerzahler nicht gleich gerecht behandelt würden. Redner schließt sich dem Antrage des Abgeordneten Földes an und vollzieht die ihm in der Konferenz der oppositionellen Parteien am 3. Juli erteilte Vertrauung, in Angelegenheit der Heereslieferungen von der Regierung Aufklärung zu verlangen. Er unterbreitet folgenden Beschlusstrag:

Das Haus weise die Regierung an, über die Partizipationsquote Ungarns an den Heereslieferungen Aufschluß zu erteilen.

Abgeordneter Ernst Bródy:

Heute, wo wir über die Kriegseinkommen so viel sprechen, wäre es angezeigt, auch über die durch den Krieg verursachten Verluste nachzudenken, über das Schicksal derjenigen, die von dem Kriegsschauplatz hierher in gänzlich veränderte, neue Verhältnisse zurückkehren werden. Diesen Kriegsgeschädigten muß man helfen, der Staat wird seine sozialen Pflichten erfüllen müssen. Wir sehen aber nur, daß das Kapital begünstigt wird; diese Vorlage bedeutet die Bevorzugung des Großkapitals gegenüber den kleineren Aktiengesellschaften und allen anderen Kategorien der Steuerträger, die unter dem Kriege zu leiden hatten. Wie es scheint, kennt das Aerar nur den Großbanken gegenüber soziale Pflichten. Dies geht aus den ziffermäßigen Daten, die man aus allen Bilanzbilanzen entnehmen kann, klar hervor. Redner führt Beispiele an, um zu beweisen, daß die natürlichen Personen unverhältnismäßig höher besteuert werden als die zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen. Die Teuerung ist immer bedrückender, unerträglicher, die Klagen werden lauter und lauter; die Unternehmungen, die sich mit der Herstellung der Elementarbedürfnisse beschäftigen, veröffentlichen glänzende Geschäftsberichte und erhalten dazu noch immer Subventionen vom Staate. Tuchfabriken, Dampfmühlen, Eisenwerke, Schuhfabriken verbuchen unerhörte Summen als Reserven, trotzdem verzinst sich das Aktienkapital mit 50 bis 85 Prozent. Während des Krieges verdoppelten sich die Kurse der Mühlenaktien. Die Kartelle und Konzerne müßten den größten Teil der Kriegsgewinne dem Staate in der Form von Kriegssteuern zurückzahlen, durch den in Verhandlung befindlichen Gesetzentwurf wird das gewiß nicht erreicht. Gegen die ungarische Mittellasse ist diese Kriegsteuervorlage gerichtet, die blutet, opfert, leidet, nur damit das Großkapital geschont werde. Als Mensch, als Bürger, als Soldat kann er das nicht dulden, er muß gegen den Mißbrauch protestieren. Die Regierung läßt sich von der Sorge, wie die Millionen zur Arbeit zurückgeführt werden sollen, nicht stören, sie sorgt nur für den Profit der Großbanken. Dieser Gesetzentwurf zieht den armen Menschen die Haut ab, die Großbanken gehen dabei frei aus. Die Vorlage lehnt Redner ab und nimmt die Resolution des Abgeordneten Béla Földes an. (Lebhafte Zustimmung links.)

Die Debatte wird abgebrochen.

Kultus- und Unterrichtsminister Béla v. Jantovich unterbreitet einen Bericht über die im Jahre 1915 gegen nichtstaatliche Volksschullehrer eingeleiteten Disziplinarverfahren.

Der Bericht wird an den Unterrichtsausschuß geleitet.

Das Interpellationsbuch wird verlesen. Außer den bereits in unserem Abendblatt veröffentlichten Interpellationen hat auch Abgeordneter Wilhelm Básonyi eine Interpellation in Angelegenheit der Sperrfunde der Kaufleute eingetragen.

Präsident Paul v. Beöthy

beantragt, die nächste Sitzung morgen vormittag zu halten und auf deren Tagesordnung die Fortsetzung der Verhandlung des Gesetzentwurfes über die Kriegsgewinnsteuer zu setzen.

Abgeordneter Stefan Rakovszky

nimmt den Tagesordnungsantrag des Präsidenten an, doch beantragt er im Namen der Opposition, das Haus möge nach Erledigung dieses Gesetzentwurfes nur die kleineren Steuergesetze, wie die Gesetzentwürfe über die Abänderung und Ergänzung einzelner Verfügungen der auf die Spiritussteuer bezüglichen Gesetze, über die Abänderung einzelner Verfügungen der auf die Stempel und Gebühren bezüglichen Gesetze, über die Abänderung der nach dem importieren Tabak und der Tabakforten zu bezahlenden Gebühren, sowie den Gesetzentwurf über die neuerliche Verlängerung der Mandate der Municipalbeamten in Verhandlung ziehen. Nach Erledigung dieser Vorlagen möge sich das Haus bis zum 9. August vertagen. Die Opposition gibt zugleich die Erklärung ab, daß sie die übrigen Steuergesetzentwürfe, die erst nach dem obenerwähnten Termin verhandelt werden sollen, im Prinzip billigt, denn sie will nicht verhindern, daß die vermögende Klasse nicht besteuert werde. Nur in einzelnen Details herrscht Meinungsverschiedenheit, doch hält die Opposition es für wünschenswert, daß mit Rücksicht auf die Erntearbeiten jetzt eine Pause in den Beratungen eintrete. (Zustimmung.)

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza

will mit Rücksicht auf die vorgebrachten Argumente und namentlich auf den Umstand, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen es im eminenten Interesse des Landes liegt, daß die Erntearbeiten, die ohnehin jetzt größeren Schwierigkeiten begegnen als sonst, ungestört erledigt werden, und mit Rücksicht auf die prinzipielle Erklärung, die auf der Seite der Mehrheit mit Beruhigung entgegengenommen wird, dem Antrag des Abgeordneten Stefan Rakovszky zustimmen. (Beifall.)

Präsident Paul v. Beöthy

beantragt, daß das Haus morgen, wenn die Tagesordnung bis hin nicht erledigt sein sollte, um 6 Uhr auf die Entgegennahme der Interpellationen übergehen soll. (Zustimmung.)

Nach Authentifikation des Protokolls wird die Sitzung nach 8 Uhr geschlossen.

## Der Senat und das Kabinett Briand

(Von unserem Korrespondenten)

§ Paris, 10. Juli.

Als sich Briand, nachdem er den Plaz Vivianis eingenommen hatte, am 3. November 1915 den Kammern vorstellte, verlangte er kein unbedingtes Vertrauen und meinte, man solle ihn nach seinen Akten beurteilen. Damals war alles im Wurse. Noch wußte man nicht, was aus der Expedition nach Saloniki werden wolle. Briand konnte nur ankündigen, daß man mit den Engländern über das Vorgehen im Balkan einig sei, und jedermann wußte, daß die Einigkeit nicht ohne Schwierigkeit zustande gekommen war. Briand hatte das Schlagwort von der gemeinsamen Aktion auf der einzigen Front geprägt. Aber die Verwirklichung der Einheitlichkeit der Handlung ging langsam vor sich, so daß viele Kreise ungeduldig wurden. So hatte Briand mehr als einmal gegen eine starke Opposition anzukämpfen. Es erhoben sich die Gegner der Expedition nach Saloniki, man kritisierte die Leistungen der Fabriken. Besonders die Senatskommission für Heeresangelegenheiten, deren Vorsitzender nach dem Uebergang von de Freycinet ins Ministerium Clémenceau geworden war, barg ein ganzes Nest einflussreicher Oppositionsmänner, wie Clémenceau, Pichon, Debierre, Doumer, Humbert, Béranger. Nach acht Regierungsmonaten ist es nun zum ersten Male sowohl in der Kammer wie im Senat zu einer erschöpfenden Aussprache gekommen; Abgeordnete und Senatoren konnten hinter verschwiegenen Mauern einen Ueberblick über das ganze Werk Briands gewinnen. Das Ergebnis ist, daß die Kammer mit 440 gegen 97, der Senat mit 251 gegen sechs Stimmen der Regierung das Vertrauen ausgesprochen hat. Die Geheimisungen, gegen die sich die Gemäßigten und Reaktionen in der Presse so gewehrt hatten, haben zu einer Stärkung der Regierungsautorität geführt. Zugleich aber auch zu einer Verteilung der Verantwortlichkeiten. Beide Kammern haben in voller Kenntnis der Sachlage, die ihnen nur in Geheimisungen werden konnte, die Handlungen der Regierung beurteilt und gutgeheißen und so die Verantwortung dafür mitübernommen.

Die Kammer hat sieben, der Senat sechs Tage geheim getagt. Wie in der Kammer, so sind auch im Senat die Gegner der Regierung reichlich zu Wort gekommen. Besonders Clémenceau scheint eine große rednerische Anstrengung gemacht zu haben, blieb er doch seinen Lesern zwei Tage hindurch seinen Artikel schuldig, was bis jetzt nur vorkam, wenn er krank oder von Paris abwesend war. Briand scheint mit großem Erfolg geantwortet zu haben. Die Senatoren, die am Sonntag abend um 6 Uhr aus der Sitzung in die Wandelgänge kamen, die der Presse soeben wieder geöffnet wurden, waren ganz begeistert und konnten das staatsmännische Talent des Ministerpräsidenten nicht genug rühmen. Als die öffentliche Sitzung gegen 7 Uhr eröffnet wurde, zeigte das sonst so ruhige Haus große Bewegung. Der Präsident Dubost verlas der Reihe nach die vier Tagesordnungen. Die erste ist von dem Radikalen Debierre unterzeichnet und besagt, daß der Senat fest an der Kontrolle des Parlaments bei der Armee hänge und entschlossen sei, sie so mit der Beihilfe der Regierung auszuüben, daß sie rasch und wirksam sei. Eine zweite Tagesordnung des Radikalen Steeg betont ebenfalls die Notwendigkeit der Kontrolle und billigt die Erklärungen der Regierung. Die dritte Tagesordnung des Radikalen Bepmale schlägt ähnlich wie die Tagesordnung der Kammer die Ernennung einer „direkten Delegation“ zur Kontrolle vor. Die vierte Tagesordnung ist die Einigungstagesordnung der Mehrheit der Senatsgruppen. Ihr Verlesen wird im Senat mit lebhaftem Beifall begrüßt. Und der Beifall verstärkt sich noch, als Ministerpräsident Briand erklärt, daß die Regierung nur die Einigungstagesordnung annehme, die ihr die nötige moralische Autorität für ihr verantwortungschweres Amt gebe.

Diese Tagesordnung stellt fest, daß unter dem doppelten Impuls der parlamentarischen Kontrolle und der Regierungstätigkeit in der Vorbereitung der Offensiv- und Defensivmittel der Armee auf industriellem und landwirtschaftlichem Gebiete große Fortschritte erzielt worden sind; sie drückt der Regierung das Vertrauen des Senates aus, daß sie gestützt auf die Erfahrung und die Lehren der Vergangen-

heit ihre gesetzmäßige Autorität auf alle Organe der Landesverteidigung ausübe und alle ihre Energie anwende, um die Kriegsleitung zu stärken. Sie verzeichnet mit Befriedigung die Resultate, die dank der notwendigen Koordination der Anstrengungen von Frankreich und seinen Alliierten erreicht worden seien. Der Senat zählt auf die Regierung, daß unter der Mitarbeit der Kammern und der großen parlamentarischen Kommissionen, deren permanente Kontrolle unerlässlich sei, sie alle Maßnahmen treffen werde, die die Stunde des Sieges näherrücken. Die öffentlichen Gewalten, die Armee und die Nation seien angesichts des Feindes innig vereint. Auch der Gruß an die Armeen zu Land und zu Wasser fehlt nicht. Die Kammer hatte die Chefs nicht besonders erwähnt; der Senat tat es. Wichtiger als dieser rein äußerliche Unterschied ist, daß der Senat auf die Einrichtung einer besonderen Kontrollbehörde verzichtet hat und die Kontrollarbeit der Missionäre der Kommissionen für genügend hält.

Nach dem Verlesen der Einigungstagesordnung zieht Bepmale die seine zurück. Debierre erklärt, seine Tagesordnung unter der Bedingung zurückziehen zu wollen, daß hinter den Passus über das Vertrauen die Worte „und bedauert die Fehler der Vergangenheit“ gesetzt werden. Da aber der Senat ein Amendement Mougéot, das jeden Zusatz ausschließt, erheblich erklärt hat, erklärt der Präsident, den Antrag Debierre nicht annehmen zu können. Man stimmt darauf über den Vertrauenspassus ab, der mit 256 gegen 6 Stimmen angenommen wird. Die gesamte Tagesordnung wird mit derselben Stimmenverteilung angenommen. Gegen die Regierung stimmten Clémenceau, Pichon, Reymonenq, Murat, Debierre, Guingand. Debierre und Pichon erklärten, daß sie gegen die Tagesordnung gestimmt hätten, weil man ihnen nicht erlaubt habe, Vorbehalte über begangene Fehler zu machen. Aus der Zusammensetzung der kleinen Opposition ersieht man, daß einige markante Persönlichkeiten, die noch vor wenigen Wochen gegen das Kabinett waren, fehlen: unter ihnen Doumer, Béranger und Charles Humbert. Sie haben für die Regierung gestimmt.

## Kriegsziele und auswärtige Politik.

Von unserem Vertreter.

W. Berlin, 10. Juli.

Wenn die uns übelgesinnte Welt guten Willens wäre, müßte ihr nachgerade klar geworden sein, daß die Mittelmächte wirklich mit keinem anderen Kriegsziel in den Kampf eingetreten sind, als dem, ihr Dasein zu behaupten gegenüber dem sich von Jahr zu Jahr enger und drohender zusammenschließenden Ring ihrer Rivalen und Hasser. Während draußen das ungeheuerlich blutige Ringen an allen Fronten seinem entscheidenden Höhepunkt zuschreitet — wird es schon die Entscheidung bringen? wir hoffen es, aber wir wissen es nicht —, muß sich die deutsche Reichsleitung verteidigen gegen den schweren Vorwurf, daß auch heute noch dies ursprüngliche, scheinbar rein negative Kriegsziel für sie keine positive, feste Gestalt angenommen habe. Paul Lindau hat einmal von den Leuten gesprochen, die von der Ehe nur die Küttelwochen, von den Spargeln nur die Köpfe lieben. So gibt es auch Leute, die in

den Küttelwochen des Krieges sich an der rauschenden Musik des Auszuges und an klingenden Leitartikeln trunken machten, die aber später, wenn die Nerven jene heroische Probe des Durchhaltens ablegen sollen, unsicher werden an sich selbst und jene Hochspannung der ersten Zeit dadurch glauben ersetzen zu müssen, daß sie an unzeitigen Zukunftsbildern sich berauschen und nur noch aus ihnen den Ansporn zum Tragen der täglichen Opfer gewinnen, statt aus der unverändert großen Gegenwart jeden Tages und seiner gewaltigen Aufgaben. Auf diese Art ist der unselige Streit entstanden über Vertrauen oder Nichtvertrauen zur Reichsleitung, ob dies Vertrauen blind sein müsse, wie etwa das zu Hindenburgs bewährter Kraft, oder ob es erst beantragt werden dürfe, nachdem wir uns in aller Öffentlichkeit über die Einzelheiten des Friedensschlusses und seiner Eventualitäten unterhalten hätten — zum Ergötzen, zur Anspornung unserer Feinde.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat den Drängern und Treibern öffentlicher Kriegszielbindung entgegengerufen: Erst schlagen, dann fragen! Aber mit solchem „Schlag“-Wort in des Wortes wörtlichster Bedeutung richtet man nichts aus, wie uns denn die ganze Tat, sich in einen offiziellen Disput mit doch nur allgemein bleibenden Wendungen einzulassen, dem Ansehen der Reichsleitung nicht förderlich scheint. Was der Kanzler zu sagen hatte, hat er in seiner letzten Reichstagsrede gesagt. Will er jedem, der ihm für zu gewöhnliches Vertrauen Bedingungen stellt, persönlich erwidern, ihm bliebe zu Besseren keine Zeit. Als verantwortlicher Leiter der Reichspolitik kann und darf er die Ziele, Pläne und Eventualerwägungen dessen, was er Realpolitik nennt, nicht der Öffentlichkeit preisgeben. Er sitzt also auf diesem Boden doch nur mit stumpfen Waffen. Handeln ist da die einzige Antwort.

Wir müssen noch weiter gehen. Schon kürzlich sprachen wir aus, daß wir mit jedem über Kriegsziele reden wollen, der uns das Ende des Krieges mit Wahrscheinlichkeit zu zeigen vermag. Zwei Sätze sind unanfechtbar: Dieser Krieg ist ein Erschöpfungskrieg, und dieser Krieg wird nur dort entschieden, wo der Hauptfeind steht: im Westen. Im Westen aber haben wir zwei Feinde, das scheint vielfach übersehen zu werden. Ist einer von ihnen am Ende, so fällt der andere von selbst. Wen aber dürfen wir hoffen, eher zu erschöpfen, den Reiter oder sein Pferd, England oder Frankreich? Die Antwort ist nicht schwer. Daß wir aber, wenn das Pferd

zu trauern beginnt, auch nach dem Reiter zielen werden, um ihn zu hindern, das Pferd noch einmal wieder hochzureißen, ist ebenso sicher, und wir hegen nicht die geringste Besorgnis, daß wir auch ihn am Lebensnerv zu treffen wissen, wenn es an der Zeit ist. Im übrigen aber, um das Bild zu verlassen, wenn wir nach Westen schauen, auf die Entscheidung, die dort reist, wenn wir festhalten, was dort auf dem Spiele steht, wenn wir vor allem stets im Auge behalten, was der Sinn der Generaloffensive ist, die jetzt zur Rettung Frankreichs aus höchster Not unternommen, ja erzwungen wurde, und zwar erzwungen von den Franzosen selbst, und wenn wir uns dann fragen, wie ein Ende dieses Krieges überhaupt eingeleitet werden kann, — so verstehen wir durchaus, daß der verantwortliche deutsche Staatsmann den Zeitpunkt für höchst ungeeignet hält, selbst die Peitsche zu nehmen, das Pferd anzutreiben, anzustacheln, seine letzten Kräfte zum Widerstande zu beleben, und dadurch nur — dem englischen Reiter zur Hilfe zu kommen. So jedenfalls fassen wir das auf, was als eine „rein negative Formulierung der Kriegsziele nach Westen“ bekämpft wird, wobei wohl weniger das Kriegsziel als die Kriegführung selbst zurzeit den Ausschlag gibt.

Man wird einwenden, daß trotz alledem die Besorgnisse der konservativen und auch eines großen Teiles der nationalliberalen Kreise nicht so ohne allen Grund entstanden sein können. Das ist auch unsere Meinung. Wir sehen dabei völlig ab von den innerpolitischen wie vor allem von den persönlichen Gegensätzen und Antipathien, die zwischen Bethmann Hollweg und den Konservativen einerseits, einzelner nationalliberaler Persönlichkeiten andererseits bestehen, obwohl sie viel zum Gesamtbild beitragen, da sie schwerlich überbrückbar sein werden. Um die Person des Kanzlers handelt es sich hier im Grunde aber überhaupt nicht, sondern um unsere ganze auswärtige Politik. Und da ist ohne Zweifel festzustellen, daß manche Kreise, die in der Frage der Kriegsziele durchaus nicht mit den alldeutschen Fanatikern verwechselt werden möchten, und die auch gar nicht daran denken, etwa den Kanzler zu stürzen, sich doch des Eindrucks nicht erwehren können, daß unsere auswärtige Politik unter einem gewissen Mangel an offensivem Geist leidet, unter einem Mangel an großzügiger, charakterstarker und überlegener Art, als wenn man sich allzuoft begnüge mit defensiven Erfolgen und mit der Anwendung der üblichen diplomatischen

Hausmittelschen. Hier wird in der Tat von vielen vermist, daß unsere Diplomaten (nicht dem Volke, wie die „Kreuzzeitung“ sagt), wohl aber den mitverantwortlichen geistigen Führern des Volkes „große Ziele“ zeige und sie zur Mitarbeit beriefe. Kurzum, nicht die Kriegsziele als geographischer Begriff bildet den Gegenstand der Sorge. Die Sorge vieler bezieht sich vielmehr auf die Frage, ob der ganze Apparat unserer auswärtigen Politik wirklich von einem überlegenen, produktiven Geist geleitet wird, nicht nur, um den psychologischen Moment der Friedensmöglichkeit richtig zu erkennen und auszunutzen, sondern um weit darüber hinaus eine fest erkannte Linie der großen Politik mit ebenso viel Tatkraft und Tatenlust diplomatischer Erfahrung und Feinheit durchzuführen.

Die langen Dialoge zwischen Bethmann und Grey haben uns zu nichts geführt. Wir bedürfen täglicher, positiver, politischer Arbeit, deren Wirkung spürbar ist auf allen Seiten der Entwicklung der Dinge, und zwar als eine Einheit. Unheil verhüten ist sicher ein Verdienst, vorsichtige Zurückhaltung kann Pflicht sein. Aber der Angriff ist auch in der Politik die beste Verteidigung. Ein Wille, der den Dingen voraussetzt, ist tausendmal mehr wert als die geschickteste Art, die Dinge an sich heranzukommen zu lassen. Unsere auswärtige Politik hat im Kriege viel tüchtiges geleistet. Aber

Zeit größeres steht bevor. Von seiner Vorbereitung spüren wir noch nichts. Wir haben den Eindruck einer unendlich sorgfältig bestreuten Mosaikarbeit. Wir vermischen aber den Hauch starker zwingender Gedanken von zukunftsreicher Kraft. Wir vermischen sie nicht für unsere Feiertagsstunden, wohl aber in der täglichen, zähen Kleinarbeit, aus der allein der Erfolg erwächst.

Diese täglich neu sich gestaltende Fleischwerdung des politischen Grundwillens ist nicht Aufgabe des Kanzlers allein, der zudem kein Diplomat vom Fach ist, auch wenn die Zusammenhänge der Weltlage ihm noch so klar vor Augen stehen. Ihre positive Nutzung und Verarbeitung ist Aufgabe der Mitarbeiter, die ihm zur Seite sind. Wenn daher jetzt schon so viel von Vertrauen geredet wird, auch hier wäre der Punkt, wo Vertrauen erworben werden könnte und müßte, ohne alle Rücksicht auf Personen. Die rechten Männer an den rechten Platz zu stellen, war allezeit das wahre Kennzeichen überlegener Führung. Was wir nur haben an wertvollen Kräften und wertvollem Mut, muß herangezogen und nutzbar gemacht werden. Vor allem aber muß die sichtbare Gewißheit entstehen, daß ein aktiver, nicht zaudernder, nicht in Erwägungen von noch so großer Feinheit versinkender, sondern ein frischer, Weitblick und Wagemut vereinernder Geist das Steuer führt. Hier zu handeln, erscheint uns als wahre „Forderung des Tages“.

## Die Vertrauensfrage.

Die Hoffnung, der Streit um die Seele des Kanzlers werde verstummen, nachdem Herr v. Bethmann sich am 5. Juni mit seinem Appell an das Gewissen des deutschen Volkes vor seinen Bedrängern in die Öffentlichkeit geschleudert hatte, ist trügerisch gewesen. Mehr als je hatten die Zeitungen wider von Fehde-rufen gegen den Kanzler. Neuerdings ist auch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung auf dem Plan erschienen. Die Wirkung war vorauszusehen. Was das offiziöse Blatt sagte, war an sich beachtenswert und in der Form gewandt und ansprechend, aber daß es etwas sagte, war es ins Feuer und der vielen willkommenen Anlaß, den Zank wieder anzufachen. So liest man denn hüben und drüben wieder Leitartikel um Leitartikel zu Angriff und Abwehr, und auf den Redaktionstisch hagelt es wieder Papierbomben — und nicht zu knapp — aus beiden Lagern. Wenn man sich nun bemüht, aus all den Worten den Wirklichkeitskern herauszuschälen, so kommen etwa drei Gründe der Unzufriedenheit mit dem Kanzler zum Vorschein. Die Beschwerdeführer großen ihm, weil er den wilden U-Bootkrieg nicht will, weil er sich weigert, die öffentliche Erörterung der Kriegsziele zu gestatten, und weil ihnen schließlich die ganze Richtung nicht paßt, weil sie zu Herrn v. Bethmann nicht das Vertrauen haben, daß er einen dem deutschen Volke ersprießlichen Frieden schließen werde.

Über U-Bootkrieg und Friedensziele haben wir unsere Ansicht mehrfach ausgesprochen, wir wiederholen sie in aller Kürze. Ob es richtig oder falsch ist, den U-Bootkrieg ohne jede Rücksicht zu führen, halten wir uns nicht für berufen zu entscheiden, obwohl uns alle Gründe für und gegen, wie wir glauben, bekannt sind. Es ist das eine politische Kriegsmahnahme im Sinne der Lehren Clausewitz', über die nur der Reichskanzler, nachdem er sich über die militärischen Möglichkeiten unterrichtet und die Zustimmung der Krone erlangt hat, unter eigener Verantwortung entscheiden kann und muß. Wir halten uns deshalb daran, daß in der Konferenz, die im März in Gegenwart des Kaisers und der Vertreter von Marine und Landheer stattgefunden hat, beschlossen worden ist, die Interessen der Neutralen beim Tauchbootkrieg zu wahren. Die Frage stellt sich also für jeden einzelnen so: Wem schenke ich größeres Vertrauen, den Stellen, die in jener Konferenz nach Abwägung aller Möglichkeiten und unter der Last der auf ihnen ruhenden Verantwortung entschieden haben, oder den Reichstagsabgeordneten, die in der Sitzung des Haushaltsausschusses die entgegengesetzte Ansicht vertraten? Wir für unsern Teil meinen, daß auch diejenigen, die nicht das Vertrauen haben, daß jene verantwortlichen Stellen mit ihrer Entscheidung das Richtige getroffen haben, ihr nicht entgegenwirken sollten und dürften aus Disziplin. Denn Disziplinlosigkeit ist im Kriege das schlimmste aller Übel. Diese Stellungnahme mag ein Opfer an Überzeugung erfordern, das um so größer ist, als tatsächlich unsere Gegner, vor allem England, mancherlei Vorteile davon haben, daß unsere U-Bootwaffe nicht voll gegen sie ausgenutzt wird, und als in weiten Kreisen der Argwohn besteht, daß sentimentale Empfindungen jene Entscheidung beeinflusst haben könnten. Dieser Argwohn — das läßt sich nicht verkennen — gewinnt einen Schein der Berechtigung dadurch, daß zugleich mit der Abstumpfung der U-Bootwaffe auch die Waffe der Luftkrieger durch irgendein unverständliches Etwas gelähmt zu sein scheint. Bei ihr fallen die Rücksichten auf die Neutralen, die unsere U-Boote hemmen, fort, es ist daher weiten Kreisen unerklärlich, weshalb wir nicht unsere Zeppele als Kriegsmittel zu den zerschmetternden Schlägen einsehen, deren sie fähig sind, weshalb wir mit ihnen nicht die Baralongs für ihre zahllosen Schandtat und die Franzosen für ihre grausamen Morde an deutschen Gefangenen und für den furchtbaren Kindermord von Karlsruhe züchtigen. Gründe für diese Unerklärlichkeiten werden uns vorenthalten, und das macht mißtrauisch. Das ist eine der Ursachen, weshalb auch Männer, die nicht zu den Nörglern aus Passion und Lebensbedürfnis gehören, in dem Vertrauen erschüttert sind, daß die Einstellung des U-Bootkrieges in seiner rücksichtslosesten Form richtig ist.

Was die Erörterung der Friedensziele angeht, so glauben wir nicht, daß dieser Frage heute noch über reine Zweckmäßigkeits-erwägungen hinaus die Bedeutung zukommt, die ihr etwa vor einem Jahre beizumessen war. Der Krieg ist auf allen Fronten in eine Phase der Erbitterung eingetreten, die schlechterdings nicht mehr gesteigert werden kann. Wir wissen, daß wir, wenn wir unterliegen, keine Schonung zu erwarten haben, daß wir um unser nationales Leben bis zum äußersten kämpfen müssen. Da ist es denn wirklich gleichgültig, ob unsere Feinde erfahren, daß ihnen der eine von uns etwas mehr, der andere etwas weniger abnehmen möchte; auch sie können nicht darüber im Zweifel sein, daß in dem deutschen Frieden, den wir erstreben, nur für deutsche Interessen Raum ist. Eine andere Frage ist, ob es diesen deutschen Interessen dienen kann, wenn nun jeder, der dazu etwas zu sagen hat — und wer hätte das nicht? — seine Meinung in der Presse zur Diskussion stellt. Die Befürchtung ist nicht abzuweisen, daß das Denken und Fühlen und Wollen des deutschen Volkes dadurch abgelenkt werden könnte von dem Kriegsziel, das heute noch seine einzige Sorge sein muß: den Sieg zu erringen über unsere Feinde. Viel sachlichen Gewinn verspricht eine solche Erörterung auch deshalb nicht, weil der Reichskanzler und andere Amtstellen, die dazu einiges zu sagen hätten, an ihr nicht teilnehmen würden, denn in der Diplomatie wie im Spiel muß man sich hüten, dem Gegner seine Karten zu zeigen. Der Kanzler hat nun in allgemeinen Umrissen als unser Kriegsziel die Notwendigkeit aufgestellt, die Grenzen des Reiches derart zu sichern, daß wir auf absehbare Zeit vor feindlichen Überfällen geschützt sind. Das heißt mit andern Worten: Unsere militärischen Sachverständigen werden die neue Grenzlinie zu ziehen haben, diesmal sollen also die Federn der Diplomaten die Schwerarbeit nicht verderben. Müßten wir uns nicht an diesem feierlichen Versprechen genügen lassen? Würde es nicht die Interessen des Vaterlandes, die wir alle fördern möchten, aufs schwerste schädigen, wenn darüber hinaus das diplomatische Geheimnis der Öffentlichkeit preisgegeben oder diplomatische Entscheidungen jeweils von der Zustimmung eines parlamentarischen Massenkriegsrats abhängig gemacht würden? Auch die Beantwortung dieser Fragen läuft freilich leichtes Endes wieder darauf hinaus, ob wir die Vertrauensfrage für den Kanzler mit ja oder mit nein beantworten, und das ist auch der kurze Sinn der langen und vielen Zeitungsartikel, die Herrn v. Bethmann die Fähigkeit und den Willen, uns den deutschen Frieden zu sichern, in mehr oder weniger verlauschten Wendungen absprechen. Die Begründung bleiben diese Auffäge uns meist schuldig, und wo sie versucht wird, geht sie fehl. Denn es ist doch schlechterdings nicht angängig, sich an dem jetzigen Kanzler wegen weltgeschichtlicher Vorgänge zu reiben, mit denen er gar nichts zu tun gehabt hat, ihn dafür verantwortlich zu machen, daß wir nicht den Burenkrieg gegen England, den russisch-japanischen gegen Rußland ausgenutzt, nicht die marokkanische Krise zum Anlaß genommen haben, mit Frankreich abzurechnen. Unsere Diplomatie ist vor dem Weltkrieg sicher nicht ohne Fehl und Tadel gewesen, aber darf man unter Berücksichtigung der damaligen Lage Herrn v. Bethmann einen Vorwurf daraus machen, daß er mit England eine Verständigung suchte? „Wer als Zeuge dieser bald zwei Jahre dauernden Weltkatastrophe mir daraus ein Verbrechen macht, der mag seine Anklage vor Gott vertreten,“ hat der Kanzler am 5. Juni in gerechter Entrüstung und unter großer Bewegung und stürmischem Beifall der Zuhörer im Reichstage ausgerufen. Bei gerechter Abwägung der Dinge wird man nicht umhinkönnen, sich dem Beifall anzuschließen. Dagegen wird sich u. E. der Kanzler, wenn die Zeit gekommen ist, darüber zu erklären haben, wie es geschehen konnte, daß unsere Regierenden offenbar nicht einmal die Möglichkeit eines Krieges mit England ins Auge gefaßt und infolge dessen in auffallendem Gegensatz zu der vortrefflichen Vorbereitung unserer militärischen und finanziellen Rüstung eine entsprechend vorausschauende Organisation der Volksernährung im Hungerkriege verabsäumt haben. Wofür derartige sachliche Vorwürfe erhoben und sachlich begründet werden, wird der Kanzler sich der Pflicht nicht entziehen können und wollen, Rede und Antwort zu stehen.

Soll man sich aber ernstlich mit der Beschuldigung befassen, der Kanzler des Deutschen Reiches sei ein Flau- und Schlappmacher, erstrebe einen faulen Frieden, und sein Patriotismus sei minderwertig? Monopolisten der Vaterlandsliebe gibt es bei uns seit dem 4. August 1914 nicht mehr, wie in dem Ringen vor dem Feinde braucht auch in Zukunft das Vaterland alle seine Söhne, und wer meint, sich mit dem Schmutzwort national überheben zu können über seine Volksgenossen, verübt sich am Vaterland. Der Patriotismus des Reichskanzlers vollends steht außer Frage; ihn überhaupt zur Diskussion zu stellen, verbietet der patriotische Takt, und wenn der Kanzler bei der Umgrenzung der Friedens-

ziele seine Sorge darauf gerichtet haben sollte, daß wir uns nicht den Magen verderben, so entspringt solche Sorge einem Patriotismus, der sicherlich nicht weniger lauter und vielleicht abgeklärter ist als der jener andern, die besorgen, wir würden nicht satt werden. Und wie denken sich denn die Leute, die sich anbieten, dem Reichskanzler die Last seiner Verantwortlichkeit mittragen zu helfen, und die bei der Aufstellung der Kriegsziele mitraten und mittaten wollten, die Ausführung ihrer Vorschläge? Ein Leipziger Professor, der neuerdings als Chorführer der Opposition gegen den Kanzler in der Presse hervortritt, meinte dieser Tage, wenn der Kanzler sich in Schweigen hülle, dürfe er sich auch nicht beklagen, „wenn die Wellen der Ungebut, des Mißtrauens und sogar der Verleumdung um ihn brandeten und ihn hier und da bespritzten“. Die Logik ist nicht einwandfrei, aber abgesehen davon: was soll denn nun der Kanzler eigentlich tun? Soll er alle Welt ins Vertrauen ziehen oder nur jenen Professor und seine Freunde? Dann würden die vielen der vielen, die anderer Meinung sind als sie, mit Recht Einspruch erheben. Soll er die beiden konkurrierenden Friedensausschüsse, die sich jetzt aufgetan haben, den „Unabhängigen Ausschuss für einen deutschen Frieden“ und den „Deutschen Nationalausschuss“ oder die Haushaltskommission des Reichstags zu dem Zweck zusammenberufen? Gelänge es wirklich, in einem solchen Friedens- und Kriegsrat die Gegensätze glücklich unter einen Hut zu bringen, so würde dabei doch schwerlich besseres als eine Halbheit, ein Kompromiß herauskommen, und man könnte geltend machen, daß mehr noch als anderswo in der Diplomatentümliche viele Köpfe den Brei verderben, den schließlich das deutsche Volk auszulöffeln hat. Wenn aber ein Einvernehmen nicht zustande kommt, und es wird nicht zustande kommen, falls der Reichskanzler nicht vor seinen Bedrängern kapituliert, was dann? Wird dann nicht der Tanz von neuem anheben, wie wir es nach der U-Bootkommission erlebt haben, und läuft dann nicht im Grunde die ganze Vertrauensfrage auf eine Personenfrage hinaus? Und so ist's in der Tat: Herr v. Bethmann soll einem andern Platz machen, einem Vertrauensmann der Alldeutschen. Nun ist der jetzige Kanzler ja kein Bismarck — er selbst wird nicht den Anspruch machen, sich ihm zu vergleichen — und unersehlich ist niemand. Bis man uns aber einen Kandidaten präsentiert, der das Vertrauen des ganzen Volkes auf sich vereinigt (denn es gibt außer den Alldeutschen auch noch andere Leute im Reich) und der zugleich der Mann der Wahl des Kaisers ist, wäre ein Pferdewechsel mitten im Strom und gerade jetzt, wo er am reißendsten ist, Wahnsinn. Wir, und mit uns sehr viele andere deutsche Männer, sind vielmehr der Ansicht, daß es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit gegen das Vaterland ist, den leitenden Staatsmann zu stützen und zu halten, uns um so enger um ihn zu scharen, je größer die Gefahr ist, die uns bedroht. Was wir am Kanzler haben, wissen wir: einen Mann, der treu und recht in nie erlahmender Pflichterfüllung am Ruder steht und das Staatsschiff klug und sicher steuert. Wer beweisen kann, daß er es besser macht, der möge vortreten!

Im übrigen sollten wir die Opposition gegen den Kanzler nicht gar zu tragisch nehmen, alle leitenden Minister in allen Staaten müssen durch sie hindurch, und bei uns vielleicht in höherem Maße, weil sie, wie Bismarck, der es am eigenen Leibe erfahren, sagt, mit einem besonders starken Isolierungstrieb der Parteien und Individuen zu kämpfen haben. Aber nicht, daß wir jetzt Schluß machen mit dieser Kanzlersehnde und einmütig zu den Ideen von 1914 zurückkehren, die uns, wie der nationalliberale Abgeordnete Dünk gestern hervorgehoben hat, aus den Worten des Reichskanzlers mit ihrem starken optimistischen Einschlag entgegenleuchten. Auch das Mißtrauen ist ein Pessimismus, der nicht weniger schädlich wirkt als die Schwachherzigkeit der Kopfhänger und Flaumacher, und für den kein Raum ist, solange das deutsche Volk seine Schlachten schlägt.

## Probleme und Methoden des Völkerrechtes.

### III. Neutralisierung oder Internationalisierung?

Die Verzweiflung an der Wirksamkeit, ja an der Zukunft des Völkerrechtes ist indessen gerade dadurch so groß und allgemein geworden, weil die in jahrhundertelanger Arbeit ausgebildeten Methoden des Völkerrechtes, die möglichen Streitgegenstände den einzelnen Streitparteien zu entrücken und der Verfügung der Staatengesamtheit vorzubehalten, gerade in diesem Kriege gescheitert scheinen.

Es handelt sich heute — neben anderen Dingen — vor allem um das Weltmeer, um Welthandelsstraßen, um militärische und handelspolitische Schlüsselpunkte zu Lande. Die Methoden, sie dem Einzelzugriff zu entrücken, sind in einer gewissen logischen Aneinanderreihung folgende:

1. Die Erklärung zu Gemeingut mit ausdrücklicher Ausschließung jeder Einzelstaatsgewalt. So beim offenen Meere: Es ist nicht mehr herrenlose Sache (*Res nullius*), die jeder beliebig okkupiert oder annektiert; es ist Gemeingut (*Res communis omnium*), an dessen Benutzung alle teilhaben, jedoch ungeordnet; aber es ist noch nicht öffentliches Gut (*Res publica*), das unter geordneter Gesamtverwaltung stünde, und dies aus dem Grunde, weil es an einer gemeinsamen öffentlichen Gewalt über den Staaten noch fehlt.

Das Völkerrecht ist also hier auf halbem Wege stehen geblieben.

2. Die Erklärung eines Gebietes und Volkes, eines Platzes oder Weges als neutral. Vorausgesetzt ist, daß der Streitgegenstand schon unter der Herrschaft einer Staatsgewalt steht, die belassen wird. Geschichtlich kann sich diese Neutralisierung so vollziehen, daß dieses Gebiet zunächst unabhängig erklärt wird: so die Niederlande und die Schweiz 1648 von Deutschland und Frankreich, so auch der Staat Panama von Kolumbien 1903. Die Unabhängigkeitserklärung langt nicht zu, sie verfährt rein negativ und verwechselt „allen gemeinsam dienstbar“ mit „niemandem dienstbar“ und verfehlt auch dieses letztere dadurch, daß sie den Inhaber des Streitgegenstandes zum souveränen Herrn desselben macht. Der weitere Schritt ist die Einschränkung der Handlungsfähigkeit des Unabhängigen, das Verbot von Bündnis und Kriegsführung, die „Neutralität“, die also viel mehr als Pflicht denn als Recht des Neutralen aufzufassen ist. Der letzte Schritt auf dieser Bahn ist, daß die beteiligten Mächte diese Neutralität, die sie verlangen, auch mit ihrer Militärmacht verbürgen, wie 1831 bezüglich Belgiens geschehen ist.

3. Von dieser Neutralisierung eines ganzen Staates ist die Neutralisierung einzelner Streitgegenstände, insbesondere von Handelsstraßen, zu unterscheiden. Solche Neutralisierungen sind zahlreich. Wir erwähnen: a) die ehemals savoyisch-sardinischen Gebiete südlich der Schweiz, die heute zu Frankreich gehören, durch Artikel 92 der Wiener Kongressakte neutralisiert, weil sie ein militärisches Einfallstor zwischen Frankreich, Italien und der Schweiz sind; b) die *Alandsinseln*; seit dem Pariser Frieden von 1856 darf sie Rußland nicht mehr militärisch besetzen, weil sie Schweden und die Schifffahrt freiheit im *Bottnischen Meere* bedrohen; c) die *Jonischen Inseln*, die in gleicher Weise den Ausgang der *Adria* verlegen, seit Vertrag der Großmächte vom 14. November 1863; d) die *Magelhaensstraße* an der Südspitze *Amerikas* seit 1881; e) vorübergehend war auch das *Schwarze Meer* als neutral erklärt worden, vom Pariser Frieden 1856 bis zum *Londoner Vertrag* vom 13. März 1871; f) die *Donaumündungen* seit der *Donauschiffahrtsakte* vom 2. November 1856; g) durch die *Berliner Konferenz* vom 26. Februar 1885 sind der *Kongo* und der *Nigerstrom* neutralisiert worden. h) Von größter Wichtigkeit hätte die im Vertrag vom 29. Oktober 1888 vorgenommene Neutralisierung des *Suezkanals* sein können. In diesem Vertrag verpflichteten sich die Großmächte: Der maritime *Suezkanal* wird stets, in Kriegszeiten wie in Friedenszeiten, jedem Handels- und jedem Kriegsschiff ohne Unterschied der Flagge frei- und offenstehen. Die Mächte verpflichten sich, die freie Benutzung des Kanals im Kriege wie im Frieden nicht zu beeinträchtigen. Der Kanal wird niemals einer Blockade unterworfen werden. Im Kanalgebiet dürfen weder Truppen, noch Munition, noch Kriegsmaterial ausgeschifft werden. Und so fort! i) In dem Vertrag zwischen *Panama* und den *Vereinigten Staaten* vom 18. November 1903 wird (Artikel 18) die ewige Neutralität des *Panamakanals* ausgesprochen, jedoch behalten sich die *Vereinigten Staaten* die uneingeschränkte „Ausübung“ der *Gebietshoheit* über den Kanal und über je fünf englische Meilen des *Uferlandes* vor.

Man sieht aus diesen Beispielen deutlich, wie das Völkerrecht mit dem Versuch ringt, Gegenstände gemeinsamen Interesses dem Zugriff der Einzelstaaten zu entziehen und der Verwaltung der Gesamtheit zu unterstellen, also gleichsam öffentlich zu machen wie Straßen und Plätze im Innenleben der Staaten. Zugleich hat uns der Krieg belehrt, daß sowohl die Gemeinschaftserklärung wie beim Meere als auch die Neutralisierung viel zu schwache Mittel sind, um die selbstfüchtige Gewalttätigkeit der Staaten zu brechen.

4. Das stärkste bisher angewendete Mittel des Völkerrechtes ist die *Internalisierung* des Streitgegenstandes, die zuerst im *Pariser Frieden* 1856 auf die untere *Donau* angewendet wurde. Ein *Staatenkongress* erklärt direkt, daß der Gegenstand der *Souveränität* der Einzelstaaten ganz oder teilweise entzogen, daß er von europäischem Interesse ist und international, das ist durch die organisierte Staatengesamtheit verwaltet werden soll. Die internationale Sache ist weder herrenlos, noch bloßes ungeordnetes Gemeingut, noch *Mitbesitz* (*Condominium*), sondern öffentliches Gut der Staatengesamtheit unter öffentlicher Verwaltung. Wegen der Wichtigkeit des hier auftretenden neuen Rechtsgebanten wollen wir den Vorgang anschaulich darstellen.

Nach Artikel 16 des *Pariser Vertrages* wurde eine *europäische Donaukommission* eingesetzt, die nach der letzten Zusatzakte aus je einem Vertreter des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, Frankreichs, Großbritanniens, Rumäniens, Rußlands, Italiens und der Türkei besteht. Die Kommission ernannt den *Schiffahrtsinspektor* der unteren *Donau*, der von einem *Kanzler* und den *Sektionsaufsehern* unterstützt wird, den *Kapitän* des Hafens von *Sulina* und sein *Unterpersonal*. Die Kommission hat das *Verordnungsrecht*, der *Inspektor* und *Kapitän* die *Gerichtsbarkheit* erster *Instanz*, der *Rechtszug* geht an die Kommission. Alle *Bestellten* der Kommission tragen ein eigenes *Emblem*, auf allen *Anlagen*, *Bauten* und *Schiffen* der Kommission weht ihre eigene *Flagge*.

Die Kommission stellt somit eine vollsouveräne Gewalt über die *Uferstaaten* her, eine Gewalt, die *Verwaltung*, *Gesetzgebung* und *Rechtsprechung* ausübt.

Nun ist bezeichnend, daß der *Suezkanalvertrag* vom 29. Oktober 1888 eine ähnliche Kommission für den *Suezkanal* vorsah, daß die *Engländer* die *Einrichtung* dieser Kommission hintertrieben und daß das *zweite englisch-französische Abkommen* vom 8. April 1904 in seinem Artikel 6 diese Kommission durch bloßes *Einverständnis* dieser zwei *Westmächte* beseitigte. Es war dies jenes selbe *Uebereinkommen*, durch das *England* und *Frankreich* *eigenherrlich Nordafrika* aufteilten, *Marokko* *Frankreich* und *Ägypten* *England* endgiltig zusprachen, obwohl die „*Unabhängigkeit*“ *Marokkos* durch die *Großmächte* garantiert und der *Suezkanal* durch *Vertrag* der *Großmächte* *internationalisiert* war.

Es kann unmöglich in Zweifel gezogen werden, daß *Großbritannien* durch sein Vorgehen zuerst und an der empfindlichsten Stelle der Welt die bis dahin segensreiche Entwicklung zu einer internationalen Rechtsordnung durchbrochen hat, um die wichtigsten Schlüsselstellungen der Welt in seine ausschließliche Gewalt zu bringen. *England* danken wir es vor allem, daß auch die Methode der *Internationalisierung* zunächst als *hinfällig* erscheint, obgleich sie begrifflich und praktisch die *Erfüllung* des durch die *Neutralisierung* aufgenommenen *Rechtsgebanten* darstellt.

Nichtsdestoweniger ist sie der einzige Weg, der zum Ziele führen kann, der einzige, der uns davor bewahrt, daß *Europa* durch eine unabsehbare Folge von *Kriegen* zugrunde gerichtet wird. Der kommende *Friedensschluß* kann uns nur dann einen dauernden *Frieden* bringen, wenn er eine *Rechtsordnung* über den *Staaten* herstellt, und alle großen *Friedensschlüsse*, vom *Westfälischen Frieden* angefangen, haben in merkllichem Fortschritt die einzelnen Elemente einer solchen *Rechtsordnung* entwickelt. Ihr wesentlichster Punkt aber ist, daß über die *Endoberfläche* nicht entschieden wird nach dem *Gesichtspunkt* „*Mein oder Dein*“, sondern nach der *Lösung* „*Unser aller Gesamtinteresse*“, daß also das, was der *gemeinsamen Nutzung* aller offenstehen muß, als *öffentliches Gut* auch *gemeinsam verwaltet* wird. Die *Ansätze* solcher *Gemeinschaftsverwaltung* waren schon vor dem *Kriege* gegeben, sie werden wirksam auszugestalten sein. Eine solche *Internationalisierung* der *Staatengewalt* zum Zwecke der *Internationalisierung* aller *Streitgegenstände* ist die einzige allen erträgliche *Lösung*, sie ist zugleich jene *Lösung*, die seit jeher der *europäischen Demokratie* und insbesondere der *internationalen Sozialdemokratie* vorgeschwebt hat, sie vor allem ist unser Weg, der Weg des *Sozialismus*! Sie ist keine *Utopie*, denn der *Text* aller *Friedensschlüsse* verrät ihren *realen Entwicklungsgang*. Das einzige, was ihr im Wege steht, ist die *Unreife* der *Zeit*, die herrschende *zwischenstaatliche Anarchie*, die vorläufige *Anzulänglichlichkeit* der *Macht* des *Proletariats*. Kommt dessen *geschichtliche Stunde*, so wird es auch dieses *Werk* zu *Ende* führen und sein *inneres Werk*, die *Organisation* der *Gesellschaft*, krönen durch das *höchste äußere*, durch die *Organisation Europas* und der *Welt* zu einer *einzigen Rechts- und Friedensgemeinschaft*. Mit in dieser stolzen *Idee* nennen wir uns nach wie vor mit *vollstem Rechte international*.

Donnerstag, 13. Juli 1916

# Zeitung

704

in gelehrten Sachen

monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung.  
50 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausschließlich Bestellgebühr. —  
Zelle, Stellengesuche 50 Pf., Stellenangebote auch gegen Jahres-  
lohn. Vosshaus, Breite Straße 8/9, Ullsteinhaus, Kochstraße 22/23,  
Telefon. Fernsprech-Zentrale Ullstein & Co, Amt Moritzplatz  
bis 11 850, 15 280, 15 281 bis 15 289. Amt Zentrum 8689 und 8690.

Verantwortlich für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils)  
J. B.: Carl Kundel in Berlin.

## Der russisch-japanische Vertrag.

Von

Erich von Salzmann.

Wer den Lauf der Dinge in der Entwicklung Ostasiens besonders seit dem Vorerjahre 1900 verfolgt hat, dem konnte der jehige Abschluß des russisch-japanischen Vertrages nicht verwunderlich erscheinen. Dieser Vertrag ist kein Novum, er bedeutet nicht einmal die Aenderung eines schon seit langem sichtbaren Zustandes, er ist nur die Krönung eines Teiles des großen Werkes der imperialistischen Ausdehnung Japans, indem er die Gebiete Ostasiens, in denen Rußland noch mitzureden hat, für die erste Macht am Stillen Ozean und ihre wirtschaftliche Ausdehnung endgültig monopolisiert. Andere Teile des 400-Millionen-Reiches, um das es lediglich bei diesem neuen Vertrage geht, werden folgen. Jedoch wird sich die Weltgeschichte nach der augenblicklichen europäischen Katastrophe und der dadurch bedingten Schwächung der ersten Wirtschaftsmächte der Erde in Zukunft etwas langsamer entwickeln. Damit wird die endgültige Hinausdrängung der dem Mikadoreiche lästigen europäischen Konkurrenten aus den Teilen Chinas, die nicht unter russischem Einflusse stehen und die in jeder Hinsicht die reicheren und die höher entwickelten Provinzen des großen Reiches darstellen, so langsam vorstatten gehen, daß die heute erwachsene Generation sie wohl nicht mehr erleben wird. Große Bissen, wie den mandschurischen, kann auch ein mit so ursprünglicher Lebenskraft ausgestattetes Land wie Japan nicht in wenigen Jahren verdauen. Dort ist viel zu tun für Japan, aber auch viel zu holen. Das jehige Abkommen wird und muß sich rentieren, ebenso wie sich der Sprung Japans nach Korea und der Süd-Mandschurei sowie der östlichen inneren Mongolei rentiert hat.

Ich lese merkwürdigerweise in sehr vielen Zeitungen und auch Pressetelegrammen über Auslandsstimmen zum Vertrage eine merkwürdige „Denugung“ über die vollzogene Tatsache. Der Haß gegen England scheint da wie eine Suggestion zu wirken. Die Freude, daß England in erster Linie durch den neuen Vertrag getroffen wird, übersteigt die Einsicht, daß auch uns dieses neue Abkommen wirtschaftlich zu schädigen bestimmt ist. Der Krieg sollte uns nicht die Ueberlegung trüben, daß unsere Interessen und die Englands in China, um das sich in erster Linie die ganze Geschichte dreht, beinahe gleichlaufend sind. Jedes Abkommen, das Japan heute mit Rußland in Ostasien trifft, wendet sich gegen die Mächte, die dort draußen Wirtschaftspolitik treiben, die allerdings, wie dieser Krieg praktisch lehrt, von Machtpolitik überhaupt nicht mehr zu trennen ist. In Ostasien wird nur der mit seinen wirtschaftlichen Bestrebungen vollen Erfolg haben, der Macht dahinter zu stellen vermag. Wer allerdings die Macht als ersten Faktor einsetzt, der wird stets mit dem Staate militärisch zusammenprallen, der heute unbestritten die erste Macht im Stillen Ozean ist, nämlich Japan.

Aus der Entwicklung der Geschichte Ostasiens geht das deutlich hervor. Man vergegenwärtige sich: Das englisch-japanische Bündnis wurde im Jahre 1902 geschlossen, um den Status quo, das heißt den Frieden, aufrecht zu erhalten. Mit anderen Worten, das Bündnis richtete seine Spitze gegen das nach Ostasien, im besonderen Korea, vordringende Rußland, das damals rein imperialistische Machtpolitik trieb, wie es das Zarenreich seit dem Einbruch Jermaks in Sibirien stets getrieben hat. Die sibirische Bahn war der Ausdruck der imperialistischen Idee Rußlands. Die Häfen Dalny und Wladivostok sollten die Stützpunkte dieser Politik werden. Rußland wurde zum Friedensstörer. Das englische Bündnis gab Japan erst die Möglichkeit, Rußlands Vormarsch zu brechen. Mit welchem Erfolg das geschah, das weiß die Welt. Als Rußland sich nach seiner Niederlage wieder nach Zentral-Asien wandte und aggressive Absichten nach Indien zu spüren waren, die ihren Hauptausdruck in dem Bau der Eisenbahn Drenburg-Taschkent fanden, da schloß England und Japan das neue Bündnis 1905, in dem Japan England die Hilfe in Indien im Falle des russischen Angriffs zusicherte. Rußland sah seine Ohnmacht ein, ad da ihm England den Ausweg nach Konstantinopel und gegen die Zentralmächte anbot, willigte es 1907 in den Vertrag über Innerasien ein, der eine Einigung im besonderen über Persien, Tibet und die innere und West-Mongolei brachte, also Englands asiatischen Besitz so gut wie sicherstellte und damit ein Vorbote des europäischen Krieges war.

Japans Macht war ständig im Zunehmen begriffen. Zudem hatte es fest umgrenzte politische und wirtschaftliche Ziele, die bei dem Inselreiche vollkommen identisch sind. Um diese Zeit trat ein neuer Faktor in Ostasien ein, der versuchte, noch einmal diesen riesigen Wirtschaftsmarkt allen Ländern der Erde gleichmäßig offen zu halten. Das war Nordamerika. Man erinnert sich vielleicht noch des 1910 erfolgten Anzösch Neutralisationsvorschlages der Eisenbahnen in der Mandschurei, der eine weltfremde amerikanische Utopie darstellte und den Stein insofern ins Rollen brachte, als sich schon damals im Jahre 1910 Rußland und Japan in dem nördlichen Teile Ostasiens auf der Basis einigten, die jetzt in einem neuen Vertrage feste Gestalt gewonnen hat. Japan annektierte damals Korea, Rußland räumte ihm endgültig ausschlaggebenden Einfluß in der Süd-

## Frankfurt, 13. Juli.

Zu den blutigen Dubliner Ostertagen ist es den Beherrschern Englands klar geworden, daß die Lösung der irischen Frage an die Fundamente des britischen Weltreiches rührt und ohne ernste Gefahr für dieses nicht länger hinausgeschoben werden kann. Seit mehr als dreißig Jahren kämpfen die englischen Parteien um die Verfassung Irlands, und als kurz vor dem Kriege das Parlament im Begriff stand, die Selbstregierung der grünen Insel zum Gesetz zu machen, da drohten Sir Edward Carson, die Unionisten von Ulster und schließlich das Offiziercorps der in Irland stehenden Heeres- teile mit gewaltsamer Auflehnung. Die Geschicklichkeit des Ersten Ministers Asquith reichte wohl aus, den Konflikt so zu verschieben, daß die liberale Regierung im Besitz der Macht bleiben konnte, nicht aber, die Streitfrage endgültig zu lösen. Vielmehr drohte bei weiterem Fortschreiten der Verhandlungen, jedenfalls aber bei der Durchführung des Gesetzes eine Revolution, entweder von den wilden Ulsterleuten, wenn man ganz Irland beifammen ließ, oder von dem nationalistischen Irland, wenn man die Provinz Ulster von Homerule ausnahm. Einen Ausweg hatten die liberalen Staatsmänner, die immer nur mit advokatischen Künsteleien die Schwierigkeiten zu umgehen suchten, nicht gefunden, als durch den Mord von Sarajewo und die sich anschließenden Ereignisse jene Lage Europas entstand, aus der schließlich, wesentlich durch die Mitschuld der britischen Regierung, der jetzt auf den Völkern lastende mörderische Weltkrieg entstand. Daß das irische Chaos die Regierung veranlaßt habe, England in den Krieg zu stürzen, wäre zu viel behauptet, aber daß die Aussicht, von dem schwierigen irischen Problem wegzukommen und in dem Wirbel des Krieges oder unter der Einwirkung eines erhofften glorreichen Sieges vielleicht sogar eine Lösung zu finden, den Herren Asquith und Grey den Entschluß zum Kriege erleichtert haben mag, ist ohneweiters glaubhaft. So verwebt sich das Schicksal Irlands von Anfang des Krieges an mit den Geschehnissen Europas.

Auch im weiteren Verlauf trennt es sich nicht davon. Im Schutze des Burgfriedens bringt die Regierung unter dem lebhaften Protest der Unionisten die bereits zweimal vom Unterhause angenommene, vom Oberhause zurückgewiesene Bill zum dritten Mal zur Annahme, wodurch sie auch gegen den Widerspruch des Oberhauses Gesetzeskraft erlangt und vom Könige vollzogen wird, gleichzeitig aber verschiebt Asquith, wahrscheinlich weil er es nicht auf eine neue Revolution der orangistischen Ulsterleute ankommen lassen will, die Durchführung des Gesetzes bis nach dem Kriege. Da er den mit irgendwelchen Aussichten auf den maßgebenden Einfluß in Irland gelobten Streber Redmond und seine nationalistischen Wyrwibonen auf seiner Seite hat, so glaubt er, das Spiel einstweilen gewonnen zu haben, und auch die schlechten Ziffern, welche die Werbungen Kitcheners trotz der Empfehlung seines Werbeergeanten Redmond in Irland haben, glaubt er gering einschätzen zu dürfen. Fortdauernd betont die Regierung die Loyalität und den patriotischen Eifer des Landes, in dem inzwischen das Gefühl, wieder einmal von der Regierung und den eigenen Vertretern betrogen zu sein, immer weitere Volkstriebe ergreift und Tausende auf Tausende von Freiwilligen in die Reihen der Sinn-Feiner, einer ursprünglich rein literarischen erst nach und nach zur Trägerin der Unabhängigkeitsbewegung gewordenen Vereinigung, treibt. Auch die Warnungen der unionistischen Presse, deren hitzige Scharfmacherei freilich zu viel gehässige Voreingenommenheit verrät, um als ganz unverdächtig zu erscheinen, werden in den Wind geschlagen, und während sich in Irland der Aufstand eines unterdrückten und mißhandelten Volkes vorbereitet, entrüsten sich englische Minister in heuchlerischer Selbstgerechtigkeit über die angebliche Unterdrückung der Völker durch die deutsche Militärmacht. Da bricht unerwartet und blutig die Empörung aus, die trotz ihrer gänzlich ungenügenden Vorbereitung nur mit Mühe unterdrückt werden kann, so zwar, daß ganze Stadtteile Dublins, einer Großstadt des Vereinigten Königreiches, ziemlich genau den Stadtteilen von Löwen gleichen, die deutsche Heereskräfte im Beginn des Weltkrieges zu ihrer Selbstverteidigung in Trümmer legen mußten. Der Unterschied bestand nur darin, daß die englischen, französischen und die meisten der

amerikanischen oder sonstigen neutralen Menschenfreunde und Dichter, die einst leidenschaftliche Kreuzzüge gegen Deutschland unternommen hatten, diesmal ganz schwiegen oder ihre Stimmen nur zu maßvollen Protesten erhoben, auch dann, als England die irischen Freiheitskämpfer zu Dutzenden erschießen ließ und sich herausstellte, daß einige dieser Exekutionen kurzer Hand ohne gerichtliches Urteil von rasenden Offizieren verfügt waren.

Der irische Aufstand hatte nun aber England den Abgrund gezeigt, an dem es stand. Man erkannte, daß man Irland in dem gefährlichen Zustande nicht lassen könne. Man schickte Herrn Asquith nach Irland und beauftragte Lloyd George, den besonders die Jingoos noch immer für einen großen Herrenmeister halten, damit, das Zaubermittel zu suchen, durch das man die aufgeregten Iren beruhigen könne, ohne daß gleichzeitig die Unionisten der Regierung die Heeresfolge versagten. Nach wochenlangen Suchen und Hin- und Herberaten scheint die Regierung endlich sich ihrer Sache soweit sicher zu fühlen, daß sie den Plan des Ausgleichs an das Parlament bringen zu können glaubt. Der leitende Minister hat am Montag die Grundzüge des Entwurfes mitgeteilt. Danach soll das im Beginn des Krieges verabschiedete Homerule-Gesetz sofort in Kraft treten. Aber die sechs vorwiegend protestantischen Grafschaften der Provinz Ulster: Antrim, Armagh, Down, Fermanagh, Londonderry und Tyrone sollen nicht darunterfallen. Das irische Parlament soll aus den in das Parlament von Westminster gewählten Abgeordneten bestehen. Das Dubliner Appellationsgericht soll von der Reichsregierung ernannt werden. Die irische Regierung soll mit der Landesverteidigung nichts zu tun haben. Das Gesetz soll während des Krieges und zwölf Monate nach dem Friedensschluß in Kraft bleiben. Wenn nach diesem Zeitraum das Parlament keine andere und permanente Regelungen für die Verwaltung Irlands getroffen hat, so wird die Dauer dieser provisorischen Regelung durch königliche Verfügung verlängert werden.

Formell ist der Gesetzentwurf noch nicht eingebracht, aber es scheint, daß die Schwierigkeiten, die seiner Erledigung entgegenstanden, behoben sind. Außer dem Tory Lord Selbourn, der das Landwirtschaftsministerium niedergelegt hat, weil er Homerule nicht während des Krieges Gesetz werden lassen will, scheint kein Mitglied des Kabinetts zurückzutreten, und Asquith konnte bei der Mittelung der Grundzüge des Ausgleichs in Aussicht stellen, daß sämtliche Minister bereit seien, die Verantwortung gemeinschaftlich zu tragen. Demnach haben die unionistischen Mitglieder der Regierung, die anfangs ebenfalls zurücktreten wollten, weil sie durch Gewährung der irischen Selbstregierung während des Krieges die Reichsverteidigung für gefährdet hielten, ihre Bedenken zurückgestellt. Damit ist wohl die Annahme des Gesetzes gesichert, nachdem Carson die Unionisten, Redmond die Nationalisten von Ulster bezwungen haben, sich mit dem Ausgleich anzufinden. Dennoch ist man auch jetzt noch nicht sicher, daß nicht die Unionisten aus dem Süden von Irland, die, zumeist Protestanten, schon aus konfessioneller Abneigung nicht von einer vorwiegend katholischen Parlament regiert werden wollen, Widerspruch erheben werden. Auf der andern Seite ist es begreiflich, daß auch im Lager der Nationalisten schwere Bedenken gegen eine Abmachung bestehen, durch die der größte Teil der wirtschaftlich wichtigsten Provinz Irlands politisch und administrativ von Irland abgetrennt wird, darunter Grafschaften, in denen das nationalistische Element kaum weniger stark vertreten ist als das unionistische. Die starke Minderheit von 265 Stimmen, die — mehr als ein Drittel — auf der Nationalistenkonferenz von Ulster trotz der offiziellen Empfehlungen Redmonds gegen den Ausgleich stimmte, zeigt, daß die Nationalisten keineswegs geschlossen hinter den Führern Redmond und Deblin stehen, von denen die irischen Unabhängigen behaupten, daß sie Irland an die „Sachsen“ verkauft hätten. Würde man das irische Volk durch eine allgemeine Abstimmung um seine Meinung fragen, so würde vielleicht ein noch ganz anderes Ergebnis zu Tage treten, und in englischen Torykreisen ist man, wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, sogar überzeugt davon, daß wenn jetzt Neuwahlen stattfänden, statt der ausgleichslustigen Nationalisten zum größten Teil Anhänger des Sinn-Fein-Bundes gewählt würden. Diese Befürchtung wäre denn auch der Grund, weshalb man das neue irische Parlament nicht wählen läßt, sondern durch einen vorläufigen Notbehelf

bildet, indem man einfach die in Irland gewählten Mitglieder des Reichsparlaments, soweit ihre Beglaubigung durch die Homerule ausgenommen sind, zu Mitgliedern des Reichsparlaments macht. Da dieser Ausgleich von der Regierung in Westminster genehmigt werden muß, so werden die Nationalisten, die dafür stimmen, sich gewissermaßen als Abgeordnete des irischen Parlaments ernennen. Es ist aber schon aus dieser Bestimmung ersichtlich, daß der Ausgleich unter dem äußersten Mißtrauen gegen die irische Bevölkerung gemacht wird.

Das Mißtrauen besteht natürlich auch auf der anderen Seite und es ist durchaus möglich, daß die Loyalität Redmonds und seiner Nationalisten ebenso vorläufig gemeint ist, wie der ganze Ausgleich. „Wenn wir nur erst zu Hause sind, wird sich schon alles finden“, denken die Nationalisten. Die Unionisten wissen das ungefähr auch, und so kommt es, daß beide Parteien danach trachten, einander zu betrügen. Der Ausschluß der sechs protestantischen Grafschaften von Ulster, den die Regierung schon vor dem Kriege, damals in einer Begrenzung auf sechs Jahre, wenn auch vergeblich, den Konservativen als Kompromiß vorgeschlagen hatte, wird von den Tories so aufgefaßt, daß er dauernd sein soll, wenn auch ausdrücklich der Ausgleich als ein Provisorium vorgeschlagen ist. Die Nationalisten aber trösten sich über die Anstößigkeit dieses Ausschlusses dadurch hinweg, daß sie ihn so aufnehmen, wie er vorgeschlagen ist, als eine vorübergehende Kriegsmaßnahme. Aber die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Konservativen mit ihrer Auffassung Recht behalten werden. Die Begrenzung des Ausgleiches auf zwölf Monate nach dem Kriege ist nur eine Mindestgrenze, und wenn das Reichsparlament, in dem wahrscheinlich nach dem Kriege keine liberale Mehrheit sitzen wird, keine Änderung beschließt, so kann das Provisorium auf unbestimmte Zeit verlängert werden, wenn es die britische Regierung für gut hält, bis zum St. Nimmerleinstag. Auch die anderen Bestimmungen des Ausgleiches zeigen, daß die Londoner Regierung den Iren lediglich aus Furcht jetzt einen Schein von Selbstregierung geben will, aber, aus eben dieser Furcht heraus hat sie Vorjorge getroffen, daß ihr Irland nicht aus der Hand gleiten soll.

Eine dauernde Befriedung Irlands wird sie mit diesen Mitteln schwerlich erreichen. Es ist nicht zu erwarten, daß sich Irland mit einem dauernden Ausschluß Ulsters, das mehr als ein Viertel der irischen Bevölkerung umfaßt, zufrieden geben wird. Versucht man dennoch, Ulster dauernd herauszunehmen, so wird sich Irland für betrogen halten und in die schärfste Opposition gehen, die sich kaum mit legalen Protesten begnügen wird. Im anderen Falle wiederum werden die Ulsterleute und die Tories rebellieren. Man sieht, das irische Problem ist durch den jetzt auf der Tagesordnung stehenden Ausgleich, der nur eine Verlegenheitsmaßnahme ist, nicht gelöst, sondern lediglich hinausgeschoben. Und selbst von diesem spärlichen Gewinn steht manweilen keineswegs fest, daß man ihn ohne weitere Fährnisse wird bergen können. Irland könnte nur durch eine volle und ehrliche Autonomie zufriedengestellt werden. Die will man ihm nicht geben so wird es auch weiter drohend vor Englands Tür zur Zukunft stehen.

## Englands Abneigung gegen Amerika.

Von

Joseph Herrings.

Es wird in Deutschland vielfach überraschen, daß England, das doch so überaus reichlich mit Kriegsmaterial aller Art von den Vereinigten Staaten von Amerika versehen und mit Sympathie- und Kundgebungen seitens der anglo-amerikanischen Presse geradezu erdrückt wurde, von großer Bitterkeit gegen Onkel Sam erfüllt ist.

Das gilt übrigens, wenn auch vielleicht in nicht ganz demselben hohen Maße, auch von den übrigen Mitgliedern der Entente. Nicht lange vor seinem vor einigen Wochen erfolgten Tode schrieb der bekannte amerikanische Schriftsteller Richard Harding Davis, von einer Reise durch die kriegsführenden Länder zurückgekehrt, überall sei er einer tiefen Erbitterung gegen Amerika begegnet, die sich in Paris und London häufig bis zu Haß steigere. Der amerikanische Schriftsteller Byell Fox erklärt, dieselbe Erfahrung gemacht zu haben. Gerade in Deutschland sagte er, das von allen kriegsführenden Mächten vielleicht Grund zur Beschwerde über die amerikanische Neutralität habe, merke man immer noch am wenigsten davon.

Amerikanische Zeitungskorrespondenten in London, die besuchsweise in Berlin weilten, haben dem Schreiber dieser Zeilen gegenüber kein Hehl aus der in England gegen ihr Heimatland herrschenden Stimmung gemacht, die sich oft in der rohesten Weise geäußert habe. Die Amerikaner waren schon vor dem Kriege in England mehr als unbeliebt, aber man ertrug sie damals, wie man einen minderwertigen Verwandten wegen seines Geldes erträgt. Nicht der amerikanische Vergnügungsreisende oder der Geschäftsmann hatten dieses Gefühl des Widerwillens wachgerufen, sondern der amerikanische Proh, der englischer als die Engländer sein wollte.

Wer noch im Zweifel ist, ob nicht diese englische Abneigung gegen alles Amerikanische bloß in der Phantasie oder der Ueberempfindlichkeit weniger existiere, der kann sich dem Zeugnisse eines so hervorragenden Engländer wie des Lord Cromer, des einstigen Prokonsuls von Aegypten, nicht verschließen, zumal es unbeabsichtigt auch die Gründe andeutet. Lord Cromer hat dem amerikanischen Journalisten Edward Marshall eine Unterredung gewährt, in deren Verlaufe er offen heraus sagte, er müsse zugeben, daß in England ein tiefer Groll (deep resentment) gegen die Vereinigten Staaten im Wachsen begriffen sei. Diese Unterredung ist von den bedeutendsten amerikanischen Blättern veröffentlicht worden und wird wohl (was freilich weder in der Absicht des englischen Staatsmannes noch seines Ausragers liegt) vielleicht den Amerikanern die Augen darüber öffnen, wie sie mit England daran sind.

„Ob diese Abneigung nur eine vorübergehende oder eine bleibende sein wird,“ erklärte Lord Cromer weiter, „wage ich nicht zu entscheiden. Zweifellos hegt der intelligente Durchschnitts-Engländer die Meinung, daß Euren Politikern nicht zu trauen ist.“

Mit seinem Hohn versichert Lord Cromer dem Berichterstatter, daß niemand in England erwartet habe, die Amerikaner würden in dem Krieg mitmachen, und fährt dann fort: „Jeder denkende Engländer gibt heute zu, daß es besser für unsere Sache war, daß Ihr nicht mitgemacht habt. Aber wir machen einen feinen Unterschied zwischen Eurer Regierung und Eurer Volke und glauben, daß die wahren Amerikaner gerne mitgemacht hätten.“

Das ist die Quittung eines englischen Staatsmannes für die vielen Liebesdienste der amerikanischen Regierung.

„Wir fühlen uns behindert durch die Haltung mancher dieser Amerikaner in Washington, die heute dort die wahren Amerikaner repräsentieren,“ grollt Lord Cromer, und man wundert sich wie diese „wahren Amerikaner“ sich wohl in seinem englischen Kopfe malen. „Aber wenn wir Engländer es auch für besser hielten, daß Ihr nicht mitmachtet (die sauren Trauben!), so glauben wir doch, daß Eure Moral und Euer Prestige einen schweren Schlag durch Eure Untätigkeit erlitten hat. Wir meinen auch, Euer Präsident hätte nicht alle die vielen Proteste gegen die Kriegsführung der Alliierten zu erheben brauchen!“

Lord Cromer erteilt dann der anglierten Presse der östlichen Staaten Amerikas ein Lob, weil nur sie allein sich gegen „deutsche Untriebe in Amerika“ gewendet habe, und erinnert dann daran, wie England den Vereinigten Staaten im Kriege gegen Spanien die Stange gehalten habe. Er war damals Prokonsul in Aegypten.

## Die Pariser Beschlüsse aufgehoben.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

\* Amsterdam, 13. Juli.

Wie mein Londoner Gewährsmann meldet, sind die auf der Pariser Wirtschaftskonferenz gefassten Beschlüsse auf Ersuchen Frankreichs und Rußlands aufgehoben worden. Die maßgebenden Stellen dieser Länder befürchten, daß die Verwirklichung der Beschlüsse große Gefahren für den Handel mit den Neutralen nach sich ziehen würde.

Dieser Nachricht wird selbstverständlich widersprochen werden, betone deshalb jetzt schon, daß sie aus maßgebender, zuverlässiger Quelle stammt.

Der Meldung unseres Amsterdamer Mitarbeiters ist zweifellos eine erhebliche innere Wahrscheinlichkeit zuzusprechen. Es ist nicht nur von deutscher und neutraler Seite, sondern selbst aus dem Bierverbandlager wiederholt betont worden, daß die Pariser Beschlüsse undurchführbar sind und daß jeder Versuch, sie zu verwirklichen, nur die schädlichsten Folgen für die Urheber des Planes haben könnte, die Mittelmächte und ihre Bundesgenossen nach dem Kriege wirtschaftlich „einzukreisen“ und vom Welt-Handelsverkehr abzuschließen. In England ist sogar von amtlicher Stelle aus gesagt worden, daß die Beschlüsse der Pariser Konferenz für die britische Regierung nicht bindend seien. Die Hebrden des in England vielgefeierten australischen Ministerpräsidenten Hughes, die leidenschaftliche Agitation der englischen Schutzöllner, hat die besonnenere Kreise nicht irre gemacht. Ja, es hat sich sogar gezeigt, daß selbst ein erheblicher Teil dieser Schutzöllner gegen die Pariser Pläne Stellung nahm, derjenige nüchtern denkende Teil, der es begreiflicherweise vorzieht, nach dem Kriege mit den Zentralmächten Handelsverträge abzuschließen zu können, um gerade durch solche Verträge eine sichere Grundlage für eine durch feste Zölle geschützte Produktion zu erhalten.

In den übrigen Ländern des Bierverbandes, insbesondere in Rußland, ist man mit stillschweigender Duldung der Regierungen förmlich Sturm gelaufen gegen das übertriebene Beginnen, durch wirtschaftliche Aushungerung der Mittelmächte die eigene Volkswirtschaft zu zerrütten und — als Nebenwirkung — gänzlich in die wirtschaftliche Abhängigkeit von England zu geraten, dieser Engländer, die schon im Kriege ihre Bundesgenossen auswuchern. Namentlich in Rußland trat die Furcht vor dem Verlust des deutschen und des österreichisch-ungarischen Geschäfts ganz offen zutage, im ganzen Bierverband die Furcht vor einer energischen Auflehnung der Neutralen, und in noch höherem Grade vor dem gewaltigen wirtschaftlichen Truhbau, dessen Umrisse sich in Mitteleuropa aus dem Nebel der Zukunft abzuzeichnen beginnen.

## Italiens Vorbehalt.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

\* Lugano, 13. Juli.

Die „Stampa“ erfährt aus Rom, die ungewöhnliche Bewegung und Tätigkeit im Ministerium des Aeußern, die zahlreichen Besprechungen ließen auf wichtige Vorgänge schließen. Es fällt auch auf, daß Ministerpräsident Boselli mit seinem Vorgänger Sallandra eine lange Unterredung hatte, über die das strengste Schweigen gewahrt wird. Sehr wichtig seien auch die Konferenzen in London. Schahminister Carcano werde sich auch der immer dringender werdenden Frage der Schiffsmieten und Kohlenversorgung annehmen. Im übrigen teilt eine amtliche Note vom 12. d. M. über die Reise des Schahministers mit: In allen wirtschaftlichen Maßnahmen, die Kriegszwecken dienen, gehe Italien unbedingt mit seinen Bundesgenossen; dagegen bleibe die Entscheidung über alle Abmachungen und Vorkehrungen, die sich auch auf die Zeit nach dem Kriege beziehen, dem Parlament vorbehalten.

Karl Federn.

Wie einer der berufensten neutralen Beurteiler sich über die Pariser Pläne noch gestern geäußert hat, geht aus folgender Meldung hervor:

\* Stockholm, 13. Juli.

Der Professor der Volkswirtschaft Gustaf Cassel schreibt heute in „Svenska Dagbladet“: „Man muß schon eines jeden Sinnes für historische Perspektiven ermangeln, um zu glauben, daß die Entente Lebenskraft genug besitzt, um lange nach dem Friedensschluß zu bestehen. Das Programm der Pariser Wirtschaftskonferenz ist nichts als Phrasendrescherei. Die Ententeländer machen sich rein lächerlich, wenn sie davon reden, daß die jetzt zwei

„Nationaltheater“ meldet aus Stockholm: Über die Grebeerei noch das Ministerium des Aeußern haben bisher nähere Mitteilungen erhalten, was die Engländer mit dem aufgeführten schweblichen Amerika-Dampfer „Stockholm“ vorzunehmen gedenken, nachdem er in Liverpool angekommen ist. Man glaubt, daß die 2000 Pfund Kupfer, die der Dampfer mitführen, beschlagnahmt werden. Es wird gemeldet, daß die Durchsuchung in Rotterdam außerordentlich sorgfältig ist; allen Stellen werden die Beschlüsse abgefordert.

Speyer, 13. Juli.

Man hat in den letzten Tagen, die geeignet sind, die Befehle auszuführen, die Entente über die Grebeerei noch das Ministerium des Aeußern haben bisher nähere Mitteilungen erhalten, was die Engländer mit dem aufgeführten schweblichen Amerika-Dampfer „Stockholm“ vorzunehmen gedenken, nachdem er in Liverpool angekommen ist. Man glaubt, daß die 2000 Pfund Kupfer, die der Dampfer mitführen, beschlagnahmt werden. Es wird gemeldet, daß die Durchsuchung in Rotterdam außerordentlich sorgfältig ist; allen Stellen werden die Beschlüsse abgefordert.

erwartete im Lande, zu dem (bemerkte der Redner mit wohl- angebrachtem Spott) auch die deutsche Schweiz gehört, daß diese ungemein breitspürigen und ins Kleinliche sich versterkenden Ber- handlungen beendet würden, nachdem sie schon drei Wochen lang

wir den Dichter Kriffow, den „Tatarbulgaren“, den geist- vollen Karikaturzeichner Polshinow, den Direktor der National- bibliothek, des Theaters und überhaupt alles, was ohne amtlichen Lad sich der Beachtung erfreut und an Einfluß auf die Volks- seele weit über den amtlichen Kräftekreis liegt, die weitaus interessanteste Gesellschaft der Hauptstadt und Bulgariens. Unsere Abgeordneten wußten das zu würdigen; bei keiner andern Ge- legenheit waren sie so rege teilnehmend wie in diesem Kreise, dessen Gedanken beherrschend und befruchtend auf die fremden Be- sucher wirkten. Abgeordneter Naumann wußte diesen Eindrücken sehr glücklichen Ausdruck zu geben.

Die Absicht.

Der Sonderzug ist wieder bereit. Für alles ist umfänglich gesorgt, wiederum dank der Unermüdblichkeit des Befandien Schrapraschikow. Persönliche Abschiedsworte auf dem Bahnhof- GröÙe und Musik, der Zug nimmt die Richtung nach Kistenbil. Ein sehr hübsches Reiseprogramm verpricht unserm Lands- leuten, das Schöne zu sehen, das Bulgarien zu bieten hat. Das ist das Kloster Rilo und seine Alpenumgebung, das schöne Wald- gebiet Tschamurija, das Balkangebirge und die felsamste aller bulgarischen Städte, Tirnowa, dann das Küstenland des Schwarz- meeres und schließlich eine Fahrt auf der Donau von Kustschuk bis Belgrad durch die herrliche Felsenenge des Eisernen Torres. Bulgarien reicht darüber hinaus, dank dem Bündnis mit Deutschland.

Theater und Musik. Beethovenzyklus IV.

(Schluß.)

Köln. Beethovens erste und die Helbensinfonie waren die Orchesterorgane des letzten Abends. Beide Werke sind in Abend- roth s Auffassung dem Publikum bekannt. An der ersten war die klare Zeichnung der Holzbläserstellen, die dieser Schöpfung gegenüber den Einflüssen Horns und Mozarts ein fortschrittliches Gepräge auf- drücken, besonders zu rühmen; an beiden Werken, die bis in die ge- schmeibigen Werthaltungen vor dem Wiedereintritt wichtiger Themen, bis in die sorgsame Abwägung der Klanggruppen und die charakte- ristische Stimmungsfärbung der einzelnen Sätze vordringende Aus- arbeitung überall zu spüren, beiden war Beethovensche Größe und Eigenart in fests überlegendem Grade zu eigen. Mit dem nach- haltigen Eindruck der großartig aufgearbeiteten Eroica schieden die Hörer von dem Raum, wo ihnen durch das städtische Orchester und seinem Reichtum ein: das Land erret Kinder sollen ihr lieben! und auch viele tausende Erwachsener sind dabei — uns fällt Reichliches Wort ein: das Land erret Kinder sollen ihr lieben! Fahnenstangen und Blumenregen, deutschelieder und Heilrufe aus Zehntausenden von Reihen. So betreten unsere Landsleute die bulgarische Hauptstadt.

Trinkbare Männer hat unsere Heimat entsandt. In dem großen Saal des bulgarischen Offiziersclubs bilden an hufförmiger Tafel die Deutschen und Bulgaren ihrer Volkstretelungen bunte Reihe; zu gut bereiteten Gerichten werden gute Tropfen geschenkt. Der deutsch verteilten Begrüßungsrede des Vorsitzenden der Sodranie Dr. Wassiljew, durch die das Bündnis klingt, daß heute das deutsche Volk zu dem bulgarischen ohne Mittelpersonen spricht, folgt die Erwidernng Wassermanns, des Majors Wassermann. Klang- voll und markig, in guter Haltung, läßt unser Nationalliberaler keine abgerundeten Sätze dahingelien; er ernen lauten Beifall bei seinen Landsleuten und den Bulgaren. Das Ereignis des Tages ist der Fackelzug der Schüler und der Wagenreiter, der an dem Offiziershaufe anhält. Tausende froher Gesichter, mazedonische Fahnen, Posteln und Laternen; Musik und Gieder; Dr. Tschernow- Swanow ruft den Deutschen im Namen der Mazedonier ein Will-

Gedanken, die hier getauscht wurden. Dann trat unser alter bulgarischer General Kutinischew heran, entfaltete langsam ein Blatt Papier und las mit rühmiger Betonung und Ausprache in deutscher Sprache, deren Geheimnisse er jetzt erst begonnen hat sich anzueignen, den Willkommengruß des bulgarischen Heeres. Wer Jahr- zehnte auf der Balkanhalbinsel gelebt hat, an dessen Auge alle die dramatischen Geschehnisse bulgarischer Geschichte vorübergezogen sind in greifbarer Nähe, der vermag kaum den Wechsel der Dinge zu verstehen, dessen Umfang er besser als jeder andere erfassen kann. In treuer Waffenbrüderschaft stehen hier Vertreter des bulgarischen und des deutschen Heeres beieinander; neben ihren Fahnen wehen die Sternreich-ungarns und der Türkei; und drüben im feindlichen Lager erscheinen dem geistigen Auge die Fahnen der einstmaligen Befreier Bulgariens aus der Türkenherrschaft, der Russen. Mit Stolz und Freude begrüßen sich Deutsche und Bulgaren, während russische Kreuzer im Schwarzem Meere ihre Geschütze auf bulgarische Städte richten.

Ein verlängertes Frühstück Milch—Zaribrod.

Die Umrisse des Befandien Schrapraschikow hat den kleinen Sonderzug, der von Sofia gekommen war, und der nun mit den Göttern nach Sofia zurückkehrt, in ein gut gehaltenes Gasshaus verwandelt. Jeder der Reisenden hat seine Kammer, durch Karten bezeichnet, und angenehm klingt die Glocke d. den Zug, die zum Frühstück in den blumengeschmückten geräumigen Speisewagen ruff. Zwanglos verteilen sich die Gäste und ihre Begleiter; Frei- sinn neben Agrarertum, Zentrum neben Nationalliberalen. Aus freundslichem Gefände mit grünen Berglehnen und goldenen reifen Ahrenfeldern taucht der Zug in die trostlose Steinwildnis der Nissa; eine Landschaft auf dem Monde umgibt uns; senkrecht stürzen die von der launenhaften Gestaltungsverkraft der Natur ge- formten Felsengänge zu dem Flusse ab, dessen Ufer wir in zahl- reichen Tälern durchschneiden. Von guter Frühstückstafel beobachtet sich das alles in Gemütsruhe, und bei trefflich getühlten deutschen Tropfen schreit man selbst nicht vor den glühenden Felsen des Nissawales zurück. Station Beta Palanta. Eine Überraschung. Der kleine Ort hat viele hundert Blumen und jungen Begrüßungs- land; die Kleinen überreichen Blumen und jungen Begrüßungs- lieder. Einer der deutschen Abgeordneten fragt, in welcher Sprache selungen wird, Serbisch oder Bulgarisch, ein Beweis, daß er in etwigen Stunden schon mehr vom Balkan gelernt hat, als es früher am Schreißlich möglich gewesen war. Die Kinder langen Bul- garisch, aber sie werden Serbisch heute noch besser verstehen. Nach zehn Jahren bulgarischer Herrschaft wird man kein serbisches Wort mehr hören, wie man auch bis 1879 hier niemals Serbisch ge- sprochen hat.

In Piroi wiederholt sich das Bild. Dichtestehender Bahnhof, Schulfelder und Gieder, Blumen und Ansprachen, Erwidernngen unserer Abgeordneten, die auslingen in dem Wunsch, daß das bulgarische Volk dank der Waffenbrüderschaft der Bulgaren mit den Deutschen und ihren Verbündeten behaupten möge, was es im Kriege errungen hat, und daß dann ein segensreicher Frieden das Volk auf dem Wege des Fortschritts zu den höchsten Höhen der Besittung führen möge. Dank den umfichtigen Maßregeln findet sich immer ein junger Mann, der die deutsch gesprochenen Worte ins Bulgarische übersezt, obgleich dies weniger nötig ist, als man in Deutschland glauben mag, denn Deutsch ist seit jeher diejenige fremde Sprache, die am besten auf der Balkanhalbinsel verstanden wird. Es gibt allerdings noch deutsche Gesandtschaftler sogar in Berlin, die auf deutsche Briefe regelmäßig französische Antworten nach der Balkanhalbinsel senden!

Hinter Piroi durchziehen wir das Schlachtfeld der Novembertage 1885. Die Bulgaren hatten die bis Sluwnitz, 30 Kilometer vor Sofia, gelangten Serben zurückgeworfen, waren den Weichenden auf den Bergen geblieben und hatten sie mit Ungestüm bei Piroi gepackt. Nach zweitägigen heftigen Kämpfen wichen die Serben auch hier zurück gegen Nisch. Friedlich liegen jetzt die Weinberge da, in denen damals erbittert gekämpft worden war. Dort hielt

Deutsch-Bulgarisches.

Augenblicksüber vom Besuch der deutschen Abgeordneten. Nisch.

Ein kleiner Sonderzug hat uns von Sofia nach Nisch gebracht. Auf einen wundervollen Balkanmorgen ist die Hühnwelle des Sommervormittags gefolgt; sie brüht über der Ebene von Nisch und über dem staubigen, ungläublich langweiligen Städtchen; sie brüht über dem Bahnhof, wo jetzt die letzten Vorbereitungen für den Empfang der deutschen Gäste getroffen werden. Bunle serbische Teppiche schütten von den Mauervänden ihre freiliegenden Farben aus, und kaum weniger bunt bohren sich die Bilder der fächernden Teppiche in unsere Augen. Selbstgefällig lächelnd erscheint ein junger Künstler und nagelt zwei Brustbilder rechts und links vom Eingange auf die Teppiche. Der zufriedene Säugling scheint von der Russenpartei zu sein, denn die beiden hohen Herrschaften, die sein Knieel darstellten wollte, setzen von den Bildern recht bekümmert in die sonnige Welt, etwa so, wie die Russen es wünschen mögen. Der Bulgar ist sonst ein nach- sichtigter Kunsttrichter, aber hier scheint er. Ein Nachwort des königlichen Kommissars, Befandien Schrapraschikow, der mit der Leitung des Empfanges betraut ist, befeitigt die Kunstergnisse des soartigen Säuglings, der zuerst an diesen Ernst der Dinge nicht glauben will.

Deutsche und bulgarische Offiziere erscheinen; die eine Hälfte des Bahnhofs gehört den einen, die andere den andern. Auch General- leutnant Kutinischew, der bulgarische Generalinspektor der Morawalanden, tritt ein, ein alter guter Freund und Kamerad, der sich in den Kriegen 1877, 1885 und 1912/13 bewährt hat und nun jüngern Kräften überlassen hat, vor dem Feinde Lorbeeren zu pflücken. General Kutinischew ist einer der beliebtesten Offiziere des bulgarischen Heeres, gesund und fröhlich, mit Ber- ständnis für Befehrsführung und Saitenklang, immer zuverlässig, ein einfacher Soldat, der ohne Generalstab keine Wege zum Siege gegangen ist. Zu seinem roten Gesicht steht der weiße Schnauz- bart vortrefflich.

Nisch ist eroberte serbische Stadt. Einst schlangen hier bulgarische Herzen; ein bulgarischer Erarchatsbischof lang seine Gturgen in albulgarischer Sprache; dann wurde Nisch 1878 zu Serbien ge- worden, und alkmächtig verschwand das Bulgarentum. Auf Serbisch sagt uns ein Bürger der Stadt: „Meine Familie ist rein bulgarisch; mein Vater ist als bulgarischer Komitadschi er- schossen worden, aber wir Kinder haben nicht mehr Bulgarisch lernen dürfen; erst meine Kinder werden in Nisch wieder Bulgarisch reden.“ Tot und staubig liegt die Stadt da, niemand außer dem Präfecten und dem Bürgermeister, beide aus Alt- Bulgarien hierher versetzt, zeigt sich am Bahnhof, um die Deutschen zu begrüßen; vielleicht weiß niemand davon. Buntlich dampft der Balkanzug, der die Deutschen bringt, in den Bahnhöfen. Die bekannten Balkanzuggefielner zeigen sich an den Fenstern, als eine bulgarische Militärmusik ein deutsches Be- grüßungslied anstimmt. Deutsche Offiziere, ernst und sonnigbräunt, schmächliche Altadefiguren, einige junge Offiziersdamen, die dauernd in Konstantinopel bleiben wollen, schwarze und graue Krankenschwestern, schleierte türkinnen — ausnahmsweise darf Pierre Loti sie wirklich nicht für sich beanspruchen — und wenige uniere trefflichen deutschen Schlaftwagenwächter. Etwas fremd wirken in dieser Welt die stämmigen armenische Levantiner; dazuweisen Abgeordneten Wassermann, Naumann, Mayer, Dietrich, die nun mit ihren Kollegen Stresemann, Erzberger, Müller-Meinungen, von Heybrandt und dem Mitglied des preussischen Herrenhauses Fürsten Lubekti in einfachen Reifeln dem Zug entstiegen. Auf die mit Nachdruck und Herzlichkeit gesprochenen Willkommens- worte des Befandien Schrapraschikow erwiderte hier zum ersten- mal auf bulgarischem Boden der älteste der deutschen Gäste, Heyde- brandt. Es waren von Herzen kommende, zu Herzen gehende

## Der Deutsche Frieden.

Von Paul Fuhrmann, Mitglied des Abgeordnetenhauses.

An allen Fronten hämmern die Feinde gegen die stählerne Wehr unserer Truppen. In atemloser Spannung lauscht die Welt, lauschen wir auf jede Nachricht über das furchtbare Ringen. Jeder Gedanke scheint jetzt den Tapferen dort draußen zu gehören, die mit beispiellosem Mute sich den unauslöschlichen Dank des Vaterlandes verdienen. Und doch ist gerade in diesen Tagen, wo das militärische Drama sich über den Frieden und die von ihm für unsere Zukunft zu erhoffenden Sicherheiten im Gange gewesen. Das darf nicht wundernehmen; denn die militärischen Ereignisse sind nicht vom staatsmännischen Willen gesteuert. Das darf nicht dienen. Keine Gefühlserschütterung darf bei allen Schrecknissen des jetzigen erbitterten Kampfes die für so viel dahingegebene Trüben, daß die Verantwortung, die für so viel dahingegebene Leben auf uns allen ruht, nur dann von uns getragen werden kann, wenn das im Friedensschluß erzielte Ergebnis den gebrachten Opfern entspricht und von unseren Kindern und einst als ausreichende Sicherung ihres staatlichen Lebens und wirtschaftlichen Wirkens anerkannt werden kann.

Wenn der Frieden kommt, wer will das wissen! Noch liegt kein Anzeichen dafür vor, daß der Wille unserer Feinde, uns zu vernichten, gebrochen ist, ganz zu schweigen davon, daß sie geneigt seien, Bedingungen auf sich zu nehmen, die uns als notwendige und ausreichende Basis unserer Zukunft erscheinen. So werden wir uns denn damit abfinden und um noch in einem dritten Kriegsjahre um unser Dasein und um die Möglichkeit unseres politischen und wirtschaftlichen Aufstiegs zu kämpfen. Nicht leichtes Herzens. Zu reichlich fließen draußen die Ströme Blutes, und zu groß sind die Opfer und Entbehrungen daheim, als daß es einen einzigen in Deutschland gäbe, der das Kriegsende nur um einen Tag ohne Not verzögern möchte. Aber gerade diese neuen Ströme Blutes draußen und diese Entbehrungen daheim haben uns mit erschreckender Klarheit unseren Hauptfeind gezeigt, der in seinem rücksichtslosen Willen zu unserer Vernichtung uns das alles aufzwingt. Darum weiß unser Volk, wofür es jetzt weiter zu bluten und zu darben hat. Unser Volk weiß, daß es in dem neuen dritten Kriegsjahre den großen Schlag gegen diesen Hauptfeind England zu führen gilt. In diesem letzten großen Ringen werden wir, wenn es sein muß, unsere Kräfte zu verdoppeln haben, um zu dem entscheidenden Siege und damit zu dem Deutschen Frieden zu gelangen.

Nicht nur militärisch wird in den kommenden Monaten um den Inhalt dieses Friedens gerungen werden. Die diplomatischen Kräfte werden sich gleichermaßen messen. Im Innern aber wird es Aufgabe sein, einen möglichst einheitlichen nationalen Willen zu schaffen, der unserer äußeren Politik Ziele weist und für den leitenden Staatsmann gleichzeitig das machvollste Instrument schafft, diese Ziele zur Verwirklichung zu bringen. Für die Schaffung eines solchen einheitlichen nationalen Willens hat die Regierung leider bisher nichts getan. Wohl aber sind viele wertvolle Kräfte aus dem Volke selbst längst dafür tätig gewesen. Aus dem Kreise der politischen Parteien, der großen wirtschaftlichen Organisationen sowie der geistigen Berufe ist immer erneut der Versuch unternommen worden, dem Bilde der deutschen Zukunftsnotwendigkeiten eine konkrete Form zu geben. Alle diese Bestrebungen zusammenfassend wirkt seit Jahresfrist unter dem Vorsitze eines unserer besten nationalen Männer, des Professors Dr. Dietrich Schäfer, der „Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden“. Tausende gleichgesinnter Vaterlandsfreunde haben ihm seitdem ihre Zustimmung zu seinen Zielen erklärt und ihre Mitarbeit zugesagt. Diese Ziele, die vor allem in der Schäferschen Schrift „Zur Lage“ ihren allgemeinen Ausdruck gefunden hatten, haben ihre nähere Erläuterung und Begründung in einer Reihe von Flugchriften erhalten, die den im Osten und Westen durch den Friedensschluß zu lösenden Fragen gewidmet waren.

In diesen Versammlungen und Besprechungen sind die Gedanken der Bewegung durch das Land getragen worden. Alle Berichte der Mitarbeiter betonen, daß die große Mehrheit unseres Volkes sich in ihrer Auffassung mit den allgemeinen Grundgedanken des Ausschusses einig fühlt. Diese weitgehende Einheitlichkeit der deutschen Meinung öffentlich

## Die neue Verwaltung in Serbien

Von Major du Bois

L

Belgrad, Ende Mai 1916.

### Allgemeine Hilfsaktion

Die Versorgung Serbiens mit Lebensmitteln stellte Oesterreich-Ungarn vor eine ungemein schwierige Aufgabe. Man vergegenwärtige sich nur einmal, in welcher schlimmer wirtschaftlicher Lage sich Serbien schon zu Anfang Oktober 1915 befand, nach den Kriegsjahren und dem Aufgebot seines gesamten Heeres. Die ganze Landesproduktion war zurückgegangen, und die ohnehin böse Situation hatte sich infolge des allmählich das ganze Land einkreisenden Krieges geradezu juchendbar gestaltet. Dazu kommt, daß sich Oesterreich-Ungarn selbst schon längst im Kriege befand und sich ebenfalls genötigt sah, mit seinen Vorräten haushälterisch umzugehen. Gleich nach Beendigung der militärischen Aktion hat sich die neue Regierung an die Verbesserung der Zustände gemacht. In allen zwölf Kreisen wurden Versorgungsstellen eingerichtet, welche die zur Ernährung der Bevölkerung erforderlichen Lebensmittel, an arme Familien unentgeltlich, an Wohlhabende gegen Bezahlung, in genügender Menge abgeben konnten. Zur Verteilung kamen namentlich Mehl und Mais, später auch Kleidungsstücke, die aus Oesterreich-Ungarn stammten. Trotz erheblichen Transportschwierigkeiten hat diese Organisation ihren Zweck erfüllt und eine Hungersnot in Serbien verhütet; die Krise konnte so ohne Verlust an Menschenleben überwunden werden, der — die Geschichte weist Beispiele davon genug auf — ohne solche tatkräftige Maßregeln wohl hätte eintreten können.

Die langen Kriege, die Epidemien sowie der nicht minder menschenmordende Rückzug des serbischen Heeres haben in Serbien viele Kinder zu Waisen gemacht, deren sich die Regierung annimmt; sie hat die Schaffung von zwölf Waisenanstalten, für jeden Kreis eine, angeordnet, in denen hauptsächlich die Soldatenwaisen untergebracht werden sollen. Es ist vorgesehen, daß für den Anfang etwa 2000 daselbst Aufnahme finden. Vier von diesen Waisenhäusern sind bereits eröffnet, die übrigen sollen noch vor Jahresende bezogen werden. Die Kinder werden schon im zartesten Alter aufgenommen und bleiben bis zum zwölften Altersjahr in der Anstalt. Die Kosten für Unterhalt und Bekleidung trägt Oesterreich-Ungarn.

### Öffentlicher Unterricht

Vor dem Kriege lag der Volksunterricht zum Teil ziemlich im Argen; die Analphabeten machten einen Großteil der Bevölkerung aus, und in vielen Gemeinden gab es überhaupt keine Schule. Im Jahre 1912 wurde zwar durch ein neues Gesetz der Primarschulunterricht obligatorisch erklärt; allein infolge der politischen Ereignisse war die serbische Regierung außerstande, das Gesetz durchzuführen, und während des letzten Krieges war es mit dem Unterricht übel bestellt. Im März konnte die neue Verwaltung an die Wiedereröffnung der Volksschulen gehen; so daß nun die allermeisten Gemeinden eine Schule besitzen und rund 37,000 Knaben und 11,000 Mädchen Unterricht genießen. Für die Mädchen sind überdies Haushaltungsschulen vorgesehen, in welchen sämtliche Fächer der praktischen Haushaltung und der Hygiene gelehrt werden sollen. Der Unterricht wird in serbischer Sprache und zwar von österreichisch-ungarischen Offizieren und Unteroffizieren, vorzugsweise von serbisch sprechenden Kroaten, erteilt; für die Mädchenklassen sind auch einige weibliche Lehrkräfte angestellt. Fast alle sind im Besitz eines staatlichen Lehrpatentes und sind erfahrene Schulmänner; vor ihrem Amtsantritt besuchen sie in Belgrad dreimonatige Spezialkurse, um die Verhältnisse in Serbien sowie die besondere Unterrichtsmethode kennen zu lernen.

Die Regierung ist bemüht, im Unterricht alles Gute, was die ehemalige serbische Schule bot, unter Anpassung an die neuen Verhältnisse beizubehalten. Die Hauptänderung besteht in der Abschaffung des sog. kyrilischen Alphabets, welches sich für den Verkehr zwischen den Ländern der Monarchie und Serbien als gar zu verwickelt erwies, und seiner Ersetzung durch die lateinischen Buchstaben. Ich habe zwei Schulen, einer Zwölfklassenschule in Belgrad und einer Landschule, unangemeldet einen Besuch abgestattet und konnte dabei feststellen, daß die Schulkinder reinlich gehalten und sauber gekleidet — in Belgrad sogar sehr gut gekleidet — waren, dem Unterricht aufmerksam und eifrig folgten und, wenn der Lehrer an die ganze Klasse eine Frage richtete, wetteiferten, aufgerufen zu werden. Das Verhältnis zwischen Lehrer und Schülern schien gut zu sein, und alle Klassen, in der Stadt wie auf dem Lande, machten einen vorteilhaften Eindruck. Schulmaterial und Räumlichkeiten verrieten zwar keinen großen Aufwand, genügten aber allen Ansprüchen in bezug auf Behaglichkeit und Hygiene; allerdings wiesen einige Klassen eine verhältnismäßig zu große Schülerzahl auf. Der Unterricht ist obligatorisch, doch schiden die Eltern die Kinder gern zur Schule; der Schulbesuch ist gut, so daß die Behörde in diesem Punkt keine Strenge zu zeigen braucht.

Am 1. Juli wird die Regierung eine Realschule nebst Internat für 1000 Knaben in Belgrad eröffnen, in welcher alle einschlägigen Fächer gelehrt werden sollen.

### Landwirtschaftliche Schulen

Die Tätigkeit des Militärgouvernements steckt sich indessen noch weitere Ziele; sie plant eine für Serbien neue Einrichtung, welche für diesen vorzugsweise landwirtschaftlichen Staat,

in welchem aber die Landwirtschaft im allgemeinen noch sehr primitiv betrieben wird, segensreiche Folgen zeitigen wird: die Regierung beabsichtigt, in jedem der zwölf Kreise eine landwirtschaftliche Schule zu gründen. An eine solche sollen die fähigsten, mit zwölf Jahren aus der Volksschule austretenden Knaben, ferner die Zöglinge der Waisenhäuser und schließlich die vielen Kinder übertreten, die infolge von Auswanderung oder aus andern Gründen keine Familie mehr und daher keinen festen Wohnsitz besitzen. Solche Schulen sind mehrere im Betrieb; die in Belgrad habe ich besucht. Auf einem ausgedehnten Grundstück befinden sich die verschiedenen, zur Unterkunft der Zöglinge (jede Schule soll deren 200 zählen) bestimmten Baulichkeiten. Die Zimmer sind sauber und lustig in der Art von Kasernenstuden. Küche und Speisesaal vervollständigen die Einrichtungen für den Unterhalt der Schüler, die auf Kosten Oesterreich-Ungarns gespeist und gekleidet werden. In erster Linie werden den Zöglingen die Vorschriften betreffend Reinlichkeit und Hygiene beigebracht, die zumal in einem Lande unerlässlich sind, in welchem Epidemien so viele Opfer hingerafft haben; eine Bade- und Douchenanlage dient zur praktischen Unterweisung. Ueberhaupt ist der gesamte Unterricht aufs Praktische gerichtet; in besonderen Gebäuden sind Werkstätten für Schreiner, Wagner, Hufschmiede und Schlosser eingerichtet, wo die Zöglinge, außer den allgemeinen landwirtschaftlichen Kenntnissen, noch einen der Spezialberufe erlernen, die ihnen dienen und gegenwärtig in Serbien sehr wenig entwickelt sind. All die verschiedenen landwirtschaftlichen Arbeiten werden auf dem Schulgut von den Schülern selber verrichtet, sowohl der Landbau wie die Besorgung des großen Viehstandes.

Neben diesen Landwirtschaftsschulen legt das Militärgouvernement Mustergüter an, um einen gewissen Großgrundbesitz zu verwerten und den noch nach alter Schablone schaffenden Bauern Mustereispiele vor Augen zu führen, sodann auch um jungen Leuten, die ohne Familie, aber für die Waisenanstalten bereits zu alt sind, Beschäftigung zu bieten. Zwei von diesen in der Umgebung von Belgrad gelegenen und bereits bewirtschafteten Mustergütern habe ich besucht. Ihr Betrieb wird methodisch durchgeführt und läßt sich gut an; der Gemüßbau, der in Serbien nicht sonderlich entwickelt war, wird in großem Maßstabe betrieben. Einfach gebaute, aber praktische Stallungen beherbergen einen schönen Bestand von Vieh jeder Art, welches sorgfältig gezüchtet wird. Dazu kommen die verschiedenen Werkstätten für die Nebenberufe in der Landwirtschaft; hier arbeiten Soldaten unter Mitwirkung von jungen Serben, die sich nicht nur auf dem Gutsbetrieb betätigen, sondern sich auch gegen mäßigen Entgelt der Gesamtbevölkerung nützlich machen, welche ihre guten Dienste immer häufiger in Anspruch nimmt.

### Kultus

Die serbische (griechisch-orientalische) Landesreligion ist ohne jede Aenderung beibehalten worden; der Gottesdienst wird regelmäßig von den serbischen Priestern gehalten, da das Militärgouvernement darauf bestanden hat, daß sich kein Geistlicher aus der Monarchie in die religiösen Angelegenheiten Serbiens mischen solle. Die Priester sind im großen ganzen in Serbien verblieben; dagegen sind die Bischöfe und hohen kirchlichen Würdenträger fortgezogen, ein Umstand, der die Wiederherstellung regelmäßiger Kultübungen schwierig machte. Sie wurden, soweit es den Kultus selbst betrifft, nicht ersetzt, die neue Regierung sah sich jedoch genötigt, an ihrer Stelle Zivilpersonen zu ernennen, welche sich ausschließlich mit den Verwaltungsfragen zu befassen haben.

Die Kirchen sind zu allermeist entweder von den Wirkungen des Krieges verschont geblieben oder, wenn sie beschädigt waren, wieder renoviert worden. Zurzeit wird in mindestens zwei Dritteln aller Kirchen wieder Gottesdienst gehalten.

## Das französische Nationalfest

(Von unserem Korrespondenten)

3 Paris, 15. Juli.

Die französische Regierung hat am zweiten Nationalfest im Kriege die Toten ehren und zugleich dem Pariser Volke Gelegenheit geben wollen, den eigenen und den verbündeten Soldaten seine Dankbarkeit und seinen freudigen Zukunftsglauben zu zeigen. So kam eine Festlichkeit zustande, wie Paris seit der Rückkehr der Krieger des lombardischen Feldzuges keine erlebt hat. Es war kein Siegesfest, sondern ein Fest der Trauer und der Hoffnung; beide sind Geschwister, die zusammen groß geworden sind und die man nicht mehr trennen kann. Die Trauer wurde nicht nur durch jene Angehörigen der fünfhundert ersten Kriegssopfer vertreten, denen der Präsident der Republik die Erinnerungsdiplome überreichen ließ. Wer unter den ungeheuren Volksmassen hätte nicht seinen Teil mitzutragen am allgemeinen Opfer? Die Hoffnung schritt strammen Marsches im Militärgewand durch die großen Straßenzüge der Hauptstadt, in französischer, in belgischer, in englischer und in russischer Uniform.

Schon in den frühen Morgenstunden war ganz Paris auf den Beinen. Man folgte den Regimentern, die auf die Esplanade vor dem Invalidenhotel zur Reue zogen. Der Himmel machte ein trübes Gesicht, und als das Signal „Achtung steht“ geblasen wurde und der Präsident Poincaré vorfuhr, da goß es in Strömen vom Himmel herunter. Der Präsident ließ sich nicht stören und schritt entblößten Hauptes die Fronten der etwa zehn- oder zwölftausend Mann ab. Die Marseillaise ertönte und die Fahnen verneigten sich grüßend.

Jenseits der Brücke Alexander III., in der ungeheuren Halle des Grand Palais, war die Tribüne errichtet, auf der die Regierung der Republik, die Präsidenten von Senat und Kammer, die Botschafter und Chefs de Mission Platz nahmen. Die Musik der republikanischen Garde spielte die Marseillaise und alle Nationalhymnen der verbündeten Länder. Die Stimmung war begeistert und zugleich feierlich; denn jenseits der Tribüne standen etwa tausend Personen in Trauer: die Vertreter der Familien der ersten fünfhundert Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, die für das Vaterland gefallen sind. An sie richtete Präsident Poincaré seine Rede, deren Inhalt Ihnen der Draht übermittelt hat. Präsident Poincaré sprach mit seiner hellen Stimme klar, ohne jegliches Pathos. Er sprach seinen Zuhörern sichtbar aus dem Herzen, und als er mit der Versicherung schloß, daß, je mehr Frankreich den Krieg hasse, es um so mehr die Rückgabe aller seiner Provinzen, derer, die seit Monaten und derer, die seit 46 Jahren unter der Invasion leiden, dringen müsse, damit die französische nationale Unabhängigkeit endgültig gesichert sei, da erhob sich ringsum Beifall, in den auch die Trauerfamilien einstimmten. Darauf begann das Defilee der Vertreter der Gefallenen, da eine Witwe mit ihrem Kind, dort ein Greis, hier ein blutjunges Söhnchen. Zu jedem abgelesenen Namen ruft ein Offizier «Mort pour la Patrie». Der Präsident überreicht die Diplome, drückt den Frauen die Hand, küßt die Kinder, küßt auch einen alten Veteran aus dem siebziger Krieg, der in den ersten Wochen des Weltkrieges seine drei Söhne verloren hat. Dazu spielt die Musik die «Béatitudes», denen die «Marche héroïque» folgt.

Le destin tranche les jours  
Mais ils revivront toujours...

Mächtig erhoben sich die Chöre und sangen die «Gloire» zum Lobe der Helden:

Gloire, éternelle aurore...  
O gloire! écho sonore  
Des chants victorieux...

Unter den Klängen der Marseillaise reitet der Gouverneur von Paris, General Dubail, mit seinem Generalstab an und postiert sich gegenüber der Estrade des Grand Palais. Und nun beginnt das Truppedefilee. In dichten Pelotonreihen ziehen sie vorüber: französische Truppen aller Waffengattungen, die Soldaten der Kolonien, Araber, Anamiten, dann Engländer und Schotten, Indier, die aussehen wie die Fürsten. In tadelloser Haltung rücken russische Bataillone an. Prachtige blonde Riesen mit sanften Kinderge Gesichtern. Wie sie auf der Höhe der Präsidententribüne angelangt sind, stoßen sie ein dröhnendes dreifaches „Hurra“ aus. Die Sinne mögen kaum zu fassen, was da alles vorüberzasselte und -rauschte. Die Luft war erfüllt von den Klängen der Trommeln

und Trompeten, in die sich die schrillen Töne der arabischen Rubas und dann wieder das Gedudel der schottischen Sackpfeifer mischten. Dann Kavalleriefanfaren, wiehernde Kasse, ein Wald von Lanzen, dröhnendes Geschütz und ratternde Mitrailleurswagen...

Doch wenn man Fühlung mit dem Volke nehmen wollte, mußte man sich auf die großen Boulevards begeben. Dort belagerte die Menge seit Stunden die Trottoirs. Alle Fenster, alle Balkone waren überfüllt, auf den Dächern hatten sie sich festgesetzt. Unaufhörlich brausten die begeisterten Rufe und das Händeklatschen durch die Luft, unaufhörlich regnete es Blumen auf den Strom glänzender Bajonette. Es war, als wollte die Menge jeden einzelnen Mann umarmen und küssen. Hatte sich der Begeisterungssturm einen Augenblick ermüdet, so brach er wieder los, wenn sich eine besonders sympathische militärische Figur zeigte: ein mit Dekorationen bedeckter blutjunger Offizier, ein Kompaniechef, dem ein Arm fehlte. Die Alliierten hatten einen riesigen Erfolg, von dem man glaubte, er könne nicht überboten werden. Aber die Franzosen verstehen es, über den Freunden die eigenen Leute nicht zu vergessen. Als die französischen poilus heranrückten, da wurde der Jubel unbeschreiblich. Es war eine Kundgebung, deren Herzlichkeit ans Herz griff. Man spürte, wie die Liebe, die Dankbarkeit ausströmte und sich über die wackern Krieger ergoß. Viele Männer und Frauen in Trauer weinten. Aber ihre zitternden Hände klatschten dennoch Beifall, und mit tränenerstickter Stimme riefen sie: «Vive la France, vive notre chère Patrie». Gern will man alle Opfer, alle Schmerzen tragen, wenn nur Mutter Frankreich lebt.

Und daß Frankreich leben wird, dafür hatte diese Menge, dieses wie kein anderes vaterlandsfromme Pariser Publikum Gewißheit. Es hat trübe Tage hinter sich, und es weiß, daß noch vieles zu erdulden sein wird. Aber es sieht rosige Hoffnungen am Horizont, Hoffnungen, die von allen Bürgern der Nation, vom Präsidenten der Republik bis zum einfachsten Arbeiter, vom Generalissimus bis zum hintersten Soldaten geteilt werden. Nie ist Frankreich einiger gewesen als an diesem Nationalfest 1916, enig in seinen patriotischen Zielen, enig im Bewußtsein, daß Frankreich für eine gute Sache seine ganze Pflicht getan und sein Neuestes hergegeben hat, enig auch im Bewußtsein, daß ein Volk, das so seine Traditionen aufrecht erhalten kann, auch den Willen und die Kraft haben wird, die furchtbaren Wunden, die ihm der Krieg geschlagen, zu heilen.

Expedition: Effingerstraße 1

656 Telefon 656

Inserate: Saassenhein & Fogler

Postkonto 111/327

des Postvereins: halbjährlich Fr. 25.—, vierteljährlich Fr. 12.50  
66and-Zufendung. Man abonniert direkt bei der Expedition  
Postanweisung. — Inzerionspreis für die Schweiz 30 Gts. die  
für das Ausland 40 Gts. Reklamapreis Fr. 1.50 die Zeilzeile. —  
Saassenhein & Fogler in Bern und deren Filialen im In- und Auslande

### Die neue Verwaltung in Serbien

Von Major du Bois

#### II.

#### Sanitarische Maßnahmen

Serbien, das sich nun schon länger als drei Jahre im Kriege befindet, hatte um so bößere Epidemien durchzumachen, als die serbischen Aerzte in der Mehrzahl einberufen wurden. Zur Zeit der Eroberung war insolgedessen der sanitarische Zustand höchst traurig. Das Militärgouvernement hat aufs umsichtigste alle Maßnahmen zur Sanierung dieser Lage getroffen. Die ärztliche Leitung des Landes hat ihren Sitz in Belgrad, wo auch sämtliche Institute für das ganze Land sowie die Heilmittelreserven vereinigt sind, so ein Laboratorium für Bakteriologie und Infektionskrankheiten, ein Institut für Impfungen gegen Tollwut, ein orthopädisches Institut, sämtliche Reservespitäler usw. Die früheren Zivilspitäler in Belgrad werden auch weiterhin von den alten serbischen Aerzten geleitet, soweit sie der Krieg nicht anderswohin verschlagen hat.

Im übrigen Lande steht der sanitarische Dienst unter der Leitung von zwölf Kreisärzten, deren Aufsicht die bezüglichen Bezirksärzte (auf jeden Bezirk entfällt ein Arzt) unterstellt sind. Alle diese Aerzte sind österreichisch-ungarische Militärärzte, zumeist solche, die zum Frontdienst nicht mehr geeignet sind. Außerdem kommt auf jede größere Gemeinde, bzw. Gruppe von kleineren Gemeinden ebenfalls ein Arzt.

Die Zahl der auf das ganze Land verteilten österreichischen Aerzte beläuft sich auf 200, welchen 65 serbische Militär- oder Zivilärzte beigegeben sind, die entweder nach dem Kriege heimgekehrt sind oder aus der Gefangenschaft entlassen wurden. Außerdem sind noch fünf ausländische sowie 32 Aerzte speziell an den Spitälern in Belgrad vorhanden.

In jedem der zwölf Kreise gibt es ein Zivilspital, ferner ebensolche in den Hauptorten des Landes. Diese Spitäler verfügen insgesamt über ungefähr 10,000 Betten. Ueberall werden bedürftige serbische Zivilpersonen unentgeltlich behandelt und gepflegt.

Diese Sanitätsorganisation und die energischen Maßnahmen haben die vormals in Serbien wütenden Epidemien fast völlig zum Erlöschen gebracht; es findet sich heute kein Infektionszentrum mehr im Lande, es kommen vielmehr nur noch ganz vereinzelte Fälle von epidemischen Krankheiten vor, die über das ganze Gebiet hin verstreut sind. Die Zahl der Einzelfälle selbst hat bedeutend abgenommen; so gab es in der ersten Maiwoche im ganzen Lande nur noch 32 Fälle von Flecktyphus, während sich noch im März wöchentlich mehr als die doppelte Zahl Krankheitsfälle ereigneten. Die Cholera ist sozusagen erloschen, und auch die Pocken treten nur noch sehr selten auf.

Diejenige epidemische Krankheit, gegen welche die energischsten Maßnahmen angeordnet werden mußten, ist der Typhus; er hat schon vor dem Kriege unter der serbischen Bevölkerung große Verheerungen angerichtet. Diese furchtbare Krankheit wird durch das Ungeziefer übertragen; Reinlichkeit ist also das beste Vorbeugungsmittel. Ueberall im Lande wurden Desinfizierungsanstalten errichtet und die Einwohner den schärfsten Reinlichkeitsvorschriften unterworfen; die Kontrolle der Reisenden ist sehr streng: sämtliche Lokalzügen Reisende müssen sich der Desinfizierung unterziehen. Die Krankenpflege ist ausgezeichnet, da die Sterblichkeitsziffer für Typhuskranke weniger als zehn Prozent beträgt.

Die früheren Apotheken werden weitergeführt, teils unter Leitung ihrer alten Besitzer, teils von abkommandierten Militärpersonen, wenn die Besitzer nicht wieder heimgekehrt sind.

#### Öffentliche Arbeiten

Das Militärgouvernement nimmt auf die öffentlichen Arbeiten besonders Bedacht; es verwendet neben dem eigenen Militärpersonal eine große Zahl russische Gefangene, auch Serben beider Geschlechter, welche dafür bezahlt werden. Zunächst ging man daran, alle durch den Krieg verursachten Beschädigungen auszubessern; die dringendsten Arbeiten sind erledigt, doch ist noch bei weitem nicht alles getan. Außer Neuanlagen wurde im ganzen Lande die Ausbesserung von Straßen, Wegen usw. in Angriff genommen.

#### Landwirtschaft

Serbien, das keine Industrie besitzt und ausschließlich vom Ackerbau lebt, hat in diesem Winter eine schwere Krise durchgemacht. Der Krieg, der sich gerade zur Zeit der Herbstsaat über das ganze Land ausdehnte, hat dieselbe fast völlig verunmöglicht, und als sich der Krieg weiterhin verzog, waren keine Leute kein Vieh, keine Saat mehr im Land vorhanden. Die Oesterreicher wurden die Gefahr inn

64

## Unser Bündnis mit Bulgarien.

I.

O. M. Sofia, Anfang Juli.

Man tritt, von neutralem schwankendem Boden kommend, bulgarisches Land mit einem dankbaren Gefühl der Erleichterung. Nicht daß es die Rumänen an Gastlichkeit fehlen ließen, oder daß politische Leidenschaften den ruhig dahinlebenden Fremden störten; man lebt und reist sogar in dem vom Krieg nur halb berührten Lande angenehm und fast wie im Frieden. Aber der Krieg mit seinen tausend Leiden hat in uns eine Sentimentalität geschaffen, die allen Boden als heiliger und sicher empfindet, der mit uns kämpft, buldet und siegen will. Phäakisches Land wird so auch unwirtlicher Strand, der fremdartig anmutende braune bulgarische Soldat zum Bruder und mühselige lange Reise auf Eisenbahnen, die vor allem und zuerst dem Kriege dienen, zum gern getragenen Opfer. Denn es reist sich nicht leicht in Bulgarien, dessen Männer im Feld stehen, wo alle Verkehrsmittel dem großen Ziele des Sieges zufließen, ohne Rücksicht auf Bequemlichkeit des einzelnen, und wo vier Jahre Krieg alte Fortschritte vernichtet, neue verhindert haben.

Die Grenzsperrung an der unteren rumänisch-bulgarischen Donaugrenze bei Rustschul zwang mich, von Bukarest auf ungarisches Gebiet bei Desova überzugehen und von dort zu Schiff den bulgarischen Hafen von Palanka zu erreichen, von wo eine Bahn über den Isterdurchbruch des Balkans nach Sofia führt. Die lange Schlange des Zuges bezwang nur mühsam und in neunzehn Stunden den Weg, den man im Frieden in sechs Stunden zurücklegt. Jede Station brachte neue Abteilungen von Soldaten, Kriegsharte, verwetterte Gestalten, viele durch die Weihen dreier blutiger Kriege gegangen. Bulgarisches Frauenlos stand schlacht und in sumner Natürlichkeit an manchem der neuen sauberen Bahnhöfe; ein Eisenbahnunfall lehrte vier Stunden in der Nacht auf einsamer Strecke das Warten in Gesellschaft jener ungetrennlichen Begleiter südlischer und östlicher Heere, die sich in den fetten Polstern der Wagen einnistet hatten. Vom Balkan heruntersteigend führt die Bahn durch die fruchtbare Hochebene, die südl. begrenzt ist durch die Schneehänge des Witoshstokes, und zu dessen Füßen liegt Sofia, die ländlich schöne junge Hauptstadt der Bulgaren, dem fernen Auge angezeigt durch die weithin schimmernden Goldkuppeln der Kirche der Heiligen Kyrrill und Methodius, die wie mit dem Kreuz geschmückte ungeheure Helme heiliger Streiter als Wahrzeichen über Stadt und Ebene ruhen. Es gehört zu den rührendsten geistigen Merkmalen dieses kleinen bäuerlichen Volkes, daß es eine der ersten Laten seines Parlaments nach der Befreiung von der Türkenherrschaft war, den Bau dieses Danktempels zu beschließen, dessen reicher Schmuck aus den armen Taschen der Bauern wundersam entstand. So trug einst ein mythisch-gläubiges deutsches Geschlecht die Taler in Säcken zu den Stätten am Rhein, wo fromme Baummeister die blumenhaften steinernen dem Himmel entgegenbauten. Glaube und Zeit drängten hier zu anderen Formen, aber es ist im Grunde nur die Fähigkeit eines Volkes, tief zu empfinden, welche die großen Denkmäler der Kirchen entstehen läßt.

Ich hatte Bukarest gefunden, wie es sich schmückte, um die Unabhängigkeit Rumäniens mit einer Parade der Garnison zu feiern: es war das tendenziöse Fest selbstzufriedener Neutralität, die mit allen Waffen und Einrichtungen des Krieges vor die Bürger trat, um ihnen zu versichern, daß sie wachsam und mächtig sei. Zufällig traf ich auch Sofia im Feierkleide, denn man erwartete die Abordnung des deutschen Reichstags, die auf ihrer bulgarischen Reise nach der Hauptstadt kam. Läßt man alles Selbstverständliche bei Seite, was bei solchen politischen Anlässen gedacht und geredet werden kann, so bleibt das eine bedeutsam, daß das bulgarische Volk zum ersten Mal den politischen Bund, den seine Regierung geschlossen und das Heer vollzogen hatte, mit der Würde bürgerlicher und freundschaftlicher Empfindungen feiner und haltbarer zu machen Gelegenheit hatte. Auch die Entente schickte ihre Parlamentarier von Rom nach Paris, von Paris und Petersburg nach London und umgekehrt, um nach der Folge von Enttäuschungen billige Symptome der Einigkeit und des Rechts zu schaffen. Aber die Völker, die jene Abordnungen vertraten, kannten sich seit langem und wissen wohl gegenseitig um Schuld und Ziel. Bulgarien und Deutschland aber wissen im Grunde nichts anderes von einander, als daß sie durch das ungeheure Walten dieses Krieges neben einander gestellt wurden

und daß sie in ihrer Seele den Spruch der Geschichte erst heiligen müssen. Den Willen hierzu zeigt hier alles, was man sieht. Die deutsche Sprache ist wie aus verborgenen Quellen ans Licht gekommen und erobert von Tag zu Tag neues Gelände. Die deutschen Sprachkurse sind überfüllt, es fehlt an Lehrkräften, und während es früher Gelehrte waren, die in Deutschland studierten und die deutsche Sprache als ihr geistiges Gut weiterpflanzten, ist es jetzt die Welt des Verkehrs, die nach der neuen Verständigungssprache Europas verlangt. Hier liegt das weite Gebiet organisatorischer Nachhilfe für Staat und Privatinitiative, denn es gibt im Völkerverkehr kein dauerhafteres Band als die Sprache; sie trägt das Buch und damit die Seele eines Volkes über die Grenze zu einem anderen und macht aus stummen, feindseligen Beobachtern fremden Lebens teilnahmsvoll hochherbe Zeugen anderen Strebens und Leidens. Das Bewußtsein, daß es gilt, den politischen Bund mit Deutschland, der zwar mit Blut geschrieben, aber noch nicht in das Blut der Völker gegangen ist, zu vertiefen und geistig sicher zu stellen, ist hienamentlich in den Kreisen der Literatur, Kunst und Wissenschaft sehr lebhaft. Es sind Bestrebungen im Gange, im Herbst den großen deutschen und österreich-ungarischen Städten durch bulgarische Künstler und Dichter Proben des bulgarischen Geisteslebens zu überbringen; ebenso ist man damit beschäftigt, die junge bulgarische Nationalliteratur durch gute deutsche ausgewählte Uebersetzungen zugänglicher zu machen. Eine weite notwendige Friedensarbeit ergibt sich so schon mitten im Kriege, der noch zu viele Kräfte tatsächlich und seelisch bindet.

Denn diesen Vorbehalt muß jeder gewissenhafte Beobachter des heutigen Bulgariens machen: das Land und seine Bewohner sind, obwohl seit Monaten der Krieg hier unten still steht, weit mehr als Deutschland unter die große Frage der Endentscheidung gestellt. Ich mußte es mir versagen, diesen Eindruck in der Provinz wahrscheinlich noch verstärkt zu sehen, da der Kriegszustand das Reisen erschwert und kein dauerhaftes gültiges Bild des Landes gewährt hätte. Aber hier in der Hauptstadt sieht man genau: Bulgarien ist wie ein Mensch, der sich mit kühnem weitem Sprung aus dem wilden Meer seiner letzten Schicksale auf eine Klippe geredet hat, und nun steht er, zwar seiner Rettung freudig bewußt und entschlossen, kräftig sich dem neu gewonnenen Leben zuzuwenden; noch aber schlagen die Brandungen an seinen Fuß und suchen ihn wieder herunterzureißen. So ist das politische und wirtschaftliche Leben Bulgariens schon voll von künftigen Aufgaben, welche die Geister beschäftigen, indes der Staat, der sich nicht Phantasien hingeben darf, sondern auf dem Boden bleiben muß, durch den an seinen Grenzen immer in neuen Gestalten drohenden Krieg gezwungen ist, jede endgültige Arbeit aufzuschieben. Dies ist der Grund, weshalb die Regierung dem eben einberufenen Parlament kein Budget vorlegen kann, sondern die provisorische Bewilligung der Ausgaben fordert; deshalb muß man sich zu Steuermaßnahmen entschließen, die wie die Erhöhung des Ausfuhrzolls auf Tabak nur den Handel mit den Verbündeten treffen und die zwar bringende besondere Ausgaben wie die Erhöhung der Beamtengehälter ungefähr zu decken vermögen, die aber den Staat, der in anderen Dingen auf das verbündete Ausland angewiesen ist, in Mangel versetzen. Aber auch sonst spürt man die suspendierende Wirkung des Krieges: in Sofia warten umfangreiche Neubauten auf den Maurer oder auf Kredite. Beide sind jetzt nicht zu beschaffen. Wer durch die neuen Viertel der Stadt geht, sieht: hier ist eine große moderne Stadt im Geiste schon gebaut; ganze Straßenzüge liegen abgesteckt da und warten auf die Fassade. Die Universität ein neues königliches Schloss und nun noch der Neubau der deutschen Gesandtschaft, für welche die Pläne schon vorliegen, sind drei große architektonische und monumentale Aufgaben, die allein auf dem Boulevard Zar Osmoditel, der großen politisch-historischen Straße Sofias, fällig sind. Es ist verständlich, daß sich an einem solchen Zustand des Übergangs in neue Zeiten frohe Zuersticht so gut wie Furcht und Zweifel üben kann, je nach Temperament, Kenntnis der Dinge oder nach Stellung zu den Geschäften, die Bulgarien an diese Wende seiner Geschichte führten. Wer gewissenhaft und sorgfältig prüft, wird zu einer Auffassung der Lage Bulgariens kommen, die es vorzieht, keine letzten Urteile zu fällen. So gewiß es ist, daß Bulgarien durch eine entscheidende Wendung des Krieges zu Gunsten der Entente in einen unaufhaltsamen inneren und äußeren Zusammenbruch gestürzt würde, so gewiß darf es die Hoffnung haben, zu gesunden und glücklichen Zuständen zu reifen, wenn das Ende des Krieges die Politik

seiner heutigen Leiter rechtfertigt. Daß diese Alternative zwingend ist, hat es bewirkt, daß auch diejenigen, die den heutigen Weg widerwillig gegangen sind, wünschen müssen, ihn bis zum Ende zu gehen. So ist der Bund Bulgariens mit uns aus dem Bereich des Menschenwerks in das gesetzmäßige Gebiet des geschichtlichen Geschehens gerückt und eng verwachsen mit unserem und Europas Schicksal.

Dieser Zusammenhang und die täglich in wirtschaftlichem oder politischem Verkehr gestellte gemeinsame Interessenfrage reizen die öffentliche Meinung beider Länder natürlich zu Urteilen über Wesen, Charakter und Zukunft der Länder. Die besten Bulgaren verlangen und erhoffen von uns Vertreten in die junge unverdorrene Kraft ihres Volkes, aus der ihre Vaterlandsliebe die Möglichkeiten für die Errichtung des Staates gewonnen hat. Ich will dieses Vertrauen, das, je nachdem es fundiert ist, alles oder nur eine Phrase sein kann, weder fördern noch verwerfen, sondern mich darauf beschränken, ein Bild der inneren und äußeren Lage Bulgariens zu geben und von den Männern zu sprechen, die an Bulgariens Schicksal hastig arbeiten. Die Grundlage unseres Urteils über ein fremdes Volk und unsere Erwartungen, die wir an die Beziehungen mit ihm knüpfen, muß die Kenntnis seines Entwicklungsstandes sein. Deutscher Rechtsinn wird dann nur das Billige und Kluge erwarten. Bulgarien steht vor einer zweiten Befreiung. Die erste verdankte es Rußland, und das Denkmal des Befreierzaren in Sofia errichtete ein italienischer Künstler in einer Epoche europäischer Geschichte, in der noch ein gemeinsames Ideal der Nationalismus aller Völker verband, die sich heute zerfleischen. Die Ereignisse haben gelehrt, daß jenes Ideal Grenzen in dem Egoismus der Staaten findet, und Bulgarien hat dies am stärksten erfahren, da Rußland das äußerlich befreite Land in die nachgebildeten Fesseln seiner verderbten inneren Zustände legte, weil seine Politik die innere Befreiung des bulgarischen Volkes zu fürchten hatte. Diese zu vollziehen wird, wenn unsere Sache siegt, die Aufgabe der nächsten bulgarischen Generation sein, und Deutschland muß ihr dabei helfen. Ein weisem und sprachfremdes Volk, bringen wir den Bulgaren andere Formen und Anschauungen des öffentlichen Lebens mit. Wenn dieses Fremde auch viele Schwierigkeiten findet, so übt es doch sichtlich heute schon einen starken Reiz auf denkende Bulgaren aus, weil die Fruchtbarkeit und Kraft dieser besonderen deutschen Staatswesen sich zur Zeit jedem Unbefangenen ergeben. Wenn die Regierung mit Rußland leicht, aber nicht haltbar war, so wird die mit Deutschland wohl schwerer, aber vielleicht fester sein. Mit welchen bulgarischen Bestandteilen dabei zu rechnen ist, will ich versuchen, darzulegen.

# Die wirtschaftliche, militärische und politische Bedeutung der „Deutschland“-Fahrt.

Von unserem Vertreter.

W. Berlin, 17. Juli.

Am 1. Juli schrieb die „Nowoje Wremja“ zur Aufhebung der Londoner Seerechtsdeklaration durch die Vierverbandsmächte:

„Endlich — — nach 23 Kriegsmonaten. Aber besser spät als gar nicht. Die Londoner Deklaration kam nur den Deutschen und den Neutralen zugute. Sie wurde bei Kriegsbeginn von den Verbündeten leider nicht fallen gelassen, weil sie in einigen Punkten der Deklaration einen Vorteil für sich sahen. Als sich immer mehr herausstellte, daß die Deklaration nur den Deutschen Nutzen brachte, wurden zunächst einzelne, die Deutschen besonders begünstigende Bestimmungen verbessert. (1) Die volle Aukerkräftigung dieses von den Deutschen erfundenen Dokumentes ist jedenfalls viel einfacher und zweckmäßiger. Schade, daß es erst jetzt geschieht.“

Die russische Presse gleicht in mehr als einer Hinsicht dem gewissen Tier im Porzellanladen. Aber ihre Offenherzigkeit ist erfrischend. Recht ist, was Vorteil bringt. Was nicht Vorteil bringt ist ein „von den Deutschen erfundenes Dokument“ und gehört in den Papierkorb. Mit anderen Worten ein Recht, ein Völkerrecht gibt es nicht. Von Biernerhand nicht mehr.

Da fuhr die „Deutschland“ nach Amerika. Nach Ueberwindung der ersten Verblüffung erhob sich die ganze Vierverbandspresse wie ein Mann und erklärte: das ist wieder eine deutsche Niederträchtigkeit. Wo bleibt das Recht, das Völkerrecht? Das Schiff ist ein Kriegsschiff und muß interniert werden, denn, — — wir verzichten darauf, die geradezu lächerliche Reihe von Argumenten aufzuzählen, in denen besonders die französische Presse Großes geleistet hat, man hätte lieber ganz offen sagen sollen: denn es bietet „keinen Vorteil für uns“. Und das stimmt in der Tat.

Nun aber hat sich gerade Amerika seit jeher auf den Standpunkt gestellt, daß keine neue Erfindung imstande sei, das alte Völkerrecht über den Haufen zu werfen, auch wenn sie sich mit ihm nur schwer in Einklang bringen läßt. Daß Handelsschiffe bewaffnet sein dürfen, zur Verteidigung, war nie bestritten, daß sie aber gegen U-Boote unter allen Umständen zum Angriff bewaffnet sind, hatte bei den Dampfern des Vierverbandes die Praxis gelehrt. Einerlei, sagte Wilson zu uns, das macht miteinander aus, ich kann gegen die Bewaffnung zu Verteidigungszwecken nichts einwenden, und wenn eure U-Boote dadurch in Gefahr kommen, so müßt ihr eben mit den U-Booten keinen Kreuzerrieg führen. Was Recht ist, bleibt Recht, und daß die Engländer euer Land aushungern wollen, geht mich nichts an.

Nicht gerade sehr Nebovill gedacht, aber juristisch unangreifbar. Es steht in der Tat nirgends geschrieben, daß Handelsschiffe nicht zur Verteidigung bewaffnet sein dürfen. Aber es steht auch nirgends geschrieben, daß sie über Wasser fahren müssen. Wenn sie auf den Einfall kommen, unter Wasser zu fahren, so ändert das am Völkerrecht nichts, technische Neuerungen haben ja auf das Völkerrecht keinen Einfluß. Kurzum, Amerika war in seiner eigenen Schlinge gefangen. Falls es wirklich Neigung gehabt haben sollte, der „Deutschland“ den Charakter des Handelsschiffes abzuspüren, es konnte den verdrehten Beweisführungen des Vierverbandes keine Folge leisten. Die „Deutschland“ ist ein reines Handelsschiff, das nicht einmal eine Revolverkanone bei sich führt. Sie hat die Blockade durchbrochen. Sie ist „brunter-durch“-gefahren. Wie man zu Anfang des Krieges gerade in Amerika Deutschlands angebliche Herrschucht verspotten wollte, indem man sang: „Deutschland, Deutschland über alles“ (die Alliierten), so kann man das „über“ jetzt in sein Gegenteil verkehren. Ein deutsches Handelsschiff liegt in Baltimore, und diese Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen.

Diese Tatsache aber ist gleichermaßen moralisch wie wirtschaftlich, militärisch und politisch von gar nicht zu überschätzender Bedeutung. Als die Alliierten sahen, daß sie mit ihren Märschen nicht durchdrangen, versuchten sie ihre Erregung zu bemeistern und die Bedeutung des weltgeschichtlichen Vorganges herabzusehen. Es gelingt ihnen das eine so wenig wie das andere. Denn sie selber zeigen doch nur, mit welchem Schrecken sie den wahren Sinn der Sache erfaßt haben. Der moralische Gewinn bedarf also keiner Kommentare mehr. Aber auch den wirtschaftlichen sollte man lieber nicht lächerlich machen. Die „Deutschland“ muß nach ungefähre Schätzung etwa 100 Waggons führen können. Das ist kein Pappentier, wenn die Ware richtig gewählt wird. Und wenn erst mehr von diesen Schiffen die sogenannte englische „Blockade“ ad absurdum führen, so wird es uns nicht mangeln an den Dingen, deren Mangel uns vielleicht bisher am empfindlichsten berührte. Gerade hier aber haben wir auch eine der besten politischen Nebenwirkungen. In England droht man den Amerikanern mit der Abschneidung der kanadischen Zufuhr, wenn sie uns Gummi und Zinn verkaufen. So würde also Amerika zum ersten Male am eigenen Leibe wenigstens ein wenig von dem erfahren, was die kleinen neutralen Nationen bisher unter dem englischen „Schutz des Rechtes und der Freiheit“ erlitten haben. Und Amerika wird sich fortan auch gefallen lassen müssen, unter diejenigen gerechnet zu werden, die sich durch den deutschen Versuch, die Blockade zu sprengen, „kompromittiert“ haben. Es geht nichts über Anschaulichkeit. Die „Deutschland“ in Baltimore ist für die Amerikaner eine gute Lehre. Welche finanzielle und diplomatische Bedeutung im übrigen der freie Austausch in Briefen, Dokumenten und Gold zwischen Deutschland und Amerika besitzt, von den eigentlichen Waren abgesehen, braucht nicht erst näher umschrieben zu werden.

Aber nicht minder groß ist die militärische Bedeutung der Tatsache, daß die englische Seeblockade gebrochen ist. Eine „Fernblockade“ hat man sie genannt. Von heute ab muß sie noch viel entfernter werden. Sie muß an die amerikanischen Küsten verlegt werden und den ganzen Ozean umspannen, wenn sie ein kleines Periscope verhindern will, frei zu passieren. Auf Tausende und Abertausende von Seemeilen müßte der Vierverband ein dichtes Patrouillennetz einrichten, soll der Erfolg nicht dem Zufall überlassen bleiben und damit die Blockade noch weniger effektiv werden als sie schon bisher war. Wir hören, daß ein französisches Geschwader außer den Engländern

bereits jetzt dem einen Boote auslauert; die Flotte unserer Feinde wird stark in Anspruch genommen sein, wenn das so weiter geht. Dem Gegner zu beschäftigen und zu zerplündern ist aber gerade im Seekampf eine Hauptaufgabe.

Die allgemeinen politischen Folgen der neuen Sachlage endlich sind heute noch nicht abzusehen. Daß man sich durch die amerikanische Anerkennung des friedlichen Charakters der Untersee-„Deutschland“-Klasse vor einer neuen Sachlage befindet, muß auch die Presse des Vierverbandes zähnelnd zugestehen. Sie kommt um dieses Faktum nicht herum. Und mit ihrer anfänglichen Drohung, das Schiff zu versenken, wo sie es finde, ist sie schon merklich stiller geworden. Daß man so verfahren wird, wenn man kann, bezweifeln wir nicht. Denn wir wissen, daß ungehemmte Rechtswidrigkeit für unsere Feinde etwas Selbstverständliches ist, wenn es ihnen Nutzen bringt. Aber wie steht es dann mit Amerika? Daß es dem englischen Botschafter gesagt haben sollte, die „Deutschland“ sei leider ein Handelsschiff, aber was man auf hoher See mit ihm anfangen könne, die Amerikaner nichts an, die englische Flotte möge sich also geduldig vor der amerikanischen Küste auf Lauer legen, klingt in dieser Form reichlich stark nach eigenem Fabrikat der „Times“. Denken allerdings mag man in amerikanischen Kreisen so. Denn auch Amerika hütet ja das Völkerrecht und die Menschlichkeit nur dort, wo es seine eigenen Interessen bedroht glaubt. Um seinen festgelegten Standpunkt aber kommt es trotzdem nicht mehr herum. Wenn daher wirklich der Versuch gemacht werden sollte, das Handelsschiff „Deutschland“ ungewarnt zu versenken, nachdem wir uns verpflichtet haben, trotz der ungeheuerlichen Grausamkeit des englischen Aushungerungsplanes auf dieses Mittel der Vergeltung und der Notwehr vorläufig zu verzichten, so würde die Situation denn doch erheblich anders liegen als bisher. Die Presse des Vierverbandes hat ja hinreichend dafür gesorgt, daß man angesichts eines solchen Versuches an ein Versagen, an eine entschuldige Verwechslung nicht glauben könnte. Und dann ständen wir grundsätzlich vor der Tatsache, daß England auf demselben Gebiet und in derselben Sache das für sich in Anspruch nimmt, was es in Eintracht mit der amerikanischen Regierung uns verwehrt hat. Daß dann noch die amerikanische Regierung und das ganze amerikanische Volk uns das Recht der Vergeltung wagen dürften abzustreiten, möchten wir bezweifeln.

Uebrigens ist es ja trotz der gegenteiligen Erklärung für die Zukunft und grundsätzlich durchaus nicht gesagt, daß nicht doch ein Amerikaner künftig einmal in einem solchen friedlichen Unterseeschiff weilt. Nachdem man amerikanische Sachverständige das Schiff hat untersuchen lassen, würde ja in bezug auf die Geheimhaltung Bedenken dagegen kaum bestehen. England jedenfalls hat die Pflicht, sich davon zu überzeugen, und es wäre das Ende aller Vernunft, wenn Amerika es von dieser Verpflichtung entbinden wollte.

Daß es schwer ist, ein friedliches Unterseeschiff von einem militärischen zu unterscheiden, sei unumwunden zugegeben. Aber wie sagt Wilson? Technische Neuerungen ändern das alte Völkerrecht nicht, und dieser Satz lehrt sich fortan nun gerade gegen diejenigen, die den Amerikanern am lautesten Beifall schrien, wenn sie ihn uns angesichts des Unterseebootskrieges entgegenhielten. So sind denn die politischen Folgen der neuen Situation tatsächlich unabsehbar, auch wenn wir ihnen vorläufig nur theoretisch gegenübersehen.

Für England gibt es keine Freiheit der Meere und kein Recht. Der erste Schritt, uns die Freiheit wiederzugeben, ist getan. Tag und Stunde sind noch nicht da, aber sie werden kommen, wo wir uns das Recht zurückschlagen, mit jedem zu verfahren nach seinem Verdienst.



## In der Sackgasse.

In Italien ist die Verworrenheit und Unsicherheit nachgerade so groß geworden, daß selbst der Minister rat zu keiner Entscheidung gelangen kann. Wenn man in Rom an all das, was man jetzt Deutschland zum Vorwurf macht, wirklich glaubte, dann könnte es für eine Nation, die ihre Würde über alles gestellt zu sehen wünscht, kein langes Besinnen geben. Aber beide Voraussetzungen treffen bei Italien nicht zu. Im Grunde wiederholt sich das alte Spiel: deutsche Gegenmaßnahmen, die nach lange bewiesener Geduld unvermeidlich geworden waren, werden mit Unterschlagung alles dessen, was sie erst hervorgerufen hat, zu Kränkungen und Rechtsverletzungen gestempelt. Die unmittelbare Wirkung ist der Schrei nach Vergeltung. Und das bedeutet, wie die Dinge heute liegen, unter Umständen den Krieg.

Man möchte den Krieg mit Deutschland in Italien, aber man möchte ihn auch wieder nicht, denn man fürchtet seine Folgen. Im Ministerrat selber ist man sich nicht einig über die Zweckmäßigkeit einer Kriegserklärung, über deren Begründung man sicherlich nicht verlegen wäre, wie die Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn gezeigt hat. Salandra hatte sich noch ein Hintertürchen offen gelassen. Er, der sogar an ein Zusammengehen mit Deutschland auf Kosten Oesterreichs dachte, und der immer ein Auge auf Rizza und einige französische Kolonien hatte, schien gegen Englands Diplomatenkünste einigermaßen gefeit. Aber das Kabinett Boselli-Bissolati hat sich nach und nach in solche Abhängigkeit von London und Paris begeben, daß es schwerlich noch zurück kann. Längst ist die am 21. Mai v. J. zwischen Deutschland und Italien getroffene Vereinbarung zum Schutze der Rechte und des Eigentums der beiderseitigen Staatsangehörigen von Italien mit Füßen getreten worden. Man braucht nur an das Toben des Pöbels gegen die Deutschen in den italienischen Städten nicht lange nach jener Vereinbarung zu erinnern und an die in großem Stil und unter gelegentlicher polizeilicher Hilfeleistung verübten Plünderungen. Seit einem Jahr schon zahlen die italienischen Banken die Guthaben deutscher Banken nicht mehr aus, und deutsche Staatsangehörige in Italien, die im italienischen Dienst standen, haben seit dem vorigen Sommer keinen Centesimo mehr empfangen. Man erinnert sich auch der brutalen Wegnahme deutscher Handelsschiffe in italienischen Häfen, die Italien so gut gebrauchen konnte. Auf den Schadenersatz warten wir heute noch. Zum Ueberfluß hat ja dann die italienische Regierung ihre Rechtsverletzungen formell bestätigt, indem sie der deutschen auf eine Anfrage hin erklärte, daß sie sich an die Vereinbarung vom 21. Mai 1915 nicht mehr gebunden halte. Viel zu lange hat Deutschland diese Proben italienischer Neutralität erduldet, und die Wirkung der jetzt getroffenen Gegenmaßregeln zeigt deutlich, daß hier wieder einmal zuwartende Langmut völlig unangebracht gewesen war. Ja, eine schlaue Regieführung in Rom sorgt dafür, daß wir zum Schaden noch den Spott haben, daß wir als die Urheber des neuen schweren Konflikts hingestellt werden, und daß den edlen Italienern etwas von deutscher Rechtsbeugung und Willkür vorgestunken wird. Das „Wolffsche Büro“ hat nun die schöne Aufgabe, die ganze Sache durch eine halbamtliche Erklärung wieder in Ordnung zu bringen. Wohl gemerkt, nachdem die „Agenzia Stefani“ das Prävenire gespielt und uns des Rechtsbruchs beschuldigt hatte.

So verfahren die Behandlung der deutsch-italienischen Beziehungen auch sein mag und so unzweckmäßig uns das rücksichtsvolle Verschweigen des angehäuften Konfliktsstoffes auch erscheinen muß, praktisch und faktisch ändert es natürlich gar nichts an unserem Verhältnis zu Italien, dem gegenüber Mißtrauen seit Ende Mai vorigen Jahres zur Grundlage jedweden Urteils geworden ist. Indem Italien den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftstagung beitrug, indem es sich zu einem Finanzabkommen mit England pressen ließ, ja, früher schon, als es, auf höhere Weisung, an Bulgarien und die Türkei den Krieg erklärte, hat es den unheilvollen

Königliche Zeitung

19. VII. 1916 87 19

## Englische Bedenken zur Pariser Wirtschaftskonferenz.

**Von der holländischen Grenze, 18. Juli. (Telegr.)**  
In bemerkenswerter Weise, ziemlich weit ausholend, beschäftigt sich die Nation mit der zukünftigen Politik des Vereinigten Königreichs, namentlich im Hinblick auf die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz. Das Blatt geht davon aus, daß das Unterhaus nie mit den auswärtigen Angelegenheiten befaßt worden sei, infolgedessen darüber auch keine Auffassung im Einklang mit den Erfordernissen der Nation besessen habe. Wo fester Boden sein sollte, habe es nur flüchtiges Erdreich gegeben. Vor dem Kriege habe es zwei natürliche Wege gegeben, keinen davon aber habe man eingeschlagen. Das Blatt schreibt weiter:

Wir konnten uns an Deutschland mit dem Anerbieten einer gemeinsamen Ordnung der Dinge in Westeuropa wenden, wodurch Frankreich und Belgien sichergestellt worden wären und an Stelle der Entente ein Einvernehmen zu dreien zwischen Frankreich, Deutschland und uns zustande gekommen wäre. Der Vorteil eines solchen Verhältnisses hätte darin gelegen, daß es eine allmähliche Herstellung des Konzerts und eine lange Herrschaft des europäischen Friedens erstrebt hätte. Es bot die Gefahr, daß es sich in einen Verband gegen Rußland auswachsen konnte, und daß Deutschland es in diese Form gegossen hätte. Auf der andern Seite bot sich ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Entente, eine Warnung an Deutschland, daß wir nicht gesonnen seien, zuzulassen, daß es Ost- und Westeuropa beherrsche und dazu unsere Vorherrschaft zur See bestreite; dabei sollte Deutschland aufgefordert werden, seine Politik zu bekennen. Nun wäre allerdings dagegen einzuwenden gewesen, daß eine solche Stellungnahme einer Kriegserklärung gleichgekommen wäre, und daß Großbritannien als Seemacht kein Recht hatte, in der europäischen Politik eine andere Aufgabe zu erfüllen, als die eines Mittlers. Wohl oder übel, Earl Grey tat keines von beiden Dingen. Wir tadeln ihn nicht dafür. Der Sinn des Landes war für die Betätigung an einer andern geistigen Front, als der der Parteipolitik nicht zu haben. Tatsächlich hatte es keine Stellung zu nehmen. Hätten wir ein begabtes und mächtiges Unterhaus gehabt, entschlossen, selbst nach den Dingen zu sehen und seinen Staatsmännern den Vorteil seiner Einsicht und Sachkenntnis zu gewähren, so wäre man vielleicht zu einer klaren Lösung gelangt. Allein die Regierung war darauf aus, das Parlament niederzubalten und sich selbst zu erhalten, mit andern Worten, eine ehrliche und regsame, wenn auch nicht sehr weitschauende Bureaokratie als Staatsgewalt einzusetzen. Mit dem bekannten Ergebnis!

Dann wendet sich das Blatt der Zukunft zu, unter der Voraussetzung natürlich, daß Deutschland geschlagen werde. Mit der Aussicht darauf, meint es, nähere man sich dem Zeitpunkt, wo die Diplomatie wieder eintrete, weshalb man sich nach der angesehensten Persönlichkeit umsehen müsse, die imstande sei, die veräuserte Umschreibung der britischen Ansprüche zu geben. Wie sollten diese lauten? Voraussetzung sei, daß Earl Grey keinem Gebietszuwachs fordern werde. Die Nation fährt fort, auch abgesehen von allem Landgewinn erfordere die Neugestaltung der europäischen Gesellschaft reifliche Erwägung, am besten in einer europäischen Konferenz, die etwa während eines langen Waffenstillstandes zusammenträte, freilich nicht von heute auf morgen, angesichts des völligen Zusammenbruchs des diplomatischen Verkehrs, wofür es selbst in den Wechselfällen des 18. Jahrhunderts kein Vorbild gebe. Sei doch keine europäische Großmacht unbeteiligt und unbefangen, und daher imstande, die Kriegführenden anzusprechen. Aber auch eine Konferenz wäre nutzlos, wenn die Kriegführenden selbst nicht von vornherein einigermaßen klare Gedanken hätten. Ein Versuch dazu sei gemacht, es komme darauf an, was er wert sei.

Gemeint ist die Pariser Wirtschaftskonferenz. Die Nation stellt sich hier gleich auf die Seite der Männer, die in England die bekannte, von der Presse totgeschwiegene Erklärung gegen die Achtungsbeschlüsse dieses Weltchadenbundes erlassen haben. Man könne nicht früh genug die Friedensziele erörtern, da die Heißsporne am Werke seien, um einen Dunstkreis zu bilden, in welchem das Land befangen sein solle. Ubrigens führt das Blatt auf deutscher Seite die Bestrebungen Naumanns zur Festlegung einer Wirtschaftspolitik Mitteleuropas als Kampfgelüste ähnlich denen der Pariser Satzungen an. Mit den englischen Unterzeichnern des Aufrufs gegen die Pariser Beschlüsse empfiehlt die Nation den Freihandel, lobt dessen Wirkung, die den Verkehr unter den Völkern fördere, und erklärt, man könne nicht voraussagen, welche Partei bei einer Durchführung des Pariser Programms am meisten zu verlieren hätte. Darüber schreibt das Blatt:

Ein wirtschaftlicher Prophet würde ein Gutachten ablehnen. Er möchte vorerst wissen, welcher Geschäftsumfang nach der Regelung den Mittelmächten verbleiben würde, ob Österreich, ganz oder verstümmelt, den Krieg überleben wird, ob die Türkei geteilt und Bulgarien unterjocht wird. Sodann würde er fragen, ob Deutschland, das freie Hand für seine Geschäfte hätte, für seinen Teil mit den Nord- und Südamerikanern und sonstigen Neutralen keine vorteilhafteren Handelsverträge zu schließen vermöchte als wir, da wir erst unsern Kolonien, dann unsern Verbündeten Vorzüge zu gewähren hätten. Er würde fragen, inwiefern die hohen Zolltarife Frankreichs und Rußlands zu unsern Gunsten ermäßigt werden könnten. Doch kein menschlicher Geist vermag heute die Rechnung abzuschließen oder zu behaupten, welche Partei in dem Handelskriege am meisten zu leiden hätte. Nichts ist sicher, außer daß bis zu einem gewissen Maße beide Parteien Verluste erleiden müßten.

Doch alle Berechnungen und Vernunftgründe, meint das Blatt weiter, würden heutzutage versagen, da die Ursache nicht in einer falschen Geschäftsberechnung liege, sondern reine Leidenschaft den Ausschlag gebe. Man vergeße das ursprüngliche Ziel des Krieges. Hier ergeht sich die Nation in recht verschwommen und doktrinär

### Ministerkrisis in Bulgarien?

Von St. Dimitroff, Bern

In den letzten Tagen hat die französische Presse von einer angeblichen Ministerkrisis in Bulgarien berichtet, und daran anknüpfend prophezeit sie den Sturz des Kabinetts Radoslawow, was eine Aenderung der bulgarischen Politik, ihren Umschwung auf die andere Seite und damit das Ende des Weltkrieges zugunsten des Vierverbandes bedeuten sollte.

Der Schreiber ist in der Lage, einige Aufklärung zu geben. Vorgestern hatte er Gelegenheit, mit einem Abgeordneten der bulgarischen Sobranje, Herrn S. Petcoff, eine lange Unterredung zu haben und sich über den Stand der Dinge in Bulgarien genau zu informieren. Herr Petcoff, der sich auf einer Erholungsreise in der Schweiz befindet, bekam gerade vom Kammerpräsidenten Dr. Watschew und vom Ministerpräsidenten Dr. Radoslawow telegraphisch die Aufforderung, zu einer wichtigen Sobranje-Sitzung, die nächsten Montag stattfindet, unverzüglich zurückzukehren. Auf die Frage, wie es sich mit der angeblichen Ministerkrisis in Bulgarien verhalte, sagte Herr Petcoff folgendes: „Verfassungsgemäß hat die Regierung vor einigen Tagen die Sobranje zu einer außerordentlichen Session einberufen, um ihr das Budget für die nächsten sechs Monate und die Vorlage für die Militärkredite vorzulegen. Gegen die Vorlage stimmte nur die Gruppe der Genadiewisten und einige Abgeordnete der Bauernbündler. Sie wollten, daß über das Budget von nur einem Monat abgestimmt werde, mit dem durchsichtigen Hintergedanken, daß dann das Parlament beständig sage, wodurch den zirka 13 Genadiewisten und 5-6 Bauernbündlern, die in eine schmutzige Affäre verwickelt sind, ihre Immunität gewährleistet wäre und sie der gerichtlichen Verfolgung, welche ihnen am Halse hängt, entgehen könnten.“

Auf die Frage, was für eine Affäre gemeint sei, sagte Herr Petcoff: „Nach dem Sturz des Ministeriums Danew-Geschoff kam die liberale Partei ans Ruder, welche aus drei Fraktionen bestand: den Radoslawowisten, Tontschewisten und Stambulowisten resp. Genadiewisten. Alle drei Gruppen, welche proportionell im Ministerium vertreten waren, schlugen eine energische Politik vor, welche auf die vollständige Vereinigung und Unabhängigkeit des bulgarischen Volkes zielte. Von der Genadiewisten-Gruppe war Genadieff als Minister des Aeußern vertreten.“

Als im Frühling 1914 die Verhandlungen des großen Staatsprozesses, in welchen Genadieff verwickelt war, stattfanden, mußte er den Ministerstuhl mit der Anklagebank vertauschen. Nach der Verfassung konnte Genadieff nicht mehr Minister bleiben, aber immerhin unterstützte er in gewissem Maße die Regierungspolitik. Infolge des europäischen Krieges wurde der Prozeß von der Sobranje sozusagen annulliert, um alle Kräfte, die für das Wohl des Vaterlandes arbeiten könnten, zusammenzufassen. Anfangs des Jahres 1915 geschah dann das Bombenattentat im Kasino zu Sofia. Die gerichtliche Untersuchung hat festgestellt, daß Genadieff einer der intellektuellen Urheber desselben war. In Anbetracht des europäischen Krieges hat es der Ministerpräsident, Dr. Radoslawow, unterlassen, scharfe Maßregeln gegen diesen Mann zu ergreifen, ja während dieser Zeit ungefähr schickte ihn die Regierung sogar noch nach Rom, um sich in der italienischen Politik zu orientieren. Von Rom kehrte Genadieff zurück als Anhänger des Vierverbandes, und in dieser Richtung hat er weitergearbeitet, um die bulgarische Politik ins Fahrwasser des Vierverbandes zu leiten. Es war kein Zweifel, daß Genadieff vom Vierverband bestochen worden ist und in der Tat hat sich herausgestellt, daß er fünf Millionen Franken, Torkaloff, einer von den Führern der Bauernbündler, 2 Millionen Franken, 13 Abgeordnete, Anhänger Genadieffs, und fünf bis sechs Bauernbündler je einige Millionen oder Hunderttausende von Franken vom Vierverband erhalten hatten. Im ganzen wurden, wie festgestellt ist, zirka vierzig Millionen Franken zur Bestechung der Abgeordneten verausgabt. Dieses Geld wurde von einem Franzosen, angeblich Getreidehändler, namens De Clozière, übermittelt.

Nach der bulgarischen Verfassung ist das Verrat am Vaterlande und wird schwer bestraft. Vor einigen Monaten wurde Genadieff mit einer Anzahl kompromittierter Abgeordneten verhaftet, kurz darauf aber unter Kaution

(Genadieff hat 100,000 Franken hinterlegt) wieder in Freiheit gesetzt. Wenn die Regierung scharf vorgehen wollte, so kämen die Verhafteten um ihren Kopf. In Anbetracht der politischen Lage aber wollte die Regierung diese Angelegenheit nicht der Militärgerichtsbarkeit überweisen, sondern dem Zivilgericht und auch dieses selbst sollte erst nach dem Krieg sprechen. So ließ der Ministerpräsident diese Leute vorläufig in Freiheit, wohl auch in der Annahme, daß nun alle zum Wohle des Vaterlandes arbeiten würden. Bei der Abstimmung der Regierungsvorlage aber machten nun gerade diese alle möglichen Schwierigkeiten, um die Regierung zu stürzen und dies nicht im Interesse des Landes, sondern im eigenen Interesse, um nur ja einer gerichtlichen Verurteilung zu entgehen.

Ich hoffe, schloß Petcoff, daß der Ministerpräsident genug Stimmen erhalten werde, um die Vorlage durchzubringen und die Minister aus der Partei Genadieffs zu ersehen, damit er seine Politik weiter erfolgreich durchführen könne. Falls aber die Regierung fallen sollte, so wird die gegenwärtige Politik trotzdem nicht geändert werden, da jede Aenderung unabsehbar schwere Folgen nach sich ziehen könnte.“

Ueber die Verhältnisse an der Süd- und Nordfront Bulgariens äußerte sich Petcoff wie folgt: „Die Bulgaren,“ sagte er, „beabsichtigen nicht, griechisches Territorium anzutasten. Wir haben in fremdem Lande nichts zu suchen. Ebenso verhält es sich an der Nordfront. Sofern sich die Rumänen ruhig verhalten, wird man nichts gegen sie unternehmen. Sollten sie uns aber angreifen, so werden wir uns zu verteidigen wissen. Auch die Türkei, sagte Petcoff, ist gut gerüstet und steht Bulgarien, Deutschland, Oesterreich-Ungarn fest zur Seite.“

Was das Leben in Bulgarien betrifft, ist es nicht so teuer, wie hier in der Schweiz. Es fehlen freilich einige Kolonialwaren, welche die Bevölkerung indessen vorläufig entbehren kann. Wenn man trotzdem hier und da von einer Teuerung liest, so ist nicht der Mangel an Lebensmitteln schuld daran, sondern gewissenlose Spekulanten, gegen welche die Regierung die schärfsten Maßregeln trifft. Die Frage der weiteren Fürsorge für das Volk wird in dieser Session durch ein Gesetz geregelt.“

20. Juli 1916

## Erziehung zur auswärtigen Politik.

In der Monatschrift „Deutsche Revue“ behandelte vor 14 Jahren ein „Deutscher Diplomat“ die Frage: „Was ist uns England wert?“ Die Minderzahl, „die in die Lage kommen kann, ihren Worten die Tat folgen zu lassen“, ließ der deutsche Diplomat antworten: „Recht viel!“ und setzte hinzu: „Ja, man kann in diesen Kreisen gerade mit Bezug auf die in Deutschland, Gott sei geklagt, fast zur Modesache und zum Spott gewordene Heze gegen England oft vernehmen, daß, wenn England nicht bestände, es im deutschen Interesse erfunden werden müßte.“

Der Weltkrieg von heute rückt diese „diplomatische“ Auffassung vom Wert Englands in die rechte Beleuchtung. Wer Wesen und Willen der englischen See- und Weltmacht, wie sie sich seit drei und einem halben Jahrhundert entwickelt und betätigt hat, gründlich kennt, hätte allerdings schon lange vor 1914 wissen müssen, daß es ein England im deutschen Interesse oder überhaupt in einem andern Interesse als dem eigenen nie gegeben hat, nie geben kann.

Dies Beispiel zeigt anschaulich, wie not die vielberufene „Neuorientierung nach dem Kriege“ vornehmlich für die auswärtige Politik tut. Was nützt uns die allerbeste Neuorientierung in der inneren Politik, wenn wir auf dem Gebiete der äußeren Politik nach wie vor „politische Esel“ — ein Ausdruck Althoffs, den Fürst Bülow in seiner „Deutschen Politik“ anführt, — bleiben und auch nach dem Kriege noch für ein England im deutschen Interesse schwärmen könnten, wie dies zuvor namentlich die getan zu haben scheinen, die zünftig dazu berufen sein sollten, sich die richtige Vorstellung von England zu verschaffen!

Schon früher ist die Klage oft vernommen worden, daß wir Deutschen uns viel zu wenig mit auswärtiger Politik beschäftigen und darin keine verlässliche Bildung haben. Spahn der Jüngere, der Geschichtslehrer, bemerkt: „Kaum anders als mit Beschämung werden unsere Nachfahren in den Zeitungen und den Kammer- und Reichstagsverhandlungen, in den Berichten und Denkschriften unserer Behörden und Körperschaften lesen, welch ein Wirrwarr von Anschauungen über die auswärtige Politik die Deutschen in den Jahren 1871 bis 1914 bedrückte.“ Fürst Bülow bezeugt in seiner „Deutschen Politik“: „Die sogenannte große Politik ist einer verhältnismäßig kleinen Anzahl Deutscher etwas wie ein Gegenstand der persönlichen Liebhaberei gewesen, der großen Mehrheit des Volkes eine Terra incognita.“

Wie Kartenhäuser stürzten bei Beginn und während des Krieges die Gebilde zusammen, die sich die meisten Deutschen über die feindlichen und neutralen Völker und Staaten aus ihren unzulänglichen und irrümlichen Vorstellungen und Anschauungen über diese gezimmert hatten. Aus den Wolken fielen bei der britischen Kriegserklärung die vielen Deutschen, denen das England „im deutschen Interesse“ wie ein Dogma galt. Ein hamburgischer Professor, „Vertreter des Englischen“, bekannte im Oktober 1914 in einem Vortrage: „Was wir nicht verstehen können, das ist die Haltung Englands.“ Den Japanern wurden nach dem Kriegsausbruch in Berlin Huldigungen dargebracht, in dem Wahne, sie könnten auf unsere Seite treten. Philosophen, Kulturideologen, Kulturimperialisten, für die es kaum ein anderes Kriegsziel gibt, als daß die Deutschen bei den Feinden moralische Eroberungen machen, haben sich bis tief in die Kriegszeit hinein für die Versöhnung der Franzosen be-

## Zum Verhältnis zwischen Deutschland und Italien

Wie wird sich das Verhältnis zwischen Deutschland und Italien weiter gestalten oder wie wird es sich lösen? das ist die Frage, die man sich zu stellen hat, nachdem die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ nun auch den deutschen Standpunkt in der Angelegenheit ausführlich dargelegt hat.

Am 23. Mai 1915 hat der Herzog von Avarna, italienischer Botschafter bei der Donau-Monarchie, dem österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern, Baron Burian, die Kriegserklärung Italiens überreicht. Der österreichische Botschafter in Rom, Baron Machio, erhielt sofort seine Pässe. Da dadurch auch das Bündnis mit Deutschland zerrissen war, erhielt der deutsche Botschafter in Rom, Fürst Bülow, die Anweisung, Italien zugleich mit dem österreichischen Botschafter zu verlassen. Fürst Bülow sowie der bayerische Gesandte beim Quirinal und die Gesandten Preußens und Bayerns beim Vatikan sind denn auch von Rom abgereist. Die Kriegserklärung Italiens an Deutschland ist aber nicht erfolgt, so daß das Verhältnis zwischen Deutschland und Italien seither in der Schwebe geblieben ist. Zwei Tage vor der Kriegserklärung Italiens an Oesterreich-Ungarn, am 21. Mai 1915, war, wie die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ heute mitteilt, zwischen dem Staatssekretär Jagow und dem italienischen Botschafter Bollati in Berlin eine Verständigung wegen der Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen und ihres Eigentums für den Fall eines Krieges zwischen Deutschland und Italien getroffen worden. Diese Verständigung war unseres Wissens amtlich nicht veröffentlicht worden, wohl aber wurde sie in deutschen Handelskreisen bekannt, und von dort her haben auch wir sie erfahren, so daß wir in der Lage waren, sie in der Hauptsache am 4. Juni 1915 mitzuteilen:

Den Deutschen in Italien und den Italienern in Deutschland wird der Schutz ihrer Person und ihres Eigentums nach Maßgabe der in den beiderseitigen Staaten bestehenden Gesetze und Rechtsgrundsätze gewährleistet.

Sie dürfen sich weiterhin im Lande frei aufhalten, ausgenommen in den von den zuständigen Behörden bezeichneten Gebieten und Ortschaften, sowie vorbehaltlich der Beschränkungen und Polizeimaßnahmen, die ihnen gegenüber im Interesse der Staatsicherheit und der öffentlichen Ordnung oder im Interesse ihrer persönlichen Sicherheit etwa zur Anwendung gebracht werden. Sie erhalten ferner die Erlaubnis, das Land innerhalb der Fristen und auf den Wegen, die von den zuständigen Behörden nach ihrem Ermessen bestimmt werden, zu verlassen; ausgenommen sind nur aktive und verabschiedete Offiziere, sowie Personen, die wegen gemeiner Verbrechen verfolgt oder verurteilt sind. Die Abreisenden haben das Recht, ihr persönliches Eigentum mit sich zu nehmen, soweit die Ausfuhr nicht nach allgemeinen Bestimmungen verboten ist.

Die Deutschen in Italien und die Italiener in Deutschland unterliegen auch weiterhin im Genuß ihrer privaten Rechte, sowie in der Befugnis, ihre Rechte gerichtlich geltend zu machen, keinen andern Beschränkungen, als die sich dort aufhaltenden Neutralen. Ihr Privatvermögen wird daher keiner Art von Sequestration oder Liquidation unterworfen, außer in den durch die bestehenden Gesetze vorgesehenen Fällen; auch sollen sie nicht gezwungen werden, ihr Grundeigentum zu veräußern. Patente oder sonstige Schutzrechte, die Deutschen in Italien oder Italienern in Deutschland zustehen, werden nicht für nichtig erklärt werden. Darüber hinaus wurde den Beziehern von Unfallversicherungsrenten deren Fortbezug gewährleistet. Auf die in den Häfen der beiden Länder liegenden Kauffahrteischiffe des andern Teiles sollten die Regeln des sechsten Haager Abkommens über die Behandlung der feindlichen Kauffahrteischiffe beim Ausbruch der Feindseligkeiten Anwendung finden.

Ueber diese Verständigung wird nun gegenwärtig ein lebhafter Zeitungskrieg geführt, indem jeder Teil dem andern vorwirft, er habe sie nicht eingehalten. Ueber die Einzelheiten dieser Vorhalte mag sich jedermann sein Urteil bilden; als Tatsache wird festgestellt und zugegeben, daß Italien seit dem letzten Mai die Verständigung, die bis dahin als geltend anerkannt worden war, obwohl der Kriegszustand nicht eintrat, nicht mehr als verbindlich betrachtet. Daraufhin folgte die Einstellung der Zahlungen von Versicherungsrenten an Italiener seitens der deutschen Banken. Der schweizerische Bundesrat hatte die Obliegenheit, die

gegenseitigen Mitteilungen in der Sache zu übermitteln, eine Erklärung der deutschen Regierung betreffend diese Rentenzahlungen ist dem Bundesrat aber nicht zugegangen; er konnte also auch keine weitergeben. Wenn die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ sagt, die deutsche Regierung habe den Banken, die seit einem Jahr an der Verfügung über ihre Guthaben in Italien gehindert waren, eine entsprechende Behandlung italienischer Guthaben nicht verwehren können, so heißt das so viel, daß die Banken im Einverständnis mit der Regierung vorgegangen sind.

Nun mag man sich fragen, ob aus dieser Sachlage eine Kriegserklärung oder ein Kriegszustand hervorgehen soll. Das ist nicht wahrscheinlich, nachdem die beiden so lange gewartet haben. Wohl hieß es in der italienischen Presse seit Ausbruch des Krieges wiederholt, Italien solle auch an Deutschland den Krieg erklären, damit die Beziehungen zu den übrigen Verbündeten enger ausgebaut werden könnten. Aber diese Rufe wurden nicht erhört. Auch wurde zu Anfang des Krieges an der italienisch-österreichischen Front gemeldet, die Bayern seien in Innsbruck, es seien auch Bayern gefangen worden, und deutsche Batterien mit deutscher Mannschaft stehen hinter der österreichisch-ungarischen Front.

Bald war aber davon nicht mehr die Rede. Italien und Deutschland hielten es für ratsamer, nicht alle Brücken abzubrechen, es hat denn auch längere Zeit hindurch ein Warenaustausch zwischen beiden stattgefunden. Namentlich wird ja dieses Verhältnis durch wirtschaftliche Beziehungen bestimmt, denn trotz der Pariser Wirtschaftskonferenzen wird Italien, wie seine Verbündeten es auch tun, schon jetzt für seine wirtschaftliche Zukunft Ausschau halten und es wird dabei sich der Notwendigkeit des Warenaustausches zwischen Nord und Süd nicht verschließen können. Ob eine Kriegserklärung an Deutschland übrigens auf dem Kriegstheater wesentliche Veränderungen herbeiführen könnte, erscheint ebenfalls fraglich, da die Italiener selbst erklären, daß ihre Aufgabe vor allem darin bestehe, Oesterreich-Ungarn zu bekämpfen und bedeutende Kräfte des Gegners zu binden, und daß sie nicht größere Truppenmengen an andere Fronten abgeben dürfen. Es müßte also wohl für den einen oder andern Teil die Behandlung seiner Staatsangehörigen durch die Gegenpartei den Grund zu einer Kriegserklärung abgeben.

## Der deutsch-italienische Wirtschaftskrieg.

Das handelspolitische Verhältnis zwischen Deutschland und Italien ist während des Krieges mit einer Fülle von Besonderlichkeiten durchdrängt worden. Obwohl sich Italien im vorigen Jahre mit wehenden Fahnen dem Dreiverband angeschlossen hatte, hat dennoch der mit dem deutschen Reich abgeschlossene „Handels-, Zoll- und Schifffahrtsvertrag“ formell seine bis Ende 1917 sich erstreckende Gültigkeit weiter behalten. Wenn auch dieser Vertragschließenden Angehörigen eines jeden der vertragschließenden Teile „in bezug auf Handel, Schifffahrt und Gewerbebetrieb“ gleiche Rechte, Privilegien und Begünstigungen zusichert, desgleichen alle bürgerlichen Rechte, die Fähigkeit, bewegliche und unbewegliche Güter zu erwerben, zu besitzen und darüber zu verfügen, und wenn auch für die Anwendung gleichartiger Grundätze hinsichtlich der Arbeiterversicherungen vorgesorgt worden ist, so haben dennoch beide Staaten es für notwendig erachtet, im vorigen Jahre gewisse, aus dem — formell bestehenden — Handelsvertrag sich von selbst ergebende Punkte herauszugreifen und neu zu regeln. Letztere sind nach und nach fallengelassen worden, bis sich schließlich Italien an die im vorigen Jahre geschlossenen, besonderen Vereinbarungen „nicht mehr gebunden“ erachtete. In welcher Weise sie schon vorher von den Italienern verletzt worden sind, stellt das im gestrigen Abendblatt veröffentlichte Communiqué der deutschen Regierung ausführlich dar, das hauptsächlich auf zahlreiche privatrechtliche und finanzielle Schädigungen hinweist. Die Hauptträgerin der sehr lebhaften, auf zwei Jahrzehnte zurückdatierenden finanziellen Verbindung zwischen Deutschland und Italien war die Banca Commerciale Italiana, die mit deutschem und österreichischem Kapital gegründet worden ist. Die nationalistische Propaganda hat seit dem Beginn des Weltkrieges den Einfluß der Deutschen und Österreicher beseitigt und ihre Verdrängung aus allen Verwaltungsrats- und Direktorstellen zur Folge gehabt. Kurz vor Ausbruch des Krieges sind von der Bank sämtliche Effektendepots und Guthaben der Mittelmächte anstandslos rückerstattet worden. Dies gilt zum größeren Teile auch von den zwei anderen, für den finanziellen Verkehr mit Deutschland in Betracht kommenden italienischen Banken, und zwar der Banca d'Italia und dem Credito Italiano. Teilweise ist aber, wie das deutsche Communiqué bemerkt, die Einziehung deutscher Forderungen, namentlich die Abhebung von Bankguthaben, durch Maßnahmen der Postzensur verhindert worden. Die ihnen zugrunde liegenden Geschäfte dürften mitunter aus der letzten Zeit stammen. Der Wert der deutschen und österreichischen Depots und Bankguthaben dürfte kurz vor Ausbruch des Krieges ungefähr 300 Millionen Lire betragen haben. Ebenso hoch sind die Kapitalinvestitionen und Beteiligungen der Deutschen an industriellen Unternehmen in Italien zu veranschlagen. Im Höhepunkt des Geschäftsverkehrs dürften jedoch weit größere Beträge in Betracht gekommen sein. Die größte Entwicklung hat unter den Deutschen in Italien gegründeten Industrien die Elektrizitätsindustrie aufzuweisen, in der in erster Linie die A. E. G. beteiligt ist. Angeachtet aller gegen die industriellen und finanziellen Interessen Deutschlands unter Verletzung der Mai-Verständigung gerichteten Maßnahmen Italiens, ist der deutsch-italienische Handelsvertrag noch immer nicht aufgehoben worden. Er wird von einer erstaunlichen Lebenskraft bejeelt, die den großen Erwartungen, die an sein Entschien geknüpft worden sind, vollauf entspricht.

Damals hat sich ein gründlicher Systemwechsel vollzogen. Die schutzöllnerischen Bestrebungen wurden wesentlich gemildert oder aufgegeben und im allgemeinen sehr erhebliche gegenseitige Tarifzugeständnisse vertraglich festgelegt. Besonders in den Handelsverträgen der Dreibundstaaten untereinander zeigt sich die Absicht nach einer weitgehenden volkswirtschaftlichen Annäherung. Sie sollten „auf längere Zeit eine feste Grundlage für die Förderung des gegenseitigen Austausches von Boden- und Industrieerzeugnissen schaffen und zugleich geeignete Anknüpfungspunkte für eine entsprechende verkehrsmäßige Regelung der beiderseitigen Handelsbeziehungen zu anderen Staaten gewährleisten“. Tatsächlich haben sich den zwischen Oesterreich-Ungarn, Deutschland und Italien untereinander geschlossenen Verträgen auch die Schweiz und Belgien und dann Serbien sowie Rumänien angeschlossen, so daß man damals von einem System der mitteleuropäischen Handelsverträge gesprochen hat (im Gegensatz zum „System der westeuropäischen Handelsverträge“). Allerdings haben sich späterhin, als die Caprivischen Handelsverträge, die sich durch weitgehende Spezialisierung und durch eine systematische Anordnung des Stoffes ausgezeichnet hatten, vom Fürsten Bülow erneuert worden sind, daselbst auch agrarisch-schutzöllnerische Erwägungen geltend gemacht. Aber stets fand auch Italien in dem Vertrag seine volle Rechnung. Dies zeigt deutlich ein kurzer Blick auf den auswärtigen Handelsverkehr, der sich zwischen den beiden Mächten vor Ausbruch des Krieges abgewickelt hat. Im letzten Friedensjahr hat Deutschland von Italien Waren im Werte von 317,6 Millionen Mark eingeführt, darunter hauptsächlich Rohseide im Werte von nur weniger als 11,7 Millionen Mark, dann Hanf 12,8 Millionen, getrocknete Mandeln 11,7, roher Marmor 9,7, frische Feigen, Zitronen usw. 7,8, frische Äpfel 7,6, Eier 7,1, Kartoffeln 6,6, frische Tafeltrauben 6,6, rohe Rindshäute 6 Millionen Mark u. a. Der Wert der Ausfuhr Deutschlands nach Italien belief sich auf 393,4 Millionen Mark.

Die wichtigsten Artikel waren Steinkohlen 15,8 Millionen, Wollgewebe (Kleiderstoffe usw.) 12, Oberleder 11,2, Dosen, Röhren, Weichen usw. aus Eisen 9,3, Teerfarbstoffe 9,1, Felle 6,7, Rohseiden 6, schmiedbares Eisen in Stößen (außer Trägern) 5,1 Millionen Mark u. a. Bemerkenswert ist vor allem, daß sich Einfuhr und Ausfuhr im gegenseitigen Handelsverkehr annähernd die Wage halten. Italien konnte sich nicht etwa als ein Absatzgebiet für deutsche Fabrikserzeugnisse betrachten. Ferner besteht gar kein Konkurrenzverhältnis zwischen beiden Staaten, es gibt handelspolitisch gar keine Reibungsflächen, weder hinsichtlich der Urproduktion, der Fabrikation, des Veredelungsverkehrs noch in bezug auf das Verkehrswesen, die Bahnen, die Schifffahrt usw. Auch die Wirtschaft der beiderseitigen Kolonien steht einander nirgends im Wege, um so weniger, als sich auf die deutschen Kolonien der Handelsvertrag überhaupt nicht bezieht, während für die italienischen Kolonien die Meistbegünstigung keine Gültigkeit besitzt. (Dagegen erstreckt sich bezeichnenderweise der Handelsvertrag nicht nur auf die gegenwärtig, sondern auch auf die künftighin mit Deutschland zollgemeinten Länder oder Gebiete.) So haben sich die geschäftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien auf eine den natürlichen Verhältnissen vollkommen angepaßten, von jeder künstlichen Beeinflussung unberührte Weise entwickelt. Es hat gleichsam ein harmonischer Austausch der bodenständigen Wirtschaftserzeugnisse, des beiderseitigen Ueberflusses stattgefunden.

Im Verhältnis Italiens zu den Alliierten stellt sich die Sachlage ganz anders dar. Diese sind im Verein mit ihren Kolonien und mit den Dominions Englands auf die italienischen Erzeugnisse, die vielfach bei ihnen vorkommen und von ihnen selbst ausgeführt werden, durchaus nicht angewiesen. Und umgekehrt stellt sich für viele Güter, die Italien benötigt, der Import aus den Ententestaaten durchaus nicht lohnend dar, sei es infolge der größeren, die Preise der Massenartikel wesentlich beeinflussenden Entfernung, sei es infolge des Umstandes, daß gewisse Waren von den Alliierten in entsprechender Qualität nicht hergestellt oder (wie zum Beispiel Teerfarben, optische Artikel usw.) von ihnen selbst aus Deutschland eingeführt werden. Eine innige Verknüpfung der Volkswirtschaft Italiens mit den Wirtschaftsinteressen der Entente ist somit nicht auf natürlichen Voraussetzungen begründet; sie stellt vielmehr ein künstliches, von der Politik diktiertes Zusammenkopplern einander widerstreitender Interessen dar, eine gewalttätige Bindung nicht auf ein gleiches Ziel gerichteter Kräfte. Daraus erklärt sich das sonst unverständliche Vorgehen Italiens. Ganz willkürlich entzieht es sich den aus dem Handelsvertrag oder aus der hierauf beruhenden Mai-Verständigung sich ergebenden Pflichten. „Der ersten größtenteils Verletzung des Handelsvertrages machte sich die italienische Regierung unter dem Druck Englands schuldig, als sie am 3. November 1915 die in italienischen Häfen liegenden deutschen Kauffahrtschiffe requirierte.“ (36 Einheiten, deren Tragfähigkeit auf mehr als 200.000 Tonnen geschätzt wird.) Dann folgte, nach dem Besuch des französischen Ministerpräsidenten in Rom, die Unterbindung des Warenverkehrs mit Deutschland; dann die Einziehung deutscher Forderungen, eine willkürliche Postzensur usw. — kurzum, es wurde hinsichtlich der geringen Reste der noch vorhandenen wirtschaftlichen Beziehungen der Wirtschaftskrieg entfesselt. Er wird heute auch von der Gegenseite mit voller Schärfe geführt. Aber dennoch zögern die Italiener, die bei allen Gefühlsregungen und Impulsen die Kunst des kühlen Rechnens nicht ganz einzubüßen pflegen, aus den gegebenen Prämissen vorerst reiflos die Schlussfolgerungen zu ziehen. Dem „handelspolitischen Kometenstich“ ist noch immer kein gewalttätiges Ende gegeben worden. Es läuft noch weiter fort, wenn auch in einer schattenhaften, jedes Wesenskerns entbehrenden Hülle.

Sonntag, 22. Juli 1916

# Zeitung

und gelehrten Sachen.

/26.

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800.  
11 801, 11 802, 11 803 bis 11 850. Zentrum 8689 und 8690.

## Engfront gescheitert

feindlichen Teilvorköße abgewiesen.

### Das Erwachen der Neutralen.

Von

Alfons Fedor Cohn,

Berichterstatler der „Vossischen Zeitung“.

Kopenhagen, im Juli.

Wie die Neutralen heute auch, am Ende des zweiten Jahres, das Kriegsergebnis, je nach Interesse und Erkenntnismöglichkeit, ansehen, eins ist sicher, die Schlachtfahne, unter der England seine Hilfsvölker seinerzeit in den Kampf schickte, die Selbständigkeit der kleinen Nationen, liegt, vom Hohn der Tatsachen zertreten, am Boden. Nicht mehr der Glaube an Englands Sendung ist es, der heute noch einen Neutralen dem Vernichter jeglichen Völkerrechts gefügig macht, sondern allein die blasse Furcht, die sich, die geballte Faust in der Tasche, ergeben in alles schickt. Wer immer noch in der oberflächlichen Stimmungsmache der dänischen Publizistik etwa den wahren Ausdruck für die Gesinnung der produktiven Volksschichten finden wollte, geht gänzlich fehl; die Presse mag die Ententeherrlichkeit noch so feiern und noch stärker prozeieren, in den breiten Schichten des Handels, der Industrie und Schifffahrt herrscht im Stillen nur eine Stimme ohnmächtiger Wut gegen Englands rücksichtslose Uebergriffe.

Darum sind gelegentliche Kundgebungen einzelner mütterlicher Persönlichkeiten, die sich nicht nur die Selbständigkeit des Urteils gewahrt haben, sondern auch von der allgemeinen hoffnungslosen Ergebnislosigkeit nichts wissen wollen, bemerkenswerter als das tägliche Nachrichten-schiffeln und die Betätigung des „Nähmädchenstandpunktes“, wie Georg Brandes es bitter genannt hat: kundzugeben, mit wem man es halte. Die Anzeichen und Versuche, statt dessen Dänemark sich aus eigener Kraft den veränderten Bedingungen der großen europäischen Umwälzung anpassen zu lassen, scheinen sich immerhin zu mehren. Karl Larsen hat, allerdings mit starker Einseitigkeit, seinen Landsleuten die deutsche Arbeitsmethode und Lebenslehre, die er Nationalmilitarismus taufte, als Muster hingestellt. Der junge Staatswissenschaftler Poul Drachmann will die wirkenden produktiven Kräfte seines Volkes zu größerer Entfaltung steigern, ohne fremde Wesenheit, fremden Schutz zu berufen. Und nun tritt Chr. Reventlow, ebenso selbständig einst als dänischer Abgeordneter wie jetzt als politischer Schriftsteller, offen für die außenpolitische Aktivität Dänemarks ein, indem er den Zusammenschluß der Neutralen zu tatkräftiger Gegenwehr gegen die Uebergriffe der Entente fordert. Wenn man den Beschlüssen der Zusammenkünfte von Malmö und Kopenhagen ähnliche Ziele untergelegt hat, so sind bisher doch keine Tatsachen bekannt geworden, die solche Vermutungen rechtfertigen könnten. Und „Berlingske Tidende“, die den Reventlowschen Betrachtungen mit dankenswerter Liberalität Raum gibt, fühlt sich immerhin gedrängt, von der „einseitigen Stellungnahme des Verfassers gegen die Haltung der Entente, speziell Englands, den Neutralen gegenüber“ abzurücken.

Jedenfalls verdienen nach vielem anderen, was man übersehen oder vergessen mußte, solche Worte eines Dänen Beachtung: „Mit einer ungeheuren Ueberlegenheit an Zahl und Material, mit Männern aus allen Weltteilen, ernährt und versorgt aus den Vorkammern und Werkstätten beinahe der ganzen Welt, hämmern die vereinigten Heere und Flotten der Entente auf die mittel-europäische Festung los. Den „Selbstmord der weißen Rasse“ nennt ein norwegischer Schriftsteller dieses gigantische Schauspiel, diese größte, vereinigte Kraftanstrengung der Weltgeschichte. Amerika und Asien reiben sich die Hände — ersteres reißt die wirtschaftliche Herrschaft an sich, Japan sichert seine Finanzen und seine militärische Stärke und wächst sich zur führenden Macht des Ostens aus, zum Beherrscher des Stillen Ozeans, zum Helfer Russlands, Vormund Chinas und dem vorläufig wohlwollenden Beschützer des britischen Reiches.“

Aber was tun die europäischen neutralen Staaten? Belgien ist — wie so oft früher, wenn England Festlandskriege zur Bewahrung derjenigen europäischen Gleichgewichtspolitik führen wollte, die ihm seine Weltmachtsstellung sicherte, die aber immer neue Kriege gebären mußte und muß — eine blutige Walfstatt geworden. Die isolierten Kleinstaaten Portugal und Griechenland sind von der Entente besiegt. Das erstere hat sich unter das wirtschaftliche Joch beugen müssen, das letztere ist von vier Großmächtern bedroht und ausgehungert, muß sich in ihren Willen finden, fremden Heeren Platz machen, Regierung und Beamte auf ausländischen Befehl hin wechseln, Wahlen abhalten, während dem abstimmenden Volk die Pistole auf die Brust gesetzt wird.

## Die Stimmung in den Vereinigten Staaten.

Mit der jetzt üblichen, durch den englischen Postraub verursachten Verspätung geht uns nachstehender Aufsatz aus der Feder eines Deutschen in Amerika zu.

New York, 27. Mai 1916.

In deutschen und andern europäischen Zeitungen begegnet man häufig der Ansicht, daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten ausgesprochen englandfreundlich sei. Die Ansicht ist unzutreffend, oder jedenfalls schon seit geraumer Zeit nicht mehr zutreffend.

Eine beträchtliche Anzahl einflussreicher amerikanischer Zeitungen, die entweder unmittelbar von britischen Geldleuten oder von den amerikanischen Parteigängern Englands finanziell beherrscht wird, bemüht sich zwar nach wie vor, den Anschein zu erwecken, als stünde das amerikanische Volk mit alleiniger Ausnahme des deutschen Elements — der vielgeschmähten Bindestrich-Amerikaner — in dem gegenwärtigen Krieg so gut wie geschlossen hinter England und mache die britische Sache zu der seinigen. Phrasen von anglo-sächsischer Gemeinbürgerschaft in der Betätigung wahrer Menschlichkeit gegenüber deutschem Barbarentum, in der Verwirklichung demokratischer Ideale gegenüber Höherzollerntyrann und in der Verfolgung selbstloser friedlicher Ziele gegenüber dem auf die Weltherrschaft abzielenden preußischen Militarismus spielen in diesem Bemühen der Presse eine ebenso große Rolle wie die beständig wiederkehrende Versicherung, daß Amerikas Wohl und Wehe von einem Siege Englands abhängt.

Derartige Zeitungsphrasen dürfen aber nicht darüber täuschen, daß die amerikanische öffentliche Meinung, jedenfalls außerhalb der Städte Boston, Philadelphia und New York, tatsächlich England im ganzen nicht sympathischer gegenübersteht als Deutschland. In den ersten Kriegsmonaten hatte allerdings Englands Rolle als „Kämpfer für das vergewaltigte und gebrandschaltete Belgien“ die hiesige Volksstimmung in sehr bedeutendem Maße gefangen genommen. Späterhin aber staute die Sympathie für England schnell und nachhaltig ab, und die öffentliche Meinung verdichtete sich namentlich im Westen und Süden — unbeschadet eines allgemeinen etwas nebelhaften „pro Ally sentiment“ — immer mehr zu der einer völligen Neutralität naheliegenden Auffassung: „Germany is a murderer, but England is a thief“, Deutschland sei allerdings ein Mörder, aber England sei ein Dieb.

Die sich aus dieser Sachlage ergebenden Möglichkeiten veranlaßten bereits im vorigen Herbst einige englandfreundliche Blätter, an England die Warnung zu richten, es möge sich durch die Sprache der amerikanischen Presse nicht täuschen lassen und nicht etwa glauben, die hiesige öffentliche Meinung gestatte ihm jedweden Übergriff. Insbesondere war es die New York Tribune, die eingeschwohrene Parteigängerin Englands, die in einem vielbemerkten Artikel darauf hinwies, daß die Haltung der Presse der östlichen Staaten keineswegs einen Schluß weder auf die Haltung der übrigen amerikanischen Zeitungen noch auf die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten im allgemeinen zulasse. Diese Warnung ist nicht umsonst gewesen, England hat seitdem, wie der St. Louis Times-Demokrat spöttisch bemerkte, „den Westen entdeckt“. Der Londoner Korrespondent dieser Zeitung berichtet:

... daß jetzt ein Engländer, der sich auf die Äußerung einzelner New Yorker Blätter beruft, mit jenem Gemisch von Mitleid und Geringschätzung angesehen wird, mit dem man einen alten unverbesserlichen Querkopf zu traktieren pflegt, und daß wohlunterrichtete Engländer jetzt zu wünschen wissen, was der Mittelwesten denkt.

Die Wahrscheinlichkeit eines energischen Vorgehens der amerikanischen Bundesregierung gegen Großbritannien wegen der zahlreichen britischen Verletzungen der Rechte der Neutralen gaben der New York Tribune unlängst wiederum Anlaß, ihre englischen Freunde auf den tatsächlichen Stand der amerikanischen öffentlichen Meinung hinzuweisen. Nach den kürzlichen Erklärungen des Staatssekretärs Lansing, daß der Schlusssatz der deutschen Note vom 5. Mai vorerst jedes Vorgehen Amerikas gegen England ausschliesse — eine Erklärung, die der größte Teil der amerikanischen Presse mit rauschendem Beifall aufgenommen hatte — hätte die Ankündigung der Tribune, daß ein derartiges Vorgehen nun trotzdem „leider“ nahe bevorstehe, an sich schon Erstaunen erregen können, wenn nicht bekannt wäre, daß zahlreiche Kongressmitglieder, namentlich Vertreter westlicher Wahlkreise, in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung immer stärker auf Maßnahmen gegen England drängen. Noch mehr aber erstaunte die Zeitung durch ihr freimütiges Zugeständnis, daß der bevorstehende Schritt bei allen alteingesessenen Amerikanern außerordentlich populär sei. Folgende Sätze des langen, bemerkenswerten Artikels verdienen hervorgehoben zu werden:

Britisches Denten ist scheinbar in dieser Zeit in einer sonderbaren Verleugnung der Lage befangen gewesen. Man scheint in Großbritannien angenommen zu haben, Herrn Wilsons Haltung gegenüber Großbritannien sei ein Ausfluß amerikanischer Sympathie und werde dadurch bestimmt, daß die amerikanische öffentliche Meinung nicht nur überwiegend für den Dreiverband, sondern überwiegend probritisch und zur Aufgabe amerikanischer Rechte bereit sei, weil dies dazu beitragen würde, das Unrecht, das Belgien, Frankreich und der Menschheit im allgemeinen zugefügt worden ist, wieder gutzumachen. Das ist indes mitnichten der Fall. Vielleicht hätte die Mehrheit des amerikanischen Volkes sich auf den britischen Standpunkt stellen, vielleicht hätte sie so vollständig mit Belgien und Frankreich sympathisieren sollen, daß sie bereit war, auf ihre Rechte zu verzichten, oder die Erörterung über ihre Verletzung zu vertagen. England war der Ansicht, daß Amerika mit ihm als dem „Kämpfer Belgiens“ hätte sympathisieren müssen. In Wahrheit aber hat sich kein erheblicher Teil des amerikanischen Volkes diese Ansicht zu eigen gemacht. Die Tribune hat es getan. Dabei hat sich aber die Tribune niemals eingebildet, die Mehrheit oder auch nur eine bedeutende Minderheit des amerikanischen Volkes hinter sich zu haben. Sie hat vielmehr erkannt, daß drei völlig von einander getrennte Elemente der amerikanischen Bevölkerung wesentlich dazu beigetragen haben, daß die Ansicht, Großbritannien kämpfe für Belgien und die Menschheit und verteidige selbstlos und ritterlich das unglückliche und leidende belgische Volk, von dem amerikanischen Volke abgelehnt wurde. Diese drei Elemente sind die eingeborenen Amerikaner, deren Vorfahren die Revolution mitgemacht haben (the native American of Revolutionary stock), die Irish-Amerikaner und die Deutsch-Amerikaner... Engländer vom Schlage des Lord Bryce stellen durchaus die Tatsachen, und täuschen ihre Landsleute, wenn sie in ihnen den Glauben erregen, daß in Amerika und in weiten amerikanischen Kreisen große Vorliebe für Großbritannien und die Briten vorhanden sei... Tatsächlich ist vielmehr eine Politik, die dem britischen

Böwen hier und da auf den Schwanz tritt, (twisting the Lions' tail) bei einem großen Teile der amerikanischen Bevölkerung rein amerikanischer Abkunft von jeher sehr beliebt gewesen.

Auf die Gründe der Gegnerschaft der irischen und deutschen Elemente gegen Großbritannien braucht man nicht näher einzugehen. Dagegen ist es von Interesse, wieder darauf hinzuweisen, daß sie einen großen Teil der Bevölkerung der Vereinigten Staaten ausmachen. Sie sind alle Wähler und alle dazu zu bringen, für einen Kandidaten zu stimmen, der Feindschaft für Großbritannien an den Tag legt, — und wir stehen, was man nicht vergessen darf, am Vorabend eines politischen Wahlfeldzuges.

Freilich waren die Amerikaner mit antibritischen Vorurteilen nicht bereit, einen Angriff auf Großbritannien seitens der Administration zu unterstützen, solange die deutsche Frage nicht geregelt war. Für einen großen Teil dieser Elemente ist aber die deutsche Frage jetzt geregelt, und für sie ist jetzt, um eine landläufige Redensart zu gebrauchen, „die Reihe an England“.

Die Zeitung zollt weiterhin den „deutschen Agenten“ widerwillig Anerkennung dafür, daß sie aus der „sehr realen und bedeutenden antibritischen Stimmung“ in den Vereinigten Staaten in mannigfacher Weise für Deutschland Kapital zu schlagen verstanden hätten, und tadelt England, daß es in sträflichem Vertrauen auf die ihm hier sichere Sympathie jede aufklärende Propaganda unterlassen habe. Mit Bezug auf das erwartete amerikanische Vorgehen in London sagt die Zeitung:

Was jetzt eingetreten ist, war zu erwarten. Es wäre bereits im Februar 1915 eingetreten, wenn die Deutschen nicht auf ihrer Untersee-Boot-Kampagne bestanden hätten. Es wurde nur vertagt durch den Lusitania-Fall; es wurde nur aufgehoben durch jede folgende Katastrophe. Jetzt wird es nicht nur durch die Verständigung, oder Pseudo-Verständigung mit Deutschland veranlaßt, sondern es wird noch durch die Hinrichtung der irischen Rebellen verschärft, die eine neue Gefühlswoge zugunsten eines Vorgehens gegen britische Methoden herbeigeführt und den amerikanischen Abscheu gegen „deutsche Schrecklichkeit“ zeitweilig in den Hintergrund gedrängt hat. Die Engländer müssen sich klarmachen, daß Herr Wilson, wenn die Deutschen jetzt ihre Nord-Taktik einstellen, gegen die britische Blockade, soweit sie amerikanische Rechte und selbst amerikanische Bequemlichkeit beeinträchtigt, nicht nur ohne parteipolitisches Risiko, sondern sogar mit parteipolitischem Vorteil anzugehen vermag. Sie sollten einsehen, daß er gerade darin von den Elementen der Wählerschaft unterstützt werden wird, die ihm bisher sehr feindlich gegenübergestanden haben, und daß, solange er nur einen Schein des Rechtes für seine Forderungen beizubringen vermag, dieser Kurs in vielen Kreisen sehr populär sein und ihm Anhänger gerade da sichern wird, wo er ganz besonders bestrebt ist, Anhang zu finden.

Vorstehendes Bild, das die ultra-britische Tribune von der hiesigen öffentlichen Meinung in bezug auf England entwirft, ist offenbar ein erheblich anderes, als dasjenige, das die amerikanische Presse im allgemeinen, mit Ausnahme weniger wirklich neutraler Blätter, dem Leser vorzuläuschen bemüht ist. Ähnliche, wenn auch nicht halb so freimütige Äußerungen finden sich hin und wieder in den Washingtoner Korrespondenzen der Evening Post und den Leitartikeln des angesehenen Springfield Republican, der unlängst sogar behauptete, daß in Ansehung der amerikanischen öffentlichen Meinung lediglich ein baldiger Friedensschluß Amerika vor einem ernstlichen Konflikt mit England zu bewahren vermöchte.

Englands Parteigänger in der Union haben scheinbar längst empfunden, daß ihre Sache hier nicht mehr sonderlich gut steht, und machen daher in den letzten Monaten starke Anstrengungen, die öffentliche Meinung neuerdings in englandfreundlichem Sinne zu beeinflussen. Die tatkräftigste Organisation in dieser Richtung ist das eine große Menge einflussreicher, antideutscher Elemente zu seinen Mitgliedern zählende American Rights Committee, das durch Druckschriften und öffentliche Versammlungen, u. a. auch durch eine allerdings etwas mißlungene Trauerfeier für die Lusitania-Opfer, Haß gegen Deutschland predigt. Einen ähnlichen Zweck verfolgte eine Rundgebung von 500 amerikanischen „Intellektuellen“, in Form eines in vielen Zeitungen abgedruckten Manifestes, in dem die Sache der Verbandsmächte als die der Vereinigten Staaten hingestellt und in kaum verhüllter Weise zum Anschluß an dieselben aufgefordert wurde. Auch die neuerdings wieder erwachte schriftstellerische Betätigung des Viscount Bryce in der New Republic und vielgelesenen Sonntagsblättern über die „Isolation“ der Vereinigten Staaten und verwandte Themata, ferner das weitverbreitete Buch The Challenge of the Future von dem St. Louiser Professor Roland G. Usher, in dem versucht wird, die Notwendigkeit eines amerikanischen Bündnisses mit Großbritannien darzutun, und ähnliche, eine angeblich amerikanisch-englische Interessen- oder Sinnesgemeinschaft behandelnde Schriften dürften dieser Propaganda entspringen.

Wie sehr die probritische Koterie es für notwendig hält, daß etwas Kräftiges zur Richtigtstellung der amerikanischen öffentlichen Meinung geschehe, ergibt sich vielleicht daraus, daß sie sich den Oxford Professor Gilbert Murray verschrieben hat, der im Juli und August an der hiesigen Columbia-Universität Vorlesungen halten soll, damit aber, dem New York Herald zufolge, eine Darlegung der britischen Sache „a presentation of the British case“ verbunden wird — „to try to correct misapprehensions which have arisen in this country“ (um Mißverständnisse richtig zu stellen, die hier zu Lande entstanden sind). Professor Murray soll damit hier das gleiche tun, was England und das probritische Amerika seinerzeit Herrn Dr. Dernburg sehr verübelt haben.

Amsterdam, 21. Juli. (Telegr.) Die Telegraphen-Union meidet: Endlich werden auch in Amerika Englands unerhörte Eingriffe in die Rechte der Neutralen und die Einschmürung, welche der amerikanische Handel durch England in willkürlichster Weise erdulden muß, als unerträglich angesehen. Nach den letzten Blättermeldungen herrscht in den Vereinigten Staaten Erregung und Entrüstung darüber, daß man in England sogar soweit geht, auch die amerikanischen Kaufleute auf die schwarze Liste zu setzen und mit aller Gewalt den Handel zwischen Amerika und Deutschland zu verhindern. Von amtlicher Seite wird in Washington bekanntgemacht, daß die Vereinigten Staaten nachdrücklich dagegen Einspruch erheben werden, daß amerikanische Kaufleute auf die schwarze Liste gesetzt werden. Die gesamte amerikanische Presse ergeht sich in Beschwerden und verlangt von Wilson, er möge eine Note in den schärfsten Worten nach London richten. Die New York Times hofft, daß die Liste für Kontorbande-Artikel auf Grund der Washingtoner Vorstellungen eingezogen werden wird.

## Der deutsch-nationale Friedensauschuß.

Aus unserem Leserkreis wird uns geschrieben:

Die „Vossische Zeitung“, das „Berliner Tageblatt“ und andere Blätter brachten in diesen Tagen das folgende angebliche Anschreiben des neuen „deutsch-nationalen“ Ausschusses für Vorbereitung „eines ehrenvollen Friedens nebst Mitgliederliste.“

„Der deutsche nationale Ausschuß will ohne Unterschied unabhängig, den verschiedenen Parteirichtungen angehörende vaterländisch gesinnte Männer vereinigen, die auf dem Standpunkt stehen, daß keine Kängstlichkeit die künftige Sicherheit des Reiches hemmen, aber auch keine eitle Begehrlichkeit die Sicherung schon jetzt für die Zukunft gefährden darf. Dies kann nur erreicht werden durch einen Frieden, der sich gleich entschieden entfernt hält von den Kampflosgleiten der Friedensmänner um jeden Preis, wie von den Unerfälllichkeiten, die in den Kundmachungen des „Alldeutschen Verbandes“ zutage getreten sind. Für diesen Frieden hat der Reichskanzler im März 1916 in der Rede, zu der ihn Generalfeldmarschall v. Hindenburg beglückwünschte, die Worte ausgegeben: Vortragung der Grenzen im Osten, reale Garantien im Westen; ohne beide kein Frieden und kein Aufgeben der besetzten Gebiete.“

Aufgabe des deutschen nationalen Ausschusses mußte es nun sein, mit Gleichgesinnten eine einheitliche Stimmung als Grundlage zu einem deutschen Frieden anzubahnen und mit ihnen den näheren Inhalt „realer Garantien“ besonders in der näheren Festlegung der Grenzen bestimmen zu helfen. Dies kann nur dadurch erfolgen, daß der deutsche nationale Ausschuß seinen Mitgliedern und Gesinnungsgenossen alles einschlägige Material unparteiisch unterbreitet, mit ihnen lernt und forscht, um so unbeirrt von billigen Schlagworten der deutschen Zukunft den Boden zu bereiten. Dabei würde seine Absicht sein müssen, auf die Freigabe der Friedensdiskussion, zu der sich die Regierung leider immer noch nicht verstehen wollte, zu dringen, und zwar in einem Umfange, welche die Sicherheit der belagerten Festung Deutschland nicht gefährdet.

Inzwischen gilt es, den Extremen auf beiden Flügeln entgegenzutreten, die jetzt schon den leitenden Staatsmännern Lust zu faulem Frieden oder Annexionswahnsinn vorwerfen, wo doch das, was werden soll, noch in keiner Weise feststeht. Gerade angesichts der offenen und geheimen Hejerei muß jeder Urteilsfähige den Zusammenschluß der Unselbständigen und Unvooreingenommenen mit allen Kräften betreiben, weil die letzten Wochen einen Vorgeschmack von dem gegeben haben, welche verheerenden Folgen die Agitation der Extremen auf beiden Flügeln während und nach dem Frieden anrichten würde.

### Unterzeichnet:

Fürst Wedel, Geheimrat v. Harnack, Geheimer Kommerzienrat Arnhold, v. Schwabach, Prof. Fleckmann-Königsberg, Botschafter a. D. v. Stumm, Kommerzienrat Fritz Richter, Oberbürgermeister v. Bruchhausen-Trier, Max v. Sullauwe-Köln, Louis Köhling, Hermann Köhling, August Thyssen, Regierungspräsident a. D. v. Gieseler, Prälat Mausbach, Geheimer Kommerzienrat Kremer, Landeshauptmann v. der Wense, Minister a. D. v. Fraendorfer, Geheimer Kommerzienrat Broßien, Geheimrat Wiedemann, Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd Heinkele, Prof. Wiedemann-Halle a. d. Saale.

Als Quelle war halb die „Münchener Allgemeine Ztg.“, bald die „München-Augsburger Abendzeitung“ angegeben. Den Leser beschleichen doch Zweifel, ob die Blätter ein Schriftstück bringen, das wirklich ist, was es zu sein vorgibt. \*)

Da ist zunächst in der Namenliste ein offener Fehler. An Stelle des Professors Wiedemann, Halle a. S., sollte es sicher heißen Professor Wiedemann, dessen bisherige Tätigkeit als Befürworter dauernder Selbständigkeit Antwerpens den Tendenzen entspricht, die man dem „deutsch-nationalen“ Ausschuß in weiten Kreisen zuschreibt. Dann findet sich im Text des Anschreibens ein grober Verstoß. Er spricht von einer Reichstagsrede des Reichskanzlers im März, während die Rede, die offenbar gemeint ist, am 5. April gehalten wurde. Man kann sich nicht vorstellen, daß ein Anschreiben, das bestimmt ist zu werben, mit solcher Flüchtigkeit verfaßt wird.

Das Schreiben enthält aber noch weitere eigentümliche Bemerkungen. Es spricht von der „Unerfälllichkeit, die in den Kundgebungen des Alldeutschen Verbandes zutage getreten ist“. In Wirklichkeit gibt es nur eine „Kundgebung des Alldeutschen Verbandes“, und wer die anders als bloß vom Hörensagen kennt, wird ihren Inhalt nicht als „Unerfälllichkeit“ bezeichnen können. Es ist dieselbe Sache wie mit der in den letzten Wochen so viel besprochenen Eingabe der sechs Verbände. Der Reichskanzler hat sich im Reichstage wiederholt über Kriegsziele ausgesprochen. Niemand darf sagen, das seine Worte bloß Worte seien, hinter denen eine tatsächliche Meinung nicht stecke. Wenn das aber unerlaubt und sicher falsch ist, nun so ist der Reichskanzler in seinen Forderungen an einer — und zwar einer sehr wichtigen — Stelle ganz erheblich über die Wünsche der sechs Verbände hinausgegangen, während er allerdings an einer andern Stelle dahinter zurückbleibt, sofern Schweigen als Verzicht auszulegen ist. Die Kundgebung des Alldeutschen Verbandes deckt sich sachlich aber ziemlich genau mit der Eingabe der sechs Verbände. Man sieht auch hier wieder, wie die Anbelagerung der Presse der Verständigung schadet, die sich vielleicht unschwer herstellen ließe, wenn eine offene Aussprache möglich wäre. Leicht wird der Leser des Anschreibens an dieser Stelle auf den Gedanken kommen, daß sein Verfasser sich einen billigen Erfolg durch Erwähnung der Alldeutschen sichern wollte, deren bloßer Name ja auf manchen Spleißbürger wirkt wie ein rotes Tuch. Aber ein solches Verfahren kann man doch nicht bei der Leitung eines Ausschusses annehmen, der sich

so große und ernste „deutsch-nationale“ Aufgaben stellt. Der wird doch nur sachlich und nicht rein agitatorisch verfahren.

Man kann auch nicht annehmen, daß der neue „deutsch-nationale“ Ausschuß nicht gewußt haben sollte, daß schon seit mehr als einem Jahre ein Ausschuß besteht, der sich genau mit denselben Fragen beschäftigt, deren Lösung er sich zur Aufgabe setzt. Im Anschluß an die Nachricht von der Gründung des „deutsch-nationalen“ Ausschusses hat dieser ältere Ausschuß sich genötigt gesehen, ebenfalls in die Öffentlichkeit zu treten, woran er bisher durch das Verbot, über Kriegsziele zu verhandeln, gehindert war. Er mußte sich sagen, daß zwischen Kriegszielen und Friedensbedingungen doch kein Unterschied ist, und daß, wenn es erlaubt sei, diese zu erörtern, eine Besprechung jener nicht mehr unterlag sein könne. Er hat sich als „unabhängiger Ausschuß für einen deutschen Frieden“ (Geschäftsstelle: Berlin W. 9, Schellingstraße 4) am 13. Juli der Öffentlichkeit vorgestellt. Den Urhebern des „deutsch-nationalen“ Ausschusses kann es doch auch nicht unbekannt sein, daß sich dieser Ausschuß mit seinen Tausenden von Vertrauensmännern und zugeschiedenen Gesinnungsgenossen aus Männern zusammensetzt, die durchaus „unabhängig und vaterländisch gesinnt“ sind, und „den verschiedenen Parteirichtungen angehören. Die Begründer des neuen Ausschusses können also diese Eigenschaften nicht wohl allein für diejenigen in Anspruch nehmen, die sie zu werden wünschen, wie sie es tun würden mit der Erklärung: „Der Deutsche Nationalausschuß soll eine Anzahl unabhängiger, den verschiedenen Parteirichtungen angehörender, vaterländisch gesinnter Männer vereinigen.“

Eigentümlich mutet ferner an, wenn das Anschreiben erklärt, daß der „Deutsch-nationale Ausschuß seinen Mitgliedern und Gesinnungsgenossen alles einschlägige Material unparteiisch unterbreitet, mit ihnen lernen und forschen will, um so, unbeirrt von billigen Schlagworten, der deutschen Zukunft den Boden zu bereiten“. Es kann den Begründern des „deutsch-nationalen“ Ausschusses doch unmöglich unbekannt sein, daß es kaum eine der in Betracht kommenden Einzelfragen gibt, über die nicht gründliche, eingehende, unparteiische Untersuchungen und Darlegungen vorhanden wären, daß von Fachmännern und Interessenten jeder Art eindringend geforscht worden ist, und daß daraus jeder, der überhaupt wollte, hat lernen können, was zu eigenem Urteil befähigt und berechtigt. Von „billigen Schlagworten“ können überlegte Leute doch nicht reden. Man kann schwer glauben, daß die Begründer des „deutsch-nationalen“ Ausschusses sich herbeilassen sollten, mit solchen Worten offene Türen einzurennen, oder die Hoffnung hegen könnten, mit ihnen Gimpel zu fangen.

Nach allem bleiben ernste Zweifel bestehen, ob das veröffentlichte Anschreiben nebst Namenliste wirklich von dem neuen Ausschuß herrührt. Es wäre gut, wenn er das deutsche Volk darüber nicht im unklaren ließe.

\*) Wir haben die Kundgebung schon vor acht Tagen zweimal in Maschinenschrift ohne Angabe des Absenders zugestellt erhalten, hielten aber eine Veröffentlichung nicht für erlaubt, da wir den unterzeichneten angesehenen Männern nicht unterstellen wollten, daß diese Veröffentlichung mit ihrer Kenntnis und Billigung in die Welt gegangen sei. Nachdem aber der Aufruf unawiderprochen durch die Presse gegangen ist und unsere neuliche Anfrage ohne Antwort blieb, sehen wir keinen Grund zu weiterer Zurückhaltung. — Dem „Berl. Tagebl.“, das uns neulich entgegenwarf, daß wir die „widerrechtlich“ alldeutschen Kundgebungen, deren Existenz wir leugneten, nicht kennen, bemerken wir bei dieser Gelegenheit, daß uns alle Verbandskundgebungen des Alldeutschen Verbandes genau bekannt sind und wir auf Grund dieser Kenntnis, deren Erwähnung wir dem „B. Z.“ auch empfehlen möchten, unsere Behauptung aufstellten. Für Auslassungen einzelner, die vielleicht gar nicht dem Alldeutschen Verbande angehören, aber von den Gegnern unter der beliebten und bequemen Sammelmarke „Alldeutsch“ gefaßt werden, ist der Alldeutsche Verband ebensowenig verantwortlich wie irgendeine andere Gruppe für Kundgebungen außenstehender oder nichtverantwortlicher Personen. Auch sollte man gerechterweise zugestehen, daß sich in zwei Kriegsjahren die Anschauungen rechts und links in mancher Beziehung gewandelt haben. Oder steht z. B. das „B. Z.“ heute noch auf der von ihm im ersten Kriegsmonat veröffentlichten Anschauung des Herrn Gothein, daß kein Dorf durch diesen Krieg an Deutschland kommen darf? Die Schriftl. d. „B. Z.“

## Russische abgewiesen. Schiff durch Torpedo verlegt.

139  
29/6

### Ein Schwacher Trost.

Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ bringt den zweiten Artikel\*), der sich mit den Zuständen in Rußland an der Hand russischer Preßstimmen beschäftigt. Daraus sei das Folgende wiedergegeben:

Also „Kähen- und Hundefleisch, Feldmäuse und Krähen bilden unsere Nahrung“. Eigentlich ist das nicht wunderbar, da wir ja nach russischen Nachrichten bereits im vorigen Jahre alle Tiere aus den Zoologischen Gärten geschlachtet und ausgegessen, das Bratfett dazu aus den städtischen Abwässern aufgefangen haben. Unwillkürlich fiel uns aber dabei Herr „Unbekannter“ („Reiswjesni“) ein, der unter der Ueberschrift „Miniaturen“ in den „Moskowskja Bzedomosti“ so niedliche Plaudereien schreibt und die Not des russischen Alltags in lebensfrischer Schilderung im Moskauer Volksdialekt durch die Sonne des Humors verklärt. Am 16. Juni 1916 schreibt der Herr „Unbekannte“ folgendes:

Da habe ich einen Brief bekommen, der am Kopfe folgende Aurede trägt: „Herrn Unbekannten von einem Unbekannten“. — Es ist nett, ein Briefchen von einem Kollegen zu erhalten. Am so mehr als ihn ein Freund der Tiere schreibt, und ich selbst liebe die Freunde der Menschheit. — Gleichwohl, ich will die Verantwortung für die Geschichte meinem Korrespondenten überlassen. Ich hatte — schreibt er — 2 Angorakähen und einen Hund, Sorte „Spaniol“, nicht mehr sehr jung, sehr gepflegt und gut ausgefüttert. Und, denken Sie sich, eins nach dem anderen verschwinden diese Tiere. Zuerst kam der Kater „Morton“ weg, dann der Hund „Diet“ und schließlich die Kähe „Krasawitza“ („die Schöne“). Ich suche, laufe publiziere in den Zeitungen — keine Spur. Vorstehen Sie, das hat mich so aufgeregt, daß ich mich sogar ins Bett gelegt habe. Da kommt zu mir meine Köchin und verkündet geheimnisvoll: Gnädiger Herr, Ihr Käzchen und Ihr Hundel sind gewiß von den Wurstmachern gestohlen. — Ich denke, was soll das heißen, nennt man etwa so eine neue Sorte Diebe? — Nein, sagt sie, jetzt macht man bei den kleinen Wurstmachern billige Wurst. . . Diesen Schindludern kommt alles zu passe: Hund und Kater. Das Fell verkaufen sie den Kürschnern, und das Fleisch — in die Wurst, bei Gott, ich lüge nicht. Großartige Geschäfte machen sie. — Woher weißt du denn das? Der alte Jewmenitsch hat's ausgeplaudert, der Kommiss vom Wurstmacher nebenan.

Ist der Unbekannte vielleicht inzwischen Auslandsberichterstatte vom „Anzeiger des Gardekorps“ geworden und schreibt er aus Moskau über Deutschland wie Wippchen aus Bernau über Kriegsereignisse in den fernsten Ländern? Dann werden noch weitere Schilderungen desselben Verfassers über die hohen Fleisch-, Fisch- und Gemüsepreise sowie über das Fleisch „Stehen“ wiedergegeben. Weiter heißt es:

In Petersburg sind die Leute humorloser, dort wird in den Zeitungen öfters verärgert geschimpft, oder, wie z. B. in der „Nowoje Wremja“ vom 3. Juli, ein Berichterstatte stimmt elegisch seine Leier im Zwielicht der weißen Nächte:

Nachts um eins, zwei, wenn der Lärm des Tages erstirbt, beginnt das Leben der „Polonäsen“. Bei den Fleischbuden schläft im Stehen die lange Kette der Hoffenden, drei Pfund Fleisch zu bekommen. Um 7 Uhr morgens gibt es Fleisch. Aber am Nikolaibahnhof steht eine zweite lange Reihe: Studenten, Fräuleins, Dienstmänner mit roten Mützen. Sie warten auf die Kasseneröffnung, um Fahrkarten zu erhalten. Selten lächelt das Glück. Wenn niemand die Karten vorher erwischt hat, wenn wenig Offiziere reisen wollen, dann gibt es direkte Fahrkarten. Meistens aber sind nur solche für den Nahverkehr vorhanden. Leute mit Selbstbeherrschung und Charakter stehen die nächste Nacht. Die Schwächeren verzichten auf die Reise und warten auf einen Zufall, der selten kommt und viel Wirtschaft verursacht. Der Dienstmann bekommt 10 Rubel für die Nacht, ganz gleichgültig, ob er eine Fahrkarte bringt oder nicht.

Wer unsere Familien zu Pfingsten oder jetzt zu Beginn der großen Ferien auf den Berliner Bahnhöfen in ungeheuren Scharen frisch und fröhlich hat abreißen sehen, wird den Schmerz der Petersburger zu ermessen wissen! Ja, wenn wir unsere herrlichen Eisenbahnen, unsere wundervolle Ordnung nicht hätten!

Doch wir müssen zurück zu den russischen Fleischtopfen: Die „Petersburger Borsenzeitung“ bringt die Nachricht, daß in Simpheropol die Kamele geschlachtet und gegessen werden. Armes, nütliches Tragtier der weiten taurischen Steppen! Dort im Gouvernement Taurien werden jetzt die deutschen Kolonisten „liquidiert“, ihr Haus und Hof, ihre blühenden Wirtschaften

\*) Vgl. Nr. 375 der „Täglichen Rundschau“.

**Der Heringskrieg.**

**Christiania, 28. Juli.** (Privattelegraph m.) Die Wachen auf den Lofoteninseln melden, daß starke englische See-Preitkräfte in Sichtweite kreuzen, wie es scheint, um das Auslaufen der norwegischen Fischereiflotten zu überwachen.

**Erklärungen des niederländischen Ministers des Außern.**

**Haag, 28. Juli.** In der Zweiten Kammer richtete Spielman (Sozialist) an den Minister des Außern die Frage, was für Schritte die Regierung in Angelegenheit der Anhaltung einer Anzahl Schiffe der niederländischen Heringsfischerflotte durch die englische Regierung unternommen habe.

Der Minister des Außern antwortete unter anderm: Die britische Regierung teilte mir unlängst durch ihren hiesigen Gesandten mit, daß sie gegen die Lieferungen der Heringsfischer an Deutschland sich zur Wehr setzen müsse. Wenn die Lieferungen fortbauerten, immer nach kriegsführenden Ländern zu verländischen Fischerfahrzeuge vor das Prisen-gericht zu bringen.

Hörten die Lieferungen auf, so würden die Schiffe, die teils wegen Fischens in der sogenannten gefährlichen Zone, teils wegen sogenannten Führens von Konterbande (Fische) aufgebracht worden seien, wieder freigelassen werden und in Zukunft unbelästigt bleiben, wenn sie sich nicht wieder in die genannte Zone begeben.

Gegen dieses Auftreten kündigte die niederländische Regierung ihren Widerstand an. Ich brachte dem britischen Gesandten zur Kenntnis, daß die Forderung nach Nichtausfuhr niederländischer Fische nach Deutschland den ausdrücklichen Bestimmungen der zwei Haager Verträge vom Jahre 1907 widerspreche, denen zufolge ein neutraler Staat nicht verpflichtet ist, die Ausfuhr von Gütern welcher Art auch immer nach kriegsführenden Ländern zu verbieten.

Was die Aufbringung der Schiffe betrifft, machte ich ernstlich geltend, daß die britische Regierung dadurch, daß sie einen Teil der Nordsee als gefährlich bezeichnete, keineswegs der Verpflichtung enthoben werde, in dieser Zone das Durchsuchungsrecht nur unter Einhaltung der allgemein anerkannten völkerrechtlichen Bestimmungen über diesen Punkt auszuüben. Das Recht, Schiffe nach ihren Häfen aufzubringen, habe sie nicht.

Ich wies ferner darauf hin, daß die niederländische Nordseefischerei nicht dem internationalen Transporthandel gleichzustellen sei, der durch das besondere Bedürfnis eines Kriegsführenden entstand, sondern daß sie eine nationale Industrie sehr alten Datums darstelle, die ihre Entstehung keineswegs dem Kriegszustand verdankt. Wenn die britische Regierung gegen den Verkauf eines größeren Teiles der Fische Beschwerde erhebt, so steht es ihr frei, auf dem offenen Markt hierzulande mitzubieten. (Zwischenrufe: Sehr richtig!)

Sodann wies ich dem Gesandten gegenüber auf die Erbitterung im ganzen Lande hin, die durch den Bericht über die Forderungen hervorgerufen wurde, die an die zur Besprechung der Angelegenheit nach London eingeladenen Vertreter der niederländischen Interessenten gestellt worden sein sollen. Wenn diese Forderungen sich verwirklichen würden, würde dies auf eine fast völlige Lähmung unsrer Nordseefischerei und der damit verwandten Betriebe hinauslaufen.

Schließlich gab ich zu verstehen, daß die niederländische Regierung aus den oben angegebenen Gründen berechtigt sei, zu erwarten, daß die aufgebrachten Schiffe ohne Verzug freigelassen werden würden.

Ich kann der Kammer versichern, daß die Regierung dieser für einen wichtigen Teil unsrer Bevölkerung so wesentlichen Angelegenheit dauernd ihre volle Aufmerksamkeit schenken wird.

## Die wichtigsten Ereignisse des Weltkriegs

im zweiten Kriegsjahr (1. August 1915 bis  
31. Juli 1916.)

1915.

- Aug. 4. In Fortsetzung der siegreichen Offensive gegen Rußland wird Swangorod genommen.  
5. Warschau besetzt.  
6. Verstärkte englisch-französische Angriffe auf die Dardanellen.  
16. Die griechische Kammer tritt zusammen; das Kabinett Gumaris tritt zurück und Venizelos tritt an die Spitze des neuen Kabinetts.  
17. Dritter Luftangriff auf London. Englischer Marineangriff auf die jüdische Westküste.  
18. Kowno besetzt.  
19. Nowo Georgiewsk fällt.  
20. Fünfte Kriegstagung des Reichstags. Reden v. Bethmanns und Helfferichs.  
20. Seesieg im Riga'schen Busen.  
21. Italien erklärt der Türkei den Krieg.  
23. Ossowiec besetzt.  
26. Drest-Bitowsk fällt.
- Septbr. 3. Grodno fällt.  
Bulgarisch-türkisches Abkommen.  
8. Großfürst Nikolaj-Nikolajewitsch abberufen; der Zar tritt an die Spitze der Armee.  
9. Erfolgreicher deutscher Vorstoß in den Argonnen.  
10. Dubno besetzt.  
15. Joffre's Armeebefehl über die große Offensive.  
16. Białystok genommen.  
19. Wilna fällt.  
22. Mobilmachung Bulgariens.  
24. Dritte deutsche Kriegsanleihe. Ergebnis 12 101 Millionen.  
25. Mobilmachung Griechenlands.  
Beginn der Herbstschlacht im Artois und in der Champagne. Alle Durchbruchversuche, die bis in den Oktober fortgesetzt werden, sind vergeblich.
- Oktr. 3. Russisches Ultimatum an Bulgarien.  
Englisch-französische Truppen landen in Salonik; die griechische Regierung protestiert gegen die Landung.  
5. Der König von Griechenland verabschiedet das Kabinett Venizelos.  
6. Rußland bricht die Beziehung zu Bulgarien ab, ebenso England, Frankreich und Italien.  
7. Einmarsch deutscher und österreichischer Truppen in Serbien. Beginn des Balkanfeldzugs.  
Griechisches Koalitionskabinett Zaimis.  
9. Belgrad erobert.  
12. Bulgarien tritt in den Krieg ein.  
18. Der französische Minister des Aeußern Delcassé tritt zurück; der Ministerpräsident Viviani übernimmt das Aeußere.  
18. Starke aber erfolglose Offensive der Italiener am Isonzo.  
19. Japan schließt sich der Erklärung der Alliierten vom 5. Septbr. 1914 an.  
Der englische Minister Carson tritt zurück.  
23. Die Bulgaren besetzen Branja und Uesküb.  
26. Deutsche und bulgarische Vorposten treffen sich bei Zhubicevac.  
29. Das Kabinett Viviani tritt zurück; der bisherige Justizminister Briand tritt an die Spitze der Regierung.
- Novbr. 3. Die französische Kammer gibt dem Kabinett Briand ein Vertrauensvotum.  
4. Das Kabinett Zaimis wird in der Kammer in die Minorität versetzt und tritt zurück.  
5. Die Bulgaren erobern Nisch.  
6. Deutsche und bulgarische Truppen treffen bei Paracin zusammen.  
7. Griechisches Kabinett Skulubis; die Kammer wird aufgelöst und Neuwahl angeordnet.  
11. Neue Offensive der Italiener am Isonzo; sie ist ebenso erfolglos wie die früheren.  
13. Der englische Minister Churchill tritt zurück.  
23. bis 26. Sieg der Türken über die Engländer bei Kratichon.  
30. Prizren besetzt, die Reste des serbischen Heeres nach Montenegro und Albanien gedrängt.  
Italien tritt dem Abkommen vom 5. September 1914 bei.  
Sechste Kriegstagung des Reichstags, der weitere zehn Milliarden Kriegskredite bewilligt.
- Dezbr. 3. Monastir besetzt.  
Joffre wird zum Chefkommandanten (Generalissimo) aller französischen Armeen ernannt.  
5. Ende der vierten Offensive der Italiener am Isonzo.  
9. Rede des Reichskanzlers im Reichstag; Spaltung der Sozialdemokratie.  
11. Niederlage der Franzosen und Engländer im Wardarthal.  
16. Marshall French tritt von der Oberleitung des

englischen Heeres zurück; an seine Stelle tritt General Haig.

- Dezbr. 20. Schlacht an den Dardanellen; die Alliierten räumen die Westküste von Gallipoli.  
23. Offensive der Russen in Polhynien.  
29. Die englische Regierung beschließt die allgemeine Wehrpflicht zunächst für die Unverheirateten.
- 1916.
- Jan. 5. Die englische Regierung bringt im Parlament das Wehrpflichtgesetz ein.  
7. Erfolgloses Ende der russischen Offensive in Polhynien.  
9. Die Alliierten räumen Gallipoli endgültig; sie geben das Dardanellen-Unternehmen auf.  
11. Die österreichisch-ungarischen Truppen erobern den Lowtschen und besetzen die montenegrinische Hauptstadt Cetinje.  
15. Der erste Ballanzug nach Konstantinopel fährt von Berlin ab.  
18. Kaiser Wilhelm und König Ferdinand kommen in Nisch zusammen.  
23. Oesterreich-ungarische Truppen marschieren in Albanien ein und besetzen Skutari.  
25. Das englische Unterhaus nimmt das Wehrpflichtgesetz in dritter Lesung mit 338 gegen 36 Stimmen an.  
30. Deutsche Luftschiffe greifen Paris und Liverpool an.
- Febr. 2. Rücktritt des russischen Ministerpräsidenten Gorewkin; an seine Stelle tritt Stürmer.  
9. König Ferdinand besucht das deutsche Hauptquartier.  
16. Die Russen besetzen Erzerum.  
17. Die Reste der deutschen Truppen räumen Kamerun und treten auf spanisches Gebiet über.  
21. Die Deutschen beginnen die Schlacht vor Verdun.  
25. Die Italiener räumen Durazzo.  
Die Deutschen stürmen das Verdun-Fort Douaumont.
- März 9. Bruch mit Portugal und Kriegserklärung.  
15. Rücktritt des Staatssekretärs v. Tirpitz.  
Rücktritt des französischen Kriegsministers Gallieni, der bald darauf stirbt; an seine Stelle tritt General Roques.  
16. Ministerium Almeida in Portugal.  
19. Rücktritt des russischen Ministers des Innern Schwostow.  
25. Vierte Deutsche Kriegsanleihe. Ergebnis 10 667 Millionen.  
27. Große Konferenz der Alliierten in Paris.  
28. Die am 18. eingeleitete Offensive der Russen südlich von Dinaburg scheitert endgültig.
- April 5. Der Reichskanzler hält im Reichstag eine Rede über die Kriegsziele.  
6. Der italienische Kriegsminister General Zupelli tritt zurück; sein Nachfolger ist General Morrone.  
18. Die Russen besetzen das von den Türken geräumte Trapezunt.  
22. Amerikanische Note an Deutschland in Sachen des Tauchboot-Krieges.  
25. Aufstand in Irland.  
28. Ministerkrise in England wegen der Ausführung des Wehrpflichtgesetzes; die Regierung zieht das Gesetz zurück.  
29. Kut-el-Amara fällt; 13 000 Engländer kommen in türkische Kriegsgefangenschaft.
- Mai 3. Asquith verkündet im Unterhause die allgemeine Wehrpflicht ohne Ausnahme.  
5. Antwortnote Deutschlands an Amerika.  
12. Rücktritt Delbrücks.  
16. Das Unterhaus genehmigt endgültig das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht.  
17. Rücktritt Nicolson's.  
Offensive Oesterreich-Ungarns in Südtirol.  
20. Helfferich wird Staatssekretär des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers, v. Adern Schatzsekretär und v. Batocki Direktor des neugeschaffenen Kriegsernährungsamts.  
30. Arstero und Asiago genommen.  
31. Seeschlacht vor dem Stageraal.
- Juni 2. Beginn der russischen Offensive gegen Luf.  
5. Rede des Reichskanzlers gegen die Treibereien.  
Der Reichstag genehmigt die Kriegssteuern und die Reform des Vereinsgesetzes.  
6. Eroberung des Forts Vaux.  
Tod des englischen Kriegsministers Lord Kitchener.  
10. Sturz des Kabinetts Salandra.  
18. Die Russen besetzen Czernowitz.  
20. Ultimatum der Alliierten an Griechenland.  
23. Griechenland unterwirft sich den Forderungen der Alliierten, das Kabinett Skulubis tritt zurück und es folgt ein Kabinett Zaimis.
- Juli 1. Italienisches Kabinett Boselli-Sonnino mit unveränderter politischer Richtung.  
Beginn der Somme-Schlacht.  
9. England hebt die Londoner Seerechtsdeklaration auf.  
10. Ankunft des deutschen Handelstauchbootes „Deutschland“ in Baltimore.  
24. Rücktritt Sazonow's; Stürmer übernimmt die Leitung des russischen Auswärtigen Amtes.  
26. Die Russen besetzen Erzinjan.

## Die gespannte Lage in Rumänien.

Sofia, 28. Juli. (T. U.) Das Verhältnis zwischen Bulgarien und Rumänien klärt sich. Das Organ des Kriegsministeriums „*Voenni Izwestia*“ schreibt an leitender Stelle, Rumänien habe bereits bei Kriegsausbruch das Bündnis mit den Zentralmächten gebrochen. Dieser Umstand näherte bei der Entente die Hoffnung, daß es ihr gelingen wird, den Anschluß Rumäniens zu erzielen. Die Zentralmächte haben sich betreffs Rumäniens keinen Illusionen hingegen und sich zur Verteidigung gegenüber Rumänien vorbereitet. Wir werden Rumänien sofort unschädlich machen, wenn es gegen uns in den Krieg eingreift. Die Zentralmächte sind für alle Überraschungen vorbereitet.

Bukarest, 28. Juli. (T. U.) Rußland hat in Südbessarabien eine Expeditionsarmee gegen Bulgarien aufgestellt. Die russische Regierung wird auf diplomatischem Wege versuchen, daß der Durchzug durch Rumänien und ein Angriff von der Donau aus gestattet werde.

Bukarest, 28. Juli. (T. U.) Ein Ministerrat befaßte sich mit der Angelegenheit der russischen südbessarabischen Armee. Die Regierung ist, wie verlautet, entschlossen, die Neutralität zu wahren, und hofft, daß Rußland nur Truppen auf dem Schwarzen Meer transportieren werde.

Sofia, 28. Juli. (T. U.) *Geshows* Blatt „*Mir*“ schreibt in einem „Rumänien und Griechenland“ überschriebenen Artikel, es ist irrig, daß Rumäniens Entscheidung von dem Ausgang der griechischen Wahlen abhängig sei. Griechenland hat kein Verlangen nach Gebietszuwachs, demnach auch kein Interesse daran, Blut zu vergießen; es will nur sein eigenes Gebiet behalten. Demgegenüber will Rumänien sich zum Nachteil einer fremden Macht vergrößern, was nur durch einen Krieg möglich ist.

Bukarest, 28. Juli. (T. U.) König Ferdinand empfing dieser Tage außer dem deutschen Gesandten v. der Busche auch den italienischen Gesandten Baron Fasciotti und den Führer der konservativen Partei Alexander Marghiloman. In russenfreundlichen Kreisen wurde nach diesen Empfängen die Ansicht verbreitet, daß Rumänien nicht eingreifen werde. Gegenüber dem Petersburger rumänischen Gesandten Diamandy besteht in maßgebenden politischen Kreisen große Unzufriedenheit; man betrachtet Diamandy, der zurzeit in Bukarest weilte, als Agenten des russischen Ministeriums des Auswärtigen.

### Die Vierverbandsdiplomaten bei der Arbeit.

Ofen-Pest, 28. Juli. (T. U.) „*Az Est*“ meldet aus Bukarest:

Die Ententediplomaten sind fieberhaft tätig, um Rumänien an der Aufgabe der Neutralität zu bewegen. Sie wollen eine rasche Entscheidung erzielen, bisher geschah jedoch nichts mehr, als daß Bratianu mit dem König und den Gesandten der Zentralmächte Unterredungen hatte. Zur selben Zeit pflogen auch die Ententediplomaten lange Konferenzen im Gebäude der russischen Gesandtschaft. Ihre wirksamste Waffe ist die, daß sie behaupten, der günstigste Moment zum Eingreifen Rumäniens sei gekommen, aber eben betreffend dieses Momentes ist bei den entscheidenden Faktoren die Meinung verschieden. Die Anhänger der Entente stellen sich den weiteren Verlauf der Kriegereignisse derart vor, daß Rußland eine Armee zur Verfügung stellt, die über die Dobrußja marschiert und gleichzeitig mit den Ententetruppen in Saloniki eine Aktion auf dem Balkan beginnt. Die Russenfreunde wollen so durch Schaffung eines neuen Kriegsschauplatzes Rumänien zur Intervention bewegen. Wie verlautet, haben die Ententevertreter fünf Kriegspläne ausgearbeitet, selbstverständlich nur auf dem Papier. Man sieht, die Entente bietet demnach alles, nur nicht eine bereits gegebene günstige Kriegslage, die in diesem Falle am lockensten wirken würde.

Der Druck, den die Russenfreunde ausüben, übersteigt alle bisherigen Grenzen. Alle Augen sind auf den neuen französischen Gesandten St. Aulaire gerichtet. „*Dimineata*“ meldete bereits, daß er in seiner Reisetasche die fertigen Bündnisverträge mitbringe, deren Unterfertigung bevorstehe. Diese Nachricht ist, wie alle bisher von der Ententepresse veröffentlichten Meldungen über ein Eingreifen Rumäniens, vollständig aus der Luft gegriffen, ebenso wie die, daß statt der Regierung Bratianus eine neue Regierung ernannt werden soll.

Heute sind nur diplomatische Unterhandlungen im Gange, die sich von den bisherigen derartigen Unterredungen nur dadurch unterscheiden, daß man mit offenen Karten spielt.

„*Eclair des Balkan*“ bestreitet die Ernennung des Generals Florescus zum Generalstabschef und schreibt, wenn sich dies bewahrheiten würde, wäre es klar, daß Rumänien sich vor der Entente beuge. Der Druck, den die Entente auf Bratianu ausübe, beweise, daß sie sich schwach fühle. Zum Schluß sagt das Blatt: Die Zentralmächte haben uns niemals in einen Krieg verwickeln wollen. Der „*Steagul*“ führt aus, daß die Regierung unter den gegenwärtigen Umständen keinen Anlaß dazu habe, die bisherige Neutralität in eine Aktion mit Waffen umzuändern.

### Englische Wünsche im „Secolo“ wegen Rumänien.

Lugano, 28. Juli. (T. U.) Anscheinend offiziös ergänzt und erläutert der „*Secolo*“ Sonninos Mitteilungen im vorgestrigen Kabinettsrat über die Haltung Rumäniens.

Der „*Secolo*“ behauptet, Rumänien stehe im Begriff, sich dem Vierverband anzuschließen, wagt jedoch keine Beser davor, voreilige Schlüsse aus dem Pessimismus der deutschen Zeitungen zu ziehen, die den Ereignissen vorausseilen. Zwar werde Rumänien mitmachen; der Zeitpunkt seines Eingreifens sei aber noch nicht gekommen. Ferner legt das Blatt dar, daß Rumänien stets Siebenbürgen, das Banat und die Bukowina für sich forderte. Rußland habe zwar ohne weiteres Siebenbürgen den Rumänen zugestanden, wolle jedoch den ruthenischen Teil der Bukowina bis Czernowit für sich und das Banat dagegen Serbien angliedern.

Kürzlich habe Sjasonow nach der russischen Offensive darin eingewilligt, das eroberte Czernowit Rumänien zu überlassen, seitdem sei ein Umschwung in Bukarest eingetreten. Rumänien verlange jetzt außer dem Territorium noch die Zusage von genügender Lieferung von Kriegsmaterial, um selbst den längsten Krieg durchführen zu können. Der Vierverband gestand zwar grundsätzlich diese Lieferungen zu, verlangte aber, Rumänien müsse seine bisherige hinhaltende und unklare Haltung

dem Vierverband gegenüber aufgeben, ehe die definitiven Lieferungen beginnen. Damit sei Rumänien anscheinend nicht einverstanden, da es einen bulgarischen Angriff fürchtet.

Der „*Secolo*“ bemüht sich nun überaus eifrig, die Rumänen davon zu überzeugen, daß die Bulgaren unmöglich gegen Rumänien kämpfen können, weil Sarraills Offensive die ganze bulgarische Armee in Mazedonien festhalte, und beruhigt die Italiener, indem er behauptet, Rumäniens König müsse mit dem Vierverband gehen, denn das rumänische Volk sympathisiere unzweifelhaft mit dem Vierverband.

Diese Ausführungen sind besonders deshalb interessant, weil der „*Secolo*“ jetzt gleichfalls zum Vierverband der Northcliffe-Presse gehört und also damit die englischen Auffassungen widerspiegelt.

### Die „Föderalisten“ und die rumänische Regierung.

Die Bukarester Ruffenpartei setzt ihre Angriffe gegen die rumänische Regierung mit unverminderter Heftigkeit fort. Da der rumänische Ministerpräsident nun selbst — ob mit Recht, kann aus der Entfernung schwer festgestellt werden — als Ruffenfreund verschrien wird, fragt die „*Moldava*“, wie dieser Widerspruch zu erklären sei. „Zweifello“, so meint das Blatt des Herrn Carp, „ist die liberale Partei und der Leiter der Regierung russophil, an Rußland gebunden und hat keine andere Sorge, als die stolze rumänische Armee so rasch als möglich dem Zaren als Geschenk vor die Füße zu legen. Wenn also Herr Bratianu wie die Herren Jonescu und Filipescu glauben, daß dem Lande das Glück nur von den Russen kommen kann, und wenn alle drei in demselben Sinn arbeiten, warum schwächen sie dann ihre Kräfte im Kampf gegeneinander? Hierfür gibt es nur eine einzige Erklärung: sie wollen um keinen Preis, daß die Ehre, das Verdienst und der Lohn für die Umwandlung des freien Königreiches Rumänien in ein russisches Gouvernement Herrn Bratianu allein zufalle, ohne daß sie selbst Anteil daran haben. Deshalb diese so unerklärlich scheinenden Angriffe!“ Das Blatt verlangt, daß gegen die offenkundigen Vorbereitungen der russischen Streitkräfte an der rumänischen Grenze zum Einbruch in die Dobrußja unverzüglich die entsprechenden Gegenmaßnahmen ergriffen werden, damit es nachher nicht heiße, man sei der Invasion der Russen, die auf diesem Weg nach Bulgarien marschieren wollen, auf rumänischer Seite nicht gewachsen gewesen.

In den Kreisen der früheren Minister Carp und Marghiloman wird auch aufs schärfste Stellung genommen gegen die antidynastischen Hezereien der Deue um Lake Jonescu, die den König zu seinem Vormarsch gegen Siebenbürgen zwingen möchten. Diese Heze wird als „heller Wahnsinn“ bezeichnet, da doch Herr Filipescu selbst öffentlich zugegeben habe, daß die Bewaffnung der rumänischen Armee seit zwei Jahren nicht den geringsten Fortschritt gemacht habe; Rußland aber sei und bleibe der gefährlichste Feind für das selbständige Rumänien! Auch die Bewegung der Reserveoffiziere, die sich um den Thron scharren, um die staatsverräterischen Mächenschaften der Jonescus zu bekämpfen, ist im Wachsen begriffen.

Marghiloman hat es übrigens entschieden von sich gewiesen, einem Koalitionskabinett beizutreten, dem Männer wie Filipescu angehören sollen. Das Gerücht von der Bildung einer solchen Regierung ist offenbar nur ausgetreut worden, um dem Ministerium Bratianu neue Schwierigkeiten zu bereiten. Bratianu, der täglich von den Filipescanern als „Räuber“ und „Vügner“ benannt wird, dürfte sich vor einer so sehr gemischten Gesellschaft doch hüten!

Bukarest, 28. Juli. (T. U.) In einer Verteidigung gegen die Angriffe der Fraktion Lake Jonescu auf den König hatte das Blatt „*Epoca*“ behauptet, es sei lediglich Legende, daß der König gegen eine Einmischung sei. Das Blatt könne erklären, wenn die Nation die Waffen ergreifen wolle, werde der König dem Willen des Volkes keine Hindernisse in den Weg legen. Als Antwort hierauf veröffentlicht nunmehr der Leiter des russenfreundlichen Blattes „*Adeverul*“, Konstantin Mille, einen Aufsatz über die auswärtige Politik König Ferdinands, worin der Verwunderung Ausdruck gegeben wird, daß die „*Epoca*“ den König als einen guten Rumänen hinstelle, die Tatsachen sprechen gegen diese Ansicht. Mille behauptet nun, König Ferdinand habe unlängst vor einem Politiker, der bei ihm in Audienz erschienen war, folgendes geäußert: „Viele wollen mich in einen Krieg gegen die Mittelmächte hineinzerrren, ich vertraue aber auf ihren Endsieg. Wenn sich nun Rumänien der Entente anschließen würde, so wäre das sein Untergang. Wenn einmal dieses Unglück hereinbrechen sollte, so werden auch die Kriegsheer einsehen müssen, daß es ein Glück war, daß ein Hohenzoller auf dem Throne saß.“ Mille bemerkt zu dieser angeblichen Äußerung: Ein König, der so pessimistisch einer Einmischung gegenübersteht, kann schwerlich daran denken, Krieg zu führen. Wir vertrauen aber auf den Stern Rumäniens, daß unser Werk gelingen, und wir ausrufen können werden: Gott helfe uns!“

### Die rumänischen Sozialisten.

Haag, 28. Juli. Das Sekretariat des Internationalen sozialistischen Büros hat heute den drahtlichen Bericht empfangen, daß die beiden Vertreter der rumänischen sozialdemokratischen Partei infolge der ersten internationalen politischen Lage in Rumänien verhindert sind, an der sozialistischen Konferenz teilzunehmen.

### Die „Tijd“ über die Moral Rumäniens.

Amsterdam, 28. Juli. (T. U.) Der Militärkritiker der „*Tijd*“ bespricht in einem Leitartikel die allgemeine Lage und Rumänien, das eventuelle Eingreifen dieses Staates in den Weltkrieg an der Seite des Vierverbandes. Ein moralisches Urteil über das mögliche Eingreifen Rumäniens abzugeben, verzichtet die „*Tijd*“, solange nicht dieses Eingreifen zur Tatsache geworden ist. Daß Rußland nun endlich nach langen Unterhandlungen große Munitionsendungen nach Rumänien durchgelassen hat, ist auch für die „*Tijd*“ ein unzweideutiges Zeichen, daß die Unterhandlungen zu einem für die Verbündeten günstigen Resultat geführt haben, welches

schwerlich ein anderes sein kann, als daß Rumänien Oesterreich und Bulgarien angreifen wird. Die „*Tijd*“ ist der Meinung, daß die Russen sich täuschen, wenn sie glauben, der neue mögliche Feldzug gleiche dem fast blutlosen Triumphzug Rumäniens vom Jahre 1913, der ihm den Besitz der Dobrußja sicherte, sondern daß Rumänien sehr schwere Opfer bringen muß.

29. VII. 1916

## „Die Stunde Rumäniens“.

Sie hat angeblich wieder einmal geschlagen, „die Stunde Rumäniens“. In der Bukarester Zeitung „Universul“ vom 1. Juli 1916 steht es wieder einmal zu lesen: „Ein jeder Rumäne, dessen Sinn nicht von der deutschen Stimmungsmache verblendet ist, muß einsehen, daß die Stunde Rumäniens geschlagen hat.“ Nach diesem Leitmotiv arbeitet zurzeit wieder einmal mit besonderer Heftigkeit die gesamte russenfreundliche Presse Rumäniens, arbeiten die Herren Filipescu und Ionescu, arbeiten alle Geister der Gasse in Bukarest. Man muß allerdings wohl an die Tage zurückdenken, da die Russen in den Karpathen standen und Ungarn schon als eine leichte Kosakenbeute vor sich liegen zu sehen glaubten, wenn man eine ähnlich erhitzte Russenstimmung in Rumänien feststellen will wie die heute herrschende.

Wieder einmal richten sich die Augen der Bierverbändler mit heißer Hoffnung auf Bukarest, als ob dort die Entscheidung über das Schicksal der Welt, jedenfalls aber über das des Bierverbandes liege. Wir können diesen Glauben nicht mithegen. Wir können's so wenig wie je glauben, daß ein Ringen, in dem die Kräfte zweier Welten sich messen, in seinem Ausgang bestimmt werden könne durch die angsthafte Vorsicht und Zauderpolitik eines kleinen Staates, dessen verantwortliche Leiter seit zwei Jahren ihre ganze Kunst erschöpfen in einem Schaukelspiel zwischen ihrer Scheu vor den Gassenheeren der Rußlandagenten Filipescu und Ionescu und der vor den Bajonetten der Mittelmächte. In einem Balkanrieg, wo Rumänien als ein Größerer abwartete bis die Kleineren sich gegenseitig aufgerieben hatten, mochte eine bloße Posttil des Abwartens Ertrag und Entscheidung einbringen. In diesem Westklingen ein gleiches für möglich zu halten dünkt uns eine hilflose Verkennung aller Maßstäbe.

Rumäniens Haltung bestimmte und bestimmt nicht den Lauf der Dinge, wie heute die erhitzten Bukarester Gassengeister in wahnwitziger Verblendung sich einbilden, und die mit letztem Einsatz spielenden Bierverbändler sich und ihnen einreden möchten. Im Gegenteil: Rumäniens Haltung ward in jeder Stunde dieser zwei Jahre und wird weiter bestimmt durch den Lauf der Dinge, in den einzugreifen es nicht wagen will, bevor er nicht durch die in ihm bisher schon wirkenden Kräfte endgültig entschieden ist. Als vor anderthalb Jahren die Karpathenpässe von den Russen gewonnen waren, und darum ein verzweifelttes Spiel aller Diplomaten um Rumänien betrieben ward, vertraten wir den Standpunkt, daß dies ein leeres Schattenspiel sei und in Wirklichkeit nur der kriegerische Weiterverlauf für Rumäniens Stellung maßgebend sein werde. Die Zeit seither hat die Wahrheit dieser Auffassung, die freilich trotz aller diplomatischen Geschäftigkeiten eine Binsenwahrheit ist, drastisch erwiesen.

Die rückläufige Entwicklung in der rumänischen Stimmungsmache für Rußland und seine Verbündeten führte dann bis zu dem anfangs April 1916 abgeschlossenen deutsch-rumänischen Handelsabkommen. In all dem war Rumänien niemals eine treibende, sondern stets eine getriebene Kraft, niemals in der Lage jemandes, der nach eigenem Plan, aus eigener Kraft sein Schicksal gestalten will, wie etwa die Türkei oder Bulgarien es taten, sondern stets nur ängstlich den immer vermeintlich nahen Augenblick ab-

## Der Hungerkrieg.

## Eine verfehlte Spekulation.

Mit dem zweiten Kriegsjahr geht auch ein zweites Kriegserntejahr zur Reize, ein Zusammentreffen, das die Kampfmethoden unserer Feinde: mit Schwert und Hunger uns niederzuringen, gleichsam symbolisiert. Das feindliche Wasser, Gewalt und ungeheure Uebermacht nicht vermochten, das sollte der Hunger fertigbringen. Der Krieg sollte nicht nur gegen unsere tapferen Kämpfer draußen im Felde, sondern ebenso rücksichtslos gegen die Zubausegebliebenen: Frauen, Kinder und Greise geführt werden. Gegen die draußen mit allen furchtbaren Mitteln moderner Technik, mit zusammengerafften Völkern aus allen Zonen und Weltteilen, gegen die zu Hause, indem man ihnen die Zufuhr sperre, um sie so dem Hunger preiszugeben. Aber wie der Feind unsere militärische Kraft und Widerstandsfähigkeit, den unvergleichlichen Geist unserer Truppen unterschätzte, so erwies sich auch der zweite Faktor in seiner Berechnung als trügerisch: wie der Feldzug von Blut und Eisen, so verjagte auch die Hungerstrategie der Gegner. Die Heere Deutschlands und seiner Verbündeten stehen seit Jahr und Tag tief in Feindesland, und kein noch so gewaltiges Aufgebot neuer Massenheere hat bisher vermocht, die eiserne Mauer, die wir dort aufgerichtet haben, zu erschüttern. Und wie draußen, so drinnen! Auch im Innern ist die Strategie der Gegner zu schanden geworden. „So sicher wie der Herbstwind das Laub von den Bäumen fegt,“ so sicher sollte nach Herrn Churchills prahlender Prophezie Deutschlands durch Aushungern zu Boden geworfen werden. Seit dieser Ankündigung sind nahezu zwei Jahre verflossen, und sie hat sich als ebenso falsch erwiesen wie manche andere jener wortgewaltigen Herren, die in immer neuen Reden immer neue Systeme zu bereiten wußten, die Deutschland und seinen Verbündeten die sichere Niederlage bringen sollten. Heute, da ein zweites Kriegsjahr zu Ende geht und ein neues beginnt, dürfen wir voll froher Zuversicht sagen: Der Hungerkrieg, den unsere Feinde gegen uns führen, wird nie und nimmer von ihnen gewonnen werden. „So sicher wie der Herbstwind das Laub von den Bäumen fegt,“ so sicher wird der Aushungersplan unserer Feinde in Nichts zerflattern.

Der militärischen und wirtschaftlichen Strategie unserer Feinde hat sich in diesem Kriege — zeitweilig mehr als Trost- und Beruhigungsmittel für die Massen des eigenen Volkes, denn als Faktor ernster Berechnung — die Theorie vom Abnutzungskrieg hinzugesellt, die unter Hinweis auf die eigenen gewaltigen Hilfsmittel an Menschen und Material die mit mathematischer Sicherheit unausbleibliche Erschöpfung der Gegner — Deutschlands und seiner Verbündeten — erweisen wollte. Eine Art der Berechnung, die nur den einen großen Fehler besitz, und darum zu schweren Enttäuschungen geführt hat und weiter führen muß, daß sie mit toten Zahlen operiert, mit Quadratmetern, Tonnen und Bevölkerungsziffern, aber das, was diese Dinge für die Kriegführung erst lebendig macht, außer acht läßt und lassen muß: den Geist und den Willen, die Kraft und das Können des einzelnen Menschen wie der Gesamtheit eines Volkes im Hervorbringen wie im Entsagen. Und das ist es, worin wir den andern uns weit überlegen gezeigt haben und weiter überlegen zeigen werden. Deutscher Erfindergeist, deutsche Schaffensenergie und die Fähigkeit planvoller Zusammenfassung aller Kräfte haben in diesem Kriege mit jedem neuen Tag die Bewunderung der Welt und widerwillig auch die unserer Feinde erregt; ebenso bewundernswert aber war und bleibt die Fähigkeit der Anpassung in neue, schwierige und ungewohnte Verhältnisse, die unser Volk in diesen zwei Jahren immer wieder gezeigt hat.

Als der Krieg über uns hereinbrach, traf er uns militärisch und finanziell wohl gerüstet. Wirtschaftlich aber warf er zunächst alles über den Haufen, was in jahrzehntelanger friedlicher Arbeit aufgebaut worden war. Die Arbeiter wurden zu Soldaten, Werkstätten und Fabriken standen still, unsere Ausfuhr, mit der wir einen nicht unerheblichen Teil unserer Einfuhr an Lebens- und Genußmitteln aller Art bisher bezogen hatten, hörte nahezu auf, und was das allergefährlichste scheinen mochte und zunächst auch war: die Zufuhr von Getreide, Futtermitteln, Fleisch, Fett, Eisen und allem, was wir bisher über die See zur Ergänzung unserer eigenen Erzeugung zu beziehen gewohnt waren, schrumpfte infolge englischer Seewillkür mehr und mehr zusammen. Dabei wuchs der eigene Bedarf in demselben Maße, wie infolge Zusammenfassung immer gewaltigerer Massenheere in Ost und West der ungeheuer gesteigerte Bedarf unserer Truppen an Lebensmitteln aller Art rasch und ausreichend sichergestellt werden mußte. Wohl war in theoretischen Erörterungen über eine infolge kriegerischer Ereignisse mögliche Abschließung Deutschlands vom Weltmarkt gelegentlich auch gestreift worden, ob und wie wir alsdann instande sein würden, unsere Bevölkerung und unsere Truppen zu ernähren, aber zur Aufstellung eines Kriegswirtschaftsplanes hatten diese Betrachtungen nie geführt. Das war, wie die Erfahrungen dieses Krieges gezeigt haben, eine schwere Unterlassung, die unter weniger glücklichen Umständen — militärischen wie anderen — sich bitter hätte rächen können. Wie wenig man, selbst als der Krieg in seiner ganzen furchtbaren Gewalt schon hereingebrochen war, an Stellen, denen in erster Linie Sorge und Verantwortung für diese wichtigen Dinge oblag, die Notwendigkeit einer planvollen, energischen Organisation auf dem Gebiete der Ernährung zunächst erkannte, hat sich nicht nur in der Sorglosigkeit weitherziger Geschehenlassens bis zur Vergeudung von Wehl und Brot und vielem anderen gezeigt, sondern auch in der zögernden Schwerfälligkeit, mit der man sich zu Gegenmaßnahmen oder gar zu regelndem Einschreiten erst treiben ließ. Und was von oben her unterlassen wurde, dessen freiwillige Erfüllung von unten her konnte nicht wohl erwartet werden. So kam es, daß wir in den ersten sechs Monaten des Krieges trotz aller Mahnungen zum Einrichten und Haushalten, die in der Presse und von einsichtigen Volkswirten laut wurden, lebten und draufloswirtschafteten, als ob nichts geschehen wäre. Im Hochgefühl der unvergleichlichen Waffenfolge unserer tapferen Heere fielen zunächst alle Hemmungen fort, bis endlich nüchtern Ueberlegung dazu führte, auch hier mit ordnender Hand einzugreifen. Wir rechneten, prüften und maßten und fanden, daß wir uns einrichten mußten. Wir begannen einzuteilen und neben der Preisregelung, als sie allein nicht ausreichte, auch das Verteilungsproblem zweckentsprechender Lösung zuzuführen.

Was das alles zu bedeuten hatte, wird ohne weiteres ersichtlich, wenn wir daran erinnern, daß für Deutschlands wachsende Bevölkerung trotz ungeheurer Intensivierung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung, deren Wert zuletzt auf rund elf Milliarden Mark im Jahr berechnet wurde, doch noch zur unmittelbaren und mittelbaren menschlichen Ernährung eine Einfuhr im Werte von rund drei Milliarden Mark notwendig gewesen ist. Nach der Statistik von 1912 fehlten uns allein 15,2 Millionen Doppelzentner Brodstoffe, 2,5 Mill. Dz. Braustoffe, 7,3 Mill. Dz. Hülsenfrüchte, Reis, Hirse usw., 42 Mill. Dz. Gerste, Hafer und Mais, abgesehen von 18 Mill. Dz. Futtermitteln als tierische Nahrungsmittel. Rund 20 Mill. Dz. Weizen, die wir in 1913, dem letzten Friedensjahre vom Auslande bezogen hatten, stammten nahezu ganz aus überseeischen Ländern und Rußland, von 30 Mill. Dz. Futtermittel rund 2 1/2 Millionen aus Rußland, von 9,20 Mill. Dz. Mais 7,30 Millionen aus Argentinien und den Vereinigten Staaten. Und so wie hier, verhielt es sich mit dem allergrößten Teil unserer gesamten übrigen Lebensmitteleinfuhr. Verschärft wurde der Wegfall dieser Zufuhr noch dadurch, daß auch die Ueberschußgebiete, die uns noch offen standen, infolge stark gesteigerten Eigenbedarfs für unsere Versorgung weit weniger als in Friedenszeiten in Betracht kommen konnten. In alle dem lag der Zwang zum Sparen und Einrichten und zu zweckmäßiger Verwendung alles dessen, was früher achtlos zur Seite geworfen worden und so verkommen war. Wir sparten zunächst an Brot, das wir durch stärkere Ausmahlung und Kartoffelzusatz strecken und dann gleichmäßig auf die Bevölkerung verteilen, so, daß nicht nur die laufende Versorgung über alle Zweifel sichersteht, sondern darüber

hinaus auch die Ansammlung ansehnlicher Mengen ermöglicht wurde, die als Reserve in das neue Erntejahr herübergenommen oder — wie beispielsweise in den vergangenen Wochen empfindlicher Kartoffelknappheit — zur Vergrößerung der Brotration dienen konnten. Und wie mit dem Brot, so ist es mit allen anderen bewirtschaftbaren Lebensmitteln geworden. Unser Viehbestand hat sich, als die Futtermittel sehr knapp waren, das Fressbedürfnis der Tiere mit dem Ernährungsbedürfnis der Menschen (Korn und Kartoffeln!) in gefährlichen Wettbewerb zu treten drohte, eine erhebliche Verringerung gefallen lassen müssen, vielleicht sogar über das notwendige Maß hinaus. Die durch die Massenabschlachtung hervorgerufene weitere Beschränkung der Fleisch-, Milch-, Butter- und Fettversorgung hat wiederum zur Rationierung und, wenn auch sehr langsam und nach mancherlei tastenden Versuchen, die sich nicht selten als Mißgriffe erwiesen, zur, wenngleich knapp bemessenen, so doch geordneten Versorgung der Bevölkerung auch mit diesen Gegenständen des täglichen Verbrauchs geführt. Die Menge der heute unter Preis- und Verbrauchsregelung gestellten Waren allein auf dem Gebiete der Ernährung spricht für die ungeheure Fülle von Arbeit, die in diesem wichtigen Zweige unserer kriegswirtschaftlichen Organisation zu leisten war, vom Staate ebenso wie von Gemeinden, Verbänden und gemeinnützigen Organisationen aller Art.

Und die Organisation war um so schwieriger, je mehr es galt, sich einzurichten und je weniger aus dem Vollen geschöpft werden konnte. Auf das erste Halbjahr sorgloser Wirtschaft und ungehemmten Verbrauchs folgte die Zeit des Umlernens im Verbrauch, der Entsagung und Einschränkung auf fast allen Gebieten und auf manchen in einem Umfange, den zuzumuten oder gar durchzusetzen bis dahin wohl nur wenige für möglich gehalten hätten. Aber es ging, weil wir allmählich begriffen hatten, daß alle Tapferkeit draußen vor dem Feinde, alle Ueberlegenheit unserer militärischen Führung vergeblich sein mußte, wenn nicht der Wille zum Siege daheim ebenso stark und mächtig blieb wie draußen und die Bereitschaft, Opfer und Entbehrungen zu tragen, in allen Schichten vorhanden war. Das Wort vom Durchhalten gewann seinen vollen Ernst und wurde zur eisernen Parole für jeden Einzelnen im Volke. Wir haben uns eingeschränkt, weil wir mußten, und wir haben die Einschränkungen ertragen und viel besser, als mancher in dummem Zweifel zu hoffen magte, weil der Wille zum Durchhalten in uns lebte. Und heute, an der Schwelle des neuen Erntejahres dürfen wir es aussprechen voll froher Zuversicht: das Schlimmste ist überwunden! Wir gingen in das zweite Kriegserntejahr hinein, belastet noch mit Ansprüchen und Ernährungsgepflogenheiten, die in grossem Kontrast standen zu den Mitteln ihrer Befriedigung. Die Ernte 1914 war schon recht mäßig gewesen, die Ernte 1915 aber war eine ausgesprochene Fehlerte. Wir brachten nur 13 Millionen Tonnen Brotgetreide heim gegen rund 16 und 17 Millionen in den Friedensjahren 1913 und 1912 und selbst noch 1 1/2 Millionen weniger als die schon mäßige Ernte 1914 ergeben hatte. Dabei fehlte uns obendrein die Ergänzung durch Zufuhr, die nach den Ausweisen unserer Handelsstatistik 1913 per Saldo noch nahezu 1 Million Tonnen betragen hätte. In Roggen, unserer Hauptbrotfrucht, hatten wir die geringste Ernte der letzten zwölf Jahre, Hafer gab mit 5,99 Mill. Tonnen 3,10 Mill. Tonnen weniger als 1914 und fast 4 Mill. Tonnen weniger als 1913. Und ähnlich schlecht war das Ertragnis auch der Klee- und Heuernte. Wir sind dennoch durchgekommen, wobei allerdings die, erst durch unsere Erfolge auf dem Balkan möglich gewordene Zufuhr aus Rumänien eine wertvolle Beihilfe darstellte. Was an Ungunst der Verhältnisse: noch mangelnde Anpassung an notwendige Verbrauchsbeschränkungen bei gleichzeitig sehr knappen Lebensmittelvorräten und noch unzureichender Organisation — quantitativ und teilweise auch qualitativ — im abgelaufenen zweiten Kriegswirtschaftsjahr unsere Schwäche war, ist nun überwunden, und um so mehr werden die weit größeren Ertragnisse, die die neue Ernte zum Teil schon gebracht hat und noch zu bringen verspricht, unsere Ernährungs erleichtern und über alle Zweifel sicherstellen. Innerlich und äußerlich besser ausgerüstet, gehen wir so in das neue Erntejahr hinein; menschliche und tierische Ernährung sind gewährleistet, und mit dieser letzteren verbessern sich die Aussichten unserer Versorgung auch auf den Gebieten, auf denen Einschränkung und Mangel mit am härtesten empfunden wurden. Eines kommt hinzu. Wir haben unsere Kriegsorganisation weiter ausgebaut in der Richtung möglichst gerechter und gleichmäßiger Sicherung ausreichender Ernährung aller Schichten und Klassen des Volks. Das bedeutet die Beseitigung einer weiteren, in ihrer Bedeutung für den Willen zum Durchhalten überaus wichtigen seelischen Hemmung: des peinigenden Gefühls, daß die Lasten der Einschränkung und Entbehrung nicht von allen getragen werden müßten, und daß eine verhältnismäßig kleine Zahl mit Glücksgütern Gesegneter weiter aus dem Vollen zu wirtschaften vermöge, während alle anderen sich einzuschränken gezwungen sind. Es ist das durchaus richtige Gefühl, daß in einem Kampfe, in dem es sich für ein ganzes Volk um Existenz und Zukunft handelt und einer für den andern einstehen muß, auch Lasten und Entbehrungen gemeinsam getragen werden müssen. Eine Demokratie gemeinsamen Kampfes, aber — wenn es notwendig ist — auch gemeinsamen Leidens!

Wir haben uns herum: im Staate, in der Gemeinde, im Einzelhaushalt, die Einrichtungen geschaffen, die notwendig sind, dem Willen zum Siege, der das ganze Volk durchdringt und den zu verwirklichen unsere Söhne und Brüder draußen vor dem Feinde berufen sind, den materiellen Rückhalt zu sichern, den er unter allen Umständen braucht, und wir sind bereit, soweit es sich als notwendig erweisen wird, sie weiter auszubauen. Aber alle Organisation ist bloße Technik, die tote Form bleibt, wenn nicht der Geist froher Opferbereitschaft, starken Verantwortungsgefühls und williger Hingabe an das gemeinsame Ganze in jedem Einzelnen lebendig bleibt und sein Handeln leitet. Dieser Geist der Gemeinsamkeit hat uns bisher siegreich sein lassen, er wird uns auch zum endgültigen und vollen Siege führen.

Unser Bündnis mit Bulgarien.<sup>\*)</sup>

II.

## Parteien und Männer.

O. M. Sofia, Anfang Juli.

Die Parteien, die Bulgarien zu den militärischen Triumpfen des ersten Balkankrieges und zu dem fast tödlichen Sturz von der Höhe des Erfolges durch den Krieg gegen die Verbündeten führten, waren von Männern geleitet, die ihre Politik auf die Grundlage eines blinden und gläubigen Vertrauens auf Rußland stützten. **Geschow**, der Führer der Narodnaja-Partei, der im Balkankrieg Ministerpräsident war, hatte zwar in seiner Jugend eine vorwiegend englische Erziehung genossen; er war vor der Befreiung Bulgariens als Korrespondent der „Times“ und Verfasser eines Artikels über türkische Gräueltaten von einem türkischen Gericht zum Tod verurteilt und später begnadigt worden. Einer der wenigen großen Finanzfamilien Bulgariens angehörig, wurde er im Jahre 1885 Direktor der Nationalbank und vertrat im Jahr darauf die Regierung im Bukarester Frieden mit Serbien; nach dem Sturz Stambulows wurde er Finanzminister und 1911 Ministerpräsident, bis er nach dem Frieden von London, der den ersten Balkankrieg abschloß, seinen Posten an Danew abgab. Im Verein mit diesem, dem Führer der russenfreundlichen Partei der Zankowisten hatte er unter gemeinsamer Mitwirkung **Sazonovs** den Balkanbund geschlossen und damit an der Vorbedingung der Ereignisse von gestern und heute an erster Stelle mitgearbeitet. **Danew** studierte in Paris die Rechte, kennt aber neben Rußland auch Deutschland. Von dem alt gewordenen Chef seiner Partei **Zankow** selbst zum Nachfolger ernannt, sah er seine vornehmste Aufgabe darin, Träger der traditionellen Verbindung mit Rußland zu sein. Sein Blick war durch diese unrationale und unpolitische Auffassung so benommen, daß er vor dem zweiten Balkankrieg eigenmächtig jede Verständigung mit Rumänien ablehnte, weil er in seinem Glauben an die russische Hilfe nicht wankend werden wollte. Diese Männer und ihre Parteien wurden durch die Ereignisse so überzeugend betört, daß **Danew** selbst noch vor Abschluß des Krieges gegen Serbien das öffentliche Bekenntnis ablegte, daß die russenfreundliche Politik Bulgariens Bankrott gemacht habe und daß eine neue Regierung mit neuen Richtlinien in der äußeren Politik die Führung übernehmen müsse. Es war ein zwingendes Gebot jener Stunde, daß die Politiker berufen wurden, die damals in einem Brief an den König eine Neuorientierung an der Seite der Zentralmächte gefordert hatten: **Radoslawow**, der Führer der Liberalen, **Tontschew** als Haupt der Jungliberalen und **Genadiew** im Namen der Stambulowisten. So wurde am 4. Juli 1913 a. St., als der Krieg gegen Serbien noch nicht zu Ende, das Kabinett **Radoslawow** gebildet, dem die Genugtuung werden sollte, sein Programm durch die Ereignisse der großen europäischen Politik gerechtfertigt und erfüllt zu sehen.

Nach der Berufung des Kabinetts war es nach der Befolgung der bulgarischen Verfassungsauslegung die erste Aufgabe, der Regierung durch **Neuwahlen** eine Mehrheit und Arbeitsbasis zu schaffen. Zwei Monate, nachdem im August die rumänischen Truppen das Land geräumt hatten, fanden in Altbulgarien die Wahlen statt und zwar zum ersten Mal nach dem von **Radoslawow** selbst eingeführten System der Verhältniswahl; in den neu erworbenen Gebieten blieb der Kriegszustand bestehen, sodaß Abgeordnete dort nicht gewählt wurden. Die Wahlen ergaben eine Nieder-

lage des Kabinetts: das kriegsmüde, in seinen hochgeballten Hoffnungen grausam enttäuschte Volk hatte der Agitation der Opposition Glauben geschenkt, die der Regierung vorwarf, sie treibe einem neuen Revanchekrieg zu. Aber die Ergebnisse der letzten Zeit verlangten so stark eine Kursänderung, daß es der Opposition mit Hilfe einer parlamentarischen oder agitatorischen Schiebung nicht mehr gelingen konnte, wieder zur Macht zu gelangen. Die Kammer wurde kurz vor Neujahr 1913 durch königlichen Erlass zum zweiten Mal aufgelöst, und in den Neuwahlen schied das Land zwei Monate später der Regierung eine Mehrheit in die Kammer, da jetzt auch die im Balkankrieg neu erworbenen Gebiete zur Wahl aufgeboten wurden. Diese Wahlen vom Frühjahr 1914 gaben der Regierung die Möglichkeit, aus dem nationalen Unglück bei kommender Gelegenheit fruchtbare Folgerungen zu ziehen, und sie bilden auch heute noch die verfassungsmäßige Grundlage der inneren und äußeren bulgarischen Politik. Die Opposition hatte dies sofort erkannt und die Geschicklichkeit der Kammerbildung angezweifelt, indem sie der Regierung vorwarf, sie habe die neuen Gebiete nur deshalb zu den Wahlen herangezogen, um sich eine Mehrheit zu sichern. Die inneren Kämpfe waren demgemäß äußerst heftig, umso mehr als die Frage, wer an dem Zusammenbruch der bulgarischen Politik die Schuld trage, eifrig zwischen den Parteien hin- und hergewälzt wurde, bis man schließlich die damals verantwortlichen Kabinette **Geschow** und **Danew** unter eine parlamentarische Untersuchung stellte, die heute noch andauert. Ein Ereignis aber hob sich historisch bestimmend aus dem zänkischen Nichts hervor: die Aufnahme einer **Staatsanleihe** von 500 Millionen. Der Abschluß dieses politischen Finanzgeschäfts durch Vermittlung der Deutschen Disconto-Gesellschaft entfesselte die ganze Leidenschaft der Parteipolitik und zeigte zugleich noch einmal deutlich die fremden Einflüsse, unter denen diese stand. Denn der zweite Sekretär der russischen Botschaft in Sofia **Sabler** konnte es damals noch wagen, in einer Mitteilung an die bulgarische Presse die These zu vertreten, daß Bulgarien nicht das Recht und die Freiheit besitze, von jemand anderem Anleihen aufzunehmen, als von Frankreich, dem Finanzier der deutschfeindlichen Mächtegruppe, vor allem aber nicht von Deutschland selbst. Die Sobranje genehmigte im Mai das Abkommen, das ein erstes äußeres Zeichen dafür war, daß die bulgarische Politik aufgehört hatte, ein willenloses Werkzeug Rußlands und der Entente zu sein.

Der Ausbruch des Weltkrieges traf die Regierung **Radoslawows** in so gefestigter Stellung, daß eine Unbesonnenheit der bulgarischen Politik nicht mehr erwartet werden durfte. Nicht daß das Land in seiner Teilnahme an den Ereignissen einzig gewesen wäre; wie überall in den neutralen Ländern lagen auch hier die Sympathien gegeneinander im Kampfe. Zunächst bemächtigte sich aller Volksschichten eine durch die jüngsten Erlebnisse Bulgariens verständliche Niedergeschlagenheit, weil man annahm, daß der Staat in den allgemeinen Krieg sofort und ohne eigene Willensrichtung hineingerissen würde. Erst die kluge neutrale Politik der Regierung im ersten Kriegsjahr ließ die Ueberlegung reifen, daß Bulgarien aus eigener Initiative zu einer gegebenen Zeit und ausschließlich zur Verwirklichung seiner nationalen Ideale am Krieg teilnehmen müsse. Dieses Ideal hieß **Mazedonien**, darin waren alle Parteien einig. Aber die Russenfreunde gaben den Gedanken nicht auf, es von der Entente und durch den Krieg gegen die Türkei geschenkt zu bekommen. Wie die Dinge sich dann entwickelten, als die deutsche Offensive gegen Rußland und das Wühlgehen der Dardanellenoperationen die militärische Kraft der Mittelmächte überzeugend machten und die bulgarische Regierung den Augenblick zur Entscheidung für gekommen hielt, ist zum Teil bekannt, zum Teil wird man erst später darüber sprechen können. Für eine mehr zurückblickende geschichtliche Betrachtung erscheint es fast natürlich, daß Bulgarien sich so entschied, und daß es sich damals seinen Partner wählen mußte, weil das Gewicht der russischen Serbenpolitik und ihrer Sünden gegen Bulgarien so stark war, daß nur eine gänzlich unbulgarische, der Entente verkaufte Regierung oder ein entschiedener Frontwechsel der Entente mitten im Kriege zugunsten Bulgariens und gegen Serbien eine andere Entscheidung hätte ermöglichen können. In den Tagen aber, in denen das letzte Wort fiel, erschien den Mitlebenden und Mithandelnden durchaus nicht alles so klar. Die Parteilichschaft tobte wild um das Ziel, und erst der freche Ton der russischen Note, welche die Entfernung der deutschen Offiziere aus Bulgarien forderte, und die Erklärung des Kriegs an Serbien einigte die Gemüter in der nationalen Sache. Als nach den ersten militärischen Erfolgen und nachdem es schon klar war, daß der Bund mit den Zentralmächten militärisch jedenfalls das Versprochene, die Niederwerfung Ser-

biens, halten werde, am 15. Dezember 1915 die Sobranje zusammentrat, um die Kriegskredite zu bewilligen, wußten auch die Russenfreunde ihre Gefühle nur noch in das Bedauern zu kleiden, daß Rußland durch seine Politik selbst den Untergang Serbiens und die Wendung Bulgariens verschuldet habe. Die nationale Linie wurde auch im weiteren Verlauf der Parlamentsverhandlungen nicht eigentlich gebrochen; aber doch zeigten die heftigen Szenen, die sich z. B. bei der Frage der Namensänderung der **Alexander Newski**-Kirche in die der bulgarischen Heiligen **Kyrill** und **Methodi** und der Einführung des westeuropäischen gregorianischen Kalenders in der Kammer abspielten, daß bei einem Teil der Opposition der alte Geist noch nicht erloschen ist. Am 15. März wurde die Sobranje vertagt, um erst kürzlich wieder zur Bewilligung des Budgetnotgesetzes und einiger dringlicher Steuervorschläge wieder berufen zu werden. Sehen wir, wie sich jetzt nach fast einem Jahr des Kriegs und Bundes das Bild der bulgarischen inneren Verhältnisse abzeichnet.

Die Mehrheit, auf die sich das Kabinett **Radoslawow** in seiner inneren Politik stützt, besteht nur aus wenigen Stimmen, sodaß seine Lage außerordentlich schwach erscheinen mußte, wenn nicht die Folgen der äußeren Politik, vor allem die Forderungen des nationalen Interesses während des Krieges eine Zusammenballung der Opposition verhinderten. Der Kern dieser Opposition ist die demokratische Partei unter der Führung **Malinow**s, dem eben 30 Stimmen in der Kammer folgen. **Malinow** ist in **Volgrad** in **Bessarabien** einer ehemals bulgarischen Stadt, geboren, die einst, als Bulgarien noch unter türkischer Herrschaft war, das einzige geistige und politische Zentrum des Bulgarentums bedeutete. Seit Bulgariens Befreiung ist diese Stadt von den Russen systematisch entnationalisiert worden, und **Malinow** hat selbst von der Ferne diesen Prozeß an sich erlebt, denn seine persönlichen Sympathien gehören unbedingt den Herren **Bessarabiens**. Von Beruf Rechtsanwalt, trat er in die Politik weniger aus eigenem Antrieb ein als geschoben durch den Gründer der Partei, den bedeutenden Staatsmann **Karawelow**, der als erster im bulgarischen Pantheon der Siebenheiligenkirche ein Nationalgrab erhalten hat. Der erste Schritt des jungen Deputierten **Malinow** war es einst gewesen, die Sobranje um ihr Einverständnis zur Niederlegung seines Mandats zu bitten, da er sich für die Politik nicht geeignet erachtete; und der erste politische Auftrag, den ihm die Kammer nach der selbstverständlichen Ablehnung dieser bescheidenen Selbstkritik übertrug, war die Führung der Anklage in dem parlamentarischen Prozeß gegen das Kabinett **Radoslawow-Tontschew** vom Jahre 1902, der mit der Verurteilung zu Freiheitsstrafen und zur Aberkennung aller bürgerlichen Rechte endete. Zwei Elemente der Persönlichkeit **Malinow**s werden durch diese beiden Episoden beleuchtet: seine Gebundenheit in der inneren Parteipolitik durch die Gegnerschaft zu **Radoslawow** und seine mangelnde Fähigkeit, der Politik seines Landes eine große persönliche Initiative zu geben. In der Tat war **Malinow** nur einmal in einer Schicksalsstunde Bulgariens an leitender Stelle als Ministerpräsident verantwortlich, als die österreichisch-ungarische Politik 1908 mit der Einverleibung **Bosniens** ihren großen Balkanvorstoß wagte und Bulgarien diese Gelegenheit benutzte, um den staatsrechtlichen Rest der türkischen Herrschaft abzutreiben. Die einzige Tat, die der Politiker **Malinow** vollbringen konnte, tat er in Gefolgschaft **Oesterreichs**, während sein ganzes Wesen ihn zu dessen Gegnern trieb. Die Stellung dieses Politikers ist natürlich durch die Ereignisse der letzten Zeit noch schwieriger geworden. Eine Schwertung im Sinne der heutigen auswärtigen Politik ist ihm nicht leicht erlaubt, einmal, weil er ein offener, überzeugter und aus lauterem Gründen handelnder Freund Rußlands ist, und dann weil man ihm aus eben diesen Gründen eine Sinnesänderung kaum glauben würde. Seine Partei selbst wird zur Zeit mehr durch gemeinschaftliche Interessen der inneren Politik als durch die Opposition gegen den äußeren Kurs zusammengehalten, denn ein großer Teil — manche sagen, die Mehrheit — der demokratischen Partei ist für die Fortführung der politischen Anlehnung an die Mittelmächte. Was aber die Bedeutung der Partei und ihres Führers stärkt, ist der verhältnismäßige Reichtum an geistiger und politischer Energie, der ihr zur Verfügung steht und der es unwahrscheinlich macht, daß die Partei nicht irgendwie bestimmend in die bulgarische Politik wieder eingreifen wird.

Zweifelhafter ist dies bei einer Partei, die zwar über die bedeutende Zahl von etwa 50 Abgeordneten verfügt, aber der positiven politischen Kraft durchaus entbehrt, bei den Agrariern. Vor kaum mehr als zehn Jahren gegründet, hat es diese Partei unter der Führung eines ehemaligen bäuerlichen Volksschullehrers **Dragiew**, einer halb apostelhaften, halb demagogischen Figur, zu einem starken Anhang gebracht, des-

sen Vermehrung und Aufstieg zur politischen Macht die größten Bedenken erregen mußten, wenn dies nicht eben in sich unmöglich wäre. Denn die Partei, die kein bewußtes und strenges Programm besitzt, stützt sich lediglich auf eine populäre Verneinung alles dessen, was dem größten bäuerlichen Instinkt etwa zuwider ist wie Stadt, Diplomatie, Generäle, Industrie u. s. w. Die den Bulgaren noch innewohnende Abneigung gegen den Fremden, woher er auch komme, findet in dieser merkwürdigen fettenartigen Partei ihre stärkste Betonung. Da aber der Staat selbst das größte Interesse daran hat, diese sonderbaren Heiligen entweder zu zivilisieren oder in politischer Ohnmacht zu lassen, so wird man die agrarische Bewegung vorläufig nicht zu fürchten haben.

Nicht wegen geistiger Schrüllenhaftigkeit, sondern weil die Entwicklung des Landes sie in engen Grenzen hält, kann die sozialdemokratische Bewegung in Bulgarien als bestimmender politischer Faktor nicht gelten. Sie zerfällt in zwei Gruppen, die engbrüstigen Sozialisten mit zehn Abgeordneten unter der Führung der beiden Journalisten **Georgi Kirkow**, des besten und wichtigsten Redners der Sobranje, und **Plagoiew**s, eines **Mazedoniers**, der seiner Zeit in Moskau das erste sozialistische Blatt gründete und aus Rußland ausgewiesen wurde. Die Gruppe der weitherzigen Sozialisten wird geleitet durch **Sakasow**, einen naturwissenschaftlich gebildeten Mann und guten Redner, der stark vom deutschen Revisionismus beeinflusst ist und daraus für Bulgarien die Folgerung zieht, daß die sozialistische Bewegung in einem Agrarstaat sich nicht an das Schema der industriellen Arbeiterbewegung in entwickelteren Ländern halten darf. Diese Gruppe besteht aus elf Abgeordneten.

Wenn man die Restbestände der ehemaligen Parteien **Geschow**s mit **Sablers** und **Danew**s mit zwei annimmt, so haben wir damit alle Parteien und Gruppen erwähnt, die dem Kabinett **Radoslawow** mehr oder minder als Gegner gegenüberstehen. Ueber die Persönlichkeiten der Führer dieser Mehrheit, **Radoslawow**, **Tontschew** und **Petkow**, welche lehrter nach der zweideutigen Stellung des alten Führers der **Stambulowpartei** **Genadiew** die Leitung der von 15 Abgeordneten gebildeten alten historischen Partei übernahm, ist in Deutschland das Wissenswerte gesagt worden, als es galt, mit den Männern bekannt zu werden, welche Bulgarien an unsere Seite führten. Namentlich die Figur des alten Heidelberger Studenten **Radoslawow**, der einst als 23jähriger vom akademischen Leben weg in seine Heimat berufen wurde, um unter der Regentenschaft **Stambulow**s die erste politische Stellung einzunehmen und der jetzt auf der Höhe seiner Laufbahn den höchsten Triumph erlebt, sein persönlichstes Geistesleben zur politischen fruchtbaren Tat werden zu lassen, ist dem deutschen Volk in der fast rhapsodischen Form, die geschichtliche Betrachtung während eines so großen Krieges anzunehmen pflegt, nahe getreten. Da ich mir vorgefetzt habe, nicht Stimmung zu machen, sondern politische Verhältnisse zu erkennen, so will ich versuchen, die Stellung des Kabinetts und seiner Träger auf ihre Haltbarkeit zu untersuchen.

\*) Siehe Erstes Morgenblatt vom 18. Juli.

Frankfurter

# er Zeitung

Wochenblatt.

(Neue Frankfurter Zeitung.)

Verlag: Goldmann

Für Auswärts: Amt Fernzimmer 40, 41, 42, 43.

**Preis der Anzeigen:**  
 Kolonialzelle 60 S., Abendbl. 75 S.,  
 Reklamen 42 S., Abendbl. 42 S.,  
 Familienanzeigen 11 S., Platz- u.  
 Daten-Vorschriften ohne Verbind-  
 lichkeit. - Anzeigen nehmen an  
 Unsere Expeditionen in Frankfurt  
 a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37,  
 Schillerstr. 20, Mainz: Schillerpl. 3,  
 Berlin: Mauerstraße 16/18, Dresden:  
 Waisenhausstr. 25, München: Por-  
 cezellanstr. 5, Offenbach: Biebererstr. 34,  
 Stuttgart: Poststr. 7, Zürich: Nord-  
 straße 62. Überall Agentur  
 n. d. Anz.-Z. Exped. Ferner in  
 New York: 25 Broad Street.  
 Verlag n. Druck der Frankfurter  
 Societäts-Druckerei G. m. b. H.  
 Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4430

## ire Krieg.

anderleben der beiden Staaten inskünftig gesichert ist. Die Entente sah der wachsenden Annäherung mit großer Unruhe zu und suchte sie mit plumpen Mitteln zu stören, aber das Ultimatum, das Russland an Bulgarien stellte, konnte die Politik des Königreichs in ihrer natürlichen Richtung nur bestärken. Am 20. September hatte unter dem Oberbefehl des Feldmarschalls Madensien die mächtige Offensive der verbündeten Zentralmächte gegen Serbien begonnen; drei Wochen nachher erklärte Bulgarien den Krieg. Binnen kurzer Zeit wurde nun Serbien, das der Herd der zum allgemeinen Kriege führenden Umtriebe gewesen war, unterworfen und seine Regierung zur Flucht gezwungen. Mit der Vereinigung der von Norden einrückenden Armee mit den Bulgaren war dann endlich die Verbindung zwischen uns und unseren türkischen Bundesgenossen hergestellt, ein Ereignis, das alsbald von entscheidender Bedeutung wurde. Denn am 9. Januar 1916 begann die zur Eroberung der Dardanellen und Konstantinopels entsandte, von einer gewaltigen englisch-französischen Flotte gedeckte Entente-Armee die Halbinsel Gallipoli zu räumen, womit das mit den größten Erwartungen begonnene Unternehmen endgültig als gescheitert erklärt wurde. Die siegreiche Verteidigung der türkischen Hauptstadt bleibt für den orientalischen Schauplatz die beherrschende Tatsache des Jahres. Ihre Bedeutung wird auch keineswegs aufgehoben durch die späteren Fortschritte der Russen in Armenien und die Einnahme von Ezerum. Freilich darf die Bedeutung der letzteren Ereignisse nicht unterschätzt werden angesichts der Wichtigkeit, die das hocharmenische Gebirgsland mit seinen beherrschenden Zugängen für die zukünftige Verteidigung des Osmanenreiches behält. Wenn also in diesem Teile des asiatischen Kriegsschauplatzes noch ungeläuterte Verhältnisse herrschen, so hat die Türkei in Mesopotamien gegen die Entente den erfreulichsten Erfolg. Aller Welt wurde trotz den Klüften der Alliiertenpresse die türkische Ueberlegenheit sichtbar, als im April eine beträchtliche englische Armee bei Kut-el-Amara zu bedingungsloser Ergebung gezwungen wurde, wenige Tage nach dem Feldmarschall von der Goltz, der Reorganisator des türkischen Heerwesens, den sicheren Triumph schon vor Augen, gestorben war.

Kriegsjahres die Situation kritisch ist. Die Befehung eines großen Teils der Bukowina durch russische Truppen und die Einnahme von Czernowitz gaben den Kriegshebern Jonescu und Filipescu neuen Mut und machen Herrn Bratianus Politik schwieriger. Die Entente ist zu brutaler Drohung übergegangen; sie will Rumäniens raschen Anschluss erzwingen und erklärt deshalb, daß nur der sofortige Uebertritt ins Lager der Alliierten als verdienstlich angerechnet werden könne, ein späterer nicht mehr belohnt werde. Trotz diesem Gerede wird ganz allein die weitere Entwicklung der militärischen Ereignisse die Politik der sehr kalt rechnenden rumänischen Minister bestimmen.

### Amerika.

Dabei ist nicht zu verkennen, daß es den Neutralen überall zunehmend schwerer wird, in diesem Zusammenprall von nie dagewesener Furchtbarkeit ihre parteilose Haltung unangefochten zu wahren. Von solchen Ländern wie Portugal ist dabei gar nicht die Rede; dieser kraftlose Kleinstaat war nichts als ein Vasall Englands, und daß er im März 1916 von seinem Oberherrn formell in den Krieg hineingezerrt wurde, fällt wenig ins Gewicht. Aber auch die wirklich unabhängigen neutralen Länder Europas leiden unter der englischen Blockade schwer, ihre Bewegungsfreiheit ist überall eingeschränkt, ihr Handel wird aufs schärfste von den Agenten der Entente überwacht. Daß eine solche Tyrannei über die Hauptverkehrsstraßen der Welt in Zukunft nicht mehr bestehn, ist ja einer der Zwecke des deutschen Krieges. Aber davon abgesehen, brauchen schon heute solche Zustände nicht in dem wirklich vorhandenen Umfange zu bestehen, wenn die neutrale Welt es in den zwei Jahren des Krieges vermocht hätte, sich zwischen den beiden großen Parteien eine Organisation zu schaffen. Daß es dazu nicht kommt, liegt in erster Reihe mit an dem Verhalten der einzigen auf Erden neutral gebliebenen Großmacht, der Vereinigten Staaten von Amerika. Der Konflikt Deutschlands mit der Washingtoner Regierung, der seit der Versenkung der „Lusitania“ scharfer geworden war, im Grunde aber schon vom Anfange des Krieges und der sofort angenommenen entschiedenen antideutschen Haltung weiter Kreise des amerikanischen Volkes herrührte, nahm in den ersten Monaten dieses Jahres solche Formen an, daß der Abbruch der Beziehungen oder selbst Erstes nicht unmöglich schien. Die Vorgänge sind in frischer Erinnerung. Ohne daß der von Amerika gegen die Torpedierung der „Lusitania“ erhobene Protest als berechtigt anerkannt wurde, hatte die deutsche Regierung die Führung des Unterseehandelskrieges gemildert. Als nun durch die deutsche Denkschrift vom 8. Februar 1916 über die Befandlung bewaffneter Kaufahrtschiffe wiederum eine wesentliche Verschärfung des Tauchbootkrieges angekündigt wurde, nahm die amerikanische Regierung ihre nicht zur Erledigung gekommene Einspruchspolitik mit großer Schärfe und ungerechter Einseitigkeit auf; ihr letztes Schriftstück hatte mit einem Ultimatum Aehnlichkeit. Nicht aus Furcht vor Amerika, aber im höheren Interesse der allgemeinen Kriegslage und des großen Endzwecks hat sich die deutsche Reichsleitung dann bewegen gefühlt, dem amerikanischen Begehren zu entsprechen und den verschärften Handelskrieg mit Tauchbooten unter Wahrung des grundsätzlichen Rechts zu verlagern. Das hat in Deutschland scharfe Erörterungen hervorgerufen; einen weithin verständlichen Ausdruck fanden die inneren Gegensätze im März durch den Rücktritt des Großadmirals von Tirpitz von dem lange innegehabten Amte des Staatssekretärs für die Marine. Auf die überaus heftige, aus sehr verschiedenen Beweggründen herrührende Opposition der Gegner des Entschlusses der Reichsleitung gehen wir in dieser Betrachtung nicht ein. Aber für die Zukunft unserer auswärtigen Politik kann diese unter anderen Gesichtspunkten sehr wenig erfreuliche Polemik deshalb fruchtbar werden, weil sie überall zu verschärftem Nachdenken über unsere Lage in der Welt geführt hat, sowie darüber, ob unter unseren beiden mächtigsten Feinden, die ja zunächst beide mit derselben Energie zu bekämpfen sind, für unsere fernere Entwicklung Russland nicht doch noch gefährlicher sein wird als England. Die Hitze der Gegner des Reichskanzlers hat sich bis jetzt nicht gelegt; aber in den großen Kreisen der Gebildeten und im Volke überhaupt macht sich immer mehr

### Die auswärtige Politik.

#### Der Sieg in Polen.

Die ersten zwölf Monate des Weltkrieges gingen unter gewaltigen Siegen unserer Waffen zu Ende. Vom Stöße der deutschen Offensive wurde die russische Front vom Rigaischen Meerbusen bis zu den wolhynischen Sumpfböden weit nach Osten zurückgeworfen. Am 5. August 1915 rückten die Deutschen in Warschau ein. Der Verlust Polens, den Rußland trotz allen Opfern nicht rückgängig machen konnte, ist eines der Hauptergebnisse des Krieges geblieben. Aus den Erklärungen des deutschen Reichskanzlers ist so viel zu erschließen, daß das ehemals russische Weichselgebiet nicht gleich den deutschen Eroberungen im Westen zunächst nur als ein „Faustpfand“ angesehen wird, sondern daß es dauernd dem politischen Systeme der Mittelmächte angeschlossen werden soll, daß also das polnische Volk in staatlichen Formen, die noch unbekannt sind, nach langer moskowitischer Unterdrückung wieder in seine uralte Verbindung mit dem westlichen Kulturkreise eintreten wird.

#### Bulgarien und die Türkei.

Die politischen Wirkungen des großen Sieges im Osten, der sich für das deutsche Volk vor allem mit dem Namen des Feldmarschalls Hindenburg verknüpft, erschöpfen sich indessen nicht in der Neugestaltung der polnischen Verhältnisse, sondern darüber hinaus hat die Stellung Russlands in Osteuropa einen schweren Schlag erlitten. Der Balkan hatte beim Ausbruch des Weltkrieges in der notdürftigen, innerlich ungewissen Einigung gelebt, die der Bukarester Friedensschluß hinterlassen hatte. Dies war ein Zustand, der auf die Dauer von Bulgarien nicht ertragen werden konnte, denn allzu schwer war das Unrecht gewesen, das ihm 1913 nach allem, was das bulgarische Volk für die ehemalige Balkanliga geleistet hatte, von seinem verräterischen serbischen Alliierten zugesetzt wurde. Rußland hatte dieses Unrecht zugelassen, hatte seinem verhätschelten Schoßkinde Serbien erlaubt, Bulgarien in der Stunde der Not in den Rücken zu fallen, ihm Mazedonien zu entreißen und dessen Bevölkerung ihrer Nationalität wegen fürchterlich zu mißhandeln. Die alten Beziehungen der Mittelmächte zu Bulgarien dagegen — Zar Ferdinand war ja ungarischer Offizier, als er in sein Reich einzog, er ist gegen Russlands erbitterte und heimtückische Opposition jahrelang von Oesterreich-Ungarn unterstützt worden — hatten sich nach den Balkankriegen aufs neue geknüpft. Als dann der Weltkrieg ausbrach, erkannte die bulgarische Regierung wohl, daß er auch über das Schicksal ihres Landes entscheiden müsse. Siegte die Entente, so bedeutete das den endgültigen Verlust Mazedoniens für das Bulgarenvolk, auf dem westlichen Balkan die Vorherrschaft des übermächtigen Serbentums und für alle Südslawen die allgemeine Russenlehnenschaft, der besonders Bulgarien anheimfallen mußte, wenn Konstantinopel zur Hauptstadt eines russischen Generalgouvernement Thrazien herabgesunken wäre. Im September 1915 traf die bulgarische Regierung, geleitet von Zar Ferdinand und seinem Premierminister Radoslawow, ihre Entscheidung. Sie einigte sich mit der Türkei über die Führung der Grenzlinie, sodas ein gedeihliches Nebenein-

#### Die neutralen Balkanstaaten.

Die überlegene militärisch-politische Stellung, die sich Deutschland und seine Verbündeten durch den Sieg über Serbien und die ununterbrochene Verbindung zwischen Berlin und Konstantinopel geschaffen hatten, suchten nun die Ententemächte in der Platte zu bedrohen, indem sie durch unablässige Intrigen und offene Gewalt Griechenland und Rumänien für sich einzufangen streben. In Griechenland haben sie durch ein völlig skrupellooses Austreten und gänzliche Nichtachtung der Rechte der Neutralität im wesentlichen ihren Zweck erreicht, obgleich die besten Kräfte des Landes mit dem König an der Spitze gegen die Umklammerung ankämpften. Schon im August 1915, in demselben Augenblick, wo sich Bulgarien anschickte, auf unsere Seite zu treten, zwang die für England und Frankreich arbeitende Venizelos-Partei das neutrale Kabinett Sunaris zum Rücktritt. Zwar wurde Venizelos in den ersten Oktobertagen vom König Konstantin entlassen und durch Zaimis ersetzt, aber er hatte inzwischen gute Arbeit für die Entente getan: zwei Tage vor seinem Rücktritt landete eine französisch-englische Armee im griechischen Hafen Salonik. Seitdem beherrschen England und Frankreich Griechenland militärisch und wirtschaftlich, die Uebergänge gehen immer weiter, und es macht dabei wenig Unterschied, daß die Ministerien noch ein paarmal gewechselt haben; das Land ist heute nur eine Etappe für die Entente. Nicht denselben Erfolg hat diese in Rumänien gehabt, so sehr auch die von den reichsten Geldmitteln unterstützte Arbeit der russischen, französischen und englischen Gesandten für die offene Kriegserklärung gegen die Zentralmächte wußt. Das Ministerium Bratianu hat gegen starke Anfeindungen bisher die Neutralität gewahrt; sie ist nach dem Gange der kriegerischen Ereignisse freundlicher oder ablehnender gegen uns gestaltet worden. Das Mittel, ihre jeweilige Gesinnung zu zeigen, besitzt die rumänische Regierung vor allem in der Handhabung der Getreideausfuhrbestimmungen. Es ist nicht zu verkennen, daß gerade jetzt, am Schlusse des zweiten

## Zwecklügen.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Der anmaßende Ton, in dem Viscount Grey seine Erklärung über die Frage der Lebensmittelzufuhren nach Polen vorgebracht hat, ist ebenso bezeichnend wie die Erklärung selbst, die die Ablehnung in die Form unerfüllbarer Bedingungen kleidet. Viscount Grey will es den Neutralen nicht ermöglichen, den Bewohnern der von uns besetzten polnischen Gebiete irgendwie Hilfe zu leisten; das entspricht durchaus dem gesamten englischen Auslieferungssystem. Die Unerbarmlichkeit aber, mit der er ankündigt, daß die britische Regierung von uns Vergeltung fordern wird für jedes infolge ungenügender Ernährung in diesen Gebieten verlorene Leben, hat ihren ganz besonderen Zweck. Sie ist nicht nur dazu bestimmt, die Tatsache zu verwischen, daß wir für die Bevölkerung der besetzten Länder in einer Weise sorgen, die von allen unbefangenen Besuchern rühmend anerkannt wird; sie soll auch die Welt glauben machen, daß sich England siegesicher fühlt, und wieder einmal den Eindruck hervorrufen, daß es in diesem Kampfe nicht Partei, sondern ein mit unwiderstehlicher Strafgewalt ausgestatteter Richter ist. Davon verspricht sich Grey offenbar eine sehr große Wirkung auf die Neutralen und auf das englische Publikum selbst. Die Neutralen, die von England unablässig gequält werden, denen es das Brot vor dem Munde zuschneidet und denen es vorschreiben will, wie sie sich bewegen und wie sie sich nicht bewegen dürfen, sollen vor seiner Macht erzittern und jeden Widerstand aufgeben, sie sollen in seine Gefolgschaft eintreten als passive oder aktive Mitkämpfer. Dem englischen Publikum aber soll die Unerbarmlichkeitsphrase des Ministers die Geduld wiedergeben, die es nach so viel Enttäuschungen zu Lande und zur See, nach so nutzlosen Opfern und so unerhörten Aufwendungen immer mehr verliert.

Den gleichen Zweck für die Vortäuschung einer Zuversicht, zu der gar kein Anlaß ist, verfolgt die Verbreitung falscher Nachrichten über das Elend, in dem wir angeblich leben, über die Erschöpfung unserer Menschenkräfte und über die Schwierigkeiten, Ersatz für die Lücken im kämpfenden Heere zu schaffen. Ein Berliner Blatt hat auf Grund amtlicher Mitteilungen diese Gerüchte ausdrücklich widerlegt und dabei mitgeteilt, daß noch nicht ein einziges Mal die Verschiebung von Truppen von der Ostfront an die Westfront oder umgekehrt nötig war. Unsere Heeresleitungen vergeuden eben Menschenblut und Menschen-

leben nicht so, wie die der Ententestaaten; die mongolische Kriegsführung Rußlands, die England jetzt nachahmt, ist bei uns nicht Brauch. Wenn irgendwo Mangel an Kämpfern eintreten wird, so wird es nicht bei uns, sondern drüben sein, wo man die Massen in den Tod jagt. Die Soldaten der Entente wissen, wie es damit steht, und sie wird man schwerlich täuschen können. Aber das Volk im Hinterlande soll betrogen, die Neutralen sollen eingeschüchtert oder mitgerissen werden.

Ein anderes Mittel ist die Behauptung, daß auf unserer Seite Zwietracht herrsche und daß bald dieser, bald jener von uns aus der Reihe treten und einen Sonderfrieden schließen möchte. In den Tagen, in denen der Entschluß der Türkei bekannt wird, Truppen nach dem galizischen Kriegsschauplatz zu senden, ist diese Darstellung zwar wenig zeitgemäß, aber trotzdem kehrt sie auch jetzt gerade wieder. Rumänische Blätter erzählen, daß Graf Karolyi, der Führer der von ihm gegründeten Partei, für einen Abfall Ungarns von der gemeinsamen Sache gesprochen habe. In den Redaktionen dieser rumänischen Zeitungen muß die Programmrede des Grafen mit seltsamen Brillen gelesen worden sein, wenn man dergleichen in ihr gefunden hat. Graf Karolyi erinnerte allerdings daran, daß er vor dem Kriege, dessen Herannahen er fühlte, für eine auswärtige Politik eingetreten sei, die den Konfliktstoff entfernt und den Zusammenstoß verhütet hätte; er habe die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu den Ententestaaten gewünscht. Nun, dies hätten wir ja alle gewünscht, und nur die Ententestaaten verlangten als Preis für den Frieden die Hingabe unserer wichtigsten und höchsten Interessen. Aber Graf Karolyi sagte auch ausdrücklich, er wolle nicht mißverstanden werden; bei dem Ausbruch des Krieges sei die ungarische Nation und in ihr auch die Opposition wie ein Mann aufgestanden und es könne unter Ungarn keine Meinungsverschiedenheit darüber geben, daß, wenn der Feind uns einmal angegriffen hat, es nicht mehr viel zu rasonieren gibt, warum und wie es dazu kommen konnte, sondern es gäbe jetzt nur eine einzige Pflicht — das Vaterland zu verteidigen. Dies waren die Worte des Grafen Karolyi, der übrigens selbst als Freiwilliger mitkämpfte; und seine Rede, die er als aus dem Felde Beurlaubter gehalten hat, als ein Anzeichen dafür auszugeben, daß die ungarische Nation oder auch nur die Opposition in ihr nicht mehr mittun will, ist einfach das

Gegenteil der Wahrheit. Wozu aber so gesprochen wird, ist klar. Man will zum Vorteil der rumänischen Kriegspartei Ungarn als ermattet und in sich zerfallen darstellen, und überdies den Teil des rumänischen Volkes, der sich schon in den Gedanken an eine große Eroberung hineingelegt hat, mit der Drohung erschrecken, daß Rumänien zu spät zur Beuteteilung kommen könnte, wenn es sich nicht beeile, sich mit unseren Feinden zu verständigen.

Überall Tendenzlügen, überall Zwecklügen. Wenn mit Lügen ein Krieg gewonnen werden könnte, müßten wir schon längst besiegt sein. Aber auf den Schlachtfeldern entscheiden andere Kräfte und andere Waffen, und in diesen haben in den zwei Jahren, seit der Krieg wütet, so oft es auf wirklich entscheidende Erfolge ankam, wir uns als die Ueberlegenen bewährt.

30. III. 1916

# Journal.

Erscheint (mit Ausnahme des Montags) täglich.  
 Redaktion und Administration:  
 Vilmos császár-út (Kaiser Wilhelmstraße) Nr. 34.  
 Telefon: Redaktion 26—09. Administration 26—10, 23—31.

## Bege der Annäherung.

Von Karl Graf Khuen-Héderváry,

Wirkl. Geh. Rath, Ministerpräsident a. D.

Die Wahrheit, daß die Großmachtsstellung der österreichisch-ungarischen Monarchie im Weltkriege sich befestigt hat, ist so sehr in das allgemeine Bewußtsein übergegangen, daß sie heute vielleicht schon für einen Gemeinplatz gilt. Aber auch damit ist es so bestellt, wie mit vielen anderen Wahrheiten, die Gemeinplätzen gleichen. Untersuchen wir, welchen Sinn und welche Bedeutung die öffentliche Meinung dieser Thatsache beilegt, so stoßen wir auf ein buntes Durcheinander falscher und phantastischer Anschauungen. Wir wissen ja, wie sehr die Ansichten, die sich die einzelnen Gruppen, Parteien, Interessensphären und andere Vereinigungen von den Kriegszielen bildeten, voneinander verschieden sind. Die Folge davon ist ein scharfer Unterschied auch bezüglich der Kriterien, auf deren Grund diese verschiedenen Klassen die Lage, die bisherigen Ergebnisse und voraussichtlich aus ihnen hervorgehenden Zukunftsgestaltungen beurtheilen. Ein ernster Staatsmann und Publizist kann es aber heute wirklich nicht unternehmen, von der anzunehmenden Gestaltung der Zukunft auch nur ein annähernd richtiges, ausführliches Bild zu entwerfen. Wohin wir unsere Blicke auch wenden, von Norden, Osten und Süden starren uns große Fragezeichen entgegen, die die Fülle der mit ihnen zusammenhängenden und einzeln unlöslichen Fragen mit einem dichten Schleier verhüllen. Von dem kritiklosen Optimismus müssen wir uns ebenso hüten, als von den mit der außerordentlichen Komplizirtheit der wirkenden Faktoren nicht rechnenden Prophezeiungen, die hier so oft zu Worte kommen. Indessen glaube ich, in keinen dieser Fehler zu verfallen, wenn ich auf die grundlegenden Zusammenhänge zwischen dem Kriege und der Großmachtsstellung der Monarchie und auf deren Bedeutung im Allgemeinen hinzuweisen versuche.

Diese Zusammenhänge erblicke ich in folgenden Punkten: Erstens halte ich es für außer Zweifel liegend, daß die Monarchie nach dem Kriege in der Weltpolitik keine geringere, wahrscheinlich aber eine noch viel bedeutendere Stellung einnehmen wird, als vorher. Ferner erscheint es mir als eine unzweifelhafte Wahrheit, daß die Monarchie auf Grund der Kriegsergebnisse ungestört an der Lösung jener wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben wird fortarbeiten können, zu denen sie im nahen Osten schon kraft ihrer geographischen Lage berufen ist.

Die Sicherstellung der Lebenskraft und Geltung der Monarchie wird jedenfalls ein dauerndes Ergebnis des Weltkrieges bleiben, das ist uns schon heute klar. Doch was sollen wir dazu vom ungarischen Standpunkt aus sagen? Ist die Erstarbung der Großmachtsstellung der Monarchie auch vom Gesichtspunkte unserer eigenen nationalen Entwicklung und Interessen aus betrachtet wünschenswerth? Versetzen wir uns auf einen Augenblick in die nebelige Atmosphäre der alten chauvinistischen Ideenwelt und versuchen wir die Perspektiven, die sich aus der Befestigung unserer Großmachtsstellung ergeben, aus diesem Gesichtswinkel zu betrachten. Zwischen Oesterreich und Ungarn besteht keine Interessengemeinschaft, sondern ein Interessengegensatz; was Oesterreich nützlich ist, das ge-

ere wirtschaftliche Position Oesterreich gegenüber in hundertfach höherem Maße, als noch so viele chauvinistische Auslassungen und Kämpfe gegen Windmühlen.

Die Aufgabe der Oesterreicher erblicke ich im folgenden: Es ist nothwendig, daß in Oesterreich eines staatliche Selbstbewußtsein sich entwickle, als die Vorbedingung einer gesunden politischen Situation bildet. Auch Ungarn wird darin die Bewähr finden, daß der Bund mit Oesterreich nicht nur im Kriege, sondern auch im Frieden eine Kraft bedeute, die es in der Zukunft unmöglich machen wird, daß das Ausland, wie bisher, auf den Zerfall der Monarchie rechne. Andererseits wird auch von österreichischer Seite die aus der politischen Schwäche entstehende Eifersucht verschwinden.

In Ungarn nehmen wir auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Erstarbung und in der Hebung des Selbstbewußtseins wesentliche Fortschritte wahr. Der Weltkrieg zeigt diesen Prozeß noch landgreiflicher.

Was hingegen Oesterreichs politische Wiedergeburt betrifft, ist ihre Tragweite allen führenden österreichischen Staatsmännern klar. Die neue deutsche Arbeitspartei, deren Richtungslinien sich jetzt entfalten, erscheint von diesem Gesichtspunkte als ein erfreuliches Symptom. Aber auch sonst ist zu hoffen, daß die Neugestaltung der Verhältnisse nach dem Kriege die politische Konsolidirung Oesterreichs erleichtern wird.

Ungarns wirtschaftliche und Oesterreichs politische Wiedergeburt — darin erblicke ich die Zukunft der Monarchie.



## Die deutsch-italienischen Streiffragen.

WTB Rom, 28. Juli. Die Agenzia Stefani veröffentlicht eine Note zu den in der letzten Mitteilung des Wolffschen Telegraphen-Bureaus über die Anwendung des italienisch-deutschen Abkommens vom 21. Mai 1915 enthaltenen Behauptungen. In der Note heißt es:

Die Verlautbarung des Wolffschen Bureaus beginnt mit der Behauptung, die italienische Presse wolle die öffentliche Meinung Italiens absichtlich und grüßlich irreführen. Das ist eine tendenziöse Unterschiebung, durch die es die gesetzlichen Maßnahmen Italiens einem angeblichen Druck von ausländischer Seite zuschreiben möchte. Diese letzte Behauptung sucht es auf Grund des Zusammenfallens gewisser Daten zu beweisen. Wir werden nicht die Methode der deutschen Agentur befolgen. Wir werden uns vielmehr darauf beschränken, ihre Behauptungen hinsichtlich der angeblich positiven Tatsachen zu entkräften, indem wir nachweisen, daß sie jeglicher ernsthafter Grundlage entbehren. Das Wolffsbureau macht der italienischen Regierung insbesondere den Vorwurf, sie habe sich gewiegert, für requiririerte Fahrzeuge und deren Ladung Entschädigungen zu bezahlen, und den Eigentümern der nicht requiririerten Ladungen die Wahl gelassen zwischen öffentlicher Zwangsversteigerung und einem Verkauf zu lächerlich geringen Preisen. Hierzu muß bemerkt werden, daß die Requirirung der Fahrzeuge, wie bereits mitgeteilt, geschehen ist auf Grund des italienisch-deutschen Abkommens vom 21. Mai 1915 sowie der sechsten Haager Konvention. Diese letztere sieht weder hinsichtlich der Fahrzeuge noch der Ladung irgendeine Verpflichtung betreffend sofortige Auszahlung der Requisitionvergütung vor, so daß dieselbe erst bei Rückerstattung der Fahrzeuge entrichtet werden kann. Ubrigens entspricht dieses von der königlichen Regierung befolgte Verfahren der Auffassung, welche die deutsche Delegation auf der Haager Konferenz 1907 während der vorbereitenden Arbeiten zur 6. Konvention äußerte. Was den im zweiten Teil der Verlautbarung enthaltenen Vorwurf gegen die königliche Regierung betrifft, hinsichtlich der den Eigentümern der nicht requiririerten Waren gelassenen Wahl zwischen einer Zwangsversteigerung und einem Verkauf zu niedrigen Preisen, genügt es, daran zu erinnern, daß mit der Requirirung der deutschen Fahrzeuge und der Ladungen im Oktober 1915 begonnen wurde, während für die Rückerstattung der an Bord gebliebenen oder gelochten Waren eine Frist anberaumt wurde, die erst am 7. Juni 1916 abläuft. Die Eigentümer hatten also nahezu sieben Monate Zeit, ihre Waren zurückzuziehen. Diese Frist wurde in mehreren Fällen verlängert, in einzelnen sogar um weitere drei Monate trotz der damit verbundenen Überfüllung der Kais und Lagerhäuser, welche dem ordentlichen Handelsverkehr stark hinderlich war. Ausgeschlossen von diesen Vergünstigungen waren bloß solche Waren, die leicht verderben konnten oder zu viel Raum beanspruchten. Die königlichen Behörden suchten ihr berechtigtes Interesse, eine Löschung der Dampfer und Räumung der Kais vorzunehmen, mit den fremden Interessen zu vereinbaren. Sie nahmen Kenntnis von dem Wunsche, den die mit dem Schutz der deutschen Interessen in Italien betraute Gesandtschaft verlauten ließ, es sei den Eigentümern solcher Waren, die innerhalb der angeetzten Frist nicht zurückgezogen wurden, die Bewilligung zu erteilen, dieselben in Privatmagazinen unterzubringen. Endlich hat vor nicht allzu langer Zeit die königliche Regierung in die Annahme des neuen Vorschlages, der ihr durch die gleiche diplomatische Mission namens der deutschen Regierung gemacht wurde, eingewilligt, daß der Verkauf der gelochten Waren von den requiririerten Dampfern, der innerhalb der festgesetzten Fristen nicht beantragt worden ist, oder von Waren, die nicht in Privatmagazinen untergebracht wurden, durch einen von der Gerichtsbehörde ernannten Kurator vollzogen würde. Diese unwiderleglichen Tatsachen beweisen die Nichtigkeit der in den Behauptungen des Wolffsbureaus enthaltenen Anklage.

Zur Antwort auf eine andere Stelle der gleichen Verlautbarung muß an folgendes erinnert werden. Die von den deutschen Behörden in der Frage der Heimreise der Italiener eingenommene Haltung bildete von Anfang an eine offene und ständige Verletzung des Abkommens vom 21. Mai 1915. Zuerst griff man zu allen möglichen Behinderungen für die Annahme der Heimreiseerlaubnis, was viele unserer Staatsangehörigen veranlaßte, ein bereits eingereichtes Gesuch zurückzuziehen oder von dem Einreichen Abstand zu nehmen. Die kaiserliche Regierung stellte außerdem den ungeheuerlichen Anspruch, den Eintritt der Italiener auf deutsches Gebiet von der Bedingung abhängig zu machen, daß sie es während der ganzen Dauer des Krieges nicht wieder verlassen dürften. Diese Bedingung stand im vollständigen Widerspruch mit der Freiheit, deren Fortbestand man durch das Abkommen vom 21. Mai hatte gewährleisten wollen. Der deutsche Anspruch ließ sogar dem Buchstaben des Abkommens zuwider, welches in ausdrücklicher Form diese Fälle einer Heimreise vorsah, da es erklärte, daß es Angehörigen der beiden Parteien freistehen sollte, das Land zu einer Frist und an den Stellen zu verlassen, welche die maßgebenden Behörden hierzu festzusetzen für nützlich halten würden. Was eine einfache zeitliche Bewegungsbeschränkung sein sollte, die bestimmt war durch klare militärische Anforderungen, verwandelte sich so in ein vollkommenes Heimreiseverbot. Die königliche Regierung konnte nicht verstehen, sich diesem Anspruch zu widersehen. Bevor man jedoch das Abkommen kündigte, dessen Unwirksamkeit gegenüber den italienischen Interessen, die es hätte wahren müssen, offensichtlich war, wollte man der deutschen Regierung Gelegenheiten geben, durch die Tatsache und durch eine ausdrückliche Erklärung ihren Willen zu beweisen, die Freiheit zur Heimreise, die einen wesentlichen Teil des Abkommens vom 21. Mai bildete, in lokaler Weise zu achten. Aber die Antworten und die Haltung der deutschen Regierung zeigten klar, daß sie nicht die Absicht hatte, ihre Haltung aufzugeben. Die angeblichen Rechtfertigungen des Verbots in einzelnen Fällen wurden kategorisch dementiert durch die aus sichern Quellen zur Kenntnis der italienischen Regierung gelangten unwiderleglichen Tatsachen. Die Versicherung, daß man die ein-

gegangenen Verpflichtungen innehalten werde, nahm das Aussehen einer Mystifikation an, welche die Verletzung des Abkommens noch verschlimmerte. Dies führte für die italienische Regierung darauf zu der Erklärung, daß sie sich durch das Abkommen nicht mehr gebunden erachten könne, welches die deutsche Regierung systematisch in der Praxis verletzte.

Was den Erlaß vom 4. Februar 1916 betreffend das Verbot eines Handels mit Deutschland anlangt, so ist zu bemerken, daß Italien nicht erlauben konnte und durfte, daß seine Märkte durch deutsche Übererzeugung überschwemmt wurden, was auch die Interessen des mit Deutschland verbündeten Österreich-Ungarn förderte. Man konnte es nicht begreiflich finden, daß Italien indirekt einen feindlichen Staat versorgt. Die in Artikel 1 des Erlasses vom 30. April enthaltenen Verfügungen sind nur die direkte Folge derjenigen, die im Erlaß vom 4. Februar enthalten sind. Da man den Handel verboten hatte, war es logisch, daß man auch die Korrespondenz und alle den Handel betreffenden Operationen verbot, da sonst die durch den ersten Erlaß angenommenen Maßnahmen zum großen Teile hätten vereitelt werden können. Die Verlautbarung des Wolffsbureaus spricht von Benachrichtigungen, welche von der italienischen Regierung Großbanken erteilt worden seien. Hierzu können wir ausdrücklich erklären, daß keine italienische Bank jemals von der italienischen Regierung die Aufforderung erhalten hat, nicht zu zahlen. Die königliche Regierung hat sich stets einer Einmischung in die Privatangelegenheiten hinsichtlich der Beziehungen italienischer Bürger zu deutschen Staatsangehörigen enthalten. Um sich hingegen einen Begriff von der zweideutigen Haltung der kaiserlichen Regierung zu machen, genügt es, das von dem Handelsverband der Banken und Bankiers in Berlin an alle Banken Deutschlands gesandte Rundschreiben zu lesen, das folgendermaßen lautete: Gemäß dem vom kaiserlichen Auswärtigen Amt ausgesprochenen Wunsch schlagen wir Ihnen vor, in Zukunft die italienischen Staatsangehörigen als feindliche Ausländer zu behandeln. Ein gesetzliches Verbot der Ausführung von Zahlungen an italienische Staatsangehörige wird nicht erlassen oder zur Erörterung gestellt werden, solange Italien keine derartigen Maßnahmen trifft. Wir schlagen Ihnen also vor, auf Seite 12 der gedruckten Beschlüsse des Verbandes Berliner Banken und Bankiers über den Handel mit dem Auslande während des Krieges, angenommen am 25. Februar 1916, die Beschlüsse vom 26. Mai 1915 und vom 22. und 25. Februar 1916 betreffend Italien zu streichen und sie durch folgenden Beschluß gemäß den unter den Buchstaben A B C D umschriebenen Beschlüssen zu ersetzen: Die italienischen Staatsangehörigen sollen als feindliche Ausländer genau wie die serbischen Staatsangehörigen behandelt werden. Wir bitten Sie, uns mitzuteilen, ob Sie unseren Vorschlag annehmen. Wir gestatten uns beizufügen, daß das kaiserliche Auswärtige Amt den Wunsch bekundet hat, daß hierüber keine öffentlichen Erörterungen stattfinden möchten.

Hierzu wird uns von zuständiger Stelle nachstehendes mitgeteilt:

1. Gegen die deutscherseits getroffene Feststellung, daß Italien durch die Requisition der Schiffe und durch die Verordnung vom 4. Februar 1916 über das Verbot des Warenverkehrs mit Deutschland den deutsch-italienischen Handelsvertrag verletzt hat, wird nicht einmal der Versuch einer Verteidigung unternommen.

2. Die Behauptung, die Zurückhaltung der Entschädigung für die requiririerten Schiffe entspreche der Auffassung, welche die deutsche Delegation auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz geäußert habe, ist völlig unrichtig. Die deutsche Delegation ist, wie sich aus den Konferenzprotokollen ergibt, dafür eingetreten, daß die Requisition feindlicher Rauffahrtschiffe, die sich bei Ausbruch der Feindseligkeiten im Hafen einer kriegführenden Macht befinden, überhaupt nicht zulässig sein soll; weiter hat sie auf die Unbilligkeit hingewiesen, die darin liegen würde, wenn der Schiffseigentümer die Entschädigung erst nach Friedensschluß erhalten sollte.

3. Was die deutschen Schiffsladungen anlangt, so verschweigt die italienische Note die Tatsache, daß die Generaldirektion der Handelsmarine den Eigentümern Ladungen in keinem Falle herausgibt, wenn nicht zuvor der Wert der Ware in Gold hinterlegt wird. Fügt sich der Eigentümer dieser Forderung nicht, so wird die Ware zwangsweise versteigert und der Erlös hinterlegt, so daß der Gegenwert der Ware dem Eigentümer auf alle Fälle vorenthalten wird.

4. Die Behauptung, „daß keine italienische Bank jemals von der italienischen Regierung die Aufforderung erhalten hat, nicht zu zahlen“, ist offenbar ein Spiel mit Worten. Die Weisungen wurden natürlich nicht von der Regierung selbst, sondern von nachgeordneten Stellen an die Banken gerichtet, und ihre Befolgung wurde durch die Zensur überwacht. Das beweisen zahlreiche Briefe neutraler Firmen und italienischer Großbanken, wie sie bereits in der deutschen Presse (Frankfurter Zeitung vom 23. Juli 1916) veröffentlicht worden sind.

5. Die Agenzia Stefani spricht nur vom Artikel 1 der italienischen Verordnung vom 30. April 1916, aber nicht davon, daß nach den Artikeln 2 bis 6 Coupons, die von den deutschen Eigentümern zur Einlösung nach Italien geschickt werden, der Sequestrierung, unter Umständen sogar der Konfiszierung unterliegen, und daß nach Artikel 7 Wechsel mit deutschen Unterschriften von der Beförderung innerhalb Italiens ausgeschlossen sind, also, soweit sie sich nicht bereits am Zahlungsort befinden, nicht eingelöst werden können. Diese Bestimmungen kommen unstreitig einem Zahlungsverbot gleich.

6. Geradezu unverständlich ist die Behauptung, daß die Weigerung der deutschen Regierung, Italienern die Einreise nach Deutschland auf Zeit zu gestatten, der Waiverständigung zuwiderlaufe. Denn die Verständigung gewährt nur den in Deutschland befindlichen Italienern das Recht des Verbleibs oder der Ausreise; von der Einreise der außerhalb Deutschlands befindlichen Italiener auf deutsches Gebiet ist mit keinem Worte die Rede.

## Italienische Vertragsverdrehung.

Drahtmeldung.

Rom, 28. Juli.

Die „Agenzia Stefani“ veröffentlicht eine Note zu den In der letzten Mitteilung des Wolffschen Telegraphen-Büros über die Anwendung des italienisch-deutschen Abkommens vom 21. Mai 1915 enthaltenen Behauptungen. In der Note heißt es u. a.:

„Die Verlautbarung des Wolffschen Büros beginnt mit der Behauptung, die italienische Presse wolle die öffentliche Meinung Italiens absichtlich und gräßlich irreführen. Das ist eine tendenziöse Unterschiebung, durch die es die gesetzlichen Maßnahmen Italiens einem angeblichen Druck von ausländischer Seite zuschreiben möchte. Das Wolffbüro macht der italienischen Regierung insbesondere den Vorwurf, sie habe sich geweigert, für requirierete Fahrzeuge und deren Ladung Entschädigungen zu bezahlen und den Eigentümern der nicht requirierten Ladungen die Wahl gelassen zwischen öffentlicher Zwangsversteigerung und einem Verkauf zu lächerlich geringen Preisen. Hierzu muß bemerkt werden, daß die Requirierung der Fahrzeuge, wie bereits mitgeteilt, geschehen ist auf Grund des italienisch-deutschen Abkommens vom 21. Mai 1915 und der sechsten Haager Konvention. Diese sieht weder hinsichtlich der Fahrzeuge noch der Ladungen irgend eine Verpflichtung zur sofortigen Auszahlung der Requisitionsvergütung vor, so daß diese erst bei Rückerstattung der Fahrzeuge entrichtet werden kann. Uebrigens entspricht dieses von der königlichen Regierung befolgte Verfahren der Auffassung, die die deutsche Delegation auf der Haager Konferenz 1907 während der vorbereitenden Arbeiten zur 6. Konvention äußerte. Was den im zweiten Teil der Verlautbarung enthaltenen Vorwurf gegen die königliche Regierung betrifft, genügt es, daran zu erinnern, daß mit der Requirierung der deutschen Fahrzeuge und der Ladungen im Oktober 1915 begonnen wurde, während für die Rückerstattung der an Bord gebliebenen oder gelöschten Waren eine Frist anberaumt wurde, die erst am 7. Juni 1916 ablief. Diese Frist wurde in mehreren Fällen verlängert, in einzelnen sogar um weitere drei Monate, trotz der damit verbundenen Ueberfüllung der Quais und Lagerhäuser, die dem ordentlichen Handelsverkehr stark hinderlich war. Die königlichen Behörden nahmen Kenntnis von dem Wunsche, den die mit dem Schutze der deutschen Interessen in Italien betraute Gesandtschaft verlauten ließ, es sei den Eigentümern solcher Waren, die innerhalb der angelegten Frist nicht zurückerstattet wurden, die Bewilligung zu erteilen, sie in Privatmagazinen unterzubringen. Endlich hat vor nicht allzu langer Zeit die königliche Regierung eingewilligt, daß der Verkauf der gelöschten Waren von den requirierten Dampfern, der innerhalb der festgesetzten Fristen nicht beantragt worden ist, oder von Waren, die nicht in Privatmagazinen untergebracht wurden, durch einen von der Gerichtsbehörde ernannten Kurator vollzogen würde.“

Zur Antwort auf eine andere Stelle der gleichen Verlautbarung muß an Folgendes erinnert werden: Die von den deutschen Behörden in der Frage der Heimreise der Italiener eingenommene Haltung bildete von Anfang an eine offene und ständige Verletzung des Abkommens vom 21. Mai 1915. Die kaiserliche Regierung stellte außerdem den ungeheuerlichen Anspruch, den Eintritt der Italiener auf deutsches Gebiet von der Bedingung abhängig zu machen, daß sie es während der ganzen Dauer des Krieges nicht wieder verlassen dürften. Diese Bedingung stand im vollständigen Widerspruch mit der Freiheit, deren Fortbestand man durch das Abkommen vom 21. Mai hatte gewährleisten wollen. Der deutsche Anspruch lief sogar dem Buchstaben des Abkommens zuwider, das ausdrücklich diese Fälle einer Heimreise vorsah, da es erklärte, daß es Angehörigen der beiden Parteien freistehen sollte, das Land zu einer Frist und an den Stellen zu verlassen, die die maßgebenden Behörden hierzu festzusetzen für nützlich halten würden. Die angeblichen Rechtfertigungen des Verbots in einzelnen Fällen wurden kategorisch dementiert durch die aus sicheren Quellen zur Kenntnis der italienischen Regierung gelangten unwiderleglichen Tatsachen. Dies führte für die italienische Regierung darauf zu der Erklärung, daß sie sich durch das Abkommen nicht mehr gebunden erachten könne, das die deutsche Regierung systematisch in der Praxis verletzte.

Was den Erlass vom 4. Februar 1916 betr. das Verbot des Handels mit Deutschland anlangt, so ist zu bemerken, daß Italien nicht erlauben konnte und durfte, daß seine Märkte durch deutsche Uebererzeugung überschwemmt wurden, was auch die Interessen des mit Deutschland verbündeten Oesterreich-Ungarn förderte. Da man den Handel verboten hatte, war es logisch, daß man auch die Korrespondenz und alle den Handel betreffenden Operationen verbot, da sonst die durch den ersten Erlass angenommenen Maßnahmen zum großen Teil hätten vereitelt werden können.

Die Verlautbarung des Wolff-Büros spricht von Benachrichtigungen, die von der italienischen Regierung Großbanken erteilt worden seien. Um sich hingegen einen Begriff von der zweideutigen Haltung der kaiserlichen Regierung zu machen, genügt es, das von dem Verband der Banken und Bankiers in Berlin an alle Banken Deutschlands gesandte Rundschreiben zu lesen, in dem es heißt: „Gemäß dem vom kaiserlichen Auswärtigen Amt ausgesprochenen Wunsch schlagen wir Ihnen vor, in Zukunft die italienischen Staatsangehörigen als feindliche Ausländer zu behandeln. Ein gesetzliches Verbot der Ausführung von Zahlungen an italienische Staatsangehörige wird nicht erlassen oder zur Erörterung gestellt werden, solange Italien keine derartigen Maßnahmen trifft. Wir schlagen Ihnen also vor: Die italienischen Staatsangehörigen sollen als feindliche Ausländer genau wie die serbischen Staatsangehörigen behandelt werden. Wir gestatten uns, beizufügen, daß das kaiserliche Auswärtige Amt den Wunsch bekundet hat, daß hierüber keine öffentlichen Erörterungen stattfinden möchten.“

\*

Dem W. T. B. wird hierzu von zuständiger Stelle Nachstehendes mitgeteilt:

1. Gegen die deutscherseits getroffene Feststellung, daß Italien durch die Requisition der Schiffe und durch die Verordnung vom 4. Februar 1916 über das Verbot des Warenverkehrs mit Deutschland den deutsch-italienischen Handelsvertrag verletzt hat, wird nicht einmal der Versuch einer Verteidigung unternommen.

2. Die Behauptung, die Zurückhaltung der Entschädigung für die requirierten Schiffe entspreche der Auffassung, die die deutsche Delegation auf der zweiten Haager Friedenskonferenz geäußert habe, ist völlig unrichtig. Die deutsche Delegation ist, wie sich aus den Konferenzprotokollen ergibt, dafür eingetreten, daß die Requisition feindlicher Rauffahrteischiffe, die sich bei Ausbruch der Feindseligkeiten im Hafen einer kriegsführenden Macht befinden, überhaupt nicht zulässig sein soll; weiter hat sie auf die Unbilligkeit hingewiesen, die darin liegen würde, wenn der Schiffseigentümer die Entschädigung erst nach Friedensschluß erhalten sollte.

3. Was die deutschen Schiffs Ladungen anlangt, so verweigert die italienische Note die Tatsache, daß die Generaldirektion der Handelsmarine den Eigentümern Ladungen in keinem Falle herausgibt, wenn nicht zuvor der Wert der Ware in Gold hinterlegt wird. Fügt sich der Eigentümer dieser Forderung nicht, so wird die Ware zwangsweise versteigert und der Erlös hinterlegt, so daß der Gegenwert der Ware dem Eigentümer auf alle Fälle vorenthalten wird.

4. Die Behauptung, daß keine italienische Bank jemals von der italienischen Regierung die Aufforderung erhalten hat, nicht zu zahlen, ist offenbar ein Spiel mit Worten. Die Weisungen wurden natürlich nicht von der Regierung selbst, sondern von nachgeordneten Stellen an die Banken gerichtet, und ihre Befolgung wurde durch die Zensur überwacht. Das beweisen zahlreiche Briefe neutraler Firmen und italienischer Großbanken, wie sie bereits in der deutschen Presse („Frankfurter Zeitung“ vom 23. Juli 1916) veröffentlicht worden sind.

5. Die Agenzia Stefani spricht nur vom Artikel 1 der italienischen Verordnung vom 30. April 1916, aber nicht davon, daß nach den Artikeln 2 bis 6 Kupons, die von den deutschen Eigentümern zur Einlösung nach Italien geschickt werden, der Sequestrierung, unter Umständen sogar der Konfiszierung unterliegen, und daß nach Artikel 7 Wechsel mit deutschen Unterschriften von der Beförderung innerhalb Italiens ausgeschlossen sind, also, soweit sie sich nicht bereits am Zahlungsorte befinden, nicht eingelöst werden können. Diese Bestimmungen kommen unstreitig einem Zahlungsvorbot gleich.

6. Geradezu unverständlich ist die Behauptung, daß die Weigerung der deutschen Regierung, Italienern die Einreise nach Deutschland auf Zeit zu gestatten, der Mäuerverständigung zuwiderlaufe. Denn die Verschändigung gewährt nur den in Deutschland befindlichen Italienern das Recht des Verbleibs oder der Ausreise; von der Einreise der außerhalb Deutschlands befindlichen Italiener auf deutsches Gebiet ist mit keinem Worte die Rede.